Von Bismarck zum Weltkriege

Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege

Dargestellt auf Grund der Akten des Auswärtigen Amtes

Von

Erich Brandenburg

Zweite Auflage

1925

Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte
m. b. H. in Berlin W 8

2. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, Vorbehalten /Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1924 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Vorrede zur ersten Auflage

Nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt leidet unter den furchtbaren Folgen des Weltkrieges und des Vertrages von Versailles, aber Deutschland am meisten. Es ist natürlich, daß man immer wieder fragt, wie es zu diesem Kriege gekommen ist, ob er nicht zu vermeiden gewesen wäre, und wer die Schuld an seinem Ausbruch trägt. Deutschland ist in Versailles gezwungen worden, ein Schuldbekenntnis zu unterschreiben, weil die Sieger ein solches zur Rechtfertigung ihrer hohen Forderungen brauchten; man wollte der Welt einreden, nicht als dem Besiegten, sondern als dem vorsätzlichen Störer des Weltfriedens lege man uns als Hüter und Organ der öffentlichen Moral so schwere Leistungen als eine wohlverdiente Strafe auf. Der größte Teil der Welt hat seitdem an unsere Schuld geglaubt, und nur vereinzelte Stimmen haben sich in den gegnerischen Ländern gegen diese Vorstellung erhoben. Für die geschichtliche Betrachtung hat ein offizielles, mit Gewalt erpreßtes Schuldbekenntnis des einen Teils natürlich gar keine Bedeutung. Wer die Entstehung des Weltkrieges wirklich verstehen will, muß zu nächst ohne jede Rücksicht auf Parteigefühle die Tatsachen aus den echten Quellen kennenzulernen suchen. Erst wenn diese klar und deutlich vorliegen, kann eine ernsthafte Diskussion über ihre Bedeutung und Würdigung einsetzen.

Das vorliegende Buch stellt den ersten Versuch dar, eine solche Darstellung der Tatsachen auf Grund der Akten des deutschen Auswärtigen Amtes zu geben, deren völlig freie Benutzung mir in dankenswerter Weise gestattet wurde. Ich brauche nicht zu betonen, daß damit nur ein Anfang der Erforschung dieses schwierigen Problems gemacht wird. Ich habe nur diejenigen Teile des ungeheuren Materials durchgesehen, die mir für die Hauptfragen bedeutsam erschienen; viele Punkte werden genauerer Untersuchung im einzelnen bedürfen und sie auch finden, wenn die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes vollendet sein wird. Aber auch dann wird für die endgültige Bearbeitung des Stoffes noch eine unerläßliche Vorbedingung fehlen: die Veröffentlichung der Akten auch der übrigen am Kriege beteiligten Mächte. Bis es dazu kommt, können wir wohl ein richtiges Bild der deutschen Politik zu zeichnen versuchen, müssen uns aber über die Ziele und Mittel der übrigen Staaten mit mehr oder minder gesicherten Vermutungen begnügen.

Ich bin bestrebt gewesen, eine quellenmäßig begründete, rein sachliche Darstellung der deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege zu geben. Gerne hätte ich an vielen Stellen das eigene Urteil schärfer ausgesprochen. Ich habe jedoch, nicht ohne Selbstüberwindung, möglichste Zurückhaltung geübt und nur versucht, den Leser in den Stand zu setzen, daß er selbst zu urteilen vermöge. Wo ich meine Meinung gesagt habe, ist es auf Grund der eigenen Überzeugung geschehen; ich lege besonderen Wert darauf, ausdrücklich zu betonen, daß von keiner amtlichen Stelle eine Beeinflussung meines Urteils oder eine Auswahl des von mir zu benutzenden Materials erfolgt ist. Wenn ich dessen nicht sicher gewesen wäre, würde ich die Arbeit nicht unternommen haben.

Dieser allgemeinen Absicht gemäß konnte es mir nicht in den Sinn kommen, Fehler und Schwächen der deutschen Politik verschweigen oder beschönigen zu wollen. Ich habe sie offen zugegeben, auf die Gefahr hin, daß mancher Volksgenosse eine solche Offenheit unrichtig finden könnte. Meines Erachtens hat es keinen Sinn, abzustreiten, was nicht zu leugnen ist, weil man nur dann, wenn man wirklich offen verfährt, eine Beachtung dessen, was man zu sagen hat, auch vom Gegner erwarten und verlangen kann. Gerade wenn wir ruhig zugeben, daß Fehler begangen sind, können wir um so fester darauf bestehen, daß der Hauptvorwurf der Gegner, die kriegerische Absicht der deutschen Politik, vollständig unbegründet ist und durch jedes ruhige Studium der Quellen widerlegt wird.

Manchen wird es befremden, daß ich die Pläne und Taten der gegnerischen Mächte, soweit sich etwas Sicheres über sie sagen läßt, namentlich die Englands, in einem anderen Lichte zeige, wie man sie bei uns zu sehen gewohnt war. Man hat meiner Meinung nach, namentlich solange das Quellenmaterial von jener Seite her nur spärlich fließt, als Historiker die Pflicht, den Gegnern keine Motive unterzulegen, für deren Vorhandensein sich ein Beweis nicht führen läßt. Wir möchten auch mit den Angehörigen der anderen Nationen über diese Fragen diskutieren; wir bieten ihnen unser Material ohne Hintergedanken dar; wir können aber nicht erwarten, daß sie darauf eingehen, wenn wir sie von vornherein ohne Beweise der bösesten Absichten beschuldigen. Daß dies von der anderen Seite geschehen ist, hat die Einleitung einer wirklich sachlichen Aussprache sehr erschwert; wir erleichtern sie nicht, wenn wir denselben Fehler begehen. Auch wir haben die Pflicht, unter dem Einfluß der Kriegshypnose gefaßte Vorurteile zu vermeiden, wie wir es von den Gegnern fordern.

Weiter habe ich dem Leser nichts zu sagen. Mit blutendem Herzen habe ich dies Buch geschrieben, in der Überzeugung, daß es notwendig sei. Nur diejenigen wünsche ich mir zu Lesern, die mit Ernst danach streben, die Dinge so zu sehen, wie sie gewesen sind, mögen sie in Deutschland oder einem andern Teil der Erde wohnen.

Vorrede zur zweiten Auflage

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage dieses Werkes ist eine Fülle von neuem Material für die Geschichte der deutschen Politik in den Jahrzehnten vor dem Weltkriege veröffentlicht worden. Neben den Memoirenwerken und Korrespondenzen aus dem Nachlaß des Fürsten Philipp Eulenburg und des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter, den Erinnerungen des Grafen Witte und des französischen Botschafters Paléologue sowie den von Admiral von Tirpitz herausgegebenen Dokumenten kommen namentlich die großen Aktenpublikationen des deutschen Auswärtigen Amtes in Betracht. Durch die Sammlung und Übersetzung der bisher aus russischen Quellen bekannt gewordenen Dokumente [1]) hat sich Friedrich Stieve ein großes Verdienst erworben und zugleich in der beigefügten Darstellung „Iswolski und der Weltkrieg“ neue wichtige Gesichtspunkte für die Beurteilung dieses Materials entwickelt. Von überragender Bedeutung für die Erforschung dieser ganzen Periode ist aber natürlich die Publikation der deutschen Akten in der umfassenden Sammlung „Die Große Politik der Europäischen Kabinette“ [2]). Die ersten 21 Bände dieses Werkes habe ich für die zweite Auflage noch verwerten können; die späteren Bände erschienen erst während des Druckes. Ich habe alle Aktenstücke, die ich in der ersten Auflage im Original benutzt hatte und dort nur mit kurzer Datumangabe bezeichnen konnte, jetzt nach dieser Publikation zitiert.

[1]) „Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914.“ Aus den Geheimakten der Russischen Staatsarchive im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung herausgegeben von Friedrich Stieve.
Ergänzungsband: „Iswolski und der Weltkrieg“. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.

[2]) „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914.“ Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.

Bei der Vergleichung der Auszüge, die ich mir aus den Akten selbst gemacht habe, mit den in dieser Veröffentlichung gedruckten Dokumenten hat sich ergeben, daß nicht alle Stücke, die ich benutzt und zitiert hatte, in diese aufgenommen worden sind, und ich habe, wo es mir nötig schien, auf ihr Fehlen in den

Anmerkungen aufmerksam gemacht. Darin soll kein Tadel der Herausgeber liegen, die sich ihrer außerordentlich schwierigen Aufgabe mit größter Hingabe und mit dem Bestreben, alles für die Erkenntnis der Zusammenhänge wichtige Material zu veröffentlichen, gewidmet haben. Da es vollständig unmöglich war, sämtliche vorhandenen Aktenstücke abzudrucken, so mußte selbstverständlich eine Auswahl getroffen werden, und es liegt in der Natur der Sache, daß man bei einzelnen Aktenstücken verschiedener Meinung darüber sein kann, ob sie in die Publikation hineingehören oder nicht. Ich bin überzeugt, daß die Herausgeber sich bei ihrer Auswahl nur von dem Streben haben leiten lassen, alles das zu bringen, was ihnen notwendig erschien, um ein vollständiges und wahrheitsgetreues Bild der deutschen Politik in jenen Jahrzehnten zu bieten.

Dagegen muß ich in einer anderen Beziehung gegen diese Publikation ein erhebliches Bedenken geltend machen. Unter den Historikern hat sich bei der Bearbeitung derartiger Publikationen immer stärker die Einsicht durchgesetzt, daß es keine andere den wissenschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Art der Anordnung gibt als die rein chronologische. Nur wenn alle Stücke nach dem Datum ihrer Abfassung hintereinander abgedruckt werden, ist es möglich, jedes Aktenstück, das man sucht, schnell zu finden und zugleich die Beziehungen, die zwischen den einzelnen Dokumenten und den Gegenständen, die sie behandeln, bestehen, leicht und genau zu verfolgen. In der „Großen Politik“ ist jedoch das Material nach sachlichen Gesichtspunkten in Kapitel eingeteilt, deren Zeitgrenzen sich beständig überschneiden. Daher kommt es, daß Aktenstücke, die der gleichen Zeit angehören, in verschiedenen Bänden abgedruckt, ja daß manche sogar auseinandergerissen und je nach dem sachlichen Inhalt der einzelnen Teile stückweise in verschiedene Kapitel verteilt worden sind. Diese Anordnung hat gewisse Vorteile für den oberflächlichen Leser, der in eine solche Publikation gelegentlich ein paar Blicke werfen will und dann gern diejenigen Aktenstücke zusammen findet, die sich auf eine ihn gerade interessierende Frage beziehen; die wissenschaftliche Benutzung der Sammlung wird dadurch aber entschieden beeinträchtigt. Jeder Gelehrte, der mit ihr arbeiten will, muß sich erst einen Index der Aktenstücke in ihrer zeitlichen Folge anlegen, um sich zurechtfinden zu können. Es soll zwar am Schlüsse des ganzen Werkes ein chronologisches Verzeichnis nachgeliefert werden, und wenn dieses vorhanden ist, wird dieser Mangel nicht mehr ganz so schwer empfunden werden, wie es jetzt der Fall ist; aber die Benutzung wird auch dann noch weit

schwieriger sein, als wenn die Anordnung nach der Zeitfolge für die Aktenstücke selbst gewählt worden wäre. Vorläufig ist man auf die Zusammenstellung angewiesen, die Bernhard Schwertfeger [3]) in seinem Werke „Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes“ für die ersten Serien der Publikation gegeben hat.

[3]) Bernhard Schwertfeger: Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amts. Ein Wegweiser durch das Aktenwerk der Reichsregierung. Band i —3. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.

Trotz dieses Mangels müssen wir natürlich das Vorhandensein dieses großen Quellen Werkes außerordentlich dankbar begrüßen, und es wird noch einer langen und mühsamen Arbeit der historischen Forschung bedürfen, um alle Resultate, die sich daraus gewinnen lassen, herauszuholen und die kritischen Fragen, die fast überall auftauchen, zu lösen.

Bei der Bearbeitung dieser zweiten Auflage erwuchs mir die schwierige Aufgabe, die Ergebnisse dieser neuen Veröffentlichungen in den Text hineinzuarbeiten, ohne den Rahmen und die Gliederung des Ganzen zu zersprengen oder dessen Umfang erheblich anschwellen zu lassen. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu überwinden. Im einzelnen habe ich vielerlei geändert und hinzugefügt; im ganzen ist der Gang der Darstellung und das Bild der deutschen Politik, das ich glaubte entwerfen zu können, unverändert geblieben. Ich kann nur wünschen, daß diese zweite Auflage ebenso dankbare Leser finde wie die erste, und daß sie dazu dienen möge, das Interesse und Verständnis für die hier behandelten Dinge zu vertiefen, da diese ja mit ihren Folgen und ihren Wirkungen tief in die Gegenwart hineingreifen. In den nächsten Wochen wird auch eine englische Ausgabe erscheinen, und es ist zu hoffen, daß sich daran eine lebhaftere Aussprache mit den Gelehrten der angelsächsischen Welt knüpfen wird, die ihr Interesse diesen Fragen zugewandt haben. Wir Deutsche brauchen eine solche Aussprache nicht zu scheuen, sondern können sie nur dringend wünschen, da wir kein anderes Interesse haben, als daß die Wahrheit möglichst klar zu Tage komme und allmählich überall den Dunstkreis von Lüge und Verleumdung zerstöre, den die Erbitterung des Krieges und der Wunsch der siegreichen Mächte, zur Rechtfertigung der harten Friedensbedingungen alle Schuld auf die deutsche Politik zu wälzen, um die wirklichen Vorgänge sich hat bilden lassen.

Inhalt

Hinweis: Die Seitenzahlen im Inhaltsverzeichnis und im Register beziehen sich auf das Original-Faksimile der deutschen Ausgabe, das hier zu finden ist.

https://archive.org/details/von-bismarck-zum-weltkrieg-1925-ed

1. **Rückblick auf Bismarcks Zeit**. . . . . 1—16

Allgemeine Lage nach 1871. Elsaß-Lothringen und Balkanfragen. Bismarcks Grundgedanken Rückversicherungsvertrag. Der Dreibund. Die Kolonien.

2. **Die Anfänge Wilhelms II**. . . . . 17—45

Persönlichkeit des Kaisers. Die neuen Männer: Caprivi, Marschall, Holstein. Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages. Neue Richtlinien für die Orientpolitik. Helgolandvertrag. Russisch-Französisches Bündnis. Der Dreibund und England. Vertrag Englands mit dem Kongostaat 1894. Abkühlung des Verhältnisses zu England. Hohenlohe Reichskanzler. Thronbesteigung Nikolaus II. Kaiser und Zar. Lage Ende 1894.

3. Schimonoseki. . . . . 46—63

Japanisch-chinesischer Krieg. Haltung der europäischen Mächte. Politik Deutschlands. Rußlands, Frankreichs und Deutschlands Eingreifen. Nachgeben Japans. Folgen dieser Ereignisse.

4. **Zwischen England und Rußland**. . . . . 64—91

Salisburys Plan einer Teilung der Türkei. Deutschland und Österreich im Orient. Deutschlands Stellung zu England. Jameson-Raid und Krüger-Telegramm. Deutsch-englische Entfremdung. Kreta und Mazedonien. Die russische Balkanpolitik. Gedanke des

Kontinentalbundes. Besetzung von Kiautschou. Lage im Frühling 1898.

5. **Chamberlains Bündnisangebot** (1898). . . . . 92—108

Chamberlains Sondierungen. Bedenken der deutschen Staatsmänner. Brief des Kaisers an den Zaren; dessen Antwort. Vertrag über die portugiesischen Kolonien in Afrika. Engländer und Franzosen im Sudan. Faschoda. Vorläufiges Scheitern der Bündnisverhandlungen.

6. Samoa, Burenkrieg und Jangtse-Vertrag. . . . . 109—135

Spanisch-amerikanischer Krieg. Verhandlungen und Vertrag über Samoa. Erste Haager Friedenskonferenz. Annäherung Rußlands. Russisch-französische Abmachungen von 1899. Ausbruch des Burenkrieges. Reise des Kaisers nach Windsor. Beschlagnahme deutscher Dampfer. Frankreichs und Rußlands Versuche, Deutschland zur Einmischung zu bestimmen. Deutschlands Ablehnung. Neue Annäherung an England. Marokkofrage. Boxeraufstand und Strafexpedition. Der Jangtsevertrag und seine Auslegung.

7. **Deutschland und England am Scheidewege**. . . . . 136—160

Thronbesteigung Eduards VII. (1901). Neue englische Bündnisverhandlungen. Englands Windsor-Vertrag mit Portugal. Holsteins Denkschriften zur Bündnisfrage. Die deutschen Bedingungen. Englands Gründe gegen ihre Annahme. Chamberlains Rede in Birmingham. Abbruch der Verhandlungen. Würdigung der deutschen Politik; ihre falschen Voraussetzungen.

8. **Englisch-Französische Entente**. . . . . 161—183

Englisch-japanisches Bündnis. Rußlands Bündnisangebot und seine Ablehnung. Erneuerung des Dreibundes. Italiens Annäherung an Frankreich. Wiederum der Kontinentalbund. Die Orientfragen und die Vereinbarungen von Mürzsteg (1903). Ausbruch des russisch-japanischen Krieges. Vertrag zwischen Frankreich und England über Marokko und Ägypten (1904). Gefahren der neuen Lage für Deutschland.

9. Tanger und Björkö. . . . . 184—216

Frankreichs Vorgehen in Marokko. Niederlagen Rußlands in Ostasien. Deutschlands Vorschlag zu einem Kontinentalbund von Rußland abgelehnt. Deutsch-englische Streitigkeiten. Landung des Kaisers in Tanger (1905). Verhandlungen mit Frankreich über eine Konferenz. Delcassés Sturz. Vereinbarung der Konferenz von Algesiras. Fortgang des ostasiatischen Krieges. Vermittlung Roosevelts und des Kaisers. Beginn der Friedensverhandlungen. Zusammentreffen des Kaisers und des Zaren und Vertrag von Björkö. Entlassungsgesuch Bülows. Friede von Portsmouth. Witte beim Kaiser. Auslegung des Vertrages durch den Zaren. Endgültiges Scheitern des Kontinentalbundes.

10. **Algesiras. Rußlands Anschluß an die Entente** . . . 217—235

Bedeutung des russisch-japanischen Krieges. Neue Einstellung der russischen Politik. Iswolski. Konferenz und Beschlüsse von Algesiras. Entlassung Holsteins. Beziehungen Deutschlands zu England. Liberales Ministerium in England; Sir Edward Grey. Verträge von 1907 zwischen England, Rußland, Japan und Frankreich. Anfänglicher Charakter der Entente. Wachsende Gefahr der Lage für Deutschland.

11. **Dreadnoughts und Flottenwettbau** . . . . . 236—265

Deutschland und England. Ziele der englischen Politik. Der neue Schlachtschiff typ. Die deutschen Flottengesetze von 1906 und 1908. Veränderte Lage für England. Zweite Haager Friedenskonferenz. Englands Wunsch nach Einschränkung des deutschen Flottenprogramms. Des Kaisers Brief an Lord Tweedmouth. Sondierung durch Ballin. König Eduards Besuch in Friedrichshof (1908). Der Kaiser lehnt jede Verhandlung ab. Bedenken Bülows. Seine Verhandlungen mit Tirpitz. Die Veröffentlichung des Daily Telegraph und ihre Folgen. Englische Flotten- und Steuervorlagen. Bedeutung dieser Vorgänge. Würdigung der deutschen Flottenpolitik.

12. **Die bosnische Krise**. . . . . 266—297

Verschiebung der Lage auf dem Balkan. Serbien und Bulgarien. Die Bagdadbahn. Mazedonische Frage. Aehrenthals Politik; Deutschlands Stellung dazu. Die Sandschakbahn. König Eduards Besuch in Reval. Türkische Revolution. Haltung Iswolskis; Verabredungen in Buchlau; seine Reise nach Paris und London. Annexion Bosniens; Unabhängigkeitserklärung Bulgariens. Iswolskis Abschwenken. Deutschlands Überraschung; Differenz zwischen dem Kaiser und Bülow. Konferenzplan Rußlands. Einigung Österreichs mit der Türkei. Erregung in Serbien; Verlegenheit Rußlands. Deutscher Schritt in Petersburg. Rußlands Nachgeben; Anerkennung der Annexion. Bedeutung dieser Vorgänge.

13. **Stille nach dem Sturm**. . . . . 298 — 828

Neuer deutsch-französischer Marokkovertrag von 1909. Bülows Annäherung an England. Scheinbare Entspannung. Entlassung Bülows; Bethmann-Hollweg Reichskanzler. Sein Programm. Abermaliges Scheitern der Flottenverständigung mit England. Lage auf der Balkanhalbinsel. Russisch-italienische Verständigung in Racconigi. Beziehungen Deutschlands und Österreichs zu Rußland im Winter 1909/10. Tod König Eduards 1910. Rücktritt Iswolskis; Sassonow. Persische Fragen und Bagdadbahn. Sassonows Stellung zu Deutschland. Nochmalige Flottenverhandlung mit England.

14. **Agadir und Tripolis**. . . . . 329—350

Frankreichs Vordringen in Marokko. Deutschlands Kompensationswünsche. Kiderlens Aktionsplan. Frankreichs Zögern. Entsendung des „Panther“ nach Agadir. Befürchtungen Englands, Rede von Lloyd George. Eindruck in Deutschland. Verhandlungen und Vertrag mit Frankreich. Einfluß auf die Gesamtlage. Vorgehen Italiens gegen Tripolis. Haltung der Mächte. Tod Aehrenthals 1912; Graf Berchtold. Die letzte Erneuerung des Dreibundes.

15. **Die deutsche Flottennovelle und die Mission Haldanes** . . . 351—371

Deutschland und England. Plan einer deutschen Flottenverstärkung. Sondierungen Englands über eine

Verständigung. Sendung Haldanes nach Berlin; seine Aufträge, die Verhandlungen, ihr Ergebnis. Neue Bedenken Englands. Weitere Verhandlungen durch Metternich; Gründe ihres Scheiterns. Metternichs Rücktritt.

16. **Die Balkankriege**. . . . . 372—403

Der Balkanbund. Verständigungsversuche zwischen Rußland und Deutschland. Sassonows Informationsreise. Ausbruch und Verlauf des ersten Balkankrieges. Haltung der Mächte. Österreichs Programm; Stellung Deutschlands dazu. Gefahr eines allgemeinen Krieges. Lockerung des Balkanbundes. Konferenzen in London. Haltung Englands. Greys Annäherung an Deutschland; Aufnahme durch Kiderlen. Greys Briefwechsel mit Gambon im November 1912. Festigung der Entente. Fortsetzung des Krieges und Friedensschlüsse. Russische und österreichische Demobilisierung. Österreichs Balkanpläne. Der zweite Balkankrieg. Konferenz und Friede von Bukarest. Planlosigkeit Österreichs.

17. **Letzte Atempause**. . . . . 404—427

Zukunft der asiatischen Türkei; Teilungspläne. Die Meerengenfrage. Sendung des Generals v. Liman nach Konstantinopel. Gegenmaßregeln Rußlands und Frankreichs; zurückhaltende Politik Englands. Deutsch-englische Verhandlungen über Mittelafrika und die Bagdadbahn; Fertigstellung der Verträge. Beunruhigung in Frankreich und Rußland; Plan der englisch-russischen Marinekonvention. Gesamtlage im Sommer 1914. Deutschlands Stellung zu Rußland und England. Lockerung des Dreibundes; Verlegung des Schwerpunktes nach Wien.

18. **Der Ausbruch des Weltkrieges**. 428-455

Das Attentat von Serajewo. Österreichs Aktionsprogramm und Ultimatum an Serbien. Vermittlungsversuche: Die serbische Antwort. Abbruch der diplomatischen Beziehungen und erste Mobilisierungsmaßregeln. Österreichs Kriegserklärung an Serbien. Eindruck der serbischen Antwort. Letztes englisches Vermittlungsangebot. Deutschlands dringende Mahnungen in

Wien. Österreich geht auf direkte Verhandlungen mit Rußland ein. Die russische Mobilmachung macht den Krieg unvermeidlich. Ihre Gründe. Deutschlands Kriegserklärung an Rußland und Frankreich. Die belgische Frage. Englands Kriegserklärung an Deutschland. Rückblick auf die kritischen Tage.

19. **Schlußbetrachtung**. 456-464

Zwei Perioden der deutschen Politik nach 1890. Ihr friedlicher Gesamtcharakter. Ansicht der englischen, französischen und russischen Politik. Die Frage der Verantwortung. Blick auf die tieferen Ursachen der Katastrophe.

Register. . . . . 465—472

1. Rückblick auf Bismarcks Zeit

Auf eine Epoche großer Kriege pflegt stets eine Zeit tiefen Friedensbedürfnisses zu folgen. In den Jahrzehnten vor 1871 waren die Völker Mitteleuropas fast ununterbrochen durch opferreiche Kämpfe erschüttert worden. Große Umwälzungen waren daraus hervorgegangen: Die Einigung Italiens und Deutschlands, das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Bunde, die Erweiterung des deutschen Gebietes durch Schleswig und Elsaß-Lothringen, der Übergang Frankreichs zur Republik und des Donaustaates zu der neuen Verfassungsform des „Dualismus“, die Schließung des Bosporus und der Dardanellen für Kriegsschiffe, die Kräftigung der christlichen Staaten auf der Balkanhalbinsel. Alle von diesen Ereignissen mitbetroffenen Völker fühlten zunächst das Bedürfnis, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden, ihre inneren Einrichtungen auszubauen und die Störungen ihres Wirtschaftslebens durch friedliche Arbeit auszugleichen.

Unter den Großmächten waren England und Rußland längst über ihren europäischen Besitzstand hinausgewachsen; sie allein konnten in den siebziger Jahren als Weltmächte gelten. In dem gewaltigen Länderkomplex des Britischen Reiches spielten europäische Fragen und Interessen schon damals nicht mehr die Hauptrolle. Für seine europäische Politik blieb der alte englische Gesichtspunkt maßgebend, daß die Mächte des Kontinents sich nicht zu einer einheitlichen Gruppe zusammenschließen dürften, da man hierin eine ebenso starke wirtschaftliche wie politische Gefahr für das Inselreich erblickte. Die Zeit Napoleons stand den Briten noch in bösester Erinnerung. Es war für England am vorteilhaftesten, wenn sich auf dem Kontinent zwei etwa gleich starke Mächtegruppen gegenüberstanden. Dann waren beide auf Englands Wohlwollen angewiesen. Großbritannien war dann der Schiedsrichter Europas.

Rußlands Streben richtete sich, nachdem die Beschlüsse der Kongresse von Paris und Berlin ihm die Aussicht auf Beherrschung der Meerengen zunächst genommen und den freien Zugang zum Mittelmeer auf längere Zeit versperrt hatten, auf die Erweiterung und den Ausbau seines asiatischen Riesenreiches und auf das Vordringen zum Stillen Ozean und in die fruchtbaren Kulturgebiete des mittleren Asien.

England und Rußland, grundverschieden in ihrer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Struktur, rückten einander in Asien immer näher. England fühlte durch Rußlands Vordringen in Asien die Sicherheit seines indischen Reiches gefährdet und seine Handelsinteressen in Nordchina bedroht. Es fürchtete außerdem eine starke Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeer, wenn die Russen sich im Schwarzen Meer eine starke Kriegsflotte bauen und diese, im Besitz der Meerengen, jederzeit in das Ägäische Meer entsenden könnten. England und Rußland waren weltpolitische Gegner. Ihre Feindschaft wuchs immer stärker, je bedrohlicher ihre Grenzen sich in Asien einander näherten. Der englisch-russische Gegensatz hat vier Jahrzehnte lang den Hintergrund der gesamten Weltpolitik gebildet; er galt den Staatsmännern, die in dieser Zeit erwachsen waren, als eine unabänderliche, von der Natur gegebene Tatsache, mit der man als einer festen Größe ein für allemal zu rechnen habe.

Die übrigen europäischen Großmächte hatten keinen oder verhältnismäßig geringen Kolonialbesitz. Das alte französische Kolonialreich war in der Zeit der napoleonischen Kriege zugrunde gegangen; das neue war erst in den Anfängen vorhanden; an der Nordküste Algeriens, in Senegambien und an der Ostküste Hinterindiens besaß Frankreich Stützpunkte, aber es stand noch keineswegs fest, ob es sie dauernd werde behaupten oder weiter entwickeln können. Jedenfalls waren für die Politik aller dieser Staaten rein kontinentale, europäische Interessen maßgebend, namentlich für Deutschland, das keine überseeischen Gebiete besaß und dessen überseeischer Handel erst in den Anfängen war.

Für die deutsche Politik, die bis 1890 trotz mannigfacher Reibungen von Bismarck geleitet wurde, war das oberste Ziel die Erhaltung des europäischen Friedens. Das wurde nicht nur in Reden und Kundgebungen der leitenden Männer wieder und wieder betont, sondern war auch wirklich das treibende Motiv für die Gesamteinstellung unserer Politik und für die einzelnen Entscheidungen, die zu treffen waren. Diese Erkenntnis ist seit der Veröffentlichung der deutschen Akten über die Bismarckzeit zu einem Gemeingut der Wissenschaft geworden, so verschieden man auch über die politischen Schritte des großen Kanzlers und seine Absichten im Einzelfall urteilen mag [1]). Unser großer Staatsmann war der Ansicht, daß wir alles hätten, dessen wir bedürften, daß selbst ein siegreicher Krieg uns keinen wirklichen Gewinn verspreche. Im Norden und Westen hatte unser Gebiet die Grenzen unseres Volkstums im Wesentlichen erreicht, ja

stellenweise schon überschritten. Auf den Gedanken, die deutsche Schweiz oder Holland unserem Reiche einfügen zu wollen, ist kein urteilsfähiger Deutscher je gekommen. Die deutschen Landesteile Österreichs unserem nationalen Staate wieder anzugliedern, erschien allerdings vielen als ein lockendes Ziel, manchen als eine selbstverständliche Pflicht. Jedoch waren diese Bestrebungen mehr im katholischen Süden Deutschlands lebendig, als im protestantischen Norden, der im neuen Reiche die Führung hatte. Bismarck hat stets betont, daß eine Aufnahme der katholischen Deutsch-Österreicher die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Reiches stärken werde. Außerdem hielt er den Zerfall des Donaustaates für eine nationale Gefahr, da der größte Teil der nichtdeutschen Gebiete von slavischer Bevölkerung bewohnt wurde und bei einer Auflösung der Habsburgischen Monarchie seinen Anschluß bei Rußland gesucht haben würde. Eine derartige Verstärkung der russischen Macht erschien ihm geradezu verhängnisvoll für die Zukunft Deutschlands und Europas. Daher machte er die Erhaltung Österreich-Ungarns als Großmacht zu einem der Grundpfeiler seiner Politik. Schon dadurch war, solange er am Ruder war oder sein Geist herrschend blieb, jede Vergrößerungsabsicht Deutschlands nach dem Südosten zu ausgeschlossen. Im Nordosten endlich hatten wir bereits mehr volksfremde Bestandteile in unserem Reiche als uns lieb sein konnte. Den Prozentsatz der uns feindlich gesinnten polnischen Bevölkerung noch zu vermehren, wäre eine ungeheuere Unklugheit gewesen. Daß die russischen Ostseeprovinzen, in denen die Oberschichten ihrer Herkunft und Kultur nach deutsch waren, jemals in unser Reich hineingezogen werden könnten, hat Bismarck nie geglaubt. Diese Landschaften lagen geographisch von unserem Gebiete viel zu abseits; die Mehrzahl der Bevölkerung war anderen Stammes und keineswegs deutschfreundlich gesinnt; und die oberen Schichten selbst, namentlich der Adel, fühlten sich im damaligen Rußland, wo sie eine große Rolle spielten und eine starke Sonderstellung einnahmen, viel zu wohl, um eine Vereinigung mit Deutschland zu wünschen.

[1]) „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914.“ Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Hrsg, von J. Lepsius, A. Mendelssohn Bartholdy, Fr. Thimme, Bd. 1—6. Vgl. jetzt die ausliche, bereits auf Kenntnis dieses Materials beruhende Darstellung von F. Rachfahl, Deutschland und die Weltpolitik. Bd. 1. Die Bismarcksche Ära. Stuttgart 1923.

Diese Umstände und Erwägungen führten Bismarck zu dem Schluß, daß wir selbst bei einem siegreichen Kriege in Europa nichts zu gewinnen hätten. Nimmt man hinzu, daß unser neugeschaffenes Reich erst sozusagen im Aufriß vorhanden war, daß die neuen Einrichtungen sich erst einleben und bewähren mußten, daß die scharfen konfessionellen und sozialen Gegensätze uns mit schweren Gefahren bedrohten, daß endlich unsere auf blühende Wirtschaft dringend den Frieden brauchte, so begreift man, daß die Erhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes und des Friedens die durch Deutschlands Lage gegebenen Richtpunkte unserer Politik sein mußten. Bismarck hat dies mit voller Klarheit erkannt und darnach gehandelt. Er sagt in den „Gedanken und Erinnerungen“ sein ideales Ziel sei gewesen, das Vertrauen der kleineren und größeren Mächte durch eine friedliebende, gerechte, ehrliche und versöhnliche Politik zu erwerben. Man hat wohl gemeint, das sei eine nachträgliche Beschönigung seiner im Grunde doch machiavellistischen Staatskunst gewesen. Jede genauere Erforschung der Bismarckschen Epoche wird immer neue Beweise dafür ans Tageslicht fördern, daß er damit nur in Worte gekleidet hat, was wirklich das Grundmotiv seines Handelns war.

Woher konnten aber Störungen des Friedens in Europa bei der damaligen Gesamtlage erwartet werden? Es gab zwei Punkte ewiger Beunruhigung, zwei Gebiete, deren augenblickliche staatsrechtliche Lage nicht von allen ehrlich als Grundlage des künftigen Zustandes anerkannt wurde: Elsaß-Lothringen und den Balkan.

Frankreich hatte im Frankfurter Frieden auf Elsaß-Lothringen verzichten müssen. Aber es hatte mit tiefem Groll ein Land aus seinem Staatsverbande scheiden sehen, das fast zwei Jahrhunderte dazu gehört hatte. Man hatte dort ganz vergessen, daß man sich selbst dereinst gewaltsam in den Besitz dieser deutschen Grenzgebiete gesetzt hatte. Man sah in der Zurückforderung alten deutschen Bodens eine rechtlose Vergewaltigung Frankreichs und dieser Gebiete selbst, deren Bewohner nicht nach ihrem Willen gefragt worden waren. Es galt einem großen Teil des französischen Volkes seitdem als ausgemacht, daß dieses „Unrecht“ auf irgendeine Art wieder gutgemacht werden müsse. Auch den Verlust des Saargebietes durch den zweiten Pariser Frieden hatte man noch keineswegs verschmerzt; schon 1866 hatte Napoleon III. die Hand darnach auszustrecken versucht. Freilich bestand das von Deutschland begangene „Unrecht“ nach französischer Auffassung keineswegs

allein in der Wegnahme dieser Landschaften, sondern letzten Endes in der Beseitigung der französischen Vormachtstellung in Europa. Schon nach den preußischen Siegen von 1866 erhob sich bekanntlich der Ruf nach Revanche; der Zorn über die militärische Niederlage kam verschärfend hinzu; die Entstehung eines starken, militärisch und wirtschaftlich überlegenen deutschen Reiches bedeutete das Ende der französischen Hegemonie und verletzte die gallische Eitelkeit auf das Empfindlichste. Elsaß-Lothringen aber wurde zum äußerlich sichtbaren Symbol der erlittenen Niederlage.

Natürlich wußten die französischen Staatsmänner sehr genau, daß sich in nächster Zeit nichts werde tun lassen, um den Revanchegedanken zu verwirklichen. Erst mußten Frankreichs Wunden geheilt, seine inneren Gegensätze ausgeglichen, seine militärischen Kräfte auf eine ganz andere Stufe gebracht sein, bevor man an einen neuen Kampf denken konnte. Auch wußte man, daß man einen solchen Kampf allein auch später kaum mit Aussicht auf Erfolg werde führen können. Deutschland wuchs beständig an Volkszahl und wirtschaftlicher Kraft; Frankreichs Volkszahl stand still, und sein großer alter Reichtum blieb wesentlich stationär; an aktiver wirtschaftlicher Kraft konnte es sich mit Deutschland nicht messen. Es galt daher, Bundesgenossen zu finden; es galt jede für Deutschland ungünstige politische Gesamtlage auszunützen. Den französischen Führern stand es fest, daß Frankreichs Stunde schlagen werde, sobald Deutschland in einen Krieg mit einer dritten Macht verwickelt sei. Daher mußte die deutsche Politik damit rechnen, daß sie bei jedem ernsten Konflikt mit irgendeiner anderen Macht Frankreich anderen Seite sehen werde. Darin lag die Bedeutung der elsaß-lothringischen Frage für die europäische Politik. Sie glich einer scheinbar geheilten Wunde, die bei der leisesten Berührung wieder aufbrechen konnte. Sie bildete nicht an sich selbst eine akute Kriegsgefahr; aber sie war eine latente, dauernde Bedrohung des Friedens; denn es stand fest, daß sie in jeder möglichen Lage Frankreichs Haltung bestimmen, und bei jedem europäischen Konflikt als verborgene Triebkraft die Gruppierung der Mächte maßgebend beeinflussen werde.

Gewiß gab es auch in Frankreich Männer und Strömungen, die sich ehrlich auf den Boden des Frankfurter Friedens stellen, für die erlittenen Verluste anderswo Entschädigung suchen und mit Deutschland dauernd in Frieden leben wollten. Sie haben zeitweise sogar die offizielle Führung gehabt. Aber sie waren den Nationalisten stets verdächtig, galten ihnen als verkappte

Verräter der heiligsten Gefühle des französischen Volkes, und konnten in entscheidenden Momenten mit Hilfe der leicht erregbaren öffentlichen Meinung beiseite gedrängt werden.

Gegenüber dieser latenten Gefahr bildete der Komplex der Balkanfragen die periodisch sich erneuernde, akute Gefahr für den europäischen Frieden. Die Türken hatten die Balkanhalbinsel erobert und beherrscht, ohne sie ihrem Volkstum einfügen zu können. Die Verschiedenheit des religiösen Glaubens und der gesamten Kultur hinderte jede wirkliche Verschmelzung mit den Unterworfenen. Im Laufe der Jahrhunderte war die militärische Macht der Türken dauernd zurückgegangen. Die großen technischen und organisatorischen Neuerungen im westeuropäischen Heerwesen waren an diesem starr an alten Traditionen hängenden Volke lange Zeit spurlos vorübergegangen und ließen sich auch später nur äußerlich nachahmen. Im 19. Jahrhundert fürchtete sich niemand mehr vor den kriegerischen Erfolgen des Halbmonds.

Diese Tatsache zusammen mit dem Überspringen der nationalen Gedanken von Westeuropa zu den christlichen Balkan Völkern ermöglichte den immer schärfer einsetzenden Befreiungskampf der Griechen, Serben, Rumänen und zuletzt der Bulgaren gegen die türkische Herrschaft. Die Uneinigkeit dieser christlichen Elemente, ihre gegenseitige Eifersucht, die Schwierigkeit, in den von verschiedenen Völkersplittern bewohnten Gebieten, wie Mazedonien, feste nationale Grenzen zu finden, verlangsamten diesen Emanzipationskampf und ermöglichten der Türkei einen zähen Widerstand durch Jahrzehnte hindurch.

Das Wichtigste aber war, daß dieser Auseinandersetzungsprozeß im steigenden Maße als ein Vorgang von nicht nur lokalem, sondern von gesamteuropäischem Interesse empfunden wurde. Die Bildung eines selbständigen serbischen und rumänischen Staates beunruhigte die österreichischen Staatsmänner auf das Schwerste, weil auf ihrem Gebiete viele Millionen von Südslaven und Rumänen wohnten, die von den benachbarten nationalen Staatenbildungen immer stärker angezogen wurden. Deren Anschluß an Serbien und Rumänien drohte den künstlichen Bau der Donaumonarchie über kurz oder lang auseinander zu sprengen. Es erschien daher Politik der Großmächte im Orient als ein Gebot der Selbsterhaltung, diese benachbarten Staaten, nachdem man ihre Entstehung nicht hatte hindern können, so stark unter österreichischem Einfluß zu

halten, daß sie an eine wirksame Propaganda unter ihren Stammesgenossen auf dem Gebiet der Donaumonarchie nicht denken konnten.

Aber Österreich war zwar der unmittelbarste, aber nicht der mächtigste Nachbar der Balkanvölker. Rußland, durch Glaubens- und Rassengemeinschaft mit ihnen verbunden, durch alte Tradition auf den Weg nach Konstantinopel gewiesen, besaß zudem das allerdringendste wirtschaftliche und militärische Interesse, den Eingang des Schwarzen Meeres, den „Schlüssel seines Hauses“ in seiner unmittelbaren Gewalt oder doch unter seiner alleinigen Kontrolle zu haben. Gerieten Serbien und Rumänien unter Österreichs Einfluß, so mußte Rußland sich um so mehr die führende Stellung in Bulgarien sichern, um zu verhindern, daß die österreichische Machtsphäre sich bis Konstantinopel und Saloniki ausdehne. Die Möglichkeit von Reibungen und Zusammenstößen dieser beiden Großmächte wuchs um so mehr, je stärker sie ihren Einfluß auf die Balkanstaaten festzulegen suchten.

Dazu kam endlich als dritte interessierte Großmacht England. Für die weltumspannende Wirtschafts- und Machtpolitik Großbritanniens war, namentlich seit der Eröffnung des Suezkanals, der nahe Orient deshalb besonders wichtig, weil durch diese Gebiete die nächsten Verbindungswege nach Indien führten. Diese Wege selbst zu beherrschen oder wenigstens ihre Beherrschung oder Bedrohung durch irgendeine andere Großmacht zu verhindern, war eines der Ziele der englischen Politik. Daraus folgt naturgemäß das Streben, Rußland nicht nach Konstantinopel und in das Mittelmeer gelangen zu lassen.

Nimmt man noch hinzu, daß sich auch in Italien immer stärker der Wunsch regte, Einfluß auf die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse am östlichen Ufer des Adriatischen Meeres zu gewinnen, so sieht man deutlich, daß die Zukunft der Balkanvölker nicht nur von diesen selbst und ihren Beziehungen untereinander und zur Türkei, sondern in hohem Maße auch von der Politik der interessierten Großmächte abhing. Umgekehrt mußte das Verhältnis dieser Großmächte zueinander von der Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel aufs stärkste beeinflußt werden.

Österreich und England wollten am liebsten die Türkei in möglichster Stärke erhalten sehen. Dadurch wurden die nationalen Aspirationen der Balkanvölker in bestimmten Grenzen

gehalten; die unmittelbare Herrschaft über die Meerengen blieb in den Händen eines politisch ungefährlichen, zur Bewachung dieses Postens gegenüber Rußland aber durch das Interesse der Selbsterhaltung gleichsam vorherbestimmten Staates. Sie erkannten aber, daß die Erhaltung der Türkei nur möglich sei, wenn diese der christlichen Bevölkerung ihrer Gebiete eine gesicherte Rechtsstellung gewähre und drangen deshalb fortwährend auf Reformen, die den Christen ein gewisses Maß von Befriedigung gewähren und doch die möglichst ungeschwächte Fortdauer des türkischen Reiches ermöglichen sollten. Der Verlauf der Dinge hat deutlich genug gezeigt, daß dies Ziel unerreichbar war. Die Türkei konnte, ohne die religiösen und politischen Grundlagen ihrer Existenz zu erschüttern, so weitgehende Reformen nicht einführen, wie sie notwendig gewesen wären, um die christliche Bevölkerung auch nur einigermaßen zu befriedigen. Derartige Zweifel haben auch die englischen Staatsmänner immer wieder befallen. Auch gab es in der öffentlichen Meinung Großbritanniens, namentlich unter den Liberalen, stets eine starke antitürkische Strömung, die gelegentlich auch die leitenden Staatsmänner beeinflußte. Aber man hielt trotzdem in London und Wien lange Zeit an diesem Programm fest, weil man die unabsehbaren Folgen einer weiteren Auflösung der Türkei für den europäischen Frieden fürchtete, und den Zeitpunkt dieser schwierigen Liquidation wenigstens möglichst lange hinausschieben wollte.

Für Rußland war diese Lösung nur dann annehmbar, wenn die Türkei zu einem Vasallenstaate des Zaren wurde, womit natürlich wieder den übrigen Mächten nicht gedient war.

Diese Zustände machten es verständlich, daß jeder lokale Aufstand im Balkangebiet, weil er den Auflösungsprozeß der Türkei zu beschleunigen drohte und die große Auseinandersetzung zwischen den interessierten Mächten in unmittelbare Nähe rückte, die ganze europäische Diplomatie in fieberhafte Tätigkeit versetzte und, je nach Lage der Dinge, zu heftigen politischen, zuweilen sogar kriegerischen Zusammenstößen führte. Von hier aus konnte jeden Augenblick der Friede Europas durch unvorhergesehene Zwischenfälle in Frage gestellt werden.

Da Bismarcks Politik auf die Erhaltung des Friedens gerichtet war, so mußte er vor allen Dingen zu verhüten suchen, daß entweder aus der latenten elsaß-lothringischen oder aus der offenen orientalischen Frage eine plötzliche Störung des Friedens

erwachse. Daraus ergaben sich zwei Hauptgesichtspunkte für seine Politik: Frankreich sollte möglichst isoliert werden, damit es an keinen Revanchekrieg denken könne; und Rußland und Österreich sollten im nahen Orient zu einem Ausgleich ihrer Interessen geführt oder wenigstens an einer kriegerischen Auseinandersetzung verhindert werden.

Um Frankreich zu isolieren, galt es, diejenigen Staaten an Deutschland möglichst nahe heranzuziehen, auf deren Bundesgenossenschaft Frankreich bei einem Revanchekrieg etwa würde zählen können. Zu ihnen gehörten Rußland, Italien und auch Österreich. Denn auch nach 1871 waren dort immer noch starke Neigungen vorhanden, die 1866 verlorene Stellung bei guter Gelegenheit wieder zu gewinnen. Die Erneuerung der alten Koalition aus der Zeit Friedrichs des Großen — Frankreich, Österreich und Rußland —, vor der sich Bismarck noch lange fürchtete, war damals keineswegs so unwahrscheinlich, wie sie der späteren Generation erschien. Das Dreikaiserbündnis der siebziger Jahre, später das deutsch-österreichische Bündnis der Dreibund und die verschiedenen Sicherungsverträge mit Rußland sollten diesem Zwecke dienen. An die Heranziehung Englands hat er auch immer wieder gedacht, namentlich während der orientalischen Krise von 1876 bis 1879; aber alle Versuche in dieser Richtung scheiterten daran, daß Bismarck unbedingte Garantie für den Besitz Elsaß-Lothringens verlangte, während die englischen Staatsmänner sich soweit nicht verpflichten wollten. Selbst als sie durch die Besetzung Ägyptens (1882) in einen scharfen kolonialen Gegensatz zu Frankreich gerieten, waren sie dafür nicht zu gewinnen. Als gegen Ende der achtziger Jahre die Annäherung zwischen Frankreich und Rußland begann, hat Bismarck nochmals ein vom Parlament genehmigtes Bündnis mit England zur gemeinsamen Abwehr eines französischen Angriffs in London angeregt. Er ließ dabei betonen, daß die Kenntnis vom Bestehen des Vertrages schon geeignet sein werde, einen Krieg zu verhindern. Lord Salisbury, der damals Englands auswärtige Politik leitete, behielt sich wohlwollende Prüfung dieser Anregung vor. Als aber wenige Monate später Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters nach London kam, um über die Samoafrage zu verhandeln, und bei dieser Gelegenheit auch die Bündnismöglichkeit berührte, äußerte sich der englische Minister sehr zurückhaltend. Er wies auf die Abhängigkeit der englischen Politik vom Parlament und der öffentlichen Meinung hin, die für ein Bündnis schwer zu gewinnen sein würden [2]).

[2]) Bismarcks Anweisung an Graf Hatzfeldt 1889 Jan. 11.; Berichte Hatzfeldts Jan. 16. und Herbert Bismarcks März 22. gedr. „Große Politik d. Europ. Kabinette“, Bd. 4, S. 400 f. Über die Bedeutung der englischen Bündnispolitik innerhalb des gesamten politischen Systems Bismarcks hat sich eine lebhafte Diskussion entsponnen. Ich führe die wichtigsten Schriften hier an: F. Rachfahl, Bismarcks englische Bündnispolitik (1922); H. Rothfels, Bismarcks englische Bündnispolitik (1924); A. v. Taube, Fürst Bismarck zwischen Deutschland und England (1923); H. Trützschler v. Falkenstein, Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887 (1924); G. Ritter, Bismarcks Verhältnis zu England und die Politik des „Neuen Kurses“ im Archiv f. Politik u. Geschichte 2 (1924); 0. Becker, Bismarcks Bündnispolitik (1923); F. Rachfahl, Zur auswärtigen Politik Bismarcks im Weltwirtschaft!. Archiv 21 (1928). Nach meiner Ansicht gehen die Meinungen eigentlich gar nicht so weit auseinander, wie es zunächst scheint. Rothfels und Ritter suchen allerdings das dauernd vorhandene Streben Bismarcks nach einer Verständigung mit England als verhältnismäßig bedeutungslos für seine Gesamtpolitik, namentlich in den siebziger Jahren, hinzustellen, können aber doch das Vorhandensein dieser Tendenz nicht leugnen. Rachfahl operiert m. E. zu viel mit dem Begriff der „Option“, die Bismarck bald zwischen Rußland und Österreich, bald zwischen Rußland und England vollzogen haben soll. Es scheint mir, daß seine ganze Politik vielmehr auf Vermeidung einer solchen Option eingestellt war, und daß die Schritte, die Rachfahl als solche deutet, vielmehr ihm durch die jeweilige Lage auf gezwungene Verteidigungsmaßregeln gegen eine feindselige Haltung Rußlands waren, während seine Absicht immer blieb, auch zu Rußland möglichst gute Beziehungen zu erhalten. Gewiß mißtraute er der russischen Politik immer und wollte sich nie ausschließlich an Rußland ketten, aber ebenso auch alles vermeiden, was es auf die feindliche Seite treiben konnte.

Trotz dieser Bemühungen um Frankreichs Isolierung hat Bismarck aber keineswegs eine feindliche Politik gegenüber den westlichen Nachbarn getrieben. Er wollte die Franzosen hindern, den Frieden zu stören und die Bestimmungen des Frankfurter Vertrages umzustoßen, aber er war bemüht, möglichst freundliche Beziehungen zwischen Berlin und Paris herzustellen. Er ging soweit, Frankreich die positive Unterstützung Deutschlands in allen Fragen zuzusichern, wo die beiderseitigen Interessen sich nicht entgegenständen, und sie bei der Erwerbung von Annam und Tonking auch zu gewähren. Er ermutigte die Franzosen zur Besetzung von Tunis und wies sie mehrfach auf Marokko als ein geeignetes Feld für ihre koloniale Tätigkeit hin. Er hoffte, durch eine erfolgreiche Kolonialpolitik werde das französische Prestigebedürfnis bis zu einem gewissen Grade befriedigt werden, in dem neuen Kolonialreich werde man allmählich einen Ersatz für Elsaß-Lothringen finden, und so könne im Lauf der Jahrzehnte der Revanchegedanke schwinden. Daß dies nur eine unsichere

Hoffnung sei, wußte er sehr wohl. Dennoch glaubte er nichts unterlassen zu dürfen, was beruhigend und versöhnend wirken könne. „Die Wahrnehmung," schrieb er, „daß Deutschland nicht nur Metz und Straßburg behalten will, sondern auch den Franzosen die Möglichkeit mißgönnt, in überseeischen Erfolgen eine Entschädigung für die Rheingrenze zu suchen, die Wahrnehmung, daß Frankreich auf allen seinen Wegen Deutschland als Gegner findet, würde die Partei der Revanche, des Nationalhasses der Franzosen, und ihre Energie uns gegenüber wesentlich kräftigen und den Ausbruch eines neuen französischen Krieges beschleunigen, wo ich dann nicht wüßte, welcher Kampfpreis uns bei eventuellem Siege vorschweben könnte. Auch siegreich würde ein solcher Krieg eine große Kalamität sein." Er glaubte es nicht verantworten zu können, die Wahrscheinlichkeit ihres Eintrittes durch Unterstützung der damaligen marokkanischen Wünsche Italiens zu erhöhen [3]). Es sind geradezu prophetische Worte; denn unser Auftreten gegen Frankreich in Marokko hat tatsächlich zwei Jahrzehnte später der Revanchepolitik in Paris zum vollen Siege verholfen. Bismarck zog aus der klaren Erkenntnis dieser Lage die Folgerung, daß wir Frankreichs Ansprüche in Ägypten und im Kongogebiet gegen England unterstützen müßten und hat danach gehandelt.

[3]) Erlaß an Keudell 1884 Juni 26.

Da aber die dauernde Orientkrise für die Gegenwart noch gefährlicher war, wandte Bismarck ihr stets seine besondere Aufmerksamkeit zu. Er hat das Bündnis mit Rußland 1876 abgelehnt, weil er damit Österreich preisgegeben und die Vorherrschaft Rußlands in ganz Südosteuropa befördert haben würde. Er hat während des russisch-türkischen Krieges 1877 und 1878 uneigennützig und vorsichtig als „ehrlicher Makler" zu vermitteln gesucht, damit ein russisch-englischer oder russischösterreichischer Krieg vermieden werde, der wahrscheinlich zuletzt auch Deutschland und dann natürlich auch Frankreich in seinen Strudel gerissen hätte. Das Ergebnis der von ihm geleiteten Verhandlungen des Berliner Kongresses läßt sich, soweit europäische Fragen berührt wurden, kurz dahin zusammenfassen: Rumänien, Serbien und Montenegro wurden für unabhängig erklärt und die letzteren beiden Staaten auf Kosten der Türkei namhaft vergrößert. An Stelle eines nominell selbständigen, in Wahrheit von Rußland völlig abhängigen, bis zum Ägäischen Meere hinabreichenden großbulgarischen Staates, wie ihn der Präliminarfriede von San Stefano hatte schaffen wollen, wurden zwei kleine bulgarische halbsouveräne Staaten

ohne Anteil an mazedonischen Gebieten und ohne ägäische Küste unter der Oberhoheit des Sultans begründet. Dadurch wurde das Fortbestehen eines geographisch geschlossenen türkischen Staatsgebietes in Europa von den Dardanellen bis zur Adria ermöglicht, während die Begründung Großbulgariens die Zerreißung der europäischen Türkei bedeutet haben würde. Das hätte die Ablösung der westlichen Teile der Balkanhalbinsel vom osmanischen Reiche in naher Zukunft zur Folge haben müssen. Sodann erhielt Österreich das Recht zur Besetzung und Verwaltung Bosniens und der Herzegowina, während beide Landschaften nominell unter der Oberhoheit des Sultans blieben, sowie zur Aufstellung von Garnisonen und zur Anlegung von Straßen in dem südöstlich sich anschließenden Sandschak von Novibazar. Dieser blieb im übrigen untertürkischer Verwaltung und schob sich als Keil zwischen die Gebiete Serbiens und Montenegros ein. Bosnien war der Preis, den Rußland vor dem Kriege dem Kaiser Franz Joseph für seine Neutralität hatte gewähren müssen. Freilich hätte man von russischer Seite den Donaustaat gern um den versprochenen Lohn gebracht, als man selbst nicht alles erhielt, was man wünschte. Man scheute aber schließlich doch davor zurück, deshalb alles Erreichte wieder aufs Spiel zu setzen und stimmte auch diesem Artikel zu. Andrassy erlangte sogar von Rußland die geheime Zusage, daß man nichts ein wenden werde, wenn Österreich im Falle von Schwierigkeiten im Sandschak Novibazar diesen in derselben Weise wie Bosnien „endgültig okkupiere.

Die Überantwortung Bosniens an Österreich zumal in dieser staatsrechtlich unklaren Form brachte der Donaumonarchie wenig Nutzen und bedeutete eine schwere Gefahr für die Zukunft. Für den Augenblick war Serbien durch seine Erwerbungen im Südosten befriedigt und mit deren organisatorischer Einfügung in sein Staatswesen vollauf beschäftigt; von Rußlands Haltung enttäuscht und durch den starken Machtzuwachs Österreichs eingeschüchtert, schloß sich König Milan zunächst eng an die Donaumonarchie an und ging bald darauf einen Schutzvertrag mit ihr ein, der ihn in eine Vasallenstellung herabdrückte; er verpflichtete sich sogar, ohne Genehmigung der Hofburg keine Verträge mit fremden Staaten zu schließen [4]). Bei der Erneuerung im Jahre 1889 versprach Österreich dafür, die Ausdehnung Serbiens in südöstlicher Richtung nach Möglichkeit zu befördern. Aber es ließ sich voraussehen, daß der Expansionsdrang Serbiens, wenn er im Südosten sein Ziel erreicht habe oder künstlich gehemmt werde, sich mit erneuter Wucht nach dem Westen richten und die Vereinigung zunächst mit Montenegro, dann mit

der stammesverwandten, wenn auch größtenteils zum Islam bekehrten Bevölkerung Bosniens und zuletzt mit den Südslaven im Königreich Ungarn erstreben werde. Sobald dies geschah, mußte es zum Konflikt zwischen der südslavischen Bewegung und dem Donaustaat kommen.

Rußland verließ den Berliner Kongreß in höchst unzufriedener Stimmung. Man hatte in wichtigen Fragen vor England und Österreich zurückweichen müssen, hatte allein Gut und Blut geopfert, und den anderen billigen Gewinn verschafft — den Österreichern Bosnien und den Engländern Cypern, das sie sich als Lohn für eine Garantie des türkischen Besitzstandes in Asien von der Pforte hatten abtreten lassen. Mit Rumänien war man verfeindet, da man König Karl, den einzigen wirksamen Helfer, gegen seinen Willen zum Austausch des rumänischen Stückes von Bessarabien gegen die Dobrudscha gezwungen hatte. Bulgarien und Serbien waren enttäuscht über die geringen Erfolge des großen Zaren, von dem sie Befriedigung aller ihrer Wünsche erhofft hatten. Merkwürdigerweise richtete sich der Groll der Russen weniger gegen England, als gegen Österreich und namentlich gegen Deutschland, das man der Undankbarkeit gegen Rußland für seine Haltung im Deutsch-Französischen Kriege beschuldigte. Es kam bei den Grenzabsteckungen zu Differenzen, in deren Verlauf Rußland zu offenen Drohungen überging. Damals hat Bismarck das deutsch-österreichische Bündnis zur Verteidigung gegen einen russischen Angriff geschlossen. Aber es lag niemals in seiner Absicht, dadurch für Österreich zu „optieren“ und in dauernde Gegnerschaft zu Rußland zu treten. Vielmehr war er sofort eifrig bestrebt, die Fäden nach Petersburg wieder anzuknüpfen; trotz des österreichischen Bündnisses neben demselben brachte er den Dreikaiservertrag von 1881 zustande, der drei Jahre später unter etwas veränderten Bedingungen erneuert wurde.

Als wiederum drei Jahre später Österreich die abermalige Erneuerung verweigerte, schloß er den vielumstrittenen Rückversicherungs-Vertrag mit Rußland vom 18. Juni 1887 [5]).

[4]) Der Vertrag vom 16. (28.) Juni 1881 und der Brief König Milans an Kaiser Franz Joseph vom 12. (24.) Okt. nebst der neuen Redaktion des 4-Artikels gedr. bei Pribram, Österreich-Ungarns Geheimverträge, Bd. 1, 18 ff. Der Vertrag wurde am 28. Januar 1889 nochmals erneuert (a. a. 0. 1, 51) und bestand bis zum 13. Januar 1896.

[5]) Diese Verträge sind nunmehr vollständig gedruckt bei Pribram, a. a. O., S. 1 f., 11 f., 35 f.; der Rückversicherungsvertrag mit dem geheimen

Zusatzprotokoll im Anhang S. 305 f. und Große Politik 3, 176 u. 334, 5, 252.

Wenn man den Inhalt aller dieser Verträge ansieht, und die Verhandlungen, die zu ihnen geführt haben, zu ihrer Deutung heranzieht, so ergeben sich folgende Grundgedanken: Rußland sollte an einer gewaltsamen Lösung der Orientfrage durch Niederwerfung und Zertrümmerung des Donaustaates verhindert werden. Es sollte wissen, daß es bei jedem Versuche dieser Art zugleich mit Deutschland zu kämpfen haben werde. Sowohl Rußland wie Österreich sollten verhindert werden, ohne Verständigung untereinander und mit Deutschland entscheidende Schritte auf der Balkanhalbinsel zu tun. Ferner mußte Rußland versprechen, im Falle eines französischen Angriffs gegen Deutschland neutral zu bleiben. Dagegen bekam es die Sicherheit, daß Deutschland und Österreich mit dem Zaren zusammen den Sultan verhindern würden, im Kriegsfall englischen Schiffen die Meerengen zu öffnen. Es erhielt ferner 1887 die ausdrückliche Anerkennung Deutschlands, daß Bulgarien in seine Interessensphäre falle, daß also auch ein kriegerisches Eingreifen des Zaren daselbst nicht als Verletzung berechtigter österreichischer Interessen angesehen werden solle. Ja sogar für den Fall, daß Rußland sich notgedrungen zur militärischen Besetzung der Meerengen gezwungen sehen sollte, um den Eingang in das Schwarze Meer zu verteidigen, versprach Deutschland in einem ganz geheimen Zusatzprotokoll diplomatische und moralische Unterstützung. Andererseits hatte Bismarck kurz vorher bei der Erneuerung des Dreibundes durch starken Druck die Wiener Regierung zur Annahme eines von Italien verlangten Zusatzes gezwungen, der für die Orientfragen sehr wichtig war. Österreich mußte sich nämlich verpflichten, wenn es zu einer vorübergehenden oder dauernden Okkupation von Gebieten der Balkanhalbinsel schreiten wolle, sich vorher mit Italien darüber zu verständigen und ihm eine Kompensation dafür zu gewähren. Die gleiche Zusage gab auch Italien [6]). Es liegt auf der Hand, daß der Donaumonarchie dadurch jede Vergrößerung ihres Besitzstandes nach Südosten hin sehr erschwert wurde; und das ist offenbar Bismarcks Absicht gewesen. Gleichzeitig beförderte er noch den Abschluß eines besonderen Abkommens zwischen Österreich, Italien und England, an dem Deutschland jedoch nicht teilnahm. Es hatte die Aufrechterhaltung des augenblicklichen Besitzstandes am Adriatischen, Ägäischen und Schwarzen Meer zum Gegenstand [7]).

[6]) Zusatzvertrag zum zweiten Dreibundvertrag vom 20. Febr. 1887, bei Pribram, S. 44; Bericht über die Vorverhandlungen S. 169 f., und Große Politik 4, 179—260.

[7]) Die vom 12. Febr. bis 24. März 1887 ausgetauschten Noten bei Pribram, 36 f.; ergänzender Notenwechsel vom 12. bis 16. Dez. 1887 S. 51 f. Die Vorverhandlungen, Große Politik 4, 261 f.

Der Sinn aller dieser einander ergänzenden Abmachungen war, daß sowohl Rußland wie Österreich von einseitigem aggresivem Vorgehen im nahen Orient zurückgehalten werden sollten. Da es Bismarck trotz wiederholter Bemühungen nicht gelungen war, eine klare Abgrenzung der Interessensphären beider Mächte auf der Balkanhalbinsel herbeizuführen, schuf er dafür einen Ersatz, indem er sich Rußland gegenüber verpflichtete, eine bestimmt umgrenzte Zone als dessen Einflußgebiet anzuerkennen, ohne ihm indessen das Recht zu dauernder Besitzergreifung einzelner Gebiete einzuräumen. Da Serbien mit Deutschlands Wissen durch einen weitgehenden Schutzvertrag an Österreich gebunden war und Rumänien sich bereits 1883 vertragsmäßig dem Dreibund angeschlossen hatte [8]), war auch eine österreichische Einflußzone, die Deutschland zu decken hatte, mit demselben Vorbehalt gegen Besitzergreifung anerkannt worden. Beide Nachbarmächte wußten also, welche Grenze sie nicht überschreiten durften, wenn sie nicht die Unterstützung Deutschlands verlieren und sich unter Umständen seine Gegnerschaft zuziehen wollten.

[8]) Bündnis vom 30. Okt. 1883, Pribram, 29 f.; hier auch die verschiedenen Erneuerungsverträge.

Man kann den so oft gehörten Vorwurf der Illoyalität gegen Österreich dieser Politik durchaus nicht machen. Durch das Bündnis von 1879 war Deutschland nur zum Schutz des österreichischen Besitzstandes gegen einen russischen Angriff verpflichtet, niemals aber zur Unterstützung etwaiger österreichischer Expansionsgelüste auf dem Balkan, niemals zur Verhinderung russischen Eingreifens in Bulgarien und Konstantinopel, da ein solches Vorgehen selbst mit dem größten Aufwande sophistischer Auslegungskunst nicht als ein Angriff auf die Donaumonarchie gedeutet werden konnte. Bismarck hat stets schon beim Abschluß des Bündnisses betont, daß es einen rein defensiven Charakter habe und niemals zu einer „Erwerbsgenossenschaft“ werden dürfe. Er hat noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ lebhaft dagegen protestiert, daß die Vertretung österreichischer Interessen am Balkan dem klaren Bündnisfall des feindlichen Angriffs substituiert werde und

hinzugefügt: „Es ist nicht die Aufgabe des Deutschen Reiches, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen [9]).“ Das war nicht der Ausdruck augenblicklicher Verstimmung und Verbitterung, sondern ein leitender Grundgedanke seiner Politik, den seine Nachfolger leider, wie wir sehen werden, nicht scharf genug festgehalten haben. Da Österreich die Begrenzung genau kannte, die Bismarck der Auslegung des Bündnisses gezogen sehen wollte, so konnte es sich in keiner Weise darüber beklagen, wenn der deutsche Veründete den Russen in Bulgarien und Konstantinopel freies Feld ließ. Ob Bismarck es wirklich gern gesehen hätte, wenn die Meerengen russisch geworden wären, ist eine ganz andere Frage. Jedenfalls war es nach seiner Ansicht nicht Deutschlands, sondern der näher interessierten Mächte Aufgabe, das zu hindern. Darum begrüßte er den Abschluß des Mittelmeerabkommens zwischen England, Italien und Öster reich, das ein Zusammengehen dieser Mächte gegen russische Ausdehnungsgelüste vorbereitete.

[9]) Gedanken und Erinnerungen, 2, 253.

Darüber war sich Bismarck freilich völlig klar, daß alle seine Vorsichtsmaßregeln nicht ausreichten, um den großen Zusammenstoß, den er fürchtete, auf die Dauer und mit Sicherheit zu verhindern. Auch für den Fall, daß er doch einmal komme, mußte man gerüstet sein; Deutschland durfte sich nicht von den Ereignissen überraschen lassen. Auch dafür hatte er seinen Plan bereit. Kam es zwischen Rußland und Österreich oder zwischen Rußland und England zum Kampf im Orient, so wollte er sein Land, das hier keine unmittelbaren Interessen hatte, möglichst lange von der Teilnahme fernhalten. Er wollte, wie er sagte, in der Hinterhand bleiben. Sollte der Krieg eine Wendung nehmen, die Österreichs Grenzen oder Großmachtstellung bedrohe, so war er entschlossen, einzugreifen.

Aber auch eine vollständige Niederlage Rußlands würde er kaum zugelassen haben. Er durfte hoffen, daß Deutschland dann, gestützt auf seine starke Armee, das entscheidende Wort werde sprechen und einen Frieden ohne allzu große Machtverschiebungen durchsetzen können.

Alles in allem eine Politik, die möglichst lange den Frieden sichern, und, wenn es doch zum Kampfe komme, Deutschland die Einsetzung seiner Kräfte für fremde Interessen möglichst lange ersparen sollte. Sie ließ sich nur durchführen, wenn man mit Wien und Petersburg in enger Fühlung blieb, wenn man es erreichte,

daß beide Mächte vor endgültigen Entscheidungen sich nach Berlin wenden mußten, weil sie der Haltung Deutschlands nicht ohne weiteres sicher sein konnten. Nur so behielt man die Möglichkeit, auszugleichen und zu vermitteln, bevor die Entscheidung der Waffen angerufen wurde.

Auch Bismarcks Stellung zum Dreibund wurde, abgesehen von dem Wunsche, Italien von Frankreich getrennt zu halten, durch ähnliche Erwägungen mitbestimmt. Das Streben der italienischen Irredenta nach Südtirol und Dalmatien, der Wunsch Italiens nach Einfluß am Ostufer der Adria, die alte Abneigung der Italiener gegen den Kaiserstaat, der sie einst beherrscht hatte, alles das waren Momente, die den Frieden, wenn auch nicht so unmittelbar wie die elsaß-lothringische und die orientalische Frage bedrohen konnten. Ein italienischer Diplomat hat gesagt, Österreich und Italien könnten nur Verbündete oder Feinde sein. Bismarck wollte die latente Feindschaft auch hier am Ausbruch hindern, indem er beide Staaten mit Deutschland in das engste Verhältnis setzte, indem er sie dadurch zwang, dem vermittelnden Einfluß des unparteiischen Freundes bei ihren Streitigkeiten Raum zu gewähren.

Auch die Dreibundverträge von 1882 sind erst nach dem Kriege vollständig bekannt geworden. Sie bildeten ein kompliziertes System ungleichartiger Verpflichtungen. Deutschland und Österreich mußten Italien gegen jeden Angriff Frankreichs helfen, Italien dem Deutschen Reiche nur gegen einen nicht direkt provozierten Angriff Frankreichs. Durch den daneben in Kraft bleibenden deutsch-österreichischen Vertrag waren beide Kaisermächte einander gegenseitig zu Hilfeleistung gegen einen russischen Angriff verpflichtet. Außerdem galt allgemein der Grundsatz, daß bei dem unprovozierten Angriff zweier Mächte gegen einen der Verbündeten, die Hilfsverpflichtung ebenfalls in Kraft zu treten habe. Endlich hatte sich Italien ausbedungen, daß die Abmachungen in keinem Fall als gegen England gerichtet angesehen werden könnten10). Demnach war Österreich uns gegen einen französischen, Italien den Österreichern gegen einen russischen Angriff zu helfen nicht verbunden, solange keine andere Macht diesen Feinden beisprang. Bei der Erneuerung von 1887 kam der schon erwähnte österreich-italienische Kompensationsvertrag bezüglich des Balkans hinzu, außerdem aber noch ein deutsch-italienisches Abkommen von etwas eingeschränkterer Formulierung, das zugleich die Ausdehnung der französischen Herrschaft auf Tripolis oder Marokko als Bündnisfall für Deutschland festlegte.

[10]) S. die am 20. Mai 1882 neben dem eigentlichen Bündnisvertrag aus getauschten Erklärungen bei Pribram, 27b, Große Politik 3, 245.

Die ganze Politik Bismarcks in seinen letzten Jahren war ein wohldurchdachtes System mit ganz einfachen Zielen und Grundgedanken, aber oft sehr komplizierten Mitteln der Durchführung. Was, aus der Situation des Augenblicks beurteilt, als ein schwieriges und verwickeltes diplomatisches Spiel, auf momentane Wirkungen und kurzes Hinhalten berechnet erscheinen konnte, war im Grunde nur die geschickte und den Erfordernissen der jeweiligen Lage mit äußerster Klugheit angepaßte Durchführung großer, den Interessen Deutschlands und des Weltfriedens entsprechender Gesichtspunkte. Immer stand ihm bei jeder Einzelentscheidung die Rücksicht auf die Gesamtlage, auf die allgemeine Gruppierung der Mächte, und deren Rückwirkung auf Deutschland in erster Linie, über jedem Haschen nach augenblicklichen kleinen Vorteilen und Gewinnen. Denn er wußte, daß Deutschlands Sicherheit und Zukunft nicht von irgendeinem kleinen Zuwachs an Land oder Einflußgebiet abhing, sondern von der Möglichkeit, die Bildung einer übermächtigen Koalition aller den Aufstieg der neuen Großmacht neidisch betrachtenden Nachbarn dauernd zu verhindern.

Wenn Bismarck von dem „cauchemar des coalitions“ gequält wurde, wenn er stets von dem Schreckgespenst einer uns isolierenden Gruppierung der Mächte verfolgt ward, so liegt der Grund dafür in seiner Gesamtauffassung der Lage und der Machtmittel Deutschlands. Er, der unter den größten Schwierigkeiten und Gefahren die Einigung Deutschlands zustandegebracht hatte, wußte sehr genau, wie stark gefährdet unsere neu errungene Weltstellung immer noch war. Wohl waren wir jedem einzelnen Gegner gewachsen; aber darüber täuschte sich Bismarck keinen Augenblick, daß ein Krieg gegen mehrere Gegner an verschiedenen Fronten zugleich für uns einen Kampf um unsere ganze Existenz mit völlig ungewissem Ausgang bedeuten würde. Darum operierte er mit äußerster Vorsicht und verfolgte gespannt die beständigen Veränderungen der Weltlage; und darum hielt er die Bewahrung des Friedens für das oberste Interesse Deutschlands. Sie ist ihm unter oft schwierigen Verhältnissen schließlich immer wieder gelungen, nicht durch Glück oder Zufall, sondern durch eine weitschauende, vorsichtige, uneigennützige und den wechselnden Lagen virtuos sich anpassende Politik. Man braucht nur in den belgischen Gesandtschaftsberichten nachzulesen, wie pessimistisch die

Diplomaten namentlich in den achtziger Jahren, die Gesamtlage dauernd beurteilten, wie sie den Ausbruch eines Krieges fast in jedem Augenblick für möglich hielten, und den Frieden immer nur auf Wochen und Monate als gesichert ansahen, um die Größe dieser Leistung ermessen zu können.

Wurde aber dies wohldurchdachte und vorsichtig konstruierte System an irgendeiner Stelle verlassen, so konnte es die bisherigen Wirkungen nicht mehr haben. Es mußte dann durch ein ganz neues System ersetzt werden — oder unsere Politik mußte in ein Lavieren und Umhertasten von Fall zu Fall geraten, das die Unsicherheit unserer Lage und die Gefahr plötzlicher Zusammenstöße zu erhöhen geeignet war.

Bismarck ist allerdings selbst über die von ihm gezogenen Grundlinien hinausgegangen, als er 1884 dem Drängen wirtschaftlich interessierter Kreise folgend, seinen anfänglichen Widerstand gegen die Erwerbung eigner Kolonien aufgab, und trotz des deutlich bemerkbaren englischen Widerstrebens deutsche Schutzgebiete in Afrika und der Südsee schuf. Ich kann hier auf die schwierige Frage, welche Motive ihn dazu bestimmt haben, nicht näher eingehen [11]). Vielleicht spürte er doch, mehr als man gewöhnlich glaubt, daß das Zeitalter der europäischen Isolierung und der Bestimmung der Gesamtpolitik durch die europäischen Großmächte sich unwiderruflich seinem Ende näherte, daß die Bildung eines Weltstaatensystems bevorstand. Wollte Deutschland in diesem neuen Weltareopag einen seiner wachsenden wirtschaftlichen Macht entsprechenden Einfluß gewinnen, so durfte es nicht eine rein europäische Festlandmacht bleiben, sondern mußte als Mitbesitzer und Mitinteressent in afrikanischen und asiatischen Fragen Gehör verlangen können. Aber, mag Bismarck dies auch gefühlt und gewollt haben, niemals ist ihm sicherlich der Gedanke gekommen, daß die Rücksicht auf koloniale Ausdehnung für Deutschlands Gesamtpolitik bestimmend werden, seine Bündnisse und Feindschaften maßgebend beeinflussen könne. Er wollte ja überhaupt nicht eigentlich Kolonien gründen, sondern nur dort, wo deutsche Arbeit und deutsches Kapital aus eigener Kraft schon Boden gewonnen hatten, und weder eine einheimische Staatsgewalt bestand, noch die Flagge einer anderen Großmacht wehte, den hinausstrebenden heimischen Kräften den nötigen Schutz und Rückhalt gewähren, auf den sie als Angehörige eines mächtigen Reiches Anspruch hatten. Es ist bezeichnend, daß er in seinem Erinnerungsbuche, das doch zugleich ein politisches Testament sein sollte, von den Kolonien gar nicht spricht. Sie waren für ihn

ein erfreulicher Zuwachs unserer Machtstellung; aber deren einzige Grundlage blieb für ihn unser europäisches Deutschland, und nie würde er dessen Frieden und Sicherheit für die Vergrößerung dieses immerhin recht bescheidenen Kolonialreiches aufs Spiel gesetzt haben.

[11]) Vgl. darüber jetzt M. v. Hagen, Bismarcks Kolonialpolitik (1928) und H. Rogge, Bismarcks Kolonialpohtik als außenpolitisches Problem in der Hist. Vierteljahr sehr. 21 (1928).

2. Die Anfänge Wilhelms II.

Am 15. März 1890 wurde der große Staatsmann, der Deutschlands Geschicke bis dahin geleitet hatte, gezwungen, seine Entlassung zu beantragen, die von dem jungen Kaiser sofort bewilligt wurde. Ein langer und erbitterter Kampf um die Macht, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, von den Nahestehenden mit Spannung, Unbehagen und teilweise Ungeduld beobachtet und geschürt, war vorausgegangen. Kein Zweifel, daß es Bismarcks Wille war, die Stellung, die er besaß, auch gegen den Willen des Kaisers zu behaupten und es als die Pflicht seiner Kollegen ansah, in diesem Kampfe unbedingt zu ihm zu stehen. Es war nicht nur persönliches Machtbedürfnis, was ihn dazu trieb, sondern ebensosehr die feste Überzeugung, daß in der Person Kaiser Wilhelms II. schwere Gefahren für Deutschland lägen. Der Kaiser aber wollte selbst regieren; er empfand die Stellung des Reichskanzlers und die Art, wie dieser zuweilen seinen Wünschen entgegentrat, als unvereinbar mit seiner monarchischen Würde und Berufung. Hier, und hier allein, lag der tiefste Kern des Gegensatzes, nicht in der verschiedenen Auffassung beider Männer über die sozialen und politischen Einzelfragen, auch nicht in einem unüberbrückbaren Widerspruch ihrer Weltanschauungen; denn der Kaiser hatte gar keine feste Weltanschauung, sondern nur von allgemeinen Gefühlsmotiven getragene momentane Stimmungen und Wünsche. Auch die Fragen der auswärtigen Politik haben in diesem großen Konflikt nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Es ist später gelegentlich so dargestellt worden, als habe eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über den Sinn und die Tragweite des deutsch-österreichischen Bündnisses und unsere Haltung gegen über Rußlands bulgarischen Plänen bestanden. In Wahrheit handelte es sich aber in diesen Fragen gar nicht um prinzipielle Gegensätze; vielmehr war der Kaiser nur darüber verstimmt, daß ihm Berichte über angebliche russische Angriffsvorbereitungen nach seiner Meinung nicht rechtzeitig vorgelegt waren. Bismarck hat allerdings manche einzelne Handlungen und Worte des Kaisers auch wegen ihrer Wirkung auf die auswärtige Politik bedauert und gelegentlich kritisiert. Von entscheidendem Einfluß sind diese Dinge aber nicht gewesen.

Der Tag von Bismarcks Entlassung bedeutete den Beginn der selbständigen Regierung Wilhelms II. Hat er aber wirklich selbst

regiert und namentlich unsere auswärtige Politik bestimmt, oder hat er nur geglaubt, es zu tun?

Die schwierige Frage nach der Verantwortlichkeit für die Leitung der deutschen Politik in der Zeit nach Bismarck wird sich erst klar beantworten lassen, wenn das gesamte Aktenmaterial genau geprüft worden ist, und wenn alle noch überlebenden Zeugen gesagt haben, was sie zu bekunden wissen. Hier kann nur eine vorläufige Antwort versucht werden.

Der Kaiser hat einen großen Teil der auswärtigen Gesandtschaftsberichte gelesen und mit Bleistiftbemerkungen versehen, die teils augenblicklichen Stimmung Ausdruck gaben, teils aber auch wirklich politische Direktiven enthielten. Wenn das letztere der Fall war, teilte man sie gelegentlich auch den Gesandtschaften zu ihrer Beachtung mit. Dem Kaiser wurde außerdem über wichtige Fragen und Entscheidungen mündlich oder schriftlich Immediatbericht erstattet und seine Entscheidungen wurden zu den Akten gegeben. Er hat endlich häufig mit ausländischen Vertretern wichtige politische Gespräche geführt, über die er dem Auswärtigen Amt ausführlich und gewissenhaft Bericht zu erstatten pflegte. War er verreist, was ja häufig der Fall war, so begleitete ihn ein Diplomat, der den Verkehr mit dem Auswärtigen Amt vermittelte.

Dies alles könnte den Anschein erwecken, als habe Wilhelm II. tatsächlich die eigentliche Leitung der auswärtigen Politik in Händen gehabt. Dennoch läßt sich das nicht ohne weiteres sagen. Was ihm vorgelegt wurde, war doch schließlich vom Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ausgewählt. Der Kaiser wurde zuweilen über sehr wichtige Dinge nicht vollständig informiert und sah sich nachher einer Lage gegenüber, die seine Ratgeber herbeigeführt hatten, ohne ihn zu fragen. Am stärksten trat diese tatsächliche Ausschaltung des Kaisers durch Vorenthaltung von Informationen in der Zeit des Fürsten Bülow hervor, während die früheren und späteren Leiter der auswärtigen Politik es nicht für richtig hielten, so zu verfahren. Auch seine Randentscheidungen sind keineswegs immer wirklich beachtet und durchgeführt worden. Bei den Immediatvorträgen bestand seine Entscheidung oft in einfacher kurzer Zustimmung zu den Gedanken, die ihm vorgelegt wurden. Auch in starkem Tone geäußerte Willensmeinungen hat der Kaiser bei geeigneter Behandlung oft zugunsten der Wünsche seiner Ratgeber geändert oder aufgegeben, und ebenso oft hat er sich zu entscheidenden Schritten bestimmen lassen, die seinem eigenen

Gefühl durchaus widersprachen. Wir werden noch Beispiele dieser Art kennen lernen.

Vor allen Dingen über würde zu einer wirklichen Leitung der Politik außer regelmäßiger, andauernder Mitarbeit und genauer Kenntnis des ganzen eingegangenen Nachrichtenmaterials die stetige Verfolgung bestimmter und klarer Ziele gehört haben. Der Kaiser hatte wohl einige Lieblingsgedanken, auf die er immer wieder zurückkam, und mit denen seine Ratgeber sich so oder so abzufinden suchen mußten; aber ein durchdachtes politisches System fehlte diesem impulsiven und stark unter dem Einfluß von Stimmungen stehenden Herrscher durchaus. Wir werden ihn wiederholt zwischen ganz verschiedenartigen Extremen ziemlich unvermittelt schwanken sehen. Die Persönlichkeit des Kaisers war viel schwächer, als es nach seinen pomphaften Worten und der öffentlichen Hervorkehrung monarchischer Selbstherrlichkeit, die er liebte, den Anschein hatte. Eine innere Unreife und das damit in Verbindung stehende Gefühl innerer Unsicherheit vermochte er nie zu überwinden. Wer ihn richtig zu behandeln verstand und dies autokratische Bewußtsein mit der erforderlichen Schonung behandelte, konnte ihn leicht in eine bestimmte Richtung lenken, freilich auch nie sicher sein, daß er nicht plötzlich unter dem Eindruck eines unerwarteten Ereignisses oder einer anderen Persönlichkeit wieder davon absprang. Im ganzen hat Wilhelm II. weniger wirklich die dauernde Führung gehabt, als durch plötzliches impulsives Eingreifen verwirrend gewirkt. Solche Eingriffe konnten allerdings unsere Politik sehr nachhaltig beeinflussen; denn an den Willensmeinungen des Herrschers konnte man, namentlich wenn sie öffentlich ausgesprochen waren, nicht wohl vorbeigehen, sondern mußte die allgemeine Politik mit ihnen irgendwie in Ein klang zu bringen suchen.

Da ein Reichsministerium nicht existierte, lastete die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für die auswärtige Politik ausschließlich auf zwei Persönlichkeiten, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen. Das Fehlen eines Ministeriums war zweifellos ein Hindernis für eine einheitliche und konsequente Politik. Wo die großen Entscheidungen und die allgemeine Richtung der Politik im Kabinett festgelegt werden und nur durch Kabinettsbeschluß wieder geändert werden können, bleibt zwar dem Auswärtigen Minister noch ein weiter Spielraum für die Durchführung der beschlossenen Maßregeln im einzelnen, aber es besteht doch eine ganz andere Gewähr gegen plötzliche Wendungen und schnelle, nur halb überlegte Entschlüsse, als wenn alles auf die Entscheidung von ein oder

zwei Personen gestellt ist. Man muß zugestehen, daß hier der verhängnisvollste Konstruktionsfehler der Reichsverfassung von 1871 lag. Auch der Bundesrat hatte keinen Einfluß auf die auswärtige Politik. Der diplomatische Ausschuß führt ein reines Schattendasein, und die Versuche der letzten Jahre vor 1914, ihm etwas mehr Leben einzuhauchen, hatten geringe Wirkung.

Der erste Nachfolger Bismarcks, General v. Caprivi, war gewiß ein tüchtiger Soldat, hatte sich aber mit großer Politik in seinem Leben nie abgegeben und fand sich auf dem ungewohnten Gebiete nur langsam und und zögernd zurecht. Eine wirkliche Leitung konnte von ihm nicht ausgehen, er war auf die Informationen und Ratschläge seiner sachkundigen Untergebenen angewiesen.

Der neue Staatssekretär — denn Herbert Bismarck war zusammen mit seinem Vater ausgeschieden — Freiherr v. Marschall, früher Staatsanwalt in Mannheim, dann badischer Gesandter in Berlin und Bevollmächtigter im Bundesrat, war ebenfalls ein politischer Neuling.

Durch die Entlassung Bismarcks gab man das gewaltige Kapital aus der Hand, das in dem Ruf und der Persönlichkeit des größten damals lebenden Staatsmannes lag. Das bedeutete an sich einen schweren Nachteil. Indem man an seine Stelle zwei unerfahrene Dilettanten setzte, erhöhte man das Risiko noch erheblich. Es hätte wohl nicht an geeigneten Kräften gefehlt. Aber der Kaiser wollte offenbar keinen Mann aus dem bismarckschen Kreise und keine Persönlichkeit, die seiner persönlichen Regierung hätte hinderlich sein können. Ganz unerhört war es, daß man es Bismarck unmöglich machte, seinen Nachfolger persönlich über die Grundsätze der von ihm befolgten Politik und die allgemeine Lage zu unterrichten. Man kann es dem scheidenden großen Staatsmanne nachfühlen, wenn er darin nicht nur eine Mißachtung- seiner Person, sondern vor allen Dingen einen schweren sachlichen Fehler sah. Ließ man doch, wie er mit Recht sagt, bei der Übergabe der gesamten Geschäfte eines' großen Reiches die einfachen Vorsichtsmaßregeln außer acht, die bei jeder Gutsübergabe als selbstverständlich gelten [1]).

[1]) Gedanken und Erinnerungen, 3, 115.

Unter diesen Umständen fiel die eigentliche Leitung der deutschen Politik dem einzigen Manne aus der bismarckschen Schule zu, der im Amte geblieben war, dem Chef der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Baron v. Holstein. Holstein war

zweifellos die bedeutendste geistige Kraft unter den Staatsmännern der nachbismarckischen Zeit. Auf alle, die mit ihm in Berührung kamen, übte er einen faszinierenden Einfluß, der teils in seiner überragenden geistigen Kraft und politischen Erfahrung, teils aber auch in der Furcht vor der rücksichtslosen Rache dieses in alle persönlichen Beziehungen tief eingeweihten und in der Ausnutzung seiner Kenntnisse völlig rücksichtslosen Menschen wurzelte. Der einsame Mann, der niemand traute, der sich mit Absicht immer mehr in die Stille seines Arbeitszimmers zurückzog und von hier aus alle Fäden der Politik dirigierte und über alle Personalfragen entschied, wurde von allen Mitgliedern des diplomatischen Dienstes mit einer Mischung von ehrfurchtsvoller Bewunderung und scheuer Furcht betrachtet. Gelegentlich wurde wohl ein Zweifel laut, ob nicht ein krankhafter Zug seinem Wesen anhafte; aber niemand wagte es, diesem Gefühle nachzugeben. Wohl möglich, daß seine Bitterkeit und sein tiefes Mißtrauen gegen die Menschen in seinen persönlichen Lebenserfahrungen wurzelte. Als er nach 1871 als Sekretär der deutschen Botschaft in Paris tätig war, hatte ihn Bismarck zur Überwachung seines direkten Vorgesetzten, des Botschafters Harry von Arnim, benutzt; der Skandalprozeß gegen diesen, in dem Holstein als Belastungszeuge auf treten mußte, hatte ihm die gesellschaftliche Achtung in den Kreisen des zu Arnim haltenden hohen Adels zugezogen und wahrscheinlich in ihm selbst das Gefühl zurückgelassen, daß er sich zu einer nicht ganz ehrenhaften Handlung habe mißbrauchen lassen. Sein lange sorgsam verheimlichter Haß gegen Bismarck hatte hier seinen Ursprung. Es kann heute nicht mehr zweifelhaft sein, daß er am Sturze Bismarcks wirksam mitgearbeitet hat, auch hier immer hinter den Kulissen bleibend und andere in den Vordergrund schiebend. Er wußte sich von dem scheidenden Kanzler durchschaut, und seine größte Sorge war seitdem, daß er oder sein Sohn die Leitung wieder in die Hand bekommen könne. Das hätte seinen sofortigen Sturz bedeutet und darum war er entschlossen, es unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern.

Dieser menschenscheue Sonderling, der auch dem Verkehr mit auswärtigen Diplomaten absichtlich aus dem Wege ging, und nur mit wenigen Intimen sprach, mußte allmählich die Fühlung mit den wirklichen Zuständen, die dem Staatsmann unentbehrlich ist, verlieren. Von den immer wichtiger werdenden wirtschaftlichen Fragen verstand er wenig und hatte auch geringes Interesse für sie. Dazu war er von Natur weit mehr zu scharfsinniger, oft in Spitzfindigkeit ausartender logischer Analyse als zum praktischen

Handeln geneigt und befähigt. Vielleicht mit aus diesem Gefühl heraus scheute er jede greifbare Verantwortung, stand aber jedem Vorgesetzten feindlich gegenüber, der ihm die tatsächliche Leitung aus der Hand nehmen wollte. Wo er nur von fern einen Versuch dieser Art witterte, da war ihm jedes Mittel recht, um dessen Urheber? zu vernichten. Er erscheint dann in der Rolle des gewissenlosen Intriganten, der sein Opfer umlauert und es im geeigneten Augenblick auch mit vergifteten Waffen vernichtet.

Man würde Herrn v. Holstein gewiß Unrecht tun, wenn man ihm das patriotische Empfinden und den ehrlichen Wunsch, seinem Vaterlande zu nützen, absprechen wollte. Aber der Nutzen des Landes schien ihm aufs engste verknüpft mit seiner persönlichen Machtstellung. Auch fehlte es ihm trotz aller diplomatischen Routine an größeren, fruchtbaren Gesichtspunkten für die Leitung der Gesamtpolitik. Ein kluges Lavieren von Fall zu Fall, damit Deutschland keine Einbuße an Macht und Prestige erleide und womöglich hier und da in der Welt einen neuen Stützpunkt gewinne, war für ihn der politischen Weisheit letzter Schluß [1a]).

[1a]) Zur Charakteristik Holsteins bieten namentlich die verschiedenen Schriften O. Hammanns, sodann die noch zu erwähnenden Denkwürdigkeiten des Fürsten Eulenburg und die Erinnerungen Alexanders v. Hohenlohe (Aus meinem Leben. Frankf. 1926. S. 299 f.) wertvolles Material.

Aber auch abgesehen von der persönlichen Beschaffenheit Holsteins war es eine Ungeheuerlichkeit, daß die Politik eines großen Reiches jahrelang von einem Manne in verhältnismäßig untergeordneter Stellung geleitet worden ist, den niemand im Lande kannte, der fast nie Gelegenheit hatte, mit dem Monarchen persönlich zu sprechen, und niemals vor der Volksvertretung erschien. Er trug für alles, was er tat, nicht die geringste Verantwortung dem Kaiser oder der Öffentlichkeit gegenüber. Diese trugen Reichskanzler und Staatssekretär, die sich nach seinen Ratschlägen richteten und seine Gedanken zu den ihren machten. Eine solche Politik aus der Hinterstube war eines großen Staates unwürdig, und nur die Folge davon, daß der Kaiser, der die Leitung selbst glaubte übernehmen zu können, auf die Besetzung der verantwortlichen Stellen mit geschulten Diplomaten verzichtet hatte.

Daher war es von Anfang an sehr fraglich, ob eine einheitliche und konsequente Politik möglich sein würde. Der Kaiser

verkündigte bekanntlich laut, der Kurs solle der alte bleiben, wenn auch der Steuermann gewechselt habe; es ist aber recht zweifelhaft, ob er den Kompaß überhaupt genügend kannte, nach dem sich Bismarck gerichtet hatte. Von ihm konnte eine sichere Leitung schwerlich ausgehen. Caprivi und Marschall waren nicht nur politisch unerfahrene Männer, sondern fühlten sich auch von Anfang an unsicher in ihrer Stellung. Wenn Bismarck fortgeschickt war, so konnten sie gewiß nicht hoffen, zu bleiben, wenn ihre Maßregeln an höchster Stelle nicht gefielen. Der Kaiser selbst hatte zu ihnen weder Vertrauen noch ein persönliches Verhältnis; er wollte bequeme Werkzeuge, die seinen Impulsen willig folgten. Auch Holstein hatte vor diesen Vorgesetzten, die er übersah, nicht den geringsten Respekt und doch wieder selbst keine Möglichkeit zu unmittelbarem Verkehr mit dem Herrscher selbst. In dieser Lage bedurfte es eines Mittelsmannes, der zum Kaiser ebenso in persönlicher Beziehung stand wie zu dem eigentlichen Leiter der auswärtigen Politik. Er fand sich in der Person des Grafen Philipp Eulenburg, der seit langer Zeit durch persönliche Freundschaft mit Wilhelm II. verbunden war, und zugleich als Beamter des auswärtigen Dienstes in nahem, zeitweise fast freundschaftlichen Verhältnis zu Holstein stand. Welche Rolle er in den nächsten Jahren gespielt hat, ist durch die Veröffentlichungen aus seinem Nachlaß [2]) zum ersten Male völlig klar geworden. Eulenburg war ein Mann von vornehmer Gesinnung und nicht ohne diplomatische Begabung, von enthusiastischer Liebe und Bewunderung für seinen kaiserlichen Freund erfüllt und zugleich von den großen Fähigkeiten und der Unentbehrlichkeit Holsteins ehrlich überzeugt. Gewiß kein bedeutender Staatsmann mit eigenen Zielen und Ideen, sowenig wie ein bedeutender Künstler, für den er sich hielt; aber ein ehrlicher Mann, aufrichtig bemüht, auszugleichen und nach seinen Kräften die sachliche Erledigung der Geschäfte zu fördern, weder ein Intrigant, zu dem ihn später seine Verleumder haben stempeln wollen, noch ein schwachköpfiger, weichlicher Phantast. Er ist Jahre hindurch der einzige gewesen, der dem Kaiser, manchmal in recht scharfen Worten, die Wahrheit gesagt hat, und bei ihm damit wenigstens Gehör fand, wenn seine Mahnungen auch oft nicht beachtet wurden. In schwierigen Fällen rief Holstein ihn zu Hilfe und brachte durch ihn seine Ratschläge direkt an den Herrscher, häufig mit Wissen, zuweilen aber auch wohl hinter dem Rücken seiner Vorgesetzten. Wenn das neue Regierungssystem ohne allzu harte Reibungen leidlich funktionierte, so ist das zum großen Teil Eulenburgs Verdienst gewesen. Aber es war für die ganze Lage bezeichnend, daß ein solcher Mittelsmann nötig war.

[2]) Joh. Haller, Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld (1924). Auch zur Charakteristik Holsteins findet man hier die wertvollsten Beiträge.

Die beiden ersten markanten Handlungen des neuen Kurses waren die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland und das Helgoland-Abkommen mit England [3]).

[3]) Die Schrift von F. Rachfahl, Die deutsche Außenpolitik in der Wilhelminischen Ära (Einzelschriften z. Polit. u. Gesch., hrsg. von H. Roeseler, H. 6, 1924), welche die wichtigsten Ergebnisse des 7.—12. Bandes der Akten publikation des Auswärtigen Amtes zusammenfaßt, steht mit meiner in der ersten Auflage dieses Buches gegebenen Darstellung — von Einzelheiten abgesehen — durchaus im Einklang.

Der Rückversicherungsvertrag lief im Juni 1890 ab. Schon vor Bismarcks Rücktritt [4]) hatte der russische Minister v. Giers mit Genehmigung des Zaren die Erneuerung des Vertrages auf sechs Jahre angeregt, mit der Absicht, ihm später durch weitere Verlängerung einen dauernden Charakter zu verleihen. Bismarck war dafür eingetreten, der Kaiser hatte seine Zustimmung gegeben, und der russische Botschafter Graf Schuwalow war bevollmächtigt, die Urkunde zu unterzeichnen. Am 17. März erschien er bei Bismarck mit dieser Mitteilung. Dieser sagte ihm, er werde in wenigen Stunden nicht mehr Kanzler sein. Schuwalow hatte Bedenken, ob er auch mit seinem Nachfolger, dessen Gesinnung gegen Rußland man noch nicht kannte, den Vertrag unterzeichnen dürfe. Er berichtete nach Petersburg und sagte Bismarck, daß er vorläufig nicht unterzeichnen könne. Graf Herbert Bismarck, der noch einige Tage nach seines Vaters Entlassung im Amte war, meldete dies dem Kaiser, der zu dem Bericht bemerkte: „Einverstanden mit der Erneuerung des Vertrages, und ermächtige Sie, dies Schuwalow mitzeiteilen.“ Herbert berichtete nochmals, er scheine mißverstanden zu sein, Schuwalow wolle jetzt nach Bismarcks Entlassung nicht unterzeichnen. Der Kaiser schrieb dazu „Warum?“ [5]);

[4]) Das Folgende nach Herbert Bismarcks Immediatbericht vom 20. März 1890. Große Politik 7, 3 u. 4.

[5]) Randbemerkungen zu Herbert Bismarcks zwei Immediatberichten vom 20. März.

Es steht somit urkundlich fest, daß der Kaiser vor und auch noch unmittelbar nach Bismarcks Abgang bereit war, den Vertrag

zu erneuern, obwohl dieser die Anerkennung Bulgariens als Teil der russischen Interessensphäre enthielt. Er nahm an seinen Bestimmungen offenbar nicht den geringsten Anstoß. Auch sagte er noch am 20. März selbst dem russischen Botschafter, er sei völlig bereit, auf des Zaren Gesichtspunkte einzugehen [6]). Aus Petersburg erhielt Schuwalow am 27. März die Ermächtigung, auch mit dem neuen Reichskanzler abzuschließen, und zwar eventuell auch unter Fortlassung des Zusatzprotokolls, das die weitgehendsten deutschen Verpflichtungen (zur diplomatischen Unterstützung bei Besetzung Bulgariens oder der Meerengen) enthielt.

[6]) Auszug aus einem Telegramm Schuwalows vom 20. März (von Schweinitz 16. Mai übersandt). Große Politik 7, 20.

Inzwischen hatten aber Caprivi und Marschall, durch Herrn v. Holstein beeinflußt, Bedenken gegen die Erneuerung des Vertrages bekommen. Sie wurden darin bestärkt durch eine Denkschrift des ebenfalls aus seinem Amte scheidenden Unterstaatssekretärs Grafen Berchem, der nur in diesem einen Falle einen spürbaren, gerade diesmal aber sehr verhängnisvollen Einfluß geübt hat. Der Hauptinhalt war folgender [7]): Der Vertrag habe den Zweck verfolgt, Rußland zum Losschlagen auf der Balkanhalbinsel zu ermutigen, und berge daher die Gefahr eines allgemeinen Krieges in sich. Er sei ferner unvereinbar mit dem deutsch-österreichischen Bündnis und gehe darauf aus, einen unserer Nachbarn zu täuschen und dauernd zu verstimmen. Wenn Rußland seine Existenz an Österreich, Italien, die Türkei oder England verrate, seien wir bei diesen Regierungen unheilbar diskreditiert. Wir hätten nichts von dem Vertrage. Denn wenn Rußland im Orient den Krieg eröffne und Frankreich dann, wie zu erwarten, gegen uns vorgehe, könne Rußland, weil im Osten beschäftigt, den Franzosen ohnehin nicht helfen. Die Entscheidung über den Zeitpunkt eines europäischen Krieges sei damit ganz in Rußlands Hand gelegt. Wenn Rußland Bulgarien besetze, werde Österreich rüsten, Rußland die galizische Grenze bedrohen und der Bündnisfall für uns gegeben sein. Ferner könne Rußland die Besetzung Bulgariens kaum durchführen, ohne Rumäniens Neutralität zu verletzen was uns ebenfalls zur Kriegserklärung zwingen werde. Die Türkei werde so in Rußlands Arme getrieben, und durch die Preisgabe Bulgariens auch Italien dem Dreibund entfremdet werden. Die Existenz des Vertrages habe uns nicht vor den unangenehmen russischen Truppenanhäufungen an unserer Ostgrenze bewahren können. Eine so komplizierte Politik, wie sie Bismarck getrieben habe,

könne jetzt nicht weitergeführt werden, man müsse ruhig, klar und offen vorgehen ohne gefährliche diplomatische Wagnisse. Allerdings sei es wünschenswert, daß Rußlands Hoffnungen auf Bulgarien nicht entmutigt würden, daß sein Blick auf die Meerengen gerichtet bleibe, weil es dadurch in Gegensatz zu England und vielleicht auch zu Frankreich erhalten werde. Aber wir dürften uns nicht binden, besonders keinen schriftlichen Schein ausstellen. Die Gefahr eines russisch-französischen Zusammengehens sei jetzt geringer als vor einigen Jahren; wir würden die Russen und Franzosen zueinander treiben, wenn wir Rußland zu einem bulgarischen Abenteuer ermutigten. Komme es aus diesem Anlaß zum Kampf, so werde überall das Gefühl bestehen, wir hätten unseren Bundesgenossen im Stich gelassen. Graf Berchem kam zu dem Schlüsse, man müsse die durch Graf Schuwalows erste Erklärung gegebene Gelegenheit benutzen, um in höflichster Form von der Abrede zurückzutreten.

[7]) Denkschrift des Grafen Berchem vom 25. März 1890. Große Politik 7, 4 f.

Es bedarf keines Nachweises, daß sich Graf Berchem über die Absichten, die Bismarck mit dem Vertrage verfolgt hatte, völlig im Irrtum befand. Ebenso über die nächsten Zukunftspläne Rußlands und über die französisch-russischen Beziehungen. Die Frage, ob nicht die Ablehnung der Erneuerung ungünstigere Folgen haben könne als diese selbst, legte er sich gar nicht vor. Auf dieses Gutachten hin, das von den anderen Herren des Auswärtigen Amtes gebilligt wurde, aber auf lauter falschen Voraussetzungen aufgebaut war, entschloß sich Caprivi, gegen die Verlängerung des Vertrages einzutreten. Mit einigem Widerstreben fügte sich der zum Bericht nach Berlin befohlene Petersburger Botschafter v. Schweinitz den Wünschen seines neuen Chefs. Ihm schien der Rückversicherungsvertrag mit den Abmachungen mit Rumänien, die man ihm vorlegte, unvereinbar. Beide erstatteten am 28. März dem Kaiser Bericht. Dieser wurde erst für die Nichterneuerung gewonnen, als auch Schweinitz sich dafür aussprach. „Nun, dann geht es nicht," sagte er, „so leid es mir tut [7a]).“ Er gab jetzt seine Zustimmung zu folgender Instruktion [8]): Der Botschafter solle erklären, „wie diesseits der bestimmte Wille vorliege, nach wie vor die besten Beziehungen zu Rußland zu unterhalten, wie aber in dem Personenwechsel, der sich gegenwärtig in Deutschland vollzogen, und der uns das Bestreben nahelege, fürs erste uns ruhig zu verhalten und in keinerlei weitgehende Verhandlungen einzutreten, der Grund liege, weshalb wir für geraten hielten, von einer Erneuerung des Vertrages abzustehen.“

[7a]) Aufzeichnung Holsteins v. 10. Juni 1904. Große Politik 7, 48.

[8]) Aufzeichnung Caprivis v. 28. März. Große Politik 7, 10.

Als Schweinitz dies Herrn v. Giers mitteilte, war dieser geradezu konsterniert [9]). Er glaubte anfangs, es handle sich vielleicht nur um eine Änderung des Wortlautes; dazu wäre er durchaus bereit gewesen. Er meinte, ohne diesen Vertrag werde Rußland völlig isoliert sein, da England sich offenbar dem Dreibund nähere, in Frankreich aber eine starke Friedenspartei bestehe; der von Bismarck auf Österreich geübte mäßigende Einfluß drohe nun auch noch wegzufallen. Er hoffe, daß wenigstens die Anerkennung Bulgariens als russischen Einflußgebietes in anderer Form, etwa durch einen Notenwechsel festgelegt werden könne. Schweinitz, der ihn der unveränderten Haltung Deutschlands auch für die Zukunft versicherte, war nicht abgeneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen und ließ in seinem Bericht durchblicken, daß er im Grunde doch für einen neuen Abschluß mit Rußland sei. Er betonte namentlich, daß Herr v. Giers gerade deshalb etwas Schriftliches zu haben wünsche, damit auch ein weniger deutschfreundlicher Nachfolger zur Neutralität bei einem französischen Angriff auf Deutschland verpflichtet sei. Immer wieder kam Herr v. Giers auf diese Gedanken zurück; er bot noch weitere Abschwächungen des Wortlautes bezüglich Bulgariens an, wenn nur überhaupt wieder ein schriftlicher Vertrag zustande komme. Er tat sogar den ungewöhnlichen Schritt, den Kaiser an seine mündlichen Erklärungen gegenüber Schuwalow in der Audienz vom 20. März erinnern zu lassen [10]). Schweinitz riet auf den Vorschlag einzugehen, der uns Rußlands Neutralität ohne schwere Gegenleistungen sichern könne. Er warnte, wenn wir die weit entgegenkommenden Anträge des russischen Ministers völlig abwiesen, könne dieser oder sein Nachfolger gezwungen sein „die Anlehnung, die er bei uns nicht findet, anderswo zu suchen“.

[9]) Bericht von Schweinitz' 3. April und 4- Juni. Große Politik 7, 11 u. 39.

[10]) Schweinitz 15. und 16. Mai. Große Politik 7, 17 und 18.

In Berlin zog man die Frage jetzt nochmals eingehend in Erwägung. In einem ausführlichen Gutachten führte Herr v. Holstein aus [11]), daß auch ohne das Zusatzprotokoll der Vertrag sehr bedenklich sei, weil wir kein Interesse daran hätten, durch Eintreten für unbedingte Schließung der Meerengen Rußland für

England unverwundbar zu machen. Es hieße, meinte er weiter, Rußland Übermenschliches zumuten, einen Vertrag geheim zu halten, durch dessen Mitteilung es sofort einen Keil zwischen Deutschland und England schieben und den Dreibund zerstören könne. Er trat für Ablehnung oder dilatorische Behandlung des russischen Wunsches ein. Sollten wir später mit Rußland etwas abmachen wollen, so müsse dies öffentlich geschehen, damit unsere Verbündeten sähen, daß nichts verabredet sei, was ihren Interessen widerspreche. Holstein vergaß ganz, daß der ihm so bedenkliche Vertrag nebst dem noch viel gefährlicheren Zusatzprotokoll drei Jahre in Kraft gewesen war, ohne daß Rußland nur den geringsten Versuch zu einer derartigen indiskreten Verwertung gemacht hätte. Auch würde der Vertrag durch einen solchen Versuch für die Russen seinen Wert verloren haben, ohne England oder Österreich etwa für ihre Pläne günstiger zu stimmen.

[11]) Gutachten Holsteins 20. Mai, Raschdaus 20. Mai, Kiderlen-Wächters 20. Mai, Marschalls, 20. Mai. Große Politik 7, 22—29.

Holstein wurde unterstützt von Legationsrat Raschdau, der namentlich betonte, daß der Vertrag für den Fall eines deutsch-französischen Krieges keine genügende Sicherheit für Rußlands Neutralität biete, da sich nie genau definieren lasse, wer der Angreifer gewesen sei. Von diesem Gesichtspunkte aus hätte man auch die Wertlosigkeit der Dreibundverträge mit Leichtigkeit deduzieren können. Endlich sekundierte noch Herr von Kiderlen-Wächter, der spätere Staatssekretär, indem er besonders darauf hinwies, daß wir England, Österreich und Italien nicht die Möglichkeit einer Verteidigung der Meerengen gegen Rußland nehmen dürften. Staatssekretär v. Marschall schloß sich Holsteins Ausführungen völlig an. Entscheidend, meinte er, sei, daß schon das Bekanntwerden der bloßen Tatsache einer geheimen Abmachung zwischen uns und Rußland geeignet sei, den Dreibund zu erschüttern.

Im Auswärtigen Amte fand sich also zwei Monate nach Bismarcks Abgang niemand, der sein mühsam erbautes System der auswärtigen Politik verteidigt, ja auch nur das geringste Verständnis für dessen Sinn gezeigt hätte. Ein neuer Beweis für die oft betonte Tatsache, daß Bismarck, der in seiner selbstherrlichen Art nur Werkzeuge ertrug, es nicht verstanden hatte, sich verständnisvolle Mitarbeiter heranzuziehen. Man schien nicht einmal mehr zu wissen, auf welchen Grundgedanken seine diplomatische Arbeit in den letzten Jahren geruht hatte. Am

befremdlichsten ist dabei die Haltung Holsteins, der offenbar die treibende Kraft in der ganzen Behandlung dieser Frage war [12]), und der doch als langjähriger Mitarbeiter Bismarcks wissen mußte, wie die Dinge in Wahrheit lagen. Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß es ihm in erster Linie darauf angekommen ist, durch diesen Bruch mit den bismarckschen Traditionen die von ihm stets befürchtete Rückkehr Bismarcks zur Macht zu erschweren, und daß dies persönliche Motiv bei ihm stärker gewesen ist als alle sachlichen Gesichtspunkte.

[12]) Er sagt selbst in einem Briefe vom 22. März, daß er den Vortrag bei Caprivi über die Auflösung des Rückversicherungsvertrages angeregt habe, vgl.
Große Politik 7, 47 Anm.

Am 23. Mai genehmigte der Kaiser auf Caprivis Vortrag, daß die russische Anregung endgültig abgelehnt werden solle, da Indiskretionen zu befürchten seien [13]). „Unsere Politik aber solle und könne nur eine einfache sein.“ Rußland sei auf eine direkte Verständigung mit Österreich zu verweisen. Gleichzeitig billigte er ein vom Reichskanzler vorgelegtes Programm unserer künftigen Politik gegenüber Rußland, dessen Grundsätze folgende waren: Rußland will offenbar den Dreibund sprengen und uns den Engländern entfremden. Gelänge das, so würden wir eines Tages zwischen Rußland und Österreich wählen müssen, ohne der Unterstützung Italiens und Englands sicher zu sein, während Rußland Österreich und Frankreich gegen uns hetzen könnte. Jeder geheime Vertrag legt eine Mine unter den Dreibund. Auch mündliche Zusicherungen in bezug auf Bulgarien dürfen nicht gegeben werden. Ein Vertrag mit Rußland würde uns für den Fall eines deutsch-französischen Krieges doch keine so starke Sicherheit gewähren, daß wir unsere Ostgrenze entblößen und unsere ganze Kraft gegen Frankreich werfen könnten. Die öffentliche Meinung, deren Unterstützung in 'der Gegenwart für Bündnisse unerläßlich ist, würde weder bei uns noch in Rußland den Vertrag billigen. Ein Druck der Massen kann daher im entscheidenden Augenblick das Bündnis zersprengen und wertlos machen. Daß Rußland sich über die Orientfragen mit England und Frankreich einigen könne, wenn wir es abweisen, ist durchaus unwahrscheinlich. Wir wollen ein gutes Verhältnis zu Rußland bewahren, aber soviel Rücksicht auf unsere Verbündeten nehmen, daß wir ihnen da, wo wir sie nicht direkt unterstützen wollen, wenigstens keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Jeder russische Versuch, uns aus dieser Stellung zu drängen, kann uns nur veranlassen, die alten Bündnisse fester zu knüpfen.

[13]) Aufzeichnung Caprivis 23. Mai. Anweisung an Schweinitz, 29. Mai. Große Politik 7, 29—36.

Der entscheidende Punkt war also, daß man den zurückhaltenden Druck auf Österreich in den Orientfragen, der für Bismarck ein wesentliches und notwendiges Stück seiner Gesamtpolitik gewesen war, für illoyal hielt, und Rußland darum nicht die Sicherheit geben wollte, daß er weiter ausgeübt werden würde. Diesen Anhängern einer „einfachen“ Politik, war Bismarcks System zu kompliziert; sie hatten offenbar das Gefühl, durch dessen Fortführung in Lagen geraten zu können, denen sie nicht gewachsen sein würden. Sie trauten ihren eigenen Fähigkeiten nicht recht. Aber es ist ihnen anscheinend gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß sie durch ihr Verhalten gerade die Gefahr eines großen Krieges, den sie vermeiden wollten, erhöhen könnten.

Höchst merkwürdig berührt eine Äußerung des Prinzen Reuß [14]), unseres langjährigen Botschafters in Wien, der erst jetzt im Zusammen hang mit allen diesen Vorgängen von der Existenz des Rückversicherungsvertrages erfuhr. Er sprach sein Einverständnis mit den neuen Richtlinien aus, fügte aber hinzu: „Fürst Bismarck hielt wenig von der Bundestüchtigkeit Österreichs und sah in diesem Bündnis nicht das Äquivalent für die Gefahren, denen wir uns, zwischen Rußland und Frankreich eingeklammert, ausgesetzt sehen könnten.“ In der Tat, fügte er hinzu, seien ja die Kräfte unserer Bundesgenossen zweifelhaft, aber man müsse mehr Wert auf seine Zuverlässigkeit und seinen guten Willen legen, die steigen würden, wenn er fühle, daß er sich noch mehr auf uns verlassen könne als früher. Das klingt beinahe wie eine bittere, hinter der ostensiblen Zustimmung verborgene Kritik; ob die Worte wirklich so gemeint waren, mag zweifelhaft sein; aber sie zeigen jedenfalls, daß der Botschafter den entscheidenden Gegensatz zwischen der Politik Bismarcks und derjenigen des neuen Kurses deutlich empfand.

[14]) Prinz Reuß, 4- Juni 1890. Große Politik 7, 36.

Rußland konnte nach Aufhebung des Vertrages nicht mehr sicher auf Deutschlands Zurückhaltung rechnen, wenn es in Sofia oder Konstantinopel eingriff und dadurch Österreichs Widerspruch hervorrief, ohne dessen Gebiet selbst zu bedrohen. Man mußte dort fürchten, daß wir dann sofort an Österreichs Seite treten würden. Das Wort Skobelews, der Weg nach

Konstantinopel führe über Berlin, erschien jetzt auch den bisherigen Anhängern einer deutschfreundlichen Politik als eine Wahrheit.

Schon lange wurde Rußland von Frankreich umworben, das aus seiner Isolierung durch ein Bündnis mit dem Zarenreiche herauszukommen wünschte. Alexander III., ganz erfüllt von autokratischen Ideen, hegte gegen ein Bündnis mit der demokratischen Republik einen starken Widerwillen. Seine Ratgeber hatten aber jetzt die Möglichkeit ihm zu sagen, daß Rußlands Interesse dazu nötige, diese Empfindungen zurücktreten zu lassen. War Deutschland als möglicher Feind einzuschätzen, so gab es kein besseres Mittel, sein künftiges Eingreifen zu verhindern oder abzuschwächen als den Bund mit Frankreich.

Gewiß ist es richtig, daß schon vor 1890 in Rußland starke Neigungen zur Annäherung an Frankreich vorhanden waren, daß der durch russische Zollmaßregeln hervorgerufene Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Rußland, die von Bismarck durchgesetzte Sperrung des deutschen Geldmarktes für russische Anleihen das Verhältnis zum Deutschen Reiche schon vorher stark gelockert hatten. Die französische Hochfinanz war sofort zur Stelle und gewährte dem Zaren eine große Anleihe zur Ordnung seiner Finanzen; die französische Waffenindustrie lieferte der russischen Armee Gewehre, nachdem der Gesandte des Zaren in Paris, Baron Mohrenheim, die Versicherung abgegeben hatte, daß sie nicht gegen Frankreich gebraucht werden würden. Aber von diesen Zeichen einer wirtschaftlichen Annäherung war immer noch ein weiter Schritt bis zum politisch-militärischen Bündnis gegen Deutschland. Niemand kann mit Sicherheit sagen, ob die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages dessen Abschluß verhindert haben würde. Sicher hat aber dessen Kündigung sein Zustandekommen erleichtert. In derselben Richtung hat aber auch die zweite wichtige Handlung der neuen Männer gewirkt — der Vertrag mit England.

An sich lag die Herstellung besserer Beziehungen zum britischen Reiche nicht außerhalb der Linien des bismarckschen Programms. Der große Kanzler hatte stets den größten Wert darauf gelegt, trotz gelegentlicher Reibungen und Verstimmungen, mit England gut zu stehen. Er hatte das Zustandekommen der Entente von 1887 über die Mittelmeerfragen befördert und in seinem bekannten Briefe an Lord Salisbury von 1887 die Überzeugung ausgesprochen, daß es

auch ohne ein geschriebenes Bündnis ebenso im Interesse Deutschlands liege, eine Schwächung der britischen Weltstellung zu verhindern, wie im englischen, ein starkes festländisches Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland in dem deutschen Reiche zu erhalten [15]). Er hatte mehrmals sogar ein Bündnis mit England gegen französische und russische Angriffsgelüste ins Auge gefaßt, obwohl er sich sagte, daß es schwer sein werde, das Inselreich aus den Bahnen seiner überlieferten Politik zu reißen und zur Übernahme bindender Verpflichtungen für den Fall eines festländischen Krieges zu bestimmen. Auch die Erwerbung Helgolands hatte er bereits geplant und einleitende Schritte dazu getan, wollte jedoch abwarten, bis England selbst eine Anregung dazu geben werde. Er fürchtete hohen Gegenforderungen zu begegnen, falls wir ein allzu starkes Verlangen nach dem Besitz der kleinen deutschen Nordseeinsel blicken ließen. Auch war es niemals seine Absicht gewesen, diesem Bündnis die guten Beziehungen zum Zarenhofe zu opfern oder sich von England für dessen weltpolitischen Kampf gegen Rußland in Asien benutzen zu lassen.

[15]) Gedruckt bei 0. Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, 238 f., und Große Politik 4, 876.

Aber wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Am Tage nach Bismarcks Entlassung hielt der Kaiser bei einem Diner im Berliner Schlosse in Gegenwart des Prinzen von Wales eine Rede, in der er von der Waffenbrüderschaft von Waterloo und von seiner Hoffnung sprach, daß die deutsche Armee und die englische Flotte gemeinsam den Weltfrieden schützen würden. Konnten solche Worte bei dem Zaren, der England als seinen gefährlichsten Feind betrachtete, angenehme Empfindungen auslösen? Man glaubte dort ohnehin, daß Wilhelm II. als Sohn einer englischen Prinzessin, als Enkel der alten Königin Viktoria, im Innersten seines Herzens englisch gesinnt sei. Nicht lange darauf wurden die Verhandlungen begonnen, die zu den deutsch-englischen Verträgen vom 24. Juni und 1. Juli 1890 führten. Deutschland erhielt Helgoland und überließ den Engländern Sansibar; die afrikanischen Kolonien beider Mächte wurden neu gegeneinander abgegrenzt, wobei Deutschland einzelne Grenzgebiete in Ostafrika opferte, dafür aber die Anerkennung seiner Herrschaft bis zum Tanganjika-See und für Deutsch-Südwest den Zugang zum Sambesi erhielt. Der Vertrag wurde von deutschen Kolonialfreunden heftig angegriffen; auch Bismarck äußerte die Ansicht, Helgoland würde bei richtiger Benutzung der Lage billiger zu haben gewesen sein. Ich lasse die Berechtigung

solcher Kritiken dahingestellt. Jedenfalls bedeutete die Erwerbung Helgolands eine erhebliche Verstärkung unserer Position in der Nordsee, befreite uns von einem englischen Vorposten dicht vor unseren Strommündungen und bot uns die Möglichkeit, einen starken Stützpunkt für unsere werdende Flotte zu schaffen.

Aber so vorteilhaft dies auch für uns war, — in dem Zeitpunkt und den Umständen des Vertragsschlusses lag ein Moment von weltpolitischer Tragweite, das bei seiner Würdigung nicht übersehen werden darf. In Verbindung mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages konnte dieser Vertrag in Petersburg nur als eine Schwenkung Deutschlands zu England hinüber, als eine antirussische Orientierung aufgefaßt werden. Wenn Deutschland seine bisherigen Vertragsbeziehungen zu Rußland löste und gleichzeitig zu dem schärfsten Gegner Rußlands in enge Beziehungen trat, so schien für das Zarenreich jede Aussicht geschwunden, seine Ziele im nahen Orient ohne einen Zusammenstoß mit Deutschland verwirklichen zu können.

So schufen die ersten Handlungen des neuen Kurses in Petersburg eine Stimmung, die den französischen Anhängern des Revanchegedankens ihr Spiel außerordentlich erleichterte. Der Zar hätte sich schwerlich entschlossen, 1891 den französischen Flottenbesuch in Kronstadt anzunehmen und das verhaßte Kampflied der Revolution stehend mit anzuhören, wenn er nicht die feste Überzeugung gewonnen hätte, daß man Frankreichs bedürfe, um ein im Grunde feindliches Deutschland im Schach zu halten. Nachdem dieser erste Schritt einmal geschehen war, wurde Alexander III. weiter und weiter gedrängt. Nach der Erneuerung des Dreibundes im Frühjahr 1891, womit zugleich eine weitere Annäherung an England verbunden zu sein schien [16]), willigte der Zar im August 1891 in einen Notenaustausch mit Frankreich [17]). Beide Regierungen verpflichteten sich zur vertraulichen Besprechung auftauchender Fragen, die den Frieden bedrohen könnten, und insbesondere der nötigen gemeinsamen Maßregeln, falls eine von ihnen von einem Angriff bedroht werde. Der Zar hatte darauf bestanden, daß diese Abmachung auch für außereuropäische Konflikte gelten solle. Die Franzosen hatten diese allgemeine Fassung bewilligt, obwohl es ihnen unlieb war, daß sie dadurch auch zur Hilfsleistung gegen England genötigt werden konnten, weil sie fürchteten, daß sonst aus dem ganzen Abkommen nichts werden würde. In bezug auf den Orient erhielten sie die beruhigende Zusage, daß Rußland nicht daran denke, Konstantinopel oder Bulgarien zu besetzen, sondern nur den bestehenden Zustand aufrecht erhalten und die

Türkei von feindseligen Schritten abhalten wolle. Sie drängten aber auf den Abschluß einer Militärkonvention, die speziell auf den Fall eines Krieges mit einer der Dreibundmächte berechnet war. Sie wollten dabei vor allen Dingen die Verpflichtung des Zaren festlegen, in einem solchen Kriege seine Hauptmacht sofort gegen Deutschland, nicht etwa gegen Österreich zu richten. Nach langen Verhandlungen erreichten sie ihr Ziel. Am 17. August 1892 unterzeichneten der Chef des russischen Generalstabes und General Boisdeffre eine Militärkonvention [18]). Beide Mächte verpflichteten sich darin, falls eine von ihnen von einem Mitglied des Dreibundes mit Unterstützung Deutschlands angegriffen werde, ihre Hauptmacht gegen Deutschland zu werfen. Sobald eine Dreibundmacht mobilisiere, sollte die unverzügliche Mobilisierung der russischen und französischen Streitkräfte und ihre Konzentrierung an der deutschen Grenze folgen. Ausdrücklich wurde bestimmt: „Diese Streitkräfte werden vollständig und möglichst schnell in Tätigkeit treten, um Deutschland zu zwingen, gleichzeitig nach Osten und nach Wesen zu kämpfen.“ Ferner setzte die Konvention fest, daß nach Ausbruch des Krieges keine der beiden Mächte einen Separatfrieden schließen dürfe und daß diese Abmachungen in Kraft bleiben sollten, solange der Dreibund existiere. Die förmliche Genehmigung dieses nur scheinbar rein militärischen, in Wahrheit politischen Abkommens durch den Zaren und die Regierung der Republik fand erst am 27. Dezember 1893 und 4-Januar 1894 statt [19]). Das russisch-französische Bündnis hatte dadurch eine ausschließlich gegen Deutschland gerichtete Spitze erhalten.

[16]) Die Verträge vom 6. Mai 1891 bei Pribram, 64 f., die Vorverhandlungen 208 f.

[17]) Die Noten vom 27. August 1891 mit den wichtigsten Vorakten sind publiziert im dritten französischen Gelbbuch (L’Alliance Franco-Russe, 1918), S. 26 f.

[18]) L’Alliance Franco-Russe, S. Mi.

[19]) A. a. O. S. 198 f.

Zweifellos bestand damals auf russischer Seite nicht die Absicht, selbst mit französischer Hilfe einen Angriff gegen Deutschland zu unternehmen oder einen französischen Revanchekrieg zu fördern. Im Sinne des Zaren selbst und seiner verantwortlichen Ratgeber sollte das Bündnis eine Sicherung

gegenüber Deutschland darstellen, sollte gegebenen Falles ein Druckmittel sein, um den westlichen Nachbar von der Unterstützung Österreichs zurückzuhalten, wenn es im Orient zu einem Zusammenstoß mit der Donaumonarchie komme. Insofern hatten russische und französische Staatsmänner recht, wenn sie von dem friedlichen Charakter des Zweibundes sprachen. Aber schon die Absicht, Deutschland unter Umständen durch die Drohung mit dem Zweifrontenkrieg zum Stillsitzen und Geschehenlassen ohne Rücksicht auf seine Bundespflichten und Interessen zu zwingen, schloß die Gefahr schwerer Verwicklungen in sich. Dazu kam, daß die ganze, immer vordringlicher sich gebärdende pan- slavistische Presse und ihre einflußreichen Gönner am Hofe fortwährend in deutschfeindlichem Sinne hetzten und stets bereit waren, dem Bündnis eine viel weitergehende Auslegung zu geben.

Jedenfalls bedeutete das Zustandekommen der französisch-russischen Entente eine starke Verschlechterung der politischen Gesamtlage für Deutschland. Frankreich war vom Bann der Isolierung befreit. Das konnte zwar auf die eitle und empfindliche Nation eine beruhigende Wirkung üben, konnte aber auch die Revanchehoffnungen, die nun als wirklich erfüllbar erschienen, stärker anschwellen und sich in Taten umsetzen lassen. Rußland hatte ein gefährliches Druckmittel in der Hand, wenn wir uns im Orient nicht willfährig zeigten. Es war so die bisher fehlende elektrische Leitung zwischen den beiden Unruheherden in Europa, der elsässischen und der Balkanfrage, hergestellt und die von Bismarck so sehr gefürchtete Gefahr des Zweifrontenkrieges in greifbare Nähe gerückt.

Es wäre eine grobe Vernachlässigung ihrer Pflichten gewesen, wenn die deutschen Staatsmänner in dieser Lage nicht auf eine derartige Verstärkung unserer Heeresmacht bedacht gewesen wären, daß wir es im Ernstfälle mit beiden Gegnern aufnehmen könnten. Aus diesem begreiflichen und natürlichen Streben, nicht aus irgendwelchen eigenen Angriffsabsichten gingen die deutschen Heeresgesetze dieser Jahre hervor. Sie brachten noch immer nicht die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und die restlose Ausnutzung der gesamten Volkskraft für die nationale Verteidigung, suchten aber durch die Einführung der zwei jährigen Dienstzeit die wachsenden Lasten dem Volke erträglicher zu machen.

Neben der Verstärkung der eigenen militärischen Kräfte erforderte unsere Sicherheit und die Erhaltung des Weltfriedens

das feste Zusammenhalten des Dreibundes, und, nachdem diese Richtung einmal eingeschlagen war, die Festigung unserer Beziehungen zu England. Der Dreibund wurde 1891 im ganzen unter den früheren Bedingungen erneuert. Italien erhielt dabei von Deutschland das Versprechen, daß es bei Erwerbungen in Nordafrika unterstützt werden solle, falls dort der bestehende Zustand nicht zu erhalten sei. Ausdrücklich wurde die Heranziehung Englands zu einer gemeinsamen Behandlung der nordafrikanischen Fragen in Aussicht genommen, wie dies ja für die Orientfragen schon erreicht sei [20]).

[20]) Pribram, 64 f.

England hat während dieser Verhandlungen seinen Einfluß in Rom benutzt, um den mehr zu Frankreich hinneigenden Minister Rudini für die Erneuerung des Dreibundes zu gewinnen. Aber die Bemühungen ein engeres, auf beiderseitigen festen Verpflichtungen beruhendes Verhältnis Englands zum Dreibund herzustellen, die in den folgenden Jahren immer wieder erneuert wurden, führten nicht zum Ziel.

Als der Kaiser im Juli 1891 seine Großmutter in Windsor besuchte, nahm er Marschall dorthin mit. Dieser hatte mit Lord Salisbury eine eingehende Aussprache über die Lage21). Der englische Minister verhehlte nicht, daß er mit großer Sorge die Pläne Rußlands in der Meerengenfrage und die Absichten Frankreichs auf Syrien und Marokko betrachte, und das fortwährende Drängen der Franzosen auf die Räumung Ägyptens höchst unangenehm empfinde. Er hätte offenbar gern eine feste Zusage Deutschlands gehabt, daß man ihn gegen diese Absichten unterstützen wolle. Marschall hielt jedoch an dem bismarckschen Grundsatz fest, daß Deutschland sich in diesen ihm ferner liegenden Fragen nicht festlegen, sondern seine Reservestellung bewahren müsse. In Marokko sagte er, habe Deutschland gar keine direkten Interessen. Im nahen Orient sei es Englands Sache, Konstantinopel gegen die Russen zu verteidigen; wenn Deutschland sich hier einmische, riskiere es den Zweifrontenkrieg; auch werde ein Krieg wegen orientalischer Fragen bei der öffentlichen Meinung Deutschlands keine Billigung finden. Auf seine Zweifel, ob England dort überhaupt energisch vorgehen werde, sagte Salisbury, solange er am Ruder sei, werde dies sicher der Fall sein; sollte Rußland Konstantinopel zu besetzen versuchen, so werde die englische Flotte vorher da sein. Ägypten werde er nicht räumen. In Rumänien, wo sich damals

Neigungen zur Verständigung mit Rußland zu zeigen begannen, versprach er für das Festhalten am Dreibund zu wirken.

[21]) Aufzeichnung Marschalls, 6. Juli 1891. Große Politik 8, 62 u. 9, 63.

So war damals überhaupt das Verhältnis der beiden Mächte zueinander: Man war sich der Gleichheit wichtiger Interessen im Mittelmeer bewußt, wünschte Fühlung zu halten, empfand beiderseits die russisch-französische Annäherung als Gefahr, wich aber festen Verpflichtungen aus.

Im Sommer 1892 ging die Regierung in England von den Konservativen an die Liberalen über. An der Spitze des neuen Kabinetts stand Gladstone, dessen Feindschaft gegen die Türkei und dessen wenig freundliche Gesinnung gegen Deutschland bekannt war. Minister des Auswärtigen wurde Lord Rosebery, der zwar stärker imperialistisch gestimmt war als der Premier und im allgemeinen Lord Salisburys Politik fortzuführen wünschte, aber aus Rücksicht auf Gladstone und andere Kollegen sehr vorsichtig operieren mußte. Die deutsche Regierung, selbst konservativ gerichtet, sah in England an sich lieber ein konservatives Kabinett am Ruder. Man wußte, daß die englischen Liberalen mehr Sympathien für das demokratische Frankreich als für das kaiserliche Deutschland besaßen; aber man suchte auch zu Rosebery gute Beziehungen zu erhalten. Dieser zeigte sich entgegenkommend. Als das Verhältnis zu Frankreich wegen der Gegensätze in Ägypten, Madagaskar und Siam immer gespannter wurde, sprach er sogar den Wunsch aus, mit Deutschland möglichst eng zusammenzuarbeiten, obwohl er nicht verhehlte, daß andere Mitglieder der Regierung auf eine Verständigung mit Frankreich drängten [22]). Ja, im Juli 1893, als wegen der hinterindischen Streitfragen die Gefahr eines englisch-französischen Krieges heraufzuziehen schien, sprach Lord Rosebery von der Möglichkeit einer Quadrupelallianz zwischen England und dem Dreibund, und suchte namentlich Italien zu schärferem Vorgehen in seinen Mißhelligkeiten mit Frankreich zu bestimmen [23]). Von Berlin aus warnte man Italien, sich nicht ohne vertragsmäßige Rückendeckung von England vorschieben zu lassen, damit man nicht schließlich, wenn Großbritannien seine Ziele erreicht habe, preisgegeben werde [24]). Der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, ohne Zweifel der klügste und weitblickendste unter den Diplomaten aus Bismarcks Schule, hielt es für das beste, England direkt zu fragen, ob es bereit sei, dem Dreibund beizutreten; nur in diesem Falle könne man Italien zur aktiven Unterstützung raten [25]).

[22]) Z. B. Hatzfeldt 27. Mai 1898. Große Politik 8, 101 u. 205.

[23]) Hatzfeldt 26. Juli 1898. Große Politik 8, 103.

[24]) Denkschrift Holsteins vom 27. Juli. Große Politik 8, 105.

[25]) Hatzfeldt 31. Juli. Große Politik 8, 108.

Tatsächlich kam es zu einer solchen Anfrage nicht. Frankreich gab im letzten Augenblick nach und der Konflikt wurde vermieden. Marschall zog aus diesen Erfahrungen den Schluß, daß man sich auf England nicht verlassen könne, daß daher auch in Zukunft keine Dreibundmacht ohne vorherige beiderseitig bindende Abmachungen mit England gemein sam etwas unternehmen dürfe [26]).

[26]) Metternich 31. Juli; Marschall an Hatzfeldt 2. und 4- August. Große Politik 8, 110, 113, 115. Die Konzepte dieser beiden Anweisungen sind von Holstein entworfen.

Nach außen hin trat diese vorsichtige und von starkem Mißtrauen beherrschte Stellung der deutschen Regierung zum Kabinett Rosebery zunächst nicht hervor. Der Abschluß eines neuen Kolonialabkommens am 15. November 1898, das Deutschland von Kamerun aus den Weg zum Tschadsee und zum Tschari öffnete, zeigte beide Mächte in freundschaftlichem Einvernehmen. Allerdings empfand man die große Zähigkeit, mit der England an seinen Ansprüchen festzuhalten pflegte, in den Verhandlungen unangenehm, und wurde das Gefühl nicht los, daß Großbritannien Deutschlands koloniale Entwicklung noch immer mit scheelen Blicken betrachte und ihr nach Kräften Hindernisse in den Weg zu legen suche.

Bald traten aber bestimmte Differenzen schärfer hervor. England machte eine Zeitlang Schwierigkeiten wegen der Ausschiffung deutscher Kanonen in der Walfischbai [27]), die zur Niederwerfung des Aufstandes in Südwestafrika dringend gebraucht wurden, schien überhaupt diesen Aufstand indirekt zu begünstigen; Deutschland hingegen zeigte sich bei den in Ägypten immer wieder auf tauchenden Streitigkeiten nicht geneigt, jeden englischen Wunsch zu erfüllen. Man war ferner in Berlin unzufrieden damit, daß die englischen Behörden in Singapore die Anwerbung chinesischer Kulis für Deutsch-Neu-Guinea erschwerten. Einen anderen heiklen Punkt bildete die seit 1889

bestehende gemeinsame deutsch-englische amerikanische Schutzherrschaft über die Samoagruppe. Deutschland wünschte diese Inseln, die zu den ersten Objekten seiner kolonialen Tätigkeit gehörten, ganz zu erwerben, fand aber in London wenig Verständnis dafür. Schon im September 1893 erhielt Hatzfeldt die Anweisung, Rosebery darüber aufzuklären, daß Deutschland sich eine größere Reserve in seiner allgemeinen Haltung gegenüber England werde auferlegen müssen, wenn man dort nicht eine andere Stellung gegenüber seinen kolonialen Interessen einnehme28). Im April 1894 riet er, keinen Zweifel darüber zu lassen, „daß auf unbelohnte Vertretung englischer Interessen durch uns nicht mehr gerechnet werden darf“ [29]).

[27]) Hatzfeldt 2. Juni. Große Politik 8, 397.

[28]) Erlaß an Hatzfeldt 10. Sept. 1893. Große Politik 8, 402.

[29]) Hatzfeldt 23. April 1894. Große Politik 8, 419.

Als eine ganz besondere Beeinträchtigung deutscher Interessen empfand man aber in Berlin den ohne vorherige Fühlungnahme mit Deutschland erfolgten Abschluß des Vertrages vom 12. Mai 1894. Darin überließ England dem Kongostaat aus den Beständen des alten ägyptischen Reiches im Sudan, — über die es eigentlich gar nicht verfügen konnte — das Gebiet des Bahr-el-Ghasal, das sich westlich vom oberen Niltal (Faschoda) bis an die Grenze der französischen Kongokolonie erstreckte, und erhielt dafür als Pachtgebiet einen 25 km breiten Landstreifen im Osten des Kongostaates, zwischen dem Tanganjika- und Albert Nyanza-See, der die Verbindung zwischen seinen südafrikanischen Besitzungen und Uganda herstellen sollte.

Sowohl Deutschland wie Frankreich fühlten sich durch diesen ohne ihr Wissen abgeschlossenen Vertrag in ihren Interessen verletzt. Ersteres mußte — namentlich nach vorausgegangenen Versuchen Englands einen ähnlichen Landstreifen am östlichen Ufer des Tanganjikasees von uns zu pachten — die wirtschaftlichen Aussichten seiner ostafrikanischen Kolonie bedroht sehen, wenn die geplante Eisenbahn vom Kap bis Kairo deren Gebiet umging und ganz unter englischen Einfluß geriet. Frankreich aber sah die Verbindung seiner Kongokolonie mit dem oberen Nil gefährdet, auf deren Erhaltung es um so größeren Wert legen mußte, als es den Plan einer Eroberung des Sudan (als Ersatz für das an England gefallene Ägypten) keineswegs aufgegeben hatte. Da der Vertrag zudem offenbar gegen die von

England mitunterzeichnete Kongo-Akte von 1885 verstieß, so verständigten sich Deutschland und Frankreich zu gleichartigem, wenn auch nicht gemeinsamem Vorgehen. Sie protestierten beide gegen den Vertrag und verlangten seine Zurücknahme [30]).

[30]) Vgl. zum folgenden die Darteilung im französischen Rapport de la commission d'enquete sur les faits de la guerre, Bd. 1 (Par. 1919), S. 251 f., die noch einer genauen Nachprüfung im einzelnen bedarf. Ferner den offiziellen Schriftwechsel über diese Frage in „Das Staatsarchiv", Bd. 57.

Für Deutschlands Haltung war nicht die Kongofrage allein bestimmend. Hatzfeld hatte sehr entschieden der Meinung Ausdruck gegeben [31]), daß von Rosebery koloniale Zugeständnisse, namentlich in der Samoafrage, freiwillig nicht gemacht werden würden. Da man Kompensationen nicht zu bieten hatte, die gewaltsame Besetzung der Samoagruppe aber aus Rücksicht auf die mitbeteiligten Vereinigten Staaten und die englische Überlegenheit zur See nicht ratsam erschien, erblickte der Botschafter das einzige Mittel, in dieser Frage etwas zu erreichen, in einem Druck auf England, der nur dadurch ausgeübt werden könne, daß man sich in der Orientierung der Gesamtpolitik den Gegnern Großbritanniens nähere. Der Kongovertrag bot hierzu den willkommenen Anlaß. Man glaubte hier ein Mittel zu haben, um auf England zu drücken, damit es in anderen kolonialen Fragen eine entgegenkommendere Haltung zeige.

[31]) Hatzfeldt 23. April u. 1. Juni 1894. Caprivi an Marschall 4. Juni. Große Politik 8, 419, 435.

Der Kaiser selbst sprach dem englischen Botschafter Sir Edward Malet sehr lebhaft seine Entrüstung über Englands Vorgehen aus [32]). Schon 1890, sagte er, habe England diesen Streifen haben wollen, Deutschland habe schon damals seine Zustimmung verweigert. Er selbst habe die ihm von König Leopold später angebotene Erwerbung dieses Gebietes aus Rücksicht auf England abgelehnt. Gerade, da man Deutschlands Stellung zu dieser Frage in London gekannt habe, müsse das jetzige Verfahren befremden. „Es würde mir leid tun," schloß er, „wenn ich bei dieser Gelegenheit, durch illoyales Verhalten Englands mir gegenüber gezwungen dessen Wünsche nicht in der Weise wie bisher wohl wollend anderen Staaten gegenüber zu unterstützen in der Lage sein könnte."

[32]) Der Kaiser an das Ausw. Amt 11. Juni 1894. Große Politik 8, 446.

[33]) Privatschreiben Hatzfeldts an Caprivi 30. Dez. 1893; Berichte Hatzfeldts 14-, 24., 27., 28. Febr. 1894. Große Politik 9, 114, 127—134.

Auch in den Fragen des nahen Orients war eine volle Verständigung nicht zu erzielen. Rosebery wünschte vor allen Dingen die Gewißheit zu haben, daß der Dreibund ihm den Rücken gegen Frankreich decken werde, wenn er bei einem etwaigen Vorstoße Rußlands gegen die Meerengen die englische Flotte dorthin sende [33]). In Berlin fürchtete man immer, daß England sich zurückziehen und Österreich und Italien vorschieben werde, sobald diese Staaten bindende Verpflichtungen übernommen hätten. Man warnte die Freunde, sich zu keinem aktiven Eingreifen zu verpflichten, solange nicht England selbst unwiderruflich engagiert sei. Caprivi glaubte nicht, daß England es wagen werde, seine Mittelmeerflotte in die Dardanellen zu schicken, solange es eine unversehrte französische Mittelmeerflotte im Rücken habe. In London wiederum wollte man sich nicht engagieren, ohne der Hilfe der anderen sicher zu sein. So drehte man sich immer im Kreise herum, ohne weiter zu kommen. Rosebery verlangte, die Dreibundmächte müßten sich wenigstens zu einer diplomatischen Pression in Paris verpflichten, um Frankreich vom Eingreifen abzuhalten. Österreich schien nicht ganz abgeneigt; Deutschland warnte, wenn man solche Zusage gebe, könne England, sobald es vorgehen wolle, Unterstützung beanspruchen, übernehme aber selbst keine Pflicht, auch wirklich vorzugehen; dagegen könne es Österreich und Italien durch Mitteilung ihrer Zusagen an andere kompromittieren [34]). Auch sagte man sich mit Recht, daß ein diplomatischer Druck auf Frankreich ohne Kriegsdrohung wirkungslos sein werde. Eine solche könnte nur Deutschland, nicht aber Österreich oder Italien mit Aussicht auf Erfolg aussprechen. Ein Krieg mit zwei Fronten, bei dem wir nichts zu gewinnen hätten, sei aber für uns eine zu ernste Sache, um ihn wegen der Meerengenfrage zu riskieren. England könne uns dann in einen Kampf ums Dasein verwickeln, während es selbst nur ein bis zwei Dutzend Schiffe einsetze. Wolle England unsere Hilfe, „so mag es mit dem Dreibund ein festes Verhältnis eingehen, in welchem die gegenseitigen Verpflichtungen auch über das Dasein Lord Roseberys oder einer anderen Regierung hinaus festgelegt werden und in dem wir den Versuch machen könnten, einem vorzeitigen isolierten Friedensschluß Englands vorzubeugen“. Marschall lehnte auf Österreichs Anfrage die Übernahme der Verpflichtung zu einem solchen Druck auf Frankreich entschieden ab. Dies wurde auch dem Grafen Hatzfeldt mitgeteilt unter der

Begründung, das englische Staatsrecht verbiete bekanntlich die Übernahme bindender Verpflichtungen: „Ohne gegenseitige Verpflichtung wird aber eine Verständigung über Fragen, bei deren Lösung es sich möglicherweise um die Einsetzung der ganzen Kraft und Existenz eines der Kontrahierenden handelt, stets ausgeschlossen bleiben. Wir können unsere Politik den Grundsätzen des englischen Staatsrechtes nicht unterordnen und ebensowenig werden unsere Bundesgenossen das tun wollen [35]).“ Man ließ daher in London darauf hinweisen, daß keine Anzeichen für unmittelbar bevorstehende kriegerische Aktionen Rußlands vorhanden seien, daß es aber, wenn solche hervorträten, zunächst Englands eigene Sache sein werde, seine Interessen dort zu verteidigen. Höchstens wollte man zugeben, daß Österreich und Italien sich zur Hilfsleistung verpflichteten, wenn England vorangehe; dies könne durch Erneuerung des Mittelmeervertrages von 1887 erreicht werden. Man lehnte es ab, sich durch Österreich „zur Übernahme von Verpflichtungen drängen zu lassen, die im Dreibundvertrage nicht vorgesehen sind“. Dies sei am allerwenigsten angebracht in einem Zeitpunkt, wo Englands Haltung in den Kolonialfragen es wünschenswert erscheinen lasse, ihm klar zu machen, „daß ohne Gegenleistung englischerseits von uns nichts zu erlangen ist“ [36]).

[34]) Denkschrift Caprivis v. 8. März 1894. Große Politik 9, 134.

[35]) Erlasse an Eulenburg und Hatzfeldt 28. März 1894. Aufzeichnung Caprivis 23. April. Große Politik 9, 138 u. 144.

[36]) Aufzeichnung v. 10. Juni. Erlasse an Eulenburg 21. Mai, 12. und 15. Juni. Große Politik 9, 147, 151; 8, 455.

Rosebery drohte nun, er werde seine ganze Politik ändern, vom Dreibund abrücken, sich mit Rußland und Frankreich verständigen [37]). Marschall fand das geschmacklos; er meinte, Rosebery habe dem Dreibund auch bisher nichts geleistet, und Deutschland könne seine Politik gegenüber England noch viel leichter ohne Schaden für sich oder seine Verbündeten einer Revision unterziehen [38]). Auch durch Österreich und Italien suchte Rosebery auf Berlin zu drücken. Tatsächlich mahnte Crispi zum Entgegenkommen. Das Zusammengehen des Dreibundes mit England, sagte er, sei im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer eine Lebensfrage für Italien. Aber der deutsche Botschafter, Herr v. Bülow, wies ihn auf den aggressiven Charakter der britischen Afrikapolitik hin und

erlangte schließlich seine Zusage, daß er auf England im Sinne der Wiederherstellung des verletzten Rechtes einwirken wolle [39]).

[37]) Bericht Eulenburgs 15. Juni (auf Grund von Äußerungen Roseberys zum österreichischen Botschafter in London). Große Politik o, 455.

[38]) Erlaß an Eulenburg 15. Juni. Große Politik 8, 455.

[39]) Bericht Bülows 17. Juni. Große Politik 8, 463.

Als Rosebery sah, daß Deutschland nicht nachgeben werde, sagte er dem österreichischen Botschafter [40]), er habe sich überzeugt, „daß der Streifen von 25 km afrikanisches Territorium, welcher zum Teil Wüste sei, für England nicht genug Wichtigkeit habe, um eine vollständige Änderung seiner Politik vorzunehmen“ und lenkte ein. Er gestand zunächst nur den Verzicht auf den Pachtstreifen zu, womit Deutschlands Ansprüche befriedigt waren. Marschall zeigte keine Neigung, jetzt für die französischen Ansprüche im Bahr-el-Ghasal weiter einzutreten, da nicht ein gemeinsames, sondern nur ein paralleles Vorgehen mit Frankreich zur Erhaltung der durch den Kongovertrag geschaffenen Rechtslage vereinbart war[41]). Vergeblich ließ Hanotaux ihn darauf aufmerksam machen, daß auch Deutschland seine Wünsche nicht so schnell erreicht haben würde, wenn England nicht durch das gleichzeitige Vorgehen Frankreichs eingeschüchtert worden wäre. Der Staatssekretär meinte kühl, das sei für Deutschland nur ein Pressionsmittel gewesen, um seine Ziele schneller zu erreichen; man habe auch den für Frankreich unangenehmen Artikel mit keinem Wort als gültig anerkannt. Weiter könne man nicht gehen, ohne England allzusehr zu demütigen. Obwohl die Franzosen nach längeren Verhandlungen schließlich erreichten (14. August), daß der Kongostaat auf das Bahr-el-Ghasal verzichtete und nur den kleinen Distrikt von Lado als Pachtgebiet behielt, blieb doch bei ihnen das Gefühl zurück, daß sie von Deutschland im Stich gelassen seien, nachdem es seine Sonderzwecke erreicht habe. Man sah sich als Stein im Schachbrett behandelt, und die französische Empfindlichkeit bäumte sich dagegen auf. Man fand das Verhalten der deutschen Politik um so unbegreiflicher, als der Kaiser bei jeder Gelegenheit seinen Wunsch nach besseren, freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich betonte. Und soviel wird man zugestehen müssen, daß Marschalls Verfahren in dieser Frage nicht gerade geeignet war, in Paris den Einfluß der Staatsmänner zu stärken, die, wie Hanotaux, auf ein friedliches Zusammenarbeiten mit Deutschland Wert legten.

[40]) Bericht Eulenburgs 17. Juni. Große Politik 8, 45g.

[41]) Aufzeichnung Marschalls 13. Juni. Große Politik 8, 450.

Ebenso ungehalten über das deutsche Vorgehen waren aber auch die Engländer. Sie empfanden es als eine Demütigung, daß sie auf den bereits abgeschlossenen Vertrag mit dem Kongostaat nachträglich hatten verzichten müssen, und schrieben sie Deutschland auf sein Schuldkonto. Die Entente zwischen England und dem Dreibund, die seit 1890, wenn auch in losester Form, bestanden hatte, schien sich als unvorteilhaft bewährt zu haben. Besondere Bedenken erregte es in London, daß Deutschland das Vordringen Frankreichs nach dem Sudan zu begünstigen schien. Der deutsch-französische Grenzvertrag über Kamerun vom Frühling 1894 und der durch Deutschlands Vorgehen ermöglichte Vertrag Frankreichs mit dem Kongostaat vom ii. August 1894 öffnete den Franzosen den Weg vom Kongo zum oberen Nil und ließ in absehbarer Zeit schwere Zusammenstöße im Innern Afrikas befürchten.

Nimmt man hinzu, daß Deutschland zusammen mit den Vereinigten Staaten 1893 die Absicht von Cecil Rhodes verhinderte, die Eisenbahn von Pretoria nach Laurenzo Marques, die einzige große Schienenverbindung der Burenstaaten mit einem nichtenglischen Seehafen, ganz unter seine Kontrolle zu bringen, und daß deutsche Kanonenboote in der Delagoabai erschienen, als England von Portugal dort die Erlaubnis zu Truppenlandungen bei einem lokalen Auf stand zu erhalten suchte (Herbst 1894). so sieht man, daß Deutschland und England in Afrika immer mehr in die Stellung rivalisierender, einander mißtrauisch beobachtender Gegner gerieten.

Lord Rosebery, der nach Gladstones Rücktritt Premierminister geworden war, aber, obwohl er das Auswärtige an Lord Kimberley abgab, auch hier noch einen leitenden Einfluß behielt, hatte im Spätherbst eine tiefgreifenden prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Grafen Hatzfeldt, die sich an die Rede des Ministers beim Lord-Mayor-Bankett vom 11. November [42]) anschloß. Rosebery hatte hier geflissentlich die guten Beziehungen Englands zu Rußland und Frankreich hervorgehoben. Bei den

[42]) Bericht Hatzfeldts n. Nov. 1894. Große Politik 9, 153.

Verhandlungen über die indische Nordgrenze war er den Russen weit entgegengekommen und hatte zugegeben, daß die

russische Grenze weit nach Süden vorgeschoben wurde; nur ein schmaler Streifen afghanischen Gebietes trennte den gefürchteten Rivalen jetzt noch von der Wasserscheide des Indus.

Der Minister beklagte nun dem Botschafter gegenüber Deutschlands sichtbare Hinneigung zu einem Zusammengehen mit Frankreich und zog die Festigkeit des Dreibundes in Zweifel. Indem er stark auf Englands Unangreifbarkeit und Seeherrschaft hinwies, wollte er dem Botschafter nahelegen, daß man in Berlin doch gut tun werde, die Beziehungen nicht ganz erkalten zu lassen. Hatzfeldt erwiderte, er sei stets Anhänger einer nahen Verbindung beider Mächte gewesen; aber solange England unserer kolonialen Ausdehnung Schwierigkeiten bereite, und solange es jeder Verpflichtung, uns gegen einen französischen oder russischen Angriff beizustehen, ausweiche, sei auch auf dauernde deutsche Gegenleistungen nicht zu rechnen. Er bedauerte, daß England dem Dreibund nicht förmlich beitreten wolle; das werde die beste Garantie des Friedens sein. Rosebery gestand, daß der Kongovertrag eine Dummheit gewesen sei; er gab auch zu, daß England, wenn es ganz isoliert bleibe, bei einem großen Kolonialkriege leicht Malta und Ägypten an Frankreich verlieren könne; das Mittelmeer werde dann ein französischer See werden. Aber einer Erklärung über die Möglichkeit eines Bündnisses wich er aus. Hatzfeldt hatte den Eindruck, daß der Minister, weil ihm Deutschland nicht genügend entgegenkomme, versuchen werde, mit Rußland durch Nachgiebigkeit in den afghanischen Grenzfragen in ein besseres Verhältnis zu kommen und womöglich die Sicherheit zu erlangen, daß der Zar im Fall eines englisch-französischen Krieges neutral bleibe. Auch zu Lord Kimberley sprach sich Hatzfeldt ähnlich aus [43]); England gönne uns nichts und wolle sich nur anderer zum Schutze seiner Interessen bedienen, ohne selbst Verpflichtungen zu übernehmen. Aber auch dieser erwiderte nur kühl, England schließe bekanntlich keine Allianzverträge.

[43]) Bericht Hatzfeldts 22. Nov. 1894. Große Politik 9, 166.

Dieser Versuch, zu einem besseren Einvernehmen zu gelangen, war also gescheitert. Die dem englischen Ministerium nahestehende Presse bemühte sich in den folgenden Monaten eifrig, eine Verständigung mit Rußland und Frankreich über alle schwebenden Fragen — Ägypten, Siam, Madagaskar, Kongostaat, Afghanistan — zu empfehlen. Namentlich aus Paris antwortete ein freundliches Echo; schon wurde der Gedanke eines Dreibundes

zwischen Frankreich, Rußland und England von dorther angeregt. An die Verwirklichung solcher Pläne glaubte man in Deutschland nicht [44]). Immerhin betrachtete man die englische Politik mit wachsendem Mißtrauen; auch in der deutschen Presse kam dies zum Ausdruck. Daß England die deutsche Togokolonie vom schiffbaren Teil des Niger abzuschließen suchte, daß die Wirtschaftspolitik der Kapkolonie offenbar auf den Ausschluß deutschen Mitbewerbs und die Lahmlegung des benachbarten deutschen Südwestafrika ausging, erhöhte die Mißstimmung [45]).

[44]) Erlaß an Eulenburg 13. Dez. 1894. Große Politik 9, 176.

[45]) Erlaß an Bülow 4- Febr. 1895. Große Politik 8, 474.

Marschall faßte gegen Ende des Jahres die deutsche Ansicht von der englischen Politik dahin zusammen [46]): Nach Roseberys Meinung hat Deutschland für Englands Interessen einzutreten, England aber verpflichtet sich zu nichts. Vielmehr wird der gesunde Sinn des englischen Volkes bestimmen, ob und wann man dem für Englands Interessen in Kampf geratenen Deutschland beizustehen hat. Solange sich Deutschland zu diesem „negotium claudicans“ nicht entschließt, wird es chikaniert. Er sah die Lage des isolierten britischen Reiches als recht bedenklich, seine militärischen Machtmittel als gering an. Selbst die Überlegenheit seiner Flotte sei „außerhalb Englands kein Axiom“. Jedoch war der Kaiser dafür, England den Weg zur Umkehr, d. h. zum näheren mit festen Verpflichtungen verbundenen Anschluß an den Dreibund, offen zu halten, falls eine andere Regierung komme. Italien sollte die Fühlung aufrecht erhalten [47]).

[46]) Erlaß an Hatzfeldt 16. Nov. 1894. Große Politik 9, 160.

[47]) Bericht Metternichs v. 30. Dez. 1894 über eine Unterredung mit dem Kaiser. Große Politik 9, 182.

Es läßt sich also nicht verkennen, daß im Laufe des Jahres 1894 eine starke Entfremdung zwischen Deutschland und England eingetreten war, die von den afrikanischen Gegensätzen ausging. Diese Beobachtung gewinnt aber ihre volle Bedeutung erst, wenn wir sehen, daß Deutschland sich gleichzeitig Rußland wieder eifrig zu nähern begann.

Am 9. Februar 1894 war nach langen Verhandlungen der deutsch-russische Zollkrieg durch einen Handelsvertrag beendigt worden. Damit war ein wesentliches Hindernis für eine politische

Wiederannäherung weg gefallen. Aber erst zwei für die Leitung der Politik beider Länder wichtige Personalveränderungen im Herbst desselben Jahres gaben dazu den entscheidenden Anstoß.

Am 29. Oktober wurde Graf Caprivi entlassen und Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst wurde deutscher Reichskanzler. Obwohl Caprivis Sturz in innerpolitischen und persönlichen Gegensätzen seinen Grund hatte, war das Ereignis doch auch für die auswärtige Politik nicht ohne Bedeutung.

Caprivi war der Mann, der mit seinem Namen die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages und die Schwenkung zu England gedeckt hatte. Er war stets Gegner einer weitausgreifenden Kolonialpolitik gewesen und wird es gewiß nicht gern gesehen haben, daß unser Verhältnis zu England unter den afrikanischen Gegensätzen litt. Hohenlohe hatte große Besitzungen in Rußland, kannte die russischen Verhältnisse und war selbst mit dem Zarenhause wie mit allen europäischen Herrscherfamilien nahe verwandt; es mußte ihm viel leichter werden, die Fäden nach Petersburg wieder anzuknüpfen als seinem Vorgänger. Als sein Programm bezeichnete er von Anfang an die Festigung des Dreibundes, dessen Ziel vor allem die Erhaltung des Territorialbestandes der drei verbündeten Monarchen sei [48]). Die englische Politik betrachtete er als unberechenbar und wechselnd nach der Persönlichkeit des jeweils leitenden Staatsmannes. In einer seiner ersten Unterredungen mit dem Kaiser [49]) wurden auch die Fragen des nahen Orients erwogen. Der Kaiser sprach seine Ansicht dahin aus, daß man Österreichs Verlangen, dem russischen Wunsche nach freier Durchfuhrt seiner Kriegsschiffe durch die Dardanellen entgegenzutreten, nicht erfüllen könne. Wir hätten kein Interesse, dafür die Knochen eines Grenadiers zu exponieren, sagte er mit Anlehnung an ein berühmtes Wort Bismarcks. Rußland brauche den Hausschlüssel für seine Flotte, und uns könne dies gleichgültig sein. Österreich möge hier auf eigene Verantwortung handeln. Hohenlohe nahm diese Direktiven zur Kenntnis und richtete sich danach.

[48]) Erlaß an Eulenburg 13. Dez. 1894. Große Politik 9, 176.

[49]) Aufzeichnung Hohenlohes 2. Nov. 1894.

Am 1. November starb Zar Alexander III. Ein Mann von finsterem, verschlossenem Wesen, mißtrauisch gegen alle Welt, verschüchtert und verbittert durch die Erinnerung an die

Ermordung seines Vaters, war er von den altrussischen Elementen zu der Überzeugung gebracht worden, daß nur die volle Aufrechterhaltung der Autokratie auf religiöser und national-russischer Grundlage ihm das Leben und seinem Volke eine glückliche Zukunft sichern könne. Immer stärker war er auch von den panslavistischen Ideen ergriffen worden. Er fühlte sich als Vorkämpfer des Slaventums in der Welt und blickte mit Abneigung und Furcht auf das emporsteigende Deutschland, in dem er mehr und mehr das Haupthindernis für die Erfüllung der panslavistischen Träume zu erblicken lernte. Er hatte aus dieser Stimmung heraus das Bündnis mit Frankreich schließlich unterzeichnet und hätte nur schwer wieder ein engeres Verhältnis zu Deutschland gewinnen können.

Sein Sohn Nikolaus II. war ein junger Mann ohne besondere Geistesgaben, aber von ehrlicher Friedensliebe und starkem Pflichtgefühl beseelt [50]). Fleißig, aber ohne starke Willenskraft, aus Mangel an Selbstvertrauen leicht persönlichen Einflüssen seiner Umgebung zugänglich, wurde dieser durch seine Naturanlagen zu einem stillen und ehrbaren bürgerlichen Leben bestimmte Mann von der ungeheuren Last der Verantwortung für die Schicksale eines Hundertmillionenreiches innerlich völlig erdrückt; so erklärt es sich auch, daß er in steigendem Maße dem Einfluß mystisch und spiritistisch veranlagter Persönlichkeiten anheimfiel. Auch er fühlte sich stets umlauert von Feinden und Verrätern und atmete immer etwas freier, wenn er die schwüle Atmosphäre seiner Schlösser verlassen und im Ausland oder auf einsamer Meerfahrt sich dem furchtbaren Druck eine Zeitlang enthoben fühlen konnte. Er hatte für Deutschland von Anfang an mehr Sympathie als Alexander IIL; vielleicht hätte er das Bündnis mit Frankreich nicht geschlossen; da er es aber als ein Vermächtnis seines scheu verehrten Vaters vorfand, war er gewillt, es ehrlich zu halten, ohne aber einen Schritt über die darin enthaltenen Verpflichtungen hinauszugehen.

[50]) Vgl. auch die Charakteristik des jungen Zaren im Bericht des Grafen Rex v. Dez. 1894. Große Politik 9, 887. Hier wird auch auf den Einfluß der absolut deutschfeindlichen Kaiserin-Mutter hingewiesen.

Schon als Thronfolger hatte er Wilhelm II. kennengelernt. Das liebenswürdige, freimütige, oft etwas burschikose Wesen, das von seiner eigenen Schüchternheit so stark abstechende naive Selbstbewußtsein des Kaisers hatten ihm imponiert und ihn stark gefesselt; ein persönliches Verhältnis hatte sich zwischen den Vettern gebildet, das man kaum als wirkliche Freundschaft

ansprechen kann, das aber doch über die üblichen offiziellen Höflichkeitsbeziehungen zwischen fürstlichen Personen erheblich hinausging. Beim Kaiser, der sich über seines Freundes „Nicky“ geistige Fähigkeiten gelegentlich ziemlich absprechend geäußert hat, lag wohl von Anfang an mehr politische Berechnung als persönliche Sympathie dabei im Hintergründe, während beim Zaren doch wohl lange Zeit das Gefühl vorherrschte, einen klugen und vertrauenswerten Verwandten zu haben, mit dem er als einem der russischen Welt und ihren Intriguen entrückten, ihm an Geburt und Würde gleichstehenden Menschen einmal ein menschlich offenes Wort reden könne.

Jedenfalls bot dieser Thronwechsel die besten Aussichten für die Wiederanknüpfung der alten, in letzter Zeit stark gelockerten dynastischen Verbindung zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg. Der persönliche Brief- und Telegrammwechsel beider Herrscher in englischer Sprache, den der Kaiser gleich nach dem Tode Alexanders III. durch ein herzliches Beileidschreiben eröffnete, ist fast bis zum Beginn des Weltkrieges weitergeführt worden und hat eine erhebliche politische Bedeutung erlangt [51]). Zwar sind die politisch wichtigen Teile der deutschen Briefe und Telegramme namentlich in den späteren Jahren zuweilen mit den verantwortlichen Leitern der Politik besprochen, in einzelnen Fällen sind die Texte im Auswärtigen Amt aufgesetzt, ja sogar von den Botschaftern vorgeschlagen oder begutachtet worden; aber häufig hat der Kaiser sie auch ganz allein verfaßt und dem Reichskanzler nicht einmal ihren Inhalt mitgeteilt. Auch die Antworten des Zaren wurden nicht sämtlich zu den Akten gegeben. Mit der Einleitung dieses Briefwechsels hat eine neue Phase der deutsch-russischen Beziehungen begonnen.

[51]) Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1916, hrsg. von W. Goetz, 1920. Es fehlen die Antworten des Zaren und der gesamte ebenso wichtige telegraphische Meinungsaustausch der Herrscher. Eine vollständige Ausgabe wäre dringend erwünscht. Wichtige Ergänzungen für die Jahre 190/i—1907 in den „Dokumenten aus den Russischen Geheimarchiven“, hrsg. v. Ausw. Amt (1918), S. 335 ff.

Wenn die Thronbesteigung Nikolaus II. dazu auch den äußerlich sichtbaren Anstoß gegeben hat, so läßt sich doch vermuten, daß der Kaiser es damit nicht so eilig gehabt haben würde, wenn nicht die Erkaltung der deutsch-englischen Freundschaft ihn zu Rußland hinübergedrängt hätte. Sicherlich hat auch der Wunsch mitgesprochen, die russisch-französische Entente zu lockern oder doch wenigstens nicht zu eng werden zu

lassen. Freilich wurde dieses Ziel nur unvollkommen erreicht. Rußland ließ sich die Annäherung Deutschlands freundlich gefallen; aber das alte Verhältnis konnte nach dem Abschluß des französischen Bündnisses nicht wieder hergestellt werden. Man mußte sich in Petersburg sagen, daß neben dem Verhalten Englands hauptsächlich das Unbehagen über die französisch-russische Freundschaft Deutschland zu seinem neuen Anknüpfungsversuch getrieben habe. Sollte man sich eines Druckmittels entäußern, das so schnell und zufriedenstellend wirkte?

Versuchen wir das Ergebnis der ersten fünf Jahre des neuen Kurses festzustellen. Deutschland hatte das alte Bismarcksche System der künstlich verkoppelten Friedenssicherungen durch die Lösung der russischen Koppelung unbrauchbar gemacht. Es hatte einen Ersatz in der festeren Knüpfung der nach England führenden Fäden gesucht — die auch Bismarck gewollt hatte, aber freilich nur unter Beibehaltung der Fühlung mit Petersburg. Dabei hatte sich aber gezeigt, daß die Verbindung mit London viel schwerer dauerhaft auszubauen war, als man geglaubt hatte. Allmählich wurde durch die kolonialen Gegensätze in Afrika eine Entfremdung herbeigeführt. Zum ersten Male wurde die allgemeine Haltung Deutschlands von außereuropäischen Reibungen maßgebend beeinflußt. In Europa bestanden weder Gegensätze noch starke Meinungsverschiedenheiten mit England. Das Gefühl des Mißtrauens gegen die englische Politik beruhte zwar auch auf der Befürchtung, daß Großbritannien die anderen Staaten im Orient für seine Interessen ins Feuer schicken und dann im Stich lassen wolle; aber der eigentliche Grund der Entfremdung lag doch in der deutschen Vorstellung, daß England unserer kolonialen Entwicklung jede denkbare Schwierigkeit zu bereiten entschlossen sei. Unter dem Eindruck dieser Enttäuschung suchte man sich Rußland wieder zu nähern, fand aber die Lage durch den Abschluß des russisch-französischen Bündnisses so verändert, daß eine einfache Wiederherstellung des alten Verhältnisses nicht möglich war.

Die deutsch-englische Entfremdung erregte bei den übrigen Dreibundmächten Bedenken. Österreich sah in Großbritannien seinen natürlichen Helfer gegen die russischen Absichten auf Konstantinopel; Italien hatte von Anfang an den Vorbehalt gemacht, daß es unter keinen Umständen zur Teilnahme an einem Kriege gegen England verpflichtet sein wolle. Es fühlte sich wirtschaftlich und militärisch von England abhängig; das gute Verhältnis Großbritanniens zum Dreibund war die Voraussetzung

zu seinem Beitritt gewesen. Auch jetzt erhoben sich sofort im Süden der Alpen kritische Stimmen. Man fragte, ob der Dreibund wirtschaftlich nützlich sei, ob die hohen Militärlasten nicht lediglich eine Folge dieses Bundesverhältnisses seien? Das von Bismarck errichtete Bollwerk begann bereits kleine Sprünge und Risse zu zeigen.

Dennoch war Deutschlands Lage zu Anfang des Jahres 1895 noch eine recht günstige. Es gab jetzt drei politische Gruppen in Europa — den Dreibund, den Zweibund und das isolierte England. England war jedoch mit den beiden Zweibundmächten in so scharfen Gegensatz geraten, daß eine Vereinigung dieser Gegner als sehr unwahrscheinlich gelten konnte. Dadurch war der Dreibund, an dessen Spitze Deutschland stand, zum Zünglein an der Wage des europäischen Gleichgewichts geworden.

Deutschland wurde durch alte Feindschaft von Frankreich, durch die neue koloniale Verstimmung von England getrennt, hatte aber zu Rußland wieder bessere Beziehungen gewonnen, hatte sogar in der Kongofrage Schulter an Schulter mit Frankreich gestanden; Österreich und Italien waren stets in enger Verbindung mit England geblieben, während sich Italien zu Frankreich und Österreich zu Rußland mißtrauisch verhielt. So hatte der Dreibund seine Verbindungen nach beiden Seiten hin. Für Deutschland lag die Versuchung nahe, aus dieser Lage Vorteile zu ziehen. Im Sinne der bismarckschen Politik hätte es gelegen, die vorhandenen Beziehungen zur Erhaltung des Friedens und zur Sicherung von Deutschlands europäischer Stellung zu benutzen. Das Streben des neuen Kurses aber ging auf Erweiterung des deutschen Kolonialreiches. Daraus entstand die lockende aber gefährliche Möglichkeit, sich demjenigen der beiden weltpolitischen Gegner zu nähern, der in dieser Beziehung die größeren Vorteile bieten würde. Wir haben schon mehrfach wahrgenommen, wie man England zu derartigen Angeboten zu drängen suchte. Aber auch die besseren Beziehungen zu Rußland suchte man in demselben Sinne auszunutzen. Schon in der erwähnten Denkschrift vom 8. März 1894 [52]) heißt es: „Andererseits bedarf Rußland unserer, wenn es auf friedlichem Wege vorwärtskommen will und wird eine Gegenleistung nicht versagen können.“ Vielleicht lasse sich ein Ausgleich der russischen und österreichischen Interessen finden, der das Schreckgespenst des Zweifrontenkrieges dauernd banne. Caprivi befahl damals sogar die Ausarbeitung einer Denkschrift über die Frage, was wir in solchem Falle als Kompensation fordern könnten; er dachte an wirtschaftliche Vorteile in der Türkei, ja

sogar daran, ob wir uns nicht „ein Kolonisationsgebiet in Kleinasien sichern könnten“ [53]). Die Gefahr dieser Politik lag darin, daß man die Orientierung der Gesamtpolitik auf momentane Gewinne in fernen Weltgegenden einstellte; wenn man sich immer demjenigen zuneigte, der gerade das höhere Angebot machte, mußte man schließlich in den Ruf der Unzuverlässigkeit geraten, der noch keinem Staate dauernde Vorteile gebracht hat.

[52]) Große Politik 9, 134-

[53]) Caprivi an Marschall 24. März 1894.

3. Schimonoseki.

Im Frühling 1895 wurden die Großmächte gezwungen zu einem Ereignis Stellung zu nehmen, das in einer bisher von ihnen wenig beachteten Gegend eintrat, aber den Anstoß zu einer weitgehenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen und des ganzen Staatensystems der Welt gegeben hat, zu dem Kriege zwischen Japan und China, der im vorhergehenden Sommer ausgebrochen war. Sein Verlauf enthüllte den europäischen Staaten die unangenehme Tatsache, daß in Ostasien eine neue starke Militärmacht herangewachsen war, die wenigstens in diesem Teil der Welt eine leitende Stellung für sich begehrte.

Im Juni 1894 landeten China und Japan Truppen auf Korea, wo Unruhen ausgebrochen waren. Daraus entwickelte sich der Krieg zwischen beiden ostasiatischen Mächten. Im September waren die Chinesen aus Korea vertrieben. Am 25. Oktober überschritten die Japaner den Jalu und begannen den Vormarsch in der Richtung auf Peking. Eine zweite japanische Armee landete an der Südspitze der ins Gelbe Meer weit hineinragenden Halbinsel Liaotung und besetzte Anfang November Talienwan und Port Arthur. Dann stockten die Operationen eine Zeit lang. Im Februar nahmen die Japaner Weihaiwai mitsamt den dort im Hafen liegenden chinesischen Kriegsschiffen; am 4. März besetzten sie den wichtigen Hafenplatz Niutschwang. In den benachbarten Provinzen brachen Aufstände aus. China, im Inneren gelähmt, war nicht mehr imstande, den Japanern den Weg nach Peking zu sperren und bat um Frieden.

An diesen Ereignissen nahmen unter den Großmächten naturgemäß Rußland und England das stärkste Interesse. Obwohl einander mißtrauisch beobachtend, suchten sie doch anfangs gemeinsam zu vermitteln, freilich ohne Erfolg. Anfang Oktober schlug England den übrigen Mächten erst Maßregeln zum Schutz des Lebens und Eigentums der Europäer, dann eine gemeinsame Intervention vor, an der auch die Vereinigten Staaten von Amerika teilnehmen sollten. Japan sollte Ersatz seiner Kriegskosten erhalten, Korea ein unabhängiger Staat unter Garantie der Großmächte werden. Befragt, was denn geschehen solle, falls Japan diese Bedingungen ablehne, sprach der englische Staatssekretär Bertie anfangs von einer Flottendemonstration mit nachfolgender gemeinsamer „Aktion“ der Mächte, nahm aber

diese Äußerungen, offenbar auf Roseberys Weisung, bald darauf zurück und sagte, es handle sich nur um Erteilung eines freundschaftlichen Rates. Rußland war nicht abgeneigt, aber Deutschland erklärte den Augenblick nicht für geeignet, da Japan wahrscheinlich ablehnen werde. Da England Bedenken trug, allein mit Rußland zusammen vorzugehen, unterblieb dieser gemeinsame Schritt. Man führte dies in Tokio mit Recht auf Deutschlands ablehnende Haltung zurück [1]).

[1]) Metternich 4-, 9., 12. Oktober. Englische Note vom 7. Oktober. Aufzeichnung Marschalls 9. Oktober. Deutsches Rundschreiben 14. Oktober. Große Politik 9, 242—244- Gutschmid 8. November.

Im November rief China die Vermittlung der Mächte an. England war wiederum für ein gemeinsames Vorgehen; Rußland zögerte, Deutschland lehnte wiederum ab, da Japan die von China gemachten Zugeständnisse, die etwa den früheren englischen Vorschlägen entsprachen, schwerlich annehmen werde [2]).

[2]) Hatzfeldt 7. November. Erlaß Kimberleys 9. November (mitgeteilt nach Berlin 12. November). Aufzeichnung Marschalls über eine Unterredung mit dem chinesischen Gesandten 11. und 12. November.

Im Februar 1895 erneuerten sich die Hilferufe Chinas. England, Rußland und Frankreich versuchten die Japaner zur Bekanntgabe ihrer Forderungen zu bestimmen. Deutschland beteiligte sich an diesem Schritte nicht [3]).

[3]) Gutschmid 3. Februar 1896. Hatzfeldt 6. Februar. Große Politik 9, 250.

Anfang März erfuhr man in Berlin durch den japanischen Gesandten Vicomte Aoki, daß Japan wirklich, wie man früher nur vermutet hatte [4]), außer der Unabhängigkeit Koreas, einer Kriegskostenentschädigung und der Abtretung Formosas mit den Nachbarinseln auch den südlichen Teil der Halbinsel Liaotung beanspruchen werde. Jetzt entschloß man sich plötzlich, aus der bisher beobachtenden Zurückhaltung herauszutreten und, ohne die übrigen Mächte zu benachrichtigen, in Japan zur Mäßigung zu raten. Am 6. März erhielt der deutsche Gesandte in Tokio, Herr von Gutschmid, den Befehl dazu. „Europäische Großmächte“ hieß es in dem Telegramm, „sind von China zur Intervention aufgefordert. Einige derselben sind dazu im Prinzip entschlossen und einig. Je mehr diese von China als Preis ihrer Intervention beanspruchen werden, desto weniger bleibt für Japan übrig. Für letzteres ist deshalb unvermittelter, billiger Abschluß

verhältnismäßig am vorteilhaftesten. Nach unseren bisherigen Nachrichten würde Japans Forderung von Gebietsabtretungen auf Festland besonders geeignet sein, Interventionen zu provozieren [5]).“

Die Warnung wurde am 8. März übermittelt. Die Japaner dankten für die freundliche Mitteilung und fügten hinzu, ihre Forderungen würden billig sein. Sie ließen sich jedoch in ihrer Haltung während der am 18. März in Schimonoseki beginnenden direkten Friedensverhandlungen mit China davon nicht beeinflussen.

[4]) Schon am 29. November 1894 hatte Gutschmid die vermutlichen Forderungen Japans gemeldet. Deutsches Rundschreiben 10 März.

[5]) Telegramm an Gutschmid 6. März. Große Politik 9, 253. Gutschmid 12. März.

Sie verlangten, bevor sie ihre Bedingungen bekannt geben könnten, Abschluß eines Waffenstillstandes unter Räumung der Takuforts, des Hafens Tientsin und der Bahn von da nach Schanhaikwan. China rief wiederum telegraphisch den Beistand der Mächte an. Auf Englands Vorschlag wurden alle Vertreter der Großmächte, auch der deutsche, angewiesen, die Bitte Chinas um sofortige Bekanntgabe der Friedensforderungen zu unterstützen, da sie nicht unbillig sei. Im letzten Augenblick erhielt jedoch der englische Gesandte Gegenbefehl und nahm daher an diesem Schritte nicht teil [6]).

[6]) Schenck 22. März. Tschirschky 20. u. 25. März. Erlaß an Gutschmid 27. März. Hatzfeldt 24. u. 29. März. Marschall an Hatzfeldt 2. April.

Dies Verhalten Englands wurde in Petersburg und Berlin als illoyal empfunden, entsprang aber wohl nur dem Umstande, daß man in London schneller darüber orientiert worden war, daß ein solcher Schritt nicht mehr nötig sei. Das am 24. März von einem Japaner auf das Oberhaupt der chinesischen Friedensgesellschaft, Lihungtschang, verübte Attentat wurde von der japanischen Regierung zum Anlaß genommen, sofortigen Waffenstillstand ohne Erfüllung der früher gestellten militärischen Bedingungen zu bewilligen (31. März). Unmittelbar darauf gab Japan den Chinesen seine Friedensbedingungen bekannt: Kriegsentschädigung, Abtretung Formosas, der Fischerinseln, Port Arthurs und des angrenzenden Teils der Mandschurei bis zum 41. Grad nördlicher Breite, ferner Neuregelung der Handelsverträge im Interesse der weiteren Erschließung Chinas für den fremden Handel.

China flehte von neuem die Mächte an, für eine Ermäßigung dieser Forderungen einzutreten. Für diese war jetzt die Stunde der Entscheidung gekommen. Sollten sie den Japanern gestatten auf dem ostasiatischen Festlande ein erhebliches Gebiet zu erwerben? Sollten sie China seinem Schicksal überlassen? Sollten sie Kompensationen fordern, um Japan nicht allzu mächtig werden zu lassen?

Rußland hatte das Vordringen der Japaner von Anfang an mit größter Sorge verfolgt, aber jeden auffallenden Schritt vermieden. Minister von Giers war im Januar 1895 gestorben; das Ministerium des Auswärtigen war mehrere Wochen lang unbesetzt und wurde erst am 11. März dem Fürsten Lobanow anvertraut. Während der Zwischenzeit fehlte es an einer wirklichen Leitung. Man wünschte lediglich Verwicklungen zu vermeiden. Man schien es ruhig mit ansehen zu wollen, wenn Japan Gebietsabtretungen fordere, falls nur die wirkliche Unabhängigkeit Koreas gewährleistet bleibe. Auch Lobanow sagte noch am 20. März dem deutschen Vertreter, als dieser bemerkte, wahrscheinlich werde Japan festländisches Gebiet beanspruchen, er hoffe trotzdem neutral bleiben zu können [7]). Allerdings gab es in Petersburg eine Kriegspartei, die zum sofortigen Losschlagen drängte. Aber man war selbst in militärischen Kreisen nicht ohne Besorgnis über den Erfolg etwaiger kriegerischer Maßregeln, da es der Flotte an einer Organisationsbasis und einem Zufluchtshafen fehlte und die sibirische Eisenbahn noch lange nicht vollendet war [8]).

[7]) Rundschreiben Marschalls 10. März; Tschirschky 20. März.

[8]) Radolin 20. April.

Vor allen Dingen wollte man nicht allein vorgehen und wußte nicht, wie sich die anderen Mächte verhalten würden. Auf Frankreich konnte man zählen, da es keine nennenswerten eigenen Interessen in Nordasien hatte und voraussichtlich nur darauf bedacht sein würde, dem neuen Bundesgenossen volle Bundestreue zu zeigen. Aber was würde England tun? Würde es nicht, wenn Rußland in einen Kampf mit Japan verwickelt wäre, die Gelegenheit benutzen, um die alten Streitigkeiten zum Austrag zu bringen?

England hatte, wie wir wissen, im Anfang des Krieges zu vermitteln gesucht. Man fürchtete hier anfangs, daß weiteres

Vordringen der Japaner zum Sturz der Mandschu-Dynastie und zum Auseinanderfallen des chinesischen Reiches führen könne. Dann ließ sich allgemeine Anarchie in Ostasien und starke Beeinträchtigung des europäischen Handels erwarten; aber nicht nur das; sondern dahinter drohte ein Kampf der Großmächte, um ihren Anteil an den Gebieten des herrenlos gewordenen Reiches der Mitte mit unabsehbaren Folgen. Man wünschte dies alles zu vermeiden und China als Bollwerk gegen den russischen Einfluß in Ostasien zu erhalten. Als Japans Erfolge immer größere Dimensionen annahmen, fürchtete Lord Kimberley die Entstehung eines großen ostasiatischen Reiches unter japanischer Hegemonie und den Ausschluß der Europäer von der wirtschaftlichen Erschließung dieser reichen Gebiete. Aber auch hier wollte man nichts tun, bevor man nicht wisse, wie Rußland sich verhalten werde. Aus wiederholten Unterredungen mit Kimberley hatte Graf Hatzfeldt den Eindruck, England werde jedenfalls nicht allein vorgehen, es wünsche auch keine eigene Gebietserweiterung in Ostasien, wolle aber natürlich auch zugreifen, wenn andere Mächte dies täten [9]).

[9]) Hatzfeldt 24. März, 3., 4., 6. u. 9. April. Einzelne davon gedruckt Große Politik 9, 262 u. 264.

Die öffentliche Meinung Englands hatte jedoch schon seit längerer Zeit eine andere Richtung genommen. Sie war stark beeinflußt durch die Siege und die sich in ihnen zeigende innere Kraft der Japaner. Die englischen Kaufleute fanden ihre anfänglichen Befürchtungen nicht bestätigt. Das Geschäft hatte nur wenig gelitten; von den siegreichen Japanern konnte man nach deren wiederholten Zusicherungen eine weitere Erschließung Chinas für den Handel aller Nationen und damit neue große wirtschaftliche Vorteile erhoffen. War es richtig, sich mit der aufstrebenden Vormacht Ostasiens ohne Not zu verfeinden? Zu kriegerischen Abenteuern bestand in England immer nur geringe Neigung. Und lief man hier nicht Gefahr, lediglich die Geschäfte des weltpolitischen Gegners Rußland zu besorgen? Es mußte recht fraglich erscheinen, ob das Kabinett Rosebery, das parlamentarisch ohnehin auf schwachen Füßen stand, dieser veränderten Stimmung der öffentlichen Meinung lange werde Widerstand leisten können.

Auch von Deutschland konnte Rußland wenig Unterstützung erhoffen. Wir hatten zwar in Ostasien nicht unerhebliche wirtschaftliche Interessen, gehörten aber nicht zu den dort politisch unmittelbar beteiligten Mächten. Daraus erklärt sich

ohne weiteres die anfängliche Zurückhaltung Deutschlands. Der Kaiser hatte das Vordringen der Japaner mit starker Sympathie verfolgt. Sein soldatischer Sinn erfreute sich an ihren trefflichen militärischen und organisatorischen Leistungen, die Opferwilligkeit bei Volk und Parlament flößte ihm Achtung ein. Ihr Vorgehen bei den Friedensverhandlungen fand er begreiflich, ihre Forderungen keineswegs übertrieben [10]). Den deutschen Staatsmännern machte nur die Frage einige Sorgen, ob nichts Japans Festsetzung auf dem Festlande die europäischen Mächte zu Kompensationsforderungen auf Chinas Kosten treiben werde und ob es nicht für Deutschlands wirtschaftliche Interessen in Ostasien und für seine Weltstellung überhaupt wünschenswert sei, daß es sich dann ebenfalls einen Anteil sichere. Der Kaiser selbst hatte schon im Spätherbst die Erwerbung von Formosa ins Auge gefaßt [11]). In Marinekreisen hatte man längst einen Flottenstützpunkt in Ostasien für wünschenswert gehalten. Vielleicht konnte man ihn bei dieser Gelegenheit gewinnen und zugleich, wenn England sich tiefer engagierte und auf Deutschland Rücksicht nehmen mußte, auch die Samoafrage in der lange erstrebten Weise regeln. Im Februar 1895 mußte Hatzfeldt in London sondieren, ob England Schwierigkeiten machen werde, wenn Deutschland auch etwas fordere, falls es zu territorialen Verschiebungen in China komme. Lord Kimberley sagte nichts zu, zeigte aber auch keine abweisende Haltung; Hatzfeldt riet, man möge sich in Berlin darüber schlüssig werden, was man in solchem Fall zu fordern gedenke [12]). Dort dachte man an eine der chinesischen Inseln oder Kiautschou. Jedoch hielt Marschall es für besser, wenn es zu solchen Besitzergreifungen europäischer Mächte nicht komme, da Deutschland vor der Hand mit anderen Aufgaben genug zu tun habe. Auf keinen Fall wollte man selbst „das Signal zu einer Teilung von chinesischen Territorien unter den Großmächten“ geben. Nur wenn von anderer Seite Sondervorteile beansprucht würden, wollten auch wir „vollwichtige Kompensationen“ beanspruchen. Hatzfeldt erhielt den Befehl, in London zu sagen, wir hofften zuversichtlich in diesem Falle Seite an Seite mit England zu stehen. Wenn die Mächte Deutschlands Beteiligung an einer Intervention wünschten, so müsse man wissen, ob Vorteile dabei zu erwarten seien, die den zu bringenden Opfern entsprächen [13]). Lord Kimberley blieb zurückhaltend; er sagte nur, man denke nicht daran, Deutschland von der weiteren Regelung dieser Fragen auszuschließen. Der Botschafter hielt es daher noch nicht für ratsam, auf weitere Eventualitäten einzugehen[14]).

[10]) Randbemerkungen zu Gutschmids Berichten v. 4. u. 11. November, vor gelegt 27. Dez. 1894, zu Werder 14. März und zu Marschalls Immediatbericht 2. April 1895.

[11]) Tel. des Kaisers an d. Reichskanzler 17. Nov 1894. Große Politik 8, 245.

[12]) Hatzfeldt 6. Februar. Privatbrief an Holstein 8. Februar. Große Politik 9, 250, 252. Denkschriften des Geheimrats Klehmet 21. und 26. Februar. Aufzeichnung Hohenlohes 2. Nov. 1894.

[13]) Marschall an Hatzfeldt i. März. Vgl. Große Politik 9, 251 Anm. 1.

[14]) Hatzfeldt 6. März.

Durch Englands Zurückhaltung wurde man in Berlin in der Meinung bestärkt, es sei besser, wenn die ganze Entschädigungsfrage nicht auf gerollt werde. Aus diesem Grunde vornehmlich riet man Japan, wie wir wissen, Anfang März, auf festländische Ansprüche zu verzichten.

Als es einige Wochen später deutlich wurde, daß Japan trotz der deutschen Abmahnung auf dieser Forderung beharre, veränderte die deutsche Regierung ihre Haltung. Es mag dabei ein Gefühl der Kränkung über die Nichtbeachtung unserer Ratschläge mitgesprochen haben. Die Hauptsache war aber, daß man glaubte, die Verwirklichung der japanischen Wünsche werde zu territorialen Besitzergreifungen der beteiligten Mächte, eventuell zu schweren Verwicklungen unter ihnen führen. Man glaubte, sie entweder verhindern, oder, wenn das unmöglich sei, sich eine Kompensation sichern zu müssen. In einer ausführlichen Denkschrift legte der Reichskanzler Mitte März dem Kaiser diese Gesichtspunkte dar. Wir dürften uns, meinte er, nicht vorzeitig in diese Dinge mischen, müßten uns aber die Beteiligung an Unternehmungen offen halten, die zur Verschiebung der Machtverhältnisse in Ostasien führen könnten. England wünsche offenbar unsere Teilnahme, um ein Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland zu haben. Was wir fordern könnten, müsse davon abhängen, wieviel die anderen verlangen würden. Der Kaiser billigte diese Haltung [15]). Da man in London nach Hatzfeldts Mitteilungen keinen Widerstand gegen solche Pläne voraussetzte, wandte man sich nun nach Petersburg, um über die dort herrschende Stimmung Klarheit zu gewinnen. Man erbot sich, in einen Meinungsaustausch einzutreten und eventuell gemeinsam mit Rußland zu handeln (23. März) [16]).

[15]) Denkschrift Hohenlohes mit Bemerkungen des Kaisers 19. März. Große Politik 9, 253.

[16]) Telegr. Anweisung für Tschirschky 23. März. Große Politik 9, 258.

Der Zar und Lobanow zeigten sich über diese Mitteilung sehr erfreut und gaben sie nach London weiter; man hoffte die dortige Regierung dadurch ebenfalls zum Mitgehen zu veranlassen. Dort war man sehr erstaunt, daß Deutschland England nicht direkt über seine veränderten Absichten orientiert habe, ließ sich aber aus der bisherigen Zurückhaltung nicht hinausdrängen. Auch Rußland tat zunächst nichts, um den Meinungsaustausch einzuleiten [17]).

[17]) Tschirschky 25. (nur dieser Große Politik 9, 259), 26., 27. März. Privatbrief an Holstein 28. März. Hatzfeldt 1. April.

Anfang April wurden, wie schon erwähnt, die offiziellen Forderungen Japans bekannt gegeben. Marschall wurde immer unruhiger. Port Arthur, meinte er, könne das Gibraltar des Gelben Meeres werden. Japan werde eine Art Protektorat über China gewinnen und die Frage der europäischen Kompensationen werden nun aktuell werden und könne auch den Frieden Europas gefährden. Bestimmte Forderungen wollte er noch nicht stellen, bevor man nicht wisse, was andere tun würden. „Deutschland“, schrieb er am 5. April an Hatzfeldt, „verfolgt in dieser Frage nur den doppelten Zweck, einer Einigung der gelben Rasse mit japanischer Spitze vorzubeugen und gleichzeitig die Reibung zwischen England und Rußland auf ein Minimum zu reduzieren.“ Am besten sei es, wenn Japan doch noch seine Forderungen zurückschraube, weil dann alle Kompensationsansprüche wegfallen würden. Beständig quälte ihn die Sorge, daß Rußland, England und Frankreich sich über Kompensationen verständigen könnten, und daß Deutschland dann ganz leer ausgehen werde. Da die englische Regierung aus ihrer Zurückhaltung nicht herauszubringen war, drang er in Petersburg von neuem auf einen Gedankenaustausch [18]).

[18]) Aufzeichnung über Mitteilungen Aokis 2. April. Große Politik 9, 260.
Erlasse an Tschirschky 4- April, an Hatzfeldt 4«, 5. u. 6. April. Große Politik 9, 261 f. Der wichtige Erlaß an Hatzfeldt vom 5. April ist dort nicht mit abgedruckt.

Lobanow sah ein, daß jetzt der letzte Augenblick zum Handeln gekommen sei, wenn man Japans Festsetzung auf dem asiatischen

Fest lande verhindern wolle. Nach vorausgegangenen allgemeinen Sondierungen ließ er am 8. April an die übrigen Großmächte die Anregung zu einem gemeinsamen Schritt in Tokio ergehen. Es sollte dort in freundschaftlicher Form vorgestellt werden, daß die Besitzergreifung von Port Arthur ein Hindernis für gute Beziehungen zwischen China und Japan und eine dauernde Bedrohung des Friedens in Ostasien sein werde [19]). Vielleicht rechnete man in Petersburg auf keinen vollen Erfolg dieser Anregung; die Antworten der Mächte mußten aber wenigstens zeigen, ob von ihnen überhaupt eine Unterstützung zu erwarten sei.

[19]) Aufzeichnung Marschalls 8. April. Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser 8. April. Beide Stücke fehlen in der „Großen Politik“.

In England hatte man in Erwartung eines derartigen Schrittes bereits einen Ministerrat für den 8. April einberufen. Dieser beschloß, „daß die Interessen Englands in Ostasien durch die japanischen Friedensbedingungen nicht hinreichend verletzt würden, um eine Intervention zu rechtfertigen, die sich voraussichtlich nur mit Gewalt würde durchführen lassen“. Die Beteiligung an der von Rußland angeregten Vorstellung war damit abgelehnt [20]).

[20]) Hatzfeldt 8. April. Große Politik 9, 266.

Dagegen erklärte sich die deutsche Regierung noch am 8. April nach eingeholter ausdrücklicher Zustimmung des Kaisers bereit, ihren Vertreter in Tokio zu beauftragen, daß er gemeinsam mit dem russischen Gesandten die gewünschte Erklärung abgeben solle. Der Kaiser hat dazu geschrieben „eventuell auch ohne England“ [21]). Damit schickten wir uns endgültig an, zusammen mit Rußland dem siegreichen Japan in den Arm zu fallen.

[21]) Anweisung an Tschirschky 8. April mit Randbemerkungen des Kaisers.
Große Politik 9, 205.

Wir kennen die Motive, die unsere Staatsmänner bewogen, Japans Forderungen zu mißbilligen. Auch der Kaiser, der noch am 2. April zu den vorgelegten japanischen Bedingungen bemerkt hatte: „Sie sind nicht übertrieben“, war schnell umgestimmt worden, als man das Schreckbild der „Gelben Gefahr“ vor ihm erscheinen ließ. Es nahm in seiner lebhaften Phantasie schnell ebenso grandiose wie groteske Züge an. Er erblickte jetzt in den ostasiatischen Kämpfen das Vorspiel zu dem großen Ringen der

weißen und der gelben Rasse, zwischen Christentum und Buddhismus; er sah schon gelbe Armeen und Panzerflotten, stärker als alle europäischen zusammen, sich in Bewegung setzen um unser altes Europa zu überrennen und zu unterwerfen. Darum war auch er jetzt der Meinung, daß man die Japaner nicht so mächtig werden lassen dürfe. Man müsse, sagte er, Rußland helfen, wenn es ihnen entgegentrete. „Rußland wird, wenn offen von uns unterstützt, auch unseren Wünschen gerecht werden, England selbst im günstigsten Falle nur uns auszunutzen suchen und uns im richtigen Augenblick sitzen lassen [22]).“

[22]) Aufzeichnungen des Kaisers 6. April. Bemerkung des Kaisers zu einem Bericht aus Wien 7. April. Große Politik 9, 351. Aufzeichnung des Reichskanzlers über seinen Vortrag 8. April. Die beiden anderen Stücke fehlen in der Publikation.

Der entscheidende Entschluß war schon gefaßt, als Herr von Brandt, früher deutscher Gesandter in Peking, in Berlin eintraf. Man hatte ihn auf Hatzfeldts Anregung von seinem Ruhesitz in Wiesbaden als besonders guten Kenner der ostasiatischen Dinge herbeigeholt. In mehreren Denkschriften und in einer Audienz beim Kaiser (9. April) entwickelte er seine Ideen. Auch er malte die gelbe Gefahr in starken Farben, erinnerte an die Türken- und Mongolenzüge früherer Jahrhunderte und empfahl ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen Mächte ohne Rücksicht auf Sondervorteile. Auch warnte er vor der Organisation der ostasiatischen Industrie durch die Japaner; die Konkurrenz ihrer Produkte werde sich bald in den europäischen Industriezentren fühlbar machen. Als unmittelbare Gefahr erschien ihm die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Japan und England zur gemeinsamen Beherrschung und Ausbeutung Ostasiens. Auch er sah in Rußland die stärkste Schutzwehr gegen das Mongolentum, man müsse ihm den Bau einer Eisenbahn durch die Mandschurei erleichtern. Sobald die japanische Flotte zerstört sei, werde Japan ungefährlich für das Festland sein. Rette man China vor Verlüsten, so werde es auch zur Abtretung oder pachtweisen Überlassung einer Flotten- und Kohlenstation zu gewinnen sein [23]).

[23]) Hatzfeldt 3. April. Denkschriften v. Brandts 8. und 9. April. Große Politik 9, 205 u. 267. Aufzeichnung desselben über seine Audienz beim Kaiser 9. April.

Durch diese Ausführungen wurde der Kaiser in seinen Anschauungen bestärkt. Er und der Reichskanzler waren sich bewußt, daß man unter Umständen auch zur Anwendung

gewaltsamer Mittel gegen Japan bereit sein müsse, wenn es sich etwa „auf die Hinterbeine setze“. Ernstlichen Widerstand befürchtete man allerdings nicht. „Wenn viel zu riskieren gewesen wäre, meinte Herr von Marschall, würden wir uns die Sache mehr überlegt haben.“ [24])

[24]) An Hatzfeldt 12. April. Fehlt in der Publikation.

Man hatte anfangs in Berlin noch gehofft, daß auch England mittun werde, und war überrascht von dessen Weigerung. Aber trotz aller dringenden Vorstellungen des russischen, deutschen und französischen Botschafters blieb Lord Kimberley nach kurzem Schwanken bei der Erklärung, der gefaßte Beschluß sei unabänderlich; jedoch werde England den anderen Mächten auch nicht entgegenwirken [25]).

[25]) Hatzfeldt 9., 10., 13., 20., 22. April. Einiges daraus Große Politik 9, 268 u. 272.

Besonders peinlich empfand man Englands Abschwenken in Paris. Man konnte sich der Teilnahme an dem von Rußland gewünschten Vorgehen nicht gut entziehen, ohne den Wert des mühsam zustandegebrachten Bündnisses in Frage zu stellen. Ging man aber mit, so konnte man gezwungen werden, Schulter an Schulter mit dem verhaßten Deutschland in Ostafrika zu kämpfen, noch dazu in demselben Jahre, wo Deutschland sich anschickte, die 25. Wiederkehr der Siegestage von 1870 zu feiern. In der Tat eine recht fatale Situation! Aber man durfte Rußland auf keinen Fall im Stiche lassen, und mußte daher auch mit Deutschland zusammengehen [26]).

[26]) Graf Münster 11. und 30. April. Erlaß an Hatzfeldt 12. April. Rundschreiben Marschalls 22. April. Vgl. Gr. Politik 9, 404. Vgl. die Be richte Herbettes v. 17. u. 29. April im Rapport 260.

Ob es zu einem gemeinsamen Schritt der drei übrigen Mächte kommen werde, war zunächst noch zweifelhaft. China wurde von Deutschland sofort von dem geplanten Vorgehen unterrichtet, wahrscheinlich, um es wohlwollend für etwaige Kompensationsforderungen zu stimmen. Es lehnte die Annahme der japanischen Bedingungen ab. Japan, das natürlich ebenfalls durch England wußte, was sich vorbereitete, ermäßigte seine Geldforderung und ließ den Anspruch auf die nördlich an die Halbinsel Liaotung grenzenden Teile der Mandschurei fallen, verlangte aber kategorisch die Annahme der so gemilderten Bedingungen binnen drei Tagen. China zögerte — da aber das

erhoffte Einschreiten der Mächte innerhalb dieser Frist nicht erfolgte und alle Mittel zur Fortsetzung des Kampfes fehlten, unterzeichnete Lihungtschang am 17. April den Friedensvertrag von Schimonoseki.

Am gleichen Tage ließ Fürst Lobanow den deutschen Geschäftsträger zu sich bitten und sagte ihm, Rußland sei nunmehr entschlossen, an Japan das freundschaftliche Ersuchen zu richten, es möge von einer dauernden Besitzergreifung asiatischen Festlandes absehen. Er rechne dabei auf Deutschlands und Frankreichs Unterstützung. Sollte Japan ablehnen, so seien kriegerische Maßnahmen ins Auge gefaßt, und zwar zunächst Abschneidung des Seeverkehrs zwischen den japanischen Inseln und dem Festlande. Von Berlin erfolgte umgehend die Antwort, der deutsche Gesandte in Tokio sei mit entsprechender Anweisung versehen worden. Der deutsche Admiral in den chinesischen Gewässern erhielt Befehl, mit dem russischen zusammenzuwirken. Auch England wurde nochmals zur Mitwirkung auf gefordert; Lord Kimberley erklärte jedoch, man halte den Rat an Japan für aussichtslos, wenn man ihm nicht durch kriegerische Maßregeln Nachdruck gebe; darauf aber könne sich England unter keinen Umständen einlassen [27]).

[27]) Tschirschky 17. April. Große Politik 9, 269. Erlaß an Tschirschky 17. April. Telegramm des Kaisers an den Zaren 17. April. Hatzfeldt 20.—23. April. Große Politik 9, 272—274. Tschirschky, 21. April.

Die Anweisung an Herrn von Gutschmid, Deutschlands Gesandten in Tokio, befahl ihm, falls die Vertreter Rußlands und Frankreichs die in Aussicht genommene Erklärung abgäben, sich in gleichem Sinne zu äußern. Zu seiner Orientierung wurde ihm mitgeteilt, daß die übertriebenen Forderungen Japans europäische, auch deutsche Interessen verletzten, „wenn schon letztere in geringerem Maße. Wir sind daher jetzt veranlaßt, mit zu protestieren und werden, falls erforderlich, auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen. Japan muß nachgeben, da Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos“. Sollte Japan eine Konferenz als die einzige nicht demütigende Form der Nachgiebigkeit ansehen, so hatte der Gesandte dies sofort telegraphisch zu melden, ein Zeichen für ihn, daß die kaiserliche Regierung jede überflüssige Demütigung Japans zu vermeiden wünschte [28]).

[28]) Zwei Telegramme an Gutschmid 17. April. Große Politik 9, 270.

Das Eintreffen der Instruktionen für den französischen Gesandten in Tokio verzögerte sich bis zum 23. April, ein neuer Beweis für das Widerstreben, mit dem man in Paris auf die Sache einging. Schon bei den Vorbesprechungen der drei Botschafter über die Ausführung ihres Auftrages, erwies sich Herr von Gutschmid, der kein Freund der Japaner war, als Vertreter der schärfsten Tonart. Zwar lehnte er es ab, als Doyen des diplomatischen Korps zuerst zu sprechen; die Reihenfolge müsse sich nach dem Maße der Interessen richten, also Rußland, Frankreich, Deutschland sein. Aber, während der russische und französische Gesandte betonten, daß ihnen ein möglichst höfliche und schonende Form der Mitteilung vorgeschrieben sei, erklärte Herr von Gutschmid, er sei anderer Ansicht und werde sich genau nach seinen Instruktionen richten. Einen unmittelbaren Erfolg versprachen sich die Gesandten alle drei vor ihrem Schritte nicht.

Am 23. April nachmittags erfolgte der Schritt der drei Mächte. Die Gesandten ließen sich nacheinander beim Vizeminister Baron Hayaschi, der den abwesenden Vicomte Mutsu vertrat, melden. Der russische und französische Botschafter erteilten ihren Rat in verbindlicher, wenn auch bestimmter Form, ohne direkt zu drohen. Herr v. Gutschmid gab zunächst eine Erklärung gleichen Inhalts ab, fügte aber amtlich als Erläuterung wortgetreu die ihm zu seiner Information mitgeteilten Gesichtspunkte der deutschen Regierung hinzu, einschließlich der Drohung mit dem „erforderlichen Nachdruck“ und der Konstatierung, daß Japan nachgeben könne, da der Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos sei. Er übergab sogar dem japanischen Minister auf dessen Wunsch den Wortlaut seiner Rede schriftlich. Den die Konferenz betreffenden Wink, der Japan einen Weg zu ehrenvollem Rückzug andeuten sollte, ließ er fort, und übermittelte ihn nachträglich gesondert. Offenbar wollte er die drastische Wirkung seines Auftretens in keiner Weise abschwächen. Sehr befriedigt fügte er seiner telegraphischen Meldung den Schlußsatz bei: „Meine Sprache machte augenscheinlich Eindruck“. Auf die Frage des Ministers, ob die Mächte auch gegen eine zeitweilige Besetzung festländischer Gebiete bis nach Bezahlung der Kriegskosten Einwendungen erhöben, antworteten die Gesandten ausweichend.

Hayaschi sah in der deutschen Erklärung eine schwere Beleidigung Japans, und ließ sich nur scheinbar durch erklärende Worte des Dolmetschers und einige wohlgemeinte Phrasen des Gesandten, daß alles nur gut gemeint sei, um Japan den Ernst der Situation zu zeigen, etwas beruhigen [29]).

[29]) Berichte Gutschmids 19., 22., 23., 24., 26. April (die am 26. Mai in Berlin ein trafen). Große Politik 9, 274—280. Die Telegramme geben kein vollständiges Bild. Zur Kritik seines Vorgehens Marschalls Rundschreiben vom 4. Juni. Große Politik 9, 278 Anm. so) Marschall an Kiderlen (Gesandten im kaiserlichen Gefolge) 24. April. Große Politik 9, 279.

Unzweifelhaft hat in diesem Falle der Übereifer und die Voreingenommenheit eines ausführenden Beamten das deutsche Reich schwer geschädigt. Den Wünschen Marschalls hätte es mehr entsprochen, wenn unser Vertreter sich möglichst im Hintergrund gehalten hätte. Er wollte sich nicht intoleranter als Rußland und Frankreich zeigen, da man nicht wissen könne, ob nicht später einmal ein Zusammengehen mit Japan wünschenswert sein werde30). Indem Herr v. Gutschmid eine schärfere Tonart anschlug wie die übrigen Gesandten, indem er allein das Wort „Krieg“ in den Mund nahm, reizte er das Selbstgefühl der Japaner aufs schwerste. Obwohl Hayaschi und die übrigen japanischen Staatsmänner mit orientalischer Selbstbeherrschung diese Gefühle nach dem ersten unwillkürlichen Ausbruch während der Audienz selbst, tief im Busen verschlossen und sich äußerlich auch weiterhin als Freunde Deutschlands zeigten, so bewahrten sie doch das Gefühl der ihnen zugefügten Demütigung tief im Inneren; gelegentlich machten sie ihm noch nach Jahren auch in Worten Luft Und ihr Verhalten beim Ausbruch des Weltkrieges geht zweifellos zu einem guten Teil auf Deutschlands Haltung zum Frieden von Schimonoseki zurück.

Man darf jedoch die persönliche Entgleisung des Gesandten, so bedauerlich sie war, in ihren Wirkungen nicht übertreiben. Auch wenn der Auftrag völlig korrekt und in rücksichtsvollster Form ausgeführt worden wäre, würde in Tokio eine starke Verstimmung gegen Deutschland zurückgeblieben sein. Man empfand das Eingreifen der Mächte an sich schon als eine schwere Verkümmerung der errungenen Erfolge. Hayaschi sagte, es sei das schwerwiegendste Ereignis in der neueren Geschichte Japans, den eben beendeten Krieg nicht ausgenommen. Man konnte es in Japan begreifen, daß Rußland als unmittelbarer Nachbar des chinesischen Reiches sich durch die Friedensbedingungen bedroht fühlte; man konnte es auch noch verstehen, daß Frankreich seinem Verbündeten sekundieren zu müssen glaubte; aber man vermochte nicht einzusehen, welches deutsche Interesse verletzt sei. Man hatte zu Deutschland stets in den besten Beziehungen gestanden; viele Japaner hatten dort studiert

oder im Heere gedient; deutsche Lehrmeister auf allen Gebieten hatten in Japan selbst gewirkt, deutsche Einrichtungen waren vielfach zum Muster genommen worden. Man hatte den deutschen Handel und die deutsche Industrie nie zu beeinträchtigen versucht. Woher also diese unbegreifliche Stellungnahme des deutschen Reiches gegen Japan an der Seite seiner heftigsten weltpolitischen Gegner? Deutschland hatte zwar schon Anfang März freundschaftlich vor den Einmischungsabsichten anderer gewarnt, aber mit keinem Worte angedeutet, daß es selbst an Japans Forderungen Anstoß nehme. Hayaschi sagte offen, man habe das nie erwarten können [31]). Auch die deutsche Regierung trug zur Verschärfung der Mißstimmung bei, indem sie nach Peking offenbar um Chinas Wohlwollen bei späteren Kompensationsverhandlungen zu gewinnen, mitteilen ließ, sie habe selbst in Petersburg die erste Anregung zu dem gemein samen Schritt der Mächte zugunsten des himmlischen Reiches gegeben [32]). Das war nicht einmal ganz richtig, da man zwar einen Meinungsaus tausch aber keine bestimmten Maßregeln vorgeschlagen hatte, jedenfalls aber unklug, da auf strenge Diskretion der Chinesen nicht zu rechnen, war. Wenn später immer wieder die Behauptung auftauchte, Deutschland sei bei dieser Aktion der schiebende und drängende Teil gewesen, so geht das offenbar auf diese Mitteilung, daneben allerdings auf entsprechende russische Verdächtigungen in Tokio zurück. Die Wahrheit ist, daß Deutschland im März nur einen Meinungsaustausch der Mächte angeregt, Anfang April aber durch seine Zusage, Rußlands Vorgehen unterstützen zu wollen, der Regierung des Zaren das Einschreiten sehr erleichtert hat. Ob Rußland, ohne der deutschen Unterstützung gewiß zu sein, allein mit Frankreich den Schritt unternommen haben würde, mag zweifelhaft erscheinen. Deutschland hatte zwar anfangs noch auf ein gemeinsames Vorgehen aller Mächte gerechnet, war aber sofort entschlossen, auch wenn England seine Mitwirkung versage, an Rußlands Seite zu bleiben. Hierfür war außer den uns bereits bekannten Motiven auch der Wunsch bestimmend, auf jeden Fall zu verhindern, daß Rußland und Frankreich zusammen einen Erfolg davontrügen, der den Zweibund kräftigen, eine Feuertaufe für ihn werden könne [33]). Der Kaiser wollte dem Zaren zeigen, daß er von ihm in Ostasien bessere Unterstützung zu erwarten habe als von dem bis zuletzt zögernden französischen Bundes genossen. Vielleicht erhoffte er auch von der Vermittlung Rußlands die Herstellung eines besseren Verhältnisses zu Frankreich, das er schon lange erstrebte.

[31]) Gutschmid 7. Mai.

[32]) Aufzeichnung Marschalls 8. April; Anweisung an den Gesandten in Peking 19. April.

[33]) Denkschrift v. Brandts 9. April. Ähnlich äußerte sich in Petersburg Witte, Tschirschky 28. April. Vgl. ferner Holsteins Privatbrief an Hatzfeldt 28. April. Dieser wichtige Brief fehlt ebenfalls in der „Großen Politik“. Holstein äußerte sich hier dahin, (im Anschluß an ein Telegramm Hatzfeldts vom 27. April), daß man mit Japan wieder Fühlung zu gewinnen suchen müsse und ihm daher das Vorgehen Deutschlands als im eigenen Interesse der Japaner erfolgt darstellen müsse; Japan müsse nachgeben, denn beim ersten europäischen Kanonenschuß werde es alles verlieren. Er sagt dann: „Die Gelegenheitsgruppe Rußland-Deutschland-Frankreich würde durch erfolgreiche Waffenbrüderschaft — wie die französischen Chauvinisten jetzt schon vorhersagen — einen dauernden Charakter bekommen. Das muß die englische Regierung in den nächsten paar Tagen' erwägen, während die Entscheidung noch von ihr abhängt.“ Er glaubte nämlich, daß Japans Entschluß wesentlich durch Englands Ratschläge bestimmt werden würde. Übrigens hatte er selbst Bedenken, ob nicht ein dauernder Anschluß an Rußland und Frankreich den Dreibund schwächen werde, und wünschte daher, daß ein gemeinsamer Kampf in Ostasien vermieden werde.

Daneben tauchte ein letztes Ziel empor, anfangs in unbestimmten Umrissen, später in klarer und fester Form. Am 9. April äußerte der Kaiser zu Herrn v. Brandt, die Festlegung Rußlands in Ostasien könne vielleicht eine Entlastung unserer Ostgrenze herbeiführen. Immer klarer wurde es ihm in den nächsten Wochen, daß die vom Zaren in Ostasien begonnene Politik über kurz oder lang zu einem schweren Kriege mit Japan führen werde. War es nicht klug, Rußland in dieser Richtung zu bestärken, damit es von den Fragen des nahen Orients abgelenkt werde und ein lebhaftes Interesse daran gewinne, daß auch Frankreich sich ruhig halte? Immer eindringlicher stellte der Kaiser dem Zaren vor, daß seine ihm vom Schicksal gestellte Aufgabe der Schutz Europas gegen die gelbe Rasse sei. In seinem Briefe vom 26. April versprach er ihm den Rücken zu decken, damit niemand seine Aktion im fernen Osten beeinträchtigen könne [34]). Später schickte er ihm das bekannte Bild, das Knackfuß auf seine Veranlassung gemalt hatte. Hier waren die europäischen Nationen symbolisch dargestellt, wie sie gewaffnet dem Ansturm der unter Buddhas Führung heranbrausenden Asiaten entgegensehen. Der Kaiser hatte als Motto hinzugestzt: „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter.“ Als ihm berichtet wurde, der Zar habe sich beifällig darüber geäußert und das Bild sorgfältig einrahmen lassen, meinte er befriedigt: „Also es wirkt,

das ist sehr erfreulich [35]).“ Gewiß gönnte er auch innerlich in dem künftigen Kriege mit Japan den Russen den Sieg; aber er hoffte doch, daß dieser Kampf ihre gesamten Kräfte recht lange festhalten möge. Am deutlichsten erhellt das aus den Grundlinien für unsere Gesamtpolitik, die der Kaiser Ende Juli 1895 skizziert hat. „Man muß suchen, heißt es da, Rußland in Ostasien festzunageln, damit es sich weniger mit Europa und dem europäischen Oriente beschäftige.“ Es müßte, meinte er, als Vorkämpfer des Kreuzes, als Hort der Zivilisation im Osten „vorgeschoben“ werden. Auch hier wurde gesagt, daß Deutschland ihm den Rücken nach Europa hin decken werde, aber nun „gegen entsprechende Zugeständnisse“. Als solche erschienen dem Kaiser Verminderung der russischen Truppen an der deutschen Grenze und Zustimmung zum Erwerb eines ostasiatischen Hafens, sobald Rußland selbst sein Gebiet dort erweitere [36]).

[34]) Gedruckt bei Götz, S. 10 f. Wortlaut und Inhalt des Briefes blieben dem Auswärtigen Amt zunächst unbekannt, s. Kiderlen an Hohenlohe 28. April. Große Politik 9, 351 Anm.

[35]) Bemerkung zu Radolins Bericht vom 13. Oktober 1895. Vgl. auch den Bericht des Obersten v. Moltke, der die Zeichnung überbrachte in der Aufzeichnung des Grafen Eulenburg v. Okt. 1896. Große Politik g, 365.

[36]) Aufzeichnung des Freiherrn v. Botenhan über eine Unterredung mit dem Kaiser 30. Juli. Große Politik g, 358; vgl. 282.

Die eigentümliche Mischung von Gefühlspolitik und Berechnung die hier hervortritt, werden wir auch sonst in den Handlungen des Kaisers häufiger finden.

Wir sind mit diesen Betrachtungen den Ereignissen etwas vorausgeeilt.

Japan zögerte eine Zeit lang mit der Antwort und versuchte vergeblich vom Zaren direkt den Verzicht auf seine Forderung zu erlangen. Herr v. Gutschmid drängt in seinem Eifer auf eine schnelle Beantwortung, obwohl der russische Gesandte wegen mangelnder Instruktion die Teilnahme an diesem Schritt ablehnte (27. April). Er verstärkte dadurch natürlich den Zorn der Japaner gegen Deutschland; es nützte nichts mehr, daß er hinterher von Marschall scharf dafür getadelt wurde [37]). Dann bot Japan am 1. Mai an, sich mit der Südspitze von Liaotung, auf der Port Arthur

lag, und einer Erhöhung der Geldentschädigung zu begnügen. In Petersburg und Berlin fand man dies Zugeständnis nicht genügend. Rußland schlug bereits ein befristetes Ultimatum vor, als Japan am 5. Mai den vollen Verzicht auf ostasiatischen Festlandbesitz gegen eine Geldabfindung zugestand. Jedoch müsse der Kaiser von China vorher den Frieden von Schimonoseki bedingungslos ratifizieren. Auf Deutschlands dringen den Rat unterzeichnete der chinesische Kaiser am 8. Mai den Vertrag und wandte sich alsdann mit der Bitte um nachträgliche Änderung der Bedingungen nach Tokio [38]).

[37]) Telegramm Marschalls an Gutschmid 27. April. Große Politik g, 281.

[38]) Aufzeichnung über eine Mitteilung Aokis i. Mai. Radolin 3. Mai. Marschall an den Kaiser 5. Mai. Große Politik 9, 282—286. Anweisungen nach Petersburg 5. und 6. Mai.

In Petersburg atmete man förmlich auf, als die Sache so glatt Verlief. Man hatte einem Kriege, wie wir wissen, nicht ohne Sorge entgegengesehen. Fürst Lobanow sprach dem deutschen Botschafter in fast überschwenglicher Form den Dank Rußlands aus. Dieser große Erfolg sei das erste wichtige Ereignis in der Regierung Nikolaus IL; Deutschland habe ihn erringen helfen und sich ein großes Verdienst um die Erhaltung des Weltfriedens erworben [39]). Schon vorher hatte er die deutsche Regierung wissen lassen, solange Kaiser Wilhelm seine bisherige Politik fortsetze, garantiere Rußland den Frieden an Deutschlands Grenze [40]). Auch der Zar selbst dankte dem Kaiser und versprach ihm seine Unterstützung, wenn er in Ostasien einen Stützpunkt zu erwerben wünsche. Ausdrücklich wiederholte er diese Versicherung dem Reichskanzler, als dieser ihn im September in Petersburg auf suchte [41]).

[39]) Radolin 6. Mai. (Fehlt in der Publikation.)

[40]) Bericht Eulenburgs v. 7. April 1896. Große Politik 9, 348.

[41]) Die Antwort des Zaren auf den Brief des Kaisers vom 26. April findet sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amtes. Über seinen Inhalt schrieb der Kaiser am 31. August an Hohenlohe: „Du weißt ja, daß ich bereits im voraus vom Zaren schon in diesem Frühjahr seine schriftliche Zustimmung zur Besetzung eines chinesischen Platzes mir versichert habe.“ Große Politik 14, 11. Und Hohenlohe an den Kaiser aus Petersburg am 12. September, der Zar habe ihm gesagt: „Er habe E. M. in diesem Frühjahr schon geschrieben, er werde durchaus nichts dagegen einzuwenden haben, wenn E. M. in Ostasien eine territoriale

Erwerbung machten. Der Vorbedingung, daß auch Rußland etwas erwerbe, geschah keine Erwähnung.“ (Der letztere Brief Große Politik 9, 360.) Vgl. auch Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 521.

Aber bald verflog diese dankbare Stimmung. In den folgenden langwierigen Verhandlungen über die Abänderung des Friedensvertrages versuchten die Russen einem Wunsche Frankreichs folgend, den Japanern noch den Verzicht auf die Fischerinseln aufzunötigen, dann wenigstens die Höhe der Geldentschädigung möglichst herabzudrücken und die Räumungsfristen zu verkürzen, sowie allerlei Einschränkungen der japanischen Gebietshoheit auf den abgetretenen Inseln durchzusetzen. Deutschland, das die Japaner nicht noch mehr gegen sich erbittern wollte, weigerte sich, diese neuen Forderungen zu unterstützen, mußte aber wenigstens in der Geldfrage schließlich nachgeben. Es kam darüber zu recht lebhaften Auseinandersetzungen. Einen bitteren Nebengeschmack erhielten sie dadurch, daß Rußland auf Frankreichs Verlangen die deutschen Banken von der großen Anleihe ausschloß, die man den Chinesen zur Bezahlung ihrer Kriegsschuld vermittelte [42]). Fürst Lobanow verlangte in äußerst hochmütigem Tone unbedingte Gefolgschaft von Deutschland in ostasiatischen Fragen; hoffentlich, sagte er, lege man in Berlin mehr Wert auf Rußlands als auf Japans Freundschaft [43]). Am liebsten hätten die Leiter der deutschen Politik sich jetzt ganz von der Sache zurückgezogen; aber sollte man es Frankreich überlassen, nun doch als einziger Helfer Rußlands dazustehen und mit diesem zusammen die Früchte des gemeinsam begonnenen Unternehmens einzuheimsen? So hielt man weiter aus. Schließlich kam eine Abmachung zwischen Japan und den drei intervenierenden Mächten zustande, wonach es sich verpflichtete, die erworbenen Inseln an keine andere Macht abzutreten, den freien Handel im Gelben Meer in keiner Weise zu belästigen, für den Verzicht auf Liaotung eine Entschädigung von 30 Millionen Taels (anstatt der zuerst geforderten 50) anzunehmen, und alle besetzten Gebiete bis Ende des Jahres zu räumen. Dann konnte am 8. November der Vertrag mit China, der die Rückgabe von Liaotung regelte, abgeschlossen werden. Die Japaner räumten programmgemäß die besetzten Festlandsgebiete und der erste ostasiatische Krieg war beendet [44]).

[42]) Erlasse an Gutschmid 7. u. 12. Juni, an Radolin 6. Juli. Große Politik 9, 301, 303, 305.

[43]) Radolin 9. August u. 4. Sept. Große Politik 9, 3n.

[44]) Die wichtigsten Stücke aus diesem langwierigen S‘riftwechsel s. jetzt Große Politik 9, 286—328.

Es bleibt die Frage übrig, welchen Einfluß diese Vorgänge auf Deutschlands allgemeine politische Stellung gehabt haben? Wir hatten Rußland zu seinem Vorgehen ermutigt, es dann dabei unterstützt und dafür die vage Aussicht auf einen ostasiatischen Flottenstützpunkt eingeheimst. Wir hatten dazu beigetragen, Rußland auf längere Zeit in Ostasien festzulegen, aber sein Bündnis mit Frankreich hatten wir nicht zu lockern vermocht. Wir hatten uns Japan zum Feinde gemacht, worüber wir uns allerdings vollständig täuschten [45]). Nur Graf Hatzfeldt warnte mehrmals dringend, wir möchten nicht den ganzen Haß der Japaner auf uns laden, ohne daß wir von Petersburg auf wirklichen Dank zu rechnen hätten. „Die Erfahrung habe bewiesen,“ meinte er, „daß Rußland unsere Hilfe gern annimmt und ausnützt, uns aber keinen Dank weiß, wenn wir nicht in allem seiner Meinung sind und die vollste Nachgiebigkeit zeigen.“ Ihm gefiel die ganze ostasiatische Politik Marschalls und Holsteins überhaupt nicht [46]). Wir hatten uns außerdem England, dessen Isolierung wir durch unseren schnellen und bedingungslosen Anschluß an die russische Politik mit herbeigeführt hatten, noch weiter entfremdet, ja uns bereits vorgenommen, ihm feindlich entgegenzutreten, wenn es Rußlands Kreise störe. Wir hatten bei den übrigen Dreibundmächten, die auf ein gutes Verhältnis zu England hohen Wert legten, starke Bedenken gegen unsere russenfreundliche Politik erweckt [47]). Wir hatten mit Rußland und Frankreich eine Entente für Ostasien geschlossen, und waren, wie wir während der Verhandlungen des Sommers fortwährend zu fühlen bekamen, beständig der Gefahr ausgesetzt, von diesen beiden Mächten majorisiert zu werden. Der gelegentlich auftauchende Gedanke, daß diese „Gelegenheitsgruppe“ vielleicht einen dauernden Charakter annehmen könne [48]), hatte sich sehr bald als unerfüllbarer Traum erwiesen. Schon im Oktober meinte Herr v. Marschall, da Englands unklare Politik eine Annäherung an diese Macht nicht gestatte, müßten wir uns wenigstens vollständig freie Hand vorbehalten, um nicht in Abhängigkeit vom Zweibund zu geraten [49]). Wir hatten uns aber, und das war das Schlimmste — tatsächlich viel stärker an die russische Politik gekettet, als dies vom Kaiser oder einem seiner Ratgeber im Grunde beabsichtigt wurde.

[45]) Vgl. besonders Marschalls zusammenfassende Denkschrift vom 9. Dezember 1895, die jedoch über die wahren Motive der deutschen Politik nur sehr ungenügenden Aufschluß gibt. Sie ist in der „Großen

Politik“ nicht abgedruckt. Marschall meint darin, das traditionelle freundschaftliche Verhältnis zu Japan habe sich nicht verschlechtert. „Wir glauben vielmehr Grund zu der Annahme zu haben, daß die erleuchteten Staatsmänner dieses Landes sich der Einsicht nicht verschließen, wie gerade Deutschlands Beteiligung an der doch unvermeidlichen Intervention auch für die japanischen Interessen nur heilsam gewesen ist.“ (Wie sehr er sich darin täuschte, zeigt der Große Politik 9, 330 abgedruckte Bericht des damaligen deutschen Botschafters in Tokio vom 13. Juni 1907 über seine Unterredung mit Hayashi.) — Im übrigen war Marschall mit dem Erfolge im Fernen Osten sehr zufrieden. „Wie auch immer“, sagt er in obiger Denkschrift, „sich die Verhältnisse in Ostasien gestalten mögen, politische Veränderungen werden dort nicht mehr vor sich gehen können, ohne daß Deutschland ein gewichtiges Wort mitspricht.“

[46]) Er wünschte, daß wir „die entfernte Möglichkeit einer Erwerbung der Erhaltung des allgemeinen Friedens unterordnen0 möchten, 7. April. Ferner bes. 25. April, 2. Mai und 18. Juni (letzterer Bericht Große Politik 9, 353).

[47]) Lichnowsky 19. April; Graf Münster 2. Mai.

[48]) Holstein an Hatzfeldt 28. April. S. Anm. 33.

[49]) Marschall an Hatzfeldt 27. Oktober.

Wir hatten uns Rußland gegenüber moralisch gebunden zur Unterstützung seiner ostasiatischen Politik, und glaubten damit in kluger Weise unserer und des Weltfriedens Sache zu dienen. Wenn wir mit Rußland gut stehen, das war der Grundgedanke, und haben es in Ostasien festgelegt, dann haben weder wir einen Revanchekrieg Frankreichs, noch unser Bundesgenosse an der Donau einen Zusammenstoß auf dem Balkan zu fürchten. Dem Elsaß und dem Balkan, den beiden europäischen Brandherden, sollte der Zündstoff entzogen werden, indem man ihn im fernen Osten anhäufte.

Aber auf welchen Voraussetzungen beruhte diese Politik? Zunächst darauf, daß Zar Nikolaus II. alleiniger Herr der russischen Politik bleibe und sie mit konsequenter Festigkeit in der nunmehr eingeschlagenen Richtung lenke. Auf seine persönliche Friedensliebe und Deutschfreundlichkeit, auf sein starkes Interesse an den ostasiatischen Fragen war alles eingestellt. Auf eine einzelne Persönlichkeit, deren Bestimmbarkeit und Schwäche schon damals kein Geheimnis war. Wir waren damit zugleich gekettet an die Erhaltung seiner

alleinigen Gewalt, d. h. des autokratischen Systems in Rußland. Denn jeder Verminderung der persönlichen Autorität des Zaren konnte dort eine anders gerichtete Politik zur Herrschaft bringen.

Ferner aber beruhte diese Rechnung auf der Voraussetzung, daß Rußland in Ostasien dauernd erfolgreich sein werde. Brach seine Ausdehnungspolitik dort zusammen, so mußte der Rückschlag nach der europäischen Seite hin unbedingt kommen; dann war ferner zu erwarten, daß man in Rußland die Verantwortung für das Fehlschlägen einer Politik, zu der man von Berlin aus geraten und gedrängt hätte, auf Deutschland schieben und uns mit vermehrter Feindseligkeit betrachten werde.

Endlich hatte man sich die Möglichkeit einer Verständigung mit England, deren wir in so vielen Fragen immer dringend bedurften, versperrt oder doch sehr erschwert, solange man ehrlich an der jetzt eingeschlagenen Richtung festhielt.

Wir hatten alles auf eine Karte gesetzt, die wir nicht einmal selbst in der Hand hatten.

Mag nun diese Politik vom Kaiser persönlich ausgegangen sein, mag sie ihm von Herrn v. Holstein via Marschall suggeriert worden sein — jedenfalls hat er sich ganz persönlich mit ihr identifiziert und sie seit dem Sommer 1895 als seine Politik betrachtet. Und die damals festgelegten Richtlinien sind festgehalten worden, bis die Niederlagen Rußlands in Ostasien im Jahre 190 5 das ganze Gebäude umwarfen. Darum sind die Ereignisse dieses Frühjahrs von so hoher Bedeutung gewesen. Hier wurde bereits der Knoten unseres Schicksals geschürzt.

4. Zwischen England und Rußland

Deutschland hatte sich in Ostasien mit Rußland und Frankreich zusammengetan, ohne ein dauerndes Einvernehmen zu erzielen; es war dort und in Afrika in einen gewissen Gegensatz zu England geraten, ohne daß eine direkte Feindschaft daraus entstanden wäre. So stand das Deutsche Reich noch immer in der Mitte zwischen den beiden Mächtegruppen, an keine ganz gebunden, mit keiner ganz einig, mit keiner in unmittelbar gefahrdrohender Feindschaft, mit scheinbar völliger Handlungsfreiheit. Als der Kaiser im Juli 1895 das Programm seiner ostasiatischen Politik festlegte, sagte er befriedigt: „Wenn England uns brauche, werde es schon selbst kommen. Wir könnten dann unsere Unterstützung von Konzessionen (Zansibar usw.) abhängig machen. Überhaupt sei Deutschland jetzt in der glücklichen Lage, ruhig zuschauen und abwarten zu können, da niemand in Europa etwas erreichen könne ohne unsere Mithilfe [1]).“

1) Aufzeichnung Rotenhans v. 31. Juli 1896. Große Politik 9, 358.

England war damals völlig isoliert. Das liberale Ministerium wurde wegen seiner erfolglosen auswärtigen Politik scharf angegriffen und geriet, da innere Schwierigkeiten hinzukamen, immer stärker ins Wanken. Die öffentliche Meinung war auch mit der Orientpolitik des Ministeriums unzufrieden, die gerade den eigenen Parteigenossen Roseberys als zu türkenfreundlich erschien. Die Mißstimmung wuchs, als im Herbst 1894 Nachrichten von neuen türkischen Greueltaten gegen die nur widerwillig die Sultansherrschaft ertragenden christlichen Armenier kamen. Die englischen Liberalen hatten stets größere Sympathien für die christlichen Völker des ottomanischen Reiches als für die Türken gehabt und nahmen auch jetzt meist für die Armenier Partei. Allgemeine humanitäre Gesichtspunkte, die in England immer Anklang finden, kamen hinzu. Rosebery sah sich dazu gedrängt, weitgehende Reformen von der Pforte zu verlangen, wurde aber von den übrigen Mächten nur lau unterstützt, da niemand die Orientfragen gern ins Rollen bringen wollte. Auch Rosebery selbst war es nicht ganz wohl dabei zumute; aber er wollte auch nicht gern seinen schwachen Anhang weiter vermindern. Durch eine Flottendemonstration vor Beirut nötigte er schließlich den Sultan zur prinzipiellen Annahme der

Reformvorschläge vorbehaltlich weiterer Beratungen im einzelnen (i£. Juni 1895).

Aber dieser Scheinerfolg konnte das wankende Kabinett nicht mehr retten. Nach einer parlamentarischen Niederlage trat Rosebery zurück (28. Juni). Der alte Führer der Konservativen, Lord Salisbury, übernahm das Präsidium des neuen Kabinetts und das Auswärtige, Josef Chamberlein die Kolonien.

Die neue Regierung fand die armenische Frage als unangenehme Erbschaft vor. Die Konservativen waren im allgemeinen für die Erhaltung der Türkei als eines Bollwerks gegen Rußland; sie setzten der Verschleppungstaktik des Sultans nur schwachen Widerstand entgegen, konnten aber nicht ganz zurückweichen, weil die Liberalen dann diese das religiöse und humanitäre Gefühl weiter Kreise in England berührende Frage fortwährend als Agitationsstoff gegen sie benutzt haben würden.

Salisbury war persönlich nie sehr stark für die unbedingte Erhaltung der Türkei gewesen. Namentlich seit der letzten Orientkrise, aus der sie so geschwächt hervorgegangen war, schien es ihm zweifelhaft, ob es für England noch Wert habe, sie künstlich zu konservieren. Da auch in Mazedonien wieder christliche Erhebungen gegen die Türken stattfanden, erwog er ernstlich, ob die gegenwärtige Lage im nahen Orient überhaupt auf die Dauer haltbar sein werde. Es schien ihm, als drohe der Türkei schließlich doch die völlige Auflösung. Er wünschte sie nicht, da er die Schwierigkeit der dann entstehenden Teilungsfrage natürlich in ihrer ganzen Größe erkannte. Aber er fürchtete, es könnten eines Tages überraschende Ereignisse eintreten und die Mächte unvorbereitet finden. Sollte es nicht möglich sein, schon jetzt für solche Fälle eine Verständigung unter den Mächten herbeizuführen, die ernste Konflikte ausschließe? Er machte dem Grafen Hatzfeldt Andeutungen in dieser Richtung [2]). Der Botschafter riet seiner Regierung zu äußerster Vorsicht und Zurückhaltung; vielleicht würden die Kompensationen auch im fernen Orient gesucht werden; wir müßten Ellbogenfreiheit behalten, solange uns nicht greifbare Vorteile vor einer der rivalisierenden Mächte angeboten würden.

[2]) Berichte Hatzfeldts v. 10., 23., 24., 26., 27. Juli. Große Politik 10, 40. ff.

Salisbury kam bald nachher auf diese Gedanken zurück, als Hatzfeldt ihn für die Unterstützung der italienischen

Unternehmungen am Roten Meer gegen Abessynien und das Mahdireich zu gewinnen suchte. Er sagte (30. Juli), das italienische Abenteuer halte er für verfehlt; er gönne Italien alles Gute, aber an anderer Stelle; komme es zu einer Verteilung der Anwartschaften auf das türkische Gebiet, so könnten Tripolis und Albanien für Italien reserviert werden. Er fügte noch hinzu, er würde seiner Zeit die von dem Zaren Nikolaus I. vorgeschlagene Teilung angenommen haben, also Ägypten für England, Saloniki für Österreich, Konstantinopel für Rußland. Auf Hatzfeldts sondierende Zwischenfragen gab er zu, daß es für England allerdings nicht ohne Bedenken sei, Konstantinopel und die Dardanellen zugleich in Rußlands Händen zu sehen.

Der Botschafter war sich der Tragweite dieser Mitteilungen sofort bewußt. War es dem englischen Minister mit diesen Plänen ernst, die einen völligen Frontwechsel der britischen Orientpolitik bedeutet hätten, so ergab sich die von Bismarck so lange gesuchte Möglichkeit, eine klare Abgrenzung der österreichischen und russischen Interessensphäre auf dem Balkan durchzuführen, und den Hauptgrund der russischen Verstimmung gegen Deutschland zu beseitigen. Der Wert des französischen Bündnisses für Rußland mußte dann sinken, die ganze Lage eine andere werden [3]). Der gefährlichste unter den europäischen Brandherden konnte vielleicht bis zum Boden gelöscht werden. Die Frage, was die Balkanvölker selbst zu solchen Plänen sagen würden, warf er nicht auf.

[3]) Zwei Berichte Hatzfeldts v. 30. Juli. Privatbrief an Holstein 31. Juli. Große Politik 10, 9—12.

In Berlin war man aber voller Bedenken [4]). Die Berührung der albanischen Frage sei für den Dreibund gefährlich; schon die bloße Besorgnis vor einem italienischen Albanien könnte Österreich auf die Gegenseite drängen. Vermutlich werde, wenn die Türkei auseinanderfalle, ein Kampf um die Erbschaft unter den Kontinentalmächten entbrennen, dem England als unbeteiligter Zuschauer gegenüberstehen wolle, um schließlich die Friedensbedingungen zu diktieren. Nehme, wie vorauszusehen, Frankreich an diesem Kriege teil und werde besiegt, so könne Italien eher Tunis erhalten und müsse auf Balkangebiete verzichten. Oder sollte Salisbury auch für Frankreich Konzessionen in Bereitschaft haben? Schon eine Sondierung in Wien werde beunruhigend wirken. Es sei doch wirklich besser, Italien am Roten Meer und in Nordafrika ein paar Vorteile zu gewähren, als so schwere Fragen aufzurühren. Für

Deutschland sei jedenfalls äußerste Zurückhaltung geboten, solange die Ziele der englischen Politik im Nebel blieben, zumal da dem Programm Salisburys gegenüber das Gefühl der Gegenseitigkeit fehle. Man warf also auch hier sofort die Frage auf, was bekommt Deutschland? Dem Reichskanzler gegenüber drückte Herr von Holstein seine Meinung dahin aus, daß England offenbar die Türkei zertrümmern wolle und deshalb die armenische Frage absichtlich nicht zur Ruhe kommen lasse, daß aber Deutschland und Österreich kein Interesse daran hätten, den Zusammenbruch des ottomanischen Reiches zu beschleunigen. Dies war wohl sicher ein Mißverständnis der Absichten Salisburys.

[4]) Anweisungen an Hatzfeldt 1. u. 2. August. Große Politik 10, 13—15. Tel. des Unterstaatssekretärs v. Rotenhan an Hohenlohe 3. August (a. a. O. 45, das Konzept ist von Holsteins Hand). Privattel. Holsteins, 1. August.

Da der Kaiser, von Herrn v. Kiderlen-Wächter als Vertreter des Auswärtigen Amtes begleitet, gerade auf dem Wege nach England war, hielt man es für nötig, ihn zu orientieren für den Fall, daß Lord Salisbury ihm selbst seine Pläne vortragen sollte. Er wurde gebeten, dem englischen Minister festen Widerspruch entgegenzusetzen, damit dieser sein „Balkanbrandprojekt“ fallen lasse. Deutschlands Interesse erfordere eine völlige Verständigung mit Österreich und Italien über die Erbschaftsanteile, bevor die Türkei umgebracht werde. Merkwürdigerweise hielt man es aber für Englands Aufgabe, diese Verständigung herbeizuführen, „denn nicht wir wollen der Türkei den Garaus machen, sondern Lord Salisbury wünscht es“. Offenbar wolle England Italien durch Verweigerung afrikanischer Unterstützung gegen den Balkan hetzen, um dort alles auf den Kopf zu stellen [5]).

[5]) Tel. Holsteins an Kiderlen 3. August. Große Politik 10, 19.

Herr v. Holstein war auch in dieser Frage die ausschlaggebende Persönlichkeit. An ihn berichtete Hatzfeldt in ausführlichen Privatbriefen; er entwarf die Gutachten, die als Grundlage der Anweisungen und Vorträge dienten. Sein leitender Gesichtspunkt war das Mißtrauen gegen England. Er sah auch in Salisburys Anregungen nur den Wunsch, Unfrieden zu stiften, uns von Rußland zu trennen, den Dreibund zu sprengen, überall Verwirrung zu stiften und während derselben im Trüben zu

fischen. Wenn England Frankreich nach Marokko und Rußland nach Konstantinopel lassen wolle, so sei dies nur erklärlich, wenn es als Folge davon einen allgemeinen Krieg erwarte, von dem es zu profitieren hoffe [6]). Mehrmals betonte Hatzfeld, daß der englische Plan eine angemessene Berücksichtigung der russischen und der österreichischen Interessen vorsehe, daß man auch Frankreich, etwa durch Überlassung Marokkos, völlig zufriedenzustellen hoffen könne. Andererseits werde eine Verweigerung jeder Diskussion dazu führen, daß man jeden Einfluß auf Englands weitere Entschlüsse verliere. Er wies darauf hin, wie wichtig es sei, so viele Konfliktstoffe aus der Welt zu schaffen und bat um Ermächtigung, in genauere Besprechungen eintreten, eventuell selbst bestimmte Gegenvorschläge machen zu dürfen. Daß England einen großen Krieg wünsche, oder dabei ohne eigenen Kräfteeinsatz viel gewinnen könne, glaubte er nicht, und warnte davor, uns auf Rußland zu verlassen, das uns auch nichts gönne und an Frankreich gebunden sei [7]).

[6]) Tel. Holsteins an Hatzfeldt 14. u. 15. August. Denkschrift Holsteins v. 16. August.

[7]) Tel. Hatzfeldts v. 3. u. 5. August. Große Politik 10, 16 u. 22. Vgl. s. Bericht v. 16. August.

Obwohl man sich in Berlin nicht verhehlte, daß durch vollständige Befriedigung Rußlands die Sache ein anderes Gesicht bekommen würde — man hatte vorher die Anregung offenbar, von Mißtrauen verblendet, ganz unrichtig verstanden — gestattete man dem Botschafter nur, die Fragen mit Salisbury rein persönlich zu besprechen, verweigerte ihm aber die erbetene Ermächtigung zu eigenen Vorschlägen. Man fürchtete Indiskretionen nach Petersburg. Deutschland müsse freie Hand behalten, um „im psychologischen Moment etwas für uns zu verlangen, wenn auch nicht im Mittelmeer. Politische Frondienste sind zu vermeiden“ [8]). Was man für Deutschland begehrte, wurde nie bestimmt gesagt. Man dachte, wie wir wissen an eine Kohlenstation in Ostasien, an Zansibar, an Samoa.

[8]) Tel. an Hatzfeldt 4. u. 5. August. Marschall an Hohenlohe 4- August. Holstein an Hohenlohe 5. August. Hohenlohe an d. Ausw. Amt 6. August. Große Politik 10, 23—24. Die wichtige Anweisung an Hatzfeldt vom 5. August fehlt dort.

[9]) Tel. Hatzfeldts 7. August, a. a. 0. 10, 25.

Nur soviel erreichte Hatzfeldt, daß ihm gestattet wurde, den Kaiser zu bitten, er möge sich Salisbury gegenüber ganz zurückhaltend äußern, etwa in dem Sinne, über diese schwierige Frage sei eine Verständigung mit seinen Bundesgenossen nötig, auch scheine eine akute Gefahr nicht vorzuliegen [9]).

In der Tat sprach Lord Salisbury nach dem Diner in Cowes am 5. August den Kaiser auf seinen Plan hin an. Dieser erwiderte, ihm scheine doch eine weitere Erhaltung der Türkei durch sachgemäße Reformen möglich. Er ging damit erheblich weiter, als Hatzfeldt gewünscht hatte. Offenbar stand er unter dem Eindruck der früheren von einer falschen Auffassung des Projektes ausgehenden Mitteilungen aus Berlin; er hatte gleich nach deren Empfang zu Kiderlen geäußert, das seien echt englische Pläne, er werde sich auf nichts einlassen [10]).

[10]) Tel. Kiderlens 5. August, Hatzfeldts 7. August, a. a. 0. 24 f.

Zu einer zweiten für den folgenden Tag geplanten Unterredung zwischen dem Kaiser und Salisbury an Bord der „Hohenzollern“ ist es nicht gekommen, da der Premierminister für die verabredete Stunde zur Audienz bei der Königin Viktoria befohlen war und infolgedessen nach London zurückfahren mußte. Die Erzählungen über eine brüske Behandlung Salisburys, weil er zu spät erschienen sei, sind völlig unrichtig und beruhen offenbar auf in London damals umlaufenden Klatschereien [11]).

[11]) Tel. Hatzfeldts 7. August; Lord Salisbury an Hatzfeldt 8. August, a. a. O. 27; danach ist die Erzählung bei Eckardstein 1, 211 f. zu berichtigen.

Der Premierminister kam später noch gelegentlich auf seine Anregung zurück; da er aber kein Entgegenkommen fand, wurde er immer zurückhaltender [12]). Die armenische Frage verschärfte sich zwar noch einmal, da es zu einem Massenmord in Konstantinopel und zu grausamen Metzeleien in Trapezunt und anderen kleinasiatischen Orten kam. Ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte gegen den Sultan scheiterte an dem Widerstreben Rußlands. Als Österreich und Italien im Vertrauen auf Englands aktive Mitwirkung eine Flottendemonstration gegen die Türkei vorbereiteten, weigerte sich das englische Kabinett gegen Salisburys Wunsch im letzten Augenblick, daran teilzunehmen, und die ganze Aktion verlief im Sande. Man mußte froh sein, daß sich die Pforte schließlich zur Vornahme einer Reihe von Reformen bereit erklärte und auch einige Schritte zu

deren Ausführung tat. Damit war zunächst die Gefahr, daß von hier aus eine Auflösung der Türkei beginnen werde, beseitigt, und Salisbury sagte ausdrücklich, er habe den Gedanken an einen Teilungsplan jetzt ganz aufgegeben. Auch über die Möglichkeit, Rußland die Meerengen zu überlassen, sprach er sich seitdem skeptischer aus [13]).

[12]) Hatzfeldt 14., 16. u. 31. August. Große Politik 10, 28, 30, 33.

[13]) Hatzfeldt 24. Okt. u. 2. Nov. 1895. Große Politik 10, 81 u. 95.

Es mag bezweifelt werden, ob sich eine alle Beteiligten zufriedenstellende Verständigung über die Abgrenzung von Interessensphären im Orient und am Südufer des Mittelmeeres so leicht hätte herstellen lassen, und vor allen Dingen, ob man ihr eine Form hätte geben können, die für den Ernstfall wirklich die Möglichkeit von Konflikten ausschloß. Aber der Versuch hätte sich immerhin gelohnt, weil er im Fall des Gelingens eine starke Entspannung geschaffen, und selbst im Fall des Mißlingens über die verschiedenen Ansprüche Klarheit geschaffen haben würde. Deutschland war nicht darauf eingegangen, teils aus der Befürchtung heraus, daß schon derartige Verhandlungen Zwietracht und sofortige Konflikte schaffen könnten, bei deren Lösung man auf Englands tatkräftige Unterstützung nicht glaubte zählen zu dürfen; teils aber auch, weil man für sich selbst keinen Gewinn bei verhältnismäßig großem Risiko herausspringen zu sehen meinte. Sogar eine Gefahr für das eigene Bündnissystem erblickte man in der Berührung dieser Fragen, weil Österreichs ablehnende Haltung gegen jeden Machtzuwachs Rußlands in Berlin genügend bekannt war.

Kaiser Franz Josef gab bei verschiedenen Gelegenheiten die bestimmte Erklärung, daß er ein Vordringen der Russen nach Konstantinopel oder Bulgarien niemals dulden werde. Kaiser Wilhelm fand das sehr unrichtig. „Die Dardanellen, meinte er, kann sich Rußland alle Tage ungehindert einstecken, wenn es will. Er sollte an gute Kompensationsobjekte denken. “ Er hatte dabei die Freigabe des Weges nach Saloniki und die Verminderung der Truppen an Rußlands Westgrenze im Auge. Widersetze man sich den russischen Plänen in Wien, so sei zu fürchten, daß Rußland sich direkt mit England einige, „daß der Brite allein den Russen die Dardanellen schenkt“ [14]). Man war in Berlin darüber einig, daß es sich bei österreichischem Vorgehen in Bulgarien oder gegen die Meerengen um eine durch den Dreibund nicht gedeckte aggressive Aktion handeln würde, die man nicht ohne weiteres zu

unterstützen verpflichtet sei. Man meinte, Österreich habe sich seinen früheren Einfluß in Bulgarien durch unkluge Politik selbst verscherzt. Außerdem befürchtete man mit Recht, daß Rußland, je mehr seine Macht in Bulgarien bestritten werde, desto eifriger Serbien an sich zu ziehen suchen und damit Österreich die bösesten Verlegenheiten schaffen werde. Da man aber die in Wien herrschende Stimmung kannte, hielt man es für klug, durch möglichste Erhaltung des bestehenden Zustandes dem Auf tauchen schwieriger Fragen vorzubeugen.

[14]) Eulenburg 8. u. 18. August; Randbemerkungen des Kaisers dazu; Erlaß an Eulenburg 19. August. Große Politik 10, 82; 189, 141.

In diesem letzteren Punkte waren die Leiter der österreichischen Politik mit Deutschland völlig einig. Graf Goluchowski äußerte die schwersten Bedenken, ob Österreich eine Gebietserweiterung nach dem Balkan zu überhaupt ertragen könne, ohne daß sein inneres Gefügt vollkommen zersprengt werde. Die Slaven innerhalb der Monarchie mit Ausnahme der Polen, meinte er, wünschten im Inneren Zurückdrängung der deutschen und magyarischen Vorherrschaft, nach außen Verzicht auf jede aktive Orientpolitik, sogar Räumung Bosniens und Dalmatiens und engsten Anschluß an Rußland. Dann sei es mit dem Dreibund zu Ende. Es liege daher auch in Deutschlands Interesse, daß eine gegen Rußlands Pläne gerichtete Orientpolitik getrieben werde [15]). Dies alles konnte nur den Eindruck vollkommenster Ratlosigkeit machen. Österreich wollte selbst nichts erwerben, aber jedenfalls Rußland verhindern, seinen Einfluß auszudehnen. Das sei eine Lebensfrage und ein Ehrenpunkt, sagte Goluchowski. Das absolut unfruchtbare Programm der Erhaltung des Status quo um jeden Preis war die letzte Weisheit der österreichischen Politik.

[15]) Bericht Lichnowskys aus Wien 28. u. 30. Oktober 1895. Große Politik 10, iii u. 147.

Ein anderer österreichischer Staatsmann sprach das bezeichnende Wort: „Ein Nationalitätenstaat kann keinen Krieg ohne Schaden führen. Sieg oder Verlust bildet bei einem Konglomerat von Nationen fast dieselbe Schwierigkeit [16]).“

[16]) Eulenburg, 10. November. Große Politik 10, 162.

Marschall hielt es im Einverständnis mit dem Kaiser für notwendig, nochmals zu warnen, jede Unterstützung über den

Bündnisfall hinaus bedürfe besonderer Verständigung; wolle man unseren Beistand, so hätten wir auch mitzureden. Wenn Rußland Konstantinopel besetze und England lasse es ruhig geschehen, so würden wir Österreich dringend abraten, den Krieg für England zu führen. „Trete Österreich-Ungarn trotzdem aktiv auf, so werde es lediglich auf eigenes Risiko handeln.“ Für uns sei vor allem zu bedenken, daß unser Eingreifen sofort Frankreich auf den Plan rufen werde. Deutschland werde zwar für Österreich eintreten, wenn dessen Machtstellung oder Existenz gefährdet erscheine. „Immerhin würde es aber dann lediglich von unserem Ermessen abhängen, den Zeitpunkt und die Modalitäten des Einschreitens selbst zu bestimmen.“ Allerdings hatte man schon damals Besorgnis, eine zu schroffe Sprache könne in Wien das Gefühl erzeugen, als wolle man Österreich im Stiche lassen. Da wir kein anderes gesichertes Bündnis hatten, glaubte man das auch nicht riskieren zu dürfen und gab die Parole aus: „Wir dürfen Österreich nicht seine Hoffnungen nehmen, uns aber auch auf keine bestimmte Aktionspolitik festlegen [17]).“ Demgemäß sagte der Kaiser selbst dem österreichischen Botschafter, falls die Großmachtstellung der Donaumonarchie ohne eine Provokation von ihrer Seite bedroht werde, könne Kaiser Franz Joseph sich auf ihn verlassen. Es ist begreiflich, daß diese Äußerung nach den ziemlich schroffen, durch den Grafen Eulenburg übermittelten Mahnungen äußerst angenehm wirkte [18]); aber volle Klarheit über unser Verhältnis zu Österreichs Orientpolitik konnte durch so vieldeutige Worte nicht geschaffen werden.

[17]) Aufzeichn. Marschalls 4. Nov.; Anweisungen an Lichnowsky u. Eulenburg v. 5., 11. u. 12. Nov. Eulenburg 8., 9., 10. Nov. Große Politik 10, 151—166.

[18]) Marschall an Hohenlohe 15. Nov. Szögenyi an Marschall 17. Növ. Große Politik 10, 204 f.

Ebenso wie Österreich war auch Italien verstimmt über Deutschlands Abrücken von England. Die Italiener kämpften in Afrika um die Aufrechterhaltung ihrer Schutzherrschaft über Abessinien. Sie hofften dabei dringend auf Englands Hilfe und meinten, die deutsch-englische Verstimmung sei der Grund, daß Salisbury sich dem Verbündeten Deutschlands gegenüber in dieser Frage äußerst kühl zeige. In Berlin hätte man den Italienern gerne irgendwie geholfen, konnte aber selbst in jenen Gegenden nicht wirksam eingreifen und betrachtete es als eine selbstverständliche Folgerung aus dem bisherigen Freundschaftsverhältnis zwischen England und dem Dreibund,

daß Großbritannien etwas tue. Man nahm es sehr übel, daß Salisbury dazu keine Lust zeigte, und wurde immer erbitterter gegen Englands rein egoistische Politik. Diese Stimmung wurde noch verschärft durch eigene Differenzen mit London in südafrikanischen Fragen.

Schon seit längerer Zeit stand Deutschland in freundlichen Beziehungen zu den Burenstaaten. Nach der englischen Auffassung des Vertrages von Pretoria aus dem Jahre 1884, deren Richtigkeit freilich von den Buren selbst bestritten wurde, waren Transvaal und der Oranje-Freistaat britische Vasallenstaaten, denen jeder selbständige politische Verkehr mit fremden Mächten untersagt war; wenn auch in ihrer inneren Verwaltung selbständig, waren sie nach dieser Ansicht dennoch bereits Teile des großen britischen Weltreiches. Es berührte in London schon unangenehm, daß sich Deutschland so eifrig für den Bau der Bahn von Pretoria nach Laurenzo-Marques interessierte. Der Trinkspruch des Präsidenten Krüger auf Wilhelm II. bei dessen Geburtstagsfeier am 27. Januar 1895 führt bekanntlich zu einer offiziellen Beschwerde in Berlin, daß Deutschland in Transvaal einen der internationalen Stellung dieses Landes widerstrebenden Geist nähre, worauf die kaiserliche Regierung unter Hinweis auf ihre durch einen Handelsvertrag gewährleisteten wirtschaftlichen Interessen erwiderte, daß sie für die Wahrung der im Vertrage von 1884 gewährleisteten Selbständigkeit Transvaals in ihrem bisherigen Umfange einzutreten berechtigt sei [19]). Als im Juli 1895 die Vollendung der Eisenbahn nach Laurenzo-Marques feierlich begangen wurde, erschienen dort zwei deutsche Kriegsschiffe, und der Kaiser beglückwünschte den Präsidenten Krüger telegraphisch zum erfolgreichen Abschluß des den Engländern so wenig sympathischen Werkes.

[19]) Vgl. die Aktenstücke aus dem englischen Blaubuch im Staatsarchiv, Bd. 58 und Große Politik 11, 3 ff.

Als im Oktober der bisherige englische Botschafter in Berlin, Sir Edward Malet, abberufen wurde, benutzte er seine Abschiedsbesuche, um dieser Stimmung einen Ausdruck zu geben, der wohl drastischer war, als man in London wünschte. Er beklagte sich bei Herrn v. Marschall von neuem, daß Deutschland die Halsstarrigkeit der Buren stärke; diese verließen sich auf Deutschlands Schutz; jetzt hätten sie für den Handel der Kapkolonie unerträgliche Handelstarife eingeführt. Eine Fortsetzung dieser deutschen Politik könne zu ernsten Verwicklungen führen. Marschall erwiderte, wir wollten nur den

bestehenden Zustand und unsere wirtschaftlichen Interessen schützen; eine Einverleibung der Burenstaaten in Rhodesia könnten wir allerdings nicht zugeben, ohne im eigenen Lande einen Sturm der Entrüstung zu entfesseln. England möge sich überlegen, ob es soviel Freunde in der Welt besitze, daß es einen Bruch mit Deutschland leichthin heraufbeschwören könne. England, sagte Malet darauf, besitze Mittel, manche seiner Feinde zu befriedigen und zu beruhigen. Marschall meinte, ja wenn es Ägypten, die Dardanellen, Gibraltar, Malta und Zypern opfern wolle; das sei aber doch ein bißchen teuer; lieber soll man Deutschland auch kleine koloniale Vorteile gönnen [20]).

[20]) Aufzeichnung Marschalls v. 15. Okt. 1896. Große Politik 11, 5.

Diese Unterredung veranlaßte den Kaiser zu einer lebhaften Beschwerde bei dem englischen Militärattache in Berlin, Oberst Swaine. Er behauptete, Malet habe sogar das Wort „Krieg“ in den Mund genommen. Wegen ein par Quadratmeilen voll Neger und Palmbäume habe England seinen einzigen wirklichen Freund, den Enkel I. M. der Königin, mit Krieg bedroht! Eine derartige Sprache zwinge ihn förmlich, gemeinsame Sache mit Rußland und Frankreich zu machen. Ein großer Teil seiner langjährigen Arbeit, um Deutschland und England zur Lösung gemeinsamer Kulturaufgaben einander näher zu bringen, sei zerstört. England möge endlich sagen, ob es mit dem Dreibund ein klares, versiegeltes Bündnis schließen oder seine Gegner unterstützen wolle [21]).

[21]) Diktat des Kaisers v. 25. Okt. 1895. Große Politik 11, 8.

Lord Salisbury desavouierte sofort den scheidenden Botschafter und erklärte, an eine Veränderung der Rechtslage in Südafrika werde nicht gedacht. Die übrigen Äußerungen des Kaisers überging er mit Schwei gen [22]). Dieser behielt den Eindruck, daß England ihm in der Transvaal frage eine Art Ultimatum habe stellen wollen und drang darauf, daß unsere Flotte vermehrt werden müsse, damit wir im Konfliktsfalle nicht wehrlos seien [23]).

[22]) Tel. Hatzfeldts 25. Okt. Große Politik 11, 12—15.

[23]) Marschall an Hatzfeldt 29. Okt. Große Politik 11, 12.

Als dann die Italiener in ihren abessinischen Kämpfen Anfang Dezember eine unangenehme Schlappe erlitten, und wieder nach englischer Unterstützung ausblickten, legte der Kaiser dem

Obersten Swaine nochmals die Frage vor, ob England nicht unter Übernahme fester Verpflichtungen ein Vertragsverhältnis zum Dreibund eingehen wolle. Bei Fortsetzung seiner bisherigen Politik, die überall Mißtrauen erregt habe, könne es leicht einmal den Kontinent als festgeschlossenen Block sich gegenüber finden [24]). Aber man ging in London auch diesmal über die Anregung schweigend hinweg.

[24]) Aufzeichnung des Kaisers v. 20. Dez. 1895 (den Botschaften mitgeteilt). Große Politik 10, 251.

Herr v. Marschall war damit nicht unzufrieden; er meinte, wir würden sonst das gesamte britische Weltreich verteidigen helfen müssen, insbesondere auch Indien gegen Rußland [25]). Holstein riet, den Engländern zum Bewußtsein zu bringen, daß man sie nicht brauche. Man habe ja schon mit Rußland in Ostasien zusammengearbeitet. Ähnliche Möglichkeiten würden sich wieder bieten. Vielleicht, meinte er, könne man ein allgemeines Abkommen mit dem Zweibund schließen, wenn man Frankreich den Kongostaat, Rußland Korea überlasse, und dafür die Anerkennung der italienischen Schutzherrschaft in Abessinien, für Deutschland eine Kohlenstation und Handelsvorteile in Ostasien, für Österreich Zusicherungen über die Erhaltung des jetzigen Zustandes am Balkan fordere. Indien, Ägypten und Persien müßten außerhalb der Vereinbarung bleiben. „Denn solange England diese behält, ist es schließlich doch genötigt, sich, falls es nicht ohne Schwertstreich zurückweichen will, dem Dreibund wieder zu nähern. Es wird diese Notwendigkeit dann erst recht einsehen, wenn es — wie der gegenwärtige Vorschlag ihm darzutun bezweckt — die Erfahrung gemacht haben wird, daß der Dreibund nicht unter allen Umständen Heeresfolge leistet [26])."

[25]) Erlaß an Eulenburg 23. Dez. Große Politik 10, 242.

[26]) Denkschrift Holsteins 30. Dez. 1895. Große Politik 11, 67.

Diesen Gesichtspunkten folgend bemerkte Marschall am 31. Dezember zu dem englischen Botschafter, man überschätze in England den Gegensatz der kontinentalen Gruppen. Die deutsch-französische Spannung sei nahezu geschwunden. Ohne drohen zu wollen, müsse er doch darauf hinweisen, „daß der Gedanke, die zwischen jenen Staatengruppen noch ungelösten Fragen ohne Rücksicht auf englische Interessen zu regeln und dabei auch englische Interessen als Kompensationsobjekte zu benutzen" nicht aussichtslos sei [27]).

[27]) Aufzeichnung Marschalls über eine Unterredung mit Lascelles 31. Dez. 1895. Große Politik 11, 17.

Gerade in diesem Augenblick, wo Deutschland erwog, wie man den Engländern zeigen könne, daß sie uns brauchten und uns unter Umständen auch zu unangenehmen Gegnern haben könnten, kam aus Südafrika die Nachricht von dem Überfall, den Dr. Jameson von der Kapkolonie aus im Einverständnis mit den unzufriedenen Elementen in Johannesburg gegen den Transvaalstaat ins Werk setzte. Marschall ließ sofort warnend in London daran mahnen, daß man die Aufrechterhaltung des Status quo versprochen habe [28]). Auf die Kunde, daß der Vormarsch wirklich erfolgt sei, erhielt Hatzfeldt Befehl zu fragen, ob die Regierung den Friedensbruch billige. „Falls E. E. den Eindruck haben, daß diese Völkerrechtsverletzung gebilligt wird, wollen E. E. um Ihre Pässe bitten.“ Sei dies nicht der Fall, sollte er Auskunft erbitten über die Maßregeln, die man dagegen zu ergreifen gedenke [29]). Der Konsul in Pretoria erhielt Vollmacht, Mannschaften von dem in Laurenzo-Marques liegenden „Seeadler“ zu requirieren, wenn dies zum Schutz der Deutschen nötig sei. Portugal wurde um die Erlaubnis zum Durchmarsch einer kleinen Abteilung durch sein Gebiet ersucht [30]).

[28]) Erlaß an Hatzfeldt 28. Dez. Große Politik 11, 15.

[29]) Tel. Erlaß an Hatzfeldt 31. Dez. 1895. Große Politik 11, 19.

[30]) Tel. an d. Konsul in Pretoria 30. u. 31. Dez. Große Politik 11, 19.

Gleichzeitig erging aber an Graf Münster in Paris die Weisung, er möge sondieren, ob Frankreich nicht zu einem Zusammenwirken mit Deutschland in kolonialen Fragen angesichts der fortwährenden Ausdehnung des britisches Reiches bereit sein würde. Die übrigen Mächte könnten doch unmöglich ruhige Zuschauer bleiben, wenn England allmählich alles konfisziere, was noch nicht unter europäischer Herrschaft stehe. Er sollte dabei von der Transvaalfrage ausgehen, ohne den Verdacht zu erregen, als wollte Deutschland sich nur für diese gerade schwebende Frage die Unterstützung anderer Mächte sichern. Vielmehr schwebe uns der Plan einer „kontinentalen“ Verständigung für einzelne genauer präzisierte Zwecke vor. Dieser Plan wurde dem Botschafter in ähnlicher Weise dargelegt, wie es Holstein in seiner Denkschrift getan hatte, und als Zweck dieses Vorgehens ausdrücklich die Belehrung Englands über die Gefahren seiner Isolierung und über die Notwendigkeit, sich dem

Dreibund anzuschließen, bezeichnet. In ähnlichem Sinne sprach Marschall selbst mit dem französischen Botschafter Herbette, natürlich ohne seine letzten Absichten zu erwähnen [31]).

[31]) Anweisung f. Graf Münster 1. Jan. 1896. Große Politik 11, 69. Vd. Rapport de la Commission de l'enquete etc. 264 ff. 6

Die englische Regierung versicherte den Grafen Hatzfeldt sofort, daß sie unbeteiligt an Jamesons Unternehmen sei, ihr Möglichstes zur Herstellung der Ruhe tue und ihm sofortige Umkehr befehlen werde. Doch bat Salisbury dringend, jedes Wort zu vermeiden, das wie eine Drohung klingen könnte [32]). Als dann aber die Nachricht kam, daß schon ein bewaffneter Zusammenstoß auf dem Gebiet Transvaals erfolgt sei, sandte Marschall eine Note zur Übergabe nach London, in der er formellen Einspruch erhob. Deutschland sei nicht gesonnen, „irgendeine Veränderung der durch Verträge gesicherten völkerrechtlichen Stellung der Südafrikanischen Republik“ anzunehmen [33]). Den englischen Versicherungen schenkte er keinen Glauben, sondern meinte, jede Vertrauensseligkeit sei hier unangebracht, da England offenbar die Früchte der Politik von Rhodes einzuheimsen willens sei [34]).

[32]) Hatzfeldt 1. Januar. Große Politik 11, 24.

[33]) Erlaß an Hatzfeldt 2. Januar. Große Politik 11, 27.

[34]) Marschalls Immediatbericht 2. Januar. Große Politik 11, 26.

Unmittelbar darauf erfuhr man, die Buren hätten Jamesons Freischaar bei Krügersdorp geschlagen und gefangen. Nun wies Marschall den Botschafter telegraphisch an, die Note nicht zu übergeben. Sie war allerdings schon im Foreign Office, konnte aber, da Salisbury verreist war, in der Nacht noch uneröffnet zurückgegeben werden [35]). Der ganze Vorgang mußte in London einen sonderbaren Eindruck hervorrufen.

[35]) Tel. an Hatzfeldt 3. Januar 12 Uhr 15 früh; Tel. Hatzfeldts v. 12 Uhr 24 u. 2 Uhr 3 früh. Große Politik 11, 28 f.

Dafür aber sandte nun der Kaiser am 3. Januar das berühmte Telegramm an den Präsidenten Krüger ab, worin er ihn beglückwünschte, daß es ihm gelungen sei, durch eigene Tatkraft die Friedensstörer zu besiegen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren. Die Absendung dieses

Telegramms wurde in einer Sitzung beschlossen, an der außer dem Kaiser selbst der Reichskanzler, Marschall, der Kolonialdirektor Kayser und Vertreter der Marine teilnahmen [36]). Hier trat Wilhelm II. anfangs für sehr weitgehende Maßregeln ein, wie die Erklärung eines deutschen Protektorates über Transvaal und Hinsendung von Truppen. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß solche Schritte unfehlbar einen Krieg mit England zur Folge haben müßten. Es scheint darauf allgemeine Ratlosigkeit geherrscht zu haben, da der Kaiser durchaus etwas tun wollte, während doch eigentlich durch die korrekte Haltung Salisburys jeder vernünftige Grund zu einer weiteren Einmischung Deutschlands fortgefallen war. In einer Beratungspause machte der Kolonialdirektor dem Staatssekretär den Vorschlag, ein Glückwunschtelegramm an Krüger abzusenden, gleichsam als Blitzableiter für den Tatendrang des Kaisers. Marschall ging auf diesen Ausweg ein und machte sofort einen Entwurf, der nach Wiederbeginn der Sitzung vorgelegt wurde. Ob Holsteins Rat inzwischen eingeholt wurde, wissen wir nicht. Im Laufe der Beratungen wurde die Fassung noch etwas verschärft, indem am Schluß statt der ursprünglich geplanten Worte „das Ansehen Ihrer Regierung zu wahren“, gesagt wurde: „Die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren“, mit deutlicher Spitze gegen die englischen Hoheitsansprüche [37]).

[36]) Vgl. jetzt F. Thimme, Die Krügerdepesche in „Europäische Ge spräche“ 1924, 201 f.

[37]) Die Korrektur dieser letzten Worte rührt von Marschall her. Das Telegramm ging am 3. Januar 11 Uhr 20 vorm. ab.

Wenn es also auch feststeht, daß das Krügertelegramm nicht einem plötzlichen Einfall des Kaisers seinen Ursprung verdankt, sondern ihm vom Staatssekretär vorgeschlagen und in eingehender Beratung mit den verfassungsmäßig verantwortlichen Persönlichkeiten formuliert worden ist, so bleibt doch Wilhelm II. der eigentliche Urheber dieses Schrittes. Sein Drängen auf Maßregeln zu Gunsten der Buren, hinter dem der Wunsch stand, einen deutschen Stützpunkt in Südafrika zu gewinnen, bewog seine Ratgeber, diesen Ausweg, den sie für verhältnismäßig harmlos hielten, vorzuschlagen, um Schlimmeres zu verhüten.

Nichts hat die öffentliche Meinung in England so ungünstig für den Kaiser und die deutsche Politik beeinflußt wie das Krügertelegramm.

Noch nach Jahren wurde es den deutschen Staatsmännern als unfreundlicher Akt vorgehalten. Man erblickte darin die unzulässige Einmischung eines auswärtigen Staates in die inneren Angelegenheiten des Britischen Reiches.

Deutschland hat bei den Buren auch angeregt, die Anerkennung der völkerrechtlichen Neutralität der Republiken durch eine Konferenz der Großmächte vorzuschlagen [38]). Präsident Krüger wünschte jedoch die ausdrückliche Aufhebung des früheren Vertrages mit England, die Bestrafung von Rhodes, und die Auflösung der Chartered Company, in deren Diensten Jameson gestanden hatte, und fragte an, was Deutschland Frankreich und Holland zu tun gedächten, falls es deshalb zum Kriege gegen England kommen sollte [39]). Von so weitgehenden Forderungen riet Marschall ab, verwies aber nochmals auf die Möglichkeit einer Konferenz [40]). Nachdem die englische Regierung das Verlangen Krügers nach Aufhebung des Vertrages von 1884 abgelehnt hatte, versuchte der Präsident in der Tat, eine solche Konferenz zustande zu bringen [41]). Aber er fand wenig Entgegenkommen. Da Salisbury sich bereit zeigte, den Status quo ohne Erörterung der Souveränitätsfrage bestehen zu lassen, die Opfer des Kampfes finanziell zu entschädigen und die Befugnisse der Chartered Company in bezug auf selbständige Politik und Kriegführung einzuschränken, riet Marschall dem Vertreter der Buren, sich damit zu begnügen, was auch geschah [42]).

[38]) Tel. an den Konsul in Pretoria v. 3. Januar. Große Politik n, 31.

[39]) Tel. des Konsuls in Pretoria v. 4. Januar. Große Politik n, 34.

[40]) Tel. an den Konsul 5. Januar. Große Politik n, 35.

[41]) Tel. des Konsuls 9. Januar. Große Politik 11, 49.

[42]) Aufzeichnung Marschalls über Besprechung mit Dr. Leyds 11. Januar. Hatzfedt 10. Januar. Große Politik 11, 49 u. 51.

[43]) Brief v. 2. Januar bei Goetz, S. 30 f.

Dem Zaren hat der Kaiser während der kritischen Tage emphatisch versichert, niemals werde er eine Unterdrückung der Burenstaaten zugeben [43]), dem Vertreter der Republiken, Dr. Leyds, hat er ebenso bestimmt gesagt, er werde eine etwaige Besetzung von Laurenzo-Marques durch die Engländer nie gestatten; dieser Hafen dürfe, wenn er nicht portugiesisch bleibe, nur in die Hand der Deutschen oder der Buren kommen. Er wollte

sogar den Hafen durch den dort liegenden deutschen Kreuzer sofort besetzen lassen, sobald greifbare Anzeichen für derartige Absichten Englands sich zeigten, und es bedurfte dringender Gegenvorstellungen des Reichskanzlers, um ihn davon zurückzuhalten. Auf der Eingabe Hohenlohes hat er bemerkt: „Bin anderer Ansicht, aber füge mich“, und am Schluß: „Der Verlust oder Nicht-Erwerb von Delagoa wird sich dereinst schwer rächen und von uns einst sehr bedauert werden [44]).“ Diese Äußerungen zeigen deutlich, daß der Kaiser die von Hohenlohe mit Recht betonte Gefahr, eines sofortigen gemeinsamen Vorgehens Englands und Frankreichs gegen einen solchen Zugriff Deutschlands stark unterschätzte. Und welch ein Mangel an politischem Takt lag schon in den Erklärungen an den Zaren und Dr. Leyds! Moralische Bindungen weitgehender Art waren damit für die Zukunft übernommen — ohne jede ernste Notwendigkeit.

[44]) Der Kaiser an den Reichskanzler, 6. Januar, u. dessen Immediatbericht vom 7. Januar. Große Politik 11, 36 f.

Wenn die deutsche Regierung den Buren schließlich zur Mäßigung riet, so trug dazu sicherlich auch die Enttäuschung über den Erfolg des in Paris unternommenen Schrittes zur Herstellung eines kontinentalen Blocks gegen England bei. Man hatte vor, auch Italien für die Annäherung an den Zweibund zu gewinnen und fand es sehr erwünscht, wenn etwa England vor dort aus gewarnt werde. Dabei sollte aber der römischen Regierung keinen Zweifel gelassen werden, „daß wir uns als Herr der Lage fühlen“, wenn wir auch Italiens Interessen nach Möglichkeit berücksichtigen würden. Eine Verständigung der Engländer mit Frankreich und Rußland hielt man für ausgeschlossen, da sie zu teuer sein würde [45]). Auch nach Petersburg hatte man einen Fühler ausgestreckt und die liebenswürdige, aber zu nichts verpflichtende Antwort erhalten, Deutschland vertrete in Transvaal ein europäisches Interesse [46]). In Paris aber ließ man nicht nur die Deutsche Anregung völlig zu Boden fallen, sondern teilte sie sogar sofort nach London mit. Der französische Botschafter, Baron de Courcel, soll damals zu Salisbury gesagt haben: „Frankreich hat nur einen Feind, und das ist Deutschland. Danach können Sie Ihre Politik einrichten [47]).“ Ob die Worte genau so gefallen sind, wissen wir nicht. Jedenfalls sprach sich die französische Presse ganz in diesem Sinne aus; ihr Leitmotiv lautete: „Nur keine unnatürlichen Allianzen.“

[45]) Bülow, 3. Januar. Holstein an Bülow, 3. Januar. Marschall an Bülow (vom Reichskanzler genehmigt), 3. Januar. Große Politik 11, 72 f.

[46]) Holstein an Eulenburg, 9. Januar. Große Politik 11, 45.

[47]) Die Worte werden zitiert in einer späteren Aufzeichnung Holsteins vom 26. Februar 1906, der sie doch wohl aus zuverlässiger Quelle erfahren haben wird.

Nachdenklich meinte Herr v. Marschall, das sei doch eine Warnung, sich auf Frankreich nicht zu verlassen. Leider stelle sich der Gedanke, durch zeitweiliges Zusammengehen der Kontinentalmächte ohne Krieg einige zwischen diesen und England schwebende Fragen zu deren Gunsten zu erledigen, doch als unpraktisch heraus. England könne also ungestört weiter tun, was es wolle. „Wir können diese Weltlage bedauern, sie aber vorläufig nicht ändern.“ Für Deutschland bleibe nur eine vorsichtige Defensive übrig [48]). Man hätte das eigentlich vorher wissen können. Auch der Reichskanzler meinte, es habe sich wieder gezeigt, „daß Frankreich alle Fragen der einen Revanche-Idee unterordnet“, und zog daraus den Schluß, daß man auf ein Zusammengehen mit Frankreich selbst in außereuropäischen Fragen in Zukunft kaum mehr rechnen dürfe [49]). Nur Herr v. Holstein war mit dem Verlauf der Dinge im Ganzen zufrieden, oder gab sich doch den Anschein, es zu sein. Er hatte sich offenbar doch stark mit dem Gedanken beschäftigt, zusammen mit Rußland und Frankreich gegen England zu kämpfen, obwohl es auch ihm zweifelhaft erschien, ob die Zertrümmerung der britischen Machtstellung überhaupt ein Vorteil für Deutschland sein werde. „Freuen wir uns also,“ schrieb er dem Grafen Hatzfeldt, „wenn die Sache so abschließt, wie es den Anschein hat: mit einem kleinen diplomatischen Erfolg für Deutschland und einer kleinen politischen Lektion für England [50]).“

[48]) Erlaß an Radolin, 19. Januar. Große Politik 11, 82.

[49]) Erlaß nach Petersburg, 20. Mai. Große Politik n, 83 Anm.

[50]) Holstein an Hatzfeldt, 10. Januar. Große Politik 11, 48.

Sobald Hatzfeldt sah, daß man in Berlin etwas ernüchtert war, mahnte er dringend, nachdem man England nun die Zähne gezeigt, in die Politik voller Neutralität zurückzulenken. Man dürfe England nicht in Frankreichs Arme treiben. Es liege auch gar nicht in unserem Interesse, daß Englands Machtstellung geschwächt werde, solange der Zweibund bestehe. Vielleicht sei es sogar wünschenswert, Österreich zur Nachgiebigkeit gegen Rußland im Orient zu bestimmen und dadurch die Herstellung des

alten Dreikaiserverhältnisses zu ermöglichen51). In der Tat suchte sich England jetzt den Franzosen zu nähern und man vernahm in Berlin mit Schmerz und Zorn, daß es Frankreich eine Art Mitregierung in Ägypten zuzugestehen bereit sei. Holstein meinte grimmig, es würde „die verhängnisvollste Torheit in der englischen Geschichte sein“, und Deutschland zwingen, ernstlich die Annäherung an den Zweibund zu erstreben [52]).

[51]) Hatzfeldt, 21. Januar. Große Politik 11, 53.

[52]) Holstein an Hatzfeldt, 21. Februar. Vgl. Holsteins Aufzeichnung v. 20. Februar. Große Politik 11, 56.

Die Krüger-Episode war ohne ernsten Konflikt vorübergegangen. Die englische Regierung, die damals gerade in einen scharfen Konflikt mit den Vereinigten Staaten wegen der Venezuela-Frage geraten war, wünschte keinen Zusammenstoß und behandelte daher die Sache möglichst als unbedeutenden Zwischenfall. Anders die öffentliche Meinung, die in England stets eine große Macht ausübte. Sie hatte schon im vergangenen Jahre die deutsche Politik scharf kritisiert, sogar während der Kaiser sich zum Besuch bei seiner Großmutter aufhielt. Jetzt faßte sie allgemein das Telegramm des Kaisers als einen Eingriff in Englands Rechte, als einen feindseligen Akt auf. Chamberlain trug dieser Stimmung Rechnung, wenn er öffentlich sagte, England werde sich auf jede Gefahr hin und ohne Rücksicht auf die Kosten einer Einmischung fremder Mächte in die südafrikanischen Verhältnisse widersetzen. Der Kaiser selbst bestritt in einem Brief an seine Großmutter jede feindliche Absicht und stellte als sein Hauptmotiv den Zorn darüber hin, daß Raubgesindel es gewagt habe, gegen die friedlichen Absichten und Befehle der Allergnädigsten Königin zu handeln [53]). Er wird damit wenig Eindruck gemacht haben.

[53]) Der Kaiser an Königin Viktoria, 8. Januar.

Die deutsche Regierung ist in ihrer Haltung nur zu einem kleinen Teil von dem Bestreben geleitet worden, unsere wirtschaftlichen Interessen in Südafrika zu schützen. Nach Hatzfeldts Rechnung gab es in Johannesburg 15 000 Deutsche, und waren dort etwa 500 Millionen Mark an deutschem Kapital investiert [54]). Allein man hätte doch zunächst abwarten können, ob eine Schädigung dieser Interessen stattfinde. Das Hauptmotiv war auch nicht die Sympathie für die in ihren Rechten gekränkten kleinen Staaten, deren Rechtslage außerdem recht zweifelhaft

war, gegenüber einem mächtigen Bedroher. Ein Gefühl der Stammesverwandtschaft mit den Buren war auch nur in sehr geringem Grade vorhanden, und hätte daher so weitgehende Entschlüsse bei der Regierung gewiß nicht hervorrufen können. Allerdings wünschte Deutschland den Zusammenschluß der Burenstaaten mit der Kapkolonie und Rhodesia zu einem großen südafrikanischen Reiche nicht, weil zu vermuten stand, daß man alsdann nach der Einbeziehung Deutsch-Südwestafrikas streben werde, dessen Existenz der Kapregierung von jeher äußerst unangenehm gewesen war. Aber entscheidend war dies alles nicht, sondern der Wunsch, England eine Warnung und Lehre zu erteilen. Man wollte ihm bemerklich machen, daß Deutschland sich eine weitere Ausdehnung des Britischen Reiches in Afrika ohne Kompensationen nicht gefallen lassen werde, und daß es in Englands eigenem Interesse liege, sich mit dem Dreibund gut zu stellen.

[54]) Hatzfeldt, 4. Januar. Große Politik 11, 33.

Daß es eine sehr unüberlegte Politik war, wird heute niemand bestreiten wollen. Mit welchen Mitteln hätten wir den Buren helfen können, wenn England sich für Jameson erklärt oder aus anderen Gründen schon damals die halbe Unabhängigkeit der Burenstaaten zu beseitigen unternommen hätte? Wir konnten gegen Englands Willen nicht eine Kompagnie über den Ozean bringen. Daß es wirklich zum Kriege mit England kommen könne, daran hat in Berlin niemand gedacht. Man glaubte, ruhig scharf auftreten zu können, weil man die englische Politik für schwach und kriegsscheu hielt, und ohne genügenden Grund auf ein freudiges Mitgehen Frankreichs und Rußlands rechnete.

Man wird es wohl als eine Folge der wachsenden deutsch-englischen Entfremdung betrachten müssen, daß Salisbury im Februar 1896 den Wunsch Österreichs und Italiens auf formelle Erneuerung des Mittelmeer abkommens von 1887 nach monatelangem Verhandeln endgültig ablehnte [55]). So sah man auch in Wien die Sache an; Graf Welsersheimb meinte, daß eine weitere Annäherung Österreich-Ungarns an Rußland, wie Deutschland sie befürwortete, den Dreibund zersprengen werde, da Österreich kein Interesse daran habe, ob Elsaß-Lothringen französisch werde [56]). Von deutscher Seite antwortete man mit der kühlen Erklärung, wir hätten nichts dagegen, wenn Österreich versuchen wolle, ob es ein Bündnis mit England durch Aufgabe des Dreibundes erlangen könne. Der Reichskanzler konstatierte nochmals als leitenden Gesichtspunkt unserer Politik: „Wir halten

am Dreibund fest, wollen ihn aber nicht zum Mittel für unbestimmte Pläne Österreichs im Orient verwenden lassen. Österreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibundes zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will [57]).“ Anregungen Goluchowskys zu einer Beratung der Generalstabschefs und zu einer Besprechung der Frage, wann der Bündnisfall als gegeben anzusehen sei, lehnte er ab, da er sich in eine kriegerische Politik nicht hineinziehen lassen wollte. In Wien wußte man natürlich auch, daß man den Dreibund nicht entbehren könne, wartete aber grollend und hoffend auf eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen.

[55]) Hatzfeldt, 8. Februar. Aufzeichnung Holsteins, 16. Februar. Große Politik 11; 99—101.

[56]) Lichnowsky, 29. Februar. Große Politik 11, 117.

[57]) Immediatbericht Hohenlohes, 2. Februar; Aufzeichnung Hohenlohes, 2. März; Immediatbericht Hohenlohes, 4- März; Erlaß an Eulenburg, 5. März. Große Politik 11, 112—125.

Auch in Italien war man schwer beunruhigt über die Verstimmung zwischen Berlin und London. Man zweifelte, ob jetzt überhaupt noch eine der Dreibundmächte auf englische Hilfe werde rechnen dürfen, die man doch nicht entbehren könne [58]).

[58]) Bülow, 15., 21., 23., 27. Januar u. 18. Februar. Große Politik 11, 77, 88 f.

Unmittelbar darauf machte die schwere Niederlage der Italiener gegen Menelik von Abessinien bei Adua (1. März 1896) den Wert der englischen Unterstützung für den Dreibund von neuem deutlich. Der Kaiser selbst entwarf dem britischen Botschafter ein wahres Schauergemälde der nunmehr drohenden Gefahren: Frankreich stehe hinter Menelik, Rußland wolle nach Vertreibung der Italiener Massaua besetzen, um den Seeweg vom Suezkanal nach Indien sperren zu können, Frankreich solle die Kanarischen Inseln erhalten und damit die Herrschaft über den Seeweg um das Kap der Guten Hoffnung nach Indien. England sei also in schwerer Gefahr. Ebenso bedroht sei Österreich, dessen slawische Gebietsteile Rußland sich aneignen wolle. Darum möge England den Italienern helfen und sich endlich dem Dreibund anschließen [59]).

[59]) Aufzeichnung Marschalls über eine Unterredung des Kaisers mit Lascelles, 4. März. Erlaß an Hatzfeldt, 4- März. Große Politik 11, 235—236.

Salisbury, der natürlich wußte, daß Deutschland eben noch mit dem Kontinentalbund gegen England geliebäugelt hatte, und vermuten mochte, daß dies noch geschehe, antwortete kühl und höflich, er sei bereit, sich an den Dreibund anzulehnen, könne aber kein Versprechen geben, das England zur Teilnahme an einem Kriege verpflichte. Dies sei immer seine Politik gewesen; der Kaiser sei früher ganz damit zufrieden gewesen, was jetzt offenbar nicht mehr der Fall sei. Nach den früheren Erklärungen des Kaisers an Oberst Swaine und dem Krüger-Telegramm wundere er sich über nichts mehr; aber er könne sich diese Sinnesänderung nicht erklären [60]).

[60]) Aufzeichnung Marschalls über sein Gespräch mit Lascelles, 13. März. Große Politik n, 242.

England benutzte übrigens diese Gelegenheit, um seinen längst geplanten Feldzug zur Eroberung des Sudan von Ägypten aus, der eben mit dem Vormarsch in der Richtung auf Dongola begonnen hatte, als einen Versuch zum Entsatz der in Kassala eingeschlossenen Italiener hinzustellen und dadurch die Zustimmung der Dreibundmächte zu erlangen, daß ein Teil des von der internationalen Schuldenverwaltung Ägyptens gesammelten Reservefonds für diese Expedition verwandt werden dürfe. Rußland und Frankreich erhoben dagegen Protest; begreiflicherweise wollten die Franzosen, die gleichfalls vom Kongo her eine Expedition in das obere Niltal planten, den Engländern ihr Vorgehen nicht erleichtern. Der internationale Gerichtshof in Ägypten erklärte diesen Protest für berechtigt und die vorgeschossene Summe mußte zurückgezahlt werden.

Fast gleichzeitig suchte aber Herr v. Marschall von neuem die Franzosen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen weitere Gebietsvergrößerungen Englands in Afrika zu bestimmen, nur Ägypten (einschließlich des Sudan) wünschte er von allen Vereinbarungen ausgenommen zu sehen [61]). Auch lehnte er damals Italiens Begehren ab, bei Erneuerung des Dreibundes nochmals ausdrücklich festzustellen, daß es nicht zur Hilfe gegen England verpflichtet sei; dadurch, meinte er, werde der als objektives Verteidigungsabkommen gedachte Bund eine direkte Spitze gegen den Zweibund erhalten, was durchaus vermieden werden müsse [62]).

[61]) Rapport 281 f. nach den französischen Gesandtschaftsberichten.

[62]) Pribram 1, 236 f. Große Politik 7, 262 f, besonders Erlaß an Bülow, 21. März, 273.

Als eine feindliche Maßregel wurde es von englischer Seite auch betrachtet, daß man dem von England nicht anerkannten Prätendenten in Zansibar Zuflucht im deutschen Konsulat und Überführung nach dem Festland auf einem deutschen Kreuzer gewährte.

Daß eine derartige Politik nirgends Vertrauen erwerben konnte, ist nur allzu begreiflich. Die fremden Vertreter in Berlin, die dies sprunghafte Vorgehen hauptsächlich der Initiative des Kaiser zuschrieben, fragten sich, ob hinter diesen plötzlichen Aktionen tiefe Pläne verborgen seien oder ob sie mehr der leichten nervösen Erregbarkeit des Monarchen entsprängen; sie neigten meist der letzteren Ansicht zu [63]).

[63]) Rapport 271 nach einem Bericht Herbettes vom 5. März.

Auch in den nächsten Monaten blieb die allgemeine Lage unverändert. Die wachsende Entfremdung zwischen England und dem Dreibund beherrschte die Situation.

Nachdem England die völlige Okkupation Madagaskars durch Frankreich zugelassen, sich über Siam mit ihm leidlich verständigt hatte und mit Rußland über die afghanische Grenze einig geworden war, blieben immer noch die Zukunft des oberen Niltals, das Vordringen Rußlands in Nordchina und sein zunehmender Einfluß in Korea, sowie die türkischen Fragen als große Differenzpunkte übrig. Der dunkelste Punkt am Horizont war jetzt die Balkanfrage. In der Türkei wollte keine Reruhigung eintreten. Die armenischen Unruhen dauerten fort, Kreta erhob sich mit griechischer Unterstützung gegen die Herrschaft des Sultans, in Mazedonien gärte es. Hier schien ein Zusammenstoß der Großmächte damals am ehesten möglich. Deutschland bemühte sich, der bismarckschen Tradition gemäß, ihn zu verhüten. Es vertrat in Wien die Auffassung, man müsse der Entwicklung auf der Balkanhalbinsel, auch eventuellen Kämpfen der Balkanvölker untereinander, ruhig zusehen. Man könne sogar Rußland ruhig ins Mittelmeer kommen lassen, da dies Frankreich seiner Interessen in Syrien wegen sehr unbequem sein und vielleicht den Zweibund lockern, jedenfalls aber England auf den

Plan rufen werde. Erst wenn England sich ernstlich engagiert habe oder feste Verpflichtungen anbiete, dürften die Dreibundmächte sich rühren. Holstein meinte, England werde erst entgegenkommend werden, wenn es sehe, daß Deutschland die Meerengen nicht verteidige [64]).

[64]) Aufzeichnung Marschalls über eine Unterredung mit Szögenyi, 22. Jan. Große Politik 12, 4 u. 47- Ferner Aufzeichnung Holsteins, 16. Febr. Große Politik 12, 107 (der wichtige letzte Teil ist fortgelassen).

Graf Goluchowski billigte im allgemeinen diese Gesichtspunkte, solange es sich um eine Vergrößerung der einzelnen Balkanstaaten handle, die ihm höchst gleichgültig sei. Aber wenn Rußland in Rumänien einrücke, um gegen Konstantinopel zu marschieren, werde das für Österreich der Kriegsfall sein. Gegenüber dem deutschen Vorschläge, die Russen ruhig nach Konstantinopel kommen zu lassen, blieb er ablehnend. Auch meinten die österreichischen Staatsmänner, eine Abgrenzung von Interessensphären auf der Balkanhalbinsel habe deshalb keinen Wert, weil Rußland sie im Ernstfälle doch nicht respektieren werde, während der deutsche Kaiser dafür war, wenigstens einen Versuch in dieser Richtung zu machen [65]).

[65]) Eulenburg, 30. und 31. Januar. Große Politik 12, 9 u. 49. Lichnowsky, 29. Februar, mit Randbemerkung des Kaisers: „Na, den Versuch ist es wert!“ Große Politik 11, 116.

Es gelang schließlich, die kretische Frage notdürftig zu lösen, indem man der Insel eine autonome Stellung mit eigener Verfassung und Verwaltung unter türkischer Oberhoheit einräumte. Die mazedonische Frage hätte größere Verwicklungen hervorrufen können, wenn Rußland damals ein Interesse daran gehabt hätte, die Türkei weiter zu schwächen. Das war aber nicht der Fall. Man wußte in Petersburg von den in England eine Zeitlang erwogenen Teilungsplänen, fühlte sich aber offenbar nicht recht sicher, ob Rußland gut dabei fahren werde. Würde man ihm wirklich den Bosporus und die Dardanellen vollständig überlassen? Oder nur die nördlichere dieser Meerengen, wie Salisbury einmal angedeutet hatte, oder vielleicht nur das europäische Ufer? Und würde die Behauptung dieses weitabgelegenen Vorpostens ohne eine starke Flotte im Schwarzen Meere, die man noch nicht hatte, möglich sein? Es schien besser, die türkische Herrschaft, die verhältnismäßig am ungefährlichsten war, vorläufig bestehen zu lassen, und sogar zu stützen.

Der deutsche Kaiser regte im Sommer 1896 eine Verständigung zwischen Rußland und England in der Meerengenfrage auf der Grundlage völliger Schleifung aller Befestigungen und völlig freier Durchfahrt für die Kriegsschiffe aller Nationen ohne Veränderung des Territorialbestandes an. Salisbury erklärte sich damit einverstanden, machte aber darauf aufmerksam, daß Österreich dafür nicht zu haben sein werde, was der Kaiser zugeben mußte [66]). Auch der russische Ministerpräsident wurde sondiert, meinte aber, es sei wohl das Richtige, die Meerengen im Frieden allen Kriegsschiffen zu öffnen, im Kriege aber zu schließen. Die Furcht vor dem Eindringen einer englischen Flotte ins Schwarze Meer bei voller Öffnung der Meerengen blickte hindurch. Es zeigte sich immer deutlicher, daß die Lösung, die Rußland erstrebte, die Öffnung für Rußland und die Sperrung für alle anderen Mächte sei. Fürst Lobanow meinte damals, viel dringender und wichtiger erscheine es ihm, die Engländer aus Ägypten herauszubringen oder ihnen wenigstens die Beherrschung des Suezkanals zu entreißen. Deutschland und Rußland hätten hier das gleiche Interesse und müßten es gemeinsam gegen England verteidigen [67]).

[66]) Diktat des Kaisers über seine Unterredung mit Lascelles, 27. August 1896. Aufzeichnungen Marschalls vom 29. und 31. August. Große Politik 12, 52—56.

[67]) Bericht Eulenburgs über seine Unterredung mit Fürst Lobanow in Wien, 28. August. Große Politik 12, 56 f.

Diese Fragen blieben schwierig, aber sie waren nicht unmittelbar bedrohlich. Als der Zar im Herbst eine große Europareise antrat und mit dem Kaiser in Schlesien zusammentraf (5. September) wurde eine vollständige Übereinstimmung beider Regierungen in den orientalischen Fragen festgestellt. Erhaltung des Status quo und der Autorität des Sultans, der zugleich zur Erfüllung seiner Reformversprechungen genötigt werden sollte, waren die leitenden Gesichtspunkte. In seinen persönlichen Gesprächen mit dem Zaren suchte der Kaiser ihn wieder für das große Kontinentalbündnis zu gewinnen. Nicht nur gegen die gelbe Rasse, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten und ihre im Tarif Mac Kinleys bekündete wirtschaftliche Feindseligkeit müsse sich Europa zusammenschließen. Er sei jederzeit bereit, sich mit den Franzosen zur Verteidigung Europas zu einigen. Wenn England nicht mittun wolle, müsse der Kontinent allein die Sache in die Hand nehmen. Der Zar versprach, bei seinem geplanten Besuche in Paris diese Gedanken zu vertreten [68]). Ob er es

wirklich getan hat, als er im Oktober dorthin kam, muß indessen sehr zweifelhaft erscheinen. Als er auf der Rückreise aus Frankreich nochmals mit dem Kaiser zusammentraf, sagte er ihm beim Abschied in Wiesbaden (20. Oktober): „Ich kümmere mich nicht ein bißchen um Konstantinopel. Mein ganzes Interesse und meine Augen sind auf China gerichtet [69]).“ Mochte das auch ein wenig auf des Kaisers Wünsche zugeschnitten sein, die dem Zaren ja genugsam bekannt waren, so entsprach es doch auch im allgemeinen der damals von Rußland befolgten Politik, wie sie Fürst Lobanow eingeschlagen hatte und wie sie nach dessen Tode (30. August 1896) von Schischkin und später vom Grafen Murawieff weitergeführt wurde.

68) Aufzeichnung Marschalls über seine Unterredung mit Schischkin in Breslau, 7. September. Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 9. September (über seine Gespräche mit dem Zaren). Aufzeichnungen Hohenlohes, 10. Sep tember. Große Politik n, 357—362.

69) Aufzeichnung des Kaisers, 12. November 1896. Große Politik 12,221.

Diese Politik des Desinteressement auf dem Balkan äußerte sich auch darin, daß der Zar mit dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien, dem er so lange die Anerkennung verweigert hatte, seinen Frieden schloß, und ihn sogar in Petersburg empfing. In Berlin verfolgte man diese Entwicklung der Dinge mit Ruhe. Holstein meinte, da Rußland jetzt am Balkan zurück haltend sei, werde Österreich Zeit haben, seinen Einfluß in den dortigen Staaten, der durch eigene Schuld der Hofburg zurückgegangen sei, wieder zu stärken, namentlich wenn der Zar die neu gewonnene Suprematie über Bulgarien zu scharf ausnutzen sollte [70]).

70) Denkschrift Holsteins vom 16. Februar 1896. Große Politik 12, 107.

Rußland behielt diese Politik auch bei, als im Frühling 1897 eine neue Erhebung in Kreta entstand, deren Endziel die Vereinigung mit Griechenland war. Die griechische Regierung nahm bekanntlich für die Kreter Partei und eröffnete im April in Thessalien den Krieg gegen die Türken, der freilich höchst unglücklich verlief und die Griechen einige Grenzdistrikte sowie eine Kriegsentschädigung und den Verzicht auf jede Einmischung in Kreta kostete.

Während dieser Kämpfe zuckten auch in Mazedonien und Albanien mehrfach Aufstände empor. Jeden Augenblick schien der lange befürchtete allgemeine Zusammensturz der Türkei eintreten zu können.

Es gelang den Großmächten mit Mühe, den türkisch-griechischen Konflikt zu lokalisieren und die Aufrollung größerer Fragen zu verhindern. Da Österreich keine Gebietserweiterungen erstrebte, und auch Rußland aus den angeführten Gründen für Erhaltung der Türkei war, so konnten die beiden Hauptinteressenten sich ohne allzu große Schwierigkeiten einigen. Deutschland machte dabei den Vermittler. Der russische Botschafter in Wien, Graf Kapnist, erklärte, daß auch Rußland jeden Gedanken an Eroberungen von sich weise und kein Interesse an Gebiets veränderungen unter den Balkanstaaten habe, solange Konstantinopel und das umliegende Gebiet unberührt blieben. Rußland, sagte er, brauche diesen Portier in türkischer Kleidung an den Dardanellen, die unter keinen Umständen geöffnet werden dürften. Das Schwarze Meer müsse ein russisches mare clausum sein; ins Mittelmeer zu gehen, würde aber für Rußland eine große Dummheit sein. Er meinte, Bulgarien könne sich bis ans Ägäische Meer, Serbien bis zur Adria ausdehnen, Griechenland Saloniki erhalten, Rumänien mit Warna abgefunden werden [71]). Wir sehen hier schon den gleichen Verteilungsplan erscheinen, der 1912 wieder auf tauchte, aber zunächst nur als Eventualprogramm, falls der jetzige Zustand nicht zu erhalten sei.

[71]) Bericht Eulenburgs, 6. März 1897. Große Politik 12, 284 f.

Als Kaiser Franz Josef, begleitet von Göluchowski, selbst nach Petersburg kam, wurde hier ein förmliches Abkommen geschlossen. Beide Mächte verpflichteten sich, den bestehenden Zustand möglichst lange zu erhalten, wenn sich dies aber als unmöglich erweise, weder selbst Eroberungen zu erstreben, noch sie anderen Mächten zu gestatten. Bezüglich Konstantinopels und der Meerengen lehnte Österreich es ab, bestimmte Erklärungen zu geben, da es sich hier um eine europäische Frage handle, während Rußland sich mit den Festsetzungen der bestehenden Verträge zufrieden erklärte. Über die weiteren Zukunftsmöglichkeiten ergaben sich einige Differenzen. Österreich wünschte für den Fall der Auflösung der Türkei sein Recht auf volle Annexion von Bosnien-Herzegowina und Novibazar anerkannt zu sehen; Rußland behielt diesen Punkt einer späteren Verständigung vor und machte auf die Unbestimmtheit der

Grenzen des Sandschak aufmerksam. Österreich wünschte ferner festgestellt zu sehen, daß dann Albanien vom See von Skutari bis Jannina einen unabhängigen Staat bilden solle; auch dürfe keiner der Balkanstaaten so vergrößert werden, daß er ein starkes Übergewicht über die anderen erhalte. Rußland schob diese Einzelfragen einer künftigen Verhandlung zu, versprach aber Verständigung vor jedem entscheidenden Schritt. Die Übereinstimmung bestand also im wesentlichen darin, daß man die Türkei möglichst lange unversehrt erhalten wollte; was aus ihren einzelnen Teilen werden solle, falls es doch zum Auseinanderfall komme, darüber war man nicht ganz einig geworden, sondern hatte nur eine künftige Verständigung unter Ausschluß eigener Gebietserwerbungen in Aussicht genommen [72]).

[72]) Der Notenwechsel vom 8. und 17. Mai 1897 bei Pribram 1, 78. Dazu Holsteins Denkschrift vom 13. Juli 1897. Große Politik 12, 428 (unvollständig mitgeteilt).

Gemäß diesem Abkommen handelten Rußland und Österreich und deren Bundesgenossen Frankreich, Deutschland und Italien, in den kritischen Lagen dieses Jahres gemeinsam. Man trat für die Blockade Kretas, für die Lokalisierung des griechischen Krieges, für die Annahme der wichtigsten türkischen Bedingungen durch Griechenland nach seiner Niederlage, endlich für die Einrichtung einer internationalen Finanzkontrolle ein, damit Griechenland seine alten und neuen Schulden auch wirklich bezahle. Deutschland wirkte besonders eifrig für die Unterstützung der Türkei; es schlug sogar eine Blockade aller griechischen Häfen vor, um jede Unterstützung des kretischen Aufstandes unmöglich zu machen, stieß dabei aber auf Englands entschiedenen Widerspruch.

Überhaupt befolgte England eine von derjenigen der übrigen Mächte weit abweichende Politik. Es trat für Kreta und die Griechen, ebenso wie früher für die Armenier ein, also gegen die Interessen der Türkei. Salisbury hielt offenbar an seiner Meinung fest, daß die Türkei auf die Dauer nicht zu halten sei, und trug der öffentlichen Meinung Englands Rechnung, die durchaus für die christlichen Balkanvölker günstig war, in denen sie die Träger des Fortschritts und der Zivilisation gegenüber dem erstarrten und barbarischen Türkentum sah. Tiefere Pläne braucht man hinter seiner Haltung nicht mit Notwendigkeit zu suchen. Oder sollte er wirklich gewünscht haben, der Zusammenbruch möge möglichst bald erfolgen, Rußland Konstantinopel besetzen, Österreich ihm den Krieg erklären, wenn es geschlagen werde, den Dreibund zu

Hilfe rufen und so einen allgemeinen Krieg entfesseln? Sollte er beabsichtigt haben, während Europa für England die Meerengen verteidige, selbst im entscheidenden Moment die britische Flotte hinzuschicken und Rußland dann zu einer Verständigung zu nötigen, die seine eigenen Interessen wahre, die der Festlandmächte aber preisgebe? Der kluge Graf Hatzfeldt hielt es wenigstens nicht für ausgeschlossen [73]), und seine Stimme darf gewiß nicht unbeachtet bleiben. Aber vielleicht ging doch auch er in seinem Mißtrauen zu weit. Die englische Politik pflegt viel mehr von Fall zu Fall zu handeln, als sich so weitgehende künstliche Pläne zu erdenken, deren Ausführung doch immer unsicher bleibt.

[73]) Hatzfeldt, 12. Januar 1897. Große Politik 12, 69.

Jedenfalls war England in der Orientfrage völlig isoliert und mußte sich, wenn auch widerstrebend, schließlich in den wichtigeren Fragen den übrigen Mächten fügen. Das Kontinentalbündnis schien hier im Osten wirklich Kraft zu gewinnen und sich zu bewähren. Der Kaiser konnte stolz dem Zaren schreiben, man habe gesehen, daß, „wenn der ganze Kontinent in ungebrochener Front zusammenhält, die übrige Welt uns folgen muß, sogar der Stärkste“ [74]). Der Dreibund, der stillschweigend auf sechs Jahre erneuert wurde, da von keiner Seite eine Kündigung erfolgte, schien mit der russisch-französischen Gruppe zu einem festen Block vereinigt zu sein.

[74]) Brief vom 5. März 1897, Goetz 42.

Bei der Annäherung an den Zweibund lag aber, wie wir wissen, doch immer der Gedanke im Hintergründe, daß sie eigentlich nur bestimmt sei, England zu schrecken und zur Eingehung fester Abmachungen mit dem Dreibund zu drängen. Immer wieder sondierte man in London. Der Kaiser warf dem englischen Botschafter einmal die Bemerkung hin, Deutschland werde doch nicht alle seine Kolonien zugleich entwickeln können; es sei vielleicht am besten, nur eine zu behalten und die übrigen gegen Kohlenstationen mit England auszutauschen [75]). Hatzfeldt deutete bei Gelegenheit in London an, daß Deutschland immer noch bereit sei, ein fest formuliertes Bündnis zu schließen. Aber Salisbury meinte, wenn dies auch den englischen Interessen entsprechen möge, so stehe es doch im Gegensatz zur englischen Tradition [76]).

[75]) Aufzeichnung Marschalls, 24. November 1806. Große Politik 11, 385 u. 13, 7 (geteilt).

[76]) Hatzfeldt, 2. und 10. Dezember 1896. Große Politik 12, 66.

Herr v. Marschall war sich ganz klar darüber, daß der Kontinentalbund „für den Realpolitiker nicht ernst zu nehmen“ sei, wenigstens soweit aggressives Vorgehen gegen England in Frage komme. Eine gemeinsame Verteidigung einzelner von England bedrohter Interessen sei eher denkbar, namentlich die Verhinderung solcher britischer Pläne, die auf Verhetzung der Festlandmächte gegeneinander hinausliefen. Seine Hauptsorge blieb, das Zusammenarbeiten der Kontinentalmächte solange zu erhalten, „bis der gegenwärtige türkische Erdrutsch zu einem zeitweiligen Stillstand gebracht ist“. Dabei müsse man England stets die Möglichkeit zur Mitarbeit offen halten [77]). In Wien urteilte man noch viel skeptischer. Graf Goluchowski sagte, als der deutsche Botschafter den Gedanken des Kontinentalbundes erwähnte: „Ich würde niemals, niemals mich dazu hergeben.“ Denn Österreichs einziger Feind sei nun einmal Rußland [78]). Trotzdem hielt Deutschland daran fest, mit dieser Möglichkeit zu spielen und sie England gegenüber als eine ohne besondere Schwierigkeiten zu verwirklichende Kombination hinzustellen.

[77]) Erlaß an Radolin, 1. Februar 1897.

[78]) Eulenburg, 21. September 1896.

[79]) Rapport 285 nach einem Bericht des Herzogs von Noailles vom 18. Juni 1897.

An der allgemeinen Richtung der deutschen Politik wurde auch nichts geändert durch den Rücktritt des Freiherrn von Marschall, der im Juni 1897 aus innerpolitischen Gründen erfolgte. Er ging als Botschafter nach Konstantinopel, während an seine Stelle als Staatssekretär der bisherige Botschafter in Rom, Bernhard von Bülow trat. Bülow sagte sofort dem Vertreter Frankreichs, man müsse allmählich die „historische Schwierigkeit,“, die beide Länder trenne, zu vergessen suchen, und, wenn auch ohne stipulierten Vertrag, überall, wo man gleiche Interessen habe, einen Parallelismus der diplomatischen Aktion erstreben79). Er begleitete den Kaiser im August 1897 nach Peterhof, wo beide Herrscher abermals die volle Übereinstimmung ihrer Politik in den wichtigsten Fragen konstatierten [80]).

[80]) Heyking, 22. Aug. 1896. Große Politik 14, 34- Bülow an das Aus wärtige Amt, 17. August 1897. Große Politik 4, 69.

Hier kam nun zum ersten Male seit den Tagen von Schimonoseki auch die ostasiatische Frage wieder zur Besprechung. Wir wissen, daß schon damals Deutschlands Haltung mitbestimmt war durch den Wunsch, mit Rußlands Hilfe eine Kohlenstation an der chinesischen Küste zu erwerben. Der Zar hatte persönlich, wenn auch in wenig bestimmter Form, damals Unterstützung dieser Wünsche zugesagt. In Berlin hatte man inzwischen bestimmt Kiautschou ins Auge gefaßt, obwohl man wußte, daß dieser Hafen von China vorläufig den Russen zur Überwinterung ihres ostasiatischen Geschwaders zur Verfügung gestellt sei [81]). Als man immer genauere Nachrichten von den großen Vorteilen erhielt, die Rußland sich in Nordchina gesichert hatte, meldete man zunächst in allgemeiner Form seinen Anspruch bei China an unter Hinweis auf die Dienste, die Deutschland durch sein Eingreifen den Chinesen geleistet habe, zugleich aber mit der kaum verhüllten Drohung, daß man auch ohne Chinas Zustimmung vorgehen werde (19. Juni 1896) [82]). Auch die Form eines langfristigen Pachtvertrages ist damals bereits vorgeschlagen worden. Da aber Rußland tatsächlich die Bucht von Kiautschou besetzt hielt, ohne dort nach Chinas Versicherung dauernde Rechte erworben zu haben, brachte der Kaiser jetzt in Peterhof die Angelegenheit zur Sprache. Er erhielt die Antwort, daß der Zar auf diesen Hafen solange Wert legen müsse, wie er keinen anderen besitze, aber gegen die Mitbenutzung durch deutsche Schiffe keine Einwendung habe; sobald Rußland den Hafen räume, werde er dem vollständigen Übergang in deutsche Hand keine Hindernisse bereiten.

[81]) Bericht Gutschmids, 16. Dezember 1896.

[82]) Aufzeichnung Marschalls über seine Unterredung mit dem chinesischen Gesandten, 19. Juni 1896.
Große Politik 14, 27.

Im September ließ die deutsche Regierung nun in Petersburg mitteilen, sie gedenke von China die Zulassung deutscher Kriegsschiffe während des Winters zu verlangen, werde aber natürlich den russischen Befehlshaber von deren Eintreffen vorher verständigen [83]). Da kein Widerspruch erfolgte, wurde eine entsprechende Forderung in Peking gestellt; man wagte dort keine Einwendungen zu machen [84]).

[83]) Anweisung an Radolin, 9. September 1897. Große Politik 4, 60.

[84]) Erlaß an Heyking, 25. September; Bericht Heykings, 1. Oktober. Große Politik ii, 61 f.

Als nun aber im Oktober dem russischen Admiral das bevorstehende Eintreffen deutscher Schiffe mitgeteilt wurde, erklärte die russische Regierung, sie habe nicht eine bloße Anzeige, sondern vorherige Verständigung auf Grund der früheren Abmachungen erwartet [85]). Gleichzeitig erfuhr man durch den deutschen Gesandten in Peking, daß der Hafen im Geheimen auf 15 Jahre an Rußland mit dem Recht zum Bau von Hafenanlagen verpachtet sei [86]). Während in Berlin noch überlegt wurde, was nun zu tun sei, wurde das Gebäude der deutsch-katholischen Mission in Süd-Schantung von Chinesen überfallen; zwei Missionare fanden dabei den Tod (4- November). Sofort befahl der Kaiser, jetzt rücksichtslos vorzugehen; er wolle zeigen, daß er nicht mit sich spaßen lasse und daß es übel sei, ihn zum Feinde zu haben [87]). Der Reichskanzler ließ in Peking unerfüllbare Sühneforderungen stellen in der ausgesprochenen Absicht, „den Vorfall womöglich zur Besetzung von Kiautschou oder eines anderes Platzes auszunutzen“ [88]). Der Kaiser glaubte an einem Wendepunkt für unser ganzes Ansehen in Ostasien zu stehen und sah die Augen der ganzen Welt auf seine Entschlüsse gerichtet. Da ihm Hohenlohe vorgestellt hatte, daß nach den Besprechungen in Peterhof für eine dauernde Besitzergreifung von Kiautschou doch eine vorherige Verständigung mit Rußland nötig sei, entschloß er sich dazu, obwohl er es als erniedrigend empfand, daß das Deutsche Reich in Petersburg die Erlaubnis einholen solle, seine christlichen Schutzbefohlenen in China zu schützen oder zu rächen. Nur aus übergroßer Bescheidenheit habe man vor drei Jahren nicht sofort zugegriffen. Er telegraphierte sofort an den Zaren, erhielt aber nur die Antwort, dieser könne die Besetzung weder erlauben noch verbieten, da er zwar den Hafen benutzt, aber nicht erworben habe; er fürchte aber große Aufregung und Beunruhigung von diesem Schritte. Der Kaiser teilte diese Befürchtung nicht. Er befahl dem in Ostasien kommandierenden Admiral, nach Kiautschou abzufahren [89]).

[85]) Tschirschky, 14- Oktober. Große Politik 14, 62 f.

[86]) Heyking, 27. Oktober.

[87]) Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt, 6. November. Große Politik 14, 67.

[88]) Telegramm an Heyking, 7. November.

[89]) Telegramm des Kaisers an Bülow, 7. November. Große Politik 14,69.

Indessen war die russische Regierung trotz des recht unbestimmt gehaltenen Zarentelegrammes nicht gesonnen, Kiautschou einfach den Deutschen zu überlassen. Murawieff ließ in Berlin mitteilen, wenn deutsche Kriegsschiffe einführen, würden auch russische dies tun, da Rußland sich die Vorhand bei Überlassung dieses Hafens an eine fremde Macht gesichert habe. Er riet, sich mit einer anderweitigen Entschädigung für die Ermordung der Missionare zu begnügen, wozu China sich im Prinzip bereit erklärt hatte. Er meinte, auch England und Frankreich würden vielleicht Schiffe dahin entsenden [90]).

[90]) Immediatbericht des Unterstaatssekretärs v. Rotenhan, 10. November. Große Politik 14, 73- Telegraphische Antwort des Kaisers und Bericht Rotenhans an Bülow, 11. November. Große Politik 14- 77.

Unterstaatssekretär v. Rotenhan, der den abwesenden Bülow vertrat, erbat sich weitere Befehle, da ihm bekannt sei, daß der Kaiser einen Bruch mit Rußland nicht beabsichtige. Der Kaiser aber erklärte diese russische Einmischung für eine Unverschämtheit. Von einem Vorzugsrechte Rußlands sei ihm nie etwas gesagt worden; habe Rußland wirklich Rechte, so könne man sie ihm abkaufen. Die Befehle an die Flotte erhielt er aufrecht. Vor einem fait accompli, meinte er, werde sich Rußland schon beugen, und wegen Kiautschou bestimmt keinen Krieg anfangen, da es uns im Orient brauche. Hohenlohe wagte zwar einige schüchterne Vorstellungen, ob unser Handel in China nicht von Russen, Franzosen und Chinesen zu Englands Vorteil ruiniert werden könne, schlug aber Murawieff gegenüber sehr hohe Töne an; er müsse wohl falsch über die vorhergegangenen Abmachungen informiert sein. Der Kanzler fühlte sich aber doch recht unbehaglich in dieser Situation. Für den Fall, daß man Kiautschou doch wieder räumen müsse, faßte er die Besetzung eines anderen geeigneten Punktes, aber außerhalb der englischen Interessensphäre, ins Auge [91]). Am 14. November wurde Kiautschou von einem deutschen Geschwader unter Admiral v. Diederichs besetzt.

[91]) Immediatbericht Hohenlohes 11. November. Erlaß an Hatzfeldt, 13. November. Große Politik 14, 78 u. 81.

In der Tat protestierte Murawieff gegen die deutsche Auslegung des Zarentelegramms. Man sagte den Russen nun, ihre Schiffe könnten ja auch dort bleiben. Man wies sie darauf hin, daß Deutschland durch seine Haltung im Jahre 1895 die große Erweiterung der russischen Machtsphäre in Ostasien ermöglicht

habe, und nach dem Zarentelegramm habe annehmen müssen, daß Rußland keine Ansprüche auf den Besitz von Kiautschou erhebe. Jetzt könne man nicht mehr zurück [92]). Von China erhielt man die Nachricht, daß bindende Abmachungen mit Rußland über Kiautschou nicht beständen; Lihungtschang habe eigenmächtig die russische Besetzung dieses Hafens für den Fall eines Krieges zugestanden [93]).

[92]) Erklärung Murawieffs, 17. November. Immediatbericht v. 18. November. Denkschrift Holsteins, 21. November. Große Politik U, 90.

[93]) Heyking, 25. November.

Die Russen, die keinen Konflikt wünschten, lenkten schließlich ein. Der Verzicht wurde ihnen dadurch erleichtert, daß ihre Marinesachverständigen Kiautschou als zu abgelegen für einen dauernden Stützpunkt ihrer Flotte bezeichneten. Murawieff erklärte, die russische Flotte werde vorläufig Port Arthur besetzen und dort bis zur definitiven Verständigung über die neue Ordnung der Dinge bleiben. Er sagte, er selbst sei von der Loyalität des Deutschen Vorgehens überzeugt, wenn auch das schnelle gewaltsame Eingreifen auffällig sei; beim Zaren werde aber doch vielleicht ein Stachel Zurückbleiben [94]).

[94]) Radolin, 14. Dezember, vgl. Große Politik 14, 121. Erlaß an Halzfeldt, 19. Dezember. Große Politik 14, 127.

Von deutscher Seite wurde sofort volles Einverständnis mit der Besetzung Port Arthurs erklärt [95])), die noch Ende Dezember erfolgte. Der Kaiser sprach dem Zaren telegraphisch seine Freude über das erreichte Einverständnis aus. Rußland und Deutschland am Eingang des Gelben Meeres müßten als Vertreter von St. Georg und St. Michael das Heilige Kreuz im Osten schützen. Er verhieß von neuem seine volle Unterstützung für die weiteren großen Pläne des Zaren [96]). Dies Anerbieten wurde sofort ausgenützt, indem Rußland für die Unterstützung der deutschen Forderungen an China die Anerkennung der Mandschurei, des chinesischen Turkestan und der Provinz Petschili als russischer Interessensphäre verlangte; deutsche Militärinstrukteure sollten dort nicht zur Verwendung kommen dürfen. Nur das letztere wurde zugestanden, die weiteren Forderungen nicht direkt angenommen, aber auch nicht abgelehnt [97]).

[95]) Bülow an Osten-Sacken, 17. Dezember. Große Politik 14, 122.

[96]) Telegramm des Kaisers an den Zaren vom 19. Dezember. „May You be able fully to realise the plans You often unrolled to me. My sympathy and help shall not fail in case of need.“ Große Politik ii, 129.

[97]) Mitteilung Osten-Sackens, 2. Januar 1898. Aufzeichnung Bülows, 2. Januar. Erlaß an Radolin, 3. Januar. Große Politik 14, 134 f.

Bei aller Unterstützung der russischen Ausdehnungspolitik behielt aber Deutschland immer den Gesichtspunkt im Auge, daß Japan nicht zu sehr geschwächt werden dürfe, da man es wohl einmal als Bundesgenossen brauchen könne, und da Rußland und Frankreich um so mehr auf ein Zusammengehen mit uns angewiesen seien, je unbequemer ihnen die Japaner würden [98]).

[98]) Aufzeichnung Bülows, 2. Januar 1898. Große Politik 14, 135.

China machte noch einige Ausflüchte und behauptete, auch England und Japan hätten je einen Hafen verlangt, wenn Deutschland einen bekomme. Man sagte ferner in Peking, Rußland habe Anfang Dezember seine Unterstützung gegen Deutschland in Aussicht gestellt gegen Überlassung von Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen in den nördlichen Provinzen und Anstellung russischer Militär-Instrukteure [99]). Ob dies der Wahrheit entsprach, bleibe dahingestellt; undenkbar ist es nicht. Schließlich gaben die Chinesen nach; die Sühneforderungen wurden bewilligt, Kiautschou durch den Vertrag vom 6. März 1898 mit allen Hoheitsrechten an Deutschland verpachtet und in den benachbaren Gebieten von Schantung wichtige Bergwerks- und Bahnkonzessionen eingeräumt. Bekanntlich erhielt Rußland als Kompensation nicht nur Port Arthur, sondern auch Talienwan, England Weihaiwei und eine Erweiterung seines Gebietes bei Hongkong und Frankreich die Bucht von Kuangtschou in Südchina. Nur Japan ging leer aus.

[99]) Heyking, 16. Dezember 1897. Große Politik 14, 123.

Der schnelle Zugriff Deutschlands hatte einen momentanen Erfolg erzielt, ohne die Beziehungen zu Rußland dauernd zu stören. Immerhin sah man in Petersburg offenbar Deutschlands Festsetzung in Ostasien nicht gern, und es hatte einen Augenblick geschienen, als werde ein Konflikt daraus entstehen. Gewiß eine Warnung, sich auf Rußlands Wohlwollen nicht allzu fest zu verlassen. Ob diese Erwerbung auf die Dauer eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der Gesamtlage Deutschlands bedeuten werde, mußte sich erst zeigen. Die Reibungsfächen waren jedenfalls vermehrt, ein weit abgelegenes, im Kriegsfall

ohne die Hilfe einer der Nachbarmächte kaum zu verteidigendes Gebiet gewonnen, allerdings solange der Frieden erhalten blieb, ein guter Rückhalt für unseren Handel und unser Ansehen im fernen Osten.

5. Chamberlains Bündnisangebot (1898)

Jahrelang hatte Deutschland um ein Bündnis mit England geworben, aber die Sprödigkeit des Inselreiches, das sich durch keine Allianzen binden wollte, weder durch Liebenswürdigkeit noch durch Kokettieren mit anderen zu überwinden vermocht. Da verwandelte sich mit einem Male der bisher umworbene Teil in den werbenden. Großbritannien bot dem Deutsche Reiche ein Bündnis an.

Noch gegen Ende des Jahres 1897 war das gegenseitige Verhältnis unverändert. Als Rußland ernste Schwierigkeiten wegen Kiautschou machen zu wollen schien, glaubte Bülow, es schöpfe die Ermutigung zum Widerspruch aus dem Umstande, daß unser Verhältnis zu England schlecht sei. Er hielt es daher für richtig, Hatzfeldt zu behutsamer Sondierung anzuweisen, ob nicht eine kleine, wenn auch allmähliche Annäherung möglich sei, „die ja von uns ohnehin nie aus den Augen gelassen worden ist“. Er sollte andeuten, daß ein von Rußland erzwungener Verzicht auf Kiautschou uns veranlassen könne, einen südlicher, also in der englischen Interessensphäre gelegenen chinesischen Hafen als Ersatz zu nehmen. Am liebsten wäre es Bülow gewesen, ein nach außen hin sichtbares Entgegenkommen Englands, etwa in Samoa, zu erreichen, das sich zum Druck auf Rußland hätte verwerten lassen [1]). Offenbar rechnete man stark mit dem Wunsche Englands, aus der Isolierung, die sich doch manchmal recht unangenehm fühlbar gemacht hatte, herauszukommen. Zur Verstärkung der Lockung wollte man durchblicken lassen, Rußland habe ein Bündnis gegen England angeboten, obwohl man sich nur auf eine ganz unverbindliche Privatäußerung des Generals Obrutschew zu Bülow während des Zarenbesuches in Homburg stützen konnte [2]).

[1]) Erlasse an Hatzfeldt, 13. und 16. November 1897. Große Politik M, 81 u. 86.

[2]) Bülow an das Auswärtige Amt, 13. September. Große Politik 13, 88. Obrutschew hatte danach allerdings durchblicken lassen, daß er im Auftrage des Grafen Murawieff spreche. Sein Vorschlag ging auf ein Bündnis der Kontinentalmächte zum Schutz des Status quo zunächst auf drei Jahre. Ferner Hatzfeldt an Holstein, 18. November, Bülow an

Holstein, 19. November, Erlaß an Hatzfeldt, 19. November. Große Politik 13, 90 und 14, 94.

Der Botschafter hielt es für klug, die Anknüpfung in der Weise einzuleiten, daß er Salisbury Deutschlands Unterstützung anbot, falls England gegen die eben vom Senat in Washington genehmigte Annexion Hawaiis durch die Vereinigten Staaten Einspruch erheben sollte; dafür erwarte man eine Konzession in der Samoafrage als angemessene Gegenleistung. Das seit 1889 bestehende gemeinsame Protektorat Englands, Amerikas und Deutschlands über diese Inselgruppe hatte zweifellos starke Schattenseiten, und es war zu befürchten, daß die Vereinigten Staaten nach der Annexion Hawaiis ihre Rechte stärker betonen würden, um ihren Einfluß in der Südsee zu vergrößern. Salisbury zeigte aber geringes Interesse für Hawaii, da er offenbar keine Lust hatte, sich mit Amerika schlecht zu stellen. Hatzfeldt meinte nun, er habe das nur vorgeschlagen, um überhaupt irgendwo in der Welt wieder einmal ein Zusammengehen Deutschlands und Englands zu ermöglichen und lenkte dann allmählich auf Ostasien hinüber. Salisbury sagte jedoch nichts weiter, als daß er persönlich gegen die deutsche Besitzergreifung von Kiautschou keine Bedenken habe, falls der Punkt, worüber er sich erst unterrichten müsse, wirklich nicht in der englischen Interessensphäre liege. Hatzfeldt deutete ihm an, daß Deutschland, wenn es keine Unterstützung bei England finde, zu weitgehenden Konzessionen an Rußland in Ostasien gezwungen sein könne, was dem englischen Minister nicht angenehm zu sein schien [3]).

[3]) Hatzfeldt, 17. November; Privatschreiben an Holstein, 18. November. Große Politik ii, 92—94.

Übrigens warnte Hatzfeldt seine Regierung wiederum dringend, die deutsche Politik nicht endgültig im russischen Sinne festzulegen. Der Nachteil einer solchen Bindung könne durch den Besitz von halb China nicht aufgewogen werden. Lieber möge man England in Transvaal und der Delagoa-Bai einiges Entgegenkommen zeigen. Er ahnte offenbar nicht, wie stark wir schon im russischen Kielwasser schwammen.

Bei späteren Unterredungen zeigte sich Salisbury zu Vereinbarungen über die Grenzen im Hinterland von Togo bereit, auch zu einem Austausch der britischen Rechte in Samoa gegen Deutsch-Neu-Guinea oder andere deutsche Besitzungen. Hatzfeldt suchte ihm klar zu machen, daß jede freundschaftliche

Verständigung das Verhältnis bessern und auf Europa zurückwirken werde. Aber Salisbury wies bitter auf das Krüger-Telegramm und Deutschlands Haltung in Zansibar hin. Hatzfeldt hatte den Eindruck, daß auf ein besonderes Entgegenkommen nicht zu zählen sei, wenn man etwa in Ostasien Schwierigkeiten habe, unter Umständen eher auf ein Zusammengehen Englands mit Rußland und Frankreich [4]).

[4]) Hatzfeldt, 20. November und 11. Dezember 1897. Große Politik 14, 96 u. 116.

Nachdem aber die Kiautschoufrage gelöst, das für England wenig angenehme Einvernehmen Deutschlands mit Rußland neu befestigt war, Rußland und Frankreich ihren Besitz in China erweitert hatten, tat die englische Regierung von sich aus plötzlich einen Schritt zur Annäherung.

Freilich war es nicht der vorsichtige und zähe Lord Salisbury, von dem diese Wendung ausging. Er hielt im Grunde auch weiter an der alten Vorstellung fest, daß England allein stark genug sei und es nicht nötig habe, seine Bewegungsfreiheit durch Bündnisse einzuengen. Aber im Ministerium hatte eine Gruppe die Oberhand gewonnen, die anders dachte; ihr Führer war der Kolonialminister Josef Chamberlain, einer der ideenreichsten und weitblickendsten Staatsmänner, die England seit Beaconsfield gehabt hat. Er galt im allgemeinen nicht als deutschfreundlich; er stand mit Cecil Rhodes in enger Verbindung und hat sicherlich das Eintreten Deutschlands für die Burenstaaten höchst unangenehm empfunden.

Wahrscheinlich hat aber gerade seine Ausdehnungspolitik in Afrika ihn zu dem Versuch bestimmt, sich Deutschland zu nähern. In Westafrika konnte man mit Frankreich über die Abgrenzung der Interessensphären im Nigergebiet nicht einig werden. Die englische Sudan-Expedition sollte in diesem Jahre Chartum erreichen; ein Zusammenstoß mit den Franzosen schien nicht unwahrscheinlich, denn man wußte in London, daß auch Major Marchand mit seiner Expedition auf dem Wege nach dem oberen Niltal war, und hatte bereits im Dezember 1897 in Paris mitteilen lassen, daß England dort keiner anderen Macht das Recht zu Besitzergreifungen zugestehen könne. Eine endgültige Abrechnung mit den Burenstaaten wird Chamberlain damals auch bereits ins Auge gefaßt haben. Ferner bereitete sich der Kampf zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien um Kuba vor, der leicht nach Ostasien hinübergreifen und englische Interessen berühren konnte. Es war daher sicherlich wünschenswert zu

wissen, was man bei den hieraus sich ergebenden Konfliktsmöglichkeiten von Deutschland zu erwarten haben werde.

Nachdem schon im Februar mehrfach vertrauliche Unterhaltungen zwischen Chamberlain und Hatzfeldt stattgefunden hatten, trat der Kolonialminister Ende März mit greifbaren Vorschlägen heraus. Außer ihm war noch Lord Balfour an den Besprechungen beteiligt. Beide Minister versicherten, daß sie auf Grund eines Kabinettsbeschlusses, also im offiziellen Auftrag der Regierung, sprächen [5]).

[5]) Vgl. hierzu Frhr. v. Eckardstein, Lebenserinnerungen, 1, 292 f. Hatzfeldt, 29. März, 1., 5., 7., 23., 26. April 1898. Große Politik 14, 196—221.

Der Kern ihrer Ausführungen war: England kann in seiner bisherigen Isolierung nicht bleiben; es sucht Alliierte, die mit ihm für Erhaltung des Friedens eintreten. Deutschland und England haben zwar allerlei kleine koloniale Reibungen, aber eigentlich keine großen divergierenden Interessen. Wenn Deutschland jetzt zu England steht, so wird England bereit sein, ihm beizustehen, wenn es angegriffen werden sollte. Das würde einem Beitritt zum Dreibunde gleichkommen. Alles nähere müsse durch einen Vertrag festgesteilt werden, für den Deutschland seine Bedingungen zu formulieren haben werde. Die von Hatzfeldt geäußerte Befürchtung, daß England schließlich seinen Verbündeten im Ernstfall doch im Stiche lassen könne, bezeichnete Chamberlain als unbegründet. Er gab zu, daß der Vertrag, um auf die Dauer bindend zu sein, vom Parlament genehmigt werden müsse, und hatte keinen Zweifel an bereitwilliger Annahme. Balfour äußerte sich über diesen Punkt etwas skeptischer. Um den Verdacht zu entkräften, den der Botschafter durchblicken ließ, als wolle England uns nur in einen Konflikt mit Rußland treiben, versicherte Chamberlain ausdrücklich, man sei bereit, Port Arthur, Talienwan und die ganze Mandschurei als russisches Einflußgebiet anzuerkennen, wolle allerdings gegen weiteres russisches Vordringen nach Süden gesichert sein. Bis eine allgemeine Verständigung erfolge, könne man durch Entgegenkommen in kleineren Fragen die Beziehungen allmählich verbessern und die öffentliche Meinung vorbereiten. Sollte die für England natürliche Allianz mit Deutschland nicht zu erreichen sein, sagte Chamberlain schließlich, so sei auch eine Verständigung mit Frankreich und Rußland nicht unmöglich. Mit Rußland habe man nur in Ostasien

und an der indischen Grenze direkte Streitpunkte. Mit Frankreich werde man eventuell so verfahren, daß beide Teile ihre Ansprüche über die ganze Erde hin formulierten und dann durch gegenseitige Konzessionen ausglichen.

Er legt also seine Karten offen auf den Tisch, wie dies seiner der diplomatischen Geheimniskrämerei abgeneigten Sinnesart entsprach. Hatzfeldt fand diese ganze Art, Politik zu treiben, vom Standpunkt der alten Kabinettsdiplomatie aus etwas dilettantisch, stürmisch und unüberlegt. Er nannte Chamberlain hochmütig einen „naiven Anfänger“, sicherlich mit Unrecht. Es war das Verfahren eines umsichtigen, erfahrenen Geschäftsmannes, der mit einem großen Konkurrenten eine Fusion der Interessen herbeizuführen sucht, bevor er sich zur rüchtsichtslosen Aufnahme des Kampfes entscheidet. Der Botschafter verhielt sich meist zuhörend, machte nur kleine Einwürfe und berichtete sorgfältig nach Berlin.

Hier erkannte man durchaus den Ernst der damit notwendig gewordenen Entscheidung [6]). Der erste Gedanke war natürlich, daß ein nicht vom Parlament genehmigter Vertrag nur die gerade bestehende Regierung binde und durch deren Sturz gerade dann unwirksam gemacht werden könne, wenn man die Verpflichtungen einkassieren wolle. Dies Bedenken hielt man durch Chamberlains Angebot parlamentarischer Genehmigung nicht für völlig erledigt. Denn bei der feindseligen Stimmung der englischen Öffentlichkeit gegen Deutschland sei die Genehmigung sehr unsicher, mindestens scharfe Opposition im Parlament zu erwarten.

[6]) Erlasse an Hatzfeldt, 30. März und 3. April. Große Politik ii, 199 u. 204.

Man fragte sich, was denn geschehen werde, wenn der Vertrag zwischen den Regierungen vereinbart und veröffentlicht werde, das Parlament ihn aber ablehne? Dann sind wir, sagte Bülow, Rußland gegenüber unheilbar kompromittiert. Schon bei einer früheren Gelegenheit hatte Rußland in Berlin warnend sagen lassen, „die einzige Gefahr für den Frieden werde es sein, wenn man die Überzeugung gewinne, daß Deutschland mit England zu einer festen, das Gleichgewicht bedrohenden Abmachung gelangt wäre“ [7]). Vielleicht würde sich also Rußland getrieben fühlen, schnell mit Frankreich zusammen gegen Deutschland loszuschlagen, bevor der eben mißlungene Versuch mit besserem Erfolge erneuert werden könne. Einem solchen Kampf könnte

England dann, nunmehr ungebunden, ruhig zusehen, um später den Schiedsrichter zu spielen. Gegen die russische Armee an unserer Ostgrenze könnten uns außerdem die englischen Panzerschiffe wenig helfen. Durfte man ein solches Risiko auf sich nehmen? Lag ein zwingender Grund dazu vor? Bülow meinte, was die Zukunft auch bringen möge, augenblicklich sehe sich Deutschland jedenfalls keiner nahen oder überhaupt nur sichtbaren Gefahr gegenüber und habe daher keinen Grund, „das Hasardspiel der Vertragsschließung zu wagen“. Anders werde es sein, wenn England sich erst überzeugt habe, daß es die französisch-russische Entente nicht lockern und ohne eigenen Einsatz nichts gewinnen könne. Auch die deutsche öffentliche Meinung sei noch zu antienglisch gestimmt; vielleicht werde sich auch das ändern, wenn Frankreich und Rußland immer näher aneinander rückten und England die daraus entspringende Gefahr stärker empfinde. Daher müsse man das Bündnis als eine wünschenswerte Zukunftsmöglichkeit im Auge behalten, sein späteres Zustandekommen nicht durch schroffe Behandlung von Einzelstreitfällen gefährden, aber sich nicht jetzt schon ohne Not in die vorderste Kampffront schieben lassen. Holstein äußerte die Befürchtung, man werde durch Anschluß an die englische Politik schließlich auch in Gegensatz zu Österreich gebracht werden und den Dreibund gefährden. Die paar kolonialen Zugeständnisse, meinte er, stellten wohl den Preis dar, den England uns für einen Krieg gegen Rußland zahlen wolle. Das sei zu billig. Er faßte seine persönliche Ansicht dahin zusammen, daß die Möglichkeit des Bündnisses erst dann eintrete, wenn „i. Rußland uns bedroht, 2. England weniger breitspurig auftritt als heute“ [8]).

[7]) Radolin, 23. Juni 1896

.

[8]) Bemerkungen Holsteins zu Hatzfeldts Bericht v. 26. April. Große Politik 14, 226.

Auch der Kaiser selbst äußerte sich skeptisch. England habe an Bündniswert für uns eingebüßt, seit es seine Politik ganz auf asiatische und afrikanische Fragen eingestellt und das Interesse an europäischen Dingen, selbst an der Erhaltung der Türkei verloren habe. „Der Niger und der Golf von Petschili bekümmern uns weniger als Elsaß-Lothringen.“ Das russisch-französische Bündnis werde noch enger werden, wenn wir uns England anschlössen. „Sollte das englische Anlehnungsbedürfnis sich künftig auch auf europäische Fragen richten, so können wir ihm näher treten als jetzt.“ Man dürfe aber, meinte er, Englands Hoffnung auf ein Bündnis mit uns nicht erkalten lassen. „Durch

ein uns freundlich gesinntes England behalten wir eine Karte mehr gegen Rußland in der Hand und haben daneben Aussicht, von England koloniale und Handels Vertragsvorteile zu erlangen.“ Weise man das Angebot direkt zurück, so sei „bei dem rabiaten Gemütszustand des englischen Kabinetts“ eine Schwenkung desselben zu Frankreich hinüber nicht ausgeschlossen [9]).

[9]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, io. April; Große Politik 14, 217 (nach Kenntnisnahme des zusammen lassenden, speziell für ihn bestimmten Berichtes Hatzfeldts vom 7. April).

Bülow ließ also den Engländern raten, ihren alten Vertrag mit Italien und Österreich über die Mittelmeerfragen zu erneuern, zugleich aber andeuten, daß Deutschland schon für eine Neutralität in einem englisch-russischen Kriege, die genügen werde, Frankreichs Schwert in der Scheide zu halten, angemessene Kompensationen erwarte. Deutschland wünsche gewiß keinen Krieg: „Wir haben es uns angelegen sein lassen, jedem Krieg, gleichviel von Wem und gegen Wen, mit aller Anstrengung und auch ziemlich ausnahmslos mit Erfolg vorzubeugen“; vielmehr könne uns eine englisch-russische Verständigung nur willkommen sein, weil sie das französische Bündnis für Rußland entbehrlicher mache[10]).

[10]) Erlaß an Hatzfeldt, 24. April. Große Politik 14, 218.

Dem Rate, sich wieder mit Österreich und Italien zu verbinden, setzte Chamberlain die Abneigung der öffentlichen Meinung Englands gegen eine Garantie des türkischen Besitzstandes, wie sie Österreich erstrebe, als Bedenken entgegen. Nicht auf diese Staaten komme es England an, sondern auf Deutschland; die anderen würden dann von selbst folgen. Auch wies er nochmals eindringlich auf die Möglichkeit einer Verständi gung mit Rußland und Frankreich hin[11]).

[11]) Hatzfeldt, 26. April. Große Politik i/t, 221.

Bülow zog Ende April folgendes Schlußergebnis: Chamberlain will eine Art Meistbietungsverfahren zwischen Deutschland und Frankreich einleiten und gibt dabei Deutschland die Chance des ersten Bieters. Da aber Frankreich sich durch keinen noch so hohen Preis bestimmen lassen wird, irgendetwas gegen Rußland zu tun, so kann er ruhig den Versuch in Paris unternehmen und wird dann einsehen müssen, daß es eine Illusion ist, wenn England glaubt, die Wahl des Verbündeten zu haben. Hat man das in London erst erkannt, oder werden wir von Rußland her

ernstlich bedroht, dann wird es Zeit sein, weiter über die Sache zu reden [12]).

[12]) Erlaß an Hatzfeldt, 30. April. Große Politik 14, 227.

Demgemäß richtete Graf Hatzfeldt seine weitere Sprache auch gegenüber dem inzwischen vom Urlaub zurückgekehrten Premierminister so ein, daß sie nicht jede Hoffnung auf künftige Verständigung ausschloß, aber jede augenblickliche Bindung vermied. Auch Salisbury selbst meinte, Bündnisverträge, die lange vor Eintritt des eigentlichen Bündnisfalles geschlossen würden, stellten sich später nicht immer als wirksam heraus. Aus parlamentarischen Gründen, sagte er mit offener Polemik gegen Chamberlains Pläne, sei ein bindendes Abkommen mit einer fremden Macht unmöglich. In dieser Unterredung fielen auch von seiner Seite die Worte: „Sie verlangen zu viel für ihre Freundschaft.“

Hatzfeldt hatte den Eindruck, daß der Premierminister, obwohl auch er mit einer Annäherung einverstanden sei, Chamberlains stürmisches Vorgehen von Anfang an für aussichtslos gehalten habe, namentlich gegen jede Provokation Rußlands in Ostasien sei. Zugleich warnte er aber eindringlich davor, von England Konzessionen oder Gefälligkeiten zu erwarten, wenn man ihm die Hoffnung auf ein dauerndes Zusammengehen in weltpolitischen Fragen endgültig nehme[13]).

[13]) Hatzfeldt, 12. und M. Mai. Große Politik 14, 229 u. 230 Anm.

War es Absicht oder Zufall, daß unmittelbar nach den doch recht kühlen Bemerkungen Salisburys Chamberlain öffentlich das Wort ergriff, um die Stimmung des Landes für seine Pläne zu gewinnen? In Birmingham hielt er am 13. Mai eine Rede, in der er ziemlich deutlich sagte, daß nach seiner Ansicht Englands Interesse außer guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein Bündnis mit Deutschland erfordere. Die großen Interessen Englands in China, sagte er, könnten gegen Rußland nicht ohne einen Verbündeten verteidigt werden. Darum dürfe man nicht den Gedanken eines Bündnisses mit jenen Mächten zurückweisen, deren Interessen mit denen Englands gleichartig seien.

Hatzfeldt benutzte diese Äußerungen, um noch einmal bei Salisbury anzuklopfen. Vorsichtig regte er nur gegenseitiges Entgegenkommen in kleineren Fragen an. Der Minister erklärte sein Einverständnis, fügte aber hinzu, England könne nicht immer

der gebende Teil sein. Der Botschafter erwiderte, England habe doch in kolonialer Beziehung so ziemlich alles, wir sehr wenig. Darum könne es hier leichter etwas abgeben als wir. Es schicke sich jetzt an, die letzten noch verfügbaren Teile der Erde seinem Reiche einzuverleiben und könne doch Deutschland in einem angemessenen Verhältnis an seinen Gewinnen teilnehmen lassen. Aber Salisbury schwieg, wie Hatzfeldt meinte, weil er, von Frankreich und Rußland mißtrauisch gemacht, unerschwingliche koloniale Forderungen Deutschlands fürchte [14]).

[14]) Hatzfeldt, 20. Mai. Große Politik M, 235. Lichnowsky, 23. Mai.

Dem österreichischen Botschafter gegenüber sagte Salisbury, die Rede Chamberlains sei ein ballon d'essay gewesen. Übrigens sei die Ansicht, als entspreche der Abschluß einer Allianz den englischen Traditionen nicht, unrichtig, wie Englands Bündnis mit Frankreich in der Zeit des Krimkrieges beweise. Er deutete auch an, daß er zu einer kolonialen Verständigung mit Deutschland bereit sei, wenn man dort nicht zuviel verlange [15]).

[15]) Hatzfeldt, 22. Mai. Große Politik M, 239 Anm.

Vergeblich versuchte Hatzfeldt bestimmtere koloniale Angebote von England herauszulocken. Sein Eindruck blieb, daß man dort die Annäherung wünsche, daß aber zwischen Salisbury und Chamberlain keine volle sachliche Übereinstimmung und starke persönliche Rivalität bestehe. Salisbury, meinte er, wünsche mehr eine Verständigung zur Erhaltung des Friedens, während bei Chamberlain immer der Wunsch mitspreche, uns in Ostasien zum Helfer gegen Rußland zu gewinnen. Wenn man zur Überzeugung gelange, daß von Deutschland nichts zu hoffen sei, werde die Enttäuschung groß sein, die englische Politik werde aber wohl ihre allgemeine Richtung nicht ändern, solange man nicht glaube, daß wir uns an die gegnerische Gruppe fest gebunden hätten. Als seine Aufgabe betrachte er, „die mir hier entgegentretenden Bemühungen um eine Allianz mit Deutschland freundlich aber dilatorisch zu behandeln und gleichzeitig darauf hinzuwirken, daß eine spätere Verständigung offen bleibt“ [16]).

[16]) Hatzfeldt, 2. und 3. Juni. Große Politik 14, 240 f.

Der Kaiser erklärte sein Einverständnis mit diesen Richtlinien, gab aber in seinen Randbemerkungen seinem unwilligen Erstaunen Ausdruck, daß England immer bestimmte Antworten und Zusagen von uns erwarte, während es doch noch gar nichts

Bestimmtes angeboten habe. Wie könne Salisbury fürchten, von uns überfordert zu werden, „wenn er uns nichts anbietet oder fragt“ [17])?

[17]) Randbemerkung zu Hatzfeldts Bericht vom 3. Juni.

Man war offenbar auf einem toten Punkte angelangt. Kein Teil wollte weiter mit der Sprache heraus. Da tat der Kaiser persönlich, wie es scheint, ohne irgendeinen Rat einzuholen, einen höchst gewagten Schritt.

Am 30. Mai 1898 schrieb er dem Zaren, dreimal habe England ihm in den letzten Wochen ein Bündnis nahegelegt, zuletzt mit Stellung einer kurzen Frist für die Antwort, unter ungeheuren Anerbietungen, die seinem Lande eine glänzende Zukunft eröffneten. Bevor er antworte, wolle er den Zaren als seinen Freund unterrichten, da es sich um eine Frage über Leben und Tod handle. Da der Dreibund, Japan und die Vereinigten Staaten beteiligt werden sollten, könne das Bündnis nur gegen Rußland gerichtet sein. „Nun bitte ich Dich, als meinen alten und vertrauten Freund, mir zu sagen, was Du mir bieten kannst und tun willst, wenn ich ablehne.“ Er deutete an, auch Frankreich könne in eine etwa vom Zaren gewünschte Kombination hineingezogen werden [18]).

[18]) Goetz, S. 50 f.

Also der alte Gedanke des Kontinentalbundes sollte unter dem Druck der Gefahr eines deutsch-englischen Bündnisses zur schnellen vertragsmäßigen Verwirklichung gebracht werden. Die uns gemachten Anerbietungen wurden nicht näher bezeichnet, aber andeutungsweise in Dimensionen vergrößert, die sie sicherlich nicht gehabt haben. Beklagte sich doch der Kaiser selbst gleichzeitig darüber, daß England durchaus nicht sagen wolle, was es biete! Das englische Bündnis, das wir vorläufig wenigstens nicht anzunehmen bereits entschlossen waren, sollte uns doch als Waffe dienen, um die zurückhaltende russische Politik zu vertragsmäßiger Bindung zu nötigen. Oder wollte der Kaiser vielleicht nur ein russisches Angebot extrahieren, um damit auf England drücken zu können?

Es ist eine undatierte Aufzeichnung des Kaisers vorhanden, die wohl kurz vor Absendung dieses Briefes niedergeschrieben ist [19]). Er sucht sich darin die Motive und Chancen des englischen Angebotes klarzumachen. Als erste Möglichkeit erscheint es ihm,

daß der Antrag aus der Besorgnis vor den Folgen des eben verabschiedeten deutschen Flottengesetzes hervorgegangen sei, da in Zukunft die deutsche Flotte im Verein mit anderen selbst für England gefährlich werden könne. „Daher die Absicht, uns entweder zum Bündnis zu zwingen oder, wie seinerzeit Holland, zu vernichten, ehe wir stark genug geworden sind.“ Oder aber, das Angebot sei ehrlich gemeint. Dann wäre die Annahme für die Zukunft ausgezeichnet, unser kolossaler Handel gesichert. „Wie lange Rußland — Gallien vor solcher Kombination aus Angst Frieden halten werden, ist immerhin fraglich, doch nicht unmöglich. Andererseits, weisen wir England ab, und gelingt eine feste Verbindung mit Rußland — was Vorbedingung für die Abweisung ist —, so kann England Gallien absprengen und uns mit ihm erdrücken, vor allem unseren ganzen Handel total zerstören, da er jetzt noch schutzlos, und Rußland ihn nicht schützen helfen kann. Dagegen auf dem Lande würden wir unsere ganze Heeresmacht, eventuell von Rußland verstärkt, vernichtend auf Gallien werfen können und unser Reich retten.“

[19]) Dem Auswärtigen Amt am 31. Mai abschriftlich vorgelegt. Große Politik 14, 239.

Wir sehen hier das Motiv für den Brief an den Zaren emportauchen. Man muß erst wissen, ob mit Rußland ein festes Bündnis überhaupt zu haben ist, bevor man sich über das englische Angebot endgültig entscheiden kann. Ist dies unmöglich, so darf man England keinesfalls ganz abweisen; ist es erreichbar, so sind die Chancen der einen oder anderen Verbindung immer noch schwer gegeneinander abzuwiegen. Bei der Schwierigkeit der Entscheidung wollte der Kaiser offenbar wenigstens über diesen einen Punkt Klarheit gewinnen und griff daher zu dem bedenklichen Mittel, durch eine mit Übertreibungen gemischte Indiskretion bestimmte Äußerungen des Zaren hervorzulocken. An die Wirkung eines russischen Bündnisses auf Österreich und den Dreibund scheint er im Augenblick nicht gedacht zu haben.

Bereits am 3. Juni erwiderte der Zar, der Kaiser müsse selbst wissen, was er in dieser schwierigen Frage zu tun habe, zumal, da ja nicht gesagt sei, worin die Anerbietungen Englands eigentlich beständen. Aber auch er könne ihm etwas Interessantes mitteilen. Vor etwa drei Monaten habe England auch ihm schriftlich eine volle Verständigung über alle Streitpunkte unter höchst verlockenden Vorschlägen angeboten. Aber gerade wegen ihres Übermaßes seien sie ihm verdächtig erschienen; er habe daraus

ersehen, daß England ihn augenblicklich brauche, habe aber, ohne sich zweimal zu besinnen, abgelehnt. Übrigens stehe er mit Japan und den Vereinigten Staaten sehr gut und gedenke auch ferner die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten [20]).

[20]) Der Zar an den Kaiser, 3. Juni. Große Poltik 14, 250.

Also kein Gegenangebot, aber eine höchst überraschende Enthüllung. Bülow, dem der Kaiser von dem Zarenbrief Kenntnis gab, meinte, die Wahrheit der vom Zaren mitgeteilten Tatsache könne man unmöglich in Zweifel ziehen. Des Kaisers Mißtrauen gegen England sei glänzend bestätigt, doppelte Vorsicht nunmehr angebracht. Wie genau man auch die Formulierung eines Abkommens mit England abwägen möge, eine Spitze gegen Rußland werde es immer behalten. Höchstens auf Einzelabmachungen könne man eingehen [21]). Noch drastischer äußerte sich der Kaiser selbst: England gönne uns überhaupt nichts, wolle uns nur durch vage Vorspiegelungen kompromittieren und schließlich höchstens ein paar schmale Bissen zuwerfen. Sollten wir ihm seine weitere Ausbreitung durch unsere Haltung erleichtern, so müsse es tüchtig bezahlen. Es wolle überhaupt nicht mehr zu Europa gehören, sondern einen selbständigen Weltteil für sich zwischen dem Kontinent und Amerika oder Asien darstellen [22]).

[21]) Erlaß an Hatzfeldt, 8. Juni. Große Politik 14, 251.

[22]) Randbemerkung zu Hatzfeldts Bericht vom 3. Juni (s. oben) und einem Bericht des Botschafters in Washington, v. Holleben, vom 22. April. Große Politik 15, 28.

Also die Absicht der Russen, das Mißtrauen der deutschen Staatslenkergegen England noch zu steigern, war glänzend erreicht. Man konnte sich in Petersburg die Hände reiben.

Soweit ging man in Berlin allerdings nicht, die Verhandlungen mit England völlig abzubrechen. Holstein meinte: Jede Abmachung mit England würde eine Spitze gegen Rußland haben und die Sicherheit unserer Ostgrenze vermindern. Ebenso würde aber jede Abmachung mit Rußland eine Spitze gegen England haben und unsere Aussicht auf Kolonialerwerb vermindern oder vernichten. „Deshalb sollten wir uns ohne einen unmittelbar zwingenden Anlaß nach keiner Seite hin binden/' Bülow schloß sich ganz dieser Auffassung an [23]). So mußte Hatzfeldt die Annäherung akademisch weiter mit Salisbury erörtern. Bülow tat

dasselbe mit Lascelles [24]). Die dadurch in London genährte Hoffnung, es sei doch vielleicht mit der Zeit etwas zu erreichen, führte wenigstens zu einem Spezialabkommen über die Zukunft der portugiesischen Kolonien in Afrika.

[23]) Denkschrift Holsteins vom 5. Juni; von Bülow fast wörtlich als Immediatbericht an den Kaiser weitergegeben, 5. Juni. Große Politik 14, 248.

[24]) Aufzeichnung Bülows über eine Unterredung mit Lascelles, 11. Juni. Große Politik 14. 253.

Den Anlaß dazu bot der Wunsch des ewig in Geldverlegenheiten steckenden Portugal nach einer englischen Anleihe, die man in London nur gegen eine Art hypothekarische Sicherstellung auf den Kolonialbesitz gewähren wollte. Da Salisbury Deutschlands Empfindlichkeit in afrikanischen Fragen genügsam kennen gelernt hatte, besprach er die Sache mit Hatzfeldt. Dieser sagte sofort, auch Deutschland habe an der Zukunft dieser Kolonien ein Interesse und könne nicht ruhig zusehen, wenn England sich die Zolleinnahmen dort sichere, so daß der Besitz der ganzen Gebiete ihm später als reife Frucht in den Schoß fallen müsse. Er regte eine Verständigung über die beiderseitigen Zukunftsansprüche an, falls Portugal die Kolonien einmal aufzugeben gewillt sein sollte. Da er durchblicken ließ, daß man bereit sein werde, die Delagoa-Bai der englischer Sphäre zuzuweisen, erschien die Sache Salisbury nicht unvorteilhaft. Man konnte dadurch im Fall eines Burenkrieges deutschen Einmischungsversuchen von dieser Seite her, wie sie 1896 erwogen worden waren, am sichersten vorbeugen [25]). Bülow genehmigte diese Konzession, die einen ausdrücklichen Verzicht auf Marschalls frühere Burenpolitik in sich schloß; er sei frei von jeder Sentimentalität gegenüber den Buren; jedoch müsse man ein genügendes Äquivalent erhalten [26]). Die Verhandlungen dauerten ziemlich lange, verliefen aber trotz gelegentlicher bissiger Bemerkungen Salisburys über das Krügertelegramm und das deutsche Benehmen in Zansibar — er verstieg sich sogar zu der ganz sinnlosen Behauptung, Deutschland wolle am liebsten ganz Afrika für sich — und trotz eines intensiven Schacherns um jeden Einzelpunkt, durchaus freundlich. Sie wurden auf englischer Seite zuletzt ausschließlich durch Balfour geführt; Salisbury scheint nur zögernd auf das Drängen seiner Kollegen in die Genehmigung des Abkommens gewilligt zu haben. Die Hereinziehung anderer Fragen — Walfischbai, Zansibar, Grenze von Togo, Samoa — gelang schließlich nicht, obwohl man gelegentlich von Berlin aus eine gleichzeitige Regelung aller

kolonialen Streitfragen vorschlug [27]). Offenbar waren die Gesamtforderungen der Deutschen den Engländern zu hoch, falls sie nicht wenigstens gleichzeitig ein allgemeines Bündnis erreichten.

[25]) Hatzfeldt, 21. Juni, 6. und 13. Juli. Große Politik U, 270, 281, 293.

[26]) Telegramm Bülows an Richthofen, 16. Juli (weitergegeben an Hatzfeldt). Große Politik 14, 296.

[27]) Erlaß an Hatzfeldt, 12. Juli. „Sehr erwünscht würde eine gleich zeitige Regelung aller schwebenden kolonialen Fragen sein, teils durch geheimes, teils durch offenes Abkommen.“ Große Politik 14, 292.

Dieser Wunsch wurde von englischer Seite im August noch einmal direkt beim Kaiser zur Sprache gebracht. Der englische Botschafter Lascelles formulierte auf Chamberlains Anweisung, den Vorschlag dahin, es möge ein Defensivbündnis geschlossen werden, „unter der Bedingung, daß beide Mächte sich zu gegenseitigem Beistand verpflichteten, sobald eine von ihnen von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen wird“. Der Kaiser sagte, so bestimmte Vorschläge seien bisher noch nie gemacht worden. Er war nicht abgeneigt, in eine Besprechung darüber einzutreten, wenn sie in amtlicher Form wiederholt würden. Er meinte, eine derartige Vereinbarung verpflichte uns nicht, den Engländern gegen Rußland in Ostasien zu helfen und werde eine Art Rückversicherung darstellen, die uns der Zar nicht verargen könne [28]).

[28]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 22. August. Große Politik 14, 333.

Aber Bülow und Holstein sorgten sofort dafür, daß diese Neigung nicht zu tiefe Wurzeln fasse. Bülow sprach dem Kaiser seine Bewunderung aus, daß er dem Engländer deutlich gesagt habe, er werde um der schönen Augen John Bulls willen nicht die Kastanien aus dem russischen Feuer holen. Gleichzeitig ließ er einfließen, daß er den Krieg zwischen Rußland und England auf die Dauer für unvermeidlich halte, wenn man auch nicht dazu treiben dürfe. In einem Kriege für englische Interessen in Ostasien werde aber der Kaiser gewiß nicht Heeresfolge leisten wollen, weil „in jedem denkbaren englisch-deutschen Allianzkriege mit zwei Mächten die schwere Last des Krieges überwiegend, und im Kriege mit zwei uns benachbarten Kolonialmächten sogar fast ausschließlich auf unsere Schultern fallen würde“. Er riet zu weiterer Freundschaft mit England ohne

Kompromittierung der Beziehungen zum Zaren, damit der Kaiser „in voller Unabhängigkeit nach beiden Seiten hin als arbiter mundi“, dem 80jährigen Geburtstage der Königin Viktoria beiwohnen könne [29]). Es war ein gefährliches, versuchungsreiches Wort, das der Staatssekretär dem Herrscher zurief, dessen Selbstgefühl ohnehin stark genug entwickelt war. Schiedsrichter der Welt! Darum kein Bündnis mit einem der streitenden Teile.

[29]) Bülow an den Kaiser, 24. August. Große Poltik 14, 33g.

Gleichzeitig legte Holstein seine Auffassung in einer dialektisch scharf zugespitzten Denkschrift dar [30]). Ein allgemeines Abkommen mit England würde für Rußland, das dann Deutschland in Asien als Gegner zu betrachten habe, das Signal sein, einen Kriegsfall zu schaffen, der Frankreichs Mitwirkung sichere, also etwa in Südafrika. Wenn dagegen das Zusammengehen mit England streng auf afrikanische Fragen beschränkt und Rußland hiervor verständigt werde, so müsse letzteres ein Interesse daran haben, seinen Kriegsfall mit England so zu suchen, daß Deutschland nicht hineingezogen werde, müsse also Frankreich davon abraten, afrikanische Fragen zum Ausgangspunkt eines Konflikts zu machen. Auf diese Art könnten wir den gewünschten Anteil an den portugiesischen Kolonien bekommen, ohne einen Krieg mit Rußland und Frankreich zu riskieren, bei dem wir die Hauptlast würden tragen müssen.

[30]) Denkschrift Holsteins, 26. August. Große Politik 14, 342.

Man sieht hier alle Eigentümlichkeiten von Holsteins Denkweise deutlich vor sich. Er war überzeugt, daß Rußland einen Krieg gegen England, Frankreich einen Krieg gegen England oder Deutschland durchaus führen wolle, daß Frankreich, falls es der Unterstützung Rußlands sicher sei, die Teilung der portugiesischen Kolonien als Kriegsfall benutzen werde. Zweifellos war das lauter falsche Voraussetzungen, aus denen nun mit großem Scharfsinn scheinbar zwingende Schlußfolgerungen abgeleitet wurden.

Der amtliche Vorschlag zu einem Defensivbündnis von englischer Seite, den man jetzt vielleicht hätte erwarten können, blieb aus. Aber auch wenn er gemacht worden wäre, würde er bei dieser Stimmung Bülows und Holsteins kaum anders wie dilatorisch behandelt worden sein.

Dagegen kamen die Verhandlungen über die portugiesischen Kolonien bald nachher zum Abschluß. Der Kaiser fuhr zuletzt noch einmal scharf hinein. Er fand Salisburys Benehmen unverschämt und führte es darauf zurück, daß er keine Angst vor uns habe, weil wir keine Flotte hätten, die ihm in den zehn Jahren seiner Regierung vom Reichstag stets verweigert worden sei. Er verbot, weitere Konzessionen zu machen und ging zuletzt soweit, Lascelles zu sagen, wenn England unsere letzten Vorschläge nicht annehme, so würde die fernere Anwesenheit des deutschen Botschafters in London vorläufig überflüssig werden. England müsse sich an den Gedanken gewöhnen, daß Deutschland auch ein Kolonialreich brauche und es mit oder gegen Großbritannien ausbauen werde [31]). In London scheint man seine Temperamentsausbrüche, die man nun schon zur Genüge kannte, nicht gerade tragisch genommen zu haben. Am 30. August wurde der Vertrag geschlossen. Falls Portugal eine Anleihe aufnehmen wollte, sollte diese zum größeren Teil von England, zum kleineren von Deutschland gleichzeitig, aber nicht gemeinsam gewährt werden. Als Sicherheit sollten die Zolleinkünfte im nördlichen Teil von Angola und im südlichen Teil von Mozambique an England, im Süden Angolas und dem nördlich des Zambesi gelegenen Stück von Mozambique, sowie dem portugiesischen Teil der Südseeinsel Timor an Deutschland verpfändet werden; beide Mächte sollten ein Aufsichtsrecht bei der Erhebung der Zölle erhalten. Auch versprach Deutschland keinen Widerspruch zu erheben, wenn nach Herstellung dieser Zollaufsicht die Kontrolle über den Hafen von Laurenzo-Marques und über die Eisenbahn von dort nach Pretoria vollständig an England übergehe. Daneben wurde festgesetzt, daß man der Einmischung jeder dritten Macht gemeinsam entgegentreten werde. Wenn Portugal seine Kolonien veräußern wolle, sollten England und Deutschland diejenigen Stücke definitiv erhalten, in denen sie die Zolleinnahmen in Händen hätten. Bei einer nur teil weisen Veräußerung dürfe keine der beide Mächte in den Besitz eines Stückes treten, wenn nicht die andere ein gleichwertiges erhalte [32]).

[31]) Randbemerkungen zum Immediatbericht v. Richthofens vom 20. Juli. Der Bericht ist Große Politik 4, 297 ohne die kaiserliche Randbemerkung abgedruckt. Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 22. August. Große Politik 333.

[32]) Verträge vom 30. August 1898. Große Politik 14, 347 f.

Man hatte, wie sich später herausstellte, die finanziellen Hilfsquellen Portugals auf deutscher Seite stark unterschätzt. Vielleicht war man in England besser unterrichtet und wußte, daß

der vorausgesetzte Fall in absehbarer Zeit nicht eintreten werde. Auch hatte man dort, wie sich bald zeigen sollte, keineswegs den Wunsch, den Eintritt dieses Zeitpunktes künstlich zu beschleunigen, da das deutsche Desinteressement in bezug auf Laurenzo-Marques den britischen Interessen völlig genügte und man, bei dem starken Einflüsse, den man in Lissabon seit langer Zeit besaß, kein dringendes Verlangen empfinden konnte, einen Teil der portugiesischen Kolonien selbst zu erhalten, wenn man dafür Deutschland die andere Hälfte überlassen mußte.

Immerhin war das Abkommen wertvoll, nicht nur, weil es Zukunftsaussichten eröffnete, sondern vor allen Dingen, weil es die Reibungsflächen mit England verminderte und von Seiten der britischen Minister als ein erster Schritt zu jener Annäherung, die sie wünschten, betrachtet werden konnte. England hätte sich zweifellos Laurenzo-Marques und die gesamten portugiesischen Kolonien trotz unseres Widerspruchs, der keine fühlbare Wirkung gehabt haben würde, aneignen können. Es zog es vor, unsere Zustimmung durch Konzessionen, die eigene Zukunftsaussichten opferten, zu gewinnen und glaubte damit starkes Entgegenkommen gezeigt zu haben. Es war indessen sehr fraglich, ob die deutschen Staatsmänner Zugeständnisse, die England auf fremde Kosten machte und die nur unsichere Hoffnungen auf eine vielleicht weit entfernte Zeit betrafen, als vollgültige Zeugnisse seines guten Willens gegen uns und als Widerlegung ihres Mißtrauens gegen England gelten lassen würden.

Wenige Tage nach Abschluß dieses Vertrages schlug General Kitchener die Truppen des Mahdi bei Omdurman (3. September); einige Wochen später stand er in Faschoda der von Major Marchand geführten französischen Expedition gegenüber, die dort bereits die Tricolore gehißt hatte. Längere Zeit schien die Möglichkeit eines Krieges zwischen Frankreich und England um das obere Niltal in greifbare Nähe gerückt. England rüstete stark, um jeder Möglichkeit gewachsen zu sein. Aber die Krise ging bekanntlich vorüber. Das französische Ministerium mußte aus innerpolitischen Gründen zurücktreten, und der neue Auswärtige Minister, Delcasse, entschloß sich, den englischen Forderungen nachzugeben, Marchand zurückzurufen und auch auf die anfangs geforderte Feststellung der französischen Rechte auf das Rahr-el-Ghasal-Gebiet zu verzichten.

Auch für Deutschlands fernere Geschicke war die Faschoda-Krise bedeutungsvoll. Wäre es damals zum Kampf zwischen

Frankreich und England gekommen, oder wäre auch nur der in der Presse beider Länder damals scharf genug emporflammende Haß dauernd ein bestimmendes Moment der Gesamtlage geblieben, so hätte der Revanchegedanke auf absehbare Zeit jede Aussicht auf Verwirklichung verloren; denn gegen England und Deutschland zugleich konnte Frankreich selbst mit Rußlands Unterstützung nicht kämpfen. In Frankreich ließen sich damals vereinzelte Stimmen hören, die einen vollen Ausgleich mit Deutschland forderten, da England der eigentliche Feind sei. Die Möglichkeit des Kontinentalbundes schien näher gerückt als je zuvor. Und Kaiser Wilhelm unterließ in den folgenden Monaten nichts, um die Franzosen zum Betreten dieses Weges zu bestimmen; auch von Rußland aus, wo der Finanzminister Witte Hauptvorkämpfer der Kontinentalpolitik war, suchte man auf Frankreich in diesem Sinne zu wirken. Der Kaiser bedauerte es dem Zaren gegenüber tief, daß Frankreich hier, wo es dem gemeinsamen Interesse aller anderen Nationen in Afrika einen großen Dienst hätte leisten können, zurückgewichen sei und noch mehr, wenn es wahr sein sollte, daß Murawieff dazu geraten habe [33]).

[33]) Der Kaiser an den Zaren, 9. November 1898, Goetz, 63 f.

Aber durch Delcassés Entschluß, den Ministerium und Kammer billigten, hatte die Republik diesen Augenblick des Schwankens überwunden. Indem man von England, wenn auch gewiß zähneknirschend, die Demütigung von Faschoda hinnahm, brachte man bewußt ein großes Opfer, um die endgültige Abrechnung mit Deutschland, das tiefste Ziel jedes französischen Patrioten, nicht unmöglich zu machen.

Auf der englischen Seite war eine starke Neigung vorhanden, diesen Moment zur Gesamtabrechnung mit Frankreich zu benutzen. Chamberlain war der eifrigste Vorkämpfer dieser Politik; er ließ in Berlin sagen, wenn es zum Kriege komme, rechne er auf Deutschlands wohlwollende Neutralität. Man hoffte hier, England werde die Spannung durch formelle Erklärung seines Protektorates über Äpypten noch verschärfen und überlegte sich bereits die Kompensationen, die man für die Anerkennung dieser Schutzherrschaft auf jeden Fall fordern wollte [34]). Indessen kam es auch hierzu nicht, weil England, nachdem Frankreich am oberen Nil nachgegeben hatte, es vermied, die schon ohnehin tief verletzte französische Eitelkeit durch neue Schritte zu reizen, zu denen keine unmittelbare Notwendigkeit vorlag. Allerdings kam es Anfang 1899 zu einer

neuen Differenz in der Frage des Protektorats über Maskat in Arabien. Aber auch hier gab Frankreich nach. Erst der Vertrag vom 21. März 1899, der die Interessensphäre im Sudan abgrenzte, beendigte den akuten Konflikt, ohne die Spannung ganz zu beseitigen.

[34]) Richthofen an Bülow, 8. November; Bülow an das Auswärtige Amt, 9. November 1898 (beide Stücke fehlen in der Publikation des Auswärtigen Amtes).

Während dieser ganzen Zeit verlor Chamberlain den Plan des Bündnisses mit Deutschland nicht aus dem Auge. Noch deutlicher als im Mai in Birmingham sprach er seine Gedanken am 8. Dezember in Wakefield aus. Man denke nicht daran, Deutschland zuzumuten, daß es für England die Kastanien aus dem Feuer hole, wie manche dort glaubten; England könne seine Interessen allein verteidigen. Aber es habe so viele gemeinsame Interessen mit Deutschland, während unversöhnliche Gegensätze nicht vorhanden seien, und es liege beiden Mächten so viel an der Erhaltung des Weltfriedens, daß sie, die größte See- und die stärkste Landmacht, hoffentlich in Zukunft häufig Schulter an Schulter vor gehen würden. Er halte die Entente mit Deutschland nicht für den geringsten der von der jetzigen Regierung erreichten Erfolge. Offenbar wollte er so die öffentliche Meinung auf einen noch festeren Zusammenschluß vorbereiten und sie dazu geneigt machen.

Ohne Zweifel hatten sich die deutsch-englischen Beziehungen seit dem Frühjahr erheblich gebessert. Aber zu dem anfangs geplanten Bündnis war es nicht gekommen. In dem Augenblick, wo England es anbot, wurde Deutschland, das es früher fast stürmisch begehrt hätte, zurückhaltend und wich dem Drängen Chamberlains aus. Und als die letzte Anregung des englischen Botschafters beim Kaiser auf guten Boden fiel, hüllte sich die englische Regierung wieder in Schweigen.

Das alles erscheint auf den ersten Blick sehr sonderbar. In der Tat wissen wir nicht, welche Gründe für Englands Angebote seit dem Februar bestimmend gewesen sind. Auch Bülow und Holstein wußten es nicht; die von Chamberlain angeführten Motive erschienen ihnen nicht ausreichend; gerade deshalb waren sie mißtrauisch. Diese schnelle, unerwartete Schwenkung kam ihnen unheimlich vor. War wirklich das deutsche Flottengesetz, das im März fertig wurde, und die davon zu erwartende allmähliche Stärkung der deutschen Seemacht der Grund, wie der Kaiser

vermutete? Möglich immerhin, daß solche Zukunftsberechnungen irgendwie mitgesprochen haben; in den Verhandlungen selbst ist es jedenfalls damals nie zum Ausdruck gekommen, daß England der Verstärkung der deutschen Seerüstung irgendwelche Beachtung schenke. Wollte man Deutschland wirklich gegen Rußland hetzen, um es dann im Stich zu lassen und von seinen Opfern zu profitieren? Bis jetzt ist kein greifbares Anzeichen dafür vorhanden. Chamberlain hatte auch in Birmingham nur gesagt, daß England ohne Bundesgenossen einen Krieg mit Rußland mit Aussicht auf Erfolg überhaupt nicht führen könne, keineswegs aber, daß man ihn führen wolle, sobald ein solcher Bundesgenosse da sei. Bei der damaligen Lage des britischen Reiches hätte man ihn auch kaum wünschen können. Natürlich wollte man einem weiteren Vordringen Rußlands in Ostasien Widerstand entgegensetzen. Wäre es aber darüber zum Kriege gekommen, so wäre Deutschland wenigstens nach dem letzten Vorschläge vom August, nur dann zur Teilnahme verpflichtet gewesen, wenn Frankreich auf Rußlands Seite in den Kampf eingegriffen hätte. Und wäre es dann für uns überhaupt möglich gewesen, ruhig zuzusehen? Hat die englische Regierung im Frühjahr auch Rußland Angebote gemacht und ein doppeltes Spiel getrieben, oder hat sie vielleicht nur wegen einer Verständigung über Abgrenzung der Interessensphären in Ostasien sondiert? Der Zar kann ja diese Anregung ebenso stark übertrieben haben, wie der Kaiser die englischen Angebote an Deutschland. Warum hat man im August kein amtliches Angebot gemacht, als der Kaiser es nahelegte? Glaubte man vielleicht nach dem Siege von Omdurman, nach Faschoda, nach dem deutschen Verzicht auf Einmischung zugunsten der Buren das Bündnis nicht mehr nötig zu haben? Oder hatte man von den Mitteilungen des Kaisers nach Petersburg erfahren und wollte sich nicht neuen Indiskretionen aussetzen? Spätere Ausdeutungen Chamberlains legen die letztere Vermutung nahe. Wir können auf all diese Fragen nicht mit Sicherheit antworten, solange England nicht seine Archive öffnet.

Die Gründe der deutschen Staatsmänner für ihre Zurückhaltung dürfen gewiß nicht leicht genommen werden. Wahrscheinlich gingen sie zu weit in ihrem Mißtrauen, wenn sie glaubten, Deutschland solle lediglich für englische Interessen gegen Rußland in den Kampf geschickt werden. Auch überschätzten sie offenbar die Gefahr eines russisch-französischen Angriffs, falls der Bündnisversuch bekannt werde, aber am Widerspruch des Parlaments scheitere. Aber daß sie sich nicht ohne Not in einen immerhin gefährlichen Gegensatz zu

Rußland bringen, nicht ohne feste Gegenverpflichtungen die Verteidigung des gesamten britischen Weltreichs übernehmen wollten, ist begreiflich. Auch daß sie auf der parlamentarischen Genehmigung eines Bündnisses bestanden und bei der in England herrschenden Stimmung diese nicht für unbedingt sicher hielten, läßt sich verstehen. Einer der liberalen Führer, Sir Charles Dilke, hatte Chamberlains Pläne im Unterhause scharf kritisiert und es für ausgeschlossen erklärt, daß Deutschland sich je zur Verteidigung Indiens oder des britischen Handels in China gegen Rußland verstehen werde [35]). Die englische Presse hatte ebenfalls wenig Sympathien für diesen Bündnisplan gezeigt. Ebenso ist es verständlich, daß sie nicht diejenigen sein wollten, die zuerst ihre Forderungen schriftlich formulierten, während man von der Gegenseite nur mündliche Äußerungen hatte. Aber man versteht nicht ganz, warum sie Hatzfeldt nicht den Versuch machen ließen, inoffiziell über eine Formulierung des angebotenen Bündnisses im einzelnen mit den Engländern zu sprechen. Man hätte auf diesem Wege doch größere Klarheit über das Maß dessen erreichen können, was von der anderen Seite etwa geboten oder gefordert werden würde. Ob man in Berlin ein Bündnis auch jetzt noch wirklich wünschte, selbst wenn es auf Gegenseitigkeit der Verpflichtungen beruhte, ist nicht völlig klar. Der Gedanke, ob es nicht für Deutschland vorteilhafter sei, ungebunden zwischen den Gruppen zu stehen, den Weltenschiedsrichter zu spielen, mindestens aber abzuwarten, ob England nicht noch größere Angebote machen werde, hatte zu viel Verlockendes. Unter allen Umständen aber war es unklug, die vertraulichen und keineswegs von vornherein als unehrlich zu betrachtenden Angebote Englands den Russen mitzuteilen, noch dazu in vergröberter Gestalt. Alle diese Fragen sollten aber noch einmal auftauchen, und wir werden bei der Darstellung dieses zweiten Versuches Gelegenheit haben, Tragweite und Aussichten des Bündnisplans noch genauer zu erörtern.

[35]) Rede Dilkes, 10 Juni 1898 Hansard, S. 1336 f.

6. Samoa, Burenkrieg und Yangtse-Vertrag

Während die Aufmerksamkeit der Großmächte auf Afrika und den nahen Orient konzentriert war, vollzog sich auf einem anderen Schauplatz ein Ereignis von größter historischer Tragweite: der Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik.

Im Kampf mit Spanien, der im April 1898 ausgebrochen war, blieben die Amerikaner nicht nur Sieger im Karaibischen Meer, sondern sie griffen auch das spanische Kolonialreich in Ostasien an und stürzten im Verein mit den von Aguinaldo geführten Eingeborenen die allerdings ziemlich morsche Herrschaft der Spanier auf den Philippinen. Damit griffen die Vereinigten Staaten zum ersten Male aktiv in außeramerikanische Angelegenheiten ein. Erst im Laufe der unter Frankreichs Vermittlung geführten Friedensverhandlungen traten im November die Amerikaner mit der Forderung voller Abtretung der Philippinen hervor, und Spanien mußte sie bewilligen. Durch Stationierung von Kriegsschiffen bei Tientsin und einer Schutzwache für die amerikanische Gesandtschaft in Peking zeigte Präsident Mac Kinley deutlich, daß die Vereinigten Staaten sich als mitinteressierte Macht in ganz Ostasien betrachteten; in seiner Botschaft vom 5. Dezember 1898 sprach er es ganz offen aus.

In Berlin nahm man an der Entwicklung dieser Dinge ein doppeltes Interesse: man wünschte keine erhebliche Machtverschiebung in Ostasien; sollte es aber zu einer Liquidation des dortigen spanischen Besitzes kommen, so hoffte man selbst ein Stück davon zu erhalten. Aus Amerika kamen zu Anfang des Krieges mehrfach Stimmen, die jede Absicht der Vereinigten Staaten auf eigene Besitzergreifungen in Ostasien in Abrede stellten. Sogar Admiral Dewey selbst sprach sich in ähnlichem Sinne aus [1]). Man brauchte also zunächst nicht zu fürchten, hier mit amerikanischen Plänen zu kollidieren.

Die Entsendung eines deutschen Kreuzergeschwaders unter Admiral von Diederichs [2]) nach den Philippinen hatte zunächst den Zweck, den dort ansässigen Deutschen nötigenfalls Schutz für ihr Leben und Eigentum zu gewähren. Aber sicherlich wünschte man auch mit Streitkräften zur Stelle zu sein, wenn sich etwa Gelegenheit zu einer Besitzergreifung bieten sollte. An ein Eingreifen in den Kampf selbst zugunsten einer der

kriegführenden Parteien hat man nicht gedacht, von verschiedenen Seiten kommende Anregungen zu einer Vermittlungsaktion hat man zurückgewiesen [3]); dazu hätten die deutschen Seestreitkräfte in Ostasien auch gar nicht ausgereicht.

[1]) Graf Leyden, 5. Mai 1898. Oberkommando der Marine an das Auswärtige Amt, 17. Juni.

[2]) Vgl. des Admirals v. Diederichs „Darstellung der Vorgänge von Manila von Mai bis August 1898“ in der „Marine-Rundschau“ 1914 I, 253.

[3]) Holleben, 5. Juni. Vgl. über frühere Anregungen Große Politik 15, 3—27.

In Amerika sah man das Erscheinen des deutschen Geschwaders ungern. Man argwöhnte Einmischungs- und Besetzungsabsichten dahinter. In der Tat glaubte man in Berlin, daß uns der Erwerb wenigstens einer Kohlenstation in diesem Teil der Südsee kaum entgehen könne [4]). Die immer deutlicher hervortretende Absicht der Amerikaner, auf den Philippinen zu bleiben, sah man mit Besorgnis sich befestigen. In London wurde sondiert, ob nicht Englands Zustimmung zur Neutralisierung der Philippinen zu haben sein werde. Salisbury zeigte aber keine Neigung darauf einzugehen [5]). War es doch ein feststehender Gesichtspunkt der englischen Politik, sich mit den Vereinigten Staaten auf keinen Fall zu verfeinden. Andererseits erfuhr man aus Madrid, daß Spanien keinen anderen Wunsch habe, als seine Besitzungen in dieser Weltgegend gegen einen möglichst guten Preis loszuwerden. Man fürchtete sehr, Frankreich werde seine guten Beziehungen zu Spanien benutzen, um alles in seine Hand zu bringen [6]).

[4]) Holleben, 13. und 17. Juni. Große Politik 15, 40. Holstein an Hatzfeldt, 6. August. In diesem in der Publikation des Auswärtigen Amtes nicht mitgeteilten Schreiben sagt Holstein: „Außerdem ist, wie schon gesagt, eine Kohlenstation als natürliche Folge unserer Beteiligung am Schutze der Philippinen zu erwarten.“

[5]) Erlaß an Hatzfeldt, 5. August. Hatzfeldt, 9. August. Große Politik 15, 69, 71.

[6]) Radowitz, 8. August. Erlaß an Radowitz, 12. August. Große Politik 15, 72, 73.

Kleinere Reibereien zwischen den Flottenführern, namentlich der Umstand, daß Admiral von Diederichs den spanischen

Gouverneur, der seine Intervention erbat, empfing und mit ihm verhandelte, erregten in Amerika böses Blut, obwohl der Admiral jede Einmischung ablehnte.

Die schnelle Entwicklung der Dinge im Herbst ließ Deutschland von jedem Versuch zur Verwirklichung der in unbestimmten Umrissen aufgetauchten Erwerbungspläne abstehen. Man wandte sich vielmehr bald dem Gedanken zu, lieber den Rest der spanischen Südseeinseln, die Marianen und Karolinen, käuflich zu erwerben, der ja dann auch ausgeführt wurde.

Obwohl Deutschlands Taten zu begründeten Beschwerden keinen Anlaß bieten konnten, war die öffentliche Meinung Amerikas dauernd von schwerem Mißtrauen beseelt, was für die Beziehungen zu der neuen Weltmacht in Ostasien nicht unbedenklich war.

Zweifellos wurde durch diese Stimmung auch die Haltung der amerikanischen Vertreter während der im Frühjahr 1899 einsetzenden Wirren auf Samoa beeinflußt. Diese entsprangen bekanntlich aus den dort ausgebrochenen Thronstreitigkeiten. Die Vertreter der drei Schutzmächte hatten anfangs der Einsetzung einer provisorischen Regierung zugestimmt; die Entscheidung wurde jedoch am 11. März gegen den Protest des deutschen Konsuls von den Konsuln der beiden anderen Mächte einseitig abgeändert. Die englischen und amerikanischen Kriegsschiffe beschossen Apia und landeten Truppen, wobei ein deutscher Pflanzer wegen angeblicher Begünstigung der Eingeborenen verhaftet und erst nach langen Verhandlungen an den Kommandanten des dort liegenden deutschen Kreuzers ausgeliefert wurde. Daraus entspann sich eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen den Regierungen. Die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustandes war in Berlin längst empfunden worden. Im August 1898 nach dem Tode des Königs Malietoa hatte die deutsche Regierung eine Teilung der Inselgruppe angeregt. In Washington war man dazu bereit gewesen, in London aber wich man diesen Anregungen aus, obwohl Deutschland einige von Balfour gewünschte nachträgliche Änderungen und Ergänzungen des afrikanischen Vertrages dafür anbot; man sagte, in Australien werde jede Vergrößerung des deutschen Südseebesitzes so unangenehm empfunden werden, daß die Regierung dazu nicht helfen könne. Als Anfang 1899 die Lage in Samoa drohender wurde, ließ Bülow nochmals in London sondieren. Man erwog jetzt die Abtretung des deutschen Mitbesitzrechtes an England gegen die Gilberts-Inseln, den

englischen Anteil an Neu-Guinea und eine Kohlenstation auf Malakka. Aber Chamberlain fand den Preis viel zu hoch [7]). So brachen die schon erwähnten Unruhen und Kämpfe aus, bevor eine Einigung erzielt war. Die öffentliche Meinung Deutschlands ergriff heftig gegen England Partei, da man in den Amerikanern nur die Geschobenen sah. Man glaubte, Deutschland solle bei dieser Gelegenheit unter Verletzung des Vertrages von 1889 aus seinem Mitbesitzrecht gewaltsam verdrängt werden. Da allgemeine Drohungen mit einer Änderung unserer gesamten politischen Richtung ohne Wirkung blieben, bat Bülow den Kaiser um Erlaubnis, falls der Vertragsbruch wirklich eintrete, zwar nicht den Krieg an England zu erklären, aber doch den deutschen Botschafter aus London abzuberufen, „da völkerrechtlicher Verkehr zwecklos sei, wo völkerrechtliche Verträge nicht gehalten würden“. Der Kaiser gab seine Zustimmung [8]). Mit einer Erklärung Englands, daß es an dem früheren Vertrage festhalte, bis er durch übereinstimmenden Beschluß der drei beteiligten Staaten geändert sei, gab man sich nicht zufrieden. Deutschland forderte am 11. April die Entsendung einer Kommission, bestehend aus drei Vertretern der Schutzmächte und einem Unparteiischen, der bei Streitigkeiten zu entscheiden habe. Lehne England dies ab, „so sind S. M. entschlossen, gegenüber der unfreundlichen Haltung der englischen Regierung und der durch diese unfreundliche Haltung bedingten Aussichtslosigkeit weiterer Verhandlungen die diplomatischen Beziehungen mit England bis zu dem Zeitpunkt abzubrechen, wo die Auffassung der englischen Regierung über Wahrung geschlossener Verträge wie hinsichtlich der uns schuldigen Rücksichtnahme sich geklärt haben wird“ [9]). Graf Hatzfeldt erbat und erhielt die Ermächtigung, vor offizieller Mitteilung dieser Drohung, deren Folge natürlich Abbruch der Verhandlungen sein würde, die englischen Minister auf einem Umwege über die möglichen ernsten Folgen weiterer unfreundlicher Haltung verständigen zu dürfen [10]). Er tat dies durch Lord Rothschild, und erhielt durch ihn von Chamberlain die Mitteilung, daß Salisbury sich entschlossen habe, den deutschen Vorschlag bezüglich der Kommissare anzunehmen. Er war der Ansicht, daß der Premierminister, ohne die unter der Hand erfolgte Drohung nicht nachgegeben haben würde. Er riet, jetzt ruhig abzuwarten, ob England unsere Freundschaft zu würdigen wissen und demgemäß handeln werde, jedenfalls keine dauernden Verpflichtungen anderen Mächten gegenüber einzugehen. Der Kaiser erklärte sich einverstanden, meinte aber, er werde nicht wieder nach England gehen können, solange Salisbury im Amte sei [11]).

[7]) Aufzeichnung Bülows, 21. Januar 1899. Erlaß an Hatzfeldt, 22. Januar (Große Politik 14, 575) und 11. Februar.

[8]) Hatzfeldt, 25. März. Große Politik M, 585. Bülow an das Auswärtige Amt, 29. März. Immediatbericht Bülows vom 1. April, mit Randbemerkungen des Kaisers. Große Politik 14, 590.

[9]) Hatzfeldt, 1. April. Große Politik 14, 594. Erlasse an Hatzfeldt, 5., 10. und 11. April. 14, 598, 600, 601.

[10]) Hatzfeldt, 12. April. Erlaß an Hatzfeldt, 12. April. Große Politik 14, 602, 603.

[11]) Hatzfeldt, 12. und 15. April. Große Politik 14, 602, 609. Privatbrief Hatzfeldts an Holstein, 15. April (Große Politik 14, 606 [ohne die Randbemerkung]), mit Randbemerkung des Kaisers.

Wenn aber auch die akuten Streitpunkte beigelegt waren, so machte doch die Verständigung über das künftige Schicksal Samoas keine Fortschritte. Auch war beim Kaiser eine tiefe Verstimmung gegen Salisbury zurückgeblieben, der er sehr heftigen Ausdruck gab. Ferner kränkte es ihn, daß er nicht zur Feier des achtzigsten Geburtstages seiner Großmutter (24. Mai 1899) nach London eingeladen, sondern erst für den Herbst zu einem Besuch in Cowes aufgefordert wurde. Er nahm daraus Veranlassung, der Königin Viktoria einen bitteren Klagebrief zu schreiben. Nach den vielen Zeichen der Freundschaft, die er England gegeben, zuletzt durch volle Zurückhaltung in der Faschodakrise, sei ihm Salisburys Verhalten in der Samoafrage unbegreiflich. Es verstoße gegen die elementarsten Regeln internationaler Höflichkeit. Der Minister scheine Deutschland auf eine Stufe mit Portugal und Patagonien zu stellen. Eine so verächtliche Behandlung könnten er und das deutsche Volk sich nicht gefallen lassen. Die englische Regierung werde lernen müssen, uns auf dem Fuß der Gleichheit zu behandeln. Bei der jetzt in Deutschland herrschenden Stimmung werde er kaum nach Cowes kommen können. Die alte Königin antwortete sehr gekränkt, solche Angriffe seien unerhört und nie dagewesen. Sie habe Lord Salisbury sofort davon in Kenntnis gesetzt; er bestreite entschieden jede unfreundliche Haltung oder Absicht. Der Premierminister selbst rechtfertigte sein Verfahren in einem ausführlichen Memorandum, das die Königin ihrem Enkel übersandte. Er ließ außerdem durch Hatzfeldt dem Kaiser sagen, er wünsche eine persönliche Aussprache und hoffe auch aus diesem Grunde, daß der Kaiser nach England kommen werde; nichts liege ihm ferner, als eine den berechtigten Interessen

Deutschlands feindliche Politik zu treiben. Um sein Entgegenkommen zu zeigen, willigte er in die Entlassung des amerikanischen Oberrichters Chambers, der während der Samoawirren eine hervorragende Rolle gespielt hatte, und in die Entscheidung aller Entschädigungsfragen durch den König von Schweden[12]).

[12]) Der Kaiser an Königin Viktoria, 22. Mai. Antwort der Königin, 12. Juni. Bülow an den Kaiser, 13. Juli. Große Politik 14, 615, 620, 623.

Auch die Besprechungen über die Zukunft Samoas wurden nun wieder aufgenommen. Chamberlain einigte sich mit dem Botschaftsrat v. Eckardstein über einen Vergleich, wonach Deutschland auf seinen Anteil an der Inselgruppe gegen Entschädigungen in der Südsee und Afrika verzichten sollte [13]). Uns wäre dabei namentlich das für die Entwicklung Togos wichtige Delta des Voltaflusses zugefallen. In Berlin war die Mehrheit des Kolonialrates für diese Lösung. Sie fand aber einen entschiedenen Gegner an dem Admiral von Tirpitz, der im vorhergehenden Jahre an die Spitze des Reichsmarineamtes getreten war. Er betonte die strategische Bedeutung der Samoa-Inseln, die nach Eröffnung des Panamakanals noch wachsen werde; auch würden sie als Station eines künftigen deutschen Weltkabelnetzes von großer Bedeutung sein. Wenn wir unsere Rechte abtreten wollten, müßten wir eine viel höhere Entschädigung fordern, entweder Zansibar und die Walfischbai oder wenigstens neben der letzteren einen erheblichen Teil des englischen Südseebesitzes. Könne man das nicht haben und Samoa nicht behaupten, so sei es besser unter formeller Wahrung unserer Rechte auf die Annahme jeder Entschädigung zu verzichten, offenbar damit man bei späterer günstiger Gelegenheit die Ansprüche auf Samoa erneuern könne [14]). Obwohl der Leiter des Reichspostamtes erklärte, daß Samoa als Kabelstation nicht in Betracht komme [15]), stellte sich der Kaiser auf den Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die an diesem ältesten Objekt unserer überseeischen Betätigung haftenden Gefühlswerte ein Verzicht auf Samoa nicht in Frage kommen dürfe. Auch erklärte er, nicht nach England reisen zu wollen, wenn diese Angelegenheit nicht in befriedigender Weise geregelt werde [16]). Durch die immer näher rückende Wahrscheinlichkeit des Burenkrieges hatte dieser Besuch einen erheblichen politischen Wert für England erhalten als Zeichen dafür, daß der Kaiser im Gegensatz zu seiner frühem Haltung diesmal auf britischer Seite stehe. Diesen Umstand suchte der Kaiser zu einem Druck auf die englische Regierung auszunutzen.

[13]) Vgl. hierüber Eckardstein, Lebenserinnerungen 2, 33 f.

[14]) Denkschrift v. Tirpitz', 11. Oktober 1899. Große Politik 4, 660.

[15]) Gutachten Podbielskys, 17. Oktober.

[16]) Erlaß an Hatzfeldt, 13. Oktober. Große Politik 14, 662.

Chamberlain, der die zuerst vereinbarte Lösung offenbar vorgezogen hätte, erklärte in ziemlich schlechter Laune, er wolle einem Verzicht auf den englischen Samoa-Anteil gegen ausreichende Entschädigungen keine direkten Schwierigkeiten machen, aber er selbst werde sich an Verhandlungen auf dieser Basis nicht beteiligen; sie müßten mit Lord Salisbury geführt werden. Bülow teilte dem Grafen Hatzfeldt zu seiner Information mit, daß ein Zusammengehen mit England in weltpolitischen Fragen nur möglich sei, wenn man uns Samoa überlasse. So mußte er denn auf dieser Grundlage etwas zu erreichen suchen [17]).

[17]) Hatzfeldt, 9., 10. und 12. Oktober. Große Politik M, 656, 658 (Bericht vom 12. Oktober fehlt). Erlaß von Hatzfeldt, 18. Oktober. Große Politik 14, 663.

[17a]) Hatzfeldt, 30. Sept. Große Politik 14, 6/17.

England gab schließlich nach, zumal da der drohende Ausbruch des Burenkrieges ihm die Freundschaft Deutschlands damals besonders wertvoll erscheinen ließ. Graf Hatzfeldt nützte diese Stimmung in London aus, indem er immer wieder durchblicken ließ, daß man nach Erledigung dieser Frage im deutschen Sinne in Berlin auch geneigt sein würde, auf englischen Wünsche nach einem allgemeinen politischen Einvernehmen bereitwilliger einzugehen. Die Samoafrage allein, sagte er einmal, stehe vertrauensvollen Beziehungen im Wege1^). Es bedurfte noch eines längeren Feilschens; aber am 14- November 1899 kam der Vertrag endlich zustande, durch welchen England auf seine Rechte an Samoa verzichtete. Die Vereinigten Staaten erhielten die Insel Tutuila, Deutschland Upolu und Sawai. England bekam dafür die Tonga-Inseln und den größten Teil der Salomongruppe, eine Regulierung der Grenze im Hinterland von Togo und den Verzicht Deutschlands auf das Recht der Exterritorialität in Zansibar. Ein weiterer Vertrag (28. Oktober) sicherte den Bau der großen Telegraphenlinie Kap-Kairo durch das Gebiet von Deutsch-Ostafrika und ebenso den Bau einer künftigen Bahnlinie, und

beseitigte dadurch die Gefahr der Umgehung dieses Gebietes durch die großen Verkehrslinien, die 1894 gedroht hatte.

Alle diese Vereinbarungen stellten neue Schritte auf dem im vorangegangenen Jahre betretenen Wege der Einigung zwischen Deutschland und England über Einzelfragen dar. Aber es war doch recht bedenklich, daß die Verhandlungen über diese verhältnismäßig kleinen Gegenstände bis nahe an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen geführt hatten. Die Art, wie die deutsche Politik stets sofort das gröbste Geschütz spielen ließ, war den englischen Staatsmännern höchst unsympathisch. Sie waren ruhigere und geschäftsmäßigere Formen des diplomatischen Verkehrs gewohnt und gegen Drohungen sehr empfindlich.

Während diese Verhandlungen geführt wurden, tagte im Haag die erste Friedenskonferenz. Die Anregung dazu war vom Zaren ausgegangen^ der im August des vorangehenden Jahres sämtliche Staaten der Welt, soweit sie in Petersburg Vertreter hatten, zur Beschickung einer Konferenz aufgefordert hatte, deren Ziel die Einschränkung der großen militärischen Rüstungen sein sollte. Dieser Schritt, der allen Regierungen völlig überraschend kam, hatte sofort überall Verblüffung und Befremden hervorgerufen. Man fragte sich, was der Zar eigentlich beabsichtige und ob sich nicht egoistische russische Pläne dahinter versteckten. In Berlin neigte man der Ansicht zu, daß der eigentliche Urheber des Gedankens der Finanzminister Witte sei, dem die Aufbringung der gewaltigen Summen für die Verstärkung des russischen Heeres und den Ausbau der strategischen Bahnen schweres Kopfzerbrechen verursache, während man den Zaren durch den Appell an sein menschenfreundliches Herz und seine Eitelkeit gewonnen habe. Man war hier von Anfang an überzeugt, daß nichts dabei herauskommen werde und könne, wollte aber auch den Zaren, der sich persönlich durch seine Kundgebung vor der Öffentlichkeit stark engagiert hatte, nicht durch eine direkte Weigerung verstimmen. In den übrigen Ländern, namentlich in England, Amerika und Italien, waren die Regierungen ebenfalls skeptisch, aber die öffentliche Meinung nahm hier sehr lebhaft für den Gedanken Partei, durch internationale Abmachungen das Rüstungsfieber einzuschränken und womöglich die Gefahr des Ausbruchs künftiger Kriege zu verringern. So gingen schließlich alle Staaten wenn auch aus recht verschiedenen Motiven, auf den russischen Vorschlag ein und die Konferenz trat am 18. Mai 1899 im Haag zusammen.

Deutschland war durch den Grafen Münster, Botschafter in Paris, vertreten, dem für die jurisischen Fragen die Professoren v. Stengel und Zorn, für die militärischen einige Generalstabsoffiziere beigegeben waren. Sie sollten dahin wirken, daß irgendwelche harmlose Abmachungen zustandekämen, damit der Zar nicht einen völligen Mißerfolg davontrage, aber darauf achten, daß nichts beschlossen werde, was die Bewegungsfreiheit der deutschen Politik wirklich einenge. Mit den russischen Vertretern sollten sie enge Fühlung halten, ihre Anträge soweit wie möglich unterstützen, sie aber nötigenfalls durch Einfügung von Vorbehalten und Milderungen des Wortlauts ihrer gefährlichen Nachteile berauben. Sonst sollten sie möglichst im Hintergründe bleiben und den Widerspruch gegen unmögliche Forderungen anderen überlassen, damit man Deutschland nicht vorwerfen könne, es habe durch seine Haltung das Zustandekommen eines großen humanitären Werkes verhindert.

Unsere Vertreter haben aber diese Rolle nicht durchzuführen vermocht. Als in der Unterkommission über die Rüstungsbeschränkungen verhandelt und von Rußland der Antrag gestellt wurde, die gegenwärtige effektivstärke aller Armeen und die dafür bestimmten Ausgaben auf fünf Jahre festzulegen und jede Erhöhung während dieser Zeit auszuschließen, ergriff der deutsche Militärdelegierte, Obert Groß von Schwarzhoff, als erster das Wort und bezeichnete die Annahme dieses Vorschlages im allgemeinen und insbesondere für Deutschland als unmöglich. Es kam denn auch in dieser Frage nichts zustande als eine ganz allgemein gehaltene Erklärung, daß eine Einschränkung der Rüstungen in Zukunft wünschenswert sein werde.

Große Schwierigkeiten bereitete der Umstand, daß der weitere russische Antrag auf den Ausbau des schiedsrichterlichen Verfahrens bei internationalen Streitigkeiten von dem englischen Vertreter Lord Pauncefote dahin erweitert wurde, es möge ein permanenter internationaler Gerichtshof zu diesem Zweck geschaffen und seine Anrufung in gewissen Fällen für obligatorisch erklärt werden. In Berlin war man darüber außer sich; man mißtraute mit vollem Recht der Unparteilichkeit eines solchen Gerichtshofes und wollte selbst dann, wenn seine Wirksamkeit auf kleinere, die Ehre oder Machtstellung der beteiligten Staaten nicht berührende Fragen beschränkt bleibe, nicht darauf eingehen. Unter Holsteins Einfluß wurden die Delegierten angewiesen zu erklären, daß Deutschland sich von diesem Versuche jedenfalls fernhalten würde, auch wenn die übrigen Staaten seine Verwirklichung beschließen sollten. Die

Delegierten stellten darauf energisch vor, daß eine solche Erklärung die Sprengung der Konferenz bedeuten und Deutschland allein mit dem Odium belasten werde, diese verschuldet zu haben. Außerdem wies Graf Münster darauf hin, wie ungünstig ein solches Vorgehen unser gesamtes Verhältnis zu Rußland beeinflussen werde. Nachdem sich Bülow durch eine Rückfrage bei dem deutschen Botschafter in Petersburg von der Richtigkeit dieser letzteren Befürchtung überzeugt hatte, setzte er es durch, daß der Kaiser, der die ganze Konferenz im Grunde als eine törichte Komödie betrachtete, seine Zustimmung zu einem anderen Verfahren gab. Die deutschen Vertreter sollten nunmehr der Einrichtung eines ständigen Schiedshofes unter der Bedingung zustimmen, daß es völlig in das Belieben der einzelnen Staaten gestellt werde, ob sie ihn bei irgendwelchen Streitigkeiten anrufen wollten oder nicht. Die meisten übrigen Staaten wünschten weiterzugehen, oder stellten sich wenigstens so, gaben aber, um die Einstimmigkeit des Beschlusses zu retten, nach. In dieser abgeschwächten Form wurde der englische Antrag schließlich angenommen, sowie außerdem noch einige Bestimmungen über die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg und über die Führung des Landkrieges. Am 25. Juli konnte die Konferenz mit diesem etwas mageren Ergebnis geschlossen werden. „Ein Netz mit großen Löchern“, in dem man sich aber doch noch verwickeln kann, nannte Graf Münster die Bestimmungen über das Schiedsgerichtsverfahren. Und der Kaiser sagte, er habe dem Unsinn zugestimmt, um den Zaren vor einer Blamage zu retten, werde sich in der Praxis aber stets nur auf Gott und sein scharfes Schwert verlassen.

Wenn man diese Beratungen überblickt, kann man kaum zweifeln, daß die russischen Vorschläge den Regierungen aller Großmächte höchst unbequem waren, während die kleineren Staaten sie mit Freuden begrüßten. Aber die meisten der größeren Kabinette mußten auf die pazifistische Strömung in den eigenen Ländern Rücksicht nehmen und waren daher sehr vorsichtig in ihrer Haltung. Die deutschen Staatsmänner brauchten das nicht zu tun, weil in Deutschland die Anhängerschaft dieser Ideen äußerst gering war, und die Meinung der übrigen Welt erschien ihnen als eine höchst nebensächliche Angelegenheit. Hätte man nicht Rücksicht auf den Zaren zu nehmen gehabt, so würde man noch viel schroffer aufgetreten sein. So nahm man den übrigen Mächten die unangenehme Aufgabe ab, in den entscheidenden Fragen den gestellten Anträgen zu widersprechen oder sie durch

Amendements zu verwässern. Durch ruhiges und geduldiges Zuwarten, wie es anfangs beabsichtigt war, aber nicht durchgeführt wurde, hätte man wahrscheinlich erreicht, daß andere Staaten die Initiative ergriffen und Deutschland das Odium abgenommen hätten. Jetzt mußte Deutschland vielen als der stärkste Widersacher jeder Milderung der Militärlasten erscheinen und bot seinen Gegnern die Möglichkeit, es, wenn auch mit Unrecht, in den Verdacht kriegerischer Hintergedanken zu bringen [17b]).

[17b]) Die Akten über Deutschlands Stellung zur Haager Konferenz s. Große Politik 15, 139—364.

An der allgemeinen Stellung Deutschlands zu den großen Mächtegruppen änderten diese Vorgänge nichts. Man suchte einerseits die Beziehungen zu Rußland festzuhalten und die zu Frankreich zu verbessern, andererseits den Engländern die Hoffnung zu lassen, daß man ihren Wunsch nach einem Bündnis erfüllen werde, wich aber festen Verpflichtungen nach allen Seiten aus.

Von russischer Seite wurde die im Frühling hervortretende deutsch-englische Spannung wegen der Samoafrage sofort benutzt, um Deutschland auf die andere Seite zu ziehen. Der Finanzminister Witte sagte dem deutschen Botschafter, eine Verständigung zwischen Deutschland, Rußland und Frankreich werde die sicherste Garantie des Weltfriedens sein, werde die großen Landrüstungen überflüssig machen und den Festlandmächten gestatten, ihre Mittel zum Bau starker Flotten zu verwenden, um so die englische Weltherrschaft zu verhindern. England gebe immer nach, wenn man ihm die Zähne zeige. Es werde sich dann in seinen Ansprüchen mäßigen müssen; dann würde auch ein gutes Verhältnis möglich werden. In demselben Sinne sprach Baron v. Osten-Sacken in Berlin zu Bülow. Man hatte gemeinsam in der Frage der Beibehaltung internationaler Gerichtshöfe in Ägypten einen kleinen Erfolg gegen England erzielt; der Botschafter meinte, auch an anderen Punkten werde man mit Nutzen Zusammenarbeiten können. Ähnliche Anregungen kamen über Spanien, das sich einem solchen Kontinentalbunde gern angeschlossen hätte; man glaubte dort, die Einräumung stärkerer Autonomie an Elsaß-Lothringen innerhalb des Reichsverbandes werde die Franzosen zufriedenstellen [18]).

[18]) Radolin, 2. April 1899. Große Politik 13, 209. Erlaß an Hatzfeldt, 10. April. Große Politik M, 600. Radowitz, 15. April und 12. August 1899. Große Politik 15, 115 und 127.

Der Kaiser und Bülow blieben skeptisch. Dir erstere warf die Frage auf, ob nicht doch ein Bündnis mit England, Amerika und Japan den Weltfrieden wirksamer sichern werde. Er meinte, man habe den Kontinentalbund schon mehrmals mit dem Zaren erörtert, aber nie den ernsten Willen zur Verwirklichung gespürt. Bülow zweifelte namentlich an Frankreichs Bereitschaft zu dauerndem Zusammenwirken; vielleicht werde die Zeit dazu kommen, sie sei aber noch nicht da. Immerhin gab er Hatzfeldt anheim, die russischen Sondierungen in London bei den Samoaverhandlungen zu verwerten [19]). Auch wies man diese Anregungen keineswegs zurück, äußerte sich über die Grundgedanken sympathisch und suchte sich den Franzosen zu nähern. Man gab ihnen sogar gute Ratschläge für den Fall eines Krieges gegen England. Als aber Rußland im Juli den Abschluß eines neuen Rückversicherungsvertrages anregte, wich man aus. Wir müßten, meinte man, solange wie möglich Politik gemeinsam mit Rußland machen, uns aber nicht an Rußland anlehnen [20]).

[19]) Bülow an Radowitz, 27. April, an Hatzfeldt, 10. April. Große Politik 15, 119 und 13, 209. Bemerkungen des Kaisers zum Bericht des Fürsten Radolin vom 2. April.

[20]) Aufzeichnung v. Tschirschkys über eine Unterredung mit Osten-Sacken, 3. Juli. Große Politik 14, 556.

Etwas später kamen die Russen mit spezielleren Wünschen. Sie hatten nicht ohne Unruhe die Reise Wilhelms II. nach dem Orient im Herbst 1898 verfolgt. Daß er sich in Damaskus als Freund des Sultans und der 300 Millionen Mohammedaner bekannte, hatte man mit Sorge gehört. Es wird den Zaren auch wenig beruhigt haben, daß ihm der Kaiser den Bund mit dem Islam als bestes Mittel bezeichnete, um England in Indien Schwierigkeiten zu bereiten. Besonders ungern sah man aber die Konzessionen, die der Sultan der deutschen anatolischen Bahngesellschaft auf Betreiben des Kaisers für den Ausbau eines Hafens in Haidar-Pascha gegeben hatte; ohne Zweifel wußte man auch, daß bereits über die große Konzession für den Weiterbau der Bahn über Bagdad zum persischen Golf verhandelt wurde, die im November 1899 wirklich erteilt wurde. Murawieff sagte dem Fürsten Radolin, man könne keiner anderen Macht eine herrschende Stellung am Bosporus einräumen und wünsche auch nicht, daß durch die geplante Bahnlinie das türkische Reich wirtschaftlich

gehoben und die Macht des Sultans militärisch gestärkt werde. Rußland könne sich mit dem wirtschaftlichen Vordringen Deutschlands in Kleinasien nur dann einverstanden erklären, wenn wir seine ausschließlichen Ansprüche auf den Bosporus in unzweideutiger Form anerkennen wollten und auf die übrigen Mächte in der gleichen Richtung einzuwirken versprächen. Wolle Deutschland das nicht, so müsse Rußland sich mit England, das augenblicklich an der Meerengenfrage weniger interessiert sei, darüber verständigen; man könne die Beherrschung des persischen Meerbusens ihm ruhig überlassen. Vergeblich stellte ihm der deutsche Botschafter vor, daß es für Rußland weit ungefährlicher sei, Deutschland in Kleinasien zu haben als England; auch habe ja der Kaiser dem Zaren bereits sein Wort dafür verpfändet, daß er der russischen Meerengenpolitik nicht in den Weg treten werde, und es bedürfe daher einer schriftlichen Abmachung gar nicht. Solange wir mit Frankreichs unbedingter Gegnerschaft rechnen müßten und der Gedanke eines Kontinentalbundes nicht zu verwirklichen sei, könnten wir uns keine neuen Feinde machen und es nicht zum Bruch mit England kommen lassen. Murawieff meinte, das Abkommen könne ja völlig geheim bleiben, auch werde England sich wohl schließlich damit abfinden, wenn es doch bekannt werden sollte [21]).

[21]) Radolin, 29. Juni 1899. Große Politik M, 549

Die Quintessenz war: ausdrückliche Verständigung über die Meerengen oder mehr oder minder verhüllte russische Gegnerschaft gegen unseren wirtschaftlichen und politischen Einfluß in der Türkei. Wenn Deutschland auf den Vertrag nicht einging, so sprach dabei nicht nur die Rücksicht auf England mit, sondern mindestens ebenso stark der Wunsch, nicht in offenen Gegensatz zu Österreichs Orientpolitik zu treten. Da von Deutschland eine bindende Erklärung nicht zu haben war, schloß sich Rußland jetzt noch enger mit Frankreich zusammen. Es gelang der Geschicklichkeit Delcassés, der Ende Juli selbst nach Petersburg kam, eine ausdrückliche Erneuerung der Abmachungen von 1891 und 1893 zu erreichen, wobei jedoch als Ziel neben der Wahrung des Friedens auch die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts bezeichnet wurde. Außerdem wurde festgesetzt, daß die Militärkonvention nicht mit der Auflösung des Dreibundes erlöschen, sondern weiterbestehen solle, solange der allgemeinere Freundschaftsvertrag in Kraft bleibe. Damit hatte Delcassé, wie er selbst betonte, erreicht, daß Rußland nicht etwa freie Hand gewann, wenn nach dem Tode des Kaisers Franz Josef vielleicht die Donaumonarchie auseinanderfallen und damit der

Dreibund aufhören sollte zu existieren. Gerade für diesen Fall schien ihm ein weiteres Zusammenwirken gegen jede Vergrößerung Deutschlands besonders nötig [22]). Es kann daher nicht befremden, daß man bei dem persönlichen Besuch des Zaren in Potsdam (8. November 1899) über allgemeine Versicherungen des gegenseitigen Wohlwollens nicht hinauskam. Der Zar bat hier nochmals, man möge nicht den Anschein erwecken, als wolle Deutschland den hergebrachten russischen Einfluß im Orient verdrängen. Murawieff fügte hinzu, wir möchten dort keine Bahnen von strategischer Bedeutung bauen, ohne uns vorher mit Rußland ins Einvernehmen zu setzen [23]).

[22]) S. hierüer das französische Gelbbuch L'Alliance Franco-Russe, S. 200 f.

[23]) Aufzeichnungen Bülows vom 8. November 1899. Große Politik 13, 227 und 229.

Sowohl die Kaiserzusammenkunft in Potsdam wie der Abschluß des Samoavertrages standen schon unter der Einwirkung des großen Ereignisses, das die nächsten Jahre beherrschte, des Krieges der Engländer gegen die Republiken der Buren. Im Oktober 1899 kam er zum Ausbruch. Für England handelte es sich dabei um die definitive Sicherung seiner Herrschaft in Südafrika und des Seeweges um das Kap der guten Hoffnung. Den Anlaß bot die beschränkte und egoistische Politik der Buren gegenüber den Einwanderern, die ihren Industriebezirk erschlossen und ihnen ungeahnte materielle Vorteile zugeführt hatten.

Bekanntlich erlitten die Engländer, deren Vorbereitungen noch nicht völlig beendet waren, als die Buren ihr Ultimatum stellten und den Krieg begannen, in den ersten Monaten schwere Niederlagen, und vielfach herrschte die Ansicht, daß das britische Reich in seinen Grundfesten erschüttert sei. Jedenfalls mußte England alle Kräfte auf diesen Kampf konzentrieren und überflüssige Reibungen möglichst zu vermeiden suchen. Zweifellos ist auch der Abschluß des Vertrags mit Deutschland über Samoa durch diese Veränderung der Lage schon beeinflußt worden.

Auf dem ganzen Kontinent, ganz besonders aber in Deutschland, nahm die öffentliche Meinung scharf für die Buren und gegen England Partei: Man gefiel sich darin, den Krieg als einen britischen Raubzug gegen die Gold- und Diamantenfelder Transvaals, als die Unterdrückung eines kleinen, freien und

harmlosen Volkes durch das gewalttätige Albion hinzustellen. Das frühere Eintreten des Kaisers für die Buren erschwerte es der Regierung außerordentlich, dieser Stimmung entgegenzutreten, obwohl sie ja inzwischen den Engländern in Südafrika freie Hand gegeben hatte. An ein Eingreifen zugunsten der Buren hat in Berlin um diese Zeit niemand mehr gedacht; man hat dies auch den Buren selbst offen gesagt und ebenso in London über unsere wohlwollende Neutralität keinen Zweifel gelassen. Ja, indem der Kaiser jetzt nach dem Ausbruch des Kampfes doch der früheren Einladung seiner Großmutter nach England Folge leistete, erschien diese Reise als eine Sympathiekundgebung für das in schwerem Ringen stehende englische Volk und wurde auch in England überall so aufgefaßt. Man sah darin eine Art Sühne für das Krügertelegramm. Hof, Bevölkerung und Presse nahmen den Kaiser mit der größten Liebenswürdigkeit auf. Man freute sich über sein Kommen umsomehr, als man über den Ton der deutschen Presse höchst verstimmt war, und als man von Rußland her Warnungen erhalten hatte, Deutschland versuche die Festlandsmächte zu einer gemeinsamen Intervention zusammenzuschließen.

In Wahrheit scheint die Anregung zu einer derartigen Einmischungspolitik von Frankreich ausgegangen zu sein. Von russischer Seite war bei den Potsdamer Besprechungen gesagt worden, man denke an keine Einmischung, obwohl der Krieg England große Opfer kosten werde; denn es sei zu Lande und zu Wasser weniger stark, als man gewöhnlich glaube. Hingegen hatte der französische Botschafter sich schon Ende Oktober vergeblich bemüht, in Berlin über Deutschlands Stellung zu England in den südafrikanischen, ostasiatischen und vorderasiatischen Fragen etwas zu erfahren [24]). Bald darauf benutzte die französische Regierung einen Bericht ihres Botschafters, worin einer beiläufigen Äußerung Bülows über die Identität der deutschen und französischen Interessen in Afrika Erwähnung getan war, um in Berlin anfragen zu lassen, ob Deutschland bestimmte Vorschläge zur Wahrung dieser Interessen zu machen habe? Der Staatssekretär antwortete völlig ausweichend. Der Botschafter hatte aber schon, wie es scheint, vor Empfang neuer Anweisungen aus Paris auf eigene Faust eine Audienz beim Kaiser benutzt, um gemeinsame Vorsichtsmaßregeln gegen die englische Expansion in Afrika anzuregen. Dieser hatte ihm jedoch erwidert, solche seien jetzt völlig aussichtslos; vor vier Jahren seien sie vielleicht möglich gewesen; damals hätten ihm Frankreich und Rußland hohnlachend den Rücken gedreht. Jetzt könne er aus seiner

strengen Neutralität nicht heraustreten, bevor er nicht eine starke Flotte habe, was erst in zwanzig Jahren der Fall sein werde [25]). Auch später suchte man in Paris beim Fürsten Münster die Vorstellung zu erwecken, als warte Frankreich nur auf einen Anlaß, um mit England anzubinden [26]). Der Botschafter scheint den eigentlichen Sinn dieser Äußerungen, Deutschland zu Unvorsichtigkeiten zu verleiten, nicht erkannt zu haben.

[24]) Aufzeichnung v. Derenthalls über eine Unterredung mit dem Herzog v. Noailles, 25. Oktober.

[25]) Der Kaiser an Bülow, 29. Oktober, über ein Gespräch mit demselben. Große Politik 15, 406. Vgl. dazu die offenbar recht einseitigen Notizen im französischen Rapport 298 f.

[26]) Fürst Münster, 22. Dezember 1899. Große Politik 15, 430.

Der Besuch des Kaisers in England dauerte vom 20. bis 28. November. Bülow begleitete ihn und hat über die in Windsor gepflogenen politischen Unterredungen einen ausführlichen Bericht abgefaßt [27]). Der Kaiser empfing Chamberlain zweimal am 21. und 24. November und hörte von ihm selbst seinen Bündnisplan unter Einbeziehung Amerikas entwickeln; er machte auf die Bedenken aufmerksam, die in Englands traditioneller Abneigung gegen formelle Bündnisse und der für Deutschland unerläßlichen Rücksichtnahme auf Rußland lägen, meinte aber, man solle auf dem erfolgreich betretenen Wege der Verständigung über Einzelfragen fortfahren. In dieser Hinsicht regte Chamberlain eine Beteiligung englischen Kapitals an der Bagdadbahn und eine Verständigung über Marokko an, wobei Tanger an England, ein Stück der atlantischen Küste an Deutschland fallen könne. Der Kaiser erwiderte, das alles könne vertraulich weiter erwogen werden. Möglich, daß er unter dem Eindruck seiner persönlichen Aussprache mit Chamberlain innerlich wieder mehr zum Eingehen auf das englische Bündnis neigte. Aber seine Diplomaten wurden nicht müde, ihn darauf hinzuweisen, daß Zurückhaltung und Abwarten die für Deutschland vorteilhafteste Politik sei. Graf Hatzfeldt sagte dem Kaiser damals, wohl im Einverständnis mit Bülow, „daß die Entscheidung aller großen europäischen Fragen in der Hand des Kaisers liegen werde/falls wir den dazu geeigneten Zeitpunkt abwarten könnten“ [27a]).

[27]) Aufzeichnung Bülows, 24. November. Vgl. Hatzfeldt, 2. Dezember. Große Politik 15, 413 und 422.

[27a]) Hatzfeldt an Bülow, 24. Dez. Große Politik 15, 432.

Auch Balfour sprach mit dem Kaiser und Bülow, betonte besonders, daß er in der wirtschaftlichen Konkurrenz keinen Grund zu einem politischen Gegensatz erblicke, daß man nichts gegen Deutschlands Betätigung in Kleinasien habe, und brachte schließlich die Zukunft Österreich-Ungarns zur Sprache. Er fragte, ob das Deutsche Reich nicht die cisleithanischen Gebiete nehmen werde, wenn der Donaustaat einmal auseinanderbreche. Bülow erklärte ihm, daß Deutschland daran kein Interesse habe, aber mit Schrecken an eine Zukunftsmöglichkeit denke, die alle slavischen Teile der habsburgischen Monarchie und den ganzen Balkan in Rußlands Hände liefern werde. Der englische Minister gestand die Bedenklichkeit einer solchen Aussicht ein.

Am wichtigsten war Bülows Gespräch mit Chamberlain am 24. November. Auch dem Staatssekretär entwickelte der letztere von Neuem seine Ideen. Rußland darf in Asien nicht mächtiger werden. China, Persien, die Türkei müssen möglichst erhalten werden; dies alles ist Deutschlands und Englands gemeinsames Interesse. Gute Beziehungen zu Amerika sind ein Kardinalpunkt; England wenigstens wird nie etwas tun, was Amerika verletzen könnte. Frankreich ist ein niedergehendes Land. Die Verständigung mit Deutschland wird erschwert durch die unvernünftige Haltung der Presse. Bülow meinte, auch die englische Presse habe manches auf dem Kerbholz. Er hat, was er übrigens in seinem Bericht nicht sagt, Chamberlain ermuntert, seinen Plan einmal öffentlich unzweideutig auszusprechen, damit man sehe, welche Aufnahme er bei der öffentlichen Meinung finde. Die damals bereits geplante neue deutsche Flottenverstärkung schien dem englischen Minister nicht besonders angenehm zu sein, jedoch hat er offenbar keine ernsten Bedenken dagegen erhoben. Mehrmals ließ er durchblicken, daß Lord Salisbury seinen Plänen etwas skeptisch gegenüberstehe, wenn er auch gegen eine Annäherung an Deutschland im Prinzip nichts einzuwenden habe.

Neu und auffallend war an diesen Auseinandersetzungen die Heranziehung Amerikas, von der im vorigen Frühjahr kaum die Rede gewesen war. Die Vereinigten Staaten waren eben seit einem Jahre eine der ausschlaggebenden Mächte in Ostasien und der Südsee geworden.

Bülow gewann aus diesen Unterredungen den Eindruck, daß Chamberlain ein klarer, nüchterner und skrupelloser aber reeller

Kaufmann sei und daß die englische Stimmung weniger deutschfeindlich als die deutsche englandfeindlich sei. Er faßte auf Grund dieser Aussprachen die Richtlinien der künftigen deutschen Politik dahin zusammen: „Die Zukunftsaufgabe der deutschen Regierung sehe ich darin, im Besitz einer stärkeren Flotte und unter Wahrung guter Beziehungen nach der russischen wie nach der englischen Seite die weitere Entwicklung der elementaren Ereignisse mit Geduld und Sammlung abzuwarten0. Man gedachte also weiter zu tun, was man bisher getan hatte.

In London hatte jedoch diese Aussprache größere Hoffnungen erweckt. Chamberlain glaubte der prinzipiellen Übereinstimmung mit Bülow sicher zu sein. Der Anregung des deutschen Staatsmannes folgend entwickelte er gelegentlich einer Rede in Leicester am 29. November sein Programm des Bündnisses oder wenigstens Einvernehmens mit Deutschland und Amerika. Er sprach von der Tripelallianz der Germanen und der beiden Zweige der angelsächsischen Rasse, bedauerte aber zugleich, daß die Haltung der deutschen Presse die Verständigung erschwere. Diese Worte wurden jedoch in England skeptisch, in Deutschland geradezu feindselig aufgenommen und Bülow glaubte dieser Stimmung soweit Rechnung tragen zu müssen, daß er in seiner Reichstagsrede über das Flottengesetz vom 11. Dezember mit absichtlicher Kühle von unseren Beziehungen zu England sprach, während er nach der französischen und russischen Seite hin Liebenswürdigkeiten spendete. Er deutete sogar an, daß man Englands augenblickliche Verlegenheit benutzen müsse, um sich Sicherheiten für die Zukunft zu schaffen. Gewiß sprach der taktische Zweck, für die Flottenvorlage Stimmung zu machen, bei diesen Äußerungen sehr stark mit; auch trug Bülow Sorge, Chamberlain unter der Hand wissen zu lassen, daß dies alles nur Taktik sei, und daß seine Neigung zur Verständigung dieselbe geblieben sei wie vorher. Aber es ist begreiflich, daß dem englischen Minister das Vorgehen des Staatssekretärs wenig gefiel, namentlich nachdem er selbst auf dessen Rat mit seinem Bündnisangebot öffentlich heraus getreten war. Man wollte bei uns wieder zu schlau sein. Selbst Graf Hatzfeldt meinte, es sei nützlich, wenn Chamberlain sich möglichst festlege, ohne daß wir uns bänden; dann werde er, um uns aus der Zurückhaltung herauszuholen, zu kolonialen Zugeständnissen geneigt sein [28]). Trieben wir nicht damit eine ähnliche Politik, wie wir sie beständig England uns gegenüber zuschrieben und zum Vorwurf machten?

[28]) Hatzfeldt, 2. Dezember 1899. Große Politik 15, 422.

So war die Lage schon etwas verschlechtert gegenüber den Novembertagen, als im Januar 1900 die Beschlagnahme deutscher nach Südafrika fahrender Dampfer durch die Engländer, weil sie angeblich Kriegskontrebande an Bord haben sollten, eine neue starke Erregung in Deutschland hervorrief. Man erhob in London ernste Vorstellungen und verlangte nicht nur die Freigabe der Dampfer, sondern auch Garantien gegen die Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle. Der Ton der deutschen Forderungen streifte manchmal an die Drohung, was Lord Salisbury besonders kränkte. Er sagte bald nachher, er habe das Gefühl gehabt, der englischen Ehre sei zu nahe getreten worden in dem Augenblick, wo England sich in schlechter Lage befunden habe [29]). Sachlich war die deutsche Regierung völlig im Recht; die Dampfer hatten keine Kriegskontrebande geführt und das Recht der Durchsuchung neutraler Schiffe, falls sie nicht eine effektive Blockade zu durchbrechen versuchten, war den Engländern von den übrigen Nationen niemals zugestanden worden. Natürlich ist der Vorfall von der Herrn v. Tirpitz nahestehenden Presse mit Freuden benutzt worden, um der öffentlichen Meinung Deutschlands die Rücksichtslosigkeit, mit der England seine Seeherrschaft ausübe, und die Notwendigkeit der neuen schon seit Monaten zur Beratung stehenden Flottenvorlage deutlich vor Augen zu stellen. Sogar der Gedanke tauchte auf, England wolle seine Mißerfolge im südafrikanischen Landkriege durch einen erfolgreichen Seekrieg gegen Deutschland ausgleichen. Auch werden einzelne heftige Augenblicksäußerungen des Kaisers auf Umwegen nach London kolportiert worden sein. Eine wirkliche Kriegsdrohung hat von deutscher Seite nicht stattgefunden, und ob die Sendung eines deutschen Admirals mit einem Ultimatum, von der man in London zu wissen glaubte, wirklich ernstlich erwogen worden ist, darf bezweifelt werden.

[29]) Erlasse an Hatzfeldt, 11., 14., 15. Januar 1900. Englische Note vom 14. Januar. Holstein an Eckardstein, 14. Januar (Eckardstein 2, 146), und dessen Antwort, 15. Januar (2, 148). Hatzfeldt, 16. Januar. Große Politik 14, 463—475. Salisburys Äußerung in einem Bericht Metternichs vom 24. März 1900. Große Politik 14, 498.

Die Engländer gaben schließlich, ohne auf ihre von der deutschen abweichende Rechtsauffassung zu verzichten, die Dampfer frei, überließen die Entschädigungsfrage einem Schiedsgericht, versprachen in größerer Entfernung vom Kriegsschauplatz keine Schiffe mehr anzuhalten und Postdampfer auf bloßen Verdacht hin überhaupt nicht zu belästigen. Die

deutsche Regierung erklärte sich damit zufrieden und der Zwischenfall war erledigt. Eine gewisse Trübung der Beziehungen aber blieb zurück. Lord Salisbury, der an einen greifbaren Erfolg von Chamberlains Vorgehen nie recht geglaubt hatte, sagte dem deutschen Botschafter Ende Februar, er wünsche ein starkes Deutschland, aber es sei nicht richtig, immer von einer Allianz zu reden. „Die alte englische Politik, sich nicht in die kleinen Händel des Festlandes zu mischen, bestehe noch fort. Diese Haltung sei ganz gut damit zu vereinbaren, daß England sich im Notfälle auf die Seite derjenigen Macht stelle, deren Interessen mit den englischen übereinstimmen [30]).“

[30]) Metternich, 28. Februar. Große Politik 15, 515.

Die Mißstimmung wich auch nicht ganz, als der Kaiser dem englischen Botschafter erklärte, er werde jede Verminderung der englischen Machtstellung infolge der Ereignisse in Südafrika als einen dem deutschen Interesse zugefügten Schaden betrachten und dem Prinzen von Wales in demselben Sinne schrieb, und als er dem österreichischen Botschafter sagte, er habe nie einem Ausgleich des russisch-englischen Gegensatzes widerstrebt; „denn nicht ein Weltkrieg, sondern die Aufrechterhaltung des Weltfriedens entspreche den Interessen des deutschen Reichs und den Wünschen des deutschen Kaisers [31]).“ Die letztere Äußerung wurde sofort auch nach England weitergegehen. Unzweifelhaft war dies des Kaisers wirkliche Meinung und auch die Politik der deutschen Regierung. Wenn der Kaiser dem Zaren auch öfter die englische Politik als perfid und bedrohlich für alle anderen hingestellt hat, so hat er das gewiß nicht getan, um ihn zum Kriege zu treiben, sondern nur, um ihn von einem engeren Anschluß an England abzuhalten, der das Ende der vorteilhaften Zwischenstellung Deutschlands zwischen den beiden anderen Gruppen und unter Umständen eine ernste Gefahr bedeutet hätte. Indem aber solche Äußerungen auf allerlei Umwegen — namentlich über Kopenhagen — vielleicht noch etwas aufgebauscht nach London weitergegeben wurden, mußten sie dort das Mißtrauen gegen Deutschland immer wieder wachrufen [32]).

[31]) Lichnowsky, 31. Januar. Erlaß an Eulenburg, 31. Januar. Große Politik 15, 515, Anm. Der obige Satz auch im Erlaß an Radolin v. 5. Febr. Große Politik 15, 514. Der Kaiser an den Prinzen von Wales, 23. Februar.

[32]) Vgl. z. B. den Bericht des Fürsten Radolin v. 5. Februar 1900. Große Politik 15, 513.

Andererseits suchte man von Petersburg aus Deutschland gegen England aufzuhetzen. Schon im Januar regte Osten-Sacken eine Koalition gegen England namentlich gegen die von dort ausgehenden Verletzungen des Seerechtes an. Der Kaiser wies jedoch jedes Heraustreten aus seiner neutralen Haltung entschieden von sich. Auf die Frage, ob er Rußland in den Arm fallen werde, wenn es in Persien oder Afghanistan gegen England vorgehe, erwiderte er, „daß er ebensowenig für den Zweibund in Ostafrika, wie für England in Indien Posten stehe“; auf die Frage, was Deutschland bei einer Besetzung der Delagoabai durch England tun werde, gab er keine Antwort [33]).

[33]) Aufzeichnung Bülows über eine Unterredung des Kaisers mit Osten Sacken, 13. Januar 1900. Große Politik 15, 609.

Am 3. März 1900 ging Rußland plötzlich einen erheblichen Schritt weiter. Der Zar regte nach vorher eingeholter Zustimmung der Pariser Regierung in seinem und Frankreichs Namen in Berlin eine gemeinsame Vermittlung der drei Mächte zwischen England und den Burenstaaten an. Graf Murawieff ließ dabei auf die allgemeinen Sympathien für den Freiheitskampf der Buren und die Grundsätze der Humanität hinweisen; jetzt nachdem Englands Waffenehre durch den Entsatz von Kimberley und die Gefangennahme Cronjes bei Paardeberg gewahrt sei, könne ein solcher Schritt von England nicht als Kränkung empfunden werden.

Bülow erwiderte, er würdige die hochherzigen Motive des Zaren; da dieser auch bei der Einberufung der Haager Friedenskonferenz die Führung übernommen habe, werde es am besten sein, wenn er auch in dieser Frage zunächst allein die Initiative ergreife, um in London festzustellen, ob man dort eine solche Vermittlung günstig aufnehmen werde. Deutschland müsse jede Verwicklung vermeiden, solange es der Haltung Frankreichs nicht sicher sei. „Diese Sicherheit würde nur durch eine Abmachung geboten werden, durch welche die vertragschließenden Mächte sich für eine längere Reihe von Jahren ihren europäischen Besitzstand gegenseitig garantieren [34]).“

[34]) Aufzeichnung Bülows über die russische Mitteilung, 3. März. Erlaß an Radolin, 3. März. Große Politik 15, 516.

Da dies einen ausdrücklichen Verzicht auf die Revancheidee bedeutet haben würde, konnte keine französische Regierung

darauf eingehen. Murawieff ließ vorstellen, so schwierige Fragen würden eine Konferenz erfordern, und diese werde lange dauern, während hier sofortiges Handeln notwendig sei. Er sagte dem deutschen Botschafter direkt, jedes französische Ministerium, das auf einen derartigen Vertrag eingehe, werde sofort gestürzt werden; Frankreich werde seine Ansprüche auf Elsaß-Lothringen nie fallen lassen und auf einem Kongreß würden wahrscheinlich auch die schleswigsche und die bosnische Frage zur Sprache kommen [35]). Die Vermittlung unterblieb natürlich.

[35]) Radolin, 5. und 11. März. Große Politik 15, 519, 627.

Von Petersburg aus wurden diese Vorgänge sofort nach London in verzerrter Gestalt berichtet. Da sollte zunächst die Initiative vom Kaiser ausgegangen sein, der dem russischen Botschafter gegenüber eine Intervention angeregt habe. Von deutscher Seite wurde diese Behauptung aufs bestimmteste bestritten. Sodann sollte Deutschland sich im Prinzip bereit erklärt haben, auf den Vorschlag einzugehen und nur unverschämt hohe Gegenforderungen gestellt haben. Bülow machte darauf aufmerksam, daß er jede weitere Verhandlung an eine Bedingung geknüpft habe, über deren Unerfüllbarkeit bei niemand Zweifel bestanden habe. Das sei nichts als eine höfliche Form der Ablehnung gewesen. Als man 1895 wirklich mit Rußland und Frankreich habe zusammenarbeiten wollen, habe man derartige Bedingungen nicht gestellt [36]).

[36]) Metternich, 28. März. Erlaß an Metternich, 31. März. Große Politik 15, 539, 540. Der letztere Erlaß ist zwar in dieser Form nicht abgegangen, enthält aber unzweifelhaft den Gesichtspunkt am klarsten, unter dem Bülow die Sache betrachtet zu sehen wünschte.

Betrachtet man diese Episode im Zusammenhang der Dinge, so wird man sich auf russisch-französischer Seite kaum ein anderes Motiv vorstellen können, als daß es beiden Mächten von Anfang an darauf angekommen ist, Deutschland in eine Falle zu locken, um es auf die eine oder andere Art dauernd mit England zu entzweien. Dabei mochten wohl gelegentliche englandfeindliche Äußerungen des Kaisers als Anhaltspunkte für die Hoffnung des Gelingens gedient haben. Bezeichnend ist übrigens, daß die Russen der deutschen Regierung selbst gegenüber von einer Initiative des Kaisers nichts erwähnten, sondern sagten, der Vorschlag sei ausschließlich mit Rücksicht auf die Stimmung im eigenen Lande von ihnen gemacht worden [37]). Die deutsche Antwort sollte gewiß eine Ablehnung sein, zugleich aber den

Russen und Franzosen wieder einmal andeuten, um welchen Preis überhaupt nur ein dauerndes Zusammenarbeiten Deutschlands mit beiden Mächten möglich sein würde. Wir wissen ja, daß die deutsche Regierung ihre neutrale Mittelstellung behaupten wollte, bis eine der rivalisierenden Mächte greifbare Vorteile anbiete. Der Gedanke des Kontinentalbundes unter französischem Verzicht auf Elsaß-Lothringen lockte immer wieder wie ein Irrlicht in den Sumpf einer zweideutigen Politik hinein. Sicherheit für den europäischen Besitz, Unangreifbarkeit zu Lande, Möglichkeit einer an Rücksicht auf England nicht mehr unbedingt gebundenen Kolonialpolitik, — das alles schien auf diesem Wege erreichbar. Allerdings hielt weder Bülow noch der Kaiser es in dem damaligen Augenblick bereits für möglich, ein solches Bündnis zustande zu bringen. Immer wieder erhielten sie auf den Umwegen über Rom, Wien und Madrid Warnungen, Murawieff wünsche gar keine Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und habe während seines Besuches in Paris dagegen gewirkt; Frankreich aber suche zwar Deutschland von England zu trennen, werde aber im entscheidenden Moment doch auf Englands Seite abschwenken; denn man wolle an der Seine militärische Revanche und werde mit einer kolonialen Kompensation auf englische Kosten nie zufrieden sein [38]). Die Erfahrungen von 1896 und 1898 sprachen für die Richtigkeit dieser Auffassung. Aber, indem man doch diese Möglichkeit nicht ganz aus den Augen lassen und die Beteiligten immer wieder auf sie hinweisen wollte, gelangte man zu einer Formulierung der Antwort, die auch als eine bedingte Zusage gedeutet werden konnte, und natürlich von unseren Gegnern so gedeutet wurde.

[37]) Aufzeichnung Bülows über eine Aufzeichnung Osten-Sackens, 30. März.

[38]) Z. B. Eulenburg, 15. Februar 1900. Große Politik 18, 764.

Man wird in den englischen Regierungskreisen nicht ernstlich geglaubt haben, daß Deutschland für die Buren kämpfen wolle. Der Prinz von Wales sprach seinem Neffen sogar seinen Dank für dessen freundschaftliches Verhalten aus. Aber man wird in London Deutschlands Verdienst kaum so hoch eingeschätzt haben wie Bülow, der meinte, man habe in einem kritischen Moment England einen Dienst von weltgeschichtlicher Bedeutung geleistet [39]).

[39]) Metternich, 5. März. Große Politik 15, 518. Erlaß an Metternich, 28. März.

Übrigens riefen bald nach dem russischen Schritte die Burenstaaten selbst direkt die Vermittlung Deutschlands und anderer Mächte an. Die deutsche Regierung erwiderte, diese sei nur möglich, wenn die Buren sich vorher in London die Gewißheit verschafft hätten, daß England zu ihrer Annahme bereit sei, und teilte diese Antwort dahin mit, Großbritannien wies jede Vermittlung unbedingt zurück.[40]). Als später eine vom Präsidenten Krüger geführte Deputation nach Europa kam, um bei den Mächten Hilfe zu suchen, hat der Kaiser sie bekanntlich nicht empfangen.

[40]) Note der Transvaal-Regierung vom 10. März. Bülows Antwort, 10. März. Der Kaiser an Bülow, 10. März. Große Politik 15, 024, 525.

Eine kleine, aber bezeichnende Arabeske zu den Vorgängen dieser ersten Monate des Burenkrieges war die später berühmt gewordene Übersendung von Ratschlägen für die Kriegführung an den Prinzen von Wales durch den Kaiser. Sie erfolgte Anfang Februar, bevor Lord Roberts das Kommando übernahm, als es den Engländern noch schlecht ging. Es handelte sich dabei um keine ins einzelne gehenden Vorschläge, sondern um aphoristische Bemerkungen auf wenigen Seiten. Merkwürdig war das Ergebnis der kaiserlichen Betrachtungen: Der Feldzug, meinte er, werde, wenn er militärisch richtig eingeleitet werde, ziemlich lange Zeit erfordern. Sollte es der englischen Politik etwa nicht gewiß scheinen, ob sie während eines längeren Zeitraumes vor einer Einmischung fremder Mächte sicher sei, und daher freien Spielraum für die militärisch notwendigen Maßregeln haben werde, so würde es besser sein, die Verhältnisse zum Abschluß zu bringen. „Auch der tüchtigste Fußballklub, wenn er trotz tapferster Gegenwehr geschlagen wird, nimmt schließlich seine Niederlage mit Gleichmut hin.“

Das konnte doch nur den Sinn haben, England möge, um andere Gefahren zu vermeiden, seine Niederlage in Südafrika akzeptieren. Daß solche Worte den Prinzen, der ohnehin mit seinem Neffen persönlich nicht besonders gut stand, tief verletzen würden, hätten die Ratgeber des Kaisers wohl voraussehen können. Der Prinz erklärte, den Vergleich dieses für Englands Weltstellung unter schweren Opfern geführten Krieges mit dem Match eines Fußballklubs könne er überhaupt nicht begreifen; im übrigen werde das britische Reich jede Anstrengung machen, um den Kampf zum siegreichen Ende zu führen [41]).

[41]) Der Kaiser an den Prinzen v. Wales, 4. Februar. Antwort des Prinzen, 8. Februar. Große Politik 15, 553, 558.

Es ist dies eine der urkundlich greifbaren Unbedachtsamkeiten, durch die der Kaiser, so wenig sie im einzelnen Fall Einfluß auf den Gang der Dinge haben mochten, doch die ganze Stimmung anderer Nationen und ihrer Leiter gegen sich selbst und die deutsche Politik so schwer gereizt hat.

Die Zwischenfälle während des Burenkrieges und die Veröffentlichung der scharfen deutschen Noten in einem englischen Blaubuch, hatten die Stimmung auf beiden Seiten verschlechtert. Lord Salisbury stand dem Gedanken eines deutsch-englischen Bündnisses nach wie vor kühl gegenüber; er meinte, Deutschland werde im Falle eines internationalen Konfliktes lieber mit seinen mächtigen Grenznachbarn zusammengehen, als mit England, es lasse aber England ein Bündnis hoffen, um dadurch koloniale oder andere Zugeständnisse zu erlangen [42]). Trotzdem hielt Chamberlain auch jetzt noch an dieser Idee mit Zähigkeit fest. Im März sagte er dem Grafen Wolff-Metternich, der den erkrankten Grafen Hatzfeldt damals in London vertrat, er werde, trotz aller entgegenstehenden Hindernisse bis an sein Lebensende nicht davon ablassen. Allerdings denke er mehr an ein allgemeines Einverständnis bei der Behandlung großer politischer Fragen, als an einen formulierten Vertrag; auf das Wort komme es ihm nicht an; ein zünftiger Diplomat sei er nicht Solche Auseinandersetzungen, wie sie jüngst stattgefunden hätten, müßten aber durchaus vermieden werden. Man habe mit Frankreich viel schwierigere Fragen in einem weit ruhigeren und höflicheren Tone verhandelt. Metternich beteuerte, daß die deutsche Regierung ihre Stellung nicht geändert habe; man müsse jedoch auf die erregte öffentliche Meinung Rücksicht nehmen. England möge die deutsche Politik nicht nach einzelnen Worten, sondern nach ihren Taten beurteilen und nicht vergessen, daß Deutschland die festländische Koalition verhindert habe. Er fand Chamberlain sehr empfindlich und riet zu vorsichtiger Behandlung [43]).

[42]) Metternich, 15. Juni 1900. Große Politik 17, 3.

[43]) Metternich, 19. März 1900. Große Politik 15, 484

Auch Bülow wollte die Verhandlungen nicht einschlafen lassen. Die Bündnisfrage wünschte er zu vertagen, bis die allgemeine

Stimmung eine andere geworden sei, und bis England begriffen habe, daß es bei der Schwäche seiner Landmacht, die der Burenkrieg so deutlich gezeigt habe, bei internationalen Verwicklungen Deutschlands Hilfe brauche und für deren Sicherung Zugeständnssie machen müsse. Zunächst brachte er eine weitere Sonderverständigung über Marokko in Anregung [44]). Jedoch ist es dazu nicht gekommen.

[44]) Erlaß an Hatzfeldt, 23. Mai 1900. Große Politik 17, 308.

Die Marokkofrage war bereits mehrfach Gegenstand deutsch-englischer Besprechungen gewesen. Bereits im Februar 1899 hatte Salisbury erklärt, daß England bei einem Zerfall Marokkos die atlantische Küste beanspruchen werde; eine Andeutung des Grafen Hatzfeldt, daß auch Deutschland einen Anteil erwarte, hatte er nicht ungünstig auf genommen [45]). Später hatte Chamberlain direkt die Überlassung eines Teiles der atlantischen Küste an Deutschland in Aussicht gestellt; man hatte aber eingehendere Verhandlungen verschoben, bis die Samoafrage erledigt sein werde [46]). Beim Kaiserbesuch in Windsor im November 1899 hatte Chamberlain dem Kaiser selbst diesen Plan entwickelt und eine allgemeine Zustimmung zu weiteren Besprechungen auf dieser Grundlage erhalten. Frankreichs Festsetzung in der Oase Tuat veranlaßte Bülow im folgenden Frühjahr in Paris darauf hinzuweisen, daß wir an den Schicksalen dieses „Nervenknotens unseres Erdkörpers“ Interesse nähmen; von dort kam eine beruhigende Antwort [47]). Schon damals riet Hatzfeldt, wir möchten uns mit England rechtzeitig einigen, bevor etwa England und Frankreich das Land unter sich teilten; dann werde für uns nichts mehr zu machen sein [48]). Bülow erkannte wohl das Bedenkliche einer solchen Möglichkeit. Daraus könne, meinte er, ein allgemeiner Krieg hervorgehen, den wir nicht wünschten, und die Folgen für unsere gesamte Politik könnten unberechenbar sein. Er bevollmächtigte Hatzfeldt jetzt zu Verhandlungen mit Chamberlain auf Grund der früher von dem englischen Minister angedeuteten Grundgedanken. Dieser erklärte sich bereit und bat um genauer formulierte deutsche Vorschläge. Hatzfeldt hielt es jedoch für richtig, den Engländern die Initiative zuzuschieben. Diese erfolgte aber von englischer Seite nicht. Hatzfeldt schlug nun vor, Deutschland möge seine Ansprüche auf den südlichen Teil der atlantischen Küste unzweideutig anmelden. In Berlin hielt man es aber schließlich für klüger, auf dem Umwege über Petersburg warnende Mahnungen nach Paris gelangen zu lassen, um Frankreich vom Hinausgreifen über Tuat abzuhalten und die Aufrollung der ganzen Frage zu

verhindern [49]). Da Frankreich wirklich zunächst nicht weiter vorging, schlief die weitere Verhandlung ein. Denn England hatte kein Interesse, sie von sich aus zur Sprache zu bringen, weil es sich während des Burenkrieges nicht gern neue Verwicklungen schaffen wollte.

[45]) Hatzfeldt, 8. Februar 1899. Große Politik 17, 296.

[46]) Hatzfeldt, 3. November 1899. Große Politik 17, 297.

[47]) Erlaß an Fürst Münster, 27. April 1900. Münster, 9. Mai. Große Politik 17, 299 und 301.

[48]) Hatzfeldt, 21. Mai 1900. Große Politik 17, 303.

[49]) Erlaß an Hatzfeldt, 23. Mai. Hatzfeldt, 27. Mai und 1. Juni. Bülow an Tschirschky, 5. Juni. Große Politik 17, 308, 809, 314, 318.

Aus übergroßer Vorsicht war damit eine gute Gelegenheit zur Herstellung einer bedeutsamen Interessengemeinschaft mit England versäumt. Voraussichtlich hätten die Franzosen sich später niemals in Marokko festsetzen können, wenn England und Deutschland sich über eine Teilung der atlantischen Küste geeinigt hätten; und anstatt die Grundlage der französisch-englischen Entente zu bilden, wie es später geschah, hätte Marokko zum Zankapfel zwischen den Westmächten werden müssen. Dagegen gelang die Verständigung über eine andere wichtige Frage.

Im Sommer des Jahres 1900 brachen in China heftige Unruhen aus. Die europäischen Gesandtschaften wurden zeitweise von jeder Verbindung mit der Küste abgeschnitten, ein Entsatzheer internationaler Truppen unter Lord Seymours Kommando, das nach Peking vorzudringen suchte, zog sich, weil die Eisenbahnen zerstört waren und Proviant und Munition für einen langen Marsch nicht ausreichten, nach heftigen Gefechten mit den Chinesen wieder nach Tientsien zurück. Alle Großmächte, auch die Vereinigten Staaten, sandten beträchtliche Verstärkungen nach Ostasien. Die chinesischen Takuforts wurden, als sie die europäischen Kriegsschiffe beschossen, am 17. Juni erstürmt. Inzwischen wuchs in Peking die fremdenfeindliche Bewegung immer stärker an; der deutsche Gesandte von Ketteier wurde am 18. Juni ermordet. Eine gemeinsame Aktion größeren Stiles schien unabweisbares Bedürfnis.

Da Deutschland durch die Ermordung seines Gesandten am schwersten beleidigt war, und da sich außerdem voraussehen ließ, daß sowohl ein japanisches wie ein russisches oder englisches Oberkommando auf starken Widerstand stoßen werde, wünschte der Kaiser einen deutschen General mit der Führung betraut zu sehen, und zwar seinen früheren Generalstabschef, den Grafen Waldersee. An sich wäre die Leitung dieses Sühnefeldzuges durch einen Deutschen nicht unnatürlich gewesen und hätte zur Erhöhung des deutschen Prestiges in Ostasien dienen können. Jedoch war die Art, wie die Sache betrieben wurde, nicht gerade geschickt. Nachdem Lord Salisbury den Wunsch des Kaisers zwar nicht abgelehnt, aber auch keinen großen Eifer gezeigt hatte, den deutschen Oberbefehl von sich aus anzuregen, nachdem auch ein Schritt des deutschen Botschafters bei dem neuen Leiter der russischen Regierung, Grafen Lambsdorff, keinen greifbaren Erfolg gehabt hatte, wandte sich der Kaiser telegraphisch direkt an den Zaren mit der Frage, ob er selbst einen Oberbefehlshaber stellen wolle oder ob ihm Graf Waldersee als solcher recht sei? Da der Zar antwortete, er habe nichts gegen Waldersee, teilte der Kaiser, den wirklichen Tatbestand verschiebend, nach Paris und London mit, der Zar habe ihm vorgeschlagen, daß Waldersee den Oberbefehl übernehmen möge. Der Zar schwieg dazu und die übrigen Mächte erhoben keinen Widerspruch, obwohl namentlich die Franzosen ein deutsches Kommando sehr ungern sahen [50]).

[50]) Telegramm des Kaisers an den Zaren, 7. August 1900. Große Politik 16, 82, Anm. Vgl. Rapport 302 f.

Als Waldersee Mitte Oktober nach China kam, war der größte Teil der kriegerischen Arbeit dort bereits getan. Einzelne Mächte dachten bereits daran, ihre Truppen abzurufen; insbesondere suchte Rußland Auflösung und Abmarsch der internationalen Armee zu beschleunigen, da es die Anwesenheit anderer als der eigenen Truppen in Nordchina aus begreiflichen Gründen höchst ungern sah. Der Kaiser war eifrig bestrebt, den Abmarsch der übrigen Truppen zu verhindern, bevor volle Sühne und Sicherstellung für die Zukunft erreicht sei.

Durch diese Kämpfe kamen aber auch die ostasiatischen Fragen überhaupt wieder zur Diskussion.

Schon längst betrachtete Rußland das Anwachsen des englischen Handels und Einflusses im mittleren China, besonders im Tal des Jangtsekiang, mit Unbehagen. Durch geheime Verträge

hatte es sich weitgehende Vorrechte in der Mandschurei und den Bahnbau durch chinesisches Gebiet nach Wladiwostok und Port Arthur gesichert. Der Ausbau der großen sibirischen Eisenbahn, die Rußlands wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in diesen Gegenden sichern sollte, war im Gange. Gerade weil Rußland das nördliche China als eigene Einflußsphäre abzusperren wünschte, war ihm der Gedanke wenig erfreulich, unmittelbar südlich davon eine benachbarte englische Einflußsphäre zu haben. Da man nun sehr wohl wußte, daß auch die übrigen am chinesischen Handel beteiligten Mächte eine wirtschaftliche Aufteilung Chinas nicht wünschten, propagierte man von Petersburg aus die Idee einer Neutralisierung des Jangtse-Beckens. Schon im Dezember 1897 hatte der russische Botschafter diesen Gedanken in Berlin zur Sprache gebracht, war aber damals auf keine Gegenliebe gestoßen [51]). Jetzt regte Rußland Ende Juli 1900 in Verbindung mit Frankreich wiederum die Frage an, ob das Vordringen des englischen Einflusses nicht Vorsichtsmaßregeln erfordere. Deutschland ging bis zu einem gewissen Grade darauf ein. Es regte an, die Überwachung der an der Jangtse-Mündung stationierten chinesischen Flotte und den Schutz der Fremdenniederlassungen in Shanghai als gemeinsame Angelegenheiten aller Mächte zu behandeln [52]). England war nicht sehr erfreut darüber, erhob aber auch keinen direkten Widerspruch.

[51]) Bülow an Osten-Sacken, 17. Dezember 1897. Große Politik 16, 122.

[52]) Memorandum v. Derenthalls vom 20. August 1900. Große Politik 16, 211.

Im August besuchte der Prinz von Wales den Kaiser in Wilhelmshöhe. Auf Grund eingehender Beratungen, die vorher in Berlin stattgefunden hatten, sagte der Kaiser hier seinem Onkel: Es gebe im Jangtse-Tal zwei Möglichkeiten; entweder England wolle dort eine Monopolstellung haben; dann müsse es sie auch allein verteidigen, was namentlich Amerika gegenüber nicht leicht sein werde; oder es erkläre sich für den auch von Deutschland angenommenen Standpunkt des völlig freien Handels und der „offenen Tür“; dann würden beide Mächte zusammenstehen können gegen jeden, der diesen Grundsatz nicht anerkennen wolle. Der Prinz und der ebenfalls anwesende Botschafter Lascelles erklärten sich mit der letzteren Alternative einverstanden und versprachen, Lord Salisbury dafür zu gewinnen [53]).

[53]) Der Kaiser an Bülow, 22. August. Große Politik 16, 212.

Dieser ging, wenn auch etwas zögernd, auf die Anregung ein. Ob er vorher wirklich an eine einseitige und ausschließliche militärische und wirtschaftliche Beherrschung des Jangtse-Tals durch England gedacht hat, läßt sich nicht entscheiden. Nach längeren Vorverhandlungen formulierte Deutschland seine Vorschläge dahin [54]), daß beide Mächte über folgende Grundsätze einig seien und gemeinsam für ihre dauernde Behauptung eintreten wollten: Völlig freier Handel für alle Nationen im ganzen Stromgebiet des Jangtsekiang; Verzicht beider Staaten auf territoriale Vorteile in China; Verständigung über eigene territoriale Kompensationen, falls eine andere Macht solche Erwerbungen machen sollte. Sämtliche beteiligten Großmächte (Rußland, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Japan) sollten eingeladen werden, den beiden ersten Grundsätzen beizutreten. Jede Spitze gegen Rußland wünschte man in Berlin zu vermeiden.

[54]) Erlaß an Hatzfeldt, 22. September 1900. Große Politik 16, 222.

Lord Salisbury machte sofort einen Änderungsvorschlag, der den ganzen Charakter des Abkommens völlig zu verändern geeignet war. Er wollte die Geltung dieser Abmachungen nicht auf das Stromgebiet des des Jangtse beschränkt, sondern auf „die Häfen der Flüsse und der Seeküste Chinas ohne jede Einschränkung ausgedehnt wissen“ [55]). In der ersten deutschen Fassung hätte der Vorschlag eine einseitige Bindung Englands für sein Einflußgebiet bedeutet. Deutschland hätte für Kiautschou und die Provinz Schantung, Rußland für die Mandschurei ein Prohibitivsystem einführen oder dort neue Landerwerbungen machen können. Der deutsche Botschafter erblickte daher in dieser Änderung einen Versuch, die von Deutschland nicht gewünschte „Spitze gegen Rußland“ hineinzubringen, obwohl der englische Premier es bestritt. Dieser meinte, Rußlands Interessen lägen im Innern der Mandschurei, nicht an den Meeres- und Flußufern. Sollte noch dieser oder jener Hafen am Amur in Betracht kommen, so könne er ausdrücklich ausgenommen werden. Da er diese Erweiterung des Vertrages über das Jangtsegebiet hinaus als conditio sine qua non für seine Zustimmung bezeichnete, beschloß man in Berlin, sie zuzugestehen. Ohne Zweifel war dafür der Wunsch entscheidend, England zur Belassung seiner Truppen in Petschili und zur Unterstützung der deutschen Friedensbedingungen gegenüber China zu bestimmen. Die Engländer hatten schon daran gedacht, ihre Truppen zurückzuziehen; zogen aber Russen oder Engländer

in dem Augenblick ab, wo Graf Waldersee auf der Bildfläche erschienen war, so drohte dessen ganze vom Kaiser mit Feuereifer ins Werk gesetzte Mission zu scheitern und der Lächerlichkeit zu verfallen.

[55]) Hatzfeldt, 25., 27. und 28. September. Große Politik 16, 224—26.

Nachdem Bülow seine prinzipielle Annahme der Erweiterung unter der Voraussetzung einer die Amurhäfen und Port Arthur ausschließenden Klausel ausgesprochen hatte, schlug Lord Salisbury vor, als nördliche Grenze des neutralisierten Gebietes den 38. Breitengrad festzulegen. Damit wäre nicht nur der augenblickliche russische Besitzstand, sondern fast die ganze Provinz Petschili und der nördliche Teil von Schansi von der neutralen Zone ausgeschlossen worden. Außerdem wünschte er in bestimmter Weise ausgesprochen zu sehen, daß beide Mächte nicht nur selbst keine territorialen Vorteile erstreben, sondern sich den Versuchen anderer Mächte, solche zu erlangen, gemeinsam widersetzen wollten. Die letztere Änderung lehnte Bülow ab, da sie als eine Drohung gegen dritte ausgelegt werden könne [56]). Salisbury schlug nun vor, zu sagen, es solle die Verminderung irgendwelcher Rechte verhindert werden, „die eine der beiden Mächte in irgendeinem Teile von China kraft gegenwärtig in Kraft stehender Verträge besitzt“. Dies wurde zugestanden [57]). Trotzdem zögerte Salisbury noch mit seiner endgültigen Zustimmung. Der Umstand, daß Graf Waldersee nach der Einnahme des Hafenortes Schankhaikwan die Besetzung der wichtigen Bahnlinie von Peking zum Gelben Meer, an der englisches Kapital beteiligt war, den Russen übergab — wohl um sie zum Belassen ihrer Truppen auf dem Kriegsschauplatz geneigter zu machen — erregte in London Verstimmung. Diese schwand auch nicht, als man von deutscher Seite darauf hinwies, daß es sich ja nur um vorübergehende Anordnungen für die Kriegsdauer handle. Salisbury sagte, das ganze Abkommen sei ihm etwas verleidet, seitdem Deutschland Änderungen vorgenommen habe, die es Rußland angenehm machen sollten. Er sei von anderen Kabinettsmitgliedern darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Beschränkung auf das Gebiet südlich vom 38. Breitengrad ihm heftige Angriffe zuziehen werde; man werde dies als Preisgabe des ganzen nördlich davon gelegenen Gebietes an Rußland auffassen. Er gab zu, daß er diese Fassung selbst vorgeschlagen habe, wünschte aber trotzdem ihre Änderung. Es sollte gesagt werden, die beiden Mächte übernähmen den Schutz der vereinbarten Grundsätze „für das gesamte chinesische Gebiet, in dem sie einen Einfluß besitzen“.

Obwohl Graf Hatzfeldt darauf hinwies, daß Salisbury auch wohl eine andere Fassung annehmen werde, wenn sie nur nicht den Schluß zulasse, daß Rußland das Recht zur Außerkraftsetzung der Handelsfreiheit in einem bestimmten Teil Chinas eingeräumt werden solle, nahm Bülow auch diesen Vorschlag mit der leichten Änderung an, „soweit sie einen Einfluß ausüben können“. Er hoffte dadurch einer Diskussion darüber vorzubeugen, wo und wieweit beide Mächte wirklichen Einfluß hätten [58]).

[56]) Hatzfeldt, 2. Oktober. Erlaß an Hatzfeldt, 3. Oktober. Große Politik 16, 280, 231.

[57]) Hatzfeldt, 5. Oktober. Erlaß an Hatzfeldt, 5. Oktober. Große Politik 16, 232.

[58]) Hatzfeldt, 8., 9., 10. Oktober. Erlasse an Hatzfeldt, 9. und 12. Oktober. Große Politik 16, 233—243.

Da die deutsche Regierung auch noch zugestand, daß für den Fall fremder Besitzergreifungen nicht direkt eigene territoriale Vergrößerungen, sondern nur Vereinbarungen zur Sicherung der eigenen Interessen in Aussicht genommen werden sollten, waren endlich alle Schwierigkeiten gehoben; der Vertrag konnte unterzeichnet und am 16. Oktober in Berlin und London gleichzeitig veröffentlicht werden.

Zweifellos ist es der Geschicklichkeit Salisburys gelungen, aus dem Abkommen etwas ganz anderes zu machen, als es ursprünglich nach der russischen Anregung und dem ersten deutschen Vorschlag sein sollte. Indem Bülow, um sich Englands Unterstützung für die Beendigung des Boxerkrieges, und Englands Entgegenkommen in den verschiedenen durch den südafrikanischen Krieg aufgeworfenen Entschädigungsfragen zu sichern, auf die höchst dehnbare und unklare Umschreibung des Geltungsbereiches der beiderseitigen Verpflichtungen einging, schuf er eine Situation, die im Falle weiteren russischen Vordringens in Nordchina zu höchst unangenehmen Auseinandersetzungen Anlaß bieten konnte. Man hatte dem englischen Minister seine Stellung der öffentlichen Meinung seines Landes gegenüber erleichtert, ohne die Gewißheit zu erhalten, daß er die neue Formel ebenso auslege, wie Deutschland es nach dem ganzen Verlauf der Verhandlungen tun zu dürfen glaubte. Die Gefahr einer Meinungsverschiedenheit wurde noch dadurch vermehrt, daß Lord Salisbury, der die Verhandlungen persönlich geführt hatte, aus Gesundheitsgründen Anfang November das Ministerium des Auswärtigen an Lord Landsdowne

abgab, während er Premierminister blieb. Hingegen war der fast gleichzeitig (18. Oktober) erfolgende Rücktritt des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe ohne besondere Bedeutung für die allgemeine Politik. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten lag schon lange in der Hand des Staatssekretärs von Bülow, der nun sein Nachfolger wurde und auch als Kanzler die ausschlaggebende Persönlichkeit blieb.

Schon nach ein paar Wochen gab es die ersten Differenzen über die Auslegung des Jangtse-Vertrages, als Anfang November der russische General Lenewitsch ein Gebiet am Südufer des Peiho in unmittelbarer Nähe der europäischen Ansiedelungen bei Tientsin besetzte, und zwar mit Zustimmung der chinesischen Regierung. Rußland erklärte zuerst, es sei nur eine vorübergehende Besetzung beabsichtigt, erwiderte aber später auf eine deutsche Anfrage, es handle sich um Erwerb von Privateigentum für eine Siedelung, nicht um Übertragung staatlicher Hoheitsrechte. Den Engländern erschien dies russische Vorgehen so bedenklich, daß sie nicht nur alle beteiligten Mächte auffordern wollten, ein Abkommen über Nichtanerkennung aller seit dem Ausbruch der Boxerwirren von der chinesischen Regierung erteilten Konzessionen zu schließen, sondern auch direkt in Berlin die Frage stellte, ob Deutschland in diesen Vorgängen nicht einen Verstoß gegen das Jangtse-Abkommen erblicke? (28. Januar 1901.) Bülow wollte dies nicht zugeben, da staatliche Hoheitsrechte von Rußland nicht beansprucht würden und auch Vorbereitungen zu militärischer Befestigung des erworbenen Gebietes nach seinen Informationen nicht getroffen würden [59]).

[59]) v. Mumm, 10. November. Hatzfeldt, 21. und 30. November 1900. Große Politik 16, 263, 264. 24. Januar 1901. Aufzeichnung v. Mühlbergs über die englische Anfrage, 28. Januar 1901. Radolin, 28. Januar. Erlaß an Hatzfeldt, 29. Januar, und an Metternich, 3. Februar. Hatzfeldt 1. Februar. Große Politik 16, 281—295.

So kündigten sich bereits Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieses Abkommens an. Überhaupt hatte trotz der Verträge über Südafrika, Ostasien und die Südsee, die eine ganze Reihe von Reibungsflächen zu beseitigen schienen, sich kein wirkliches Vertrauensverhältnis weder zwischen den Regierungen Deutschlands und Englands, noch zwischen den Nationen herausgebildet. Man beobachtete sich mißtrauisch und legte bei jeder kleinen Differenz dem anderen böse Absichten unter. In der Presse beider Länder fand dies Mißtrauen immer wieder Ausdruck, gelegentlich auch in den Parlamenten. Und doch blieb

bei den weiterblickenden Männern auf beiden Seiten des Kanals das Gefühl bestehen, daß man eigentlich zueinander gehöre, daß beide Völker, wenn sie ehrlich zusammenhielten, wirtschaftlich und politisch unangreifbar sein würden und der Welt auf lange Zeit den Frieden erhalten könnten.

Noch einmal machte sich Chamberlain zum Wortführer dieses von ihm am klarsten erfaßten Gedankens. Sein neuer Versuch fiel zeitlich fast zusammen mit der Thronbesteigung König Eduards VII.

7. Deutschland und England am Scheidewege

Am 22. Januar 1901 starb die Königin Viktoria, und Eduard VII. bestieg den Thron. Dieser Regierungswechsel schien für die deutsch-englischen Beziehungen zunächst ohne erhebliche Bedeutung zu sein.

Der persönliche Einfluß des Herrschers auf die auswärtige Politik war ja in England nicht entfernt so groß wie in den Monarchien des Festlandes. König Eduard hat zwar gezeigt, wieviel ein kluger und die Verhältnisse des Landes taktvoll berücksichtigender Mann an dieser Stelle zu wirken vermag. Aber er mußte sich seine Position erst allmählich schaffen und konnte zunächst Männern wie Salisbury oder Chamberlain gegenüber nur mit großer Vorsicht eigene Ideen zur Geltung bringen. Ob der neue König von Anfang an ein so erbitterter Feind Deutschlands gewesen ist, wie man es diesseits des Kanals fast allgemein glaubt, wird erst festgestellt werden können, wenn intimere englische Zeugnisse vorliegen. Jedenfalls waren seine persönlichen Beziehungen zu seinem Neffen, dem Kaiser, niemals besonders gute. Er war 60 Jahre alt geworden, bevor er zur Regierung kam, und hatte es oft bitter empfunden, daß er gegenüber dem so viel jüngeren Neffen, der sich überall, wo er auftrat, in die erste Linie zu stellen verstand, immer im Hintergrund bleiben mußte. Außerdem war dem nüchternen und ruhigen Geschäftsmann das laute, auf äußere Wirkung eingestellte Gebaren und das von einem unberechenbaren Temperament beherrschte Wesen des Kaisers im tiefsten Innern unsympathisch. Da er den Einfluß des Kaisers auf die deutsche Politik kannte und ihn vielleicht, wie so viele andere, noch höher einschätzte als er wirklich war, so erfüllte ihn gerade seine Beurteilung der Persönlichkeit Wilhelms II. mit tiefem Mißtrauen gegen die Sprunghaftigkeit der deutschen Politik.

Der Kaiser eilte auf die Nachricht von der schweren Erkrankung seiner Großmutter sofort nach London und traf die alte Königin noch lebend an. Er wurde von der königlichen Familie und von der Bevölkerung mit der größten Liebenswürdigkeit aufgenommen und fühlte sich, wie immer, wenn er in England war, vom englischen Wesen außerordentlich stark angezogen. Sein Aufenthalt dauerte vierzehn Tage und

wurde auch zu ernsthaften politischen Gesprächen mit dem neuen König und Lord Landsdowne benutzt [1]).

[1]) Erst während des Druckes erschien das umfangreiche Buch von E. Fischer, „Holsteins Großes Nein 1898—1901“. Es bietet in seiner unendlichen Breite und Überfülle an Aktenauszügen wohl hier und da eine beachtenswerte Bemerkung, kommt aber über die von mir in der ersten Auflage meines Buches gezogenen Grundlinien nirgends hinaus. Auch das Ge samturteil ist im großen und ganzen das gleiche. Meine Darstellung scheint Fischer nicht gekannt zu haben.

Ein Anlaß hierzu war um so mehr gegeben, als schon kurz vor dem Tode der Königin Chamberlain und Lord Devonshire, die beide dem Kabinett angehörten, mit dem Freiherrn von Eckardstein, der als erster Botschaftsrat für den wiederum erkrankten Botschafter, Grafen Hatzfeldt, eine Zeitlang die Geschäfte führte, vertrauliche Besprechungen über den Abschluß eines Bündnisses eingeleitet hatten [2]). Sie gingen wieder davon aus, daß England in seiner bisherigen Isolierung nicht bleiben könne. Es habe die Wahl zwischen einem Zusammengehen mit dem Dreibund oder mit dem Zweibund. Sie selbst erklärten den Anschluß an den Dreibund vorzuziehen und hielten es für richtig, diesen durch weitere Verständigung über Einzelfragen, und zwar zunächst über die Zukunft Marokkos vorzu bereiten. Sollte sich jedoch herausstellen, daß eine Verständigung mit Deutschland nicht erreichbar sei, so würden sie sich zum Anschluß an Rußland und Frankreich genötigt sehen, den schon jetzt manche ihrer Kollegen lieber wollten, obwohl sie wüßten, daß man einen hohen Preis dafür werde zahlen, eventuell Nordchina und den Persischen Golf preisgeben müssen [3]).

[2]) Vgl. zum Folgenden v. Eckardstein, Lebenserinnerungen 2, 234 f.

[3]) Hatzfeldt, 18. Januar 1901. Eckardstein 2, 288. Große Politik 17, 16.

In Berlin nahm man diese Anregung ebenso mißtrauisch auf wie die früheren. Holstein erklärte namentlich die angedrohte Verständigung mit Rußland und Frankreich für groben Schwindel. England werde dadurch einem Kampf ums Dasein nicht ausweichen können, sondern nur die Bedingungen, unter denen er geführt werden müsse, verschlechtern. Da Deutschland sich durch den Abschluß eines solchen Bündnisses der Gefahr eines Krieges gegen Rußland aussetze, müsse es jedenfalls auf erhebliche Gegenleistungen dringen. Diese werde aber England erst bewilligen, wenn das Gefühl, daß man sich in einer Zwangslage befinde, dort noch stärker geworden sei [4]).

[4]) Holstein an Metternich, 21. Januar. Große Politik 17, 22.

Man glaubte noch einen besonderen Grund zum Mißtrauen zu haben. England hatte sich trotz des im August 1898 mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien geschlossenen Vertrages geweigert, Portugal an der Aufnahme einer Anleihe, für die europäische Einnahmequellen als Deckung dienen sollten, zu verhindern. Salisbury berief sich darauf, daß der Vertrag ihn nur zum Einschreiten verpflichte, wenn Portugal die Zölle in Angola oder Mozambique für eine Anleihe verpfänden wolle, womit er unzweifelhaft im Rechte war. In Deutschland hatte man aber erwartet, daß England durch Verweigerung auch anderer Kredite den finanziellen Zusammenbruch Portugals befördern und damit den Eintritt des Zeitpunktes für eine wirkliche Aufteilung dieser Kolonien beschleunigen werde. Anstatt dessen mußte man sehen, wie sich seit dem Besuche König Manuels in Windsor im Frühjahr 1899 die englisch-portugiesischen Beziehungen immer enger gestalteten. Mehrfach betonten die Minister in Lissabon öffentlich das enge Bündnis- und Freundschaftsverhältnis zu England; auch gestatteten sie beim Ausbruch des Burenkrieges den Engländern die Benutzung der Delagoa-Bahn für militärische Transporte.

Man wußte damals in Berlin noch nicht, daß bei jenem Besuche König Manuels eine ausdrückliche Erneuerung des alten zwischen England und Portugal im 17. Jahrhundert geschlossenen Bündnisverträge stattgefunden hatte, die Großbritannien zum Schutze aller augenblicklichen und künftigen Besitzungen Portugals verpflichtete. Dieser sogenannte „Windsor-Vertrag“ stand zwar mit dem Wortlaut der deutsch-englischen Abmachungen nicht in Widerspruch, da in diesen niemals eine direkte Beraubung Portugals in Aussicht genommen war. Aber mit dem Geist dieses Vertrages war er schwer zu vereinbaren. Denn dessen stillschweigende Voraussetzung war es doch, daß Portugal, wenn auch ohne Anwendung gewaltsamer Mittel, durch den Druck der finanziellen Not gezwungen werden sollte, seine afrikanischen Kolonien an Deutschland und England zu veräußern. Portugal hatte von der Existenz dieser Abmachungen Wind bekommen und benutzte geschickt die gerade damals wegen der Samoafrage zwischen Deutschland und England herrschende Spannung, um die Erneuerung des alten, formell niemals aufgehobenen Bündnisses zu erreichen. Salisbury glaubte wohl dem portugiesischen Begehren nicht ausweichen zu können, ohne den Verdacht zu erwecken, daß er eine sofortige Aufteilung der Kolonien gegen Portugals Willen mit Deutschland verabredet

habe. Auch mag der Wunsch, in der Benutzung der Delagoa-Bahn keine Schwierigkeiten zu finden, falls es in Südafrika zum Kriege komme, dabei mitgesprochen haben. Dazu kam, wie gesagt, die damalige Spannung mit Deutschland; so ging man auf Portugals Wünsche ein.

Obwohl die deutsche Regierung von dem Abschluß des Windsor-Vertrages noch nichts wußte [5]), sah sie doch deutlich die Anzeichen einer starken englisch-portugiesischen Annäherung. Bülow erblickte darin ein Symptom, daß England das Abkommen von 1898 verleugne. „Nach dieser Erfahrung“, schrieb er, „werden wir zu erwägen haben, ob es sich bei der nächsten gebotenen Gelegenheit empfiehlt, wieder ein solches Abkommen à longue échéance zu schließen, oder nach Art der Bündnisse früherer Jahrhunderte unmittelbar vor dem Eintritt in die Aktion.“ Wenn England durch Amerikas Verhalten in der Frage des Panamakanals ernüchtert sei, werde der Moment zum Verhandeln nähergerückt sein. Bis dahin gelte es abzuwarten und die Engländer unter Hinweis auf die öffentliche Meinung auf die Zukunft zu vertrösten [6]).

[5]) Man erfuhr Genaueres darüber erst bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Zukunft des portugiesischen Afrika in den Jahren 1912 bis 1914; s. unten Kapitel 17.

[6]) Erlaß an Hatzfeldt, 20 .Januar. Große Politik 17, 17.

Der Kaiser, gleich nach seiner Ankunft in London von Eckardstein informiert, sah die Sache wesentlich günstiger an. „Also sie kommen, scheint’s, worauf wir gewartet haben,“ telegraphierte er an Bülow [7]).

[7]) Telegramm des Kaisers an Bülow, 20. Januar. Große Politik 17, 17,

Der Reichskanzler geriet in große Sorge, daß der Kaiser in dieser Stimmung feste Verpflichtungen eingehen und die sorgsam erwogene Politik der Zurückhaltung dadurch unmöglich machen werde. Er antwortete sofort ausführlich, gewiß beginne es bei den Leuten zu dämmern, daß sie ihr Weltreich nicht allein behaupten könnten. „Jetzt kommt alles darauf an, die Engländer weder zu entmutigen, noch sich vorzeitig von ihnen festlegen zu lassen.“ Ihre Verlegenheiten würden steigen, damit auch der Preis, den wir fordern könnten. Jedes Empressement würde „unsere Aussichten auf Gewinn verringern“. „Im Hinblick auf die gesamte Weltlage würden E. M. einen wahren Meistercoup ausführen, wenn es Allerhöchstderselben gelänge, den maßgebenden

Engländern die Hoffnung auf ein zukünftiges festes Verhältnis zu uns zu lassen, ohne Allerhöchstsich schon jetzt verfrüht zu binden noch festzulegen.“ Die angedrohte Verständigung mit dem Zweibund sei nur „ein zu unserer Einschüchterung erfundenes Schreckgespenst“. Vor allen Dingen dürfe England nicht glauben, daß unsere Beziehungen zu Rußland schlecht seien [8]). In demselben Sinne befahl er Eckardstein und dem Grafen Wolff-Metternich, der den Kaiser begleitet, auf diesen einzuwirken.

[8]) Telegramm Bülows an den Kaiser, 21. Januar. Große Politik 17, 20.

Der Kaiser hat sich offenbar nur zögernd entschlossen, diesen Argumenten nachzugeben. Er machte seinem Groll über Rußlands „Perfidie“ in Ostasien unverhohlen Luft. Er verkehrte auch persönlich mit dem neuen König freundschaftlicher als je zuvor. Er sagte zu Metternich, er könne nicht immer zwischen Russen und Engländern schwanken; sonst werde er sich schließlich zwischen zwei Stühle setzen. Der Gesandte stellte ihm seiner Anweisung gemäß vor, das „durch einen unrühmlichen Krieg an Ansehen und Macht geschwächte England sei ein schwacher Freund, während Rußland ein starker Feind werden könne“. „Wir sollten weder den Russen unser Geld, noch den Engländern unsere Soldaten leihen.“ England, sagte er, müsse mindestens einen vom Parlament genehmigten Defensivbund gegen zwei Angreifer und Unterstützung Deutschlands bei der Erwerbung von Kohlenstationen anbieten. Es scheine uns aber nur gegen Rußland festlegen zu wollen. Der Kaiser gab schließlich zu, daß es empfehlenswert sei, zunächst ein festes englisches Angebot mit bestimmten Gegenleistungen abzuwarten, bevor man sich binde, und bis dahin die Beziehungen zu Rußland nicht zu lockern [9]).

[9]) Metternich an Bülow, 22. Januar (in der Publikation nicht abgedruckt) und an das Auswärtige Amt 4- Februar. Große Politik 16, 296.

In seinen Unterredungen mit dem König und Lansdowne beschränkte er sich demgemäß auf allgemeinere Betrachtungen. Er suchte ihnen zu beweisen, daß ihr Vertrauen auf Amerika wenig angebracht sei und daß eine Verständigung zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten zur Fernhaltung der übrigen Europäer aus China keineswegs außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liege. Rußland bestelle bereits Kriegsmaterial in Amerika und suche dort eine Anleihe aufzunehmen. Die große Frage der Zukunft sei, ob die Welt der slavischen oder der germanischen Rasse gehören solle; die lateinischen Völker

würden nicht mehr den Ausschlag geben können. Ihm selbst komme es darauf an, möglichst lange den Frieden zu erhalten, damit Deutschland sich innerlich festigen und seinen Handel weiter ausbreiten könne [10]).

[10]) Der Kaiser an Bülow, 29. Januar. Große Politik 17,24. Vgl. Eckardstein an Holstein, 29. Januar und 2. Februar (Eckardstein 2, 264, besser Große Politik 17, 23 u. 16, 290).

[11]) Metternich an das Auswärtige Amt, 25. Februar (in der Publikation nicht gedruckt). Der Kaiser wies seinen Oheim nur im Gespräch auf die Notwendigkeit hin, „Japan an uns und England zu ketten, schon wegen der Übermacht seiner Flotte in Ostasien“.

Der Kaiser kehrte also ungebunden nach Deutschland zurück. Auch bei dem Gegenbesuch König Eduards in Friedrichshof Ende Februar wurde die Bündnisfrage nur flüchtig gestreift [11]). Aber in London gingen die vorsichtigen Sondierungen weiter. Nachrichten aus Ostasien besagten, daß der russische Admiral Alexejeff durch einen Vertrag mit dem chinesischen Vizekönig Lihungtschang sich die tatsächliche Beherrschung der ganzen Mandschurei gesichert habe. Japan und England forderten Deutschland zur Beteiligung an einem Protest bei dem Kaiser von China auf. Graf Hatzfeldt meinte, ohne genügende Gegenleistungen und Sicherheiten könne Deutschland einen Bruch mit Rußland nicht riskieren. Lord Lansdowne sprach darauf wieder vom Bündnis. Der Botschafter hielt seine Anregung für ehrlich, aber nicht genügend durchdacht. Er riet, festere Angebote herauszulocken, da eine direkte Abweisung England dem Zweibund in die Arme treiben werde. Eine Verständigung Großbritanniens mit Frankreich und Rußland, schrieb er warnend, sei für den Eingeweihten durchaus nicht als unmöglich zu betrachten [12]).

[12]) Hatzfeldt, 7. und 10. Februar. Große Politik 16, 311 u. 17, 30.

Mit Rußlands Vorgehen in Ostasien war auch die deutsche Regierung unzufrieden. Bülow ließ in London seine Bereitwilligkeit zu einer Erklärung an China mitteilen, daß es nach deutscher Auffassung nicht befugt sei, vor Festsetzung der allgemeinen Friedensbedingungen und Kriegsentschädigungen einer einzelnen kriegführenden Macht Sondervorteile zuzugestehen [13]). Die deutsche Erklärung wurde neben einem schärferen Proteste Englands und Japans in Peking abgegeben und veranlaßte Rußland zu der erregten Beschwerde, daß Deutschland damit gegen das dem Zaren gegebene Versprechen

der Unterstützung seiner ostasiatischen Politik gehandelt habe. Bülow bestritt dies; zur Förderung der russischen Absichten auf die Mandschurei seien wir nicht verpflichtet, und müßten in unserem eigenen Interesse darauf bestehen, daß Chinas Leistungsfähigkeit vor Erfüllung seiner allgemeinen Verpflichtungen nicht vermindert werde [14]). Er war entschlossen in einem ostasiatischen Kriege neutral zu bleiben und teilte dies auch den Japanern mit. Aber ebensowenig wie für Rußland wollte er hier für England ins Feuer gehen. „Eine Festlegung unserer Gesamtpolitik“, schrieb er an Holstein, „dadurch, daß wir die englische Politik in China zur unsrigen machen, auch wenn wir dafür ein Bündnis mit England erzielen sollten, ist bei der Stimmung des deutschen Volkes England gegenüber nicht tunlich [15]).“ Die englische Auslegung des Jangtse-Abkommens, wonach wir die Integrität Chinas uneingeschränkt zu schützen, also auch die Mandschurei gegen Rußland zu verteidigen verpflichtet sein sollten, lehnte der Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 15. März öffentlich ab. Da Lord Lansdowne, im Unterhause interpelliert, die Auffassung vertrat, daß der in den Vorverhandlungen betonte deutsche Vorbehalt wegen der Mandschurei sich nur auf wirtschaftliche Fragen beziehe, während die Pflicht zur Erhaltung des politischen Besitzstandes Chinas uneingeschränkt sei, ergab sich hier eine Differenz von nicht unerheblicher Tragweite. Da man in Berlin die englische Auslegung für illoyal hielt, glaubte man um so vorsichtiger in den Bündnisverhandlungen sein zu müssen. Holstein gab dem Grafen Hatzfeldt die Instruktion, keinenfalls zu drängen, sondern abzuwarten, ob England von sich aus einen Defensivvertrag vorschlagen werde, der in Kraft trete, sobald einer der Teilnehmer von zwei Mächten angegriffen werde. Darüber könne man dann ernsthaft reden, eher als über ein marokkanisches Sonderabkommen. Der öffentlichen Meinung werde man ihn aber nur annehmbar machen können, wenn uns von englischer Seite einige greifbare Vorteile geboten würden, etwa durch Unterstützung der deutschen Entschädigungsforderung an China und Erhöhung der chinesischen Seezölle.

[13]) Erlaß an Hatzfeldt, n. Februar. Hatzfeldt, 12. Februar. Große Politik 16, 317 u. 319.

[14]) Aufzeichnung Bülows über seine Unterredung mit Osten-Sacken, 17. Februar. Große Politik 16, 32 5.

[15]) Holstein an Bülow, 9. Februar. Große Politik 16, 315. Bülow an Holstein, 9. Februar (in der Publikation nicht abgedruckt; dies Telegramm kreuzte sich mit dem Holsteins Nr. 4810; nach dessen

Empfang sandte Bülow ein zweites Telegramm Nr. 48u). Bülow an Hatzfeldt, 5. März (mit Übersendung von Bismarcks Brief an Salisbury von 1887). Große Politik 17, 39.

Holstein glaubte nicht an die Ehrlichkeit der englischen Wünsche, solange Lord Salisbury im Amte sei. Er hatte das Gefühl, daß man in dem afrikanischen Kolonialvertrag durch leere Versprechungen angeführt worden sei und ähnliches immer wieder zu erwarten habe. Am liebsten hätte er es gesehen, wenn England und Japan in Ostasien energisch gegen Rußland vorgegangen wären, aber ohne Mitwirkung Deutschlands. Er formulierte den Grundgedanken unserer Politik mit Bülows Zustimmung dahin: „Wir bleiben neutral und schließen ein Bündnis nur dann, wenn positive Tatsachen zeigen, daß es nicht nur für England nützlich ist [16]).“

[16]) Holstein an Hatzfeldt, n. Februar und i. März. Große Politik 16, 317 u. 329.

Nach einigem Zögern, das zum guten Teil dem Mißtrauen entsprang, ob wir nicht wieder alle englischen Angebote nach Petersburg mitteilen würden [17]), kam Lord Lansdowne Eckardstein gegenüber am 18. März mit der bestimmten Frage heraus, ob es möglich sein würde, ein auf längere Dauer berechnetes Defensivbündnis zwischen Deutschland und England herzustellen? Wenn dies von Berlin aus im Prinzip bejaht werde, wolle er genauere Vorschläge machen. Eckardstein machte seine Regierung eindringlich darauf aufmerksam, daß die englische Politik an einem Scheidewege stehe und die Antwort von entscheidender Bedeutung sein werde[18]).

[17]) Diesen Verdacht äußerte Chamberlein ganz offen zu Eckardstein. Eckardstein, 18. März (Eckardstein 2, 277).

[18]) Eckardstein, 19. März (2, 279).

Holstein gab zu, daß dies richtig sei und auch Deutschland sich vor einer Weichenstellung befinde. Er erklärte, prinzipiell für ein solches Bündnis zu sein, das aber leider durch gegenseitiges Mißtrauen und die Persönlichkeit Salisburys erschwert werde. Am besten würde das Abkommen nicht zwischen Deutschland und England, sondern zwischen dem Dreibund und England zu schließen und eventuell Japan mit hereinzuziehen sein. Obwohl sich im Auswärtigen Amt auch Stimmen für eine glatte Annahme des englischen Vorschlages erhoben, erhielt Holstein für seine Auffassung die Zustimmung des Reichskanzlers; Graf Bülow

erwog noch, ob nicht auch die Türkei und Rumänien einzuschließen seien. Sein Hauptbedenken war, daß wir den gesamten kolonialen Besitzstand Englands würden decken müssen, der an manchen Punkten gefährdet sei, während der unsrige gar nicht bedroht erscheine. Auch werde trotz aller Kolonialmüdigkeit die Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber eine schwierige Stellung haben, „wenn andere Erwerbungen machen sollten, ohne daß für uns etwas abfiele“. Aber er genehmigte doch eine offizielle Instruktion an die Londoner Botschaft, die den Gedanken Lord Lansdownes sympathisch begrüßte, falls sich das geplante Arrangement lediglich auf die Sicherung des gegenwärtigen Besitzstandes erstrecke. Da aber Deutschland jeden englischen Vorschlag doch erst mit den übrigen Dreibundmächten würde erörtern müssen, sei es im Interesse der Beschleunigung der Verhandlungen vorzuziehen, wenn England sich zunächst nach Wien wende; stimme Österreich zu, so werde der Sache näher zu treten bereit sein. Auch eine Angliederung Japans würde sich dann wohl ermöglichen lassen [19]).

[19]) Holstein an Eckardstein, 20. März (2, 281). Erlaß an Hatzfeldt, 20. März (mit Randbemerkungen Bülows auf dem Konzept). Große Politik 17, 44- Denkschrift des Geheimrats Klehmet vom 20. März für Annahme. Große Politik 17, 43. v

Eckardstein hatte die Fühlung mit dem japanischen Botschafter in London, Baron Hayashi, bereits aufgenommen und bei ihm lebhaftes Interesse für den Gedanken gefunden. Man erwog damals bereits in Tokio einen sofortigen Krieg gegen Rußland und hätte daher die Rückendeckung durch ein solches Bündnis natürlich gern gesehen. Der Botschaftsrat, der persönlich infolge seiner Heirat mit einer englischen Frau und seiner gesellschaftlichen Beziehungen sehr englandfreundlich gesinnt war und auch aus politischen Gründen das Zustandekommen des Bündnisses dringend wünschte, hielt jedoch den Gedanken einer sofortigen Hereinziehung Österreichs für unpraktisch, ja für eine sonderbare Schrulle Holsteins und hat trotz des ausdrücklichen Befehls seiner Regierung diesen Gedanken nicht sofort mit der ihm befohlenen Schärfe in London zur Sprache gebracht [20]).

[20]) Nach seiner eigenen Angabe 2, 286.

Lansdowne ging nun vorsichtig einen Schritt weiter. Mit ausdrücklicher Ermächtigung Salisburys und Balfours stellte er am 23. März an Hatzfeldt folgende vier konkrete Fragen: 1. Wird die deutsche Regierung trotz der anti-englischen Stimmung ihrer

öffentlichen Meinung auf ein bindendes Defensiv-Abkommen mit England eingehen? 2. Bejahendenfalls, würde man ein unbedingtes Defensivbündnis vorziehen oder ein Abkommen, bei dem der Bündnisfall erst eintritt, wenn einer der Beteiligten von mehreren Mächten angegriffen wird? 3. Würde man an ein geheimes oder ein vom Parlament genehmigtes Abkommen denken? 4. Würde Japan, soweit Ostasien in Betracht komme, mit berücksichtigt werden können? [21])

[21]) Hatzfeldt, 23. März, mit Randbemerkungen Bülows. Große Politik 17. 46.

Bülow ermächtigte den Botschafter sofort, in folgendem Sinne zu antworten: 1. „Die Form einer Angliederung Englands an den Dreibund würde für alle Teile und in jeder Beziehung das Praktischste sein.“ 2. „Der Bündnisfall würde nur eintreten gegenüber zwei oder mehreren Gegnern,“ was noch näher begründet wurde. 3. „Das Abkommen dürfte nicht geheim, sondern müßte ein parlamentarisches sein.“ 4. „Japan neigt zur Erwerbspolitik und wird daher in einem Defensivbündnis vielleicht keinen unmittelbaren Vorteil erblicken. Vorteile würde es aber immerhin auch dabei insofern haben, als es dadurch in gute politische Gesellschaft kommt [22]).“

[22]) Erlaß an Hatzfeldt, 24. März. Große Politik 17, 48.

Auf Grund dieser Anweisung sprach Eckardstein nochmals mit Lansdowne, stieß aber auf Bedenken gegen die Einbeziehung Österreichs und Italiens sowie gegen die sofortige parlamentarische Verhandlung und Veröffentlichung; für später könne man beides ins Auge fassen. Mit Japan, meinte der englische Minister, könnten beide Mächte ein besonderes, lediglich auf ostasiatische Fragen beschränktes Abkommen treffen [23]). Der Botschaftsrat hielt diese Antwort für sehr günstig; in Wahrheit hatte Lord Lansdowne die beiden wesentlichsten deutschen Bedingungen — Abschluß mit dem Dreibund und sofortige Genehmigung durch das Parlament — sehr entschieden beanstandet.

[23]) Eckardstein 2, 287.

Unter diesen Umständen versprach man sich in Berlin wenig von der Fortsetzung der Besprechungen. Dagegen drängte der Kaiser, von Waldersee angetrieben, auf baldige Erledigung der chinesischen Kriegskostenfrage und der Entschädigungen für die

in Südafrika geschädigten Deutschen. Er schien geneigt, weitere Schwierigkeiten in diesen kleinen Nebenfragen als Symptome für Englands bösen Willen gegen uns zu betrachten. Um diese Dinge zur Erledigung zu bringen, wurde Ende März Kolonialdirektor Dr. Stübel nach London geschickt. Er überzeugte sich jedoch bald, daß starke sachliche Gründe gegen die von seiner Regierung vorgeschlagene Regelung dieser Fragen beständen und wirkte nach seiner Rückkehr beruhigend in Berlin [24]).

[24]) Vgl. über diese Episode Eckardstein 2, 289 f und 323 f.

Inzwischen hatte man auf der Seite des Zweibundes gemerkt, daß etwas im Werke sei und bemühte sich nach Kräften, in London Mißtrauen gegen Deutschland hervorzurufen. Zeitweise schien dies, namentlich bei Balfour, zu gelingen; es kam zu einer Beschwerde des Kaisers bei König Eduard über Äußerungen, die der Minister im Privatgespräch über ihn getan haben sollte. Aber schließlich wurden diese kleinen persönlichen Differenzen ausgeglichen; den Gang der Dinge im ganzen haben sie nicht beeinflußt [24]). Eher werden die erregten Vorstellungen Rußlands in Berlin eine gewisse Einwirkung geübt haben. Der Zar sah sich durch den Einspruch der drei Mächte genötigt, auf den von General Alexejeff vereinbarten Vertrag über die Mandschurei zu verzichten und ließ in Berlin sagen, hauptsächlich Deutschlands Teilnahme an dem unfreundlichen Schritt habe ihn zum Nachgeben gezwungen [26]). Da der Kaiser die Beziehungen zu Rußland nicht gefährdet zu sehen wünschte, lag hierin eine Mahnung zur Vorsicht bei weiteren ostasiatischen Verwicklungen.

[25]) Hatzfeldt, 6. April. Erlaß an Hatzfeldt, 10. April. König Eduard an den Kaiser, 16. April. Große Politik 17. 50—52.

[26]) Immediatbericht Richthofens, 4- April. Große Politik 16, 350.

Wochenlang schliefen die Bündnisverhandlungen ganz. Nur gelegentliche Äußerungen Lansdownes zeigten, daß er eifrig die Vorgeschichte der früheren Bündnisversuche studiere von Bismarcks berühmtem Brief von 1887 an bis zu des Kaisers Unterhaltung mit Lascelles im Sommer 1898, daß er also die Sache nicht aus dem Auge verloren habe [27]). Versuche Japans, ein besonderes Bündnis zur Erhaltung der Integrität Chinas zustandezubringen, wies Holstein zurück, bis das Verhältnis zu England geklärt sei.

[27]) Eckardstein, 2. April (2, 328), 9. April (2, 334), 10. April (2, 335), 13. April (2, 337), 18. April (2, 341).

Ende April, als Graf Hatzfeldt eben selbst wieder die Geschäfte der Botschaft übernommen hatte, veranlaßten Gerüchte von bedrohlichen Absichten Frankreichs gegen die chinesische Provinz Yünnan und gegen den Sultan von Marokko den englischen Minister, nochmals auf die Bündnisfrage zurückzukommen. In Berlin blieb man auf dem alten Standpunkt, wie er im März formuliert war. Bülow fügte, den Anregungen Holsteins gemäß, seinen früheren Anweisungen nur die Ergänzung hinzu, daß jedes Spezialabkommen, sei es über Ostasien, sei es über Marokko, vermieden werden müsse. Wir würden uns sonst nur gegen Rußland oder Frankreich vorschieben lassen, und würden außerdem das Zustandekommen eines allgemeinen Bundesvertrages gefährden, weil ein solcher den Engländern dann als überflüssig erscheinen könnte [29]).

[28]) Holstein an Eckardstein, r8. April (2, 343).

[29]) Erlaß an Hatzfeldt, 20. April und 11. Mai. Große Politik 16, 408 u. 17, 54. Der Kaiser an Bülow, 14. Mai. Bülow an den Kaiser, 15. Mai. Große Politik 16, 4a 4 u. 426.

Graf Hatzfeldt verhielt sich also weiter abwartend. Als Lansdowne ihn einmal darauf hinwies, daß Deutschland wegen seiner kleinasiatischen Pläne über kurz oder lang doch mit Rußland kollidieren werde, bestritt er dies, da wir nur wirtschaftliche Pläne hätten und französisches Kapital an der Bagdadbahn beteiligen würden. Aus China, sagte er, könnten wir uns jederzeit zurückziehen und uns dann dauernd mit Rußland verständigen. Lansdowne knüpfte an diese Diskussion die Bemerkung, Lord Salisbury habe gegen einen Defensivbund mit Deutschland keine Bedenken mehr, wohl aber gegen die Hereinziehung Österreichs und Italiens. Man wünsche daher zu wissen, wie Deutschland sich im Fall eines Zusammenbruchs der Donaumonarchie, „der nach menschlicher Berechnung nach Ableben des Kaisers Franz Joseph nicht mehr lange ausbleiben dürfte“, verhalten werde? Was solle z. B. geschehen, wenn im Fall einer schweren inneren Krise des Donaustaates Rußland eingreife und gleichzeitig die Türkei Bosnien reklamiere? Welche Verpflichtungen solle England ein gehen, falls Italien wegen Marokkos oder einer anderen Mittelmeerfrage von Frankreich und Spanien angegriffen werde? Diese Fragen würden im Parlament sicher aufgeworfen werden. Die öffentliche Meinung sei dem Bündnis mit Deutschland als einem kräftigen, auf liberaler Basis sich entwickelnden stammverwandten Volke

geneigt, nicht aber mit dem halbslavischen Österreich und dem lateinischen Italien. Mit Japan könne ein Spezialvertrag zum Schutz der chinesischen Integrität geschlossen werden. Schließlich regte Lansdowne an, daß er sowohl wie Hatzfeldt einen Vertragsentwurf zu Papier bringen möchten, damit eine feste Grundlage für die Diskussion geschaffen werde [30]).

[30]) Hatzfeldt, 15., 16., 17. Mai. Große Politik 17, 67—60.

In Berlin war man der Meinung, Salisbury suche nur Vorwände, um bestimmten Verpflichtungen auszuweichen. Man hielt Österreich für lebensfähig; sollte es aber doch zusammenbrechen, so werde man sich jederzeit leicht mit Rußland verständigen können. Ein Bündnis könne nur so gedacht werden, daß der Dreibund das gesamte englische Kolonialreich gegen zwei Angreifer verteidige, England aber jeden einzelnen von zwei Großmächten angegriffenen Dreibundstaat. Sonst könne England, falls Italien oder Österreich angegriffen würde und wir helfen müßten, bestreiten, daß der Bündnisfall vorliege. Ein Bündnis, das diese Hintertür offenlasse, sei für Deutschland schlimmer als gar keines. Da der Text öffentlich bekannt gemacht werden solle, würden die Gegner daraus gerade ersehen, wie sie es machen müßten, um sich gegen Englands Beteiligung am Kriege zu sichern. Diese Hintertür müsse also geschlossen werden. Sobald England für diese Auffassung, die ihm offen dargelegt werden müsse, Verständnis zeige, werde man bereit sein, den Text der Dreibundverträge mitzuteilen [31]).

[31]) Erlaß an Hatzfeldt, 18. Mai. Große Politik 17, 60.

Hatzfeldt riet, zunächst mit England ins Reine zu kommen, dann erst mit Österreich und Italien zu reden und daher auf die Herstellung eines Vertragsentwurfes im Vertrauen auf Lansdownes Diskretion einzugehen [32]).

[32]) Hatzfeldt, 18. Mai. Große Politik 17, 63.

Ihm wurde jedoch nochmals bedeutet, daß erst über Details verhandelt werden könne, wenn England prinzipiell anerkannt habe, daß der Bündnisfall vorliege, falls Deutschland dem angegriffenen Österreich zu Hilfe komme. Der Botschafter solle dies offen sagen, dann aber, ohne zu drängen, abwarten, ob die englischen Minister auf die Sache zurückkämen. Geschehe dies nicht, so müsse man die Kombination als hinfällig betrachten [33]).

[33]) Erlaß an Hatzfeldt, 20. Mai. Große Politik 17, 64

Hatzfeldt brachte diese Gesichtspunkte am 23. Mai bei Lansdowne zur Sprache. Er fügte hinzu, der Vertrag werde für England den großen Vorteil einer Sicherung seines gesamten Riesenreiches gegen Angriffe und der voraussichtlichen Erhaltung des für seinen Handel so nötigen Weltfriedens auf zehn bis fünfzehn Jahre bringen; dafür müsse es entsprechende Leistungen auf sich nehmen. Ein Allianzvertrag, durch den der eine Teil nur Vorteile habe und nicht das geringste Risiko übernehme, sei bisher überhaupt noch nicht erfunden worden. Auf den Minister machten diese Ausführungen Eindruck, und er versprach, sie Salisbury vorzutragen [34]).

[34]) Hatzfeldt, 23. Mai. Große Politik 17, 65.

In Berlin war man mit Hatzfeldts Vorgehen sehr zufrieden. Man untersagte ihm jedoch ausdrücklich, die geringste schriftliche Notiz aus der Hand zu geben, bevor nicht England den von Deutschland vorgeschlagenen Grundprinzipien des Vertrags zugestimmt habe. Denn so lange sei die ernste Absicht des anderen Teiles nicht erwiesen. Sobald darüber Einigkeit erzielt sei, könne schriftlich verhandelt werden. Lansdowne werde diese Vorsicht selbst begreifen. Anders liege es, wenn der englische Minister selbst schriftlich Auskunft über bestimmte Punkte verlange, so daß die englische Initiative außer Zweifel gestellt sei. Trotz wiederholten Drängens des Grafen Hatzfeldt kam es zu keinem Versuch einer schriftlichen Formulierung der Bündnisbestimmungen, da ihm durch die strikten Anweisungen aus Berlin die Hände gebunden waren [35]).

[35]) Hatzfeldt, 25., 27., 28., 29., 31. Mai. Erlaß an Hatzfeldt, 26. Mai. Holstein an Hatzfeldt, 29. Mai. Große Politik 17, 67—78.

Da Lord Lansdowne längere Zeit verreiste, da ferner Hatzfeldt noch immer recht krank war und man im Auswärtigen Amt zu Eckardsteins Persönlichkeit wenig Vertrauen hatte, wurden die weiteren Verhandlungen meist in Berlin geführt. Man hörte hier zunächst noch das Gutachten des Grafen Wolff-Metternich, der zu Hatzfeldts Nachfolger in London ausersehen war.

Metternich sprach sich durchaus für das Bündnis mit England unter den schon festgelegten Kautelen aus. Rußland, meinte er, wird nie völlig für Deutschland zu gewinnen sein, da seine gegenwärtige Lage, in der es von beiden Seiten umworben wird,

so vorteilhaft wie möglich ist. Sollte Österreich zerfallen, so würden wir um die Erbschaft mit Rußland kämpfen müssen. Gegen England haben wir nicht mehr so viel Pressionsmittel wie früher, seitdem Salisbury seine Hand von der Türkei abgezogen hat. Die bisherigen Bündnisvorschläge haben wir zurückgewiesen, weil wir unter dem Druck des französisch-russischen Bündnisses nichts unversucht lassen durften, um Rußland für uns zu gewinnen. Dies hat sich als unmöglich erwiesen. Wir können zwar versuchen, ganz ungebunden zu bleiben, aber wir laufen dann Gefahr, daß England sich doch mit Frankreich und Rußland verständigt. Italien neigt ebenfalls dazu und würde ganz unsicher werden, sobald England zu unseren Gegnern gehörte. Hilfe in einem etwaigen Konflikt mit Amerika oder größere Nachgiebigkeit in kolonialen Fragen darf man allerdings von England auch dann nicht erwarten, wenn es mit uns verbündet ist. Einen unmittelbaren Angriff, gegen den zu helfen das Bündnis uns verpflichten würde, hat das englische Kolonialreich augenblicklich nirgends zu fürchten. Rußland würde uns allerdings die Schuld dafür geben, wenn es in Ostasien zurückweichen müßte; aber da der Krieg für das Zarenreich dann viel gefährlicher sein würde, ist darin keine Steigerung, sondern eher eine Verringerung der Kriegsgefahr zu erblicken. Öffentlichkeit und Genehmigung durch alle Parlamente sind selbstverständliche Voraussetzungen. Im Reichstag sind seitens der Burenfreunde und der Russenfreunde Schwierigkeiten zu erwarten; es wird daher vielleicht richtig sein, erst die Beendigung des Burenkrieges abzuwarten. Auch kann dann nicht mehr gesagt werden, das Bündnis nütze uns wenig, weil Englands Wehrkraft noch auf lange in Südafrika festgelegt sei. Man kann das Bündnis der öffentlichen Meinung gegenüber am besten damit rechtfertigen, daß Österreich und Italien einer solchen Anlehnung dringend bedürftig seien, und wir uns der Behandlung der Sache nicht länger hätten entziehen können, ohne den Fortbestand des Dreibundes zu gefährden. Sobald wir mit England einig sind, sollten wir daher die Verhandlungen möglichst zwischen Wien und London unter unserer stillen Direktive führen lassen. Ganz besonders vorteilhaft wird ein Bündnis mit England für die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Bestrebungen in China sein, wo die Russen nach der politischen, die Amerikaner nach der wirtschaftlichen Alleinherrschaft streben [36]).

[36]) Denkschrift Metternichs, i. Juni Große Politik 17, 74 f.

Unverkennbar neigte Metternich, so schonend er auch die ihm bekannten Gedankengänge Holsteins und Bülows behandelte, mehr als beide zu einem baldigen Abschluß mit England.

Die Randbemerkungen des Reichskanzlers zu dieser Denkschrift zeigen, daß er den Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland nicht als so groß ansah wie Metternich, und an der Ehrlichkeit der englischen Annäherung stärkere Zweifel hatte als er. Sehr charakteristisch ist namentlich folgende Bemerkung: „Dies ist das Hauptbedenken gegen jede Verständigung mit England, daß die Russen (Hof und öffentliche Meinung) dann ihre ganze Enttäuschung und Wut gegen uns richten und die Engländer dies benutzen würden, um trotz des Bündnisses sich gut mit Rußland zu stellen und uns in kolonialen Fragen zu brüskieren."

Auch Holstein hat nun noch einmal seine Anschauungen über die Bündnisfrage zusammengefaßt. Er geht davon aus, daß es stets Englands Politik gewesen sei, andere die Kastanien für sich aus dem Feuer holen zu lassen; ganz besonders sei dies bei Lord Salisbury stets der Fall gewesen. In manchen Einzelfragen habe man sich gut verständigt; andere, wie Marokko, seien unerledigt geblieben, weil keine Kompensationen für die Übernahme einer Kriegsgefahr zu finden gewesen seien. Ein Abkommen, wie es jetzt geplant sei, würde sich damit rechtfertigen lassen, daß bei einem Angriff zweier Großmächte gegen einen Teil des britischen Reiches nicht der Besitz dieser oder jener Kolonie, sondern eine Verschiebung des Gleichgewichts auf dem Erdball das Objekt des Kampfes sein würde. Eine derartige Verpflichtung könne aber Deutschland nur dann übernehmen, wenn es sicher sei, daß England bei jedem Angriff zweier Großmächte auf ein Mitglied des Dreibundes in Aktion treten werde. Auch werde in der Hereinziehung Österreichs ein deutliches Zeichen dafür liegen, daß weder wir noch England den Bestand der habsburgischen Monarchie durch die tschechische Agitation als erschüttert ansähen. Die deutsche Regierung verkenne nicht die Bedeutung einer Angliederung Englands an den Dreibund, sei aber im Zweifel, ob nicht in England die Kastanientheorie noch zu stark herrschend sei, um dort die Erkenntnis allgemein werden zu lassen, daß dabei auch England Pflichten übernehmen müsse. Daher sei abzuwarten, ob auf englischer Seite ernste Absichten und annehmbare Grundanschauungen hervortreten würden. Sollte dies nicht geschehen, so sei dies durchaus nicht bedenklich. „Wir fühlen uns vor der Hand noch stark genug, um nicht in der Eile uns nach Anlehnung umzusehen." Wahrscheinlich würden

Deutschland und England durch den Strom der weltgeschichtlichen Ereignisse, der stärker sei als jeder Einzelwille, doch auf dieselbe Seite gedrängt werden. Man dürfe keine Dämme errichten, die das verhindern könnten, müsse aber in voller Freiheit verharren, solange die Ereignisse das gestatteten. „Weder Yünnan noch Marokko sind für Deutschland so wichtig, daß wir um ihretwillen einen Krieg riskieren oder eine Anlehnung suchen müßten [37]).“ In diesem Sinne sprach auch der Reichskanzler am 17. Juni mit dem englischen Botschafter.

[37]) Denkschrift Holsteins, 14. Juni. Große Politik 17, 83.

Da man beiderseits in diesem Anschauungskreise verharrte, machten die Verhandlungen geringe Fortschritte. König Eduard drückte dem Grafen Hatzfeldt bei einer Privataudienz nur im allgemeinen den Wunsch aus, daß man sich über gute Beziehung zwischen beiden Ländern verständigen möge; er gab auch zu, daß Salisbury etwas mißtrauisch sei. Er zeigte starke Animosität gegen Rußland und dessen Absichten in Ostasien. Bülow schloß daraus, man dürfe vor allen Dingen nicht drängen, und müsse in England die Erkenntnis reifen lassen, daß auf russische Zusagen kein Verlaß sei [38]).

[38]) Hatzfeldt, 15. Juni, mit Randbemerkungen Bülows. Große Politik 17, 88.

Lansdowne wich weiteren Erörterungen unter dem Vorwande aus, daß er mit parlamentarischen Geschäften überhäuft sei. Auf Umwegen gab er zu verstehen, da die Sache immer nicht recht vorwärts gegangen sei, habe Salisbury etwas die Lust verloren, zumal da eine äußere Notwendigkeit für England nicht vorliege [39]). Als in London wiederholt darauf gedrängt wurde, wenigstens ein Spezialabkommen über Marokko zu schließen, wich der Reichskanzler diesem Verlangen aus den uns bereits bekannten Gründen aus. Er glaubte nicht, daß Frankreich dort etwas Ernstes unternehmen werde, solange es der Haltung Englands und Deutschlands nicht sicher sei, und gab die Parole aus: „In dieser Angelegenheit müssen wir bis auf weiteres uns ganz reserviert und als Sphinx verhalten.“ Selbst einen französischen Erfolg in Marokko glaubte man lieber hinnehmen zu sollen, als sich ohne Sicherung der vollen Gegenseitigkeit von England ins Feuer jagen zu lassen. Wenn diese gewährt werden, dann können allerdings der Bund mit England das Leben des Dreibundes, den Holstein gelegentlich als „wacklich“ bezeichnete, wesentlich verlängern [40]).

[39]) Eckardstein an Holstein, 29. Juli. Große Politik 17, 90.

[40]) Erlasse an Hatzfeldt, 13. und 20. April, 19. Juli (Große Politik 17, 326, 328 u. 337) und 9. August. Holsteins an Bülow, 8. August (Große Politik 17, 339, 341. Denkschrift des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg, 8. August.

Inzwischen hatten die englischen Minister ihren Entschluß gefaßt. Er ging dahin, daß England sich wohl mit Deutschland verbinden könne, aber nicht mit dem Dreibund. So äußerte sich im Juli Lascelles zu Eckardstein; später hat Lansdowne selbst seine und Salisburys Erwägung dahin präzisiert, mit Rücksicht auf die beiderseitige Volksstimmung und die Parlamente sei es ihnen zu schwer erschienen, dies Hindernis zu nehmen [41]). In Berlin schloß man daraus, daß man es jedenfalls mit Rußland nicht verderben dürfe. Die richtige Politik sei „Abwarten mit festen Nerven und geschlossenem Munde“, solange es sich durchführen lasse. Den Kaiser, der im August zu einer Zusammenkunft mit König Eduard nach Homburg reiste, bat man dringend, keinen Augenblick zu vergessen, „daß wir unsere Beziehungen zu England ruinieren, sobald man in England weiß, daß wir mit Rußland und Frankreich verzankt sind [42]).“ Der Kaiser stimmte diesen Ausführungen zu. In Homburg wurden die schwebenden Fragen auf Grund einer vom englischen Ministerium dem Monarchen mitgegebenen Denkschrift besprochen, die dieser gegen den Wunsch der Minister seinem Neffen vorlegte. Der König scheint damals zu einer Verständigung besonders geneigt gewesen zu sein, da die geplante Reise des Zaren und des Grafen Murawieff nach Paris ihn lebhaft beunruhigte und ihm als eine Demonstration gegen England erschien. Er wußte auch, daß der Zar auf der Rückreise den Kaiser besuchen wollte und um die Anwesenheit des Reichskanzlers bei dieser Zusammenkunft ausdrücklich gebeten hatte. Der Kaiser hielt es für klug, seinem Oheim zu verstehen zu geben, daß eine volle Verständigung der Kontinentalmächte jetzt nicht mehr so schwierig sein werde wie früher. Wenn England, sagte er, aus seiner Isolierung heraustreten und sich mit Deutschland verbünden wolle, so müsse er den Abschluß eines genau festgelegten und vom Parlament mit überwältigender Mehrheit genehmigten Vertrages mit dem gesamten Dreibund verlangen. „Dann wisse man, daß Englands Volk und König die Konsequenz auf sich zu nehmen bereit seien, durch Dick und Dünn mit den Zentralmächten des Kontinents zu gehen.“ König Eduard und der Botschafter Lascelles stimmten diesen Ausführungen zum Erstaunen des Kaisers völlig zu und meinten, Lord Landsdowne werde dazu bereit sein, „nur sei die

Session des Parlamentes jetzt zu kurz gewesen, um das noch vorzubringen; er arbeite aber fleißig in dieser Richtung“.

[41]) Metternich, 28. Dez. 1901. Große Politik 17, 111.

[42]) Denkschrift Holsteins als Unterlage für die bevorstehende Unterredung in Homburg, 2. August. Denkschrift Mühlbergs vom 8. August. Bülow an das Auswärtige Amt, 9. August. Große Politik, 17, 92, 339, 341.

Von Einzelheiten wurde außer der Entschädigung der südafrikanischen Deutschen und der Gesamtlage in Ostasien auch die Frage des Endpunktes der Bagdadbahn berührt England strebte offen nach der tatsächlichen Oberhoheit über das Gebiet des Scheichs von Kuweit, der nominell ein Vasall des türkischen Sultans war, weil es die in Frage kommende Küstenstrecke am Persischen Golf umfaßte. Jetzt versicherte man, daß England dem Bahnbau dort keine Schwierigkeiten machen werde, jedoch unter der Voraussetzung, daß vorher eine genaue Verständigung über alle Einzelfragen erfolge. Bezüglich Marokkos einigte man sich dahin, daß es am besten sei, wenn beide Mächte sich ganz zurückhielten, aber die Integrität dieses Landes und die Autorität des Sultans schützten [43]).

[43]) Englisches Memorandum vom 10. August. Große Politik 17, 121. Aufzeichnung des Kaisers, 23. August. Große Politik 17, 94. Der Kaiser an Bülow 23. August. Bülow an den Kaiser, 24. August (nicht abgedruckt).

Der Kaiser war also über den Stand der Bündnisverhandlungen im Großen und Ganzen unterrichtet, wenn er auch nicht alle Einzelheiten erfahren haben mag. Die gegenteilige Behauptung Eckardsteins in seinen Denkwürdigkeiten beruht offenbar auf mangelhafter Kenntnis. Obwohl aber beide Monarchen in Homburg über die Grundgedanken einig zu sein schienen, schliefen die Verhandlungen in den nächsten Monaten völlig ein. In Berlin erregte die Behandlung der Kuweitfrage durch England neue Bedenken. Holstein sah darin eine Mißachtung des Kaisers, dem man vorspiegle, England achte die Souveränität des Sultans, während es sie in Wahrheit selbst ausübe. Auch könne durch solches Vorgehen der Anstoß zur Teilung der Türkei gegeben werden, wie sie ja Salisbury schon 1895 erwogen habe. „Wenn England solche Wege wandelt, ist es ausgeschlossen, daß dieselben Leute gleichzeitig ein Bündnis mit uns aufrichtig in Betracht ziehen.“ Auch habe Lascelles ja offen einen Vertrag mit dem gesamten Dreibund für unmöglich erklärt. „Die Politik von

Salisbury ist eben doch die Politik von England, und wir müssen uns endlich sagen, daß einseitige Rücksichtnahme auf jemanden, der keine Rücksichten kennt, ein Reinfall ist [44]).“ Bei den englischen Ministern, namentlich bei Chamberlain, blieb hingegen der Eindruck zurück, als sei es Deutschland nie recht ernst gewesen, als seien sie vielmehr Jahre lang hin gehalten worden in dem Bestreben, das Angebot zur Erlangung kolonialer Zugeständnisse auszunutzen. Chamberlain sagte schon im Juni zu Alfred Rothschild, er wolle mit den Leuten in Berlin nichts mehr zu tun haben. „Wenn sie so kurzsichtig sind und nicht sehen können, daß eine ganz neue Weltkonstellation davon abhängt, so ist den Leuten nicht zu helfen [45]).“ Nachdem Deutschland auch einer Abgrenzung von Interessenssphären in Marokko ausgewichen war und der Kaiser in Homburg die alten Bedingungen in schärfster Form wiederholt hatte, gab Chamberlain die Hoffnung endgültig auf. Die Zusammenkunft, des Zaren mit dem Kaiser in Danzig im September vermehrte offenbar das Mißtrauen der Engländer, und im Spätherbst mehrten sich die Zeichen, daß die Phase der englischen Bündnisangebote abgelaufen sei. Die „Times“ forderten offen Verständigung mit Rußland, da alle Versuche, sich mit Deutschland zu einigen, gescheitert seien, und begannen gegen die deutsche Flotte zu hetzen und den angeblichen Plan eines deutschen Überfalls zur See als Schreckbild vor die Phantasie des englischen Volkes zu stellen. Am 25. Oktober hielt Chamberlain jene Rede in Birmingham, in der er sagte, alles, was den Engländern an grausamer und barbarischer Kriegführung in Südafrika vorgeworfen werde, sei nicht annähernd mit den Taten anderer Nationen, darunter auch der Deutschen im Kriege von 1870 zu vergleichen. Die an sich nicht englandfreundliche öffentliche Meinung Deutschlands antwortete mit heftigen Protesten, eine Fülle von großen Entrüstungskundgebungen gegen Chamberlain und die englische Kriegführung in Südafrika fand in allen Teilen Deutschlands statt. Auch Bülow gab im Reichstag dieser Stimmung scharfen Ausdruck.

[44]) Denkschrift Holsteins, 3. September (die beiden letzteren Stücke sind in der Publikation nicht abgedruckt). Bülows Brief, der höchst bezeichnend ist für seine Art, den Kaiser zu schmeicheln, jetzt bei Fischer, Holsteins großes Nein, S. 214.

[45]) Rothschild an Eckardstein, 14. Juni, Eckardstein 2, 300.

Gewiß hat Chamberlain seiner Rede später eine abmildernde Deutung gegeben. Gewiß hat König Eduard dem neuen deutschen

Botschafter, Grafen Metternich, die Hoffnung ausgesprochen, er möge eine ähnliche Vertrauensstellung bei ihm einnehmen, wie Lascelles beim Kaiser. Gewiß hat auch Lord Lansdowne noch wiederholt seine Hoffnung auf fernere gute Beziehungen und freundschaftliche Verständigung über Einzelfragen ausgesprochen. Gewiß hat auch von deutscher Seite Holstein sich bemüht, auf die englische Presse dahin zu wirken, daß sie die deutsche Politik nicht als englandfeindlich darstellen möge, weil er die Möglichkeit eines Bündnisses für die Zukunft offenhalten wollte, um nicht ganz auf Rußland angewiesen zu sein [46]). Aber das alles änderte nichts an der Tatsache, daß der Bündnisgedanke aufgegeben war. Chamberlain sagte im November dem österreichischen Botschafter, angesichts des wachsenden Hasses gegen England bei den Deutschen verzweifle er daran, die öffentliche Meinung seines eigenen Landes noch dafür gewinnen zu können [47]). Auch Lansdowne wich jeder weiteren Berührung des Gedankens aus und nahm Metternichs Bemerkung, eine Gelegenheit, wie im letzten Sommer, werde vielleicht nie wiederkehren, schweigend hin. Aber noch fehlte der sozusagen offizielle Abschluß der Verhandlungen.

[46]) Metternich, 9. September, 28. und 29. Oktober und 20. November. Bülow an den Kaiser, 30. Okt. (diese Stücke fehlen in der Publikation). Aufzeichnung Holsteins über eine Unterredung mit dem „Times“-Korrespondenten Chirol, 31. Oktober. Holstein an Bülow, 1. November. Große Politik 17, 101 u. 106.

[47]) Metternich, 26. November.

Gegen Ende des Jahres kam auch dieser. Am 27. Dezember erklärte Lascelles in Berlin, König Eduard wünsche nach wie vor enges Zusammengehen mit Deutschland; aber ein förmlicher Bündnisvertrag werde beim Parlament zweifellos auf Bedenken stoßen [48]). Der Kaiser schrieb seinem Oheim zu Neujahr, daß auch er auf dauernde Freundschaft der blutsverwandten Völker hoffe. Man müsse sich gegenseitig achten und unterstützen und jede Maßregel vermeiden, die eine Trennung schaffen könne. Aber aus dem Schlußsatz dieses Schreibens klingt doch bittere Enttäuschung und, wie so oft, dem Kaiser selbst vielleicht unbewußt, ein drohender Unterton. Er lautet: „Möge Deine Regierung dies nie vergessen und mich nie in die Gefahr bringen, einen Kurs wählen zu müssen, der sie und uns ins Unglück führen könnte [49]).“

[48]) Aufzeichnung Mühlbergs über seine Unterredung mit Lascelles, 27. Dezember. Vgl. Metternich, 28. Dezember. Große Politik 17, 109 u. in.

[49]) Der Kaiser an König Eduard, 30. Dezember 1901. Große Politik 17, 110.

Das Bündnis ist nicht von Deutschland abgelehnt worden, wie immer wieder behauptet wird. Es ist gescheitert, weil England die beiden von Deutschland gestellten Bedingungen — Einbeziehung des Dreibundes und sofortige Genehmigung durch das Parlament — nicht glaubte annehmen zu können. Wir erkennen heute, belehrt durch die Erfahrung, daß in dem Scheitern dieser Verhandlungen die wesentlichste Ursache des weiteren Verlaufes der Dinge liegt, der zur Bildung der Entente, zur Einkreisung Deutschlands und zum Weltkrieg führte. Wir sind geneigt, den damaligen Leitern der deutschen Politik einen schweren Vorwurf daraus zu machen, daß sie den englischen Werbungen kein stärkeres Entgegenkommen gezeigt haben, weil die Annahme sehr viel für sich hat, daß alles ganz anders gekommen wäre, wenn wir damals das Bündnis geschlossen hätten, daß wir dann den Weltkrieg vermieden hätten und vielleicht heute neben England politisch und wirtschaftlich eine führende Rolle in der Welt spielen würden. Wieweit ist ein solches Urteil berechtigt?

Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Staatsmänner, wie drei Jahre vorher, auch jetzt Vorteile und Nachteile des englischen Angebots sehr genau überlegen mußten. Es war ihre Pflicht, sich darüber klar zu werden, ob das Bündnis uns positiven Nutzen und vor allen Dingen Sicherheit gegen wahrscheinliche Kriegsgefahren biete. Sie fanden nun den für uns weitaus wahrscheinlichsten Kriegsfall — daß ein Konflikt zwischen Rußland und Österreich in den Orientfragen uns sofort oder später zur Kriegserklärung an Rußland nötigen könne — durch das von England angeregte Abkommen nicht gedeckt. Denn England konnte, auch wenn Frankreich dann eingriff, immer sagen, Deutschland sei nicht angegriffen worden, sondern habe, wenn auch in Erfüllung anderweitiger Bündnispflichten, seinerseits den Krieg gegen Rußland begonnen. Man lief also Gefahr, daß das Bündnis in dem einzigen Fall versagen werde, wo wir es wirklieh ernstlich brauchen würden. Hingegen sollten wir das ganze Britische Weltreich, auch in Indien und Ostasien, verteidigen helfen. Sie erwogen ferner die während des Burenkrieges hervorgetretene Abneigung unserer öffentlichen Meinung gegen England. Sie schätzten dessen Machtmittel ab und fanden, daß diese weder zu Wasser noch zu Lande so groß seien, wie man gewöhnlich glaubte. Sie fragten sich, ob England uns gegen eine große Landmacht überhaupt wirksam

unterstützen könne, ob wir nicht schließlich doch die Opfer und Gefahren eines Zweifrontenkrieges zusammen mit den Dreibundmächten allein würden tragen müssen, während sich Großbritannien indessen mit leichter Mühe die kolonialen Besitzungen der Gegner aneignen könne, soweit es Verlangen danach trage.

Hinter allen diesen Einzelerwägungen aber stand das tiefe Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der englischen Absichten. Immer wieder fand die Befürchtung Ausdruck, daß England uns nur gegen seine Feinde vorschicken wolle und uns schließlich im Stich lassen werde, sobald seine Interessen gewahrt seien. Ja, auch davor fürchtete man sich, daß England uns selbst gegenüber, wenn wir des russischen Rückhaltes beraubt seien, seine Überlegenheit zur See in kolonialen Fragen rücksichtslos zur Geltung bringen könne. Endlich wollte man die günstige Position zwischen den beiden feindlichen Mächtegruppen nicht aufgeben, indem man sich an die eine band, ohne positive Vorteile davon zu haben.

Ganz in der Tiefe, niemals klar ausgesprochen, vielleicht nicht einmal deutlich empfunden, wirkte noch ein anderes Motiv mit. Der Kaiser hatte ja dem Zaren versprochen, ihm bei Ausführung seiner ostasiatischen Pläne den Rücken zu decken. Unsere ganze Politik war seit 1895 auf Rußlands Festlegung in Ostasien eingestellt. Wir waren durch eine unsichtbare Fessel an Rußland gekettet. Ein Bündnis mit England hätte uns leicht mit diesen kaiserlichen Zusagen in argen Widerspruch bringen können.

Die Gefahr einer Verständigung Englands mit dem Zweibund schätzte man zu gering ein. Namentlich Holstein hielt diese Möglichkeit für völlig ausgeschlossen, aber auch Bülow hielt trotz der Warnungen Hatzfeldts und gelegentlicher eigener Zweifel die Wahrscheinlichkeit einer solchen Verständigung für sehr gering. Vielmehr war man der Ansicht, daß England gar nicht die Wahl des Verbündeten habe, daß es sich bei derartigen Versuchen bald von der Unmöglichkeit überzeugen werde, mit Frankreich und Rußland einig zu werden, und dann von neuem zu uns kommen werde mit größerer Bereitwilligkeit, unsere Bedingungen anzunehmen. Das allmähliche Aufdämmern dieser Erkenntnis jenseits des Kanals glaubte man in Ruhe abwarten zu können, ohne den deutschen Interessen etwas zu vergeben. Im Grunde hielt man ja auch in Berlin das Bündnis mit England für das natürliche und wünschenswerte; selbst Holstein, bei dem das Mißtrauen gegen England und namentlich gegen die

„Kastanientheorie“ Lord Salisburys am schärfsten ausgeprägt war, hat mehr als einmal dieser Überzeugung Ausdruck gegeben. Aber man hielt England noch nicht für „bündnisreif“, den richtigen Zeitpunkt noch nicht für gekommen, das Hinausschieben aber für gänzlich ungefährlich.

Es zeugt nicht von großer Auffassung der Dinge, daß man beständig kleine Fragen zweiten und dritten Ranges, wie die Entschädigungen und die chinesischen Seezölle, mit in diese große Debatte warf, und das Maß von Entgegenkommen, das England bei ihrer Erledigung zeigen werde, gewissermaßen zum Maßstab seines guten Willens und seiner Zuverlässigkeit in der Bündnisfrage erhob. Deutschland glich hier einem kleinen Händler, der vor dem Abschluß eines großen Geschäftes einen kleinen Vorschuß von seinem Kunden verlangen zu müssen glaubt, eine Zumutung, die das Welthaus Großbritannien als Beleidigung empfand und als Zeichen, daß man es nicht mit einem ebenbürtigen Vertragsgegner zu tun habe.

Von dem allen abgesehen, bleibt aber die Hauptfrage: Wäre es möglich und zu verantworten gewesen, die an sich durchaus berechtigten Einzelbedenken, namentlich wegen des möglichen Kriegsfalles mit Rußland, hintanzustellen in der Hoffnung, daß ein öffentlich bekanntgegebenes Bündnis zwischen der größten Seemacht und der stärksten Landmacht jeden anderen Staat, ja selbst jede andere vernünftigerweise denkbare Koalition von dem Versuch einer gewaltsamen Lösung streitiger Fragen abschrecken werde? Hätte nicht ein Zusammenwirken durch eine längere Zeitspanne mit günstigen Ergebnissen für beide Teile ein so starkes Solidaritätsgefühl zwischen den beiden germanischen, einander an Tüchtigkeit ebenbürtigen, an Begabung ergänzenden Völkern schaffen können, daß es ihnen schließlich als selbstverständlich gegolten hätte, auch da füreinander einzutreten, wo keine auf dem Papier festgelegte Vertragsbestimmung dazu zwang? War dies namentlich von England zu erwarten?

England stand ja seit lange in dem Rufe, als Bundesgenosse unzuverlässig zu sein. Man muß aber doch sagen, daß es in der Stunde der Gefahr fest zu seinen späteren Verbündeten, Frankreich und Rußland, gestanden hat. Würde es Deutschland gegenüber wirklich anders verfahren sein?

Zwei Handlungen Englands könnten als Beweis für die Unehrlichkeit seiner Anträge betrachtet werden. Zunächst das

angebliche Angebot an Rußland aus dem März 1898, von dessen Inhalt wir nichts wissen. Aber warum sollte England nicht vor dem Beginn ernster Verhandlungen mit Deutschland sehen, was ihm Rußland etwa zu bieten habe? Wir haben ja ähnliche Manöver ebenfalls gemacht. Sodann der Windsorvertrag mit Portugal von 1899. Es wäre gewiß loyaler und, wenn man das Bündnis wollte, klüger gewesen, ihn nicht zu schließen. Aber er entstand, wie wir gesehen haben, nach dem Scheitern des ersten Annäherungsversuches in einem Zeitpunkte scharfer, fast feindseliger Spannung und widersprach den Abmachungen mit Deutschland nicht direkt, wenn er ihnen auch eine sehr enge, von uns nicht erwartete Auslegung gab. Immerhin ist dies ein Punkt, der mit Recht zu Bedenken Anlaß geben kann.

Es könnte ferner auffallen, daß England zuerst nach dem ersten deutschen Flottengesetz und zum zweiten Male bald nach der Annahme der zweiten Flottenvorlage von 1900, die den Bau einer starken Schlachtflotte vorsah, an uns herantrat. Aber in den ganzen Besprechungen ist die Flottenfrage überhaupt nicht erwähnt worden, niemals etwa von englischer Seite eine Verminderung unseres Programms oder eine Verlangsamung seiner Ausführung auch nur angeregt, geschweige denn als Bedingung für den Abschluß des Bündnisses gestellt worden. Man betrachtete offenbar damals die englische Seeherrschaft keineswegs als bedroht durch die deutschen Flottenpläne. Derartige Befürchtungen und Erwägungen sind erst erheblich später und unter ganz veränderten Verhältnissen aufgetaucht. Es kann daher kaum angenommen werden, daß die Rücksicht auf die Verhinderung des deutschen Flottenbaues bei diesen englischen Bündnisangeboten eine erhebliche Rolle gespielt habe.

Man könnte endlich sagen, als England das erste Angebot machte, habe es sich in einer politischen Notlage befunden. Rußlands rastloses Vordringen in Ostasien, Amerikas Hinübergreifen dorthin, der bevorstehende Zusammenstoß mit Frankreich am oberen Nil, der in nicht allzu ferner Aussicht stehende Burenkrieg, alles dies zusammen habe dazu getrieben, bei Deutschland Anlehnung zu suchen. Gewiß ist diese Weltlage nicht ohne Bedeutung für Chamberlains Entschluß gewesen; aber beweist das etwas gegen die Ehrlichkeit der englischen Absichten? Chamberlain hat ja damals gar kein Hehl daraus gemacht, daß man augenblicklich Deutschlands Unterstützung brauche und wünsche, und hat in Aussicht gestellt, daß man später Gegendienste leisten werde, wenn Deutschland sie nötig habe. Ferner aber: England hat sein Angebot 1901 erneuert, als

der Streit mit Frankreich zu Englands Gunsten entschieden war, mit Amerika gute Beziehungen bestanden, der Burenkrieg zwar noch nicht beendigt, aber doch an seinem für England siegreichen Ausgang nicht mehr ernstlich zu zweifeln war. Nur die russische Gefahr in Ostasien bestand noch unverändert fort; jedoch waren bereits die englisch-japanischen Bündnisverhandlungen im Werden und damit für England eine Hilfe in Aussicht, die gerade dort viel wertvoller war als die Deutschlands. Wenn England damals auf seine früheren Anregungen zurückkam, so kann es kaum durch eine akute Gefahr oder durch das dringende Bedürfnis nach augenblicklicher Unterstützung dazu veranlaßt worden sein, sondern nur durch den Wunsch, ein dauerndes Bündnissystem zu schaffen, daß den Weltfrieden garantiere und die England feindlichen Mächte auf die Dauer im Schach halte.

Wir können ja über Englands Motive keine volle Klarheit gewinnen, bevor nicht die englischen Quellen erschlossen sind. Bis dahin lassen sich nur Vermutungen über den tiefsten Grund dieser wiederholten Angebote äußern. Er lag doch wohl in dem Unbehagen, das man jenseits des Kanals bei der Vorstellung empfand, bei dauernder Verschärfung des englisch-russischen Gegensatzes werde Deutschland tatsächlich die Stellung zufallen, die Bülow schon zu haben glaubte, die des Schiedsrichters der Welt Daß man schon jetzt diese Stellung Deutschlands zwischen den Parteien sehr unangenehm und drückend empfand, ist sicher. Wollte man diese Situation, die für England sehr peinlich werden konnte, ändern, so gab es nur entweder den Bund mit Deutschland oder die Verständigung mit Rußland und Frankreich. Man versuchte zunächst den ersten Weg, weil man annahm, daß er weniger Opfer kosten und im Fall des Gelingens zu einem weit sichereren und befriedigenderen Ergebnis für beide Teile führen werde. Daß England dann nicht gewillt gewesen sei, die volle Gegenseitigkeit der Verpflichtungen anzuerkennen, läßt sich kaum annehmen, da es dadurch das Bündnis aufgelöst und die Lage, der es entgehen wollte, wiederhergestellt haben würde.

Daß die Engländer der Einbeziehung Österreichs widerstrebten, läßt sich von ihrem Standpunkte aus ebensogut verstehen, wie, daß Deutschland von seinen Interessen aus darauf besonderen Wert legte. Man fürchtete nicht nur, zur Verteidigung eines Staatswesens, dessen Auflösung man voraussah, genötigt, sondern vor allen Dingen wohl auf die österreichische Orientpolitik festgelegt zu werden, die, wie wir wissen, auf die Erhaltung der Türkei hinauslief. Salisbury sah auch die Türkei als ein dem Untergang rettungslos geweihtes Staatsgebilde an und

hatte ja bereits vor sechs Jahren eine Verständigung über die künftige Verteilung ihrer Gebiete angeregt. Sein Ziel war die Beförderung der Entstehung kräftiger und lebensfähiger Balkanstaaten, die imstande seien, sich selbst gegen Rußland zu verteidigen und den Eingang in das Schwarze Meer unter ihre Kontrolle zu nehmen. Gerade dies erschien aber den österreichischen Staatsmännern als eine schwere Gefahr für den Fortbestand der Donaumonarchie, weil solche Staatsgebilde eine starke Anziehungskraft auf ihre Stammverwandten unter dem Zepter der Habsburger ausüben mußten.

Als sicher kann es gelten, daß in England selbst aucht jetzt wieder zwei Strömungen unter den leitenden Männern vorhanden waren. Lord Salisbury war für die Fortsetzung der Politik der freien Hand, im Notfall wohl für die Annäherung an Frankreich, Chamberlain und einige andere Minister für die Entente mit Deutschland. Hierin lag eine große Schwierigkeit. Um ein deutsch-englisches Bündnis durch das Parlament zu bringen, hätte das Ministerium geschlossen dafür eintreten, unter Umständen eine Kabinettsfrage daraus machen müssen, zumal da auch von den traditionell zu Frankreich neigenden liberalen Kreisen Widerstand zu erwarten war. So aber hatte Chamberlain damit zu rechnen, daß die anders gesinnten Kollegen sich im entgegenstellen würden, sobald Deutschlands Bedingungen Anlaß zu Bedenken boten. Wir wissen, welche Bedingungen dies waren.

Deutschland hätte nur Aussicht gehabt, das Bündnis zu erlangen, wenn es auf genauere Bedingungen als Hilfe gegen einen Doppelangriff, auf die Hereinziehung Österreichs und vielleicht sogar auf die parlamentarische Genehmigung verzichtet hätte. Natürlich hätte man ein erhebliches Risiko auf sich genommen, wenn man damals auf ein Bündnis mit England eingegangen wäre, ohne für den voraussichtlich wahrscheinlichsten Kriegsfall vertragsmäßig gesichert zu sein. Ein großer und weitblickender Staatsmann hätte es vielleicht doch versucht; denn alle Möglichkeiten lassen sich nie im voraus berechnen, und die sorgfältigen Kalkulationen, die man in Berlin anstellte, litten, wie sich später gezeigt hat, an einer Reihe der schwersten Rechenfehler.

Der verhängnisvollste Irrtum war ohne Zweifel der, daß man Hatzfeldts Warnungen zum Trotz die Unmöglichkeit einer Verständigung Englands mit dem Zweibund voraussetzte, und daher gefahrlos warten zu können glaubte, weil es schließlich doch auf uns angewiesen sei und unsere Bedingungen werde

annehmen müssen. Diese grundlegende Verkennung der Situation war die schlimmste Fehlerquelle unserer Politik.

Dagegen glaubte man, wir selbst hätten die freie Wahl des Verbündeten. Durch die freundliche Gestaltung unserer Beziehungen zu Rußland und die vorübergehende Zurückhaltung der Russen in den Balkanfragen ließ man sich verleiten, die beiden unübersteiglichen Hindernisse für ein Kontinentalbündnis, die elsaß-lothringische Frage und die österreichisch-russische Rivalität am Balkan, zu unterschätzen. In Wirklichkeit war es Deutschland, das nicht die Wahl des Verbündeten hatte, zum mindesten solange es nicht den Dreibund preisgeben und sich auf Österreichs Kosten ganz mit Rußland einigen wollte. Aber eine solche Wendung lag ja unseren Staatsmännern völlig fern.

Ferner täuschte man sich auch in der Einschätzung der Gefährlichkeit der möglichen Gegner. Ein Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Rußland, so schwer und opferreich er auch werden mochte, bot uns viel größere Chancen des Sieges und bedrohte unsere Volkswirtschaft viel weniger als ein Kampf mit England, der unseren Außenhandel sofort vernichten mußte und uns fast keine Möglichkeit gewährte, den Gegner wirklich empfindlich zu treffen. Man vergaß in diesem Augenblick auch ganz, obwohl man sonst gelegentlich daran dachte, daß unser Kolonialreich im Gegensatz zu England weder zu vergrößern noch in Kriegszeiten zu behaupten war.

Von so falschen Voraussetzungen ausgehend, konnten die klugen Rechner in Berlin trotz allen Scharfsinns unmöglich zu einem richtigen Ergebnis kommen. Aber es war hier eben mit Berechnung der Chancen und Einzelfälle überhaupt nicht getan. Man überschätzte aus alter bureaukratischer Gewohnheit die Macht des geschriebenen Wortes. Hängt aber der Wert eines großen allgemeinen politischen Bündnisses zwischen modernen Völkern und Staaten wirklich in erster Linie von raffiniert erdachten Formulierungen ab? Wo es sich um Einzelbestimmungen, Grenzfestsetzungen oder spezialisierte Leistungen irgendwelcher Art handelt, da muß gewiß eine klare, Unstimmigkeiten ausschließende Gestaltung des Textes gesucht werden. Aber bei großen politischen Gesamtverständigungen, die man jetzt „Entente“ zu nennen pflegt, kommt es nur auf den festen Willen des Zusammenhaltens an. Wo er vorhanden ist, ergeben sich die Einzelanwendungen von selbst; wo er fehlt, kann kein Vertragsparagraph ihn ersetzen. So war das russisch-französische, später das englisch-japanische und das englisch-

französisch-russische Bündnis auf ein derartiges von der öffentlichen Meinung dieser Länder gebilligtes Einvernehmen der Regierungen gegründet, während die Vertragstexte, soweit sie überhaupt vorhanden waren und nicht Einzelfragen betrafen, sehr allgemein gehalten und scheinbar beinahe inhaltlos waren. Eine solche Entente, die sich allmählich kräftigen und zu einem Lebenselement beider Völker werden sollte, wünschte Chamberlain. Wir aber fanden das zu unbestimmt und bedenklich und verlangten einen alle im Augenblick erdenkbaren Möglichkeiten mit juristischer Genauigkeit deckenden, in Paragraphen gefaßten Vertragstext. Diese Forderung erschien nun wieder den Engländern bedenklich, pedantisch und unpraktisch zugleich, und sie gingen darauf nicht ein. Dies Haften am Buchstaben versperrte uns den freien Blick in die Welt der Tatsachen. Gewiß hätte die öffentliche Meinung in beiden Ländern erst gewonnen werden müssen; aber das wäre wahrscheinlich nicht allzu schwer gewesen. In England war sie nach allgemeinem Zeugnis der Beobachter schon viel deutschfreundlicher geworden, und noch nicht verhetzt durch das Schreckbild der „deutschen Gefahr“ und der Englands Seeherrschaft bedrohenden deutschen Flotte. In Deutschland war sie zwar recht englandfeindlich während der ersten Zeit des Burenkrieges; aber eine wirklich einheitliche, in sich gefestigte öffentliche Meinung gab es in bezug auf die auswärtige Politik bei uns ja eigentlich niemals, und bei richtigem Vorgehen der Regierung und der mit ihr einverstandenen Parteien würde sich bald die Mehrheit für ihre Anschauung haben gewinnen lassen.

Indem so unsere politischen Lenker durch vorsichtig erwogene Paragraphen der Gefahr entgehen wollten, von England ausgenutzt und im Stiche gelassen zu werden, beschworen sie die viel größere Gefahr herauf, unseren natürlichen Bundesgenossen in die Arme der Gegner zu treiben und selbst der Isolierung zu verfallen. Sie selbst hatten noch immer die Vorstellung, daß sie richtig gehandelt hätten, weil England schließlich doch wiederkommen müsse und werde. „Wir dürfen, meinte Bülow [50]), keine Unruhe noch unruhige Eile merken lassen, müssen aber die Hoffnung am Horizont schillern lassen. In dieser Hoffnung liegt doch schließlich die sicherste Gewähr gegen eine Kapitulation der Engländer vor Rußland.“ Es ist schwer begreiflich, daß er glauben konnte, die Engländer würden sich lange mit der bloßen Hoffnung auf das deutsche Bündnis begnügen. Sie hatten die Hand geboten und zurückgezogen, als man bei uns das Einschlagen an schwierige Bedingungen knüpfte. Sie kamen nicht mehr wieder, sondern gingen zu unseren Gegnern. Für uns aber hieß es:

„Was man von der Minute ausgeschlagen, Gibt keine Ewigkeit zurück!“

[50]) Randbemerkung Bülows zu Holsteins Schreiben an ihn vom i. November 1901. Große Politik 17, 109.

8. Englisch-Französische Entente

****

Es versteht sich, daß die Verhandlungen zwischen Berlin und London von Paris und Petersburg her mit argwöhnischen und besorgten Blicken betrachtet wurden. Ganz genaues wird man schwerlich erfahren haben; aber man mußte das Schlimmste befürchten. Der russische Flottenbesuch in Toulon Anfang April 1901 sollte der Welt die Festigkeit des Zweibundes vor Augen stellen. Die Reise Delcassés nach Petersburg am Ende des Monats entsprang sicherlich dem Wunsche, die drohende Verschlechterung der Lage zu besprechen. Die Versuche, bei den Engländern Mißtrauen gegen Deutschland zu erwecken, haben wir berührt. Die Reise des Zaren nach Paris Anfang September und die Ankündigung seines Besuches beim deutschen Kaiser erregten, wie wir wissen, bei König Eduard den Argwohn weitgehender antienglischer Pläne. Am 11. September traf Nikolaus II. an der westpreußischen Küste in der Nähe von Danzig ein und wohnte den deutschen Flottenmanövern bei. Graf Lamsdorff und Graf Bülow waren zugegen. Man besprach hier die ganze politische Lage auf Grund einer von Holstein verfaßten Denkschrift, konstatierte das Fehlen widerstreitender Interessen und einigte sich über die Erhaltung des bestehenden Zustandes im nahen Orient. Von deutscher Seite wurde auf den friedlichen und rein defensiven Charakter des Dreibundes und auf die Hinterhältigkeit der englischen Politik hingewiesen, die nur die Festlandstaaten gegeneinander hetzen wolle. Auch wurde versichert, daß Deutschland in Kleinasien nur wirtschaftliche Ziele verfolge und die Beteiligung russischen Kapitals an der Bagdadbahn gern sehen würde. Graf Lamsdorff betonte, wenn Rußland und Deutschland zusammenständen, sei der Weltfriede gesichert; eine wirkliche Allianz müsse erstrebt werden und könne nur segensreich wirken. Auch der Zar selbst sprach die Meinung aus, dem Gedanken einer kontinentalen Gruppierung gehöre vielleicht die Zukunft. Man müsse ihn reifen lassen. Er selbst werde danach trachten, diese große Idee mit der Zeit zu Verwirklichung zu bringen. Offenbar wollten beide, gerade von Paris kommend, den Eindruck erwecken, daß auch die Franzosen allmählich dafür zu gewinnen sein würden [1]).

[1]) Zwei Denkschriften Holsteins vom 10. August und erläuternder Brief an Bülow; besondere Bearbeitung für den Kaiser, 7. September. Große Politik 18, 20 ff. (dazu 24 Anm.). Aufzeichnung Bülows über die Besprechungen, 14. September. Große Politik 18, 29.

In Berlin freute man sich über diese Bereitwilligkeit und sah darin einen Erfolg der bisherigen Politik. Schwerlich, meinte man, würden uns die Russen so weit entgegengekommen sein, „wenn nicht unser gutes Verhältnis zu England unser Prestige in ihren Augen erhöht hätte“ [2]). Von London riet Metternich, als er die Aussicht auf ein englisches Bündnis mehr und mehr schwinden sah, diese Stimmung Rußlands zur Anknüpfung festerer Beziehungen zu benutzen. „Zwischen beiden zu lavieren, dürfte bei längerer Dauer schwerlich mehr gehen [3]).“

[2]) Bülow an das Auswärtige Amt, 16. September. Große Politik 17, 98.

[3]) Metternich, 13. September (wörtlich aufgenommen in das Schreiben Bülows v. 16. Sept.).

Natürlich merkte man in Petersburg auch, daß sich die deutsch-englische Freundschaft im Spätherbst abzukühlen begann. Man beschloß, dies zu einem neuen Vorstoß zu benutzen, der wohl als Erkundung des Terrains zu bewerten ist. Ende Oktober fragte Rußland in Berlin an, wie jetzt die Ansicht Deutschlands über die Anwendung des Vermittlungsgedankens auf den noch immer schwebenden südafrikanischen Konflikt sei; vielleicht könnten die Mächte mit Berufung darauf, daß die englische Kriegführung den im Haag festgestellten Grundsätzen nicht entspreche, ihre guten Dienste anbieten. Holstein meinte, Rußland wolle nur in England sagen können, Deutschland sei zur Intervention geneigt, um Zugeständnisse in den ostasiatischen und persischen Fragen zu erreichen. Auf seinen Rat wurde geantwortet, Deutschland werde zwar überall gern zur Vermeidung oder Abkürzung von Kriegen beitragen, fürchte aber, daß in diesem Falle ein solcher Schritt aufregend wirken würde. Jede auch nur vermeintliche Drohung wurde die englische Hartnäckigkeit steigern; wenn Rußland allein seine guten Dienste anbiete, werde das nicht so leicht falsch auszulegen sein. Davon, diese Antwort nach London mitzuteilen, sah man aus Furcht vor englischen Indiskretionen nach Petersburg ab [4]).

[4]) Aufzeichnung Holsteins, 25. Oktober. Antwort an Rußland, 29. Oktober. Große Politik 17, 190, 192.

Am 30. Januar 1902 wurde das Bündnis zwischen England und Japan geschlossen, als dessen Zweck zwar nur die Erhaltung der Integrität Chinas und Koreas angegeben wurde, das aber beide Teilnehmer zu wohlwollender Neutralität bei jedem Kriege des einen von ihnen und zur aktiven Teilnahme verpflichte, wenn eine weitere Macht sich dem Gegner eines der Verbündeten

anschließe. Es waren im ganzen dieselben Bestimmungen, die den englischen Staatsmännern auch für einen Vertrag mit Deutschland vorgeschwebt hatten.

Durch diesen Vertrag wurde Englands Isolierung wenigstens für die ostasiatischen Fragen beseitigt. Die traditionelle Politik, sich auf keine Bündnisse einzulassen, war damit aufgegeben, allerdings zugunsten einer Macht, die im Kriegsfälle höchstens maritime Hilfe, aber keine Unterstützung durch Landtruppen nötig haben würde, und deren Verwicklung in europäische Händel nicht wahrscheinlich war.

Das Bündnis war den Russen und Franzosen äußerst unangenehm und verschärfte zunächst den Gegensatz zwischen England und dem Zweibund. In Berlin begrüßte man es mit Freuden, bezeichnete es sogar als „einzigen Lichtblick“ in der augenblicklichen Lage, weil man glaubte, da dadurch Rußland und England unwiderruflich voneinander getrennt würden. Dabei werde England doch nur dann Nutzen davon haben, wenn es auch mit Deutschland gut stehe. Man werde dort, meinte Bülow, wohl allmählich erkennen, daß ein starkes Deutschland für Großbritannien ebenso wichtig sei, wie ein starkes England für uns [5]). In Petersburg ließ man jedoch wissen, daß wir dies Bündnis weder herbeigeführt hätten, noch stille Teilhaber an demselben seien, damit das Vertrauen des Zaren zur Loyalität des Kaisers nicht erschüttert werde [6]).

[5]) Aufzeichnung vom 23. Februar 1902 (fehlt in der Publikation). Bülow an Metternich, 13. März. Große Politik 17, 149.

[6]) Bülow an Alvensleben, 14. Februar. Große Politik 17, 156.

[7]) Alvensleben, 19. Februar. Erlaß an Alvensleben, 22. Februar. Bülow an Alvensleben, 23. Februar. Aufzeichnung Bülows über ein Gespräch mit Osten-Sacken, 25. Februar. Alvensleben, 2. März. Erlasse an Alvensleben, 9. und 17. März. Große Politik 17, 156—177.

Rußland trat jetzt an Deutschland mit dem bestimmten Antrag heran, das frühere Zusammenwirken mit dem Zweibund in Ostasien, das 1895 so gute Früchte getragen habe, zu erneuern und durch ein festes Abkommen zu regeln. Also ein ostasiatischer Gegenbund gegen England und Japan. Baron Osten-Sacken ging in Berlin soweit, zu sagen, die Revancheidee sei in Frankreich völlig aufgegeben; Rußland werde außerdem den Franzosen nie gestatten, Deutschland anzugreifen; es verfüge unbedingt über die französische Politik, gleichgültig welcher schofle Politiker in

Paris Minister sei; auch in seiner Annäherung an England dürfe Franknicht weitergehen, als es Rußland erlaube. Man lehnte jedoch dies Angebot in Berlin ab; ein solches Bündnis werde uns den japanischen Markt kosten, die beiden anderen Mächte zum Zusammenschluß mit Amerika treiben, und daher für Rußland selbst nicht vorteilhaft sein. Graf Lamsdorff war darüber sehr empört; er meinte, da russische Vorschläge bei Deutschland so wenig Verständnis fänden, werde auch Rußland in Zukunft seine eigenen Wege gehen müssen; auch äußerte er den Verdacht, Deutschland werde sich wohl England gegenüber irgendwie gebunden haben, was Bülow mit der Miene gekränkter Unschuld bestritt [7]).

Das Ergebnis dieser russischen Gegenbestrebungen war bekanntlich die öffentliche Feststellung, daß das russisch-französische Bündnis auch für Ostasien Geltung habe, freilich in so wenig bestimmter Form, daß Frankreich später im japanisch-russischen Kriege doch neutral bleiben konnte [8]). Zugleich versprach jedoch Rußland den Chinesen die Räumung der Mandschurei, sobald die Ruhe hergestellt sei. Deutschland hatte bereits früher sowohl den Russen wie den Japanern erklärt, daß wir bei einem ostasiatischen Kriege neutral bleiben würden, solange diese beiden Staaten allein daran beteiligt seien. Weiter gedachte man auch jetzt nicht zu gehen. Für den Fall einer Teilnahme Frankreichs, meinte Holstein, müßten wir völlig freie Hand behalten, damit die Franzosen ihre Macht in Ostasien nicht vergrößerten, und damit England nicht das Recht erhalte, uns auf Grund des Jangtse-Abkommens um Hilfe in Anspruch zu nehmen. Sein Hauptgesichtspunkt aber war, daß man die Möglichkeit behalten müsse, „nicht nur für etwaige Unterstützung, sondern selbst für die Fortgewährung der Neutralität eine angemessene Kompensation verlangen zu können“ [9]). Der Kaiser ließ dem Zaren sagen, er müsse die Hände frei haben, um ihm den Rücken in Europa zu decken, zu Wasser und zu Lande. Seine Flotte sei zu klein, um sie in Asien mit Aussicht auf Erfolg einzusetzen. Er könne dem Zaren in Europa nützlicher sein. Dazu bedürfe es keiner schriftlichen Abmachungen; aber der Zar könne sich absolut auf ihn verlassen. Bülow war mit diesen Erklärungen einverstanden; er meinte, das Vertrauen des Zaren zum Kaiser sei „die festeste Säule des Weltfriedens und die beste Karte in unserem politischen Spiel“ [10]).

[8]) Am 19. März vom französischen und russischen Botschafter in Berlin mitgeteilt. Aufzeichnung vom 19. März. Große Politik 17, 179.

[9]) Denkschrift Holsteins, 24. März. Große Politik 19, 3.

[10]) Diktat des Kaisers über seine Unterredung mit dem russischen Marineattache, 3. April. Große Politik 18, 47- Bülow an den Kaiser, 5. April. Große Politik 18, 50. — Kurz vorher hatte er Metternich geschrieben (13. März): „S. M. ist weitaus unsere beste Karte England gegenüber.“ Große Politik 17, 151.

Etwas später suchten die Russen doch noch eine feste Hilfsverpflichtung Deutschlands zu erlangen. Sie stellten die Behauptung auf, der Kaiser und Bülow hätten 1897 bei der Verständigung über Kiautschou mehr als bloße Neutralität für den Fall eines ostasiatischen Krieges in Aussicht gestellt. Von deutscher Seite wurde dies bestritten. In der Tat war nur ganz im allgemeinen Rückendeckung zugesagt, zunächst für den Fall, daß der Besitz von Port Arthur den Russen bestritten werden sollte; aber eine direkte Unterstützung russischer Maßregeln zur Besetzung und Behauptung der Mandschurei oder Koreas war niemals versprochen worden. Jedoch waren die kaiserlichen, nie amtlich fixierten Zusagen so unbestimmt gefaßt, daß die russische Auffassung begreiflich ist. Holstein meinte, mit den Japanern werde Rußland doch wohl allein fertig werden, und andere Mächte würden voraussichtlich nicht eingreifen. Er warnte lebhaft vor jeder Ermunterung französisch-russischer Eroberungsabsichten, die uns in scharfen Gegensatz zu England, Japan und Amerika bringen und wahrscheinlich zum Weltkrieg führen würde. Deutschland habe dabei nichts zu gewinnen, nur zu verlieren. Denn ein solcher Krieg werde hauptsächlich zur See geführt werden und Deutschland wirtschaftlich aufs schwerste schädigen [11]).

[11]) Denkschrift Holsteins vom 12. Juli 1902. Große Politik 18, 5a.

So hatte Deutschland auch das russische Bündnis abgewiesen, zweifellos aus besseren Gründen als man bei den englischen Verhandlungen ins geführt hatte. Man wollte frei bleiben. Rußland sowohl wie England, meinte Bülow, wollten uns ohne Gegenleistung vor ihren Wagen spannen [12]).

[12]) An den Kaiser, 5. April. Große Politik 18, 50.

Um so mehr Wert legte man auf die rechtzeitige Erneuerung des Dreibundvertrages, der im Sommer 1902 ablief. Es war keineswegs ganz sicher, daß sie leicht gelingen werde. Italien hatte sich schon seit mehreren Jahren immer stärker den Franzosen genähert. Zuerst war 1898 der zehnjährige Zollkrieg

zwischen beiden Ländern durch einen Handelsvertrag beendigt worden. Dann war nach der Ermordung des deutschfreundlichen Königs Humbert und der Thronbesteigung Viktor Emanuels II. (29. Juli 1900) ein noch schnelleres Tempo eingeschlagen worden. Im Dezember 1900 war eine Verständigung über Nordafrika erfolgt. Italien hatte Marokko, Frankreich Tripolis als außerhalb der eigenen Interessensphäre liegend anerkannt, und Italien hatte sich vorbehalten, in Tripolis vorzugehen, sobald Frankreich den territorialen oder politischen Zustand in Marokko ändere [13]). Erst ein Jahr später wurde Deutschland durch seinen Verbündeten über dies Abkommen unterrichtet [14]). Im April 1901 zeigte ein Besuch der italienischen Flotte in Toulon auch nach außen hin die Zunahme der neuen Freundschaft.

[13]) Vgl. darüber die vom französischen Ministerium des Auswärtigen her ausgegebenen Documents diplomatiques. Les accords Franco-Italiens de 1900 bis 1902 (1920).

[14]) Graf Wedel, 12. Dezember 1901. Große Politik 18, 717.

Der italienische Minister Prinetti wünschte nun, als im Januar 1902 die Verhandlungen über die Verlängerung des Dreibundes begannen, den neuen freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich durch die Einfügung einer Klausel Rechnung zu tragen, die zeige, „daß Italien keine Verpflichtungen übernommen habe, die Frankreich gefährlich werden könnten“. Außerdem wollte er die ausdrückliche Zustimmung Österreichs zu der Besetzung von Tripolis und dessen Verzicht auf eigene Erwerbungen auf der Balkanhalbinsel festgelegt wissen. Endlich beabsichtigte er noch Deutschland zur vollen Aufrechterhaltung des Status quo im Orient, d. h. zur Verteidigung der Meerengen gegen Rußland zu verpflichten.

Man lehnte in Wien und Berlin jede Veränderung des bisherigen Textes ab. Die deutsche Regierung befürchtete, daß Frankreich sofort von ihrer neuen Verpflichtung bezüglich des nahen Orients benachrichtigt werden würde, und daß man dann von Paris aus den Russen sagen werde, der Dreibund sei es, der sie verhindern wolle, nach Konstantinopel zu gehen. Hatte doch Prinetti geäußert, Deutschland werde durch eine Mobilisation an seiner Ostgrenze jederzeit eine russische Aktion gegen Konstantinopel zum Stillstand bringen können. Erst Anfang Mai willigte schließlich Italien in die völlig unveränderte Verlängerung der Verträge auf sechs Jahre, und, falls bis dahin keine Kündigung erfolge, nochmals auf den gleichen Zeitraum. Österreich

versprach dagegen in einer besonderen Erklärung, daß es den Bestrebungen Italiens in Tripolis nicht entgegentreten werde. Die formelle Erneuerung fand erst am 28. Juni statt [15]). Es war Deutschland gelungen, einer Erweiterung seiner Verpflichtungen in bezug auf den nahen Orient auszuweichen, um hier nach wie vor in der zweiten Linie bleiben zu können. Über Albanien war bereits 1897 in Monza zwischen den leitenden Staatsmännern Österreichs und Italiens eine Vereinbarung getroffen und durch Notenaustausch im Dezember 1900 auch schriftlich festgelegt worden, wonach der bestehende Zustand dort möglichst lange erhalten werden, und wenn dies nicht mehr möglich sei, von beiden Mächten die Autonomie Albaniens erstrebt werden sollte [16]). Es war der Wunsch Italiens gewesen, diese Erklärung nicht nur in den Dreibundvertrag aufzunehmen, sondern auch auf sämtliche Teile des türkischen Reiches in Europa auszudehnen. Österreich war einer solchen Festlegung gegenüber künftigen Balkanereignissen ausgewichen, hatte aber das Fortbestehen der albanischen Verpflichtung anerkannt.

[15]) Über diese Verhandlungen ausführlicher Bericht nach den österreichischen Akten bei Pribram 1, 247 f. Dazu die deutschen Akten Große Politik 18, 501—610. Auf Wunsch Österreichs wurde auch in einem Protokoll vom 1. Juni 1902 ausdrücklich festgestellt, daß der deutsch-österreichische Vertrag von 1876 neben dem Dreibundvertrage weiterbestehe und von selbst jedesmal auf drei Jahre weitere Geltung haben solle, wenn er nicht ausdrücklich von einem Teil gekündigt werde.

[16]) Pribram 1, 83.

So war der Dreibund noch einmal glücklich unter Dach und Fach gebracht. Aber darüber konnte kein Zweifel bestehen, daß sein Wert durch die starke Annäherung Italiens an Frankreich sehr beeinträchtigt war, und daß Italiens Haltung noch viel bedenklicher werden würde, wenn sich etwa Deutschlands Beziehungen zu England verschlechtern sollten. Man würde in Berlin und Wien wenig erbaut gewesen sein, wenn man von Italiens nächsten Schritten etwas erfahren hätte.

Sobald die Erneuerung des Dreibundes sichergestellt war, ließ Prinetti in Paris schriftlich erklären, daß nichts darin enthalten sei, was direkt oder indirekt aggressiv gegen Frankreich sei oder Italien zur Teilnahme an einem Angriff verpflichte oder die Sicherheit und Ruhe Frankreichs bedrohe. Zusatzverträge, von denen man rede, die den rein defensiven Charakter des Dreibundes modifizieren könnten, existierten nicht (4. Juni). Am 1. November 1902 wurde ferner durch Notenaustausch ein Vertrag

geschlossen, der Frankreich in Marokko, Italien in Tripolis völlig freie Hand gab und beide Mächte zu strenger Neutralität verpflichtete, falls die andere von einem oder mehreren Gegnern angegriffen werde. Als Angriff sollte es auch gelten, wenn die betreffende Macht „infolge einer direkten Provokation sich genötigt sehe, zur Wahrung ihrer Ehre und Sicherheit die Initiative durch eine Kriegserklärung zu ergreifen“. Doch müsse diese Absicht vorher der anderen Regierung mitgeteilt werden, damit diese beurteilen könne, ob wirklich eine Provokation vorliege. Beide versicherten, daß keine militärischen Abmachungen existierten oder abgeschlossen werden würden, die mit diesen Verpflichtungen im Widerspruch ständen [17]). Wenn diese Abmachungen auch nicht direkt gegen die Dreibundverträge verstießen, so ließen sie doch Frankreich hoffen, daß es ihm im entscheidenden Augenblick gelingen werde, die Italiener von einem Kampf an Deutschlands Seite abzuhalten.

[17]) Vgl. die oben zitierte französische Publikation.

Aus den Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes hatte Deutschland von neuem ersehen, wie lebhaft das Verlangen Italiens nach dem Besitz von Tripolis war. Man erblickte hierin nicht mit Unrecht eine große Gefahr für den Weltfrieden. Während die Politik Deutschlands, Österreichs und zunächst auch die des in Ostasien festgelegten Rußland darauf hinauslief, die Integrität der Türkei möglichst lange zu erhalten und damit die Aufrollung der gefährlichen Balkanfragen zu vermeiden, mußte man annehmen, daß Italien nur auf den Moment warte, wo die Türkei an einer anderen Stelle Schwierigkeiten haben werde, um über Tripolis herzufallen. Man glaubte in Berlin, die Rüstungen Montenegros, das gern die von den Großmächten mühsam immer wieder beschwichtigten Unruhen in Mazedonien zur Ausdehnung seines Gebiets benutzt hätte, auf italienische Anstiftung zurückführen zu müssen. Man glaubte ferner, daß dies alles im Einverständnis mit Frankreich geschehe, das, wenn auf dem Balkan alles drunter und drüber gehe und alle Mächte dort engagiert seien, Marokko einzustecken gedenke. Man glaubte außerdem, daß Frankreich in Petersburg und Konstantinopel den Verdacht zu erwecken suche, als treibe Deutschland Italien zu dieser für Rußland und die Türkei unangenehmen Aktionspolitik an [18]).

[18]) Denkschrift Holsteins vom 30. April 1902. Große Politik 18, 753.

Vielleicht sah Holsteins mißtrauisches Auge damals die Absichten Italiens und Frankreichs zu schwarz. Jedenfalls übersah sein ferne mögliche Kombinationen zum Schaden Deutschlands erspähender Blick auch diesmal die wirkliche, viel näher liegende Gefahr der Verständigung zwischen England und Frankreich, wodurch nicht nur das Schicksal Nordafrikas entschieden, sondern die gesamte weltpolitische Konstellation von Grund aus geändert werden mußte.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Chamberlain, sobald er die Bündnisverhandlungen mit Deutschland als gescheitert betrachtete, mit Frankreich über die Beseitigung der letzten noch vorhandenen kolonialen Differenzpunkte zu verhandeln begonnen hat. Schon im Januar 1902 gelangte die Nachricht davon nach Berlin [19]). Aus französischer Quelle wissen wir außerdem, daß der Zar durch einen persönlichen Brief an den Präsidenten Loubet diesem die Verständigung angeraten hat [20]). Aber zunächst ging es damit offenbar nicht recht vorwärts. Die Hauptschwierigkeit bildete Marokko. Daß Frankreich hier eine herrschende Stellung erstrebte, war in den letzten Jahren immer klarer hervorgetreten. Auch wird es den Engländern nicht unbekannt geblieben sein, daß Frankreich mit Spanien über eine Abgrenzung der Interessengebiete in Marokko eifrig verhandelte. Aus den Äußerungen Chamberlains während der Bündnisverhandlungen geht jedoch deutlich hervor, daß England damals selbst den nördlichen Teil Marokkos mit Tanger in seine Hand zu bringen wünschte, um die Straße von Gibraltar desto sicherer zu beherrschen. Eine Verstärkung Frankreichs als der gefährlichsten konkurrierenden Seemacht im Mittelmeer gerade an dieser Stelle konnte den Engländern keinenfalls angenehm sein.

[19]) Metternich, 30. Januar 1902. Große Politik 17, 342.

[20]) Rapport 314.

Als man im Sommer 1902 in Berlin erfuhr, England wolle Marokko mit Ausnahme Tangers und des atlantischen Küstenstreifens an Frankreich überlassen, wollte man dies noch immer nicht recht glauben [21]).

[21]) Mentzingen, 4. September 1902. Richthofen an Eckardstein, 25. September. Eckardstein, 4. Oktober. Eckardstein 2, 401 f. Große Politik 17, 345 f.

Es war aber noch eine dritte Macht vorhanden, die sehr stark an Marokko interessiert war: Spanien. Mit ihr trat nun die

französische Regierung in Verhandlungen ein, die im November 1902 zur Vereinbarung eines Vertragsentwurfes führten. Gerade damals waren in Marokko heftige Unruhen ausgebrochen, deren der Sultan nicht Herr zu werden vermochte. Die europäischen Vertreter erwogen bereits Maßnahmen zum Schutz ihrer Staatsangehörigen, und Spanien stellte Truppen und Schiffe zu eventuellem Eingreifen bereit. In dem Vertrage war Nordmarokko mit Tanger und Fez als spanisches, Südmarokko mit Marakesch als französisches Interessengebiet anerkannt.

In Spanien trat jedoch, noch bevor der Vertrag endgültig ratifiziert war, ein Ministerwechsel ein. Das neue Kabinett fürchtete Schwierigkeiten mit England und teilte den Entwurf nach London mit. Die englische Regierung legte sofort ein Veto ein, worauf Spanien die Ratifikation verweigerte. Wahrscheinlich hielt man damals in England noch an dem Wunsche fest, Tanger selbst in Besitz zu nehmen [22]). Jedenfalls dachte man jetzt nicht mehr daran, wie früher, auch Deutschland einen Anteil zu lassen. Chamberlain sagte im September 1902 bei einem Zusammentreffen mit Eckardstein, er sei von seinen früheren Bündnisplänen ganz zurückgekommen, da sich in Deutschland augenscheinlich der Gedanke festgesetzt habe, daß es allmählich gelingen werde, England und sein Kolonialreich zu Fall zu bringen, um dessen gesamte Erbschaft antreten zu können. Auch in England sei der Haß gegen Deutschland so gewachsen, daß selbst das stärkste Ministerium mit diesem Faktor werde rechnen müssen. Jede deutsche Provokation könne zum Kriege führen, den er persönlich als ein Unglück für beide Länder betrachten würde. Übrigens werde England dann stets Bundesgenossen finden können, wobei er ausdrücklich auf Frankreich hinwies. Auch bei den Führern der liberalen Opposition, Rosebery, Asquith und Grey, fand Eckardstein die Neigung zu einer Verständigung mit Rußland und Frankreich, selbst wenn sie Opfer koste, stark ausgeprägt [23]).

[22]) Über all diese Vorgänge fehlen noch zuverlässige Unterlagen. Man ist auf die jedenfalls nicht in allen Punkten zuverlässigen Indiskretionen der „Libre parole“ und des „Figaro“ von 1911 angewiesen.

[23]) Eckardstein, 14. und 17. September 1902. Nur der erstere Bericht Große Politik 17, 221.

Als der Kaiser im November 1902 nach London kam, fand er die Stimmung nicht verbessert. Chamberlain war schwer gereizt, da er das Gefühl hatte, düpiert und gekränkt zu sein. Mit Balfour

sprach der Kaisei* besonders über die Notwendigkeit einer deutschen Flotte, die zur Stärkung des Einheitsgedankens im Mosaikgebilde des Reiches gewaltig beitrage, aber nicht dazu bestimmt sei, über andere herzufallen. „Auf ein paar Palmbäume in den Tropen mehr oder weniger käme es ihm gar nicht an;“ mit gutem Willen würden alle kolonialen Differenzen sich leicht beilegen lassen. Lansdowne fand jedoch für seine Wünsche über die Behandlung der Dardanellenfrage beim Kaiser kein geneigtes Ohr. Rußland hatte im September von der Pforte die Erlaubnis zur Durchfahrt einiger Torpedoboote vom Ägäischen zum Schwarzen Meer erbeten und nach einigen Schwierigkeiten erhalten. England war der Ansicht, daß dies dem Geist der bestehenden Verträge widerspreche. Die alte Frage tauchte damit wieder auf, ob die Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe ein undurchbrechbarer, auch den Sultan bindender Grundsatz sei, oder ob nur die Durchfahrt gegen den Willen des Sultans untersagt sei. England war für die erstere Auslegung, Rußland für die zweite. Der Kaiser stellte sich auf den Standpunkt, daß der Sultan als Souverän dieser Gebiete jederzeit befugt sei, die Durchfahrt zu gestatten. Auch wegen der Räumung von Shanghai durch die europäischen Truppen gab es Meinungsverschiedenheiten, so daß die Stimmung unverkennbar recht gereizt war. Der Kaiser erklärte bei der großen Überlegenheit der englischen Flotte große Geduld und Vorsicht für nötig [24]).

[24]) Metternich, 9. und 17. November. Der Kaiser an Bülow, 12. November. Bülow an den Kaiser, 13. u. 18. November. Große Politik 17, n5 u. 117; 18, 437 u. 438.

Je kühler das Verhältnis zu England wurde, desto mehr näherte man sich Rußland. Während man in Berlin noch im Frühjahr die Erneuerung des ostasiatischen Dreibundes mit Rußland und Frankreich abgelehnt hatte, sprach der Kaiser, als er in Begleitung Bülows mit dem Zaren im August in Reval zusammentraf, selbst wieder von der Solidarität der kontinentalen Interessen; ihre beiderseitigen Flotten seien als eine große Organisation zu betrachten, die einem großen Kontinent angehöre; als Herrscher der beiden führenden Mächte der beiden großen kontinentalen Staatenkombinationen seien sie stets in der Lage, sich über alle wichtigen Fragen aus zusprechen und zu einigen und dann ihre Verbündeten zur Annahme der gleichen Gesichtspunkte zu bestimmen. Diese fünf Mächte zusammen seien jederzeit imstande, den Frieden der Welt gemeinsam aufrechtzuerhalten. Wenn er dabei auch in erster Linie auf die

gelbe Gefahr Bezug nahm, so stand doch zweifellos auch die Verteidigung der kontinentalen Interessen gegen England im Hintergründe. Bevor der Kaiser im November nach London fuhr, benachrichtigte er den Zaren, daß er auch König Eduard gegenüber die Gemeinsamkeit der Interessen der fünf Festlandmächte betonen werde, und erhielt natürlich dessen freudige Zustimmung [25]).

[25]) Aufzeichnung Bülows vom 8. August 1902 (wiedergegeben im Erlaß an Metternich v. 8. August, Große Politik 18, 63). Der Kaiser an den Zaren, 2. September. Goetz 86 f. Telegramm des Kaisers an den Zaren vom 31. Oktober und dessen zustimmende Antwort, 1. November 1902. Große Politik 18, 67.

Als sich dann im Frühjahr 1903 die Nachrichten häuften, daß zwischen England und Frankreich weiterverhandelt werde, als sogar der russische Botschafter Bedenken über die wachsende englisch-französische Intimität laut werden ließ, blieb man in Berlin noch immer unbesorgt. Nach wie vor erklärte Holstein, die Verständigung der Westmächte sei ein Phantasiegebilde. Der Gedanke könne erst realisiert werden, wenn Frankreich auf die Revancheidee verzichtet habe. Vorher könne Frankreich den russischen Rückhalt nicht entbehren, weil es nur mit Rußlands, nicht mit Englands Hilfe einem deutschen Einmarsch Widerstand zu leisten hoffen könne [26]). Im Gegensatz dazu hegte Bülow die Hoffnung, daß eine Annäherung Frankreichs an England bei der scharfen Spannung zwischen Russen und Engländern in Asien zu einer Entfremdung zwischen Rußland und Frankreich, zu einer Lockerung des Zweibundes führen könne. Dann schien eine Erneuerung des alten im Jahre 1887 aufgelösten Dreikaiserbündnisses möglich, das allen Konservativen und im Grunde wohl auch Bülow als das natürliche und historisch begründete Bündnis für Deutschland erschien. Da man diese angenehme Aussicht in petto hatte, glaubte man die bisherige Politik des Abwartens mit bestem Gewissen weiterführen zu können. Man könne, meinte Bülow, die Dinge „gar nicht pomadig genug“ nehmen. Auch als König Eduard bei seinem Besuche in Paris (Frühling 1908) nicht nur bei der Regierung, sondern auch bei der Bevölkerung eine überaus freundliche Aufnahme fand, änderte er seine Meinung nicht. Er glaubte, die Pariser Feste seien ein Zeichen, daß Frankreich in Ostasien die Russen nicht gegen England unterstützen wolle; sie würden daher Rußland ärgern und näher zu Deutschland treiben [27]).

[26]) Holstein an Bülow, 30. März 1908. Große Politik 17, 678 Anm.

[27]) Bülow an das Auswärtige Amt, 3. und 15. April 1903. Große Politik 18, 839 u. 68 Anm.

Im Mai meldete jedoch Eckardstein aus London, die Verhandlungen über Marokko schienen Fortschritte zu machen. Auch die in Frankreich so mächtige Bankwelt sei für eine Verständigung mit England. Sie sei es müde, das stets wachsende Anleihebedürfnis Rußlands allein zu befriedigen und wünsche den bisher sehr zurückhaltenden Londoner Geldmarkt an der Finanzierung Rußlands zu interessieren. Daher dürfe man auch nicht darauf hoffen, daß ein Erfolg dieser Bemühungen den Zweibund lockern werde; im Gegenteil sei, wenn dieser Plan gelinge, die Entstehung eines nicht nur auf politische, sondern auch auf wirtschaftliche Interessengemeinschaft gegründeten neuen und für Deutschland sehr gefährlichen Dreibundes zu befürchten. Der Reichskanzler legte zwar diesen Bericht dem Kaiser vor und forderte dazu die Gutachten der Botschafter in Paris und Petersburg ein; als diese aber erklärten, sie hielten die Verwirklichung solcher Befürchtungen auf absehbare Zelt für ausgeschlossen, beruhigte er sich wieder, zumal da er selbst nicht glaubte, daß Rußland bei einem solchen Dreibund seine Interessen im fernen wie im nahen Orient gewahrt finden werde. Auch der Londoner Botschafter, Graf Metternich, glaubte nicht recht an eine solche Möglichkeit; England sei bisher allen kontinentalen Bündnissen prinzipiell ausgewichen und habe zu geringe Vorteile zu erwarten. Vielleicht einige man sich mit Frankreich über einzelne koloniale Streitfragen, um einen Gegner weniger in der Welt zu haben; aber auch dann werde England keinen Anlaß haben, sich mit Deutschland zu verfeinden. Der Kaiser fühlte sich durch diese Ausführungen völlig beruhigt [28]).

[28]) Eckardsteins Bericht vom 10. Mai 1 1903 in dessen Erinnerungen 2, 422 u. Große Politik 17, 667. Erlaß an Alvensleben, 13. Mai (17, 670). Bülow an den Kaiser, 20. Mai (17, 588). Metternich, 2. Juni 1908 (17, 590).

Im Juli 1908 bewilligte das englische Parlament die Mittel zur Aufstellung einer Heimatflotte in der Nordsee und zum Ausbau von Rosyth am Firth of Forth zu einem großen Kriegshafen. Die englische Aufstellung zur See begann damit zum ersten Male ihre Front gegen Deutschland, anstatt gegen Frankreich und Rußland zu richten. Die Abwendung der englischen Politik von Deutschland war entschieden.

Angesichts dieser Haltung Englands fürchtete Holstein, daß der Kaiser geneigt sein werde, sich doch enger an Rußland zu binden.

Er warnte wiederum davor. Ein solcher Vertrag werde nur für Rußland nützlich sein, das, von Deutschland gedeckt, jedes beliebige Gebiet von Skutari bis Korea besetzen könne, während Deutschland bei jedem überseeischen Ausbreitungsversuch auf Englands und Amerikas Widerstand stoßen werde. Ein Krieg der Kontinentalmächte gegen England sei undenkbar, da weder Frankreich noch Italien und Österreich mitgehen würden. Rußland werde also erobern können, wir aber würden froh sein müssen, wenn die Rückendeckung, die wir ihm gewährten, uns nicht in einen Weltkrieg verwickle. Unsere Marine werde selbst nach Jahren nicht stark genug sein, um mit Rußland zusammen erfolgreich gegen England und Amerika zu kämpfen. Nur ruhiges Abwarten könne diese Gefahren vermeiden; selbst den Schein, als seien wir mit Rußland verbündet, dürften wir nicht aufkommen lassen, zumal da sich der Zar aus Rücksicht auf Frankreich nicht einmal auf eine Garantie unseres jetzigen Besitzstandes einlassen werde. „Die Zeit, so dozierte er, läuft für uns, und unsere heutige, durch allgemeines Mißtrauen erschwerte Lage wird sich bessern, wenn wir uns nicht vor der Zeit, d. h. bevor ein deutscher Vorteil als Zweck mit in Betracht kommt, wirklich oder scheinbar festlegen [29]).“

[29]) Denkschrift Holsteins vom 16. April 1908. Große Politik 18, 68.

Noch vor kurzer Zeit hatte man sich als arbiter mundi gefühlt; jetzt begann man allmählich zu empfinden, daß es damit vorbei und große Vorsicht am Platze sei.

Die Schwierigkeit der Lage wurde noch erhöht durch die außerordentlich gefahrdrohende Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel. Die Unruhen in Mazedonien nahmen fortwährend zu; sie wurden von Bulgarien aus geschürt, da Fürst Ferdinand die Zeit für die Abschüttelung des türkischen Joches und die Begründung eines großbulgarischen Reiches als gekommen ansah. Er hatte sich jetzt ganz an Rußland angeschlossen, hatte 1902 gegen das Versprechen der Waffenhilfe gegen jede Macht des Dreibundes eine russische Garantie seines Besitzstandes empfangen und eine Militärkonvention mit dem Zaren geschlossen [30]). Von Wien und Petersburg aus riet man dem Sultan dringend zu weitgehenden Reformen; Mazedonien sollte zwar nicht aus dem türkischen Staatsverband gelöst werden, aber doch die Stellung einer fast autonomen Provinz unter einem von der Pforte mit Genehmigung der Großmächte zu ernennenden Gouverneur erhalten; namentlich sollten die dort vereinnahmten Steuern für die Bedürfnisse der Provinz selbst verwendet werden.

England war mit diesen Reformvorschlägen nicht einverstanden, da es sie als nutzlos ansah. Man hielt hier eben die Aufrechterhaltung der Türkei auf die Dauer für unmöglich, und hätte die volle Selbständigkeit Mazedoniens oder seine Aufteilung unter die Balkanstaaten am liebsten gesehen. Der Sultan ließ sich mit Mühe durch den Druck der übrigen Mächte zur Annahme ihres Programms bestimmen, tat aber wenig Positives, um dem zum Gouverneur ernannten Hilmi-Pascha die Erfüllung seiner schwierigen Aufgabe zu erleichtern. Die Bandenkämpfe dauerten mit unverminderter Kraft fort; Bulgarien begann bereits zu rüsten, um zum Eingreifen bereit zu sein.

[30]) Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, Nr. 12.

Infolgedessen wurde es auch in Serbien und Griechenland unruhig. Mazedonien war ein alter Zankapfel zwischen diesen drei Balkanstaaten; jeden Augenblick konnte hier ein Krieg von unberechenbarer Ausdehnung ausbrechen. Es war sicher, daß Italien dann sofort Tripolis angreifen, und wahrscheinlich, daß Frankreich gegen Marokko vorgehen werde. Noch unsicherer wurde die Lage durch die furchtbare Bluttat von Belgrad, wo König Alexander am n. Juni 1908 durch seine Offiziere ermordet und der Prätendent Peter Karageorgewitsch, der um die ganze Verschwörung gewußt hatte, von den Mördern auf den Thron gesetzt wurde. Man wußte zunächst nicht, nach welcher Richtung Peter seine auswärtige Politik orientieren, ob er die russenfreundliche Haltung seines Vorgängers beibehalten oder Anschluß an Österreich suchen werde. Sicher war nur, daß eine auf so schwachen Füßen stehende Regierung ein gewaltiges Popularitätsbedürfnis haben werde; wie konnte dies besser befriedigt werden, als wenn es gelang, für die unter dem Türken joch schmachtenden Brüder in Mazedonien etwas zu tun? Vorläufig wurde der neue König von der Mehrzahl der Großmächte boykottiert. Gegen Ende des Jahres verließen alle Gesandten, mit Ausnahme des französischen, Belgrad.

Als Kaiser Wilhelm am 18. September den Kaiser Franz Joseph in Wien besuchte, kamen die Fragen des nahen Orients zwischen Bülow und Goluchowski zu ausführlicher Erörterung. Der österreichische Minister ließ keinen Zweifel darüber, daß die Erhaltung der Türkei nach wie vor sein oberster Gesichtspunkt sei. Auf eine Teilung der Balkanhalbinsel zwischen Österreich und Rußland, sagte er, könne er sich nicht einlassen, da sie den Keim zu einem Kriege in sich trage. Man glaubte in Wien nicht, daß Rußland ein solches Abkommen ehrlich halten werde. Die Bildung

eines großserbischen oder großmontenegrinischen Staates wollte Goluchwoski nicht zulassen, ebensowenig, daß Konstantinopel an Rußland falle. Dann sei Österreich nicht mehr zu regieren; die zentrifugalen slavischen Elemente würden es zersprengen. Lieber würde er an das Schwert appellieren. Als die beste Lösung erschien ihm eine allmähliche Aufteilung der Türkei in der Weise, daß Griechenland, Bulgarien und Rumänien erheblich vergrößert, Serbien und Montenegro klein gehalten würden, Albanien aber ein selbständiger Staat werde. In dem letzteren Lande müsse Italien seine Hetzarbeit einstellen. Die Möglichkeit eines engeren Anschlusses an Rußland unter Lockerung oder völliger Aufgabe des Dreibundes wies der Graf weit von sich; das würde Wahnsinn und Beginn der Zerteilung oder Knechtschaft sein; er werde sich Rußland nie weiter nähern, als die Beziehungen zu Deutschland es gestatteten. Dagegen stand auch er dem Gedanken einer Erneuerung des alten Dreikaiser verhältnisses sympathisch gegenüber [31]).

[31]) Aufzeichnung Bülows, 20. September 1908. Große Politik 18, 360. Vgl. den Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Petersburg über Gespräche mit dem dortigen österreichischen Botschafter, Baron Ährenthai, ii. September. Große Politik 18, 355 (unvollständig).

Man sieht deutlich, daß auch Goluchwoski an die Möglichkeit einer dauernden Erhaltung der türkischen Herrschaft in Europa im Grunde selbst nicht glaubte. Er wollte aber die ihm erwünschte Form der Verteilung ihres Nachlasses jetzt nicht zur Erörterung stellen, weil er nicht nur den erbitterten Widerstand Serbiens und Montenegros- zu befürchten hatte, sondern auch den ihres Beschützers, des Zaren, mit dem man, solange es irgend gehe, im Einvernehmen zu bleiben beabsichtigte. Außerdem ließ sich die geplante Vergrößerung des rumänischen Bundesgenossen nur auf Kosten Bulgariens erreichen; es war aber äußerst fraglich, ob man sich in Sofia selbst bei weitgehender Befriedigung der auf Mazedonien gerichteten Wünsche zu namhaften Abtretungen von Bulgaren bewohnter Gebiete an den nördlichen Nachbarstaat bereitfinden lassen werde. Daher hielt man es für besser, den bestehenden Zustand so lange zu konservieren, wie es irgend angehe. Es war die alte Politik der Verlegenheit und der Furcht vor Verwicklungen.

Nun lag es aber gleichzeitig im Interesse Rußlands, die Lösung der Balkanfragen hinauszuschieben. Immer näher drohte eine kriegerische Auseinandersetzung mit Japan in Ostasien heran, wenn man sie auch damals nicht für so nahe bevorstehend ansah,

wie sie wirklich war. Man brauchte mehr als je freie Hand für den fernen Osten, da man entschlossen war, die Mandschurei nicht zum versprochenen Termin (Ende 1903) zu räumen und sich in Korea dauernd festzusetzen. So gingen der Zar und seine Ratgeber auf eine Abmachung mit Österreich ein, die gelegentlich eines Besuches in Wien auf dem Jagdschloß Mürzsteg formuliert wurde (3. Oktober). Ihr wesentlicher Inhalt war, daß beide Mächte jede Gebiets Veränderung möglichst lange verhindern, die Türkei zur Durchführung der ihr für Mazedonien auferlegten Reformen mit Genehmigung der übrigen Großmächte zwingen, und diese durch je einen russischen und österreichischen dem Gouverneur beigeordneten Kommissar überwachen wollten. Außerdem sollte eine mazedonische Gendarmerie unter europäischen Offizieren zur Herstellung der Ordnung im Lande gebildet werden. In der Tat wurde der Sultan durch starken Druck der beiden Nachbarmächte, den Deutschland eifrig unterstützte, zur Annahme auch dieser Forderungen gedrängt. Der Fürst von Bulgarien mußte auf strengen Befehl aus Petersburg abrüsten, und die Kriegsgefahr war noch einmal beschworen. Indessen war die Einigkeit zwischen Wien und Petersburg nur eine scheinbare. Die Österreicher wußten ganz genau, daß es zu scharfen Zusammenstößen kommen werde, sobald die Aufteilung der europäischen Türkei ernstlich beginne.

Bald darauf trafen der Kaiser und der Zar in Wiesbaden zusammen (4- November). Bülow hatte den Kaiser darauf vorbereitet, daß russische Annäherungsversuche zu erwarten seien, einerseits um Frankreich zu ängstigen und gefügiger zu machen, ferner aber auch, um Deutschlands Unterstützung für einen etwaigen Konflikt mit Japan zu gewinnen. Er riet, wohlwollend aber dilatorisch zu antworten, namentlich zu sagen, daß Deutschland bei einem ostasiatischen Kriege unbeteiligter Zuschauer bleiben müsse, falls nicht das Hinzutreten anderer Mächte neue Situationen schaffe. Das werde voraussichtlich genügen und der Kaiser nicht in die Lage kommen, als Preis einer wirksamen Unterstützung die heikle Forderung der Gebietsgarantie zu stellen.

Der Kaiser selbst hatte die richtige Empfindung, daß der von manchen österreichischen Staatsmännern, z. B. dem Petersburger Botschafter Baron Aehrenthal noch immer festgehaltene Gedanke einer Erneuerung des Dreikaiserbündnisses in Rußland keinen Boden mehr habe, daß aber andererseits Italiens Hinneigung zu den Westmächten die Festigkeit des Dreibundes bedrohe. Er hielt die Bildung einer allgemeinen Koalition gegen Deutschland nicht

mehr für ausgeschlossen und große Vorsicht für nötig. Er versprach, dem Zaren „anders als auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Garantie keine Zusicherungen zu geben“.

Die Unterredung verlief zufriedenstellend. Graf Lamsdorff und der Zar versicherten, daß sie sich damit zufriedengeben würden, wenn der Sultan auf das Programm von Mürzsteg eingehe, da sie keinen Krieg am Balkan wollten. Der Zar sprach sich sehr mißbilligend über die wachsende Demokratie und Irreligiosität in Frankreich aus; er sagte, er müsse Frankreich an der Leine halten, damit es nicht zu England übergehe. Er fürchtete, daß England, falls es zum Kriege gegen Japan komme, den Japanern sofort zu Hilfe kommen werde, während der Kaiser meinte, dies werde wohl nur dann der Fall sein, wenn Frankreich den Russen Hilfe leiste, weil nur dann der Bündnisfall gegeben sei. Bestimmte Zusagen für eine aktive Unterstützung Rußlands gab der Kaiser nicht [32]).

[32]) Bülow an den Kaiser, 19. Okt. Bülow an Holstein, 31. Okt. Gr. Pol. 18, 847, 853. Aufzeichnung vom 7. Nov. mit Korrekturen des Kaisers u. Rundschreiben vom 14. Nov. Große Politik 18, 70 u. 78. Dazu die Bemerkungen des Kaisers zum oben erwähnten Bericht v. 14. Sept. Große Politik 18, 355 (nicht abgedruckt).

Immer stärker wurde jetzt der politische Horizont durch den herauf drohenden ostasiatischen Krieg verfinstert. Der Zar wünschte ihn wohl zu vermeiden, ließ aber fortwährend Maßregeln zu, die Japans Empfindlichkeit reizen mußten. Er hat offenbar ebenso wie die meisten anderen europäischen Politiker bis zuletzt nicht geglaubt, daß Japan den Kampf wagen werde. Aber in Tokio war man bereits Ende November zum Kriege fest entschlossen, da man eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Rußland für unvermeidlich hielt, und wußte, daß sie nach Vollendung der sibirischen Eisenbahn sehr viel gefährlicher für Japan sein werde.

Auch der Fortgang der englisch-französischen Verhandlungen ist durch den bevorstehenden Krieg entscheidend beeinflußt worden. In Berlin erfuhr man, König Eduard habe schon im Mai bei seinem Besuche in Paris den Franzosen geraten, nicht in den Kampf einzugreifen, da er dann auch neutral bleiben könne und wolle. Offenbar sind damals oder bald darauf bestimmte Verabredungen in dieser Richtung getroffen worden. Ein Abkommen vom 14. Oktober bestimmte, daß England und

Frankreich alle nicht ihre Lebensinteressen berührenden Streitfragen der Entscheidung des Schiedsgerichts im Haag überlassen wollten. Um alle Reibungsflächen wegzuschaffen, die einen Zusammenstoß bei einem Kampf der beiderseitigen Verbündeten hätten herbeiführen können, ging man jetzt auch an die ernstliche Regelung der Marokkofrage. Noch im August sollen die französischen Vorschläge von Lord Lansdowne abgelehnt worden sein [33]). Bald darauf muß er sich aber entschlossen haben, eine Lösung auf der später vereinbarten Basis anzunehmen. Frankreich durfte die Mittelmeerküste Marokkos und Tanger nicht erhalten, aber auch England verzichtete darauf, sie selbst in Besitz zu nehmen; man überließ sie an Spanien. Bülow erfuhr schon im September 1903 in Wien von der dort anwesenden spanischen Königin, daß der Abgrenzungsvertrag mit Frankreich in den Grundzügen fertig sei. Er ließ sofort in Spanien sondieren, ob man Deutschland nicht einen Anteil oder eine Kompensation gewähren wolle, erhielt aber nur zwar freundliche, jedoch unverbindliche Antworten [34]). Im November äußerte Lansdowne zu Metternich, es sei nicht zu hindern, daß Frankreich als Nachbarmacht allmählich den vorwiegenden Einfluß in Marokko gewinne.

[33]) Erlaß an Radolin, 28. Oktober. Große Politik 18, 799.

[34]) Erlaß an Radowitz, 24. September. Radowitz, 26. und 29. Sep tember. Große Politik 17, 354—359

Aber erst, als im Februar 1904 der ostasiatische Krieg wirklich ausgebrochen war, kamen die Verhandlungen zum Abschluß.

Auf die Genesis dieses großen Krieges, dessen Bedeutung später zu würdigen sein wird, kann hier nicht näher eingegangen werden. In England war man über Japans Absichten längst genau orientiert. Als im letzten Augenblick der Zar die englische Vermittlung anrief und sich zur Bewilligung aller japanischen Forderungen bereit erklärte, weigerte man sich in London diesen Versuch zu machen, da es zu spät sei [35]). Man wußte, daß Japan kämpfen wollte und hütete sich, ihm in den Arm zu fallen. Denn so weit ging die so oft betonte englische Friedensliebe nicht, daß sie die britischen Staatsmänner veranlaßt hätte, Kriege zu verhindern, von deren Verlauf man ohne eigenes Risiko erhebliche Vorteile für das eigene Land erwarten durfte. Bei dem Zaren erzeugte dies Verhalten eine schwere Mißstimmung gegen England. Auch bei uns sah man den Krieg seit längerer Zeit kommen, wenn man auch bis zuletzt zweifelte, ob er schon jetzt

ausbrechen werde. Im allgemeinen hielt man ihn für unseren Interessen günstig, da er die Festlegung Rußlands, in Ostasien, die eines unserer Hauptziele war, verstärken, und Frankreich für absehbare Zeit die russische Hilfe zu einem Revanchekrieg entziehen würde. Man war entschlossen, selbst neutral zu bleiben, bestärkte aber den Zaren nach Möglichkeit in dem Entschlusse, nicht nachzugeben. Der Kaiser schrieb ihm, er halte es für selbstverständlich, daß Rußland sowohl die Mandschurei wie Korea haben müsse [37]. Er war persönlich entrüstet über des Zaren Nachgiebigkeit und Schwäche; dieser hätte von Moskau aus das russische Volk zum Heiligen Kriege gegen die gelbe Gefahr aufrufen sollen. Seine Schlappheit schädige das monarchische Prinzip. Nur mit Mühe konnte ihm Bülow klarmachen, daß jedes Hetzen etweder Mißtrauen und Neigung zu weiterem Nachgeben oder die Aufforderung zum Mitkämpfen nach sich ziehen werde. Beides müsse man zu vermeiden suchen [38]). Eine ungünstige Beeinflussung der politischen Gesamtlage Deutschlands durch diesen Krieg scheint man nicht erwartet zu haben. Vielmehr glaubte Bülow, die Gefahr werde den Zaren veranlassen, mit einem Hilfsgesuch an Deutschland heranzutreten. Man dürfe ihn dann nicht einfach abweisen, müsse sich aber überlegen, welche Forderungen man in diesem Falle an Rußland stellen wolle. Holstein, zu einem Gutachten aufgefordert, meinte, es sei am besten, zunächst volle Neutralität zu wahren, bis etwa die Meerengenfrage aufgerollt werde. Dann ständen England, Frankreich, Italien, Österreich und Rumänien gegen Rußland. Werde diese Frage akut, so werde Deutschlands Rückendeckung für Rußland von unbezahlbarem Werte sein; es werde dann auch keine Rücksicht auf Frankreich mehr nehmen und die längst erstrebte Territorialgarantie bewilligen. Sie jetzt schon zu fordern, sei unrichtig, weil man dadurch das Mißtrauen erwecken werde, daß man Rußland von Frankreich trennen wolle. Auch Japan müsse man freundlich behandeln, damit es nicht ein Werkzeug in der Hand unserer Feinde werde. Die gelbe Gefahr in ihrer neuesten Form zeige sich darin, daß die gelbe Rasse bündnisfähig werde [39]).

[35]) Metternich, 26. November 1908. Große Politik 17, 862.

[36]) Metternich, 8. Februar. Eckardstein, 10. Februar 1904. Große Politik 19, 58, 60.

[37]) 3. Januar 1904, Goetz 102.

[38]) Aufzeichnungen Bülows, 16. Januar und 14- Februar. Große Politik 19, 34 u. 62.

[39]) Denkschriften Holsteins vom 16. und 22. Januar. Große Politik 19, 35 und 46.

[40]) Aufzeichnung Bülows über eine Unterredung mit Lascelles, 6. April. Große Politik 20, 10. 12 Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkrieg

Für England und Frankreich, die beide nicht den Wunsch hatten, in den ostasiatischen Krieg verwickelt zu werden, bildete sein Beginn den letzten Anstoß zum Abschluß der seit lange schwebenden Verhandlungen über Marokko. Man fand sich in Berlin damit ab, daß man die englisch-französische Verständigung nicht werde hindern können und erklärte sogar, daß man sie im Interesse des Weltfriedens begrüße [40]). Der Kaiser war stets der Meinung gewesen, daß die Marokkofrage für uns keine entscheidende Bedeutung besitze. Als er im März 1904 eine große Mittelmeerfahrt machte, traf er in Vigo mit König Alfons von Spanien zusammen und sagte diesem in Gegenwart des deutschen Botschafters, er strebe keine territorialen Erwerbungen in Marokko an, nur Sicherung des freien Handels und der Beteiligung deutschen Kapitals an der Erschließung des Landes. Höchstens eine Kompensation an anderer Stelle schien ihm wünschenswert, von spanischer Seite etwa die Überlassung der Guinea-Insel Fernando Po gegen eine Geldentschädigung [41]). Seine Ratgeber waren über diese die deutsche Politik festlegende Erklärung wenig erfreut. Sie hätten sehr gern einen Teil der atlantischen Küste, das Susgebiet, für Deutschland herauszuschlagen gesucht. Noch in letzter Stunde, als bereits aus Paris gemeldet wurde, daß der Vertrag im wesentlichen fertig sei, wünschte Bülow eine marokkanische Rechtsverletzung gegenüber eingeborenen Angestellten einer deutschen Firma zur Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Tanger zu benutzen. Der Kaiser lehnte dies entschieden ab, da es einen Zweifel an der Ehrlichkeit seiner in Vigo gegebenen Erklärungen erwecken könne. Als das Abkommen gleich darauf wirklich geschlossen wurde, meinte er, es sei als ein Segen zu betrachten, daß eine deutsche Flottendemonstration in Marokko unterblieben sei. Er hatte auf seiner Reise die englischen Befestigungen in Gibraltar und die dort liegende Flottenabteilung gesehen und einen tiefen Eindruck von der Stärke dieser Stellung empfangen. Er erklärte damals, „es sei der größte Wahnsinn, anzunehmen, daß wir ohne oder gar gegen England Weltpolitik zu treiben imstande seien“. Er wünschte dringend, sich England wieder zu nähern. Seine Person, meinte er, bilde noch das einzige Band. Allerdings knüpfte er daran die weitere Folgerung, daß er diese Aufgabe nur erfüllen

könne, wenn man ihm durch starke Bewilligungen die schnelle Vermehrung der deutschen Flotte ermögliche. „Dies allein gebe ihm in England das nötige Ansehen [42]).“

[41]) Telegramm des Kaisers an Bülow, 16. März. Radowitz, 23. März. Große Politik 17, 363, 364.

[42]) Immediatbericht Bülows, 30. März, mit Bemerkungen des Kaisers. Tschirschky (Gesandter im kaiserlichen Gefolge) an Bülow, 3. April. Große Politik 20, 197, 199. Rosen 31. März.

Am 8. April wurde der englisch-französische Vertrag unterzeichnet. Abgesehen von der Regelung kleinerer Differenzen in Neufundland, Senegambien, dem Nigergebiet, Madagaskar und der Südsee sowie einer endgültigen Abgrenzung der Interessensphären in Siam enthielt er den endgültigen Verzicht Frankreichs auf Ägypten und freie Hand für Frankreich in Marokko. Zwar versprach die französische Regierung, den politischen Zustand des Landes nicht zu ändern; aber England erkannte Frankreich als Nachbarstaat das Recht zu, die Ruhe dort zu erhalten und die Reformen des Sultans militärisch und finanziell zu unterstützen. In Ägypten und Marokko sicherten sich beide Mächte für 30 Jahre die wirtschaftliche Gleichberechtigung. England versprach freie Schiffahrt durch den Suezkanal; beide Mächte verbürgten sich für die Freiheit der Durchfahrt durch die Straße von Gibraltar. Jede Befestigung an der Nordküste Marokkos sollte ausgeschlossen sein. Eine besondere Verständigung zwischen Frankreich und Spanien blieb vorbehalten.

Dieser Vertrag wurde sofort veröffentlicht. Erst viel später ist bekannt geworden, daß gleichzeitig ein geheimes Abkommen geschlossen worden ist, das eine weitgehende Veränderung des bestehenden politischen Zustandes in Ägypten und Marokko im Sinne stärkerer Durchführung der englischen resp. französischen Oberhoheit in Aussicht nahm, Spanien aber einen unbegrenzten Gebietsteil in Nordmarokko unter der Bedingung vorbehielt, daß es sich verpflichten müsse, diese Landstrecken weder ganz noch teilweise an eine dritte Macht zu veräußern.

Die Bedeutung dieser Abmachungen ging über die Bereinigung einzelner Streitigkeiten weit hinaus. Sie bildeten in ihrer Gesamtheit eine vollständige Abgrenzung der kolonialen Interessensphären beider Mächte über die ganze Erde hin, wie sie Chamberlain bereits 1898 für den Fall des Scheiterns der

deutschen Bündnisverhandlungen in Aussicht gestellt hatte. Nimmt man noch hinzu, daß ausdrücklich gegenseitige diplomatische Unterstützung gegen den Einspruch dritter Mächte vereinbart wurde, und daß die stillschweigende Voraussetzung die Beobachtung voller Neutralität im Kampfe zwischen Rußland und Japan war, so sieht man, daß es sich hier um eine weitgehende allgemeine Annäherung handelte. Obwohl kein formelles Bündnis geschlossen wurde, schuf dieser Vertrag eine so breite gemeinsame Interessengrundlage, daß ein Zusammengehen in wichtigen weltpolitischen Fragen leicht daraus hervorgehen konnte.

Der Kaiser sah in diesem Abkommen mit Recht einen bemerkenswerten französischen Erfolg, da man Englands Freundschaft gewonnen habe, ohne die Rußlands zu verlieren, und die Vormachtstellung in Marokko gegen Aufgabe des rein theoretischen Anspruchs, in Ägypten mitzureden, erlangt habe. Auch England habe dadurch größere Bewegungsfreiheit bekommen, weil es nun Frankreich nicht mehr zu fürchten brauche, und werde von nun an weniger Rücksicht als bisher auf Deutschland nehmen [43]). Bülow konnte dies alles nicht leugnen, obwohl darin eine scharfe Kritik seiner Politik gegenüber England in den vergangenen Jahren lag; er verhehlte sich auch nicht, daß die englisch-französische Verbrüderung eine starke Anziehungskraft auf Italien ausüben werde; aber er suchte den Kaiser mit der Hoffnung zu trösten, daß diese Entente wohl eine Abkühlung erleiden werde, wenn die russisch-japanischen Friedensverhandlungen begönnen. Dann werde voraussichtlich England auf Japans, Frankreich auf Rußlands Seite stehen [44]).

[43]) Der Kaiser an Bülow, 19. April. Große Politik 20, 22.

[44]) Bülow an den Kaiser, 20. April. Große Politik 20, 23.

Es war wieder eine falsche Hoffnung. Mit dem Zustandekommen der französisch-englischen Entente war die Zeit, wo Deutschland in scheinbar glänzender Position zwischen den beiden großen Mächtegruppen stand, endgültig vorüber.

Blicken wir von hier aus noch einmal zurück auf das verflossene Jahrzehnt. Die Stellung Deutschlands war seit der Mitte der neunziger Jahre eine sehr vorteilhafte gewesen. So bedenklich der Abschluß des russisch-französischen Bündnisses anfangs erscheinen mochte, er hatte doch auch eine gute Seite gehabt. Er war für England ebenso unangenehm und bedrohlich wie für

Deutschland und schien so ’den Ausgangspunkt für eine deutsch-englische Annäherung bilden zu können. Bisher hatte England in Mittel- und Ostasien mit Rußland allein, in Afrika und Hinterindien mit Frankreich allein zu tun gehabt; jetzt aber ließ sich erwarten, daß beide Mächte ihre Aktionen gegen England kombinieren würden. Geriet England mit den Franzosen in Afrika in Differenzen, so konnte Rußland gleichzeitig in Ostasien vorgehen, und umgekehrt. Es lag für die beiden durch den Zweibund bedrohten Mächtegruppen, das Britische Weltreich und der Dreibund, nahe genug, sich zu gemeinsamer Abwehr zusammenzuschließen. Ob dies gelingen werde, war die große Frage, die den Hintergrund der gesamten Politik der nächsten Jahre gebildet hat.

Wir haben im einzelnen verfolgt, wie England mehrmals einen solchen Zusammenschluß anbot, Deutschland aber, von tiefem Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit dieser Vorschläge erfüllt, anfangs auswich und später Bedingungen stellte, die England nicht annehmen wollte. Wir wissen auch, daß außer diesem Mißtrauen noch ein anderes Motiv auf deutscher Seite mitsprach. Da England und der Zweibund als Feinde betrachtet wurden, deren Streitpunkte sich nur schwer aus der Welt schaffen ließen, so ergab sich für Deutschland und seine Verbündeten die vorteilhafte Stellung des minderbeteiligten Dritten, auf dessen Freundschaft oder wenigstens Neutralität die beiden Gegner den höchsten Wert legen mußten. Seitdem die Vorgänge während des ostasiatischen Krieges von 1895 gezeigt hatten, daß ein kolonialpolitisches Zusammengehen mit Rußland und Frankreich trotz Balkanfragen und Elsaß-Lothringen möglich sei, seitdem durch die persönliche Freundschaft zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II. wieder eine Verbindung zwischen Berlin und Petersburg hergestellt war, schien die Gefahr eines Zusammenstoßes mit dem Zweibund in weitere Ferne gerückt. Wenn die deutsche Regierung es geschickt verstand, diese Mittelstellung auszunutzen, so ließ sich vielleicht mehr dadurch erreichen als durch den unbedingten Anschluß an England. Man glaubte den Weltfrieden, dessen Wahrung stets das oberste Ziel der deutschen Politik war, am besten sichern zu können, wenn man in neutraler Stellung verharre. Wenn keine der beiden anderen Gruppen wisse, was Deutschland im Kriegsfälle tun werde, würde sie sich desto schwerer entschließen, das Risiko eines großen Kampfes auf sich zu nehmen. Man könnte so zum friedlichen Vermittler, im Notfälle zum Schiedsrichter zwischen ihnen werden.

Eine solche Politik wäre vielleicht durchführbar gewesen, wenn man den anderen Mächten das Vertrauen hätte geben können, daß Deutschland diese Funktion unparteiisch ausüben und seine Stellung nicht dazu benutzen werde, sich selbst Vorteile auf Kosten aller anderen zu verschaffen.

Wie aber stand es damit? In Europa war Deutschland und waren auch seine Verbündeten noch immer „saturiert". Hier begehrten sie für sich keine Erwerbungen; denn auch Österreich-Ungarn erstrebte keine neuen Gebietserwerbungen auf dem Balkan, sondern wollte nur den russischen Einfluß dort in bestimmten Grenzen halten. Aber außerhalb Europas hatte Italien seine Ambitionen in Afrika und wünschte Deutschland im Grunde doch eine Vergrößerung seines verhältnismäßig geringen Kolonialbesitzes, wenn auch gelegentlich das Gegenteil versichert wurde, und gestattete diesem Wunsche einen starken Einfluß auf seine Gesamtpolitik. Das war wohl der stärkste Unterschied gegenüber der Politik Bismarcks, soweit die Gesamtorientierung, nicht die Haltung in Einzelfällen in Betracht kam, bei der ja der Mangel an psychologischer Abschätzung der Wirkungen den Abstand immer wieder empfinden läßt. Man gedachte zwar keineswegs den anderen Mächten zu entreißen, was sie bereits erworben und sich vertragsmäßig gesichert hatten; aber bei der weiteren Aufteilung der Erde wollte man sich einen der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Stellung Deutschlands entsprechenden Anteil sichern. Man konnte dabei leicht mit den Ansprüchen und Wünschen der immer weiter umsichgreifenden älteren Kolonialmächte Zusammenstößen, vornehmlich mit denen Englands und Frankreichs, aber auch mit denen Rußlands. Da lag nun die Versuchung sehr nahe, für jede Unterstützung einen greifbaren Lohn zu verlangen. Wir haben es namentlich aus Holsteins Munde oft genug gehört, daß Deutschland sich jede Gefälligkeit bar bezahlen lassen müsse durch „Kompensationen". Wurden sie nicht gewährt, so näherte man sich der anderen Gruppe. Man wollte mit beiden Gruppen soweit in Fühlung bleiben, daß der einen stets Deutschlands voller Anschluß an die andere als eine jederzeit realisierbare drohende Möglichkeit erscheinen müsse.

Freilich war eine solche Politik, so verlockend sie schien, im letzten Grunde doch äußerst gefährlich. Sie erforderte ein beständiges Lavieren. Man mußte sich bald auf die eine, bald auf die andere Seite stark hinüberneigen, scheinbar bereit, die dort ausgestreckte Hand zu ergreifen, durfte dies aber niemals wirklich tun, sie aber auch niemals zurückstoßen, da dann die

Fortsetzung des Spiels unmöglich geworden wäre. Man stand in Gefahr, sich in den Ruf völliger Unzuverlässigkeit bei beiden anderen Gruppen zu bringen. Wo blieb aber Deutschland, wenn die beiden anderen dieses Spieles müde wurden und es schließlich doch vorzogen, sich untereinander zu vertragen, um nicht gezwungen zu sein, fortwährend um unsere Gunst werben und dafür bezahlen zu müssen, ohne Aussicht, sie jemals ganz erlangen zu können?

Das schlimmste aber war, daß diese „Kompensationen“, um deren Willen wir so vieles wagten, im Grunde ohne erheblichen Wert für uns selbst waren. Denn was nützten uns kleine, über den ganzen Erdball zerstreute Besitzungen, die wir im Kriegsfall nie verteidigen konnten? Hätten wir irgendeinen großen durchdachten Plan für unsere koloniale Betätigung im Auge gehabt, etwa den Gewinn eines großen zusammenhängenden Kolonialgebiets in Afrika, so hätten wir diese Mittelstellung benutzen können, um uns, von beiden anderen Gruppen unbehelligt, zu sichern, was wir erstrebten, oder, wenn es nicht anders ging, uns schließlich derjenigen dauernd zuzuwenden, die es uns überlassen und behaupten helfen wollte. Aber an einem solchen Plane fehlte es durchaus. Unsere Kolonial- und Weltpolitik entbehrte jedes festen, greifbaren Zieles. Man wünschte nur im allgemeinen nicht zu kurz zu kommen, überall, wo andere etwas erhielten, auch ein Stück zu bekommen; und so setzte man dies bedenkliche Doppelspiel immer wieder in Szene, um bald hier, bald dort einen kleinen kolonialen Vorteil herauszuschlagen. Man reizte so die anderen immer von neuem, ohne selbst erheblichen Gewinn davonzutragen. Man erweckte dadurch bei den anderen Mächten, denen eine solche Planlosigkeit der deutschen Politik nicht recht glaublich erschien, immer von neuem den Verdacht tief verborgener gefährlicher Absichten, die um so bedenklicher erschienen, als niemand angeben konnte, worin sie eigentlich beständen und wo sie schließlich ihre Grenze finden würden. Die deutsche Politik galt als unberechenbar und undurchsichtig, während sie nur planlos, kleinlich und unsicher war.

Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß Bülow und auch der Kaiser selbst im tiefsten Grunde ihrer Seele anfangs das Bündnis mit England wünschten, und mit dem Zweibund nur kokettierten, um von Großbritannien bessere Bedingungen zu erlangen. Aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß den Kaiser die traditionelle Freundschaft mit Rußland, das Gefühl der Solidarität der monarchischen Interessen, alte im Untergrund des Gefühlslebens tief verankerte Motive, auch innerlich stark

beeinflußten. Die wirtschaftliche Rivalität gegenüber England, der Wunsch, ihm auch als Seemacht stark gegenüber zu stehen, endlich das lockende Bild einer Einigung des europäischen Kontinents unter deutscher Führung, alles das trieb uns wieder zu der andern Gruppe hinüber. Dazu kam, daß der Kaiser dem Zaren versprochen hatte, ihm bei seiner ostasiatischen Politik den Rücken zu decken, um ihn so vom nahen Orient abzulenken, wo der Konflikt mit Österreich drohte, daß er also nach der anderen Seite hin nicht ganz frei war. Man wird doch sagen müssen, daß auf deutscher Seite nicht nur bewußtes Lavieren, sondern auch viel innere Unsicherheit und Unentschiedenheit mit im Spiel war. Und daneben immer wieder die Vorstellung, daß Deutschland seine vorteilhafte Stellung einbüßen werde, sobald es eine endgültige Wahl zwischen England und dem Zweibund treffe, während man die Gefahr einer Versöhnung der anderen mit notwendig folgender Isolierung Deutschlands unterschätzte.

Die Leiter der deutschen Politik sind der Lockung, die in dieser Konstellation lag, gefolgt; teils aus innerer Unsicherheit, teils aus scheinbar schlauer Berechnung haben sie diese Politik des Lavierens, der „zwei Eisen im Feuer“, der „Gewichte und Gegengewichte“, diesen „Zickzackkurs“ fast ein Jahrzehnt lang durchzuführen gesucht, ohne sich über die damit verbundenen Gefahren jemals völlig klar zu werden, wenn eine Ahnung davon auch manchmal blitzartig durch ihr Bewußtsein zuckte. Ihr konsequentester und eigensinnigster Vertreter war Herr v. Holstein. Ihm gelang es immer wieder, die auftauchenden Bedenken zu beschwichtigen, das Abbiegen nach der einen Seite zu verhindern. Mit unermüdlichem Scharfsinn bewies er immer wieder in seinen Denkschriften, daß jede andere Politik ins Verderben und zur Selbstaufopferung für fremde Zwecke führe. Und die Männer, die nach außen hin die Verantwortung trugen, fügten sich immer wieder seinen Gründen.

Dabei war Deutschlands Wahlfreiheit im Grunde nur ein falscher Schein. Wir konnten wohl zu England gehen, ohne eine vertragsmäßig festgelegte Verpflichtung gegen Rußland zu verletzen, wenn auch die dehnbaren kaiserlichen Zusicherungen gegenüber dem Zaren eine gewisse moralische Bindung darstellten. Wir konnten aber nicht zum Zweibund gehen, solange Frankreich Elsaß-Lothringen begehrte und die Balkanfragen zwischen Rußland und Österreich ungelöst waren. Nur den direkten Zusammenstoß mit dem Zweibund konnten wir vermeiden, so lange wir des Zaren sicher waren — und der Zar Herr der russischen Politik blieb.

Die 1904 vollzogene Annäherung zwischen England und Frankreich vernichtete auch den Schein dieser schiedsrichterlichen Stellung. Man begann plötzlich zu erkennen, in welcher gefährlichen Lage wir uns befanden. Aber erst der Verlauf und Ausgang des russisch-japanischen Krieges zog der seit 1895 verfolgten deutschen Politik den letzten Balken, auf dem sie noch zu stehen schien, unter den Füßen fort.

9. Tanger und Björkö

Durch das französisch-englische Abkommen trat ganz plötzlich ein Land in den Mittelpunkt der internationalen Politik, das bisher nur wenig beachtet worden war, Marokko. Es wurde zu einem neuen Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich neben Elsaß-Lothringen. An der Marokkofrage entzündete sich die alte, wie es vielen schien, allmählich erlöschende Feindschaft neu. Wie ist das möglich gewesen?

Im Frühling 1904 stellte sich die Lage folgendermaßen dar: Rußland war in einen schweren ostasiatischen Krieg verwickelt, in dem es bereits mehrere Niederlagen erlitten hatte. Frankreich und England waren übereingekommen, sich nicht einzumischen und hatten alle ihre Streitpunkte ausgeglichen. Deutschland hatte ebenfalls erklärt, neutral bleiben zu wollen. Abgesehen davon, daß Deutschland seine vorteilhafte Mittelstellung eingebüßt hatte, lag die wesentliche Veränderung gegen früher darin, daß Rußlands Niederlagen seinen Einfluß im nahen Orient zu beeinträchtigen, ihm wenigstens ein aktives Eingreifen dort zu erschweren geeignet waren. Sollte Österreich nicht versuchen, die Gunst dieses Augenblicks zu benutzen, um eine Lösung dieser Fragen in seinem Sinne herbeizuführen?

Man befürchtete dies anfangs an vielen Stellen. Schon im Februar verbreitete sich das Gerücht von österreichischen Rüstungen und Truppenverschiebungen in der Richtung auf Mitrowitza. Namentlich Italien war sehr mißtrauisch. Indessen gab Graf Goluchowski die bündigsten Versicherungen, daß daran nichts Wahres sei; er werde vielleicht die Besatzungen in Sandschak Novibazar verstärken, wozu er berechtigt war, aber auch das sei nicht gewiß. Der österreichische Botschafter in Berlin sagte ganz offen, Österreichs Selbstbewußtsein sei viel zu gering, um ein solches Abenteuer zu wagen. Man werde nur zwei Dinge nicht dulden: eine Vergrößerung Serbiens und eine Besetzung Albaniens durch die Italiener. Bei einer Zusammenkunft mit dem italienischen Minister Tittoni in Abbazia Mitte April 1904 betonte Graf Goluchowski, Österreich erstrebe keine Gebietsvergrößerung; sollte ein Krieg zwischen Bulgarien und der Türkei ausbrechen, so werde man ihn zu lokalisieren trachten. Tittoni fühlte sich dadurch beruhigt [1]).

[1]) Aufzeichnung vom 15. Februar 1904 über Mitteilungen des Grafen Bubna. Wedel, 18. und 29. Februar. Erlaß an Wedel, 20. Februar. Marschall, 19. Februar. Monts, 18., 19., 23., 26. Februar. Große Politik 18, 638—646. Wedel, 26. Februar (18, 643). Generalkonsul Budapest, 2. März. Aufzeichnung über eine Mitteilung Szögenyis, 3. März. Monts, 5. März (18, 647). Uber die Zusammenkunft in Abbazia Wedel, 14. April (20, 50). Monts, 16. April (20, 52). Aufzeichnung Goluchowskys, nach Berlin mit geteilt 30. April.

Andererseits fürchtete man nach dem Bekanntwerden des Marokkovertrags, Italien werde nun sofort Tripolis besetzen. Die italienischen Staatsmänner stellten jedoch ebenfalls jede Abenteuerlust in Abrede.

Aber noch eine andere Gefahr schien in der Luft zu liegen. Würde Deutschland nicht jetzt versuchen, den Zweibund zu sprengen, oder, wenn das nicht gelinge, den Moment, wo den Russen die Arme gebunden waren, zur endgültigen Abrechnung mit Frankreich benutzen?

Militärisch waren die Aussichten dafür außerordentlich verlockend. Der Chef des Generalstabes, General von Schlieffen, erklärte auf eine Anfrage des Reichskanzlers, daß Rußland schwerlich zwei große Kriege gleichzeitig führen könne, und fügte hinzu: „Wenn die Notwendigkeit zu einem Kriege mit Frankreich sich für uns ergeben sollte, so wäre der gegenwärtige Augenblick wohl zweifellos günstig [2]).“ Aber es findet sich nicht die geringste Spur, daß die deutsche Regierung an die Ausnutzung dieser Lage gedacht habe. Und es kann wohl keinen besseren Beweis für die unbedingte Friedensliebe Deutschlands geben, als daß es diese Gelegenheit zur Niederwerfung des alten unversöhnlichen Gegners vorübergehen ließ.

[2]) Aufzeichnung Lichnowskys über eine Unterredung mit Schlieffen, 19. April 1904. Schlieffen an Bülow, 20. April (Große Politik 19, 174, 175).

Man hatte vielmehr ganz andere Pläne. Man wollte versuchen, Rußland im geeigneten Augenblick von Frankreich zu lösen oder durch den Druck Rußlands Frankreich zum Eingehen auf den schon mehrfach erstrebten großen Kontinentalbund zu gewinnen.

Im Rahmen aller dieser weltpolitischen Möglichkeiten und Befürchtungen spielte die Marokkofrage anfangs nur eine untergeordnete Rolle. Spanien, das bei den letzten französisch-englischen Verhandlungen nicht zugezogen war, fühlte sich

benachteiligt, und wollte einen gesicherten Anteil. In Berlin zeigte man wohl eine gewisse Neigung zur diplomatischen Unterstützung Spaniens gegen irgendeine kleine Belohnung, sah aber schließlich davon ab [3]). Erst Anfang Juni sprach Holstein in einer Denkschrift eine Reihe von Gesichtspunkten aus, die dann für unsere Politik maßgebend geworden sind: Kommt Marokko an Frankreich, so bedeutet das Einführung des französischen Prohibitivsystems, Ausschluß des deutschen Handels und Kapitals. Die Grenznachbarschaft allein kann keinen Anspruch auf eine politische Vorzugsstellung begründen. Die Regelung einer Frage, bei der deutsche Interessen im Spiel sind, ohne Zuziehung Deutschlands beeinträchtigt unser Prestige. Wenn wir uns in Marokko stillschweigend auf die Füße treten lassen, ermutigen wir zur Wiederholung an anderer Stelle [4]). Bülow beschloß daher, jede direkte oder indirekte Anerkennung der von den Westmächten getroffenen Abmachungen zu vermeiden. Man wollte Frankreich nicht fragen, welche Garantie es für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands biete, da hierin eine Anerkennung seiner Vorzugstellung gelegen haben würde; man wollte auch nicht in eine direkte Konkurrenz mit Frankreich treten, sondern entschloß sich dazu, sich hinter den Sultan zu stecken und diesen zum Widerstand gegen die französischen Pläne zu ermutigen [5]).

[3]) Erlasse an Radowitz, 29. April und 22. Mai, an Metternich, 31. Mai. Große Politik 20, 169—176.

[4]) Denkschrift Holsteins vom 3. Juni 1904. Große Politik 20, 207.

[5]) Erlaß an Radolin, 21. Juli. Radolin, 27. Juli. Aufzeichnung Richthofens, 29. Juli. Große Politik 20, 210, 215, 217.

Im Sommer begann Frankreich allmählich das Werk der „friedlichen Durchdringung“. Es erstrebte die Konzentration der gesamten marokkanischen Staatsschuld in seiner Hand, Ausübung der Zollkontrolle, Umbildung der marokkanischen Armee unter französischem Kommando; auch wurden Kriegsschiffe der Republik vor Tanger stationiert. Die deutsche Regierung suchte durch Sondierung in London festzesteilen, in welchen Fällen die im Vertrage vorgesehene diplomatische Unterstützung Englands einsetzen werde, erhielt aber nur eine allgemeine Antwort [6]). Man plante in Berlin zunächst ein Ultimatum an den Sultan wegen älterer noch unerledigter Reklamationen und bei dessen Ablehnung eine Flottendemonstration. Bülow erklärte sich einverstanden, aber der Kaiser verweigerte seine Zustimmung [7]). So geschah gar nichts bis zum Herbst, obwohl der deutsche

Vertreter in Marokko darauf hinwies, daß Frankreich fortwährend an Boden gewinne. Die von ihm vorgeschlagene Besetzung von Agadir wurde als zu gefährlich abgelehnt [8]).

[6]) Erlaß an Metternich, 7. August. Metternich, 15. August. Große Politik 20, 217, 219.

[7]) Aufzeichnung Mühlbergs, 16. August. Bülow an Tschirschky, 17. Aug. Große Politik 20, 223, 224.

[8]) Richthofen an Bülow, 7. Oktober. Große Politik 20, 228.

Am 3. Oktober wurden endlich nach langen Verhandlungen auch Frankreich und Spanien einig. Als spanische Einflußzone wurde der nördliche Küstenstreifen, aber ohne Fez, anerkannt; ferner die allerdings kaum mehr zu Marokko zu rechnende atlantische Küste vom n. Grad westlicher Länge (von Paris) an nach Südwesten. Spanien durfte hier jedoch 15 Jahre lang keine besonderen Rechte ohne vorherige Verständigung mit Frankreich ausüben, falls nicht das Scherifenreich überhaupt zerfalle. Es durfte ferner keinen Teil dieser Gebiete auch nur zeitweilig abtreten oder verkaufen und nie die militärische Mitwirkung anderer Mächte anrufen. Wirtschaftliche größere Unternehmungen sollten nur an Spanier oder Franzosen vergeben werden. Außerdem war noch die Erhaltung der Sonderstellung von Tanger als dem Sitze des europäischen diplomatischen Korps und das Verbot von Befestigungen an gewissen Küstenstrecken vorgesehen. Der Wortlaut dieses Abkommens blieb geheim, nur die allgemeine Tatsache der erfolgten Verständigung wurde den Mächten und der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Der Umstand, daß die deutsche Regierung in der Marokkofrage bis zum Ende des Jahres 1904 gar nichts unternahm, weder Spanien unterstützte, noch in Paris Forderungen stellte, ist der beste Beweis dafür, daß der Gedanke, die Marokkofrage zur Herbeiführung eines Konflikts mit Frankreich zu benutzen, der deutschen Politik gänzlich fern lag. Denn es hätte keinen besseren Zeitpunkt für einen solchen Krieg, wenn man ihn gewollt hätte, geben können, als den Sommer 1904, wo Rußland durch seine Niederlagen in Ostasien genötigt war, alle Kräfte dorthin zu werfen, während Spanien mit Frankreich noch nicht einig geworden war.

Der russisch-japanische Krieg verlief inzwischen entgegen den in Europa meist gehegten Erwartungen immer ungünstiger für die Russen. Als Ende Juni 1904 König Eduard nach Kiel kam, sagte er

dem Kaiser und Bülow, Rußland könne nach seiner Ansicht auf eine Wendung des Kriegsglücks nicht mehr rechnen. Wenn der Zar klug sei, verzichte er jetzt gleich auf die Mandschurei und Korea. Er selbst sei gern zur Vermittlung bereit und Japan werde kulant sein. Die gelbe Gefahr sei eine Einbildung, die Japaner seien intelligent, tapfer und ritterlich und ebenso zivilisiert wie die Europäer. Übrigens versicherte er noch, der englisch-französische Vertrag habe keine Spitze gegen Deutschland. Er werde versuchen, auch mit Rußland einen ähnlichen Ausgleich der Interessengegensätze herbeizuführen [9]). Von New-York aus sprach sich Präsident Roosevelt in ähnlichem Sinne über den wahrscheinlichen Ausgang des Krieges aus; nur hielt er eine Neutralisierung der Mandschurei für möglich und regte ein enges Zusammengehen der Vereinigten Staaten und Deutschlands zum Schutz der offenen Tür in Ostasien an. Einer vertragsmäßigen Abmachung, die Bülow vorschlug, setzte aber Staatssekretär Hay aus dem amerikanischen Staatsrecht her geleitete Bedenken entgegen [10]).

[9]) Aufzeichnungen Bülows über die Besprechungen in Kiel, 26. und 29. Juni 1904. Große Politik 19, 186 u. 189. Kurz vorher hatte der Kaiser die Meinung geäußert, vielleicht habe die englisch-französische Verständigung doch eine geheime Spitze gegen Deutschland, was er bisher nie habe glauben wollen (an Bülow, 6. Juni). Große Politik 20, 147.

[10]) Aufzeichnung Bülows. 24. August. Bülow an den Kaiser, 31. August. Erlaß an Sternburg, 22. Oktober. Sternburg, 26. Oktober, 16. und 17. November 1904. Große Politik 19, 535—546.

Der Kaiser war immer nur mühsam bei der Neutralität festzuhalten. Sein Herz zog ihn an die Seite des Zaren. Im September bemerkte er „zur Nachachtung meiner Diplomaten“ [11]): Japan wittere schon in uns die Vormauer im großen unvermeidlichen Entscheidungskampf der gelben und weißen Rasse. Die Vereinigten Staaten von Europa müßten dabei unter Deutschlands Führung zusammenstehen. Jetzt vertrete Rußland die Sache der Weißen; ihm müßten unsere Sympathien gehören. Sogar die von der Not diktierte Fortnahme russischer Truppen von der deutschen Grenze nach Ostasien sah der Kaiser als ein rührendes Zeichen des Vertrauens an. Am liebsten wäre er dem Zaren gleich gegen die Asiaten zu Hilfe gekommen, da er aber einsah, daß das doch ein recht bedenklicher Schritt sein werde, wollte er wenigstens „wohlwollendste Neutralität“ bewahren [12]).

[11]) Bemerkung v. 9. September zu einem Bericht des Grafen Arco aus Tokio vom 11. August 1904. Große Politik 19, 210.

[12]) Der Kaiser an Bülow, 25. September. Große Politik 19, 252.
[13]) Die Akten über diese Fragen s. Große Politik 19, 247—277. Der Bericht Metternichs vom 15. August über die Äußerungen Lord Landsdownes ist dort nicht abgedruckt.

In der Tat wurde die Neutralität von der deutschen Regierung streng durchgeführt. Den beschädigten russischen Kriegsschiffen, die aus Port Arthur entkommen waren, wurde zwar in Kiautschou Aufnahme gewährt, sie wurden aber sofort entwaffnet und die Mannschaften interniert, als sie innerhalb der völkerrechtlich zulässigen Frist den Hafen nicht wieder verlassen hatten. Daß die Hamburg-Amerika-Linie durch Vermittlung einer Petersburger Privatfirma Kohlen für die Ausrüstung der zur Ausfahrt nach Ostasien bestimmten russischen Ostseeflotte lieferte, war völkerrechtlich durchaus zulässig. Die Resch werden der Japaner darüber erregten den lebhaften Zorn des Kaisers und wurden von der deutschen Regierung als unbegründet zurückgwiesen. Von London aus suchte man die japanischen Verbündeten zu unterstützen; Lord Landsdowne machte sogar einmal die Remerkung, daß Japan sich vielleicht an ihn mit der Frage wenden könne, ob nicht für England der Ründnisfall gegeben sei, wenn Deutschland die Neutralität derartig verletze. An so weitgehende Schritte haben die Japaner allerdings wohl nie gedacht, aber sie gaben ihrer Verstimmung noch mehrfach lebhaften Ausdruck und erreichten schließlich, daß der Kaiser der Hamburg-Amerika-Linie untersagen ließ, der russischen Flotte, wenn sie über Madagaskar hinausgekommen sein werde, noch weitere Kohlenlieferungen zuzuführen, da dort bereits der eigentliche Kriegsschauplatz beginne. Immerhin zeigen diese Vorgänge, wie gereizt auf der englisch-japanischen Seite die Stimmung gegen Deutschland war [13]).

Am 15. Oktober ging von Reval das russische Ostseegeschwader unter Admiral Roschdjeschdwensky in See, um nach Ostasien zu fahren. Der Kaiser hatte dem Zaren geraten, gleichzeitig, ohne vorher von dieser Absicht etwas verlauten zu lassen, auch die Schwarze-Meer-Flotte durch die Dardanellen ins Mittelmeer fahren zu lassen. Der Sultan werde keiner Widerstand wagen, die übrigen Mächte würden sich mit der vollendeten Tatsache abfinden [14]). Der Zar wird wohl gegen einen solchen Schritt, der die ganze Meerengenfrage hätte aufrollen müssen, sehr berechtigte Bedenken gehabt haben.

[14]) Der Kaiser an den Zaren, 10. Oktober. Goetz, 128.

[15]) Metternich, 1. November. Große Politik 19, 291. Über die wachsende Feindseligkeit der öffentlichen Meinung Englands gegen Deutschland und das Auf tauchen des Gedankens an einem Präventivkrieg s. die Berichte des Marine Attachés in London, 13. und 18. November (19, 353).

Die russische Flotte beschoß bekanntlich in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober bei der Doggersbank englische Fischerboote, weil sie japanische Torpedoboote darunter vermuteten. Dieser Zwischenfall, der zu großer Erregung der öffentlichen Meinung in England führte, wurde zwar dadurch beigelegt, daß Rußland und England übereinkamen, seine Erledigung dem Haager Schiedsgericht zu übergeben, hatte aber weittragende politische Nachwirkungen.

In England verbreitete sich alsbald das Gerücht, die russische Gewalttat sei eine Folge der Warnungen Deutschlands vor bösen englischen Absichten gewesen, und man habe dadurch einen ernsten Konflikt zwischen Rußland und England herbeiführen wollen. Trotz aller Ableugnungen wurde diese Beschuldigung von einem großen Teil des englischen Volkes geglaubt und half die Stimmung gegen Deutschland vergiften. Man empfand eben, daß der Kaiser im Grunde auf russischer Seite stehe, während man selbst mit Japan verbündet war, und sah schon darin eine indirekte Feindseligkeit gegen England15).

Sowohl offiziell durch den russischen Botschafter wie durch ein Telegramm des Kaisers an den Zaren wurde von deutscher Seite der Versuch gemacht, die Erbitterung des Zaren gegen England zur Verwirklichung des Kontinentalbundes auszunutzen. Holstein scheint der Vater dieser Idee gewesen zu sein. Wenigstens führte er die Verhandlungen mit dem Baron Osten-Sacken. Der Kernpunkt seiner Vorschläge war: Rußland und Deutschland schließen ein Verteidigungsbündnis und teilen dies, nachdem sie unter sich einig geworden sind, an Frankreich mit unter der Aufforderung, beizutreten. Um Frankreich, dessen Widerstreben gegen ein Bündnis mit Deutschland natürlich vorausgesetzt werden mußte, in die richtige Stimmung zu versetzen, sollte der Zar die französische Regierung vorher fragen, ob sie bereit sei, ihre im Zweibund übernommenen Bündnisverpflichtungen, wenn England den Japanern helfe, zu erfüllen? Man nahm an, daß Frankreich, vor die Frage gestellt, ob es Rußland gegen England helfen und damit an die Seite Deutschlands treten wolle, oder ob es auf den Zweibund verzichten und eventuell an Englands Seite gegen Deutschland und Rußland kämpfen wolle, das erstere

wählen werde. Delcassé, meinte der Kaiser, werde klug genug sein, um einzusehen, daß die englische Flotte Paris nicht schützen könne[16]).

[16]) Der Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren aus dieser Zeit ist gedruckt in den Dokumenten aus den Russischen Geheimarchiven, S. 335 f. und Große Politik 19, 303 ff. Dort auch (S. 63) der Bericht des Grafen Lamsdorff an den Zaren über die von Osten-Sacken mit Holstein geführten Verhandlungen und die Entscheidung des Zaren vom 29. Oktober.

Graf Lambsdorff unterließ nicht, seinen Herrn darauf aufmerksam zu machen, daß, so wünschenswert und vielleicht notwendig ein engeres Verhältnis zu Deutschland im gegenwärtigen Augenblicke sei, das vom Kaiser vorgeschlagene Verfahren doch nur den Erfolg haben könne, Frankreich zu verstimmen und die Festigkeit des Zweibundes zu erschüttern. Der Zar erklärte sich jedoch mit diesen Ausführungen nicht einverstanden; er sei für den Kontinentalbund als das beste Mittel, den Frechheiten Englands jetzt und für die Zukunft einen Riegel vorzuschieben. Demgemäß telegraphierte er dem Kaiser sein lebhaftes Einverständnis und bat ihn, die Grundlinien eines solchen Vertrages zu entwerfen; seien sie beide einig, so werde Frankreich sich anschließen müssen; ein solches Bündnis werde den Frieden der Welt sichern.

In Berlin wurde sofort ein solcher Entwurf ausgearbeitet. Danach sollten beide Mächte sich Hilfe mit ihrer gesamten Macht versprechen, falls eine von ihnen von einer anderen europäischen Macht angegriffen werde. Gegebenenfalls wollten beide Frankreich gemeinsam an die gegen Rußland übernommenen Bundespflichten mahnen. Ein Separatfriede sollte ausgeschlossen sein. Der Vertrag sollte auch dann Anwendung finden, wenn Kohlenlieferungen während des gegenwärtigen Krieges von anderer Seite als Neutralitätsverletzungen betrachtet werden sollten. Der Zar schlug, wohl auf den Rat seiner Minister, einige Änderungen des Wortlauts vor; der Kaiser ging darauf ein und ein zweiter Entwurf wurde hergestellt. Die Unterschiede von dem ersten waren nicht erheblich. Der Eingang wurde so allgemein gefaßt, daß der Vertrag nicht als speziell gegen England gerichtet erschien; der defensive Charakter der Abmachung wurde stark betont. Die Frankreich betreffende Klausel erhielt folgende Fassung: „Der Zar wird die nötigen Schritte tun, um Frankreich in diese Abmachungen einzuweihen und es zu verpflichten, sich ihnen als Verbündeter anzuschließen.“ Dann wurde noch festgesetzt, daß der Vertrag bis ein Jahr nach erfolgter Kündigung

in Kraft bleiben solle, und daß Deutschland an keiner wie immer gearteten Aktion teilnehmen werde, die eine feindliche Tendenz gegen Rußland haben könnte. Wie der Kaiser erläuternd hinzufügte, sollte damit insbesondere die Teilnahme an einer Friedenskonferenz ausgeschlossen werden, die etwa zusammenberufen werden könne, um Rußland wieder, wie im Jahre 1878, um die Früchte seiner Siege zu bringen [17]). Diese Siege waren zwar noch nicht erfochten, aber der Zar rechnete noch auf einen vollen Umschwung zu seinen Gunsten.

[17]) S. die Entwürfe bei Goetz 135 und 146. Große Politik 19, 308 und 311.

Nun aber geschah etwas Unerwartetes. Am 23. November erklärte der Zar zwar sein Einverständnis mit dem letzten Entwurf, schlug aber vor, ihn vor dem Abschluß den Franzosen mitzuteilen; geschehe dies erst, nachdem er bereits ratifiziert sei, so werde dies von Frankreich so aufgefaßt werden, als wolle man ihm den Beitritt auf er legen [18]). Die Minister, die von Anfang an diesen Gesichtspunkt vertraten, hatten schließlich den Sieg über die persönlichen Gefühle Nikolaus' II. davontragen.

[18]) Telegramm des Zaren vom 10./23. November, Geheimdokumente 343. Große Politik 19, 817.

Der Kaiser antwortete sofort, daß die ganze Sache nur Erfolg haben könne, wenn der Zar und er unter sich völlig einig und gebunden seien, bevor Frankreich ein Wort erfahre. Nur wenn Frankreich das unwiderrufliche Bündnis beider Herrscher kenne, werde es auf seinen Freund England mäßigend einwirken, aus Furcht, sonst selbst in eine gefährliche Lage zu geraten. Erfahre England durch Frankreich, daß ein solches Bündnis in Vorbereitung, aber noch nicht abgeschlossen sei, so werde es seine Überlegenheit zur See sofort zur Vernichtung der kleinen deutschen Flotte benutzen und Deutschland würde zeitweise lahmgelegt sein. Falls der Zar also das Bündnis mit ihm nur nach vorheriger Befragung der Franzosen schließen wolle, so ziehe er es vor, ganz darauf zu verzichten [19]).

[19]) Telegramm des Kaisers 16./26. November, Geheimdokumente 343 f., vgl. Große Politik 19, 318 f.

Noch einmal versuchte der Kaiser Anfang Dezember seinen Plan auf einem Umwege durchzusetzen. Als die Engländer deutschen Schiffen, auf denen sie Kohlen für die russische Flotte vermuteten, das Verlassen englischer Häfen verboten, wies der

Kaiser den Zaren darauf hin, daß er nun wissen müsse, woran er sei, um seine Haltung gegenüber England danach regeln zu können. Amtlich wurde in Petersburg angefragt, ob Rußland sich verpflichten wolle, wenn aus den Kohlenlieferungen Schwierigkeiten entständen, Deutschland beizustehen? Sonst müsse den deutschen Dampfern die Kohlenlieferung untersagt werden, sobald die russische Flotte Madagaskar passiert habe. Auf Bülows Rat sprach der Kaiser außerdem noch dem Zaren den Wunsch aus, die russische Hilfsverpflichtung auch auf alle Streitigkeiten zu erstrecken, die nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges infolge angeblicher Neutralitätsverletzungen sich ergeben könnten. Frankreich könne später auch herangezogen werden.

Graf Lamsdorff erklärte sich bereit, für alle Folgen der Kohlenlieferungen gemeinsame Sache mit Deutschland zu machen, falls es sich verpflichte, seine wohlwollende Haltung auch weiter beizubehalten. (12. Dezember.) Der Kaiser, dem der Bündniszweck zu engbegrenzt erschien, wollte nochmals auf das allgemeine Defensivbündnis unter den früher erörterten Bedingungen zurückkommen. Bülow versprach sich jedoch angesichts der früheren Haltung des Zaren davon keinen Erfolg und begnügte sich von dem so beschränkten russischen Hilfsversprechen Kenntnis zu nehmen. Lamsdorff stellte in Aussicht, falls das Zusammengehen sich bewähre, könne später, wenn auch die Volksstimmung sich daran gewöhnt habe, eine engere Freundschaft daraus hervorgehen. Auch einer späteren Hereinziehung Frankreichs erklärte er freundlich gegenüberzustehen [20]). Die Verhandlungen über ein allgemeines Bündnis endigten damit, daß der Kaiser am 21. Dezember dem Zaren erklärte, wenn dieser den Abschluß ohne vorherige Mitteilung an Frankreich für unmöglich halte, so sei es besser, jetzt darauf zu verzichten und „in unserer jetzigen Haltung gegenseitiger Unabhängigkeit und freiwilliger Förderung unserer beiderseitigen Ziele, soweit es die Lage erlauben wird, zu beharren“. Der Botschafter wurde angewiesen, ruhig abzuwarten, ob Graf Lamsdorff mit weiteren Vorschlägen kommen werde [21]).

[20]) Erlasse an Alvensleben, 6., 12., 21. Dezember 1904. Große Politik 19, 320, 326, 342. Telegramm des Kaisers an den Zaren vom 7. Dezember (19, 322). Note Lambsdorffs, 12. Dezember (19, 329). Alvensleben, 12., 13., 26. Dezember (19, 328, 330, 343).

[21]) Der Kaiser an den Zaren, 21. Dezember 1904, Goetz 152. Erlaß an Alvensleben, 1. Januar 1906. Große Politik 19, 347

Nachträglich glaubte Holstein ganz zufrieden sein zu dürfen, daß aus dem Bündnis nichts geworden sei. Man sei, meinte er, im Herbst darauf eingegangen, weil man befürchtet habe, daß Frankreich auf eine russisch-englische Verständigung unter voller Aufteilung Ostasiens hinarbeite und weil man diese Kombination durch ein Bündnis mit Rußland am sichersten zu verhindern gehofft habe. Inzwischen habe sich gezeigt, daß Präsident Roosevelt und die übrigen Neutralen ebenso wie Deutschland durchaus gegen eine Aufteilung Chinas seien; ein Erwerbsgeschäft sei dort nicht mehr zu machen. Außerdem wollten die Vereinigten Staaten keinenfalls dulden, daß Port Arthur in der Hand der Russen bleibe, während jeder Vertrag mit Rußland uns verpflichten würde, ihm diesen Platz wieder zu verschaffen. Die Beziehungen zu Amerika dürften wir aber nicht gefährden [22]).

[22]) Denkschrift Holsteins, 2. Februar 1906. Große Politik 19, 349-

Auch ein anderer Versuch, Rußland wenigstens für eine wichtige Zukunftsfrage zu binden, mißlang bald darauf. Im Februar igo5 ließ Bülow in Petersburg ein Abkommen vorschlagen, wonach beide Staaten sich verpflichten sollten, welche Wendung auch die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns nehmen möchten, keine territorialen Vorteile daraus zu ziehen. Also im Falle eines Zerfalls der Donaumonarchie — den man hier zum ersten Male als denkbare Möglichkeit ernstlich ins Auge faßte — wollten wir auf den Anschluß Deutsch-Österreichs, sollte Rußland auf die Angliederung slavischer Bestandteile von vornherein Verzicht leisten. Graf Lamsdorff zeigte sich einer solchen Uneigennützigkeitserklärung nicht abgeneigt, verlangte aber bestimmte deutsche Vorschläge über den Wortlaut und absolute Geheimhaltung vor Österreich. Da aber Bülow den Russen die Formulierung zuschieben wollte, schliefen diese Verhandlungen ein [23]). Hätten solche Abmachungen überhaupt irgendwelchen praktischen Wert haben können gegenüber den Erregungen der Volksleidenschaft, die ein wirklicher Zerfall Österreichs zweifellos hervorgerufen hätte?

[23]) Erlasse an Alvensleben, 15. Februar, 10. März. Alvensleben, 8. und 12. März. Denkschrift Holsteins, 18. März. Erlaß an Alvensleben, 10. April; an Sternburg (zur Mitteilung dieser Verhandlungen an Roosevelt), 14. April 1905. Alle diese Stücke fehlen bisher in der Publikation. Aus dem Erlaß an Sternburg (19, 578) sind die betreffenden Stellen fortgelassen.

Mit Rußland kam man nicht zu der erhofften Einigung, zwischen England und Deutschland aber wurden die Beziehungen immer unfreundlicher.

Die Schwierigkeiten, die aus der Verschiedenheit der deutschen und englischen Auffassung über die Pflichten der Neutralen entstanden waren, wurden beigelegt, und in der Öffentlichkeit wurde sogar behauptet, es habe überhaupt nie ernstliche Differenzen gegeben; aber das Verhältnis blieb recht unbehaglich. Jenseits des Kanals wurde immer lauter die Befürchtung geäußert, Deutschland baue seine Flotte nur, um, wenn es stark genug sei, über England herzufallen; der Bau von Schlachtschiffen und ihre Konzentrierung in den ostasiatischen Gewässern stelle eine Bedrohung der englischen Interessen dar. Nach dem Zwischenfall bei der Doggersbank verkündete die „Army and Navy Gazette“, die deutsche Flotte habe bereitgelegen, um eventuell den Russen zu Hilfe zu eilen und dieser Vorgang müsse England bestimmen, dafür zu sorgen, daß die deutsche Flotte nicht weiter vergrößert werde. Im Februar 1905 gab sogar ein Mitglied der englischen Regierung, der Zivillord der Admiralität, öffentlich der Meinung Ausdruck, daß England den Deutschen den weiteren Ausbau ihrer Flotte verbieten müsse. In Deutschland wiederum beklagte man sich über die neue Dislozierung der englischen Flotte und fürchtete ebenfalls vielfach einen plötzlichen Überfall, bevor unsere Seerüstung stark genug geworden sei, um ihn abzuwehren. Dieser Verschärfung des gegenseitigen Mißtrauens der Völker gegenüber besagte es nicht allzuviel, wenn die Regierungen sich gegenseitig ihre friedlichen Absichten versicherten. Bülow formulierte gegen Ende des Jahres 1904 sein Programm dahin, alles komme darauf an, „daß wir mit Geduld und Spucke über die nächsten Jahre wegkommen und keinen sichtbaren Grund zu Argwohn geben“. Inzwischen könnten wir unsere Flotte verstärken [24]). Wenn er es bald darauf für möglich hielt, einen Umschwung der Anschauungen in England durch das Angebot einer „kompensierten Neutralität“ zu bewirken, um so die Befürchtung deutscher Angriffsabsichten zu zerstreuen, so täuschte er sich sehr über die jetzt auf der andern Seite der Nordsee herrschenden Stimmungen [25]).

[24]) Bülow an den Kaiser, 26. Dezember 1904. Große Politik 19, 872.

[25]) An Metternich, 3. Januar 1905.

Zu Anfang des Jahres 1905 wurde Port Arthur von den Japanern erobert. Bald darauf brachen in Rußland die ersten inneren

Unruhen aus; sie mußten die Befürchtung erwecken, daß vielleicht ein innerer Zusammenbruch die Folge weiterer Niederlagen sein werde. Ende Februar begann die große Schlacht bei Mukden, die über vierzehn Tage dauerte und mit einer vollständigen Niederlage der Russen und der Räumung eines weiteren Teiles der Mandschurei endigte. Immer mehr schwand die Aussicht auf eine für Rußland siegreiche Beendigung des großen Krieges.

Gerade in diesem Augenblick entschloß sich die deutsche Regierung, in der Marokkofrage gegen Frankreich, Rußlands Verbündeten, plötzlich entschieden vorzugehen. Der Kaiser hatte mehrmals seine volle Gleichgültigkeit gegenüber der Entwicklung der marokkanischen Frage betont, so im Frühjahr 1904 gegenüber König Alfons von Spanien und noch im Juli gegenüber Eduard VII. in Kiel. Auch Graf Bülow hatte sich mehrfach in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Noch im November 1904 war Graf Münster angewiesen worden, mit Rücksicht auf Frankreichs versöhnliche Haltung „von allem abzusehen, was als unmotivierte Drohung empfunden werden könnte [26])“. Der deutsche Gesandte in Marokko, Freiherr von Mentzingen, beklagte sich indessen beständig über das Vorgehen der Franzosen. Der französische Gesandte überreichte dem Sultan schließlich ein förmliches Ultimatum und suchte dabei den Glauben zu erwecken, als handle er im Auftrage aller Großmächte. Unsere Vertreter hatten keinen Zweifel, daß es auch mit der wirtschaftlichen Betätigung der Deutschen in Marokko sehr bald so gut wie ganz zu Ende sein würde, falls die Franzosen ihre Forderungen durchsetzten.

[26]) Mitgeteilt an Metternich, 16. November 1904.

Man entschloß sich daher in Berlin, den Konsul Dr. Vassel nach Fez zu entsenden und durch ihn dem Sultan sagen zu lassen, daß Deutschland seine Zustimmung zu dem Vorgehen Frankreichs nicht gegeben habe. Man machte ihm zwar keine Aussicht auf direkte Hilfe, falls er in einen Konflikt mit Frankreich gerate: vielmehr erklärte Bülow ausdrücklich, Deutschland könne nicht Marokkos wegen mit Frankreich Krieg führen; aber man suchte ihm doch den Rücken zu steifen. So bestärkte man ihn auch in dem Plane, Delegierte aus allen Teilen seines Landes in der Hauptstadt zusammenzurufen, deren Weigerung ihm als Rückhalt für die Ablehnung der französischen Forderungen dienen sollte. Außerdem forderte man den Sultan schriftlich auf, dafür zu sorgen, daß der durch die früheren Verträge insbesondere die Madrider Konvention von 1880, garantierte Grundsatz der

Gleichberechtigung aller Europäer im Lande aufrecht erhalten werde [27]).

[27]) Kühlmann, 17. Dezember 1904. und 31. Januar igo5. Erlasse an Kühlmann, 2. u. 30. Januar, 11. Februar, 10. März. Große Politik 20, 239—260.

Dies alles geschah aber in der Stille und wurde nach außen hin kaum bemerkt. Ganz plötzlich wurde aber Mitte März der Entschluß gefaßt, einen großen Theater-Coup in Szene zu setzen. Die treibende Kraft dabei scheint wieder Herr von Holstein gewesen zu sein, der ja schon früher betont hatte, daß man sich in Marokko nicht auf die Füße treten lassen dürfe. Der Kaiser beabsichtigte in diesem Frühjahr wieder eine Reise ins Mittelmeer zu unternehmen. Ihm wurde nun vorgestellt, daß er diese Gelegenheit benutzen müsse, um in Tanger zu landen und damit zu zeigen, daß er den Sultan als einen völlig unabhängigen Herrscher betrachte und ein französisches Protektorat über das Land nicht anerkenne. Der Kaiser hatte gemäß seiner früheren Stellung zu den Marokkofragen sehr wenig Neigung dazu. Bülow bearbeitete ihn beständig mit dem Argument, daß ein solcher Schritt den Franzosen sehr unangenehm sein werde. Delcassé, meinte er, schwitze schon Blut und werde „lackiert“ sein, wenn es dazu komme; die Tangerfahrt des Kaisers stehe augenblicklich im Mittelpunkt des Weltinteresses. Er benutzte geschickt die Eitelkeit des Kaisers, um dessen Widerstreben zu überwinden. Um ihm die Möglichkeit des Rückzuges abzuschneiden, ließ er, sobald er seine Einwilligung erhalten hatte, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ am 20. März einen offiziösen Artikel erscheinen, der den bevorstehenden Besuch des Kaisers in Tanger ankündigte, zugleich aber betonte, daß Deutschlahd damit keine egoistischen Sonderzwecke verfolge, sondern nur für die Wahrung des Prinzips der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen eintreten wolle [28]). Bevor der Kaiser Deutschland verließ, hielt er am 23. März anläßlich der Enthüllung des Denkmals seines Vaters in Bremen eine Rede, in der er die absolute Friedfertigkeit der deutschen Politik und seinen Abscheu vor allen Eroberungsplänen betonte. Deutschland wolle allen anderen Staaten ein ruhiger, ehrlicher und friedlicher Nachbar sein. Vielleicht wollte er schon durch diese Worte den vorauszusehenden Mißdeutungen des geplanten Besuchs in Tanger vorbeugen.

[28]) Bülow an den Kaiser, 20. März. Große Politik 20, 262, 264.

Wie unangenehm ihm selbst die ihm zugeschobene Rolle war, zeigt der Umstand, daß er noch, während er schon unterwegs war, nach Tanger telegraphieren ließ, es sei höchst zweifelhaft, ob er landen werde, jedenfalls wolle er nur als einfacher Tourist erscheinen und verbitte sich jeden feierlichen Empfang. Aber nun konnte ihm Bülow zurücktelegraphieren, das sei ganz unmöglich, die öffentliche Ankündigung sei bereits erfolgt; wenn er jetzt nicht hingehe, werde es so aussehen, als habe er seinen Beschluß aus Angst vor Frankreich geändert. Ein feierlicher Empfang durch einen Vertreter des Sultans und die dort ansässigen Europäer war bereits vorbereitet, und der Gedankengang der Reden, die dabei gehalten werden sollten, wurde dem Kaiser telegraphisch von Berlin nach Lissabon übermittelt. Der dortige Gesandte, Herr von Tattenbach, erhielt von Bülow den Befehl, den Kaiser zu begleiten und darauf zu achten, daß alles programmäßig ausgeführt werde. Trotzdem hat der Kaiser bis zuletzt geschwankt, ob er an Land gehen solle oder nicht. Die stürmisch bewegte See und der Mangel eines geeigneten Reitpferdes waren wohl nur Vorwände, die innere Abneigung gegen das ganze Unternehmen die Hauptsache. Da aber nun schon der ganze Apparat in Bewegung gesetzt war, der Oheim des Sultans und eine Reihe von Deputationen bereit standen und die gesamten Europäer von Tanger auf den Beinen waren, so ließ sich schließlich doch der Landung nicht ausweichen. Sie fand am 31. März statt und verlief äußerlich glänzend. Zuerst fand ein Empfang der fremden Diplomaten statt, wobei unerwarteterweise der französische Geschäftsträger eine Ansprache hielt, die den Anschein erwecken konnte, als begrüße er den Kaiser im Namen Frankreichs in Marokko, das die wirtschaftliche Gleichberechtigung anderer Nationen nicht anzutasten gedenke. Der Kaiser erwiderte darauf, offenbar ziemlich schroff, er werde sich mit dem Sultan als Herrscher eines unabhängigen Landes direkt verständigen, werde seinen berechtigten Ansprüchen Geltung zu verschaffen wissen und erwarte, daß diese auch von Frankreich gebührend respektiert würden. Dieser Vorfall hat ihn dann offenbar bewogen, in seiner Antwort auf die nunmehr folgende Ansprache des Großoheims des Sultans dem verabredeten Gedankengang noch eine Spitze gegen Annexionsabsichten anderer Mächte hinzuzufügen [29]).

[29]) Der Kaiser an Bülow, 21. März. Große Politik 20, 263. Bülow an den Kaiser, 21., 26., 27., 29. März. Aufzeichnung Bülows, 21. März. v. Schön an das Auswärtige Amt, 31. März. Große Politik 20, 272—287.

Natürlich fragte man sich überall, was dieser ungewöhnliche Schritt eigentlich bezwecke, und da sich hierauf niemand eine deutliche Antwort geben konnte, so fanden die abenteuerlichsten Gerüchte Glauben. In Frankreich und England war man vielfach der Ansicht, der Kaiser wolle die augenblickliche Schwäche Rußlands benutzen, um einen Krieg mit Frankreich zu provozieren und dieses vollständig niederzuwerfen, solange es der Hilfe seines Bundesgenossen beraubt sei. Oder man sah darin einen förmlichen Protest gegen die englisch-französische Annäherung, die ja im Marokko vertrage ihren sichtbaren Ausdruck gefunden hatte.

An einen Krieg gegen Frankreich um Marokkos willen hat man in Berlin, wie' wir wissen, niemals gedacht. Man wollte nur das Prestige Deutschlands wahren, wollte zeigen, daß man sich nicht so ohne weiteres beiseite schieben lasse, wollte endlich Frankreich zur vorläufigen Einstellung seiner Durchdringungspolitik zwingen, bis es durch anderweitige Zugeständnisse Deutschlands Einwilligung erlangt haben werde. Dabei hielt man es aber für klug, seine Absichten vorläufig in ein undurchdringliches Dunkel zu hüllen. Bülow wies das Auswärtige Amt an, fremden Diplomaten auf etwaige Anfragen gar nichts zu sagen. „Unsere Haltung in dieser Beziehung gleiche vorläufig derjenigen der Sphinx, die, von neugierigen Touristen umlagert, auch nichts verrät [30]).“

[30]) Bülow an das Auswärtige Amt, 24. März. Große Politik 20, 271.

Die nächste Folge des Kaiserbesuchs war, daß der Sultan anfragte, ob er auf Deutschlands Unterstützung rechnen könne, wenn er den Franzosen eine Antwort auf ihre Forderungen verweigere, solange diese nicht von einer Konferenz der europäischen Mächte gebilligt seien. Dies wurde bejaht. Man war mit diesem Ergebnis sehr zufrieden. Bülow schrieb dem Kaiser, er könne nun in mächtiger und rechtlich unangreifbarer Stellung die Erledigung der ganzen Frage in Ruhe abwarten. Holstein aber meinte triumphierend, ein Zurückweichen gäbe es jetzt nicht mehr; das würde auf gleicher Linie mit der Demütigung von Olmütz stehen und schlimmer sein als die französische Niederlage in Faschoda [31]).

[31]) Kühlmann, 1. April. Erlaß an Kühlmann, 3. April. Große Politik 20, 294, 295. Bülow an den Kaiser, 4- und 11. April (20, 301 u. 320). Gutachten Holsteins, 4- April (20, 304).

Nicht unbedenklich war es, daß aus England von Anfang an warnende Nachrichten kamen, man betrachte dort den Kaiserbesuch nicht als eine Maßregel zur Wahrung deutscher Interessen, sondern als eine Demonstration gegen die englisch-französische Entente; ja, man werde dort Frankreich in jedem Falle aktiv unterstützen, sogar über das Maß dessen hinaus, was im Marokkovertrag vereinbart sei [32]). In Frankreich selbst hatte der Vorfall die für uns sehr unerwünschte Wirkung, daß die vorher ziemlich heftige Opposition der Nationalisten gegen ein neues koloniales Abenteuer jetzt verstummte. Diese Kreise sahen die Festlegung französischer Kräfte in Afrika ungern, weil alles, was dort war, für einen Revanchekrieg nicht verfügbar sein konnte. Sobald aber das marokkanische Unternehmen eine Spitze gegen Deutschland erhielt, hatten sie natürlich keinen Grund mehr, dagegen zu sein.

[32]) Metternich, 6. April. Bernstorff, 1. Mai. Große Politik 20, 604 und 618.

Noch peinlicher war es aber, daß die französische Regierung, die höchst ungern in einen Konflikt mit Deutschland verwickelt werden wollte, zwar in schüchterner und unbestimmter Form, aber doch unverkennbar zu sondieren begann, was Deutschland denn von Frankreich als Preis für seine Zustimmung zum französischen Protektorat über Marokko haben wolle. Namentlich der Ministerpräsident Rouvier regte mehrmals eine solche Verständigung an. Er versprach auch jede mögliche Garantie für die Freiheit des Handels und erklärte es für geradezu verbrecherisch, wenn die auf gegenseitige Verständigung angewiesenen Nachbarländer sich Marokkos wegen brouillieren würden [33]). Nun hätte man in Berlin sehr gern etwas für sich herausgeschlagen, sei es an der atlantischen Küste Marokkos, sei es in den französischen Kolonien in Afrika. Leider hatte aber der Kaiser erst persönlich in Vigo und dann auf Veranlassung seiner Ratgeber öffentlich in Tanger die volle Uneigennützigkeit Deutschlands in so unzweideutiger Weise proklamiert, daß man nicht in der Lage war, über eine Kompensation zu verhandeln, ohne sich mit seinen früheren Erklärungen in Widerspruch zu setzen. Auch hätte man ja den Sultan, den man erst zum Widerstand ermutigt hatte, dann den Franzosen preisgeben müssen, wovon man eine schlechte Rückwirkung auf die übrige mohammedanische Welt befürchtete. Bülow meinte daher, obwohl er überzeugt war, daß koloniale Vorteile von Frankreich sofort zu haben sein würden, es werde das beste sein, das scherifische Reich, trotz seiner inneren Fäulnis, über die er nicht im Zweifel

war, vorläufig zu erhalten, um in einem späteren Zeitpunkt Deutschlands Interessen wahrzunehmen [34]). Man wollte also einige Zeit vergehen lassen, bis die Worte des Kaisers vergessen sein würden, wollte inzwischen Frankreich an der Besitzergreifung hindern und ihm später die Erlaubnis dazu möglichst teuer verkaufen. Dies war der eigentliche Plan der deutschen Regierung. Die tieferen gefährlichen Absichten, die man dahinter vermutete, waren in Wahrheit nicht vorhanden. Es war eine kleinliche, teils von Verlegenheit, teils von Begehrlichkeit und Prestigerücksichten diktierte Politik, die wieder einmal das Große und Dauernde über dem Kleinen vergaß. Nur aus Verlegenheit bestand man auf der vom Sultan angeregten Konferenz, weil man kein anderes Mittel wußte, den bestehenden Zustand vorläufig aufrecht zu erhalten und die dem Sultan gegenüber eingegangenen Verpflichtungen loszuwerden. Doch hielt man dieses Vorgehen für völlig ungefährlich, da das französische Volk keinen Krieg wolle, England lediglich diplomatische Unterstützung leisten werde und Rußland völlig außerstande sei, dem Verbündeten zu helfen [35]).

[33]) Radolin, 14. und 27. April. Große Politik 20, 330 u. 344.

[34]) Erlaß an Radolin, 28. April; an Tattenbach, 30 April. Große Politik 20, 346 u. 352.

[35]) Holstein, 5. Mai.

Aber nun machte Rouvier einen neuen, ganz unerwarteten Vorschlag. Er regte sowohl direkt wie auch auf dem Umwege über Rom eine generelle Regelung aller zwischen Deutschland und Frankreich streitigen Kolonialfragen nach dem Muster des französisch-englischen Vertrages an.

Der deutsche Botschafter in Rom, Graf Monts, wies darauf hin, daß wahrscheinlich gegenseitige Garantie der ostasiatischen Besitzungen und Interessen, Abgrenzung von Interessensphären in Kleinasien, französische Unterstützung der Bagdadbahn auch gegen Rußland und England bei dieser Gelegenheit zu erreichen sein, und daß in einem solchen Abkommen eine Friedensgarantie für lange Zeit liegen werde; er meinte, es könne ein vollständiger Kanossagang der Franzosen werden, wenn man nur ihre Eitelkeit etwas schone [36]). Vielleicht wurde die Bedeutung der französischen Angebote, die doch sehr unbestimmter Natur waren, hier etwas überschätzt. Immerhin hätte es sich wohl gelohnt, durch weitere Verhandlungen Klarheit darüber zu

schaffen, wieweit es den Franzosen ernst sei, was sie schließlich an positiven Zugeständnissen bieten würden. Vielleicht hätte sich auch eine Form finden lassen, Kompensationen sicherzustellen, ohne mit unseren früheren Erklärungen in direkten Widerspruch zu geraten.

[36]) Radolin, 30. April u. 1. Mai. Große Politik 20, 355, 360. Ferner auf dem Umwege über Rom Monts an Bülow, 3. Mai (nur das kürzere Telegramm vom 2. Mai ist Große Politik 20, 302 abgedruckt). Flotow, 6. und 9. Juni (20, 416, 425). Über die Geheimhaltung gegenüber dem Kaisers. unten S. 222 f.

Aber Graf Bülow dachte anders. Er zog es vor, den Franzosen in dem Augenblick, wo sie von Rußland keine Hilfe zu erwarten hatten, eine Demütigung zu bereiten, ihnen recht eindringlich zum Bewußtsein zu bringen, daß sie auf Deutschlands guten Willen jetzt mehr als je angewiesen seien, daß auch die Entente mit England sie nicht davon entbinden könne, auf Deutschlands Rechte und Interessen in kolonialen Fragen Rücksicht zu nehmen. Offenbar glaubte er unter Verkennung der französischen Psyche, daß ein solcher Denkzettel heilsam auf die dortige Stimmung wirken werde. Da er aber nach den früheren Äußerungen des Kaisers über Marokko fürchten mußte, daß der Herrscher, dem jetzt deutlicher als je das Ziel des Kontinentalbundes vor Augen stand, nicht geneigt sein werde, Frankreich um dieser Frage willen zu brüskieren, so entschloß er sich, ihm Rouviers Angebot völlig zu verheimlichen und es unbeachtet zu lassen. Hingegen legte er Rouvier nahe, Delcassé foitzuschicken, weil dieser deutschfeindlich gesinnt sei. Er bestand darauf, Frankreich wenigstens zur Vertagung seiner marokkanischen Pläne und zur Annahme des Konferenzvorschlages zu zwingen. Zwar tauchte in Berlin gelegentlich das Bedenken auf, daß auf der Konferenz die Deutschland feindlichen Mächte vielleicht die Mehrheit haben könnten, und daß die Sache dann recht unangenehm werden würde. Aber leichtsinnig tröstete man sich damit, daß man auf der Einstimmigkeit aller Beschlüsse bestehen werde, und daß dann nichts gegen unseren Willen geschehen könne. Am 28. Mai lud der Sultan unter Ablehnung der französischen Vorschläge die Mächte zu einer Konferenz nach Tanger ein. Nun war der Entscheidung nicht mehr auszuweichen [37]).

[37]) Aufzeichnung Holsteins, 2. Mai. Erlasse an Radolin, 22. und 30. Mai. Tattenbach, 26. u. 28. Mai. Große Politik 20, 357, 382, 388, 391, 892.

Rouvier trat jetzt an die deutsche Regierung mit dem Anerbieten heran, er wolle Delcassé entlassen, obwohl man ihm das als Gehorsam gegen Deutschlands Befehle schwer verübeln werde, wenn Deutschland sich bereit erkläre, seinem Nachfolger gegenüber eine freundschaftliche Politik zu befolgen. Aber Bülow antwortete, das sei nur möglich, wenn die überstürzte französische Marokkopolitik auf höre [38]). Gleichzeitig nahm Deutschland die Einladung des Sultans an und erläuterte seinen Rechtsstandpunkt dahin, daß an dem Abkommen von Madrid aus dem Jahre 1880, das die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen in Marokko festlegte, ohne Zustimmung aller Signatarmächte nichts geändert werden könne.

[38]) Botschaftsrat v. Miquel, 30. und 31. Mai. Radolin, 3. Juni. Flotow, 6. Juni. Erlaß an Flotow, 5. und 6. Juni. Große Politik 20, 393, 397, 402, 404, 413.

In Frankreich selbst war inzwischen eine starke Erregung hervorgetreten. Ohne Zweifel wollte Delcasse auf die Gefahr eines Krieges hin die Konferenz zurückweisen. Er scheint von England die bestimmte Zusicherung erhalten zu haben, daß man Frankreich in einem Kriege gegen Deutschland mit den Waffen unterstützen werde. König Eduard selbst war im April zweimal auf der Durchreise von und nach Italien in Paris gewesen und hatte die Lage mit Delcasse besprochen. Aber die Bevölkerung im ganzen wünschte zweifellos keinen Krieg; der Kriegs minister mußte bei dem Stande der französischen Rüstungen die Aussichten für höchst zweifelhaft erklären; außerdem erschien es fraglich, ob die englische Hilfe in einem Landkriege sehr wirksam sein werde. Delcasse blieb am 4« Juni in der entscheidenden Sitzung des Ministerrats in der Minderheit. Er nahm seine Entlassung [39]).

[39]) Flotow, 7. Juni. Große Politik 20, 406.

Damit hatte Deutschland zweifellos einen großen Erfolg erreicht. Rouvier bat jetzt, man möge ihm seine Stellung dadurch erleichtern, daß Deutschland sich mit ihm wenigstens vor der Konferenz über das Maß der Frankreich in Marokko einzuräumenden Rechte verständige. Bülow aber bestand darauf, erst müsse die Konferenz bedingungslos angenommen werden; dann könne man über die dort einzunehmende Haltung beraten [40]). Die von Frankreich ausgegangene Herausforderung, meinte er, müsse zunächst formell ausgeglichen werden. Der deutsche Botschafter, Fürst Radolin, gebrauchte sogar die drohenden

Worte, Deutschlands ganze Macht stehe hinter dem Sultan. Von Italien, das sich nicht gern mit Frankreich in Zwiespalt setzen wollte, weil es ihm ja sein Desinteressement in Marokko zugesagt hatte, verlangte der Kanzler unter Drohung mit Kündigung des Dreibundes, daß es an der Konferenz teilnehme. Es gab nur zögernd seine verklausulierte Zustimmung. Dabei ließ sich Bülow aber doch von den Franzosen ein Zugeständnis ablocken, dessen Tragweite er nicht erkannt zu haben scheint, indem er zugab, daß die Konferenz an Frankreich ein Mandat zu besonderen Schutzmaßnahmen in den an Algerien grenzenden Bezirken erteilen könne [42]). Nunmehr erklärte sich Rouvier prinzipiell zur Annahme der Konferenz bereit, zumal da auch Präsident Roosevelt dringend dazu riet. Jetzt wurde Bülow liebenswürdiger. Es war ihm doch ein Stein vom Herzen gefallen, daß die leichtsinnig heraufbeschworene Gefahr vorübergegangen war; aus den Beschlüssen der Konferenz, meinte er, könne sich nie ein Kriegsfall ergeben, da Deutschland durch sie in jedem Falle von seiner Verantwortlichkeit dem Sultan gegenüber entlastet werde. Er sehe keine besonderen Schwierigkeiten voraus [43]). Er sagte dem französischen Botschafter jetzt, man verlange ja nichts als einen loyalen Versuch zur internationalen Gestaltung der notwendigen Reformen. In der Türkei sei das nicht geglückt und werde auch in Marokko wahrscheinlich mißlingen. Stelle sich das mit der Zeit heraus, so werde eine neue Situation geschaffen sein. „Daher ist die Zukunft frei. In der Zukunft, die vielleicht nicht so fern ist, könnten wir wieder Opportunisten werden. Aber heute sind wir gebunden.“ Es handle sich zwischen Frankreich und Deutschland also eigentlich nur um die Frage des Zeitpunktes. Holstein glaubte sogar, jetzt sei die Bahn zu einer vollen Verständigung mit Frankreich frei; wir könnten seine Ansprüche auf der Konferenz gegen Dritteverteidigen helfen unter der Voraussetzung, daß auch für uns die Zukunft offen gehalten werde [44]).

[40]) Erlaß an Radolin, 10. und 12. Juni. Radonlin, 11. Juni. Große Politik 20, 427—431.

[41]) Monts, 12. und 21. Juni. Große Politik 20, 435 u. 451.

[42]) Radolin, 14., 18., 21. Juni. Große Politik 20, 438, 446, 452. Erlaß an Radolin, 16. Juni (20, 439).

[43]) Sternburg, 25. Jimi. Erlaß an Sternburg, 26. Juni. Große Politik 20, 473 u. 475.

[44]) Bülow an den Kaiser, 26. Juni. Holstein an Radolin, 28. Juni. Aufzeichnung Bülows, 1. Juli. Große Politik 20, 476, 490, 497

Diese Beurteilung der Dinge erwies sich jedoch als völlig verfehlt. Das Gefühl der erlittenen Demütigung saß in Paris viel zu tief. Nach außen hin trat es freilich noch nicht sichtbar hervor. Der Notenaus tausch zwischen Frankreich und Deutschland, durch den die französische Annahme der Konferenz öffentlich bekanntgegeben wurde, stellte fest, daß über folgende leitende Gesichtspunkte grundsätzliche Einigung erzielt sei: Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans, Integrität seines Reiches, wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen, Notwendigkeit polizeilicher und finanzieller Reformen auf Grund internationaler Vereinbarung, endlich Frankreichs besonderes grenznachbarliches Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung in ganz Marokko. Durch die letztere Feststellung war Frankreichs Recht auf eine Sonderstellung auch von Deutschland anerkannt [45]). Dabei wiegte man sich in Berlin aber noch in der Hoffnung, Frankreich werde die Übertragung der Polizeireform an der atlantischen Küste an Deutschland zulassen. Außerdem wurde verabredet, daß bis zum Schluß der Konferenz keine der beiden Mächte dem Sultan eine Anleihe gewähren oder besondere wirtschaftliche Konzessionen für sich verlangen werde. Da in den Vorverhandlungen noch vereinbart war, daß beide Mächte sich vor Beginn der Konferenz über ein Programm für die Beratungen einigen und dies dem Sultan gemeinsam empfehlen würden, begannen nun neue langwierige Auseinandersetzungen über dessen Formulierung.

[45]) Radolin, 1.—8. Juli. Große Politik 20, 493—514. Der Notenaus tausch erfolgt am 8. Juli. Über den oben besprochenen Satz wurde lange hin und her verhandelt. Die schließliche Fassung lautete: „durch die besonderen Interessen, die daraus für die beiden benachbarten Länder [nämlich Frankreich und Marokko] sich ergeben und durch das spezielle Interesse, das daraus für Frankreich folgt an der Aufrechthaltung der Ordnung im scherifischen Reiche.“

Diese wurden dadurch sehr erschwert, daß inzwischen Graf Tattenbach in offenem Widerspruch zu den getroffenen Abmachungen dem Sultan in Deutschland eine Anleihe von 10 Millionen Franken vermittelt und dafür das Recht zu gewissen Hafenbauten für eine deutsche Gesellschaft erlangt hatte. Von Bülow wurde der Gesandte Rosen, der Deutschland in Marokko vertreten sollte, sein Amt dort aber noch gar nicht angetreten hatte, mit der Führung der Verhandlungen in Paris beauftragt. Er beruhigte die Franzosen mühsam durch das Angebot, die Anleihe

zwischen deutschen und französischen Banken zu teilen, und einer französischen Gesellschaft gleichwertige Konzessionen für den Ausbau von Casablanca zu gewähren. Er gestand ferner zu, daß die Konferenz nicht in Tanger, das die Franzosen nicht wünschten, sondern in der südspanischen Stadt Algesiras stattfinden solle. Als der französische Unterhändler Revoil mit dem Vorschläge hervortrat, doch noch jetzt eine direkte Verständigung unter Ausschluß der Konferenz zu versuchen, ging er auf eine Diskussion darüber ein, wies aber die von Frankreich gebotenen Kompensationen — Überlassung des Schutzes der Christen im Orient und Zulassung der Aktien der Bagdadbahn an der Pariser Börse — als ungenügend zurück. Über eine eventuelle Verbesserung der Grenze in Kamerun konnte er nicht verhandeln, da das Kolonialamt erklärte, keine bestimmten Wünsche in dieser Richtung zu haben. So mußte es bei der Konferenz bleiben.

Während der Verhandlungen traf der russische Finanzminister Witte in Paris ein, und, vom Fürsten Radolin über den Stand der Verhandlungen unterrichtet, suchte er die deutschen Vertreter zu möglichstem Entgegenkommen zu bestimmen. Von französischer Seite war seit Delcassés Sturz, den man als Demütigung empfand, gar keine Bereitwilligkeit mehr zu wirklichen Konzessionen gezeigt worden. Man verließ sich offenbar darauf, daß man auf der Konferenz schließlich doch die Mehrheit auf seiner Seite haben werde.

Erst am 28. September konnte die Vereinbarung über das Konferenzprogramm in Paris unterzeichnet werden, nachdem der Kaiser von Witte, wie wir noch sehen werden, sehr einseitig unterrichtet, persönlich seinem Willen Ausdruck gegeben hat, daß das „ekle Gezänk“ um Kleinigkeiten nun endlich aufhören solle. Man müsse, meinte er, Rouvier den Rückzug erleichtern und nicht versuchen, ihm schon im voraus die Bedingungen vorzuschreiben, über die doch die Konferenz erst beraten solle [46]). Wir werden noch sehen, was ihn zu diesem Eingreifen bewog. In dem Programm wurden nur im allgemeinen als Gegenstände der Beratung bezeichnet: Die Einrichtung der Polizei, die Unterdrückung des Waffenschmuggels, die Reform der Finanzen, die Erschließung neuer Einkünfte, die Verpflichtung des Sultans, keinen Zweig des öffentlichen Dienstes zum Vorteil von Sonderinteressen aus der Hand zu geben, die Vergebung öffentlicher Arbeiten ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit. Außerdem wurden noch einige kleinere Streitigkeiten lokaler Natur geregelt.

[46]) Der Kaiser an Bülow, 27. September. Große Politik 20, 508.

Der Unterzeichnung folgte noch ein für Deutschland etwas beschämendes Nachspiel. Als jetzt Bülow in Paris durch den Fürsten Radolin und den dort vorübergehend weilenden Gesandten Dr. Rosen die Bereitwilligkeit seiner Regierung zu erkennen gab, auch über andere Kolonialfragen, wie die Abgrenzung von Kamerun und die Frage der Bagdadbahn zu verhandeln, erwidert Rouvier kühl, das habe er früher angeboten, um dadurch die Konferenz zu vermeiden und die Marokkofrage zwischen Deutschland und Frankreich allein freundschaftlich zu erledigen. Jetzt könne man erst darauf zurückkommen, wenn man sehe, wie die Konferenz verlaufen sei [47]).

[47]) Radolin, 29. September und 18. Oktober. Große Politik 20, 598, 596. Bülow an Rosen, 30. September. Große Politik 20, 595.

Der Sultan nahm das Programm erst nach längerem Sträuben am 23. Oktober an [48]). Die formelle Einladung wurde dem König von Spanien überlassen, da die Konferenz auf spanischem Boden tagen sollte.

[48]) Tattenbach, 23. Oktober. Große Politik 21, 6.

Ein vorläufiger Abschluß in der Marokkofrage war erreicht. Was hat Deutschland in dieser Sache eigentlich gewollt, was hat es erlangt?

Offiziell wollte man die Erhaltung des bisherigen durch die Akte von Madrid geschaffenen Zustandes, also volle Unabhängigkeit des Sultans und volle wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen. Juristisch war der deutsche Standpunkt, daß keine dieser Abmachungen ohne Zustimmung aller Unterzeichner der Akte von Madrid abgeändert werden dürfe, unanfechtbar. Ob es politisch klug war, sich hinter die Paragraphen von Madrid zu verschanzen, ist eine andere Frage. Denn in Wahrheit war man in Berlin völlig überzeugt, daß der Status quo in Marokko nicht zu erhalten sei. Man war sich klar über die innere Fäulnis des Scherifenreiches, über die Unwirksamkeit jeder internationalen Kontrolle, über die Unmöglichkeit, die Aufteilung zwischen den Nachbarstaaten Frankreich und Spanien dauernd zu verhindern, ja sogar darüber, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung dann unter keinen Umständen zu retten sei. Was wollte man also? Zunächst, sich nicht ungefragt beiseite schieben lassen, aus Prestigegründen; sodann für die deutsche Zustimmung irgendeine

Entschädigung bekommen. Man dachte zeitweise an die spanische Insel Fernando Po; von Frankreich wünschte man wohl hauptsächlich Abtretungen in Kamerun und Unterstützung der Bagdadbahn, ohne sich über das, was man fordern wollte, ganz klar zu sein; auch konnte man sich von den Gedanken, selbst ein Stück der atlantischen Küste Marokkos zu bekommen, nicht ganz trennen. Da aber die kaiserliche Uneigennützigkeitserklärung und die dem Sultan gemachten Zusagen eine klare Aufstellung solcher Forderungen nicht zu gestatten schienen, wollte man einen unklaren Zwischenzustand schaffen, Zeit gewinnen, um später bei guter Gelegenheit die deutsche Zustimmung an Frankreich möglichst gut verkaufen zu können. Man verpaßte so die Gelegenheit, wo von Frankreich etwas zu haben gewesen wäre. Die Konferenz sollte uns dem Sultan und der Welt gegenüber von den früheren Zusagen entlasten. Sie sollte einen Versuch der internationalen Regelung beschließen, von deren Unmöglichkeit man von vornherein überzeugt war, nur um sagen zu können: Deutschland hat sein Wort eingelöst, indem es diesen Versuch ermöglichte; erweist er sich als undurchführbar, so haben alle, auch wir, wieder freie Hand. Dies waren über alle kleinen Nebenmotive, Einwirkungen unserer in lokalen Gesichtspunkten befangenen Vertreter an Ort und Stelle und ähnliches hinweg, die Grundzüge der deutschen Marokkopolitik von 190 5, wie sie von Holstein angegeben, von Bülow angenommen, dem Kaiser aber wahrscheinlich niemals klar dargelegt worden ist. Er mißbilligte sie von Anfang an gefühlsmäßig, und hätte sie vielleicht verhindert, wenn er sie ganz durchschaut hätte. Die Gefahren dieser Politik scheint man gar nicht gesehen oder doch weit unterschätzt zu haben. Man war, ohne es zu wollen, dicht an einen Krieg mit Frankreich und vielleicht auch mit England herangetrieben. Man hatte Frankreich gereizt, ohne ihm ernstlich zu schaden, und das in einem Augenblick, wo der Kaiser und Bülow sich ernster als je anschickten, die Republik zum Verbündeten zu gewinnen. Denn unsere Marokkopolitik empfängt ihre rechte Beleuchtung erst, wenn wir zwei gleichzeitige Ereignisse ins Auge fassen, die Seeschlacht von Tsuschima und den Vertrag von Björkö.

Während man mit Frankreich um den Bart des Sultans von Marokko stritt, war im fernen Osten eine weltgeschichtliche Entscheidung von größter Tragweite gefallen.

Am 27. und 28. Mai war die unter den größten Schwierigkeiten nach Ostasien gelangte russische Flotte, die den Japanern die Herrschaft über das Gelbe Meer entreißen und das große Ringen

endgültig zu Rußlands Gunsten entscheiden sollte, in der Straße von Tsuschima von den Japanern vernichtet worden. Die Wasserstraße für Truppentransporte nach dem asiatischen Festlande blieb ihnen offen.

Die letzte Hoffnung Rußlands auf einen endgültigen entscheidenden Sieg war damit geschwunden. Man konnte höchstens hoffen, daß Japan, dessen physische und finanzielle Kräfte bis aufs äußerste angespannt waren, schließlich eher als Rußland erlahmen und daß der Krieg dann allmählich versumpfen werde. Ob aber auf diese Art ein für Rußland vorteilhafter Friede werde erlangt werden können, mußte doch mehr als zweifelhaft erscheinen.

Schon lange bemühte sich Präsident Roosevelt um die Vermittlung des Friedens. Frtdauernd suchte er seit dem Frühjahr von beiden kämpfenden Mächten ihre Redingungen zu erfahren, mußte aber zunächst immer wieder feststellen, daß sie unvereinbar seien. Rußland wollte zwar die Mandschurei und Korea dem japanischen Einfluß überlassen, aber weder eigenes Gebiet abtreten noch eine Kriegsentschädigung bezahlen, während Japan auf diesen beiden Forderungen bestand [49]). Die deutsche Regierung hatte den Präsidenten beständig ermutigt, in diesen Bemühungen fortzufahren, selbst aber die von Roosevelt gewünschte Beteiligung abgelehnt [50]), da der Kaiser die Empfindlichkeit des Zaren nicht verletzen wollte, ja sogar eine Revolution in Rußland und den Sturz der Monarchie befürchtete. Schweren Herzens hatte er schon im März dem englischen Botschafter zugegeben, daß ein Friede wohl nur möglich sei, wenn man Port Arthur den Japanern überlasse. Als Realpolitiker, sagte er, müsse man anerkennen, daß Japan sich würdig gezeigt habe, als zivilisierte Großmacht betrachtet zu werden. Ob der in seinem bekannten Bilde vor zehn Jahren ausgedrückte Gedanke richtig gewesen sei, würden unsere Enkel zu entscheiden haben [51]). Die größte Besorgnis, die man in Berlin hegte, war die, daß England und Frankreich die Friedensvermittlung in die Hand nehmen würden; gelinge sie ihnen, so werde nicht nur die Entente befestigt, sondern die Entstehung eines Vierbundes zwischen England, Frankreich, Rußland und Japan angebahnt, der mit seinen Kräften die ganze Welt beherrschen, namentlich aber eine Aufteilung der noch übrigen Gebiete unter Ausschluß der anderen Mächte durchführen könne [52]). Man erwog also jetzt sehr ernstlich Möglichkeiten, die man noch vor gar nicht langer Zeit als völlig undenkbar von sich gewiesen hatte.

[49]) Sternburg, 18., 21., 31. März, 2. April, 19. Mai. Große Politik 19, 581—591 u. 603.

[50]) Erlaß an Sternburg, 22., 23. März. Große Politik 19, 583, 585.

[51]) Erlaß an Arco, M. März (19, 612).

[52]) Erlasse an Sternburg, 4. Januar, 5. Februar, 16. Mai u. ö. Große Politik 19, 556, 558, 600 f.

Die Nachricht von der Seeschlacht von Tsuschima gab auch den deutschen Staatsmännern die Überzeugung, daß es nunmehr für Rußland höchste Zeit sei, Frieden zu schließen. Um jeden Preis wollte man vermeiden, daß die Entente ihn vermittle. Daher entschloß sich der Kaiser am 3. Juni an Roosevelt telegraphieren lassen, er biete sich jetzt dazu an, die Bemühungen des Präsidenten beim Zaren zu unterstützen [53]). Gleichzeitig stellte er dem Zaren in einem ausführlichen Briefe die bittere Notwendigkeit vor, den beim eigenen Volke unpopulären Krieg nunmehr zu beenden und machte ihn darauf aufmerksam, daß- bei der großen Achtung der Japaner für Amerika Präsident Roosevelt die geeignetste Persönlichkeit sein werde, um sie zur Beschränkung auf vernünftige Forderungen zu bringen [54]). Roosevelt bot darauf dem Zaren seine guten Dienste zur Herstellung einer direkten Verbindung mit Japan behufs Friedensverhandlungen an [55]). Die russischen Minister waren offenbar auch jetzt noch nicht geneigt, darauf einzugehen; der russische Botschafter in Washington erhielt den Befehl, jeden Vermittlungsversuch abzulehnen [56]). Gleich darauf aber gab der Zar dem amerikanischen Botschafter, der ihm das Telegramm des Präsidenten überreichte, seine Zustimmung zum Beginn der Verhandlungen unter der doppelten Bedingung, daß seine Einwilligung streng geheim gehalten werden müsse, bis auch Japan zugestimmt habe, und daß er die Besprechungen sofort abbrechen werde, wenn Japan unvernünftige Forderungen stelle [57]). Es kann wohl nicht zweifelhaft sein, daß er durch den Brief des Kaisers zu dieser Änderung seiner Haltung bestimmt worden ist. Auch Roosevelt war davon überzeugt und teilte es den Japanern mit. Er ließ dem Kaiser für seine Unterstützung danken und bat ihn, den Zaren zum Eingehen auf die japanischen Bedingungen zu bestimmen, da er nun einmal besiegt sei und auch durch Fortsetzung des Kampfes nicht mehr werde erlangen können [58]). Japan erklärte sich sofort zu Verhandlungen bereit. Während durch Amerikas Vermittlung die nötigen Abmachungen über den Ort und die Personen der Bevollmächtigten getroffen wurden, was noch mehrere Wochen in Anspruch nahm, ergab sich

für den Kaiser und den Zaren die Möglichkeit eines persönlichen Zusammentreffens. Beide hielten sich im Juli mit kleinem Gefolge zur Erholung in der Ostsee auf. Der Kaiser schlug seinem Vetter eine vertrauliche, rein private Begegnung vor; Nikolaus erklärte sich mit Freuden einverstanden [59]); am 23. Juli fand die Begegnung bei Björkö in den finnischen Schären statt.

[53]) Telegramm an Speck von Sternburg und durch den amerikanischen Botschafter in Berlin, 3. Juni. Große Politik 19, 607.

[54]) Der Kaiser an den Zaren, 3. Juni (Goetz 183). Erlaß an Alvensleben, 9. Juni.

[55]) Sternburg, 5. Juni. Große Politik 19, 608.

[56]) Sternburg, 9. Juni. Große Politik 19, 609.

[57]) Sternburg, 9. und 12. Juni. Große Politik 19, 609 u. 611.

[58]) Roosevelt an den amerikanischen Botschafter Tower, 24. Juni. Große Politik 19, 612.

[59]) Vgl. den Telegrammwechsel, Dokumente aus den Russischen Geheimarchiven 345 f., vgl. Große Politik 19, 435 f.

Am zweiten Tage des Zusammenseins benutzte der Kaiser eine allgemeinere politische Unterhaltung, um den Verdacht auszusprechen, Frankreich und England würden wohl hinter Rußlands Rücken bisher noch unbekannte Abmachungen, namentlich über Ostasien getroffen haben. Er kam dann auf die Frage zu sprechen, warum aus dem beabsichtigten deutsch-russischen Vertrage im Herbst des vorigen Jahres nichts geworden sei? Der Zar meinte, es habe hauptsächlich daran gelegen, daß Frankreich wegen seines gespannten Verhältnisses zu Deutschland nicht habe mitmachen wollen. Der Kaiser erwiderte, dies Hindernis bestehe ja jetzt nicht mehr; mit Frankreich sei er wegen Marokkos völlig einig geworden; da könne man ja eigentlich auf den früheren Gedanken zurückkommen. Als der Zar bemerkte, er erinnere sich des Wortlautes der damals beratenen Abmachungen nicht mehr genau, sagte der Kaiser, er habe zufällig eine Abschrift bei sich, holte sie aus der Tasche und gab sie dem Zaren. Dieser zog den Kaiser eilig in seine Privatkabine, schloß selbst alle Türen und las das Schriftstück mehrmals durch. Dann sagte er, er könne sich mit dem Inhalt völlig einverstanden erklären. Der Kaiser, der mit einem Stoßgebet auf den Lippen zugesehen hatte, schlug nun vor,

dann könnten ja beide Monarchen den Vertrag sofort unterschreiben; da Nikolaus nichts dagegen einzuwenden hatte, geschah es. Zur Gegenzeichnung wurden der den Kaiser begleitende Gesandte von Tschirschky und aus dem Gefolge des Zaren Admiral Birilew zugezogen. Sonst wurde nur noch der jüngere Bruder des Zaren und damalige Thronfolger, Großfürst Michael, in das Geheimnis eingeweiht [60]).

[60]) Der Kaiser an Bülow, 24. und 25. Juli. Tschirschky an Bülow, 24. Juli.

Der Gedanke, das Zusammentreffen mit dem Zaren zum endgültigen Abschluß des deutsch-russischen Bündnisses zu benutzen, ist dem Kaiser offenbar erst während seiner Seefahrt gekommen. Als er sich 14 Tage vorher in Saßnitz von Bülow verabschiedete, hatte er zwar schon mit ihm von der Möglichkeit eines Zusammentreffens mit dem Zaren gesprochen, es war auch im allgemeinen davon die Rede gewesen, wie wichtig eine Vereinbarung mit Rußland sein würde; aber den Text des alten Vertrages ließ der Kaiser sich erst kurz vor der Zusammenkunft telegraphisch aus Berlin übermitteln.

Bülow war anfangs, als der Kaiser ihn telegraphisch seine Absichten mitteilte, darauf bereitwillig eingegangen, weil es ihm gut schien, den Zaren wenigstens soweit festzulegen, daß er nach dem Friedensschluß nicht sofort auf zu erwartende englische Werbungen höre. In eingehendem telegraphischen Meinungsaustausch hatte er schon vor der Übersendung des Vertragstextes an den Kaiser alle damit zusammenhängenden Fragen mit Holstein erörtert. Auch dieser äußerte sich zustimmend, obwohl man seinen Worten ein gewisses Widerstreben anmerkt. Er sagte sich offenbar, daß er den Kaiser doch nicht hindern könne, die Bündnisfrage mit dem Zaren zu besprechen, und riet daher nur, dieser möge nicht selbst davon zu reden anfangen, sondern den Zaren kommen lassen. Holstein gab auch den Rat, aus dem alten Entwurf die Bestimmung zu entfernen, wonach der Bündnisfall gegeben sein sollte, wenn eine der beiden Mächte von einer Europäischen Macht angegriffen werde, und dafür zu sagen „von zwei Mächten“, ohne die Einschränkung auf Europa. Er hielt dies darum für vorteilhafter, weil die Wahrscheinlichkeit sehr gering sei, daß Rußland von zwei Mächten zugleich angegriffen werde. Außerdem warnte er davor, wieder wie im vorigen Herbst zu verlangen, daß Rußland den Vertrag ohne vorherige Verständigung mit Frankreich abschließe, weil dadurch sein Zustandekommen stark gefährdet werden

würde. Wie er hoffen konnte, daß der Plan gelingen könne, wenn man ihn von Frankreichs Zustimmung abhängig mache, läßt sich kaum verstehen. Vielleicht hatte er doch von Anfang an den stillen Wunsch, daß die ganze Aktion schließlich scheitern möge. Bülow gab diesem Rat zwar Gehör, aber er wählte in seinem Telegramm an den Kaiser eine äußerst vorsichtige Form, indem er nur sagte: „Dagegen könnten wir uns damit einverstanden erklären, daß im Artikel 1 die Worte ‚par une puissance Européenne' ersetzt würden durch die Worte ‚par deux Puissances' (ohne Européennes)." Von Holsteins Bedenken gegen die Forderung aus dem vorigen Herbste in bezug auf Frankreich erwähnte er nichts [61]).

[61]) Vgl. den Telegrammwechsel zwischen Bülow und Holstein, 20.—24. Juli. Große Politik 19, 435—451.

Der Kaiser aber beachtete diese Anregung nicht; er ließ nicht nur die alte Fassung des ersten Artikels stehen, sondern fügte, obwohl Tschirschky wegen der Nichtbefragung des Reichskanzlers Bedenken äußerste, noch die Einschränkung hinzu, daß die Pflicht zur gegenseitigen Hilfsleistung auf Europa beschränkt sein solle. Er hielt es für besser, wenn Deutschland nicht verpflichtet sei, den Russen auch in Asien aktive Unterstützung zu gewähren. Der erste Artikel erhielt nunmehr folgenden Wortlaut: „Falls eines der beiden Reiche von einer Europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird der Verbündete ihr in Europa mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zu Wasser zu Hilfe kommen." Den zweiten Artikel, der jeden Separatfrieden ausschloß, ließ er unverändert. Einen dritten Artikel fügte er ganz neu hinzu. „Der gegenwärtige Vertrag erlangt seine Kraft von dem Augenblick an, in dem zwischen Rußland und Japan ein Frieden vereinbart sein wird, und bleibt in Kraft, solange er nicht mit einjähriger Frist gekündigt sein wird." Artikel 4 verpflichtete in der schon früher beabsichtigten Weise den Zaren, den Beitritt Frankreichs herbeizuführen.

Der Zar ging auf alles ein, weil er sich von Frankreich und aller Welt verlassen fühlte. Er war, wie der Kaiser sagte, in einer Stimmung, daß er auch noch ganz andere Dinge unterschrieben haben würde. Er sah in dem Kaiser, wie er ihm tränenden Auges versicherte, den einzigen Menschen, zu dem er wirklich Vertrauen haben könne.

Der Kaiser war in gehobenster Stimmung. Er glaubte, Gott habe ihn unmittelbar erleuchtet und sein Werk gelingen lassen. Er

erblickte in dem Tage von Björkö einen der großen Wendepunkte der Weltgeschiehte. Schon sah er im Geiste die kleinen europäischen Staaten, ja sogar Japan dem Bunde angegliedert. Mit dem Zaren überlegte er die Möglichkeit einer Neutralisierung Dänemarks unter deutsch-russischer Garantie mit dem Recht der beiden Staatsmächte, im Kriegsfall die dänischen Wasserstaßen zu besetzen. Aber die Freude wurde ihm sehr bald gründlich verdorben.

Bülow hatte zwar unmittelbar nach Empfang der ersten telegraphischen Mitteilung des Kaisers über die Unterzeichnung des Vertrages „mit tiefer Bewegung und innigem Dank“ seinen Glückwunsch ausgesprochen. „Zu diesem Erfolge sind allein Eure Majestät zu beglückwünschen, denn Eure Majestät allein haben diese Wendung ermöglicht und herbeigeführt.“ Als er aber den Wortlaut des Bündnisses erfuhr, kamen ihm Zweifel, ob die Beschränkung auf Europa den Vertrag nicht für Deutschland wertlos mache, da Rußland uns mit seiner aufgeriebenen Flotte und seinem geschwächten Heere gegen England nicht wirksam unterstützen könne. Er dachte daran, den formellen Fehler, der im Mangel der Mitunterzeichnung durch den Reichskanzler lag, zu benutzen, um den Vertrag hinfällig zu machen. Holstein erklärte anfangs das Bündnis auch in seiner neuen Fassung noch für nützlich, äußerte sich aber nach Empfang des ausführlichen Berichtes über den Hergang dahin, daß die günstige Stimmung des Zaren besser hätte ausgenutzt werden können. Der Zusatz „in Europa“ sei nur für Rußland vorteilhaft und der neue Schlußartikel, wonach das Bündnis erst nach dem Friedensschluß mit Japan wirksam werden sollte, sei ebenfalls in mehrfacher Hinsicht gefährlich. Durch diese Ausführungen Holsteins in seinen eigenen Bedenken bestärkt, erhob Bülow jetzt beim Kaiser Einspruch gegen die Worte „in Europa“. Er sah die einzige Möglichkeit, wie Rußland uns in einem Kriege mit England wirksam unterstützen könne, in einem Angriff auf Indien und Persien [62]). Der Kaiser hielt einen solchen in Übereinstimmung mit dem Chef des Generalstabes für unausführbar. Er sah den Wert der russischen Hilfe darin, daß sie uns den Rücken in Europa freihalte [63]). Bülow, der anfangs seine Einwände nur in Form von Zweifeln vorgebracht hatte, entschloß sich ganz plötzlich, um seine Entlassung zu bitten, da er die Verantwortung für die deutsche Politik nicht weiter zu tragen vermöge, wenn der Kaiser in so wichtigen Fragen Entschlüsse fasse, ohne ihn vorher zu hören [64]). Er tat das, obwohl er und Holstein der Ansicht waren, daß der Vertrag trotz dieses Mangels überwiegende Vorteile biete, namentlich den Anschluß Rußlands an die gefürchtete

Vierergruppe verhindern werde, und Holstein sogar glaubte, daß durch jede nachträgliche Forderung von Veränderungen das ganze Bündnis in Frage gestellt werden könne. Das Verhalten des Kanzlers läßt sich kaum anders erklären, als daß er die Gelegenheit für günstig hielt, sich die alleinige Leitung zu sichern und den Kaiser zu bindenden Zusagen zu bestimmen, daß er in Zukunft nicht mehr eigenmächtig eingreifen werde.

[62]) Tschirschky an Bülow, 27. Juli. Bülow an den Kaiser, 27. Juli. Holstein an Bülow, 26. Juli. Denkschrift Holsteins, 28. Juli. Große Politik 19, 468—476.

[63]) Der Kaiser an Bülow, 30. Juli. Bülow an den Kaiser, 30. Juli. Große Politik 19, 477 f.

[64]) Bülow an das Auswärtige Amt, 2. August; an Holstein, 5. August. Große Politik 19, 481—487. Das Entlassungsgesuch selbst befindet sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amtes.

In der Tat war der Kaiser völlig vor den Kopf geschlagen. Er erinnerte Bülow an ihre bisherige gemeinsame Arbeit, an die Ehrungen, die er ihm erwiesen — erst vor kurzer Zeit hatte er ihm die Fürstenwürde verliehen —, an die Geringfügigkeit der Differenz; an seine eigene Nachgiebigkeit gegen die von ihm mißbilligte Marokkopolitik. „Vergessen Sie nicht, daß Sie mich persönlich gegen meinen Willen in Tanger eingesetzt haben, um einen Erfolg Ihrer Marokkopolitik zu haben/4 Er erklärte, völlig am Ende seiner Nervenkraft zu sein, direkt vor dem Zusammenbruch zu stehen. Wenn er wirklich einen Fehler begangen habe, so sei es im guten Glauben geschehen. Gehe Bülow jetzt, so sei die ganze Politik des letzten Jahres desavouiert, er selbst, der Kaiser, auf ewig blamiert, „was ich nicht überleben kann“. „Der Morgen nach dem Eintreffen Ihres Abschiedsgesuches würde den Kaiser nicht mehr am Leben treffen [65]).“ Das war die Stimmung, in der der Kanzler den Kaiser haben wollte; er ließ ihn noch kurze Zeit zappeln und zog dann nach einer ausführlichen mündlichen Aussprache seine Drohung zurück. Welche Versprechungen ihm der Kaiser mündlich gemacht hat, wissen wir nicht; jedenfalls fühlte er sich jetzt sehr sicher im Sattel und meinte, der Kaiser werde alles tun, was er ihm rate [66]).

[65]) Bülow an das Auswärtige Amt, 9. August. Der Kaiser an Bülow, 11. August. Große Politik 19, 488 u. 496

[66]) Bülow an Holstein, 12. August. Große Politik 19, 498.

Wegen der von Bülow beanstandeten Worte im Vertrag wurde trotz Holsteins Bedenken eine briefliche Sondierung des Kaisers beim Zaren in Aussicht genommen, ob dieser nicht vielleicht in eine nachträgliche Änderung willigen werde; sie wurde aber vorläufig noch aufgeschoben, ein Zeichen, daß dem Kanzler die Sache selbst gar nicht so wichtig war [67]).

[67]) Aufzeichnung Bülows, 18. August. Größe Politik 19, 502.

Dieser ersten Enttäuschung des Kaisers sollte bald eine zweite noch unangenehmere folgen.

Am 7. August traten die russischen und japanischen Bevollmächtigten in der amerikanischen Stadt Portsmouth zusammen. Den ganzen August über dauerten die Verhandlungen, die mehrmals dem Scheitern nahe waren, da Rußland noch immer kein Land abtreten und keine Entschädigung zahlen wollte, während Japan auf der Abtretung der Insel Sachalin und einer Kriegsentschädigung bestand. Es bedurfte einer starken Einwirkung Roosevelts auf die Japaner und des vom Präsidenten zu Hilfe gerufenen Kaisers auf den Zaren, um schließlich die letzten Schwierigkeiten zu beseitigen [68]). Japan verzichtete auf die Entschädigung und Rußland willigte in die Abtretung von Südsachalin. Unter diesen Bedingungen fand Ende August die Einigung und am 5. September die Unterzeichnung des Friedensvertrages statt. Er war für Rußland immer noch hart genug, da er ihm den Verzicht auf die Mandschurei und Korea auferlegte und den bisherigen russischen Pachtbesitz auf Liaotung, Port Arthur und Dalny, an Japan übergehen ließ. Der Kaiser hatte dem Zaren geraten, das von ihm geplante Gesetz über die Einrichtung einer Volksvertretung so frühzeitig zu erlassen, daß der Vertrag dieser Versammlung vor der endgültigen Ratifikation nach vorgelegt werden könne. Wenn sie sich dann für Annahme entscheide, was zu vermuten sei, so werde sie die Verantwortung mit zu tragen haben, und der Zar werde seinem Volke gegenüber nicht allein als derjenige dastehen, der ihm einen ungünstigen Frieden auferlege. Nikolaus hatte jedoch diesen Rat nicht befolgt, weil er der Duma eine so einflußreiche Stellung von Anfang an nicht einzuräumen gewillt war.

[68]) Bussche, 23., 28., 31. August und 3. September (die beiden ersten Stücke Große Politik 19, 619 u. 626). Der Kaiser an den Zaren, 22. August, Goetz 195. Erlaß an Bussche, 24. August (19, 622).

Der Führer der russischen Bevollmächtigten in Portsmouth, Witte, nahm seinen Rückweg über Paris, wo er auf Wunsch der Franzosen vermittelnd in die noch immer nicht abgeschlossenen Verhandlungen mit Deutschland über das Programm der Marokkokonferenz einzugreifen suchte. Er riet den deutschen Vertretern zur Nachgiebigkeit, da sie sonst nur Englands Geschäfte besorgen würden [69]). Witte war sehr beunruhigt über den am 12. August erfolgten Abschluß eines neuen englisch-japanischen Bündnisses auf zehn Jahre. Darin war Korea ausdrücklich als japanisches, das indische Grenzgebiet als englisches Interessengebiet anerkannt. Die Einbeziehung Indiens bedeutete eine wesentliche Erweiterung der japanischen Verpflichtungen. Witte sagte, England habe dadurch für die Verteidigung seiner asiatischen Besitzungen eine Landarmee gewonnen. Noch wichtiger aber war es für Deutschland, daß England im Vertrauen auf die japanische Flotte einen großen Teil seiner in Ostasien stationierten Kriegsschiffe jetzt in Europa verwenden konnte. Witte sah die einzige Rettung vor der englischen Übermacht in dem Zusammenschluß der Kontinentalmächte; er behauptete, die Stimmung dafür sei in Frankreich augenblicklich so günstig wie nie und müsse benutzt werden.

[69]) Radolin, 23., 24. September. Rosen, 22. September. Große Politik 20, 582, 583, 579.

Von Paris reiste Witte nach Berlin, wo er von Bülow empfangen wurde. Er legte diesem die gleichen Gesichtspunkte dar. Der Kanzler sagte ihm, der Kaiser sei ganz der gleichen Meinung. Witte erhielt darauf eine Einladung, zu Wilhelm II. nach Rominten zu kommen. Bülow hatte dem Kaiser anheim gegeben, ob der Vertrag von Björkö dem russischen Minister, in dem man allgemein den kommenden Mann sah, nicht mitgeteilt werden solle. Nach telegraphisch eingeholter Erlaubnis des Zaren weihte der Kaiser persönlich Witte in das große Geheimnis ein. Wie er an Bülow berichtete, hatte der Russe Tränen in den Augen und war vor Rührung und Begeisterung zunächst nicht imstande, Worte zu finden. Dann sagte er: „Gott sei gelobt!“ Er habe das nie zu hoffen gewagt. Jetzt müsse man Frankreich allmählich gewinnen und bis dahin den Vertrag geheimhalten [70]).

[70]) Bülow an den Kaiser, 25. September. Der Kaiser an Bülow, 26. und 27. September. Große Politik 19, 505, 508.

Die Persönlichkeit Wittes ist zu schwer zu durchschauen, als daß man mit Sicherheit sagen könnte, ob dies alles ehrlich gemeint war oder nicht. Vielleicht spekulierte er nur auf die Hilfe des deutschen Geldmarktes für die große Anleihe, die Rußland nötig hatte, weil er in London nicht genügendes Entgegenkommen fand. Dem Kaiser machte er den Eindruck eines Mannes von ungewöhnlicher Scharfsichtigkeit, Voraussicht und Energie. Auch die augenblickliche Lieblingsidee des Kaisers, daß der Kontinentalbund von Amerika wirksam flankiert werden müsse, fand bei ihm begeisterte Zustimmung. Die Unterredungen mit Witte waren es auch, die den Kaiser bewogen, in der schon erzählten Art in die pariser Verhandlungen über das Konferenzprogramm einzugreifen.

Der Kaiser fühlte sich nach seiner Unterredung mit Witte des Erfolges so sicher, daß er dem Zaren vorschlug, sobald der Friede ratifiziert sei, den beiderseitigen Gesandten an allen fremden Höfen vorzuschreiben, daß sie stets zusammenarbeiten und sich gegenseitig von ihren Instruktionen und Ideen unterrichten sollten [71]).

[71]) Der Kaiser an den Zaren, 26. September, Goetz 206. Diese Idee war von Witte angeregt. Vgl. zu diesen Vorgängen die Darstellung Wittes in seinen Erinnerungen (Deutsche Ausgabe S. 278 f.). Er behauptet, den Wort laut des Vertrages von Björkö nicht erfahren zu haben, und sagt unverhohlen, daß er in dem Vorgehen des Kaisers einen Versuch erblickt habe, Deutschland ohne eigene Aufwendungen gegen Frankreich zu sichern oder gar sich mit Hilfe Rußlands nach Westen hin zu vergrößern. „Aber der Mensch denkt, und Gott lenkt.“ Offenbar war er schon damals nicht gewillt, diese Politik wirklich zu unterstützen. Als er in Petersburg, sagt er weiter, den Wortlaut gesehen habe, seien er und Graf Lamsdorff sofort der Meinung gewesen, daß ein Vertrag, der Rußland verpflichte, in einem deutsch-französischen Kriege auf deutscher Seite zu kämpfen, eine Felonie gegen Frankreich sei, und daß ein solches Bündnis für Rußland auch deshalb wertlos sei, weil dieses in einem Kriege mit England nur in Asien wirksam angegriffen werden könne, während Deutschland ihm dort nicht zu helfen verpflichtet sei. Der Zar sei von Wilhelm „benebelt“ worden und müsse zum Rücktritt bewogen werden.

Die Ratifikation des Friedensvertrages fand am 14. Oktober statt und damit war der Zeitpunkt gekommen, wo der Vertrag von Björkö in Kraft treten sollte. Kurz vorher aber schrieb der Zar an den Kaiser, der Vertrag sei zwar ein Dokument von ungeheurem Wert, müsse aber noch weiter ausgestaltet werden. Er habe leider in Björkö die mit Frankreich bestehenden Abmachungen nicht bei der Hand gehabt; diese dürften aber nicht verletzt werden. Die

ersten Sondierungen bei Frankreich hätten schon gezeigt, daß die Sache schwierig sein werde, weil man Gefahr laufe, Frankreich in die Arme der Gegner zu treiben; auch könne von Paris aus das Geheimnis verraten werden. Daher sei er für vollständige Geheimhaltung, bis Frankreich sich über seinen Beitritt entschieden habe; lehne es endgültig ab, so müsse man die beiden betreffenden Artikel soweit ändern, daß sie mit dem Zweibundvertrage vereinbar seien [72]). Es waren die alten Bedenken, die wir aus den Verhandlungen des vergangenen Winters kennen. Graf Lamsdorff und Witte hatten sie dem Zaren mit Hilfe des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch wirksam in Erinnerung gebracht. Durch sie war übrigens auch die französische Regierung in aller Stille bereits vom wesentlichen Inhalt des Vertrages verständigt worden. Über Paris gelangte die Kunde auch nach England, so daß man dort völlig über die auf einen Zusammenschluß des Kontinents hinzielenden Bestrebungen der deutschen Politik orientiert war.

[72]) Der Zar an den Kaiser, 7. Oktober. Große Politik 19, 512.

Der Kaiser antwortete am 12. Oktober, die Verpflichtung Rußland gegen Frankreich könne doch nur soweit Geltung haben, als letzteres dies durch sein Verhalten verdiene. Der Versuch Delcasses, im Bunde mit England einen Krieg gegen Deutschland heraufzubeschwören, müsse doch zu denken geben. Gegen die Wiederholung eines solchen Experiments wolle er geschützt sein. Gewiß werde es Zeit und Geduld kosten, Frankreich zu gewinnen. Jedenfalls aber sei der Vertrag von ihnen beiden unterzeichnet und mit Handschlag vor Gott besiegelt, der ihre Gelübde vernommen habe. Wenn der Zar einzelne Änderungen wünsche, so werde er gern genauere Vorschläge dazu erwägen. Bis zu neuen Verabredungen müsse aber der alte Wortlaut bestehen bleiben. „Was unterschrieben ist, ist unterschrieben, und Gott ist unser Zeuge [73])." Der Zar, dem die Sache offenbar recht peinlich war, antwortete erst nach längerem Zögern am 23. November, daß er vorschlage, dem Vertrag folgenden Artikel beizufügen: „In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich einem sofortigen Anschluß der französischen Regierung an den in Björkö unterzeichneten Bündnisvertrag entgegen stellen, wird vereinbart, daß der erste Artikel dieser Urkunde keinerlei Anwendung finden kann im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich, und daß die gegen seitigen Verpflichtungen, welche die letztere Macht mit Rußland verbinden, vollständig aufrecht erhalten bleiben bis zur Herstellung einer Vereinbarung zu dreien." Der Kaiser sandte den

Brief an Bülow mit der Bemerkung, jetzt sei der Zar endlich aus seinem Bau herausgekommen. Sein Vorschlag sei eine direkte Annullierung des Vertrages für den Fall eines deutsch-französischen Krieges. Das sei nun der Dank für unsere Haltung während der letzten Jahre. Er sei der Meinung, daß wir nun selbst versuchen müßten, Frankreich zu gewinnen. Dem Zaren antwortete er, er könne unmöglich annehmen, daß der Zweibund Rußland verpflichte, Frankreich auch bei einem Angriff gegen Deutschland zu unterstützen. Der alte Zar habe das stets entschieden bestritten. Wenn aber der Zweibund rein defensiv sei, so bestehe überhaupt kein Widerspruch zwischen beiden Verträgen [74]). Nikolaus erwiderte nur kurz, der Vertrag mit Frankreich sei rein defensiv; er sei der Meinung, daß der von ihm vorgeschlagene Artikel ruhig in Kraft bleiben könne, bis Frankreich völlig beitrete [75]). Da Deutschland auf einen derartigen Vertrag keinen Wert legte, so war das ganze Björkö-Abkommen damit in den Papierkorb geworfen.

[73]) Der Kaiser an den Zaren, 12. Oktober, Dokumente aus den Russischen Geheimarchiven 353 (Große Politik 19, 513); an Bülow, 12. Oktober (19, 515).

[74]) Der Zar an den Kaiser, 23. November. Der Kaiser an Bülow, 26. November. Der Kaiser an den Zaren, 28. November, Goetz 214. Große Politik 19, 522—526.

[75]) Telegramm des Zaren an den Kaiser vom 2. Dezember. Große Politik 19, 527. Übrigens hielt man auf deutscher Seite noch längere Zeit an der Fiktion fest, als bestehe trotz dieses Rückzuges des Zaren der Vertrag von Björkö fort. In einer Aufzeichnung des Legationsrats von der Bussche für den Kaiser zur Vorbereitung auf die Zusammenkunft mit dem Zaren in Swinemünde, die dem Reichskanzler am 15. Juli 1907 vorgelegt wurde, heißt es noch: „Den zu Björkö am 24. Juli 1905 von beiden hohen Souveränen unterzeichneten deutsch-russischen Defensivvertrag halten wir als (stillschweigend) zu Recht bestehend. Auf die von S. M. dem Kaiser von Rußland später gewünschte Zusatzdeklaration bezüglich Frankreichs ist S. M. der Kaiser nicht eingegangen, da nach der Erklärung des Zaren das französisch-russische Bündnis lediglich defensiven Charakter trägt, also mit dem deutsch-russischen Defensivvertrag nicht kollidiert. Hierbei hat sich Rußland beruhigt“ (19, 528 Anm). Das eingeklammerte Wort ist durchstrichen. Daß diese Formulierung den wahren Sachverhalt völlig verschleiert, liegt auf der Hand. Später ist, soviel ich sehe, von dem Vertrage nicht mehr die Rede gewesen.

Frankreich aber forderte nun von Rußland stärkere Garantien für sein unbedingtes Festhalten am Zweibund. Bei der Schwäche

und Bestimmbarkeit des Zaren konnte das nächste Mal gelingen, was diesmal mißlungen war. Man sah die Hauptgefahr in der persönlichen engen Verbindung der Monarchen; diese wurde nach alter Sitte durch die Militärbevollmächtigten hergestellt, die dem persönlichen Gefolge des fremden Herrschers zugeteilt waren. Ein ähnliches Verbindungsglied zur Person des Zaren fehlte der Republik. Es mußte hergestellt werden. Auf französischen Wunsch mußte der Zar einen französischen General in sein Gefolge aufnehmen. Er teilte dies dem Kaiser mit und fügte hinzu, es sei ihm selbst etwas sonderbar dabei zumute, einen republikanischen General so in seiner Nähe zu haben. Aber aus Rücksicht auf den wahren Sinn des Björkö-Vertrages habe er es möglich gefunden, diesen Wunsch zu erfüllen. Der Kaiser war entrüstet. Nicky, meinte er, werde immer kindischer. „Und das alles wird einem serviert unter der tränenfeuchten Maske nie ersterbender innigster Freundschaft [76]).“ Das Verhalten Rußlands während der Algesiras-Konferenz war geeignet, den deutschen Staatsmännern die letzten Illusionen zu rauben. Auch die persönliche Freundschaft zwischen den Herrschern hatte durch des Zaren Lossagung vom Björkö-Vertrage einen empfindlichen Stoß bekommen. Der Brief- und Telegrammwechsel wurde spärlicher und kühler im Ton.

[76]) Der Zar an den Kaiser, 21. Januar 1906. Der Kaiser an Bülow, 23. Januar. Große Politik 19, 628 Anm.

Ein an sich unmöglicher Versuch hatte auf diese Art sein Ende gefunden. Man fragt sich immer wieder, wie es möglich gewesen ist, daß nicht nur der leicht erregbare Kaiser, sondern auch so erfahrene Diplomaten wie Fürst Bülow und Holstein an das Gelingen haben glauben können? Was man letzten Endes beabsichtigte, ist nicht ganz klar. Zunächst wollte man sich, da die englische Stimmung immer feindseliger wurde, nun wenigstens Rußlands versichern. Man hoffte dadurch die Gefahr eines feindlich gestimmten Vierbundes zwischen England, Frankreich, Rußland und Japan abzuwenden, die man nun endlich zu sehen begann. Aber glaubte man wirklich, durch Rußland auch Frankreich gewinnen zu können, oder wollte man nicht im Grunde Rußland von Frankreich absprengen und ganz zum Dreibund hinüberziehen? Man gedachte wohl abzuwarten, wie die Dinge laufen würden; beide Lösungen schienen für Deutschland annehmbar. Aber wenn man die erstere überhaupt für denkbar hielt, ist es um so unbegreiflicher, daß man gleichzeitig Frankreichs Hand zurückstieß, als Rouvier ein koloniales Abkommen anbot, daß man die Franzosen reizte und durch den

erzwungenen Gang vor die Konferenz demütigte. Die Abneigung des Kaisers gegen die Marokkopolitik Bülows ging offenbar auch aus dem richtigen Gefühl hervor, daß sie die Chancen des Kontinentalbundes, den er wünschte, vermindere. Was hätte es denn genützt, wenn es dem Zaren wirklich gelungen wäre, durch Drohung mit Auflösung des Zweibundes Frankreich zum Beitritt zum Kontinentalbund zu zwingen? Konnte ein fast gewaltsam auferlegtes Bündnis mit einem grollenden Gegner irgendeine ernste Probe bestehen? Rechnete man aber auf ein Zerbrechen des Zweibundes infolge dieses russischen Druckes auf Frankreich, so hatte man die Festigkeit der Beziehungen zwischen Petersburg und Paris weit unterschätzt, und ebenso den Einfluß des verängstigten Zaren auf die russische Politik. Gewiß hätte die Herstellung besserer Beziehungen zu Rußland insofern einen Wert für uns haben können, als Frankreich dadurch von eigenen Feindseligkeiten oder der Unterstützung etwaiger englischer Angriffsabsichten zurückgehalten werden konnte. Der Kaiser meinte einmal, sobald den Franzosen klar sei, daß Rußlands Bajonette nicht mehr gegen uns gingen, würden sie sich hüten, „zu England überzugehen, dessen Flotte keine Räder hat und Frankreich gar nichts nützen könnte, um es vor uns zu schützen [77])“. Aber die Bestrebungen, die im Björkö-Vertrag gipfelten, gingen ja viel weiter, und eben darum waren sie zur Unfruchtbarkeit verurteilt.

[77]) Bemerkung des Kaisers zu Metternichs Bericht vom 2. Oktober igo5. Große Politik 20, 662.

So endete dieser Versuch, Rußland ganz zu gewinnen, mit einer Abkühlung der Beziehungen. Und ebenso wenig Erfolg hatten die fortwährend im Hintergründe auftauchenden Bestrebungen, das allmählich entstandene gute Verhältnis zum Präsidenten Roosevelt zur Grundlage einer allgemeineren Entente mit den Vereinigten Staaten zu machen. Wohl arbeiteten Roosevelt und der Kaiser gemeinsam an der Herstellung des Friedens zwischen Rußland und Japan; wohl traten sie gemeinsam für das Prinzip der „offenen Tür“ in China und Marokko ein; aber schon in dem letzteren Falle war die Übereinstimmung mehr eine scheinbare als eine wirkliche, da Deutschland ganz andere Hinterabsichten verfolgte. Und jedesmal, wenn eine Bindung für die Zukunft in Frage kam, wich Roosevelt vorsichtig aus, so sehr er auch betonte, daß ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland, England und Amerika ihm wünschenswert erscheine. Er konnte auch mit Rücksicht auf das Herkommen und die Stimmung seines Landes gar nicht anders handeln.

Tatsächlich war Deutschland schon zu Ende des Jahres 1905 recht isoliert. Der Verlauf der Algesiras-Konferenz sollte es noch deutlicher beweisen.

10. Algesiras. Rußlands Anschluß an die Entente

Die Niederlage Rußlands in Ostasien, die durch den Frieden von Portsmouth besiegelt war, muß als eines der entscheidendsten Ereignisse der letzten Jahrzehnte betrachtet werden. Sie veränderte die gesamte Weltlage.

Japan war nunmehr endgültig in den Kreis der Weltmächte eingetreten. England und Frankreich hatten sich unter dem Druck der Kriegsgefahr, die auch sie als Verbündete der Kämpfenden indirekt bedrohte, zusammengefunden und ihre kolonialen Differenzen beglichen. Ihre Verbindung hatte durch den Verlauf der Marokkokrise eine antideutsche Färbung erhalten. Würde die Entente nicht versuchen, auch Rußland für sich zu gewinnen, nachdem dessen für England gefährliche Expansionspolitik in Ostasien zum Stillstand gebracht war? Und mußte nicht überhaupt Rußland jetzt seine im letzten Jahrzehnt befolgte ostasiatische Politik einer gründlichen Revision unterziehen?

Die Wiederaufnahme einer russischen Eroberungspolitik großen Stils in Ostasien erschien jedenfalls für lange Zeit, wenn nicht für immer ausgeschlossen. Der Verlust an Prestige, den Rußland erlitten hatte, mußte an anderer Stelle wieder eingeracht werden. Mit einer Art Naturnotwendigkeit traten die bisher zurückgeschobenen Probleme der russischen Politik — Persien und der nahe Orient — jetzt in den Vordergrund und wurden bestimmend für ihre Gesamtrichtung. In den letzten zehn Jahren war die russische Front nach Ostasien gerichtet gewesen, und das Verhältnis zu Europa, zur Türkei und Persien unter dem Gesichtspunkt der Flankendeckung für den großen Hauptkampf erschienen.

Jetzt kehrte sich das Verhältnis um. Die Deckung des übriggebliebenen, nunmehr von keiner Seite bestrittenen ostasiatischen Besitzes wurde zu einer verhältnismäßig unbedeutenden Nebenaufgabe, und die Front wandte sich den Dardanellen und dem Balkan zu. Gerade nach und seit der Niederlage im fernen Osten erschien es den leitenden Kreisen Rußlands als unbedingt notwendig, für die Stellung ihres Reiches in der Welt, daß man hier im nahen Orient seine Macht zum mindesten behaupte, womöglich vergrößere. Im Inneren hatten die Verfassungskämpfe begönnen; jeder neue Mißerfolg in der

auswärtigen Politik drohte auch die Autorität der Regierung des Zaren im Innern zu erschüttern.

Die Wendung Rußlands nach Südwesten ließ jedoch befürchten, daß der seit einem Jahrzehnt stark zurückgetretene Gegensatz zu Österreich-Ungarn bald mit erneuter Wucht sich geltend machen werde. Das bedingte aber auch eine starke Gefährdung der deutsch-russischen Beziehungen und unter Umständen eine Bedrohung des europäischen Friedens. Diese Wendung der Dinge bedeutete den endgültigen Mißerfolg der seit 1895 von Deutschland verfolgten Politik. Wir hatten Rußland in seiner ostasiatischen Expansion bis zuletzt bestärkt, hatten es nach Kräften in diese Richtung gedrängt, hatten ihm Rückendeckung gegen Europa versprochen und gewährt — alles zu dem einen Zweck, um es im fernen Osten festzulegen, vom nahen Orient abzulenken und so die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Österreich zu vermindern. Nur auf dieser Grundlage konnte der Traum des Kontinentalbundes, der Vereinigung von Dreibund und Zweibund zu einer kompakten Gruppe der großen Landmächte gegen England, Japan und eventuell Amerika, entstehen. Wenn es überhaupt einen Zeitpunkt gab, wo eine Annäherung an dieses Ziel denkbar schien, so war es das Jahr unmittelbar nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges. Nach der neuen Entzweiung zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokkos war sie völlig unmöglich geworden und der Versuch des Kaisers, sie durch Überrumpelung des Zaren und Frankreichs doch zustande zu bringen, mußte naturgemäß scheitern. Aber der Friede von Portsmouth hätte dieser Kombination, auch wenn sie zeitweise zustandegekommen wäre, aller Wahrscheinlichkeit nach den Roden weggezogen. Die Voraussetzung der deutschen Politik gegenüber Rußland war eben gewesen, daß der Zar in Ostasien siegreich bliebe, oder daß wenigstens ein langsames zähes Ringen mit Japan sich entwickle und Rußlands Kräfte auf lange hinaus binde, ohne ihm die Hoffnung auf endgültigen Sieg zu nehmen. Die definitive Niederlage und die damit gegebene Liquidation der ostasiatischen Politik lenkte nicht nur den russischen Expansionsdrang nach dem Balkan, sondern machte auch die deutsche Rückendeckung entbehrlich.

Man wird nicht versäumt haben, dem Zaren immer wieder zu sagen, daß er vom Kaiser in diese zu einer Niederlage führenden Politik hineingedrängt worden sei, daß dieser dann seine Notlage habe ausnutzen wollen, um ihn ganz an Deutschland zu ketten und mit Frankreich zu verfeinden, daß sein argloses Vertrauen getäuscht worden sei. In dieser Zuspitzung waren solche

Vorwürfe sicher unberechtigt. Richtig war nur, daß Deutschland es seinen Interessen entsprechend gefunden hatte, Rußland in Ostasien festzulegen und von den — für die Russen selbst mindestens ebenso wichtigen, in den Augen vieler erheblich wichtigeren — Angelegenheiten des nahen Orients abzulenken. So enthielt die nun alsbald einsetzende Schwenkung der russischen Politik von Anfang an eine Spitze gegen Deutschland. Ein dumpfes Rachegefühl war zurückgeblieben, als ob Deutschland und sein Kaiser doch irgendwie mitschuldig seien an der Niederlage in China. Gerade weil der Einfluß des Kaisers auf den Zaren so groß gewesen war, hatten die Minister und Großfürsten ihn als eine unbequeme, feindliche Macht empfunden, und waren jetzt entschlossen, ihn nie wieder so stark werden zu lassen.

Die neue Politik erforderte auch neue Männer. Graf Lamsdorff trat am 12. Mai 1906 zurück und wurde durch Iswolski, bisherigen Gesandten in Kopenhagen, ersetzt. Ihn hatte König Eduard schon früher als den fähigsten russischen Diplomaten bezeichnet, und er wird es nicht unterlassen haben, den eitlen und dafür sehr empfänglichen Mann bei passenden Gelegenheiten durch persönliche Liebenswürdigkeit in seinen Bannkreis zu ziehen. Der Kaiser hatte Iswolski als russischen Botschafter für Berlin erbeten, offenbar in der Absicht, ihn dort für seine Politik zu gewinnen. Da ihn der Zar aber zum Minister machte, wurde aus diesen Plänen nichts. Auch Witte mußte um die gleiche Zeit zurücktreten, da er in der inneren Politik andere Wege gehen wollte wie die Großfürstenpartei und die übrigen Minister.

Wenn die neue Wendung in der russischen Politik sich nicht gleich in der Weltkonstellation fühlbar machte, so lag das an der augenblicklichen Schwäche des Zarenreiches. Das Heer mußte reorganisiert werden, die neue konstitutionelle Staatsform, die nach dem Willen des Zaren und seiner Ratgeber Schein bleiben, nach den Wünschen der Liberalen Wahrheit werden sollte, brachte schwere innere Reibungen und Kämpfe mit sich, die Finanzen waren aufs äußerste erschöpft, der Kredit geschwächt; dahinter erhob sich die große Land- und Bauernfrage, die Lebensfrage für dies Bauernland; und unterirdisch grollte die anarchistische Gefahr, aufzuckend in Attentaten und wilden Gewaltsamkeiten anderer Art. Eine aktive aggressive Außenpolitik war noch auf Jahre hinaus unmöglich; man mußte auch jetzt noch hinhalten und lavieren, bis die Kräfte wieder erstarkt und gesammelt waren. Aber es war doch ein gewaltiger Unterschied, ob man die Balkanfragen wirklich ruhen lassen wollte, wie im vergangenen Jahrzehnt, oder ob man sie nur für ein paar Jahre am

Erwachen hindern wollte, bis man bereit sei, sich ihrer anzunehmen..

Die neue Gruppierung der Mächte machte sich zuerst während der Konferenz von Algesiras deutlich fühlbar, die am 16. Januar 1906 ihre Sitzungen begann.

Die Beratungen können hier nicht im einzelnen geschildert werden. In Berlin verfolgte man hauptsächlich das Ziel, nicht isoliert dazustehen, da dies, nachdem man selbst so heftig auf die Konferenz gedrungen hatte, etwas Lächerlichzes gehabt haben würde. In der Sache wünschte man vor allen Dingen die Erteilung eines Generalmandats an Frankreich für die Gestaltung der Polizei zu verhindern und für Deutschland womöglich die Organisation der Polizei wenigstens in einem Hafenplatze am Atlantischen Ozean zu erlangen. An der internationalen Staatsbank sollte das Kapital aller Länder gleichmäßig beteiligt werden. Alle Einrichtungen sollten nur für drei Jahre Geltung haben, um Frankreich die Hoffnung zu lassen, daß bei etwaigen schlechten Erfahrungen nach Ablauf dieser Zeit eine andere Regelung getroffen werden könne, eventuell durch eine Separatverständigung mit Deutschland, wobei es auf Frankreichs Anerbietungen ankommen werde [1]).

[1]) Instruktion für die deutschen Bevollmächtigten, Entwurf vom 9. Dezember 1905. Endgültige Fassung Große Politik 21, 38 f. Aufzeichnung Mühlbergs über eine Beratung im Auswartiägen Amt, 25 Dezember. Große Politik 21, 28.

[2]) Aufzeichnung Bülows, 24. Februar 1906. Große Politik 21, 213.

[3]) v. Schön, 12. und 20. Februar 1906. Große Politik 21, 156 u. 192.

Deutschland hoffte auf die volle Unterstützung Österreichs und Italiens, aber auch auf eine wohlwollende Haltung Rußlands und Amerikas. Immer wieder wurde Präsident Roosevelt darauf hingewiesen, daß Deutschland in Marokko für die „offene Tür“ kämpfe, wie man es gemeinsam in Ostasien tue. Aber Roosevelt blieb sehr zurückhaltend; er sagte, man mache ihm sowieso den Vorwurf, daß er sich viel zu viel in Dinge mische, die Amerika nichts angingen; die meisten seiner Landsleute wüßten nicht einmal, wo Marokko läge.

Auch der Bundesgenossen war man nicht unbedingt sicher. Österreich, das um dieser ihm fernliegenden Dinge willen nicht gern in Schwierigkeiten geraten wollte, riet zur Vorsicht, damit

man nicht Rußland ganz auf die Seite der Entente treibe [2]). Italien war, wie sich sehr bald zeigte, durch seine früheren Abmachungen mit Frankreich stark gebunden und wollte sich die Chancen für die eigenen Pläne in Tripolis nicht durch Verstimmung der Entente verderben.

Rußland schien anfangs noch zum Vermitteln geneigt. Aber Graf Lamsdorff und Witte mahnten doch dringend zur Nachgiebigkeit, damit die Aussicht auf den großen von beiden Monarchen gewünschten Friedensbund nicht völlig verschwinde [3]). Im März gab die russische Regierung dann, offenbar von Paris gedrängt, öffentlich bekannt, daß sie die französischen Ansprüche für berechtigt halte und unterstützen werde [4]). Hier war also gar nichts mehr zu hoffen.

[4]) Erlaß an Schön, 22. März. Große Politik 21, 312.

Daß England zu Frankreich stehen werde, mußte man selbstverständlich erwarten. Man hatte es in London schon ungern gesehen, daß Frankreich sich auf die Konferenz überhaupt einließ. Die bisherige konservative Regierung blieb allerdings bei den Wahlen vom Januar 1906 in der Minderheit. Aber das neue liberale Kabinett, an dessen Spitze Campbell-Bannerman stand, während Sir Edward Grey das Auswärtige übernahm, verfolgte in diesen Fragen die bisherige Richtung. Schon als Führer der Opposition hatten die neuen Männer den Abschluß der Entente gebilligt. Grey ließ dem Grafen Metternich keinen Zweifel, daß er in der Marokkofrage Frankreich nötigenfalls mit den Waffen unterstützen werde. Sei diese Krise erst überwunden, sagte er, dann werde er gern sein Möglichstes für die Annäherung an Deutschland tun [5]). Auch vor der Öffentlichkeit bezeichnete er als sein Programm: Stärkung der Entente mit Frankreich, Herstellung guter Beziehungen zu Rußland und auch zu Deutschland, soweit die Rücksicht auf Frankreich das zulasse. Der neue Kriegsminister Lord Haldane, der als deutschfreundlich galt, meinte, Deutschland habe gewiß irgendeine Kompensationsforderung im Hintergründe, vielleicht eine Flottenstation an der atlantischen Küste. Es möge doch endlich offen damit herauskommen; Frankreich werde gewiß nichts dagegen haben und England auch nicht. Scherzend fügte er hinzu, der Chef der Admiralität, Lord Fisher, habe gesagt: „Wenn wir wirklich mal einen Krieg mit Deutschland hätten, würden wir dann etwas zu bombardieren haben.“ Vermutlich wollte er nur etwas über die deutschen Pläne zu erfahren suchen [6]).

[5]) Metternich, 3. und 4. Januar, 19. Februar. Große Politik 21, 45 und 51.

[6]) Metternich, 20. Februar. Große Politik 21. 179 u. 185.

Auch auf Spaniens Zustimmung hatte Deutschland gehofft. Dort fühlte man sich in der Tat benachteiligt durch die Franzosen und wäre vielleicht gern mit Deutschland gegangen; aber, von Frankreich und England mit direkten Drohungen bearbeitet, wagte man keine offene Unterstützung.

So waren die Aussichten für Deutschland von Anfang an recht betrübend. Man stand in Gefahr, ganz isoliert zu werden. Was sollte werden, wenn die Konferenz resultatlos auseinanderginge? Würde sich dann nicht die kaum gehobene deutsch-französische Spannung erneuern und die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes wegen einer verhältnismäßig geringfügigen Frage nochmals auftauchen?

Einige Vorfragen wurden ziemlich leicht erledigt. Dann aber verlangte Frankreich eine erhebliche Vorzugsbeteiligung bei der Bank und deren Unterordnung unter die französische Rechtsprechung. Ferner wollte es die Organisation der Polizei ausschließlich für sich und Spanien in den vereinbarten Interessensphären reserviert wissen. Darauf erklärte der deutsche Vertreter, er müsse auf einer wirklich internationalen Gestaltung dieser Einrichtungen bestehen und drohte mit Sprengung der Konferenz, wenn die Franzosen auf ihren Forderungen beharrten.

Die Situation wurde dadurch noch erschwert, daß Anfang März in Paris Rouvier gestürzt wurde, der stets für eine Verständigung mit Deutschland eingetreten war. Die Seele des neuen Ministeriums Bourgeois war Georges Clemenceau, Deutschlands bitterster Feind, einer der Führer der Revanchepolitik [7]).

[7]) Radolin, 14. März. Große Politik 21, 291.

Nur mühsam ließ sich Frankreich nach und nach zu einigen kleinen Konzessionen bestimmen und gegen Ende März waren die Beratungen im wesentlichen beendigt; am 8. April konnte die „Algesiras-Akte“ unterzeichnet werden.

Das Ergebnis war im wesentlichen folgendes: Die zu errichtende Polizeitruppe in den acht Häfen Marokkos sollte zunächst auf fünf Jahre von französischen und spanischen

Offizieren geführt werden; den Oberbefehl sollte ein von der Schweiz zu bestimmender Generalinspekteur mit dem Sitz in Tanger haben. Die Aufsicht über die Bank sollte von vier Zensoren geführt werden, die Frankreich, England, Spanien und Deutschland zu ernennen haben sollten; von den 15 Bankanteilen erhielt Frankreich drei, die übrigen beteiligten Mächte je einen; Klagen gegen die Bank sollten in letzter Instanz vom schweizerischen Bundesgericht in Lausanne entschieden werden.

Während man offiziell die Parole ausgab, daß ein befriedigendes Kompromiß, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gebe, in Algesiras zustandegekommen sei, und während Bülow verkündete, der prinzipielle Rechtsstandpunkt Deutschlands sei glänzend gewahrt, erschien den meisten anderen dieser Ausgang als eine Niederlage Deutschlands. Seine Isolierung war deutlich zutage getreten; nur Österreich hatte, wenn auch bedenklich und zögernd, die deutsche Politik wirklich unterstützt; Italien hatte deutlich seinen Wunsch gezeigt, es weder mit dem Dreibund noch mit der Entente zu verderben und war so in eine Art Mittelstellung gerückt. Rußland hatte sich unbedingt zu seinem französischen Alliierten bekannt. Das Ergebnis der ganzen Anstrengungen war, daß die Souveränität des Sultans und die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen zwar nochmals formell anerkannt wurde — wozu Frankreich übrigens stets bereit gewesen war —, daß aber die Organisation der Polizei im wesentlichen und die Herstellung der Ruhe in den Grenzbezirken vollständig an Frankreich überlassen wurde, dessen Sonderstellung ja von Deutschland bereits im voraus anerkannt war.

In Berlin glaubte man sich wenigstens die Zukunft offen gehalten zu haben. Man hatte das dem Sultan gegebene Wort eingelöst; wenn er nun, wie vorauszusehen war, mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften Ruhe und Ordnung nicht herzustellen vermochte, so konnte Deutschland seine Hände in Unschuld waschen. Es galt jetzt abzu warten, bis sich die Undurchführbarkeit der geplanten Reformen gezeigt habe, bis abei' auch Frankreich sich überzeugt habe, daß es ohne Deutschlands Zustimmung Marokko nicht einstecken könne; dann, meinte man, werde die Zeit gekommen sein, wo man von Paris aus von neuem nach dem Preise dieser Zustimmung fragen werde, und dann könne man, von den früheren Zusagen durch das Zustandebringen der Konferenz gelöst, seine Forderungen stellen, ohne sich dem Vorwurf des Wortbruchs auszusetzen. Es muß nochmals betont werden, daß die ganze Marokkopolitik Bülows

und Holsteins vom Kaiser nicht gebilligt wurde. Die Angebote Rouviers zu einem allgemeinen Kolonialabkommen im Sommer 1905 hatte man ihm völlig vorenthalten; als er zwei Jahre später durch ein Gespräch mit dem Fürsten Radolin davon Kenntnis erhielt und sich die Akten vorlegen ließ, hat er dazu bemerkt: „Wenn ich was davon erfahren hätte, wäre ich umgehend darauf eingegangen, und die ganze dämliche Algesiras-Konferenz wäre nicht gewesen [8]).“

[8]) Immediatbericht Tschirschkys vom 31. August 1907 unter Vorlage der Berichte des Fürsten Radolin und des Botschaftsrats v. Flotow aus dem April und Mai 1905, mit Randbemerkungen des Kaisers.

Noch vor der Unterzeichnung der Algesiras-Akte verließ Herr von Holstein, der heimliche Lenker unserer Politik seit 1890, den Schauplatz seiner Taten, ebenso unbeachtet von der Öffentlichkeit, wie sein ganzes Wirken gewesen war. Fürst Bülow scheint an der Richtigkeit der von ihm empfohlenen Politik durch den Verlauf der Konferenz irre geworden zu sein. Als er sah, wie Holstein auch während ihrer Beratungen fortwährend erschwerend eingriff und immer wieder mit dem gefährlichen Gedanken liebäugelte, die Konferenz resultatlos auseinandergehen zu lassen, nahm er schließlich die Leitung der Sache selbst in die Hand und zog auch andere Ratgeber zu. Holstein, der gewohnt war, in wichtigen Fragen seine Denkschriften und Ratschläge als Orakel betrachtet zu sehen, nahm das übel und verlangte seine Entlassung, wohl in der Hoffnung, daß sie nicht angenommen werden würde. Nachdem aber Staatssekretär v. Tschirschky, der Holsteins Einfluß besonders unangenehm empfand, mit stillschweigender Zulassung Bülows die Genehmigung beim Kaiser beantragt hatte, wurde sie am 5. April 1905 erteilt. Holstein behielt übrigens auch weiterhin einen starken Einfluß auf die Entschließungen Bülows, obwohl er sich jetzt in keiner offiziellen Stellung mehr befand. Er lebte noch einige Jahre, verbittert und begierig nach Rache an den Urhebern seines Sturzes, zu denen er in erster Linie merkwürdigerweise den Fürsten Philipp Eulenburg rechnete, der offenbar ganz unbeteiligt daran war. Holstein behielt die Überzeugung, daß alles Unheil vom Kaiser und seinem plötzlichen Eingreifen herrühre, bedachte aber nicht, daß in den beiden wichtigsten Fragen er selbst im Verein mit Bülow die Entscheidung gegeben hatte, in der einen sogar ohne den Kaiser zu fragen: als das englische Bündnisangebot von 1901 an jene Bedingungen geknüpft wurde, die England abschreckten, und als 1905 Rouviers Angebot einer kolonialen Generalverständigung mit Frankreich

unbeachtet gelassen wurde. Die Politik der „freien Hand“, der „zwei Eisen“ und der „Kompensationen“, deren unermüdlicher Vorkämpfer er gewesen war, konnte bei der veränderten Weltlage ohnehin nicht weitergeführt werden. Aber was sollte an ihre Stelle treten?

Aus der Marokkokrise und der Algesiraskonferenz war der Dreibund geschwächt, der Zweibund unversehrt und die französisch-englische Entente wesentlich gestärkt her vor gegangen.

Als England und Frankreich sich 1904 recht mühsam zusammenfanden, wurde ihre Annäherung Von der öffentlichen Meinung beider Länder ohne Begeisterung aufgenommen. Die liberale Opposition in England übte scharfe Kritik an dem Vertrag und in Frankreich war Faschoda in weiten Kreisen noch unvergessen. Daß Frankreich mit Rußland, England mit Japan verbündet war, während Rußland und Japan in blutigem Kriege miteinander standen, war ein für das engere Zusammenwachsen gefährliches Moment, obwohl gerade der Wunsch, in diesen Krieg nicht hineingerissen zu werden, die Verständigung beschleunigt hatte. Der Vertrag von 1904 war kein eigentliches Bündnis, sondern nur eine Bereinigung alter kolonialer Streitfragen und eine Abgrenzung der Interessensphären. Der einzige Fall, in dem ein Zusammengehen gegen dritte daraus hervor gehen konnte, war der, wenn eine andere Macht die hier vollzogenen Abgrenzungen bestritt oder unwirksam zu machen suchte. Und dies konnte wieder nur in bezug auf Marokko eintreten, weil die über dieses Land getroffenen Abmachungen ein bisher nicht im Besitz der beiden vertragschließenden Mächte oder unter ihrem ausschließlichen Einfluß stehendes Gebiet betrafen, wo also ein ebenfalls interessierter Dritter Ansprüche erheben konnte. Spanien hatte man im voraus berücksichtigt, Italien abgefunden; so war Deutschland der einzige Staat, der möglicherweise ebenfalls Ansprüche erheben konnte. Daß Deutschland hier wirtschaftliche, vertragsmäßig gesicherte Interessen wahrzunehmen hatte und selbst bei einer etwaigen Aufteilung gern einen Anteil bekommen hätte, wußte man in London aus den früheren Verhandlungen mit Berlin sehr gut, und auch in Paris wird man darüber nicht im Zweifel gewesen sein. Daher konnte der Vertrag eine gemeinsame Verteidigung der getroffenen Vereinbarungen gegen Deutschland nach sich ziehen. Indessen glaubte man wohl, daß Deutschland sich bei der verhältnismäßigen Geringfügigkeit seines marokkanischen Handels mit dem Geschehenen stillschweigend abfinden werde.

Und insofern mag es ehrlich gewesen sein, wenn Balfour später versicherte, er würde den Vertrag nie abgeschlossen haben, wenn er geglaubt hätte, daß ein ernster Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland daraus entstehen werde [9]).

[9]) Metternich, 31. Januar 1907. Große Politik 21, 470.

Die Stimmung der Engländer gegen Deutschland hatte sich seit dem Scheitern der Bündnisverhandlungen fortwährend verschlechtert und wir haben bereits gesehen, wie unmittelbar darauf das Schreckbild der deutschen Gefahr in der englischen Presse auftauchte, wie die deutsche Flotte als möglicher Feind zu erscheinen begann, und wie man, um für einen jetzt denkbar erscheinenden Krieg gegen Deutschland gerüstet zu sein, die Aufstellung der englischen Flotte veränderte. Die Berichte der deutschen Botschaft in London machten pflichtgemäß darauf aufmerksam. Seit Anfang 1904 wiesen Metternich und sein Botschaftsrat Graf Bernstorff immer wieder darauf hin, daß man Deutschland und seine wachsende Flotte mit Mißtrauen betrachte, ihm böse Absichten gegen England und sein Kolonialreich, ja die systematische Vorbereitung eines militärischen und wirtschaftlichen Kampfes zutraue [10]). Gelegentlich wurde in der Presse schon die Frage erörtert, ob England nicht das Praevenire spielen und die deutsche Flotte vernichten solle, solange es noch leicht sei. Wenn unser Botschafter auch der Ansicht war, daß die große Mehrzahl des englischen Volkes keinen Krieg wolle, auch der König nicht, der als Friedensfürst im Andenken der Nachwelt fortzuleben wünsche und im Grunde deutschfreundlich sei, und daß solche Pläne einzelner unverantwortlicher Persönlichkeiten keinen Einfluß auf die praktische Politik gewinnen würden, war man in Berlin doch so beunruhigt, daß man Ende 1904 ernstlich erwog, ob nicht Verteidigungsmaßregeln gegen einen plötzlichen Überfall getroffen werden müßten [11]). Sagte doch in einer öffentlichen Rede der Zivillord der englischen Admiralität, Lee (3. Februar 1906), man müsse den Deutschen den weiteren Ausbau ihrer Flotte verbieten; sollte es übrigens zum Kriege kommen, so werde die deutsche Flotte vernichtet sein, bevor man Zeit gehabt habe, die Kriegserklärung in der Zeitung zu lesen. Auch Bülow fragte sich infolgedessen, ob England nicht wirklich feindliche Absichten habe und welches eigentlich die Objekte seien, um deren Besitz es glaube mit uns kämpfen zu müssen? Er suchte sie in Ostasien12). Aber er selbst führte, wie wir wissen, den ersten Zusammenstoß an anderer Stelle herbei.

[10]) Z. B. Metternich, 13. November 1904. Große Politik 19, 299. Graf Bernstorff, 6. September 1904 und 22. April 1905. Große Politik 19, 218 und 20, 609.

[11]) Aufzeichnung Bülows, 29. November. Gutachten Klehmets und Holsteins, 3. und 4. Dezember 1904. Große Politik 19, 357.

[12]) Erlaß an Sternburg, 5. Februar (Große Politik 19, 568) und 29. März 1905.

Im Frühjahr 1905 meldete Deutschland seinen Anspruch an, bei der Entscheidung über das künftige Schicksal Marokkos mitzusprechen. Man war in London nicht gewillt, ihm das zu gestatten, und entschlossen, Frankreich in seinem Widerstand dagegen die Stange zu halten. Der Vertrag verpflichtete England nur zu diplomatischer Unterstützung. Diese wäre aber nutzlos gewesen, wenn man nicht bereit gewesen wäre, ihr im Ernstfall Taten folgen zu lassen. Erst ausführliche englische Veröffentlichungen werden uns volle Klarheit darüber geben können, wie weit die englische Regierung oder König Eduard persönlich in ihren Zusagen gegangen sind. Noch beim Zusammentritt der Konferenz waren weite Kreise in England überzeugt, daß Deutschland nur einen Vorwand zum Kriege gegen Frankreich suche. Auch der König glaubte in unserer Haltung wenigstens eine Demonstration gegen die Entente zu sehen [13]). Daß sie, wenn Frankreich angegriffen werde, mit den Waffen für den Vertrag von 1904 einzutreten entschlossen seien, haben die englischen Minister sowohl den Franzosen wie unseren Vertretern wiederholt gesagt, und darüber kann kein Zweifel bestehen [14]). Ob bestimmte Maßregeln verabredet worden sind, wissen wir nicht. Daß damals über ein wirkliches Bündnis gegen Deutschland verhandelt worden sei, ist von englischer Seite bestimmt in Abrede gestellt worden [l5]). Jedenfalls ist es zu weiteren vertragsmäßigen Abmachungen nicht gekommen. Ob England versucht hat, Frankreich auf die Gefahr eines Krieges hin von der Annahme der deutschen Konferenzforderung abzuhalten, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Jedenfalls glaubte man es bei uns nach Delcassés Enthüllungen in der Presse, obwohl diese dementiert wurden, und war erbittert darüber, daß England wegen einer Frage, die gar nicht seine eigenen Interessen betreffe, nur Frankreich zuliebe, unter Umständen gegen uns Krieg zu führen bereit gewesen sei [16]). Aus dieser Stimmung erklären sich die Worte des Kaisers bei der Enthüllung des Moltke-Denkmals, man müsse das Schwert scharf und das Pulver trocken halten und alle Kräfte zusammenfassen, die damals und

später oft mit Unrecht als Beweis für seine kriegerischen Absichten verwertet worden sind.

[13]) Metternich, 14. August 1906 (Große Politik 20, 651) und 4. Januar 1906 (21, 51). Der Kaiser an Bülow, 29. Dezember 1905 (über eine Unterredung mit A. Beit) (20, 690).

[14]) Bernstorff, 1. Mai 1905. Metternich, 14. August. Große Politik 20, 618 u. 651.

[15]) Metternich, 28. Juni igo5. Große Politik 20, 635.

[16]) Der Kaiser an Bülow, 29. Dezember 1906. Metternich, 2. November 1906. Große Politik 20, 690 u. 672.

Die Krisis ging vorüber. Englands unbedingte Unterstützung der französischen Ansprüche hatte die Entente in Frankreich populär gemacht, namentlich die nationalistisch gesinnten Kreise mit der neuen politischen Richtung ausgesöhnt. Man war dort vielfach überzeugt, daß Deutschland den Krieg gewollt habe und nur zurückgewichen sei, als es gemerkt habe, daß England fest zu seinem Verbündeten stehe. Das französische Selbstvertrauen wuchs; man glaubte jetzt, dank der Entente, von Deutschland nichts mehr fürchten zu müssen, selbst wenn Rußland einmal nicht helfen könne oder wolle. In England begrüßte die öffentliche Meinung das Eintreten der Regierung für die einmal geschlossenen Verträge. Die Regierung unterstützte auch in Algesiras durch ihren klugen und geschickten, Deutschland stets wenig freundlich gesinnten Vertreter, Sir Arthur Nicolson, die Franzosen nach Kräften. Sie wurde zu dieser Haltung aber nicht mehr allein durch den unterschriebenen Vertrag, sondern durch ihre allgemeine Beurteilung der Weltlage veranlaßt. Rußland war von Japan geschlagen und durch innere Wirren geschwächt, also voraussichtlich längere Zeit aktionsunfähig. Deutschland war, sogar ohne direkte Hilfe seiner Verbündeten, Frankreich allein militärisch weit überlegen. Man fürchtete immer noch, daß es versuchen werde, die Gunst dieser Situation auszunutzen und Frankreich völlig niederzuwerfen [17]). Wie würde dann Englands Lage sein?

[17]) So schon Bernstorff, 1. Mai 1906 (Große Politik 20, 618). Vgl. den Brief des Kaisers vom 29. Dezember (20, 690).

Der Chef des deutschen Generalstabes, General v. Moltke, hat im Februar 1906 auf Grund ihm zugegangener Nachrichten dem Reichskanzler folgendes Bild der englischen Erwägungen

entworfen: Ein deutscher Sieg auf dem Festlande könne und werde von England nicht zugelassen werden. Er werde nach Ansicht der Engländer zur dauernden Besetzung Belgiens und der flandrischen Küste durch Deutschland und zur Angliederung Hollands an die deutsche Politik in irgendeiner Form führen. Das würde ein schwerer Nachteil für den englischen Handel und eine Verstärkung der Invasionsgefahr sein. England werde gewaltige Ausgaben machen müssen, um sich dagegen zu schützen. Ferner werde es dadurch gezwungen werden, seine Heimatarmee dauernd im Lande zu behalten, so daß Indien nicht mehr genügend gedeckt werden könne. Auch die bisherige Flotte werde dann nicht mehr ausreichen. „Die Selbsterhaltung Englands verlange daher sein Eingreifen in einen kontinentalen Krieg, um einem derartigen Übergewicht Deutschlands vorzu beugen — es sei denn, daß sich die deutsche Regierung bereit erkläre, die Selbständigkeit Hollands und Belgiens unbedingt sicherzustellen, selbst wenn Belgien, durch die Verhältnisse gezwungen, sich an Frankreich anschließe. Daß man von einem siegreichen Deutschland die Erfüllung einer derartigen Forderung erwarten könne, sei aber ausgeschlossen.“ Werde also die Garantie vor Kriegsausbruch nicht gegeben, so müsse England eingreifen, nicht nur mit seiner Flotte, sondern auch durch Landung einer Armee, wenn es gelinge, die deutsche Flotte zu vernichten in Schleswig und Jütland, oder, wenn dies mißlinge, an der belgischen und holländischen Küste [18]).

[18]) General v. Moltke an Bülow, 23. Februar 1906. Große Politik 21, 025.

In der Tat ist die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts, die Sorge vor einer Hegemonie Deutschlands auf dem Kontinent eines der wesentlichsten Motive der englischen Politik seit 1904 gewesen. Die Kunde vom Abschluß des Björkö-Vertrages, von den Versuchen des Kaisers, den Kontinent gegen England zusammenzuschließen, konnte diese Besorgnisse nur verstärken.

Der gemeinsam in Algesiras errungene Erfolg schweißte die Entente noch fester zusammen. Graf Monts sprach damals auf Grund von Äußerungen des englischen Botschafters in Rom seine Meinung dahin aus, daß man in ihr kein Augenblicksbündnis mehr sehen dürfe, sondern sie als mindestens auf ein Menschenalter festgelegt betrachten müsse. Niedergeschlagen bemerkte der Kaiser dazu: „Also für meine Generation ist eine Beziehung zu Gallien nicht mehr zu erhoffen. England ist mit Frankreich von der deutschen Presse zusammengeschimpft worden und nun sind sie

zusammen, und Gallien unter Englands Einfluß [19]).“ Seit 1905 begannen auch die Besprechungen zwischen dem englischen und französischen Generalstab über das militärische Zusammenwirken beider Heere und Flotten im Kriegsfall, wobei Deutschland als der etwa zu bekämpfende Feind vorausgesetzt wurde, und aus denen später eine förmliche Militär- und Marinekonvention erwuchs. Schon damals versuchte man bekanntlich, auch das neutrale Belgien in diese militärischen Vereinbarungen mit hineinzuziehen.

[19]) Graf Monts, 3. März 1906, mit Bemerkungen des Kaisers. Große Politik 21, 246 f.

Begreiflicherweise entstand in Frankreich alsbald das weitere Bestreben, den alten und den neuen Freund, England und Rußland, miteinander zu versöhnen. König Eduard hatte längst eine Verständigung mit Rußland ins Auge gefaßt und dies im Sommer 1904 in Kiel dem Reichskanzler ganz offen gesagt. Die von ihm vorausgesehene Niederlage Rußlands in Ostasien mußte aber erst auf der anderen Seite die notwendigen psychologischen Vorbedingungen schaffen. Diese Voraussetzung war jetzt erfüllt. An Iswolskis Bereitschaft zu einer vollen Liquidierung des ostasiatischen Geschäfts war nicht zu zweifeln. Unerfüllbare russische Forderungen waren nicht mehr zu fürchten und daß England kulant sein konnte, hatte es Frankreich gegenüber bewiesen. Wir kennen die einzelnen Phasen der englisch-russischen Annäherung noch nicht genauer. Bereits am 13. Januar 1905 forderte der „Temps“ einen Dreibund der Entente mit Rußland, und die englische Presse nahm den Gedanken sympathisch auf [20]). Im Spätherbst erfuhr Metternich vom Grafen Benckendorff, dem russischen Botschafter in London, Lansdowne habe eine Verständigung über Persien, Afghanistan und Tibet vorgeschlagen, die eigentlichen Verhandlungen hätten aber noch nicht begonnen [21]). In Deutschland sah man begreiflicherweise in dieser Möglichkeit eine schwere Gefahr, glaubte aber noch nicht recht an ihre Verwirklichung. Stand doch der Kaiser damals noch mit dem Zaren in engster Freundschaft. Er fürchtete vielmehr, daß die Engländer die russische Revolutionspartei unterstützen würden, um den Zaren loszuwerden, mit dem für sie nichts zu machen sei, und um eine liberale russische Regierung zu schaffen, die mit dem „liberalen“ England und Frankreich gegen das „reaktionäre“ Deutschland zusammengehe [22]). Man erblickte in dem russischen Botschafter in London, Grafen Benckendorff, der bei König Eduard sehr beliebt war, den hauptsächlichen Vermittler zwischen London und Petersburg und wird damit wohl recht gehabt haben [23]).

[20]) Metternich, 5. Februar 1905.

[21]) Metternich, 22. Oktober. Große Politik 19, 663 u. 668.

[22]) Metternich, 1. November 1906, mit Bemerkungen des Kaisers.

[23]) Metternich, 22. Oktober. Bülow an Metternich, 6. November 1906. Große Politik 19, 671.

Der schon erwähnte Übergang der Regierung von den Konservativen an die Liberalen in England zu Anfang des Jahres 1906 hat vielleicht die Verhandlungen mit Rußland etwas verlangsamt, da die Liberalen dem autokratischen Zaren mißtrauischer gegenüberstanden als ihre Vorgänger. Schließlich haben aber die Erwägungen, die König Eduard und Lord Lansdowne zur Anknüpfung mit Rußland bewogen hatten, auch auf Campbell-Bannerman und Grey ihren Eindruck nicht verfehlt. Langsam und zögernd kam man sich näher. Im Sommer schrieb der Zar dem Kaiser, England liege ihm beständig wegen einer Verständigung über Zentralasien in den Ohren, und dieser erwiderte, einen Ausgleich der dort bestehenden Gegensätze könne Deutschland nur willkommen heißen.

Im August 1906, als die Zusammenkunft des Kaisers mit König Eduard in Cronberg am Taunus bevorstand, riet Bülow dem ersteren, keine Empfindlichkeit gegen die englisch-russischen Verhandlungen zu zeigen, höchstens die Hoffnung auszudrücken, daß die bevorstehende Verständigung keine Spitze gegen Deutschland haben werde, da in unserer Isolierung eine Gefahr für den Frieden liegen werde [24]). Direkt wurde diese Frage in Cronberg nicht berührt, wohl aber wurde von beiden Seiten dem Wunsche nach besseren Beziehungen zwischen Deutschland und England Ausdruck gegeben [25]). Kurz darauf sagte der englische Kriegsminister Haldane einem unserer Vertreter, an eine Triple-Entente denke man nicht, wisse auch, daß deren Abschluß schon nach der geographischen Lage für Deutschland „inacceptabel“ sei [26]). Von russischer Seite versicherte Iswolski, als er im Oktober 1906 zweimal Berlin passierte, die Verhandlungen mit England seien noch in den Anfängen; es handle sich dabei um weit geringere Dinge, als die Presse glauben machen wolle, im wesentlichen um die Herstellung eines modus vivendi in Persien, Tibet und Afghanistan. Rußland müsse sich gegen einen etwaigen neuen japanischen Angriff den Rücken freizuhalten suchen. Er behauptete, von Anfang an verlangt zu haben, daß der Vertrag

keine Spitze gegen Deutschland haben und die Interessen dritter picht verletzen dürfe [27]).

[24]) Bülow an Tschirschky, 13. August 1906. Große Politik 21, 449.

[25]) Aufzeichnung Tschirschkys, 15. August. Diktat des Kaisers über seine Besprechung mit König Eduard, 15. August. Bülow an das Auswärtige Amt, 16. August. Große Politik 21, 453 f.

[26]) Tschirschky an Metternich, 4. September. Große Politik 21, 459.

[27]) Aufzeichnungen Schöns, l3. und 30. Oktober. Aufzeichnung Mühlbergs, 29. Oktober 1906.

In Berlin glaubte man seine Beunruhigung nicht zeigen zu dürfen. Auch Österreich gegenüber stellte man sich absichtlich unbesorgter als man war [28]). Man fürchtete aber zunächst, daß England, Rußland und Frankreich gemeinsam die Vollendung der Bagdadbahn verhindern und sich später in den Balkan- und Meerengenfragen über eine den Mittelmächten unvorteilhafte Lösung einigen könnten. Man glaubte zu bemerken, daß Rußland schon jetzt in Balkanfragen zuerst mit England Fühlung nehme, nicht wie früher mit Deutschland und Österreich. Auch in Wien teilte man die letzteren Befürchtungen durchaus [29]). Irgend etwas dagegen zu unternehmen, hielt man nicht für möglich. Vielleicht hätte man Rußland zurückhalten können, wenn Österreich damals bereit gewesen wäre, ihm volle Aktionsfreiheit in den Meerengen zu gewähren; aber die führenden Männer in Wien waren nach wie vor dagegen. Vielleicht hätte man auch in Berlin die russischen Wünsche nach deutschem Kapital zuvorkommender behandeln können, als es geschehen ist. Man tat nichts von alledem, sondern sah ruhig, aber sorgenvoll zu, wie der Ring sich um Deutschland zu schließen begann. Bülow selbst fürchtete, wenn Rußland und England sich einigten und wenn ihre Verbindung eine Spitze gegen Deutschland erhalte, werde in kurzer Zeit ein großer internationaler Krieg entstehen, der, wie er auch ausgehen möge, für uns nur unerwünschte Folgen haben könne [30]).

[28]) Bülow an den Kaiser, 31. Mai 1906 (Ratschläge an die bevorstehende Reise nach Wien). Aufzeichnung Tschirschkys über die Besprechungen in Wien, 8. Juni. Große Politik 21, 360, 362.

[29]) Miquel, 1. September 1906 (Äußerungen Aehrenthals).

[30]) Bülow an Metternich, 6. November 1905. Große Politik 19, 671.

Im Laufe des Jahres 1907 gelangte die Neugruppierung der Mächte auf Grund der neuen Weltlage zum Abschluß. Zuerst wurde am 16. Mai durch ein Abkommen über die Erhaltung des Status quo im Mittelmeer Spanien an die Entente herangezogen. Dann folgte die — ohne Zweifel von England vermittelte — Aussöhnung zwischen dem Zweibund und Japan. Am 10. Juni wurde mit Vorwissen und unter Billigung Rußlands ein Vertrag zwischen Frankreich und Japan geschlossen, in dem beide Teile sich verpflichteten, für die Integrität Chinas und die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen in Ostasien einzutreten, und sich gegenseitig ihren Besitzstand in Ostasien verbürgten. Am 30. Juni einigten sich Rußland und Japan auf die Anerkennung der gleichen Grundsätze und gegenseitige Unterstützung „mit allen friedlichen Mitteln“ zur Erhaltung des Status quo in Ostasien. Im stillen war noch mündlich von den Japanern die Zusicherung gegeben worden, daß sie die Mongolei als außerhalb ihrer Interessensphäre liegend ansähen und eine Betätigung Rußlands dort nicht zu hindern gedächten [31]). Am 31. August erfolgte der Abschluß des wichtigsten dieser Verträge: Rußland und England verständigten sich über die Abgrenzung ihrer asiatischen Interessensphären. In Persien wurde — unter Betonung der fortbestehenden politischen Unabhängigkeit des Landes — der ganze Norden bis in die Gegend von Ispahan als russisches, der südöstliche Teil als englisches Einflußgebiet anerkannt, während der Rest, zu dem auch die Küste des persischen Golfes gehörte, eine neutrale Zone bilden sollte. Afghanistan wurde von Rußland als außerhalb seines Interessengebietes liegend bezeichnet, während England erklärte, daß es den augenblicklichen Zustand des Landes nicht zu ändern beabsichtige. Tibet wurde von beiden Mächten als Teil des chinesischen Reiches anerkannt; keiner von ihnen sollte sich in die innere Verwaltung des Landes einmischen oder diplomatische Vertreter nach Lhassa entsenden. Also Nordpersien für Rußland und Afghanistan für England, Tibet für keinen von beiden. Wenn sich Rußland dazu verstand, seinen vorherrschenden Einfluß auf Nordpersien zu beschränken und Afghanistan den Engländern zu überlassen, so war dies nicht nur ein Ergebnis augenblicklicher Schwäche, sondern ein deutliches Zeichen dafür, daß es nach anderer Richtung seine Hände frei zu haben wünschte.

[31]) Geheimtelegramm vom 30. Mai 1907. Dokumente aus den Russischen Geheimarchiven, S. 116.

Dies ist der Inhalt des damals sofort veröffentlichten Vertrages. Ist aber nicht mehr vereinbart worden? Gibt es kein geheimes

Zusatzprotokoll zu dieser Urkunde, wie zu den Marokko Verträgen von 1904? Wir wissen es bisher nicht. Es ist ja auffällig, daß Rußland und England, im Begriffe, die zwischen ihnen bestehenden Reibungsflächen auszuschalten, ihren ältesten und härtesten Streitpunkt ganz vergessen zu haben schienen, die Frage der Meerengen und die Zukunft der Türkei. Dennoch ist es wahrscheinlich, daß man diesen heiklen Punkt zu berühren vermied, um die Vereinbarung daran nicht scheitern zu lassen. Wenigstens bestand offenbar noch mehrere Jahre später keine Übereinstimmung zwischen den Ansichten Englands und Rußlands über die Meerengenfrage.

Die Daten und der Inhalt dieser Verträge zeigen aufs klarste, daß eine starke Annäherung zwischen dem Zweibund und der englisch-japanischen Gruppe sich vollzogen hatte und man pflegt von dieser Zeit das Bestehen der großen Entente zu datieren, deren geheimes Band der gemeinsame Haß gegen Deutschland, der Wunsch, uns einzukreisen und allmählich zu erdrücken, gewesen sei. Von einer „Einkreisung“ sprach zuerst Fürst Bülow in seiner Reichstagsrede vom 15. November 1906. Aber er sagte damals, er hoffe, daß die englisch-französische Entente sich als ein Bündnis friedlichen Charakters erweisen werde, das gute Beziehungen beider Mächte zu Deutschland nicht ausschließe. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, sollte man versuchen, uns einzukreisen, zu isolieren und lahmzulegen, dann allerdings werde ein solcher Druck mit Notwendigkeit Gegendruck hervorrufen und die Gefahr einer Explosion heraufbeschwören. Es war eine Warnung an die Mächte der Entente, noch keine direkte Beschuldigung, daß sie solche Absichten hegten. Als die Verhandlungen sich schon dem Abschluß näherten, sprach Fürst Bülow am 30. April 1907 wieder im Reichstag und führte aus, er betrachte die bevorstehenden russisch-englischen Abmachungen als einen Versuch, alte Streitfragen zu begleichen auf uns ziemlich fernliegenden Gebieten, den wir ohne Unruhe betrachten könnten, da wir nicht die Absicht hätten, aus den Gegensätzen und Streitigkeiten anderer für uns Nutzen zu ziehen. Er schien die Befürchtungen, die er im Herbst hatte anklingen lassen, nicht mehr zu hegen. Aber in Wahrheit hegte er sie doch und hielt es nur nicht für klug, dies vor der ganzen Welt einzugestehen.

Von der anderen Seite wurde jede Absicht einer Einkreisung, jede feindselige Spitze gegen Deutschland bestritten. König Eduard hat wiederholt und eifrig betont, daß seine gesamte Politik auf Erhaltung und Sicherung des Friedens und auf möglichste Ausgleichung aller gefährlichen internationalen

Streitfragen gerichtet sei. Die englischen und französischen Minister gaben wiederholt ähnliche Versicherungen ab. Niemals, sagte Balfour, werde England den Franzosen bei einem leichtsinnigen Angriff zur Rückeroberung Elsaß-Lothringens helfen. Wie könne Deutschland sich bedroht fühlen, wenn andere ihre Streitigkeiten beilegten? Habe es nicht auch den Dreibund begründet und stets betont, daß darin keine Bedrohung anderer liege? Warum wolle es denn nicht glauben, daß auch andere Bündnisse rein defensive Zwecke verfolgen könnten [32])?

[32]) Metternich, 31. Januar 1907. Große Politik 21, 470.

[33]) Miquel, 17. Mai 1907, mit Bemerkungen des Kaisers. Schön, 19. Juni und 25. Juli.

Am eifrigsten war Rußland in der Betonung seiner völlig harmlosen Absichten. Iswolski versicherte immer wieder, die russische Politik werde in Zukunft ebenso in deutschfreundlichem Sinne geleitet werden wie bisher. In allen Fragen, die Deutschlands Interessen berührten, werde er sich vor jeder Abmachung mit anderen Mächten mit uns ins Vernehmen setzen. Rußland habe den Vertrag mit Japan machen müssen, weil es einen neuen Krieg nicht führen könne; auch die Verständigung mit England sei durch eine dringende Zwangslage diktiert worden. Von einem gegen Deutschland gerichteten Bündnissystem könne gar keine Rede sein; er könne auf das bestimmteste erklären, „daß Rußland in keinerlei politische Koalition oder Kombination welcher Art auch immer ein treten werde, am wenigsten in eine solche, welche eine offene oder versteckte Spitze gegen Deutschland hätte oder gewinnen könnte“. Weder der Zar noch er selbst würde dafür zu haben sein. Bei Abmachungen mit anderen Staaten, die deutsche Interessen berührten, werde sich Rußland in voller Loyalität mit uns vorher ins Benehmen setzen [33]). Diesen Versicherungen entsprach es freilich wenig, daß er den Bemühungen Deutschlands um eine Verständigung in der Bagdadbahnfrage stets mit liebenswürdigen Redensarten auswich und einen von Berlin übersandten Entwurf dazu monatelang unbeantwortet ließ.

Man schenkte diesen Versicherungen bei uns wenig Glauben. In einer Anweisung an unseren Botschafter in Petersburg heißt es, man begreife, daß Rußland einzelne Streitpunkte mit England ausgleiche. „Wir können es aber nicht verstehen und finden es durch das Sicherungsbedürfnis nicht gerechtfertigt, wenn Rußland sich mit den erwähnten drei Staaten zu einer Koalition

zusammenschließt, die, möge sie auch ostentativ nur defensive Zwecke affichieren, doch der Natur der Sache nach direkt gegen uns gerichtet ist und unsere Weltstellung bedrohen muß. E. E. wollen Herrn Iswolski darüber nicht im Zweifel lassen, daß nach unserer Auffassung Rußlands Anschluß an eine solche Koalition mit dem Fortbestände seines bisherigen Verhältnisses zu uns unvereinbar sein, Rußland vielmehr sich damit in die Zahl unserer Gegner einreihen würde [34]).“

[34]) Anweisung an Schön, 2. Juni.

Unmittelbar vor Abschluß des Vertrages mit England besuchte der Zar den Kaiser in Swinemünde (7. August), begleitet von Iswolski; beide wiederholten hier noch einmal alle früheren Versicherungen. Der letztere sprach sogar davon, man müsse gemeinsam eine Politik im Sinne des Björkö-Vertrages führen und Frankreich ohne Übereilung dazu heranziehen [35]). Bald darauf trafen der Kaiser und König Eduard in Wilhelmshöhe zusammen, und auch hier wurden die friedlichsten und beruhigendsten Erklärungen ausgetauscht [36]).

[35]) Aufzeichnung vom 7. August. Schön, 10. August.

[36]) Aufzeichnungen Bülows, 15. und 20. August.

Die Wahrheit dürfte wohl sein, daß die Entente zur Zeit ihrer Entstehung — nur von dieser ist zunächst die Rede — weder so schlimm war, wie besorgte Gemüter es schon damals bei uns annahmen, noch so harmlos, wie man es auf der anderen Seite darstellte. Sie war vor allen Dingen noch ein sehr loses und zerbrechliches Gebilde. Ob Rußland und Japan sich schnell und dauernd an ein friedliches Zusammenleben gewöhnen würden, ob Tibet oder Persien nicht trotz aller Verträge zu Streitobjekten werden könnten, war recht fraglich. Das englische Publikum hatte wenig Sympathien für das absolutistische Rußland, und in Petersburg mißtraute man Englands Absichten im nahen Orient. Bestimmte Abmachungen zu gegenseitiger kriegerischer Unterstützung waren nicht getroffen, wenn es auch als selbstverständlich galt, daß man gemeinsam Störungen der vereinbarten Bestimmungen durch dritte zurückweisen müsse. Gemeinsame schriftlich oder mündlich festgelegte Erwerbsabsichten auf Kosten anderer Mächte wird man für diese Zeit schwerlich annehmen können. Wenn Deutschland es vermied, in die abgesteckten Interessengebiete einzugreifen, brauchte die Entente nicht notwendig deutschfeindliche Wirkungen auszulösen.

Andererseits hatte die englisch-französische Entente von Anfang an eine latente Spitze gegen Deutschland gehabt, die in der Marokkokrise deutlich zutage getreten war. Hatte doch England, nachdem es von Deutschland, wie es glaubte, abgewiesen war, seine Annäherung an Frankreich in der bewußten Absicht vollzogen, der schiedsrichterlichen Stellung Deutschlands zwischen den beiden feindlichen Mächtegruppen ein Ende zu machen. Schon diese kleinere Entente der Westmächte hatte die Gesamtlage stark zu Deutschlands Ungunsten verschoben und den Kaiser zu dem verunglückten Versuche des deutsch-russischen Bündnisses getrieben. Solange Rußland ein Gegengewicht gegen die Westmächte bildete, war Deutschlands Stellung immer noch eine leidlich günstige; sobald aber auch Rußland sich ihnen näherte, sobald es aufhörte, England als seinen natürlichen Gegner zu betrachten, gab es auf der östlichen Halbkugel nicht mehr drei, sondern nur noch zwei Mächtegruppen, die Entente und den Dreibund, von denen, alles in allem gerechnet, die erstere die wirtschaftlich und militärisch stärkere war, namentlich wenn Rußland wieder zu Kräften kam. Deutschland war aus seiner Zwischenstellung hinaus- und in die Rolle des Hauptes der schwächeren von zwei großen Parteien hineinmanövriert worden. Dies empfand man in Berlin schmerzlich und mit Sorgen für die Zukunft. Denn die großen Streitpunkte, die es noch in der alten Welt gab — Elsaß-Lothringen, die Balkanfragen und Marokko — waren in erster Linie Streitpunkte zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen Österreich und Rußland. Es konnte leicht so kommen, daß bei ihrer Lösung die Ententemächte auf der einen Seite standen, der Dreibund auf der anderen. Dann würde es heißen: Weichen oder Kämpfen, wenn man die Gegner nicht trennen konnte.

Und ebenso bedenklich war eine andere Aussicht. Die Aufteilung der Erde machte immer schnellere Fortschritte. Afrika war so gut wie verteilt. Von Persien waren wir durch die englisch-russischen Abmachungen ebenso ausgeschlossen, wie drei Jahre früher durch England und Frankreich von Marokko. Ostasien war, soweit es nicht unter japanischer oder europäischer Herrschaft stand, neutralisiert, und solange Amerikas Einfluß mächtig blieb, würde es voraussichtlich dabei bleiben. Die Südseeinseln waren verteilt, Amerika durch die Vereinigten Staaten gegen fremde Einmischung gedeckt. In ungewisser Zukunft aber lag das Schicksal der europäischen und asiatischen Türkei, während sich mehr und mehr die Überzeugung Bahn brach, daß der bisherige

Zustand dort nicht mehr lange erhalten bleiben könne. Wenn die Ententemächte über die Verteilung dieser Gebiete unter sich einig wurden, so konnte auch darüber von ihnen ohne Berücksichtigung der Interessen Deutschlands und seiner Verbündeten verfügt werden. Sollte man sich auch das ruhig gefallen lassen? Und tat man es nicht, so drohte wiederum der Krieg.

Daß es so kommen werde, war freilich nicht sicher, weil bisher zwischen England, Frankreich und Rußland über die orientalischen Fragen keine Einigkeit erzielt war. Aber die Gefahr bestand und wurde von den Staatsmännern Deutschlands und Österreichs schwer empfunden.

Was sollte man tun, um diese Lage zu ändern? Man fand nur zweierlei: jede Gelegenheit benutzen, um die Entente zu lockern und das eigene Bündnissystem zu festigen. Von diesem Gesichtspunkt aus gewann die Frage der Erneuerung des Dreibundes [37]), der am 8. April 1907 ablief, diesmal besondere Bedeutung.

[37]) Vgl. zum folgenden Pribram 1, 259 f.

Italien neigte immer deutlicher den Westmächten zu. Unser Botschafter in Rom, Graf Monts, erklärte das italienische Bündnis schon damals für wertlos, und riet, den Dreibund nicht zu erneuern, sondern nur das österreichische Bündnis aufrecht zu erhalten. Auch der Kaiser äußerte gelegentlich ähnliche Gedanken. Aber man kam doch davon zurück. Der neue Leiter der österreichischen Politik, Baron Aehrenthal, meinte, man solle lieber den Italienern noch sechs Jahre Zeit geben zur Vollendung ihrer im Grunde doch gegen Österreich gerichteten Rüstungen, als sie durch sofortige Lösung des Bündnisses schon jetzt zum offenen Anschluß an die Entente und vielleicht zum Konflikt treiben. Es sei besser, das Bündnis ruhig auslaufen zu lassen, als durch vorzeitige Kündigung ein neues Moment der Beunruhigung zu schaffen [38]). Er hoffte, in der Orientpolitik vielleicht doch Frankreich auf seine Seite bringen zu können, das schon wegen seiner starken finanziellen Engagements in der Türkei deren Zusammenbruch nicht wünschen könne. So ließ man den Kündigungstermin verstreichen, und der Dreibund lief gemäß den Abmachungen von 1901 sechs Jahre unverändert weiter. Aber man gab sich in Berlin und Wien keinen Illusionen darüber hin, daß Italien gegen England bestimmt, gegen Frankreich wahrscheinlich nicht mitkämpfen werde, wenn es zum Zusammenstoß komme.

[38]) Aufzeichnung Tschirschkys über eine Besprechung mit Aehrenthal, 7. Mai 1907. Große Politik 21, 898.

Wohl spähte man gelegentlich nach anderen Bundesgenossen aus, aber wo waren sie zu finden? Japan stand in nahen Beziehungen zur Entente. Die Erneuerung des alten Dreikaiserbündnisses mit Rußland war unter den neuen Verhältnissen kaum denkbar, wenn auch Aehrenthal noch immer mit diesem Gedanken kokettierte. Der Kaiser sprach gelegentlich von einer „Rückversicherung mit Theodor Roosevelt“ [39]), aber an eine Bindung der Vereinigten Staaten zur Mitwirkung in europäischen, vorderasiatischen oder afrikanischen Streitigkeiten war doch im Grunde nie ernstlich zu denken. Man konnte nur versuchen, wie Graf Monts empfahl, ein allgemeines freundschaftliches Verhältnis zu Amerika und womöglich auch weiterhin zu Rußland zu erstreben [40]). Der Erfolg war unsicher; Deutschland und Österreich standen einsam inmitten von feindlichen oder wenig freundlich gesinnten Mächten.

[39]) Der Kaiser an Bülow, 17. Januar 1907. Große Politik 21, 465.

[40]) Graf Monts, 26. Juli 1907.

11. Dreadnoughts und Flottenwettbau

Ob die Entente sich fester zusammenschließen und eine für Deutschland und den Weltfrieden bedrohliche politische Einstellung erhalten werde, hing in erster Linie von der weiteren Entwicklung der deutschenglischen Beziehungen ab. Es war keineswegs ohne weiteres anzunehmen, daß England den Franzosen zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen oder den Russen zum Gewinn der Herrschaft über die Meerengen und die Balkanhalbinsel seine Unterstützung gewähren werde. Nicht nur die Regierung, sondern auch die Volksstimmung war in England immer für die Erhaltung des Friedens, solange es ohne eigenen Schaden möglich war, weil dieser für die Blüte des Handels die erste Grundbedingung bildete. Gelang es also, die deutsche Politik so zu steuern, daß sie mit englischen Interessen nicht zusammenstieß, so ließ sich von der britischen Regierung ein zurückhaltender Einfluß auf die befreundeten Mächte beim Auftauchen etwaiger Konflikte erwarten.

Nun schien es zwischen Deutschland und England ernste Streitpunkte von vitaler Bedeutung nicht zu geben. König Eduard hatte nicht unrecht, wenn er im Sommer 1906 dem Kaiser sagte, es bestehe zwischen beiden Ländern kein Streit um einzelne Objekte, sondern lediglich im allgemeinen Rivalität [1]). Die Kolonialgebiete waren überall klar abgegrenzt, wo sie zusammenstießen. Wünsche Deutschlands nach dem Besitz von Sansibar, der Walfischbai, dem Voltadreieck in Togo, die gelegentlich hervorgetreten waren, betrafen zu geringfügige Objekte, um eine gegnerische Einstellung der Gesamtpolitik rechtfertigen zu können. Der einzige größere Differenzpunkt war die Fortführung der Bagdadbahn bis zum Persischen Golf, die England nicht wünschte. Gewiß war dem neuentstandenen südafrikanischen Bundesstaat die deutsche Kolonie Südwestafrika, den Australiern, der deutsche Südseebesitz unbequem; gewiß hinderte die Existenz von Deutsch-Ostafrika die Herstellung eines zusammenhängenden britischen Landgebietes vom Kap bis Kairo und die volle Beherrschung der Randländer des Indischen Ozeans durch Großbritannien. Diese Tatsachen waren für die englischen Imperialisten ein Grund, Deutschlands Kolonialreich als ein Hindernis auf ihren Wegen zu empfinden. Aber von so großem Gewicht war das Bedürfnis nach dem Besitz dieser Gebiete nicht, und so unbedingt waren die Vertreter dieser Ideen der öffentlichen Meinung ihres eigenen Landes keineswegs

sicher, daß sie deswegen eine große kriegerische Abrechnung mit Deutschland ernstlich erstrebt hätten.

[1]) S. Aufzeichnung v. Tschirschkys, 15. August 1906. Große Politik 21, 453. Der König sagte danach: There are no frictions between us, there exists only rivalry.

Allerdings hatte sich auf wirtschaftlichem Gebiet die Konkurrenz zwischen den beiden großen germanischen Völkern in den letzten Jahrzehnten gewaltig verschärft. Die deutsche Industrie konkurrierte mit der britischen erfolgreich in allen Ländern der Welt und hatte ihr manchen alten Absatzmarkt entrissen. Der deutsche Handelsumsatz wuchs verhältnismäßig schneller als der englische, die deutsche Seeschiffahrt rang mit der englischen um die erste Stelle im Weltverkehr; der Hamburger Hafen überflügelte allmählich die großen Hafenplätze des Inselreiches. Das durch die deutsche Konkurrenz erweckte Unbehagen war gewiß kein unwichtiger Faktor für die Volksstimmung jenseits des Kanals, zumal da man sich sagen mußte, daß man es hier nicht mit einem vorübergehenden Zufallsergebnis, sondern mit einer auf tiefen Ursachen beruhenden dauernden Erscheinung zu tun habe. Der Deutsche arbeitete mehr und billiger als der Engländer. Er betrieb alle Dinge mit zäher Energie, mit methodischer Überlegung, mit vollster Ausnutzung der auf die Ergebnisse der rastlosen deutschen Wissenschaft gegründeten Technik. England hatte in seinem Reichtum und seiner Gewöhnung an eine hohe Lebenshaltung mit reichlichen Ruhezeiten für Sport und Erholung bereits angefangen, etwas bequemer zu werden, und fühlte sich durch die unermüdliche, ihre Arbeitskraft restlos ausnutzende Tätigkeit der später in den Wettbewerb eingetretenen Nachbarnation im ruhigen Besitz und Genuß der in früheren Jahrzehnten unter dem Schutze einer unerhört günstigen Weltkonstellation erworbene Vorzugsstellung bedroht. Es ist daher nicht zu verwundern, daß in England von Zeit zu Zeit Stimmen laut wurden, die nach einer gewaltsamen Niederwerfung und Plünderung des unbequemen Konkurrenten riefen, solange man durch die Überlegenheit der englischen, Flotte die Macht dazu habe.

Aber es würde ganz verkehrt sein, nach derartigen Äußerungen die Gesamtstimmung des englischen, Volkes oder gar die Absichten seiner politischen Führer zu beurteilen. Dem Anwachsen der deutschen Konkurrenz stand eine immer enger werdende Verflechtung des Wirtschaftslebens beider Nationen,

gegenüber. Deutschland war Englands größter Lieferant und Käufer, vielfach arbeiteten, Deutsche und Engländer zusammen; man hatte gegenseitig das Gefühl der Achtung vor den Fälligkeiten und Leistungen des andern. Auch war in England das Gefühl, daß im Wirtschaftsleben völlig freie Konkurrenz und „fair play“ sein müsse, viel zu tief im ganzen Volke eingewurzelt, als daß solche Raubrittergelüste einzelner Kreise leicht hätten zur Herrschaft gelangen können. Alle Nachrichten., die aus den Kreisen der englischen Hochfinanz und des Großhandels nach Berlin gelangten, stimmten darin überein, daß die maßgebenden Kreise der „city“ keinen Krieg mit Deutschland wünschten, weil sie dessen, Folgen für das eigene Wirtschaftsleben für so unübersehbar hielten, daß ein, sicherer Vorteil sich nicht herausrechnen lasse. Schon, die einfachste und natürlichste rein wirtschaftliche Abwehrmaßregel gegen die deutsche Konkurrenz, die Einführung des Schutzzolls, stieß bekanntlich beim englischen Volke auf unüberwindlichen Widerstand, weil sie dem hergebrachten Grundsatz völliger Handelsfreiheit widersprach und die Lebenshaltung der Massen zu verteuern drohte. Im ganzen, hatte man sich in England an das Dasein dieses unangenehmen Mitbewerbers gewöhnt und rechnete damit als einer Gegebenheit.

Man darf aus dem Umstand, daß England, nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war, auch den Wirtschaftskrieg mit höchstem Eifer aufgenommen und durch die Friedensbedingungen Deutschland auf lange Zeit wirtschaftlich zu knebeln versucht hat, nicht den Schluß ziehen, daß dies der eigentliche Grund und das wahre Ziel des Krieges gewesen sei. Das wäre ebenso falsch wie der auf der Gegenseite beliebte Schluß, weil in Deutschland während des Krieges viele Stimmen eine Gebietsvergrößerung oder wenigstens eine politische Unterordnung von Nachbargebieten forderten, sei der Wunsch nach Eroberung auf deutscher Seite das treibende Motiv für den Beginn des Kampfes gewesen. Ist es einmal zum Kriege gekommen, so sucht natürlich jeder der Teilnehmer im Falle des Sieges alle Vorteile zu gewinnen, die zu haben sind, während er nie daran gedacht haben würde, um dieser Vorteile willen den Krieg zu entfesseln.

Die wahren Gründe für die Wendung der englischen Politik gegen Deutschland seit etwa 1902 haben wir schon kennen gelernt. Man glaubte das europäische Gleichgewicht durch Deutschlands militärische Überlegenheit über seine Nachbarn, bedroht, um so mehr, als man zu der sprunghaften Politik des

Kaisers kein Vertrauen hatte und diesen für den allein ausschlaggebenden Faktor hielt. Man wollte nicht, daß Deutschland beim Andauern des scharfen kolonialpolitischen Gegensatzes zwischen England auf der einen, Frankreich und Rußland auf der anderen Seite, eine schiedsrichterliche Stellung zwischen den beiden Gruppen behaupte, wie man sie selbst lange besessen hatte und für das eigene Land wieder erstrebte. Nachdem der Versuch eines Bündnisses mit Deutschland gescheitert war, begann, man, um aus dieser Lage herauszukommen, die Verständigung mit Frankreich zu suchen, und erreichte sie 1904. Man trat in die engsten Beziehungen zu Japan und gelangte trotz vieler Schwierigkeiten nach der russischen, Niederlage in Ostasien auch zu einem Ausgleich mit Rußland. Deutschland war damit aus seiner für England bedenklichen Mittelstellung hinausgedrängt.

Allerdings war auch England in seine alte beherrschende Position nicht wieder eingetreten, sondern Partei geworden und geblieben. Es bestand die Möglichkeit, daß dereinst die wirkliche Schiedsrichterstellung in der Welt zwischen Vierbund und Dreibund der einzigen außerhalb dieser Gegensätze stehenden Weltmacht zufallen werde, den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Situation war also für England keineswegs vollständig befriedigend. Hätte es sich, nach Bereinigung seiner Gegensätze zu Frankreich und Rußland, ihnen wieder neutral gegenüberstellen und ebenso eine freundliche, aber ungebundene Stellung zu Deutschland und seinen Verbündeten einnehmen können, so hätte es die alte Schiedsrichterstellung auf der östlichen Halbkugel wieder besessen. Ich glaube, daß dies auch die eigentliche Absicht der führenden Männer Englands war. Sie wurde aber verhindert durch Deutschlands Marokkopolitik, die England zwang, in dem einzigen Falle, wo es wirklich eine Verpflichtung dazu übernommen hatte, für Frankreich einzutreten. Auch der Björkövertrag, der Versuch Deutschlands, die fünf kontinentalen Mächte gegen England zusammenzuschließen, wurde als Feindseligkeit empfunden.

Die enge Verbindung Englands mit dem Zweibund erscheint demnach als Ergebnis einer bestimmten Weltlage. Ihre dauernde Erhaltung lag aber keineswegs im Interesse der englischen Politik. Diese mußte vielmehr mit der Kraft einer durch äußere Hindernisse zurückgehaltenen Feder in die alte, naturgemäße Mittelstellung zurückschnellen, sobald das Hindernis, nämlich die Überzeugung, daß Deutschland antienglische Politik treibe,

wegfiel. Insofern hing es von Deutschlands Haltung ab, ob die Entente eine vorübergehende Konstellation bleiben oder eine dauernde Kräftekombination werden würde.

Nun war aber noch ein anderer Faktor wirksam. Sobald England sich dem Zweibund zu nähern begann, mußte es die Möglichkeit eines feindlichen Zusammenstoßes mit Deutschland in ernstere Erwägung ziehen als früher. Bisher hatten wirklich ernste, zu kriegerischer Auseinandersetzung Anlaß bietende Streitpunkte nicht bestanden. Zwar hatte 1896 die sinnlose deutsche Burenpolitik momentan die Gefahr eines Zusammenstoßes aufflackern lassen., aber man hatte sie in England nicht allzu ernst genommen und betrachtete sie als ausgeglichen durch Deutschlands Haltung im Buren kriege. Sobald man aber mit Frankreich einen vollen Ausgleich erzielt hatte und Rußland durch Japan im Schach gehalten wußte, blieb als die einzige Macht, mit der England möglicherweise Streitigkeiten mit den Waffen auszutragen haben werde, Deutschland übrig. Man begann sich also die Frage vorzulegen, ob man für einen solchen Fall, wenn er ein treten sollte, gerüstet sei.

Man kam zu dem Ergebnis, daß dies nicht der Fall sei. Der bei weitem größte Teil der englischen Flotte war in Ostasien gegen Rußland und Frankreich und im Mittelmeer gegen Frankreich konzentriert; das Kanalgeschwader war schwach, in der Nordsee nur wenige Schiffe ohne befestigten Stützpunkt. Die deutsche Flotte war in den letzten Jahren stark gewachsen, der Nordostseekanal war gebaut, Helgoland stark befestigt worden. Es erschien nötig, um allen Eventualitäten vorzubeugen, die Seestreitkräfte in der Nordsee zu verstärken.

Diesem Zweck diente die Umgruppierung und Verstärkung der englischen Flotte in der Zeit von igo3 bis 1906. Aus dem Mittelmeer und später auch aus Ostasien wurde der größte Teil der englischen Schiffe weggezogen; gegen ein befreundetes Frankreich und ein unschädliches Rußland waren sie dort nicht mehr notwendig. Die Kanalflotte wurde stark vergrößert und in der Nordsee eine neue Heimatflotte stationiert; der Hafen Rosyth in Schottland wurde zu einem festen Flottenstützpunkt ausgebaut. Balfour meinte Anfang 1905, England habe dadurch seine Kampfkraft für die ersten 24 Stunden des Konflikts verdreifacht.

Die englische Aufstellung der Seestreitkräfte nahm damit ihre Front gegen Deutschland. Daran war ein Zweifel nicht möglich.

Ob seine Maßregeln nur der Verteidigung oder auch der Vorbereitung eines Angriffs dienen sollten, darüber wurde schon damals heftig gestritten. Jedenfalls ging daraus hervor, daß England Deutschland jetzt als möglichen, ja wahrscheinlichen Feind betrachte.

Gleichzeitig begann man natürlich in England Art und Stärke der vorhandenen Gegenkräfte näher ins Auge zu fassen. Früher hatte man den Bau der deutschen Kriegsflotte als eine unschädliche Spielerei des Kaisers betrachtet. Selbst das Flottengesetz von 1900 war ohne Unruhe aufgenommen worden. Mußte es doch lange dauern, bis der darin vorgesehene Sollstand erreicht sein würde. Wer konnte wissen, ob nicht technische und finanzielle Schwierigkeiten die volle Ausführung des Bauplanes hindern würden! Vor allen Dingen galt aber damals Deutschland noch als politischer Freund, trotz der Burenbegeisterung, ja sogar als möglicher Verbündeter. Bei den Bündnisverhandlungen von 1900 wurde von englischer Seite in keiner Weise auch nur angedeutet, daß man den deutschen Flottenbau ungern sehe oder eingeschränkt zu sehen wünsche.

Nach 1902 begann man die Dinge etwas anders zu sehen. Als König Eduard 1904 in Kiel weilte, war der Kaiser so unvorsichtig, ihm die ganze deutsche Flotte, soweit sie damals fertig war, in Parade vorzuführen. Er wollte damit imponieren, erreichte aber nur, daß der König den Eindruck mitnahm, diese Flotte könne im Ernstfall viel gefährlicher werden, als man bisher geglaubt hatte. Wir haben schon gesehen, wie allmählich das Schlagwort von der „Deutschen Gefahr“ in Umlauf kam. Eine verstärkte Agitation für Vermehrung der englischen Flotte setzte nun ebenfalls ein. Um Publikum und Parlament zu beeinflussen, wurde dabei mit der Gefahr eines Überfalls der englischen Küsten durch die deutsche Flotte gearbeitet, an die im Ernst wohl niemand glaubte. Aber noch war die entscheidende Wendung nicht gekommen.

Wie das gesamte Leben, so wurde auch die Entwicklung der Marine durch die Fortschritte der Technik aufs stärkste beeinflußt. Immer neue Schiffstypen mit stärkerer Ausrüstung und größerer Geschwindigkeit wurden konstruiert, immer schneller veralteten die früher gebauten Fahrzeuge. Am 10. Februar 1906 lief in England die „Dreadnought“ vom Stapel, das erste Schiff eines neuen Typs, das an Tonnengehalt und Gefechtswert alles bisher Dagewesene weit hinter sich ließ. Die Absicht war, durch den Bau einer Anzahl solcher Schiffe die Überlegenheit der britischen Marine dauernd festzulegen. Sonderbar, daß man sich

nicht sagte, die anderen Seemächte würden sofort diesem Beispiel folgen. Geschah das aber, so konnten sie von den neuen Schiffen, deren Bau sie fast gleichzeitig mit England begannen, so viele herstellen, daß Englands unbedingte Überlegenheit in bezug auf diese großen Schlachtschiffe gar nicht oder nur mit ungeheueren Kosten aufrechterhalten werden konnte. Wenn man daran gedacht hat, so wird man sich in bezug auf Deutschland mit zwei Argumenten beruhigt haben: die im Flottengesetz von 1900 für die nächsten Jahre ausgeworfenen Summen reichten nicht aus, um etwa an Stelle der früher bewilligten Schiffe ebenso viele der erheblich teureren Dreadnoughts zu bauen; und die geringe Tiefe des Nordostseekanals gestattete solchen Riesenschiffen die Durchfahrt nicht, so daß der ganze Vorteil der beliebigen Verwendbarkeit der gesamten Flotte in Nord- und Ostsee verloren gehen würde.

Gerade als der neue Schlachtschifftyp geschaffen wurde, kamen in England die Liberalen ans Ruder, die bisher stets die Flotten Vermehrung bekämpft hatten. In der Tat beantragte Campbell-Bannerman im Juli 1906 eine namhafte Herabsetzung des geplanten Bauprogramms für das nächste Jahr, in der Erwartung, daß andere Mächte diesem Beispiel folgen würden. Im folgenden Jahre (1907) wurde trotz heftiger Opposition der Konservativen an dem verlangsamten Tempo festgehalten. Hierbei sprachen zweifellos die alten liberalen Traditionen und die Hoffnung mit, daß auf der zweiten Haager Friedenskonferenz eine allgemeine Abrüstung vereinbart werden würde. Indessen darf man auch nicht übersehen, daß mit einer allgemeinen Einschränkung des Flottenbaues gerade in diesem Augenblick ein großer politischer Vorteil für England erzielt worden wäre. Die Überlegenheit an alten Schiffen blieb bestehen; je langsamer der Bau von Schlachtschiffen des neuen Dreadnought-Typs vor sich ging, desto sicherer und länger blieb England der Vorteil seines Vorsprunges von etwa zwei Jahren, wo es sie allein gebaut hatte, erhalten.

In Deutschland legte man sich die Frage vor, ob man es unter den neuen Umständen bei dem alten Flottengesetz von 1900 lassen dürfe. Wenn auch die Befürchtungen der Engländer, Deutschland wolle oder könne mit Hilfe seiner Flotte das Inselreich angreifen, völlig sinnlos waren, so läßt sich doch nicht leugnen, daß die deutsche Kriegsflotte von Anfang an als ein Kampfmittel, wenn auch nur als Verteidigungsmittel, gegen England gedacht war. Jeder Fall, wo wir aus Mangel an maritimen Streitkräften der Möglichkeit eines Konflikts mit England hatten ausweichen müssen — der Jameson-Zug 1894 die Samoafrage

1899, die Differenzen während des Burenkrieges und des ostasiatischen Krieges —, hatte beim Kaiser und den Leitern unserer Marine die Überzeugung verstärkt, unsere Flotte müsse auf jeden Fall so stark vermehrt werden, daß sie von England nicht mehr als quantité negligeable betrachtet werden könne. Seit der Marokkokrise von 1905 schien die Möglichkeit eines Seekrieges gegen England, so wenig man ihn bei uns wünschte, jeden Augenblick wiederkommen zu können. Man fühlte sich verpflichtet, dagegen gewappnet zu sein.

Im Mai 1906 wurde vom Reichstag eine von Admiral von Tirpitz vorgelegte Novelle zum Flottengesetz angenommen, wodurch der Bauplan bis 1917 nicht nur um sechs große Kreuzer, die 1900 gestrichen waren, vermehrt wurde, sondern auch für alle Neubauten von Schlachtschiffen eine Vergrößerung des Typs und eine Verstärkung der Armierung vorgesehen wurde. In der Tat wäre es sinnlos gewesen, mit großem Aufwand Schiffe zu bauen, die nicht auf der Höhe der Technik standen. Damit war prinzipiell festgestellt, daß auch Deutschland Dreadnoughts bauen werde, und das dazu nötige Geld war bereitgestellt. Ebenso wurden die Mittel für die Erweiterung des Nordostseekanals bewilligt. Dazu trat durch ein weiteres, im November 1907 eingebrachtes und 1908 genehmigtes Gesetz die Herabsetzung der Lebensdauer eines Schiffes von 25 auf 20 Jahre, die zwar nicht eine unmittelbare Vermehrung des Sollbestandes, aber doch eine erhöhte Bautätigkeit für die nächsten Jahre bedeutete, da eine Anzahl von Schiffen jetzt früher ersetzt wurde als ursprünglich vorgesehen war.

Die Durchbringung dieser Gesetze erforderte eine energische Agitation, um die öffentliche Meinung und eine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen. Hierbei wurde natürlich auf England als den möglichen Feind immer wieder hingewiesen, die ganze Frage der deutschen Seerüstung überhaupt lange Zeit in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Wenn im Herbst 1904 Graf Bernstorff den praktischen Rat gegeben hatte, „unsere Flotte wie einen verborgenen, aber unentbehrlichen Schatz zu hüten und die Engländer von ihr möglichst wenig hören und sehen zu lassen“ [2]), so war ein solches Verfahren angesichts der Höhe der jetzt notwendig erscheinenden Forderungen unmöglich geworden. Jede Agitation übertreibt, um zu wirken. Die Engländer wurden durch diese öffentlichen Diskussionen immer wieder auf das starke Anwachsen unserer Flotte aufmerksam gemacht. Sie sahen sich nunmehr vor die Frage gestellt, ob sie bei ihrem früher

beschlossenen mäßigen Bautempo bleiben könnten, ohne ihre Überlegenheit zur See aufs Spiel zu setzen.

[2]) Bernstorff, 6. September 1904.

Die englische Admiralität stellte sich auf den Standpunkt, daß durch den Bau der Dreadnoughts alle älteren Typen von Schlachtschiffen in so hohem Grade entwertet seien, daß die Stärke der Schlachtflotte lediglich nach der Zahl der Dreadnoughts bemessen werden könne. Ob das sachlich zutreffend war, mögen marine technische Sachverständige erörtern. Jedenfalls war es damals die Ansicht der leitenden englischen Stellen. Daraus ergab sich folgende Lage: Wenn Deutschland in den Jahren 1908 bis 1910, wie vorgesehen, je vier große Linienschiffe baute — später sollte die Zahl auf zwei Schiffe für 1911 bis 1917 sinken —, England aber zu den bereits vorhandenen im Jahre 1908 nur zwei (oder, falls im Haag keine Rüstungsbeschränkung beschlossen werde, drei) solcher Schiffe herstellte und in demselben Tempo weiter baute, so mußte nach drei Jahren ein Verhältnis in der Zahl der Dreadnoughts ein treten, das England überhaupt keinen Vorsprung mehr ließ. Es behielt zwar seine gewaltige Überlegenheit an älterem Schiffsmaterial, kleinen Kreuzern, Torpedobooten usw.; aber dies alles sah die Admiralität, wie gesagt, als nicht entscheidend an, sondern allein die Verhältniszahl der modernen Schlachtschiffe.

Es ergab sich also zur peinlichen Überraschung der Engländer selbst, daß sie mit der Einführung des Dreadnoughts-Typs ihre alte uneinholbare Überlegenheit aufgegeben hatten und nun den Wettlauf im Bau von Großschiffen mit allen anderen Nationen mit einem verhältnismäßig geringen Vorsprung aufnehmen mußten. Dabei beunruhigte sie nach Lage der Dinge weniger die Flotte der befreundeten Franzosen und Japaner oder der fernen Amerikaner, als die unmittelbar vor ihren Küsten stationierte deutsche Flotte, zumal da sie, wie wir wissen, Deutschland als das einzige Land ansahen, mit dem ein kriegerischer Konflikt in absehbarer Zeit, denkbar sei. Da die Behauptung der englischen Überlegenheit zur See gegenüber jedem möglichen Feind allen Parteien als selbstverständlicher Grundsatz galt, so gab es hier nur zwei denkbare Lösungen für die Engländer: entweder Deutschland schränkte sein Bauprogramm ein, oder England mußte das seinige so stark erhöhen, daß die erforderlich erscheinende Überzahl an Dreadnoughts auch in Zukunft gewahrt blieb. Das erstere wäre der liberalen Regierung sehr viel lieber gewesen; dann hätte sie sich nicht genötigt gesehen, mit ihrer alten Tradition zu brechen

und dem Parlament mit neuen großen Steuerforderungen zu kommen. Aber sie wußte sehr wohl, daß sie die zweite Alternative würde wählen müssen, wenn die erste nicht erreichbar sei, weil ihre konservativen Gegner nur auf ein Zeichen von Lauheit in dieser Frage warteten, um einen höchst gefährlichen Angriff gegen sie zu beginnen. Aus diesen Erwägungen entsprangen die immer dringlicher werdenden Versuche der englischen Regierung, den Kaiser zu einer Einschränkung des deutschen Flottenbauprogramms zu bestimmen.

Schon bei dem Zusammentreffen zwischen dem Kaiser und König Eduard im August 1906 wurde die Frage kurz berührt. Der Kaiser erklärte aber entschieden, Deutschland müsse an dem einmal gesetzlich festgelegten Plan festhalten, nicht um eine Angriffswaffe zu haben, sondern um im Notfall seine Interessen schützen zu können. Er fügte unvorsichtigerweise hinzu, es erscheine ihm zweifelhaft, ob England den Zweimächtestandard dauernd werde behaupten können. Etwas später suchte Admiral v. Tirpitz dem englischen Marine-Attache die friedlichen Absichten Deutschlands damit zu beweisen, daß er gelegentlich der Novelle von 1906 nicht doppelt so viel Schiffe gefordert habe, als es tatsächhch geschehen sei [3]). Er wird damit schwerlich viel Eindruck gemacht haben. Ein evon englischer Seite angeregte Besprechung zwischen Tirpitz und dem Chef der englischen Admiralität, Sir John Fisher, dem eifrigsten Anhänger eines Präventivkrieges gegen Deutschland, kam aus unbekannten Gründen nicht zustande, obwohl der Reichskanzler dafür war [4]).

[3]) Aufzeichnung v. Tirpitz', 9. Januar 1907.

[4]) Bülow an Tirpitz, 16. Januar 1907.

Die Engländer unterließen vorläufig weitere direkte Schritte, weil sie, wie gesagt, auf die zweite Haager Friedenskonferenz eine gewisse Hoffnung setzten. Diese Konferenz war vom Zaren bereits im Frühjahr 1906 angeregt, dann aber aus Rücksicht auf den bereits einberufenen panamerikanischen Kongreß bis zum Sommer 1907 verschoben worden. Das russische Programm sah im wesentlichen eine Verbesserung des 1899 beschlossenen Schiedsgerichtsverfahrens und genaue Bestimmungen über das Kriegsrecht zu Wasser und zu Lande vor. England und Amerika forderten aber die Aufnahme der Frage einer allgemeinen Abrüstung unter die Verhandlungsgegenstände. Der Kaiser war von Anfang an entschlossen, die Konferenz nur zu beschicken, wenn die Abrüstungsfrage ausgeschaltet bleibe [5]). Er sagte dies

dem König Eduard und fand bei ihm Verständnis für seine Motive. Auch Minister Haldane meinte, praktisch werde nicht viel dabei herauskommen und er werde dahin wirken, daß in dieser Frage nicht etwa ein scharfer Gegensatz zwischen Deutschland und England öffentlich hervortrete. Es wurde sogar eine Einigung über die technischen Fragen der Seekriegführung vor Zusammentritt der Konferenz in Aussicht genommen [6]). Im Februar 1907 lehnte Deutschland die Aufnahme der Rüstungsbeschränkungen und der Frage eines obligatorischen Schiedsgerichts in das Konferenzprogramm offiziell ab. Grey war darüber wenig erfreut. Dieser Punkt, sagte er zu Metternich, sei für England die Hauptsache bei der ganzen Konferenz. Die öffentliche Meinung verlange eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben; wenn die Einigung an Deutschlands Widerstand scheitere, müsse er dem Parlament die Gründe offen darlegen. Man sah darin in Berlin einen Versuch Englands zur Knebelung der deutschen Seemacht, und suchte auch dem Präsidenten Roosevelt klarzumachen, daß der Antrag sich nur gegen Deutschland richte [7]). Auch der Zar war bezüglich des Ergebnisses skeptisch. Iswolski ebenfalls, gab aber zu bedenken, ob es nicht besser sei, die Engländer auf der Konferenz ihren Antrag ruhig einbringen zu lassen und ihm dann ein „Begräbnis erster Klasse“ zu bereiten. Italien und Frankreich waren derselben Ansicht. Auch Graf Metternich riet zu diesem Verfahren, damit wir nicht „durch schroffe Ablehnung der Diskussion a limine ohne zwingenden Grund allein das Odium des Fortbestehens der Kriegslasten für alle Völker“ auf uns laden möchten [8]). Bülow stimmte dieser Anschauung völlig zu. Er unterlag jedoch dem Einfluß des Geheimrats Kriege, der als Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes in diesen Fragen eine ausschlaggebende Stellung zu behaupten wußte. Wir blieben dabei, die Beteiligung an den Diskussionen über diese Frage abzulehnen. Der deutsche und der österreichische Botschafter in Petersburg, Herr v. Schön und Graf Berchtold, erbaten direkte Audienz beim Zaren und trugen hier den Wunsch ihrer Herrscher vor, daß er jede Erweiterung des Programms ablehnen möge [9]). Iswolski fühlte sich durch dieses Verfahren persönlich gekränkt. Nach der Meinung des Herrn v. Schön hatte der eitle Mann auf einen populären Erfolg in dieser Sache gehofft; er war nahe am Weinen, als ihm diese Aussicht durch das Vorgehen Deutschlands und Österreichs zerstört wurde. Schön hatte sofort den Eindruck, daß er unseren Wünschen in Zukunft weniger zugänglich sein würde. Auch der Zar hielt eine glatte Ablehnung für unmöglich. Schließlich formulierte England seine Anregung dahin, daß es sich vorbehalte, seinerseits die Frage der Rüstungsbeschränkung zur

Sprache zu bringen. Deutschland und Österreich erwiderten, daß sie dies für eine Frage hielten, deren Erörterung kein praktisches Resultat ergeben könne und sich daher an ihrer Beratung nicht beteiligen würden. Rußland schloß sich auf Befehl des Zaren diesem Vorbehalt in etwas vorsichtigerer Form an [10]).

[5]) Bemerkung des Kaisers zu einem Zeitungsartikel, 6. August 1906.

[6]) Tschirschky an Metternich, 4- September 1906. Große Politik 21,459.

[7]) Deutsches Rundschreiben vom 4. Februar 1907. Metternich, 8. Februar.
Erlaß an Sternburg, 9. Februar.

[8]) Schön, 28. Januar, 11. Februar. Erlaß an Schön, 9. Februar. Metternich, 17. Februar, mit Bemerkung Bülows ,,Sehr richtig“. Monts, 3. März.

[9]) Schön, 18. Februar, 12., 15., 16. März. Berchtold wurde am 15., Schön am 16. März vom Zaren empfangen.

[10]) Schön, 23. März, 3., 10. April. Deutsches Promemoria, 24. März.

In der Tat brachte der englische Vertreter im Haag die Angelegenheit zur Sprache. Die Konferenz ging aber fast ohne Debatte über diese Anregung zur Tagesordnung über, da die Voraussetzungen für eine praktische Lösung der Frage nicht gegeben seien.

Während in dieser Sache Deutschland wenigstens in Gesellschaft Österreichs und Rußlands erschien, haben unsere Vertreter in der Frage des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens die Isolierung nicht zu vermeiden verstanden. Die Anträge waren durch die Einfügung der sogenannten „Ehrenklausel“ — infolge deren jeder Staat die schiedsgerichtliche Behandlung ablehnen konnte, wenn nach seiner Ansicht seine Lebensinteressen, seine Unabhängigkeit oder seine Ehre auf dem Spiele stand — und durch Beschränkung des obligatorischen Verfahrens auf juristische Streitfragen, insbesondere über die Auslegung bestehender Verträge, derartig verwässert worden, daß ihre Annahme keine ernste Gefahr bedeutet hätte. Trotzdem stimmten die deutschen Vertreter, nur von Österreich und einigen Kleinstaaten unterstützt, dagegen und brachten damit die internationale Einigung darüber zu Fall. Herr v. Marschall, der als erster Delegierter fungierte, ließ sich als

alter Jurist offenbar von den formal juristischen Bedenken des Geheimrats Kriege völlig gefangennehmen. In Berlin hatte man nicht genügendes Interesse für diese Dinge und nicht hinreichenden Weitblick, um zu erkennen, daß wir durch diese Haltung das Odium auf uns nahmen, ein von aller Welt gewünschtes Friedens werk hintertrieben zu haben. Auch in England hatte man offenbar Bedenken gehabt. Diese scheinen aber durch den klugen portugiesischen Gesandten, Marquis Soveral, König Eduards persönlichem Freund, beseitigt worden zu sein. Vielleicht hätte England nicht zugestimmt, wenn man in London nicht gewußt hätte, daß Deutschland entschlossen sei, die Sache zum Scheitern zu bringen; man konnte jetzt das Odium bequem auf Deutschland abschieben [11]). Die beiden führenden Dreibundmächte erschienen so isoliert der öffentlichen Meinung der ganzen Welt gegenüber und boten ihren Feinden unbezahlbaren Stoff zur Verhetzung. Daß die Annahme der vor geschlagenen Fassung irgendeinen der späteren Kriege verhindert haben würde, können nur politische Kinder glauben. Wohl aber würde die Zustimmung Deutschlands manches Mißtrauen gegen unsere feindlichen Absichten beseitigt und den späteren Verleumdungsfeldzug gegen uns erschwert haben.

[11]) Vgl. hierzu Ph. Zorn, Deutschland und die beiden Haager Friedens konferenzen, S. 53 ff.

Nachdem der englische Versuch, die Beschränkung der deutschen Flottenrüstung auf dem Umwege über die Haager Konferenz zu erreichen, gescheitert war, blieb nur der Weg einer direkten Verhandlung mit Deutschland übrig. England zögerte aber noch, ihn zu betreten. Weder beim Besuch König Eduards in Wilhelmshöhe im August, noch während des langen Aufenthaltes des Kaisers in England vom 9. November bis 12. Dezember 1907 ist von der Flottenfrage offiziell die Rede gewesen. Wohl aber suchte man durch eine Aussprache über die allgemeine Lage die gegenseitigen Beziehungen zu bessern. Die deutschen Staatsmänner gaben die beruhigende Erklärung, daß sie Frankreichs Vorgehen in Marokko nicht ernstlich zu hindern beabsichtigten, die englischen bestritten jede feindselige Absicht gegen Deutschland. Eingehend erwog man die Möglichkeit einer Vereinbarung über die Bagdadbahn. Von deutscher Seite wurde vorgeschlagen, daß englisches Kapital an dem ganzen Unternehmen beteiligt und der Bau der Endstrecke zum Persischen Golf von Deutschland und England gemeinsam ausgeführt werden solle. Grey erklärte das für eine gesunde Basis, verlangte aber die Zuziehung Rußlands und Frankreichs zu

weiteren Verhandlungen. Da die Deutschen hierauf nicht eingehen wollten, weil sie dann stets von den drei Ententemächten überstimmt zu werden füchteten, führten diese Besprechungen zu keinem greifbaren Resultat [12]).

[12]) Aufzeichnungen vom 15. und 20. August 1907 über Wilhelmshöhe. Schön, 16. November (über Windsor). Deutsches Rundschreiben, 20. November. Bülow an Schön, 21. November.

Erst die der deutschen Flotten Vorlage vom November 1907 beigefügten Tabellen über das Bauprogramm bis 1917 scheinen den englischen Ministern die ganze Schwierigkeit der Lage zum Bewußtsein gebracht zu haben. Als im Frühjahr 1908 die englischen Radikalen eine Herabsetzung des Marinebudgets verlangten, erscholl aus dem konservativen Lager der Ruf, eine Vermehrung der Flotte sei angesichts der wachsenden deutschen Rüstungen notwendig. Der Kaiser, der schon während seines letzten Aufenthaltes in England in privaten Unterhaltungen mit englischen Marinefachleuten beruhigend zu wirken gesucht hatte, hielt es für klug, in einem ohne Wissen des Reichskanzlers abgesandten Privatbrief an den ersten Lord der britischen Admiralität, Lord Tweedmouth (16. Februar), nochmals zu betonen, daß Deutschland nicht daran denke, die britische Überlegenheit zur See in Frage zu stellen. Das neue Flottengesetz wolle die Schiffszahl nicht vermehren, sondern nur altes unbrauchbar gewordenes Material durch neues, technisch vollwertiges ersetzen. So gut wie England das unbestreitbare Recht habe, so viel Schiffe zu bauen, wie es zum Schutz seines Handels und seiner Seeherrschaft nötig zu haben glaube, so gut müsse auch Deutschland dies Recht haben. Wenn England hundert neue Schiffe baue, werde Deutschland deshalb nicht eins mehr bauen, als sein eigenes Bedürfnis verlange. Dagegen sage man in England immer, wenn Deutschland mehr baue, müsse es auch England tun. Man gewöhne so die Volksmasse daran, Deutschland als Feind zu betrachten, ein ähnliches Echo aus unseren Reihen könne nicht ausbleiben und die öffentliche Meinung werde vergiftet. Er verwahrte sich noch gegen die Behauptung, als betreibe er den Sturz Lord Fishers, und meinte, es sei fast lächerlich, wenn England bei der fünffachen Überlegenheit seiner Flotte sich vor der deutschen zu fürchten behaupte. Er selbst bewundere die herrliche englische Flotte, der er jeden Erfolg wünsche, deren Admiral er sei und deren Flagge er stets auf derselben Seite zu sehen wünsche wie die Deutschlands. Mit Recht habe Lord Fisher im November über die Gefahren der beständigen Agitation gesagt: „Wenn Eva nicht

fortwährend ihr Auge auf den Apfel gerichtet hätte, so hätte sie ihn nicht gegessen und wir brauchten uns nicht mit Kleidern zu quälen [13]).“

[13]) Der Kaiser an Lord Tweedmouth, 16. Februar 1908; dessen Antwort, 22. Februar. Jetzt gedruckt bei Tirpitz, Politische Dokumente 58 u. 63.

Diese Betrachtungsweise war recht naiv. Denn auch wir glaubten doch nur deshalb so viele Schiffe nötig zu haben, damit England nicht eine gar zu große Überlegenheit behaupte; und für England erforderte gerade die Erhaltung seiner Seeherrschaft, die der Kaiser ja als ein berechtigtes Ziel anerkannte, daß es seine Schiffszahl stärker erhöhen müsse, wenn Deutschland die seine vermehre. Die These, daß jedes Land so viel Schiffe bauen solle, wie es für seine Bedürfnisse brauche, ohne darauf zu sehen, was andere täten, verrät, wenn sie, wie nicht zu bezweifeln, ehrlich gemeint war, eine kaum glaubliche Unklarheit des Denkens in einer so lebenswichtigen Frage. Die Rüstungen einer Großmacht zu Wasser wie zu Lande hängen selbstverständlich von dem Ausmaß der Rüstungen aller anderen ab; denn das eigene Bedürfnis gipfelt eben darin, so stark zu sein, daß man sich jedes wahrscheinlichen Angriffs erwehren kann.

Lord Tweedmouth antwortete höflich, ohne auf die Sache näher einzugehen, übersandte aber dem Kaiser den englischen Flottenvorschlag für 1908/09, der dem Parlament erst in der nächsten Woche vorgelegt werden sollte.

Von diesem Briefwechsel drang eine unbestimmte Kunde in die Öffentlichkeit. Man behauptete, der Kaiser habe auf Lord Tweedmouth in unzulässiger Weise einzuwirken gesucht, damit er das englische Marinebudget einschränke. Im Parlament kam die Sache zur Sprache. Die englischen Minister traten für ihren Kollegen ein, der ihnen den Brief gezeigt hatte, und erklärten, ein ganz privater Briefwechsel, wie er hier vorliege, könne dem Parlament nicht mitgeteilt werden. Von deutscher Seite hätte man nichts gegen die Veröffentlichung gehabt. In England aber fürchtete man, daß ein Schrei der Entrüstung losbrechen werde, wenn man erfahre, daß Lord Tweedmouth dem deutschen Kaiser das künftige Flottenbudget mitgeteilt habe, bevor es dem Parlament bekannt gegeben war. Das war in der Tat recht unvorsichtig gewesen. König Eduard, dem der Kaiser selbst sofort eine Abschrift des Briefes übersandt hatte, konnte sein Erstaunen über den ungewöhnlichen Schritt, daß ein Monarch an einen

fremden Minister schreibe, nicht zurückhalten, und fügte hinzu, des Kaisers Ausführungen könnten die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Deutschland seine Flotte fortwährend vermehre und England daher die seinige entsprechend vergrößern müsse [14]).

[14]) Metternich, 3., 6., 7. März. Bülow an den Kaiser, 6. März. Schön an Bülow, 7. März.

Der Brief des Kaisers war einer jener gut gemeinten, aber taktlosen und in ihrer Wirkung völlig falsch berechneten Schritte, die er so häufig unternahm.

Im englischen Unterhause erklärte Asquith, am 2. März, England falle und stehe mit seiner Seeherrschaft, die gegen jede mögliche Kombination von Mächten verteidigt werden müsse. Andererseits erkannte der Schatzkanzler Lloyd George am 26. Mai an, daß auch England selbst an der Beschleunigung des Rüstungstempos nicht unschuldig sei und daß seine Maßregeln in Deutschland die Furcht vor Angriffsabsichten erweckt haben möchten. Der Staatssekretär für die Marine, Mac Kenna, sagte noch am 13. Juli, die jetzige Flottenrüstung Englands sei ausreichend. Man werde Ende 1911 12 Dreadnoughts gegen 9 deutsche haben und das verbürge England vollkommene Sicherheit. Dagegen erklärte Feldmarschall Lord Roberts eine deutsche Invasion für möglich.

Graf Metternich wurde nicht müde, darauf hinzuweisen, daß England die deutsche Flotte gerade wegen ihrer Tüchtigkeit fürchte, das eine verlorene Seeschlacht in der Nordsee das Ende der englischen Seeherrschaft bedeuten würde; er meinte, wir seien den Engländern für ein Bündnis schon zu stark geworden, da sie fürchteten, in Abhängigkeit von uns zu geraten. Der Kaiser blieb aber dabei, daß es möglich sein müsse, den Engländern diesen Unsinn auszureden. Sie hätten sich selbst durch ihre Dreadnought-Politik in die jetzige unbehagliche Lage gebracht und seien nun nervös geworden. „Sie müssen sich eben an unsere Flotte gewöhnen. Und von Zeit zu Zeit müssen wir ihnen versichern, es sei nicht gegen sie.“

Im Juni 1908 traf Herr Ballin, der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, mit Sir Ernest Cassel zusammen, einem Mitgliede der englischen Hochfinanz und intimen Freunde König Eduards. Cassel sagte, der König sei tief davon durchdrungen, daß der rasche Ausbau der deutschen Flotte die englische Machtstellung

zur See bedrohe. Zwar glaube er an die friedlichen Absichten des Kaisers, aber man müsse auch mit einer ferneren Zukunft rechnen. Cassel fügte noch hinzu, in englischen Fachkreisen wisse man ganz genau, daß die Verstärkung der deutschen Flotte in Wahrheit noch größer sei, als es nach den amtlichen Angaben scheine. Die Sorge vor der deutschen Gefahr sei die treibende Kraft für die ganze Entente-Politik des Königs gewesen. Er deutete schließlich an, England und seine Verbündeten könnten wohl einmal an Deutschland die Frage stellen, wann es in der Verstärkung seiner Rüstungen haltzumachen gedenke. Ballin erwiderte ihm darauf, er werde sich ein großes Verdienst um die Sache des Friedens erwerben, wenn er keinen Zweifel darüber aufkommen lasse, daß eine solche Anfrage der Krieg sei. Deutschland werde sich einem solchen Versuch zu einem Faschoda mit aller Macht widersetzen [16]). Ohne Zweifel war Ballin darüber informiert, daß dies die Auffassung des Kaisers und des Reichskanzlers sei. Auch in einem autographierten Rundschreiben Bülows vom 25. Juni wurde der Grundsatz ausgesprochen: „Vereinbarungen, die auf eine Einschränkung unserer Wehrmacht hinauslaufen, sind für uns unter keinen Umständen diskutierbar. Eine Macht, die uns zu einer solchen Vereinbarung auffordert, möge sich darüber klar sein, daß eine solche Aufforderung den Krieg mit uns bedeutet.“

[15]) Privatbrief Metternichs an Bülow, 8. März, mit Randbemerkungen des Kaisers. Erlaß an Metternich, 14. März.

[16]) Aufzeichnung Hammanns über Ballins Mitteilungen, 22. Juni. Vgl. auch Huldermann, Albert Ballin, S. 204 f.

War dies nur ein Gespräch zwischen Privatleuten gewesen, so benutzte bald darauf der Minister Hardinge eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter, um ebenfalls von dem Argwohn zu sprechen, der durch den Bau der deutschen Flotte erregt werde. Als Graf Metternich ihm erwiderte, England habe es ja in der Hand, stets mehr Schiffe zu bauen, und dadurch seine Überlegenheit zu behaupten, meinte Hardinge, man habe doch keine Garantie, daß das deutsche Programm nicht plötzlich wieder erweitert werde, wie im letzten Jahr. Zwar habe Deutschland das Recht, zu bauen soviel es wolle, aber die deutsche Küste liege nahe; auf Englands Vormachtstellung zur See beruhe Sein und Nichtsein; sie müsse erhalten werden, was es auch koste. Wenn die dadurch notwendig werdenden Lasten stark fühlbar würden, so werde man Deutschland die Schuld geben, weil es zu ihrer Übernahme gezwungen habe. In

Deutschland werde vom Flottenverein immer mit dem Schlagwort gearbeitet, England wolle Deutschland überfallen, nur um Stimmung für Vermehrung der Flotte zu machen. Als Metternich ihn darauf aufmerksam machte, daß England durch die Einführung der Dreadnougths die ganze Frage verschoben und die neuen Anstrengungen nötig gemacht habe, seufzte Hardinge und bestritt es nicht. Die Äußerungen Lord Fishers über einen Präventivkrieg erklärte er für wilde Reden. Bestimmte Vorschläge machte Hardinge in dieser Unterredung nicht.

Aus den Bemerkungen des Kaisers zu Metternichs Bericht über diese Unterredung geht hervor, daß er selbst an die Möglichkeit eines englischen Überfalls auf die deutschen Küsten, wenn auch nicht für den Augenblick, so doch nach einer Reihe von Jahren glaubte. Höchst eigentümlich aber ist das Mittel, das er zur Vermeidung eines Zusammenstoßes empfahl. Er schrieb: „Die einfachste Lösung ist eine Entente oder Bündnis mit uns; dann sind sie aller Sorgen ledig. Daß wir gute Alliierte sind, zeigt unser Verhältnis zu Österreich.“ Er schien ganz vergessen zu haben, daß England uns ein solches Bündnis mehrfach angeboten hatte, bevor es zu Frankreich und Rußland ging. Jetzt, nachdem es neue Beziehungen geknüpft hatte, und die gegenseitige Stimmung so gereizt geworden war, konnte an ein Bündnis im Ernst kaum gedacht werden [17]).

[17]) Metternich, 30. Juni 1908, mit Randbemerkungen des Kaisers.

Auch bei Balfour, der jetzt einer der einflußreichsten Führer der Opposition war, fand Metternich die Anschauung, daß Deutschland es auf einen Entscheidungskampf mit England abgesehen habe. Andererseits versicherte er, daß sich England ohne die stärkste Provokation auf einen Krieg mit Deutschland nicht einlassen werde. Wenn wir England den Krieg nicht aufzwängen, so werde er nicht geführt werden. Man sei dort von Furcht vor Deutschland erfüllt, aber nicht von Angriffsgedanken, und diese Furcht gründe sich weniger auf unsere Volkszahl oder unsere wirtschaftliche Tüchtigkeit, auch nicht in erster Linie auf die Sorge für das Gleichgewicht, sondern vor allen Dingen auf unsere Flotte.

Auch diesen Bericht hat der Kaiser mit Bemerkungen versehen. Er erklärte es für hirnverbrannten Blödsinn, wenn die Engländer sich einbildeten, wir wollten sie aus Konkurrenzneid überfallen. „So dämlich werden wir niemals sein! Das wäre ja Harakiri. —

Das einzige, was wir wollen, ist von ihnen in Frieden gelassen zu werden, um ungestört unseren Handel ausbreiten zu können [18]).“

[18]) Metternich, 10. Juli, mit Randbemerkungen des Kaisers.

Auch die beiden einflußreichsten englischen Minister, Grey und Lloyd George, sprachen dem Botschafter die gleichen Anschauungen aus. Sie meinten, die Beziehungen würden nicht besser werden, solange wir uns in der Flottenkonkurrenz gegenseitig in die Höhe schraubten. Eine mächtige deutsche Flotte mit der mächtigen deutschen Armee dahinter sei eine wirkliche Grefahr für England. Als Metternich erwiderte, erst müsse England das Mißtrauen bei uns beseitigen, daß seine Ententen gegen uns gerichtet seien, bevor man von einer Einschränkung des Flottenbaues reden könne, meinte Lloyd George, schon eine Verlangsamung des Tempos werde mehr zur Beruhigung beitragen als jede politische Aktion. Die Einführung der Dreadnoughts sei ein Fehler gewesen und man sei bereit, Garantien gegen die Einführung neuer Typen zu geben. Übrigens würden vertrauliche Besprechungen über die beiderseitigen Flottenbudgets eher zum Ziele führen als ein amtlicher Notenwechsel. In die Öffentlichkeit dürfe überhaupt nichts davon kommen.

Der Wunsch zu einer Verständigung in dieser Richtung war also von England deutlich genug und in durchaus höflicher Form zum Ausdruck gebracht worden. Metternich fügte hinzu, nach seinem Eindruck habe man von einem förmlichen Antrag nur deshalb abgesehen, weil man davon nach den Äußerungen Ballins eine Kriegsgefahr befürchtet habe. Man wolle weder ein Ultimatum stellen noch eine drohende Frage, sondern nur kriegerischen Möglichkeiten durch einen Vergleich vorbeugen. Da er es nicht für unmöglich halte, über den geäußerten Wunsch wenigstens zu diskutieren, so habe er seine Antworten so eingerichtet, daß alle Möglichkeiten offenblieben.

Obwohl Metternich, dem die Anschauungsweise des Kaisers bekannt war, sich schon sehr vorsichtig ausgedrückt hatte, erregte dieser Bericht doch im hohen Maße den Zorn des Kaisers. Er fand die Sprache der englischen Minister anmaßend. Wir dürften uns niemals vorschreiben lassen, wie unsere Rüstung beschaffen sein solle. Über einen offiziellen Antrag dieser Art sei überhaupt nicht zu reden. Eine versteckte Drohung liege unzweifelhaft zugrunde, und England möge doch erst auch von Amerika, Frankreich und Japan eine Verminderung ihrer Flotten

verlangen. Es wende sich nur an uns, weil es glaube, wir würden uns durch sein Kriegsgeschrei imponieren lassen. Der Botschafter habe seine Befugnisse überschritten, als er angedeutet habe, daß wir unter gewissen Umständen zur Verringerung unserer Wehrkraft bereit sein könnten; damit habe er sich auf eine schiefe Ebene begeben. „Es muß ihm bedeutet werden, daß mir ein gutes Verhältnis zu England um den Preis des Ausbaues der Flotte Deutschlands nicht erwünscht ist. Wenn England uns nur seine Hand in Gnaden zu reichen beabsichtigt, unter dem Hinweis, wir müßten unsere Flotte einschränken, so ist das eine bodenlose Unverschämtheit, die eine schwere Insulte für das deutsche Volk und seinen Kaiser in sich schließt, die a limine vom Botschafter abgewiesen werden mußte. Mit demselben Recht könnten Frankreich und Rußland dann eine Einschränkung unserer Rüstungen zu Lande fordern . . . Das Gesetz wird bis ins letzte Tüttelchen ausgeführt; ob es den Briten paßt oder nicht, ist egal. Wollen sie den Krieg, so mögen sie ihn anfangen. Wir fürchten ihn nicht.“

Diese Bemerkungen zeigen aufs deutlichste den Gedankenkreis, in dem sich der Kaiser damals bewegte, Von den führenden Marinekreisen wurde er in dieser Stimmung bestärkt. Sicherlich war diese Auffassung der englischen Anregung höchst einseitig. Es läßt sich durchaus nicht einsehen, welche Demütigung oder Ehrenkränkung für Deutschland darin gelegen hätte, sich über die Frage einer beiderseitigen Beschränkung der Flottenrüstung, die ja nicht nur uns, sondern auch die Engländer an bestimmte Normen gebunden haben würde, vertraulich auszusprechen. Auch ist es ja später tatsächlich geschehen, und zwar unter persönlicher Beteiligung des Kaisers.

Bei einer späteren Gelegenheit führte Llord George noch aus, wenn der Wettlauf im Flottenbau weitergehe, werde die Spannung zunehmen und die Gefahr eines Zusammenstoßes Platz greifen. Außerdem werde Deutschland gar nichts erreichen, weil England immer entsprechend mehr bauen und daher der Abstand immer derselbe sein werde. Die Folge würde nur sein, daß die Kriegspartei in England immer stärker werden und schließlich auch auf die Schaffung eines großen Landheeres und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht dringen würde. Er meinte, das Verhältnis könne vielleicht auf 2 zu 3 normiert werden. Die englische Flotte müsse aber soviel stärker sein, daß sie das Gefühl der Sicherheit einflöße und mutwillige Angriffsgelüste bei uns nicht aufkommen lasse. Dagegen sei es durchaus berechtigt, die deutsche Flotte so stark zu machen, daß

es für England riskant sei, mit uns anzubinden. Das sei seine persönliche Meinung, er glaube aber im Kabinett Zustimmung damit zu finden, wenn wir geneigt wären, die Verlangsamung des Tempos zu besprechen. Wenn man übereinkäme, auf beiden Seiten jährlich einen Dreadnought weniger zu bauen, so würde das schon eine vollständige Umwälzung der Stimmung in England bewirken; er selbst sei bereit, seinen Einfluß in deutschfreundlicher Richtung einzusetzen.

[19]) Metternich, 16. Juli, mit Randbemerkungen des Kaisers. Gedr. Tirpitz, Dokumente 72 (ohne die kaiserlichen Randbemerkungen).

Der Kaiser nahm auch diesen Bericht in derselben Weise auf, wie die früheren. Er meinte, das sei eine Sprache, die sonst nur unbedeutenden Kleinstaaten gegenüber geführt werde. Nach solchen Worten könne er nur dreimal Nein zu jedem Vorschlag dieser Art sagen. Er tadelte Metternich scharf. „Ich muß mir ausbitten, daß er in Zukunft dergleichen Expektorationen unbedingt ab weise [20]).“

[20]) Metternich, 1. August, mit Randbemerkungen des Kaisers. Gedr. Tirpitz, Dokumente 76 (ohne die Randbemerkungen).

Eine wesentlich andere Stellung nahm der Reichskanzler ein. Er stand in der Mitte zwischen Metternich auf der einen Seite, der auf Verständigung drängte und schwere Zukunftsgefahren aus der Fortsetzung des Flottenwettbaues hervorgehen sah, und zwischen dem Kaiser und Tirpitz auf der anderen Seite, der durch unbeirrte Fortsetzung unserer Flotten Verstärkung den Engländern zu imponieren, sie zur Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands und dann vielleicht zu einer wirklichen Verständigung geneigt zu machen glaubten. Er täuschte sich nicht über die Gefährlichkeit des letzteren Weges und die Illusionen, die beim Kaiser und beim Admiral dahinter verborgen waren; wir werden davon noch besonders reden. Er hatte schon 1904, als der Kaiser glaubte, in zwei Jahren werde die „Gefahrenzone“ für uns durchlaufen sein, skeptisch bemerkt, allerdings nicht für die Augen des Herrschers: „Überdies ist die Annahme unrichtig, als ob wir in zwei Jahren mit unserer Marine „fertig“ sein würden. Das Mißverhältnis zwischen uns und England zur See wird in zwei, vier, sechs Jahren ganz ähnlich liegen wie heute [21]).“ Es kam Ende Juli zu einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Kaiser in Swinemünde. Der letztere hatte ihm durch den Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, sagen lassen, er sei von der Undiskutierbarkeit einer Verlangsamung unserer

Flottenentwicklung überzeugt und sei entschlossen, sich von ihm zu trennen, wenn er diesen Gesichtspunkt nicht akzeptiere. Nach längerer Unterredung mit dem Admiral gab Bülow nach und erklärte sich bereit, Metternich mit entsprechenden Anweisungen zu versehen. Erst nach Abgabe dieser Erklärung wurde er vom Kaiser persönlich empfangen. Über den Verlauf der Unterredung liegt nur eine kurze Notiz des Herrn von Müller vor, daß die Aussprache beide Teile befriedigt habe [22]). Bülow gab jedoch den Tadel des Kaisers nur in sehr abgeschwächter Form an den Botschafter weiter. Er wies ihn an, jede Forderung einer Rüstungsbeschränkung, namentlich wenn sie in drohender Form gestellt werde, unbedingt ablehnend zu beantworten. Da aber doch ein besseres Verhältnis zu England erstrebenswert sei, und ein für die menschliche Zivilisation verderblicher Krieg durchaus vermieden werden müsse, so sei es vielleicht taktisch richtig, bei guter Gelegenheit anzudeuten, daß es für uns leichter möglich sein werde, ein langsameres Tempo im Flottenbau einzuschlagen, wenn England uns volle Neutralität für den Fall eines Krieges gegen Frankreich verspreche. Die Frage, ob in Zukunft zweiseitige Abmachungen über Flottenbauten möglich sein würden, lasse sich erst beantworten, wenn England längere Zeit hindurch eine freundlichere Politik uns gegenüber getrieben habe. Fürchte man dort aber neue größere deutsche Flottenpläne, so werde sich darüber vielleicht Beruhigung schaffen lassen [23]). Er hielt also im Grunde die vom Botschafter empfohlene Politik für richtig, wollte aber aus Rücksicht auf die Stimmung des Kaisers und der Marine zunächst eine hinhaltende Taktik verfolgen und womöglich von England ein deutliches Zeichen politischen Entgegenkommens haben, das sich beim Kaiser verwerten lasse.

[21]) Bülow an das Auswärtige Amt, 3. Dezember 1904.

[22]) Käbinettschef v. Müller an Tirpitz, 31. Juli 1908 bei Tirpitz, Dokumente 85. Das dort angegebene Datum, 31. August, beruht auf Irrtum; damals war der Kaiser in Lothringen, in den letzten Tagen des Juli aber waren er und Bülow in Swinemünde. Dies ist insofern wichtig, als daraus hervorgeht, daß der Konflikt schon vor der Zusammenkunft in Kronberg stattfand.

[23]) Bülow an Metternich, 5. August 1908.

[24]) Der Kaiser an Bülow, 11. August.

Nach ihren ausführlichen Unterredungen mit Metternich mußten die englischen Staatsmänner über die in den regierenden Kreisen Deutschlands herrschende Stimmung einigermaßen

unterrichtet sein. Wieviel ihnen an einer Verständigung mit Deutschland lag, ersieht man daraus, daß sie sich trotzdem entschlossen, den Besuch König Eduards beim Kaiser in Friedrichshof (August 1908) zu benutzen, um die Flottenfrage bei dem Monarchen persönlich zur Sprache zu bringen. Schon daß zwei Minister, Hardinge und Lloyd George, den König nach Deutschland begleiteten, zeigt, welche Wichtigkeit man der bevorstehenden Unterredung beimaß. Man ließ bereits vorher durch Lascelles beim Kaiser sondieren. Dieser erwiderte jedoch, ein Vergleich über Flottenbauten oder Bautempo sei gänzlich ausgeschlossen; fremde Einflüsse auf die eigenen Rüstungen könne sich kein Volk gefallen lassen24). Daher sah der König davon ab, selbst mit seinem Neffen über diese Frage zu sprechen. Aber der Minister Hardinge wagte es doch, den Kaiser daraufhin anzureden. Er sagte ihm, nach der Überzeugung der englischen Admiralität könne Deutschland bis 1912 ebensoviel Dreadnoughts haben wie England. Der Kaiser erklärte das für Unsinn und wies ihn auf die Zusammenstellungen im „Nauticus“ hin, aus denen die große Überlegenheit der englischen Flotte hervorgehe. Aber Hardinge ließ nicht nach. Er meinte, der Konkurrenzbau müsse doch einmal aufhören, das Tempo verlangsamt werden. Sonst müsse man in England für das nächste Jahr eine große Vermehrung der Flotte und hohe Steuern fordern, und das könnte der gegenwärtigen Regierung vielleicht den Hals kosten. Er fragte schließlich direkt, ob Deutschland seine Rüstungen nicht einschränken könne. Der Kaiser erwiderte, unsere Rüstung richte sich lediglich nach unseren Bedürfnissen und habe einen rein defensiven Charakter. Darauf sagte Hardinge, aber ein Abkommen könne doch getroffen werden: „Sie müssen aufhören oder langsamer bauen.“ Der Kaiser antwortete ziemlich schroff: „Dann werden wir kämpfen, denn es ist eine Frage der nationalen Ehre und Würde.“ Hardinge fühlte, daß das Gespräch eine bedenkliche Wendung nahm, bekam einen roten Kopf und bat, der Kaiser möge seine Worte als versehentlich im Privatgespräch gefallen betrachten. Man sprach später noch* von anderen Dingen, und zum Schlüsse verlieh ihm der Kaiser den Roten Adlerorden I. Klasse. Er ließ beim Abschied sogar noch die Worte fallen, auch für England werde die Anlehnung an Deutschland das beste sein. Er war sehr stolz darauf, daß er dem Minister die Zähne gezeigt habe; so müsse man immer mit Engländern verkehren [25]).

[25]) Der Kaiser an Bülow, 11. und 12. August. Gedr. bei Tirpitz , Dokumente 69 und in den „Europäischen Gesprächen“ 1926, S. 76 f, wo zugleich der von Hardinge an das englische Auswärtige Amt erstattete

Bericht über die Unterredungen mit dem Kaiser abgedruckt ist. Eine Vergleichung der beiden Berichte bietet meines Erachtens keinen Anlaß, die oben aus dem Briefe des Kaisers wiedergegebenen Äußerungen zu bezweifeln. Hardinge drückt sich in seinem amtlichen Bericht ruhiger und diplomatischer aus, als der Kaiser in seinem temperamentvollen Brief, und erwähnt nichts von den heftigen Worten des Kaisers und seiner Erwiderung darauf. Der Kaiser hat in seinem Briefe an Bülow seine Worte über eine deutsch-englische Verständigung im allgemeinen wohl fortgelassen, weil sie keinen Widerhall gefunden hatten. Jenisch (Gesandter im Gefolge des Kaisers) an das Auswärtige Amt, 12. und 14.. August. Dazu Metternich, i£. September.

Der Besuch König Eduards beim Kaiser wurde in der englischen Presse freundlich besprochen, wie Metternich annahm, deshalb, weil man von dieser persönlichen Aussprache eine Verständigung über den Flottenbau erwartete [26]). Herr von Stumm, der Metternich in den folgenden Wochen vertrat, äußerte hingegen die Ansicht, auch ein Abkommen, das England neue Steuerlasten erspare, werde höchstens für den Augenblick auf einen kleinen Teil der liberalen Partei wirken, aber keine dauernden guten Beziehungen zu schaffen imstande sein [27]).

[26]) Metternich, 11. August.

[27]) v. Stumm, 20. August.

Der Reichskanzler war in Friedrichshof nicht anwesend, sondern befand sich in Norderney. War er der peinlichen Erörterung absichtlich ausgewichen? Als die englischen Minister den Wunsch äußerten, ihn in Norderney aufzusuchen, lehnte er dies ab, da es zuviel Aufsehen erregen werde. Dem Kaiser verhehlte er jedoch nicht, daß er mit seinem Verhalten auch jetzt nicht ganz einverstanden sei. Zwar teile er mit Kopf und Herzen das Bestreben seines Herrn, eine starke Flotte zu schaffen, ja, er betrachte dies als die dem Kaiser vom Schicksal gestellte Aufgabe; vor einer englischen Drohung wolle auch er unter keinen Umständen zurückweichen; aber er müsse doch zweierlei zu bedenken geben: Einmal scheine es ihm doch nicht ausgeschlossen, daß England es wirklich zum Kriege treiben werde, wenn die Rüstungen auf beiden Seiten dauernd weiter gingen. Ferner aber halte er, falls es zum Kriege kommen sollte, die Situation für ernst. Wahrscheinlich werde auch Frankreich und durch Frankreich Rußland hineingezogen werden; auf die türkische Armee sei nichts zu geben, Aufstände in Indien und Ägypten unwahrscheinlich. Er glaube auch nicht, daß die Engländer uns drohen wollten, sondern daß sie nur Fühler

ausstreckten, ob sie nicht auf irgendeine Art um große Neubauten und große neue Steuern herumkommen könnten; gelinge das nicht, so würden sie zweifellos ein kolossales Flottenprogramm auf stellen. Wenn man jeder vertraulichen Aussprache aus dem Wege gehe, so wachse die Verstimmung und es entstehe eine wirkliche Kriegsgefahr. Englands Hilfsquellen für den Schiffsbau seien größer als die unseren. Sollte das liberale Kabinett in England gestürzt werden, so würde die Aussicht auf eine Verständigung noch viel geringer werden. Er fürchte sich gewiß nicht vor dem Kriege; aber, schließt er, „E. M. mögen auch verstehen, daß ich bestrebt bin, nach Möglichkeit die Dinge so zu wenden, daß E. M. Lebenswerk mit Gottes Hilfe aus- und durchgeführt werden kann. Es kommt darauf an, über die nächsten Jahre hinwegzukommen [28]).“

[28]) Bülow an den Kaiser, 29. August.

Aber, mochten sich auch beim Reichskanzler derartige Bedenken regen, vom Kaiser selbst war das entscheidende Wort ausgesprochen worden, jede offizielle Anregung zu einer Einschränkung des deutschen Flottenbaues sei als feindlicher Akt zu betrachten. Die englischen Minister kehrten von ihrer Reise mit der Überzeugung zurück, daß bei Deutschland nichts zu erreichen sei.

Sie zogen daraus die Konsequenz, daß sie in den sauren Apfel beißen und dem Parlament im nächsten Frühjahr große Marmeforderungen vorlegen müßten. Das war ihnen um so peinlicher, als sie damit den vollständigen Bankerott ihrer bisherigen Einschränkungspolitik eingestehen und den Vorwurf der Konservativen erwarten mußten, sie hätten in grober Verkennung der Weltlage zwei Jahre lang Englands Rüstung ungebührlich vernachlässigt und versuchten nun nachzuholen, was sie versäumt hätten. Während des Winters arbeitete Lloyd George sein neues großes Steuerprogramm aus, das eine ganz ungewöhnliche Belastung von Einkommen und Grundbesitz enthielt. Als es im Frühjahr 1909 eingebracht wurde, hat es bekanntlich zu heftigen parlamentarischen Kämpfen, zur Ablehnung durch das Oberhaus und zur Auflösung des Parlaments geführt und den Anstoß zu jenem letzten großen Verfassungskampf in England gegeben, der mit der Zurückdrängung des Oberhauses in die Rolle einer nur beratenden Körperschaft endigte. Alle diese inneren Schwierigkeiten, diese Kämpfe, deren Ausgang ungewiß war und die liberalen Minister ihre Stellung kosten, den Konservativen die

Regierung zurückgeben konnte, sahen sie vor sich. Es ist wahrscheinlich, daß Lloyd George diese Aussichten als Schatzkanzler besonders schwer empfand und deshalb mit nach Deutschland reiste. Gewiß war es nicht nur die Erhöhung des Flottenbudgets, die eine Steigerung der englischen Steuerlast notwendig machte, sondern vor allen Dingen der Aufwand für die geplante soziale Gesetzgebung. Aber eine erhebliche Verringerung des Budgets hätte sich durch die Verständigung mit Deutschland sicherlich erreichen lassen.

Es liegt demnach kein Grund zu der Annahme vor, daß es den Engländern damals mit ihrem Annäherungsversuch nicht ernst gewesen sei. Sie unternahmen ihn, um schweren inneren Kämpfen auszuweichen, ein Motiv, das für manchen englischen Minister weit stärker war als Rücksichten der auswärtigen Politik. Sie würden vielleicht, da ihnen an einer Verständigung wirklich lag, ein für. Deutschland günstiges Verhältnis der Flottenstärken zugegeben, ja sogar politische Konzessionen in der von Bülow gewünschten Richtung dafür gemacht haben. Da man aber jede Erörterung von vornherein abschnitt, erfuhr man gar nicht, was sie zu bieten gedachten.

Da der Kanzler wußte, wie stark der Kaiser in diesen Fragen von den Fachleuten der Marine beeinflußt wurde, führte er bald darauf eine Aussprache mit Tirpitz herbei. Dieser gab die Zusicherung, daß neue Flotten Vergrößerungen nicht geplant seien und daß er, wenn England seine Politik uns gegenüber ändern wolle, eine Zukunftsverständigung über Schiffsbauten wohl für möglich halte, unter der Voraussetzung, daß unser gesetzlich festgelegtes Programm unverändert bleibe. Der Kanzler teilte das sofort dem Grafen Metternich mit [29]). Dieser machte bei Gelegenheit von der Mitteilung, daß weitere. Vermehrungen nicht geplant seien, Gebrauch [30]).

[29]) Bülow an Metternich, 22. September.

[30]) Metternich, 26. November.17 Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkrieg

In Wahrheit hatte Bülow den Kern der Situation nicht erkannt oder aus Rücksicht auf die zu erwartenden Schwierigkeiten umgangen. Für die Engländer handelte es sich stets um eine Verlangsamung des im deutschen Flottengesetz vorgesehenen Bautempos, weil nur diese sie von der Notwendigkeit großer Aufwendungen für eine sofortige entsprechende Vermehrung

ihrer Flotte befreit haben würde. Dafür würden sie vielleicht etwas geboten haben, nicht aber für das bloße Versprechen, daß man bei uns in Zukunft das Tempo nicht noch weiter beschleunigen werde, denn darauf kam doch das scheinbare Zugeständnis von Tirpitz hinaus.

Gerade in dieser Zeit erfolgte die Veröffentlichung des berüchtigten Kaiser-Interviews im „Daily-Telegraph“. Es rührte von einem englischen Privatmanne her, dem Obersten1 Stuart Worseley, dessen Gast der Kaiser im Herbst 1907 gewesen war, und mit dem er sein Verhältnis zu England vertraulich besprochen hatte, in der Absicht, sich dagegen zu verwahren, als sei er England feindlich gesinnt oder habe jemals eine England feindliche Politik getrieben. Habe er doch während des Burenkrieges russisch-französische Interventionswünsche verhindert und dadurch England den Rücken freigehalten, und habe er doch damals nach Anhörung seines Generalstabs Ratschläge über die beste Art, den Krieg zu Ende zu führen, an seine Großmutter gesandt, die sich ungefähr in der später von Lord Roberts und Kitchener wirklich innegehaltenen Richtung bewegt hätten. Der Urheber dieser Veröffentlichung hatte in ganz loyaler Weise beim Kaiser angefragt, ob er seine Äußerungen in die Öffentlichkeit bringen dürfe. Der Kaiser hatte das Manuskript ebenfalls in ganz korrekter Weise an das Auswärtige Amt geschickt mit der Frage, ob Bedenken gegen die Veröffentlichung vor lägen. Es war bis an den Reichskanzler gegangen, der noch zur Kur in Norderney weilte; dieser aber hatte es versehentlich nicht gelesen, und da die untergeordneten Organe keine Beanstandung wagten oder für nötig hielten, so war dem Kaiser mitgeteilt worden, daß solche Bedenken nicht vorlägen, und das Interview war erschienen (27. Oktober).

Es erregte in Deutschland und England lebhaftes Aufsehen. In England wirkte es in ganz entgegengesetzter Richtung, wie beabsichtigt war. Man nahm es höhnisch auf; man sagte, England würde den Burenkrieg auch gewonnen haben, wenn der Kaiser anders gehandelt hätte; man sah in den Bemerkungen über die kaiserlichen Ratschläge und die tatsächliche Kriegführung der Engländer eine beleidigende Andeutung, als ob es eigentlich diese Ratschläge gewesen seien, die den englischen Generälen die Direktiven für ihre Kriegführung gegeben und den Sieg ermöglicht hätten. Man erblickte endlich in dem Ganzen einen taktlosen Versuch des Kaisers, in England für sich Stimmung zu machen, während er gleichzeitig durch die Vermehrung seiner Flotte England zu ungeheuren Gegenrüstungen und Ausgaben

zwinge. In Deutschland hatte die Veröffentlichung bekanntlich einen heftigen Feldzug gegen das persönliche Regiment des Kaisers zur Folge. Fürst Bülow reichte sein Entlassungsgesuch ein; es wurde abgelehnt, nachdem der Kaiser die Zusage gegeben hatte, in Zukunft ohne des Kanzlers Rat keine Schritte von politischer Bedeutung zu tun. (31. Oktober.) Endlich folgte die große Reichstagsdebatte im November, wo der Kaiser sich von Bülow so ungenügend verteidigt fand, daß er seitdem eine starke persönliche Abneigung gegen den Kanzler faßte. Er äußerte später zu Schön, er sei verraten worden; Bülow habe den Artikel gelesen und mit Hilfe der Veröffentlichung den Kaiser zur Unterwerfung unter sein Hausmeiert um zwingen wollen. Auch habe der Bundesratsausschuß erwogen, ob ihm nicht die Abdankung anzuraten sei [31]).

[31]) Frhr. v. Schön, Erlebtes, S. 94 ff.

Der Reichskanzler, der jetzt sicher zu sein glaubte, daß der Kaiser ihm keinen Widerstand leisten werde, erwog gegen Ende des Jahres noch einmal ernstlich die Frage eines Flottenabkommens mit England. Er trat zunächst wiederum mit Tirpitz in Verbindung, fand aber bei diesem wenig Entgegenkommen, da der Admiral der Ansicht war, daß nicht unser Flottenbau, sondern die wirtschaftliche Konkurrenz die wahre Ursache der politischen Spannung sei. Metternich, dem dies mitgeteilt wurde, widersprach entschieden. „Ich bezweifle“ schrieb er, „daß ein unparteiischer Beobachter, der auch nur einige Monate in England zugebracht haben sollte, anderer Meinung sein kann, als daß der Kardinalpunkt unserer Beziehungen zu England in dem Wachsen unserer Flotte liegt. Es mag dies nicht erfreulich für uns zu hören sein; ich sehe aber keinen Nutzen darin, die Wahrheit zu verschleiern, und halte dies auch nicht mit meiner Pflicht vereinbar [32]).“

[32]) Metternich, 17. November. Tirpitz an Bülow, 22. und 25. November. Metternich, 26. November (gedr. bei Tirpitz, Dokumente 86—94), und privat an Bülow, 27. November.

Fürst Bülow richtete daraufhin an Tirpitz folgende dienstliche Anfrage: „Ich gestatte mir, an E. E., dem die fachmännische Verantwortung zufällt, von dem Moment an, wo es zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen sollte, die Frage zu richten, ob Deutschland und das deutsche Volk einem englischen Angriff mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen könnte?“ Gleichzeitig teilte er Metternich mit, daß er für eine

Verlangsamung des Bautempos eintreten werde [33]). Tirpitz zögerte über 14 Tage mit der Antwort. Dann erklärte er, er müsse die gestellte Frage verneinen, halte es aber gerade deshalb für seine Pflicht, durch den Bau einer möglichst starken Schlachtflotte England von einem Angriff abzuhalten. Nur so könne der Friede erhalten werden. Eine Gefahrenzone müsse dabei durchlaufen werden. Dies werde auch nicht geändert, wenn wir eine Einschränkung unseres Flottenbaues vornähmen, die den Charakter einer Demütigung vor England tragen würde. Das würde die Lage nur noch kritischer machen^ Je mehr England unsere Flotte fürchte, desto geringer werde die Kriegsgefahr werden. In wenigen Jahren werde der Angriff ein großes Risiko sein, und damit werde der Zweck der Flottenpolitik der letzten Jahre erreicht sein. Von 1912 an sehe das Flottengesetz ohnehin nur den Bau von zwei Schlachtschiffen im Jahre vor. Der Rückgang von vier auf zwei werde dann schon beruhigend auf die öffentliche Meinung Englands wirken.

[33]) Bülow an Tirpitz, 30. November a. a. O. 94 f.; an Metternich, 11. Dezember.

Bülow sah das als keine ausreichende Antwort auf seine Frage an. Er antwortete, es scheine ihm fraglich, ob unsere Flotte nicht auch später in derselben Lage sein werde, wie jetzt, wenn England die seinige immer in entsprechendem Maße vergrößere, und ob es, wenn wir doch auf die Defensive angewiesen seien, nicht richtiger sei, unsere Küstenbefestigungen zu verstärken, unsere Seeminen und unsere Unterseeboot flotte zu vermehren. Er glaubte, daß eine Verstärkung dieser lediglich für die Verteidigung bestimmten Kampfmittel die Engländer weniger beunruhigen werde, als die fortwährende Vermehrung der Schlachflotte. Endlich regte er an, ob wir nicht in den Jahren von 1909 bis 1911 nur je drei anstatt vier Schiffe bauen und den dadurch entstehenden Ausfall in den nächsten Jahren nachholen könnten. Bei Ausführung unseres Bauplans würden wir 1911 dreizehn Dreadnoughts haben, England aber, wenn es nicht starke Neubauten beschließe, nur zwölf.

Tirpitz blieb dabei, jedes Zugeständnis werde als Zurück weichen vor Drohungen angesehen werden und außerdem nichts nützen. Er bedauerte es, daß wir den Engländern bereits ohne jede Gegenleistung den Verzicht auf eine weitere Flotten Vermehrung in Aussicht gestellt hätten. Eine Veränderung des Bautempos würde ohne Veränderung des Flottengesetzes nicht möglich sein; eine solche könne er vor dem Reichstag nicht

vertreten, und werde, falls sie beabsichtigt werden sollte, um seine Entlassung bitten müssen. Für den Ausbau der von Bülow erwähnten Verteidigungsmittel sei genügend gesorgt; ohne eine starke Schlachtflotte würden sie aber keine Bedeutung haben. Das Wesentliche sei die Vergrößerung des englischen Risikos und das könne nur der Ausbau der Schlachtflotte bieten. Übrigens werde auch die durch Vermehrung der kleineren Fahrzeuge bedingte Mannschaftsvermehrung von England als Kriegsdrohung aufgefaßt werden.

Bülow hob nochmals hervor, daß er für seine Pflicht halte, einem Zusammenstoß vorzubeugen, wenn eine Aussicht auf siegreichen Ausgang nicht vorhanden sei. Da aber Tirpitz der Verlangsamung widerspreche und es auch nach Metternichs Berichten zweifelhaft sei, ob ein solches Zugeständnis genügen werde, um die englische Stimmung wesentlich zu beeinflussen, so wolle er von diesem Gedanken Abstand nehmen. Endlich erbat er noch die Ansicht des Admirals darüber, ob unbedingt ablehnend geantwortet werden solle, wenn König Eduard etwa bei seinem bevorstehenden Besuch in Berlin auf die Sache zurückkommen sollte. Tirpitz meinte, dazu würde er nicht raten, schon damit wir nicht das Odium auf uns lüden. Wir könnten uns etwa erbieten, in zehn Jahren nicht mehr als drei große Schiffe jährlich zu bauen, falls England nicht mehr als vier baue oder kaufe. Übrigens würden wir im Herbst 1911 nur neun und erst im Herbst 1912 dreizehn Dreadnoughts fertig haben.

Bülow war im Prinzip hiermit einverstanden, meinte aber, auf das Verhältnis 3: 4 werde England schwerlich eingehen. Man müsse aber außerdem politische Zugeständnisse, etwa eine Sicherstellung der Haltung Englands bei kriegerischen Verwicklungen zwischen Deutschland und anderen Mächten, fordern. Tirpitz warnte davor, auf derartige politische Konzessionen zu großen Wert zu legen; es komme mehr auf die militärischen Gegenleistungen an. Die Formel 3: 4 würden die Engländer wohl zunächst ablehnen, aber schließlich doch darauf eingehen, weil sie eine stärkere Vermehrung nach seiner Überzeugung auf die Dauer nicht würden durchhalten können [34]).

[34]) Tirpitz an Bülow, 17. Dezember, mit Bemerkungen Bülows. Bülow an Tirpitz, 25. Dezember. Tirpitz an Bülow, 4- Januar 1909. Bülow an Tirpitz, 11. Januar. Tirpitz an Bülow, 20. Januar. Bülow an Tirpitz, 29. Januar. Tirpitz an Bülow, 4- Februar. Jetzt sämtlich gedruckt bei Tirpitz, Dokumente, 97—121.

Beim Besuch König Eduards in Berlin im Februar 1909 wurde die Flottenfrage nur nebenbei berührt. Man versicherte sich gegenseitig nochmals, daß man keine finsteren Pläne habe; über eine Einschränkung der Bauten wurde nicht gesprochen. Bülow gewann den Eindruck, daß es das Beste sei, diesen heiklen Punkt vorläufig nicht wieder zu berühren [35]).

[35]) Diktat Bülows, 10. und 11. Februar. Das letztere gedr. bei Tirpitz 122. Ebenso die Aufzeichnung des Kaisers über seine Unterredung mit König Eduard, Febr. 12. Rundschreiben, 13. Februar. Bülow an Tirpitz, 19. Februar. Auszug bei Tirpitz 124.

Während dieser langwierigen Erörterungen zwischen den leitenden Persönlichkeiten in Berlin war aber in London die Entscheidung schon gefallen. Die neue Flotten Vorlage war ausgearbeitet, ebenso das große Budget von Lloyd George mit seiner gewaltigen Erhöhung der Steuerlasten. Eine Anfrage, ob nicht eine Verständigung mit Deutschland über den Flottenbau versucht worden sei, beantwortete Asquith am 16. März dahin, daß Deutschland auf derartige Anregungen nicht eingegangen sei, weil die dortige Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß nur das eigene Bedürfnis, nicht die Stärke einer fremden Flotte, für ihren eigenen Bauplan maßgebend sein könne. Das war völlig zutreffend. Wenn Fürst Bülow darauf im Reichstag bestritt, daß von England je ein amtlicher Vorschlag in dieser Richtung gemacht sei, so war er zwar formell im Recht; aber man begreift es, daß die englischen Minister darin eine Illoyalität sahen, da Deutschland die amtliche Behandlung der Frage durch seine kategorische Ablehnung der ersten vertraulichen Sondierungen abgeschnitten hatte.

Metternichs Bemühungen gelang es, die Verstimmung der Engländer etwas zu mildern. Er hatte den Eindruck, daß noch jetzt politische Zugeständnisse zu haben seien, wenn man die Bauzeit für die bewilligten Schiffe um etwa fünf Jahre verlängere. Dafür meinte er, werde wohl ein Neutralitätsversprechen, aber nur für den Fall, daß wir die Angegriffenen wären, zu haben sein, mehr sicherlich nicht. „Im vorigen Sommer war der psychologische Moment da. Damals hätte sich mit wenig Nachgeben manches erreichen lassen. Jetzt kaum mehr. Damals war die englische Regierung schwankend und zweifelhaft. Jetzt ist sie entschlossen, in die Dreadnought-Konkurrenz um den Two-Power-Standard mit uns einzutreten“ Daß England jetzt deswegen zum Krieg schreiten würde, sei jedoch nicht zu befürchten. Er warnte nochmals vor der Ansicht der Marinekreise, daß England,

falls es die dauernde Überlegenheit im Flottenbau nicht behaupten könne, sich in das Unvermeidliche fügen und dann wieder gut Freund mit uns sein werde. Die Furcht werde die Engländer uns nicht in die Arme treiben, sondern gewappnet gegenüberstellen [36]).

[36]) Metternich, 29. Dezember 1908, 1. und 14. Januar 1909.

Mehrfach wurde von englischer Seite der Verdacht geäußert, daß Deutschland tatsächlich das Bautempo noch stärker beschleunige, als im Gesetz vorgesehen sei. Als seit dem März 1909 in der englischen Presse und im Parlament, um die nötige Stimmung für die geplanten großen Neubauten zu erzeugen, vielfach mit übertriebenen und unrichtigen Angaben über die Stärke der deutschen Flottenrüstung gearbeitet wurde, setzte die Diskussion immer wieder von neuem ein, ohne indessen in den wesentlichen Punkten weiter zu führen. Von englischer Seite wurde schließlich angeregt, es möge eine Verabredung dahin getroffen werden, daß die beiderseitigen Marineattachés regelmäßig zu bestimmten Zeitpunkten genaue Informationen über den augenblicklichen Stand der Neubauten austauschen und die Befugnis erhalten sollten, sich auf den Werften zu überzeugen, daß diese Angaben der Wirklichkeit entsprächen. Tirpitz erklärte sich, obgleich widerstrebend, dazu bereit, wenn die Sache so eingerichtet werden könne, daß sie nicht zu Spionagezwecken benutzbar sei. Der Kaiser aber wollte davon nichts wissen. Nach einem neuen Immediatvortrage des Admirals formulierte er seinen Entschluß dahin: Es möge, falls England neue Verhandlungen auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung anrege, gemäß der früher von Tirpitz geäußerten Meinung vorgeschlagen werden, daß wir uns verpflichten wollten, auf eine Reihe von Jahren nur drei Schiffe zu bauen, falls England nicht mehr als vier baue; jedoch müsse dann gleichzeitig das durch Metternich gegebene Versprechen, im Jahre 1912 keine Marinenovelle einzubringen, zurückgenommen werden. Darin lag, verglichen mit der Haltung, die er im vorigen Sommer in Cronberg eingenommen hatte, ein gewisses Zugeständnis des Kaisers an den von Bülow vertretenen Gedanken. Aber die Einfügung einer Klausel über die Novelle, wofür der Admiral übrigens die Verantwortung ablehnte, mußte die Benutzung dieser kaiserlichen Genehmigung zu neuen Verhandlungen von vornherein außerordentlich erschweren. Außerdem war im April 1909 der dafür günstige Zeitpunkt bereits vorüber [37]).

[37]) Metternich 3., 10., 18., 23. März. Sämtlich gedruckt bei Tirpitz 125—138. Tirpitz an den Kaiser, 8. März (Tirpitz 128). Erlaß an Metternich, 19. März. Immediatbericht Bülows, 27. März. Tirpitz an Bülow, 28. März. Der Kaiser an Bülow, 3. April (letzteres Schreiben und eine Aufzeichnung von Tirpitz über seinen Vortrag s. Tirpitz 145—149).

Die Bedeutung aller dieser Erörterungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß es im Sommer 1908 wahrscheinlich noch einmal möglich gewesen wäre, durch ein Zugeständnis in bezug auf den Flottenbau ein besseres Verhältnis zu England zu gewinnen. Vielleicht wäre damals nicht nur eine Festlegung Englands auf eine bestimmte Zuwachsrate, sondern auch eine politische Gegenleistung, sei es in Gestalt eines Neutralitätsversprechens oder eines Entgegenkommens in kolonialen Fragen, etwa bezüglich der Bagdadbahn, zu erreichen gewesen. Die Entente war damals noch sehr locker, namentlich das Verhältnis Rußlands zu England ein loses; es wäre wahrscheinlich möglich gewesen, England in seiner Gesamtpolitik näher an Deutschland heranzubringen, da es ja im Grunde den britischen Interessen viel besser entsprach, als Schiedsrichter zwischen den Gruppen zu stehen, als an eine von ihnen dauernd gebunden zu sein. Dieser Augenblick ist nicht benutzt worden. Als man später die Möglichkeit solcher Zugeständnisse erwog, war es bereits viel schwieriger geworden, weil die englischen Minister sich nun bereits entschlossen hatten, ein vermehrtes Bauprogramm aufzustellen. Als man auch damals zu keinen festen Angeboten gelangte, war der Augenblick endgültig verpaßt. Am 29. April legte Lloyd George dem Unterhause sein großes Budget vor und nahm den Kampf dafür auf. Seitdem hatte er nicht mehr das gleiche Interesse für ein deutsches Zugeständnis in dieser Frage, wie in den vorangehenden Monaten.

Fragt man, aus welchem Grunde diese Chance unbenutzt geblieben ist, so wird man sagen müssen, daß die persönliche Empfindung des Kaisers, in einem solchen Zugeständnis liege eine Demütigung für Deutschland, und es werde außerdem die erhoffte Wirkung nicht erzielen, dafür maßgebend gewesen ist. In dieser Stimmung wurde er von Herrn v. Tirpitz aufs nachhaltigste bestärkt, der allerdings vorsichtiger in der Form vorgehen wollte, damit das Odium, jede Verhandlung abgewiesen zu haben, nicht auf Deutschland falle.

Der Reichskanzler scheint vor den ersten entscheidenden Äußerungen des Kaisers, die nicht gut rückgängig zu machen waren, nicht gehört worden zu sein und wagte es auch nachher

nur sehr vorsichtig, den Ideen, die den Kaiser beherrschten, entgegenzutreten. Hatte er doch selbst keine Sicherheit darüber, ob England auch bei einer erheblichen Einschränkung des deutschen Flottenbaues bindende Verpflichtungen für seine künftige politische Haltung eingehen werde. Er schrieb einmal an Metternich, unser Bauplan könne eingeschränkt werden, „wenn sich uns gleichzeitig die bestimmte Aussicht eröffnet, dagegen die Gewißheit einzutauschen, daß wir im Falle kriegerischer Komplikationen England nicht auf der Seite unserer Gegner finden werden“ [38]). Für den ganzen Ernst der Situation scheint auch er nicht das richtige Verständnis gehabt zu haben; sonst würde er, der wegen zweier Worte im Björkö-Vertrag seine Entlassung verlangte, wohl zu stärkeren Mitteln gegriffen haben, um seinen Ansichten Geltung zu verschaffen.

[38]) Bülow an Metternich, 25. Dezember 1908. Gedr. bei Tirpitz 103.

Es ist möglich, daß ein Abkommen, wie es König Eduard und seine Minister wünschten, nicht ganz die Wirkungen gehabt haben würde, die sich namentlich Graf Metternich davon versprach, daß Englands Haltung auch nachher eine zurückhaltende uns gegenüber geblieben sein würde. Diese Meinung äußerte namentlich Legationsrat von Stumm, der im Herbst 1908 Metternich eine Zeit lang in London vertrat [39]). Das durch unsere Marokkopolitik und den Björkö-Vertrag erzeugte Mißtrauen ließ sich nicht so schnell wieder aus der Welt schaffen. Aber den Versuch hätte es doch wenigstens gelohnt. Er hätte so gut wie gar nichts gekostet, weil die relative Stärke unserer Flotte im Verhältnis zur englischen genau dieselbe geblieben wäre, wenn auch England auf eine große Vermehrung verzichtet hätte. Die Politik, die Herr von Tirpitz vertrat, baute sich zweifellos auf einen gesunden Grundgedanken auf. Der Risikogedanke, wie er schon in der Denkschrift von 1900 ausgesprochen war, fand auch bei den Engländern durchaus Verständnis und wurde namentlich von Lloyd George ausdrücklich als berechtigt anerkannt. Dennoch hatte seine Rechnung einen entscheidenden Fehler. Er wollte zwar die Stärke der englischen Flotte nicht erreichen, sondern erkannte an, daß England infolge seiner besonderen Lage eine größere Flotte haben müsse als wir; aber er wollte die Differenz zu unseren Gunsten verringern und sah nicht ein, daß dies keineswegs allein von Deutschland abhing, sondern ebenso sehr von dem Tempo, in dem England weiterbaute. Wurde dies in der gleichen Weise wie das unsere beschleunigt, so mußte trotz unserer Verstärkungen das alte Machtverhältnis bestehen bleiben. Wenn ihm dies vorgehalten wurde, meinte er, Englands

finanzielle Leistungsfähigkeit werde dazu nicht ausreichen; das englische Volk werde die dazu erforderliche Steuerlast nicht auf sich nehmen wollen. Diese Voraussetzung war falsch, wie der weitere Gang der Dinge gezeigt hat. Wäre sie aber richtig gewesen, so bleibt es außerordentlich fraglich, ob nicht die Engländer in dem Augenblick, wo sie erkannt hätten, daß sie nicht imstande sein würden, das alte Verhältnis aufrecht zu erhalten, doch dazu geschritten wären, ihre im Augenblick noch bestehende Überlegenheit zu einem gewaltsamen Druck auf Deutschland auszunutzen. Tirpitz glaubte, daß sie sich dann mit der vollendeten Tatsache abfinden würden; Metternich war der Meinung, daß sie dann zuschlagen würden. Zur Entscheidung dieser Streitfrage ist es nicht gekommen, da der Zeitpunkt, wo England den Anforderungen des vermehrten Flottenbaues nicht mehr gewachsen gewesen wäre, nicht eingetreten ist.

[39]) v. Stumm, 8 September.

Schwer verständlich aber bleibt es, daß Tirpitz und der Kaiser, ja in gewissem Sinne auch Fürst Bülow daran glauben konnten, daß es sich nur darum handle, eine zeitlich begrenzte Gefahrenzone zu durchlaufen; in Wahrheit war diese Zone unbegrenzt, so lange England die Konkurrenz unter Wahrung des alten Machtverhältnisses aufzunehmen in der Lage war. Wir standen in keinem Zeitpunkt der Zukunft England relativ stärker gegenüber, als es in der Gegenwart der Fall war. Es war eine reine willkürliche Behauptung, wenn Tirpitz einmal sagte, die Gefahrenzone werde 1915 nach Vollendung des Umbaues des Nordostseekanals und der Befestigung Helgolands durchlaufen sein. So wichtig diese beiden Maßregeln für die Kampffähigkeit unserer Flotte auch sein mochten, an dem Kräfteverhältnis zur englischen konnten sie nichts ändern. Das vom Kaiser und Bülow gelegentlich angezogene Beispiel der Athener, die Sparta bis zur Vollendung ihrer langen Mauern hinhielten, traf hier in keiner Weise zu. Denn der Bau dieser Befestigungen war ein klar begrenztes Unternehmen, dessen Vollendung nur von außen gestört werden konnte. Hier aber handelte es sich um ein unabsehbares, sozusagen unendliches Problem, da es auch ohne Störung von außen nicht gelöst werden konnte, solange den Engländern nicht der Atem ausging. Ob dies der Fall sein werde, hing in keiner Weise von uns ab, und wann es der Fall sein werde, ließ sich nicht berechnen. Selbst wenn die im Flottengesetz vorgesehene endgültige Zahl von Schlachtschiffen erreicht war, was im Jahre 1917 der Fall sein sollte, mußte immer wieder die Frage auftauchen, ob jetzt das Verhältnis unserer Flotte zu der

inzwischen entsprechend vergrößerten englischen Flotte ein derartiges sei, daß für England das Risiko bei einem Kriege hoch genug werden würde, um abschreckend zu wirken [40]). Daher brachte die ganze Flottenvermehrung uns keinen erheblichen Nutzen, sobald die Sicherheit zu erlangen war, daß England seinerseits nicht über das bisherige Verhältnis hinausgehen werde. In der Verkennung dieses Sachverhaltes und in der Einmischung des in Wahrheit gar nicht berührten nationalen Ehrenpunktes in die Behandlung der ganzen Angelegenheit lag die Ursache dafür, daß wir den letzten Zeitpunkt vorübergehen ließen, wo es vielleicht noch möglich gewesen wäre, das feste Zusammen wachsen der Entente zu verhindern.

[40]) Es ist recht beachtenswert, daß Tirpitz in einem Immediatvortrag vom 24. Oktober 1910 selbst sagte: „Läßt sich die englische Flotte dauernd und grundsätzlich so stark machen und erhalten, daß Angriff auf Deutschland kein Risiko, so war die deutsche Flottenentwicklung vom historischen Standpunkt aus ein Fehler, die Flottenpolitik E. M. ein historisches Fiasko.“ Mit besonderer Rücksicht auf des Kaisers Denkweise fügte er hinzu: „Deutschlands Weltstellung bliebe bei der nun einmal gegebenen politischen Situation nur eine solche von Englands Gnaden“ (Dokument 184).

12. Die bosnische Krise

Im nahen Orient war es seit einem Jahrzehnt verhältnismäßig ruhig geblieben. Rußland war in Ostasien beschäftigt; England hatte in anderen Teilen der Welt genug zu tun. Österreich-Ungarn hegte keine Vergrößerungsabsichten und wünschte aufs dringendste die Erhaltung des augenblicklichen Zustandes. Mehrfach waren Vereinbarungen zwischen Wien und Petersburg in dieser Richtung getroffen worden, zuletzt noch während des russisch-japanischen Krieges am 15. Oktober 1904 [1]). Reide Mächte versprachen sich damals vollständige Neutralität zu bewahren, wenn eine von ihnen ohne Provokation in Krieg mit einer dritten Macht gerate, die ihre Sicherheit oder den Status quo auf dem Balkan bedrohe. Ausgenommen war hierbei ein Konflikt mit einem der Balkanstaaten selbst. Rußland wollte sich durch diesen Vorbehalt freie Hand sichern, falls Österreich mit Serbien oder Bulgarien in Krieg geraten sollte.

[1]) Pribram 1, 98.

Trotzdem hatte sich die Lage im ganzen allmählich zuungunsten Österreichs und zugunsten Rußlands verschoben. Namentlich war Serbien in immer engere Beziehungen zu Rußland getreten. Seit der Thronbesteigung König Peters (1908) hatte die südslavische Bewegung in Serbien selbst und dessen Nachbarländern gewaltige Fortschritte gemacht, von der russischen Regierung jedenfalls nicht gehindert. In Petersburg waren namentlich die beiden montenegrinischen Großfürstinnen unausgesetzt dafür tätig, in dem Zaren das Bewußtsein zu erwecken, daß es seine Pflicht als Haupt der slavischen Welt sei, diese Bewegung zu unterstützen. Österreich glaubte, durch eine Politik des wirtschaftlichen Drucks, die namentlich von Ungarn ausging, das Nachbarland zu einem Verzicht auf diese Bestrebungen und zu einer Veränderung seiner Gesamtpolitik zwingen zu können. Seit 1906 herrschte zwischen dem Donaustaat und Serbien ein erbitterter Wirtschaftskrieg. Der Sieg der südslavischen Bewegung hätte ja nicht nur den Verlust Bosniens, sondern vielleicht auch Dalmatiens, Kroatiens und Slawoniens bedeutet. Außerdem ließ sich annehmen, daß ein großserbisches Reich den nördlichen Teil Albaniens in sich auf zunehmen trachten werde. Dieses Vordringen der Südslaven nach der Adria war aber auch den Italienern sehr unangenehm und

schuf wenigstens in diesem einen Punkte eine neue Interessengemeinschaft zwischen Wien und Rom.

Bulgarien, wo Österreich in den ersten Jahren der Regierung des Fürsten Ferdinand zur Zeit Stambulows einen starken Einfluß besessen hatte, war seit der Aussöhnung des Fürsten mit Rußland ebenfalls mehr und mehr in die russische Einflußsphäre übergegangen. Durch einen geheimen Vertrag von 1902 hatte Bulgarien sich verpflichtet, Rußland bei einem Kriege gegen eine der Dreibundmächte Heeresfolge zu leisten und dafür eine Garantie seines Gebietes durch den Zaren erhalten [2]). Allerdings war Rußland den großbulgarischen Plänen, die sich nicht nur auf die Erwerbung des größten Teiles von Mazedonien und der türkischen Provinz Rumelien, sondern im letzten Grunde auf den Besitz von Konstantinopel richteten, abgeneigt. Das Bündnis verfolgte von russischer Seite ohne Zweifel auch den Zweck, die Bulgaren von einer Überspannung ihrer Eroberungsabsichten zurückzuhalten.

[2]) Siebert, Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik 151, Anm. 1.

Deutschland hatte in der Zeit Bismarcks und in dem Jahrzehnt, das seiner Entlassung folgte, keine eigenen Interessen auf der Balkanhalbinsel gehabt. Seine Hauptgesichtspunkt war gewesen, einen Zusammenstoß zwischen Rußland und Österreich zu verhüten. Daß man die Türkei lebensfähig zu erhalten suchte, deutsche Offiziere zur Ausbildung der türkischen Armee zur Verfügung stellte, bedeutete an sich keine Abweichung aus dieser Richtung. Erst als Freiherr von Marschall im Jahre 1897 Botschafter in Konstantinopel wurde, begann sich eine Änderung der deutschen Politik vorzubereiten. Marschall war einer der eifrigsten Vorkämpfer des Gedankens, daß die koloniale Zukunft Deutschlands in Kleinasien liege, und daß die Ausdehnung des deutschen und österreichischen Einflusses bis an das Ägäische Meer die Voraussetzung für eine Verwirklichung dieser Pläne sei. Als der Kaiser 1898 seine zweite Orientreise machte, wurde sein Interesse für diese Ideen zuerst in höherem Maße gewonnen. Damals wurde, wie schon erwähnt, unter des Kaisers persönlicher Mitwirkung die Zustimmung des Sultans zum Bau der anatolischen Bahn durch deutsches Kapital gewonnen. Der Kaiser nahm seitdem an diesem Unternehmen, bei dem er sozusagen Pate gestanden hatte, ein starkes persönliches Interesse. Es wurde einmal von dem Botschafter als das „Allerhöchsteigene

Unternehmen S. M.“ bezeichnet; er selbst nannte es „meine Bahn“.

Aber noch eine andere geradezu verhängnisvolle Idee fand bei dem Kaiser damals Eingang, daß nämlich, falls es zu einem Krieg gegen England oder Rußland, so sehr er ihn zu vermeiden wünschte, doch einmal kommen sollte, die Unterstützung der islamitischen Völker von Indien und Turkestan bis weit nach Afrika hinein von großem Wert für uns sein würde. Man hoffte darauf, daß sie imstande und bereit sein würden, große Aufstände in den Kolonialgebieten unserer Gegner hervorzurufen, und daß der Sultan als geistliches Oberhaupt der islamitischen Welt dabei die Führung übernehmen werde. Es war das eine Rolle, die der Sultan zu spielen niemals fähig war. Der ganze Gedanke einer Teilnahme der muhammedanischen Welt an einem großen Kriege auf unserer Seite war völlig phantastisch. Diesem Gedankengange entsprang bereits die berühmte Rede des Kaisers in Damaskus, die damals so peinliches Aufsehen in Frankreich und England erregte. Seit dieser Zeit gewann das Bestreben, den Sultan zum Freund zu behalten und die Türkei auch militärisch zu stärken, eine ganz andere Bedeutung innerhalb des Systems der deutschen Gesamtpolitik wie früher.

Trotz der von Anfang an fühlbaren Gegenwirkung Rußlands und seines Verbündeten Frankreich, das im nahen Orient einen starken kulturellen und finanziellen Einfluß besaß, und trotz der seit 1901 immer deutlicher hervortretenden Gegnerschaft Englands wurde die Bagdadbahn mit großer Energie in Angriff genommen; im März 1908 erhielt die anatolische Gesellschaft vom Sultan nicht nur das Recht zum Weiterbau bis zum Persischen Golf, sondern auch eine türkische Staatsgarantie. Die Versuche, englisches Kapital in größerem Maßstab an dem Unternehmen zu beteiligen und dadurch auch die politische Gegnerschaft Englands gegen den Bahnbau zu verringern, führten nicht zum Ziel. Trotzdem konnte im Oktober 1904 die Strecke bis Konia eröffnet werden. Seit dieser Zeit hatte also Deutschland auch ein eigenes starkes Interesse im nahen Orient, das freilich zunächst rein wirtschaftlicher Natur war und hinter dem sich nach den wiederholten Erklärungen der deutschen Staatsmänner keinerlei politische Aspirationen verbargen, das aber doch im Lauf der Zeit politische Konsequenzen nach sich ziehen mußte. Bei der eminenten wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung der großen Bahnlinie vom Ägäischen Meer zum Persischen Golf, der direktesten Verbindungslinie zwischen Europa und Indien, konnten die übrigen interessierten Mächte sich niemals zu der

Auffassung verstehen, daß es für sie völlig gleichgültig sei, ob diese Bahn sich ausschließlich unter deutschem Einfluß befinde oder nicht. Die deutsche Regierung hielt noch lange Zeit an dem Grundsatz fest, daß ihre Politik im Orient hiervon nicht berührt werden dürfe, während Herr v. Marschall sich fortwährend bemühte, darauf hinzuweisen, daß dieser Standpunkt auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten sei, daß starke wirtschaftliche Interessen mit Notwendigkeit überall politische Interessen schüfen, und daß die deutsche Politik im Orient der veränderten Lage gemäß auf eine neue Basis gestellt werden müsse.

Seit die Annäherung Rußlands an Frankreich und England begonnen hatte, trat die Frage der Bagdadbahn in ein neues Stadium. Die Gegnerschaft der anderen Mächte war bisher dadurch gelähmt worden, daß sie unter sich uneinig waren. Im Jahre 1906 einigten sich aber England und Rußland dahin, daß sie den Weiterbau nur zulassen wollten, wenn Rußland das ausschließliche Recht zum Bau der Anschlußlinien nach Armenien und Nordpersien, England aber die Kontrolle der Strecke von Bagdad bis zum Persischen Golf erhalte. England hatte ja bereits durch seine Verträge mit dem Scheich von Kuweit die tatsächliche Verfügungsmöglichkeit des türkischen Sultans über diese Gebiete zu untergraben begonnen, und 1903 hatte Balfour öffentlich erklärt, die Anlage eines befestigten Hafens am Persischen Golf durch eine andere Macht werde England mit allen Mitteln verhindern. Es verweigerte auch 1906 seine Zustimmung zu einer von der Türkei geplanten dreiprozentigen Zollerhöhung, weil man in London fürchtete, daß diese Mehreinanhme für die Subventionierung der Bagdadbahn Verwendung finden würde. Auch versuchte England von der Türkei die Konzession für eine Konkurrenzstrecke zu erhalten.

Je enger der Sultan sich an Deutschland anschloß, desto geringer wurde naturgemäß das Interesse Rußlands und Englands an der Erhaltung seines Reiches und seiner Macht. In der Frage der mazedonischen Reformen drang England fortwährend auf schärfere Maßregeln. Auf sein Betreiben wurde der Sultan im November 1906 durch eine Flottendemonstration der Großmächte genötigt, deren Kontrolle über die mazedonischen Finanzen anzuerkennen. Am liebsten hätte England Mazedonien völlig aus dem türkischen Staatsverbande gelöst und in eine autonome Provinz verwandelt. Das hätte leicht das Signal zur vollen Aufteilung der europäischen Türkei werden können. Daß Deutschland und Österreich aus demselben Grunde dagegen waren, versteht sich von selbst. Aber auch Rußland war damals

nicht geneigt, auf diese Pläne einzugehen, weil es sich nach seiner Niederlage in Ostasien und infolge der inneren Kämpfe zu einem militärischen Eingreifen nicht stark genug fühlte.

Schon im Sommer 1906, als der Kaiser eine Reise nach Wien unternehmen wollte, wurde in Berlin unser künftiges Verhältnis zu den Orientfragen erörtert. Man sah die Annäherung Rußlands an die Entente kommen; man hatte in Algesiras den unzweifelhaften Beweis erhalten, daß auf Italien nicht sicher zu rechnen sei. Daraus ergab sich die Gewißheit, daß bei eventuellen Konflikten Österreich unser einziger wirklich zuverlässiger Bundesgenosse sein werde. Man beschloß zwar, die eingetretene Isolierung Deutschlands in Wien möglichst wenig merken zu lassen und die Beziehungen zu den andern Mächten dort besser darzustellen, als sie in Wirklichkeit seien [3]); aber es konnte doch auf die Dauer nicht gelingen, die Wiener Regierung in Unklarheit über die Weltlage zu erhalten. Es war ganz natürlich, daß von dem Augenblick an, wo man in Wien zu der Erkenntnis gelangte, daß das österreichische Bündnis für Deutschland völlig unentbehrlich geworden sei, das Verhältnis zwischen beiden Mächten sich von Grund aus verschieben mußte. Bisher hatte die Leitung des Dreibundes unbestritten in Berlin gelegen; Österreich hatte in allen wichtigen internationalen Fragen seine Direktiven von dort erhalten. Jetzt mußte man in Deutschland auf alle Wünsche Österreichs die zarteste Rücksicht nehmen, um nicht auch den letzten Bundesgenossen noch zu verlieren. Wenn Österreich wollte, konnte es Deutschland jederzeit durch die Drohung mit der Kündigung des Bündnisses zum Nachgeben zwingen. Der Schwerpunkt des Dreibundes begann sich in dem Augenblick von Berlin nach Wien zu verschieben, wo die Entente in Sicht kam und fertig wurde.

[3]) Bülow an den Kaiser, 31. Mai 1906.

Bei dieser Lage der Dinge war es von großer Bedeutung, daß sich im Oktober 1906 ein Wechsel in der Person des leitenden österreichischen Staatsmannes vollzog. Graf Goluchowski trat zurück und wurde durch den bisherigen Botschafter in Petersburg, Freiherrn von Aehrenthal, ersetzt. Die Wahl dieses Mannes war das Werk des Thronfolgers, Erzherzog Franz Ferdinand, der hier zum ersten Male einen sichtbaren Einfluß auf die Politik des Donaustaates ausübte. Er galt als Anhänger einer Politik, die den Wünschen der slavischen Bevölkerungselemente innerhalb der Monarchie in weitgehendem Maße entgegenkommen wolle. Man nahm vielfach an, daß sein letztes

Ziel die Einfügung Serbiens in das Reich und dessen Umgestaltung im Sinne des Trialismus sei. Nach seinen eigenen wiederholten Äußerungen muß man bezweifeln, daß seine Pläne so weit gingen und überhaupt schon ganz feste Formen angenommen hatten. Jedenfalls beginnt aber von dem Augenblick an, wo er Einfluß gewann und sein Vertrauensmann Aehrenthal an die Spitze der auswärtigen Politik trat, eine aktivere Politik Österreichs gegenüber den Balkanfragen. Es sprachen dabei nach Aehrenthals eigenem Geständnis sehr stark innerpolitische Motive mit. Man wollte der wachsenden Spannung der Nationalitäten innerhalb der Monarchie durch eine erfolgreiche äußere Politik entgegenwirken. Baron Aehrenthal war durchaus kein Gegner Rußlands; sein langjähriger Aufenthalt in Petersburg hatte ihn in nahe Beziehungen zum Grafen Lamsdorff gebracht, und die Erneuerung des alten Dreikaiserverhältnisses schwebte ihm noch lange als eine Möglichkeit vor. Aber die Voraussetzung dabei war, daß die russische Politik auch fernerhin nach Ostasien orientiert bleibe und gegenüber den Balkanfragen Zurückhaltung bewahre. Es war aber sehr zweifelhaft, ob Iswolski, der im Mai 1906 an Lamsdorffs Stelle getreten war, unter den völlig veränderten Verhältnissen die frühere Balkanpolitik Rußlands fortsetzen werde.

Alexander Petrowitsch Iswolski, der bisher als Gesandter in Belgrad, München, Tokio und Kopenhagen tätig gewesen war, gehörte zu denjenigen russischen Staatsmännern, welche die ostasiatische Politik des letzten Jahrzehntes liquidieren wollten und die historische Aufgabe Rußlands in der Befreiung der südosteuropäischen Slaven und ihrer Angliederung an das Zarenreich in irgendeiner Form erblickten. Er hat nach seiner eigenen Aussage in Kopenhagen den entscheidenden Vertrag mit England durch seine Besprechungen mit König Eduard VII. in allen Einzelheiten vorbereitet und war ein entschiedener Anhänger des Zusammengehens mit den Westmächten, da er naturgemäß in Österreich-Ungarn und Deutschland die stärksten Hindernisse der von ihm befürworteten Balkanpolitik erblickte. Ebenso schlau und gewandt wie eitel und auf seinen persönlichen Vorteil bedacht, arbeitete er von Anfang an darauf hin, den Zaren ganz von seinen deutschfreundlichen Anwandlungen zu heilen und vollständig in das Lager der Entente zu führen [4]).

[4]) Vgl. Memoires de A. Iswolski, Paris 1920, und F. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, Berlin 1924.

Aehrenthal nahm denn auch aus Petersburg den Eindruck mit, daß Iswolski Österreich gegenüber nicht so entgegenkommend sein werde wie sein Vorgänger. Namentlich hatte der neue Minister Österreich vor einem scharfen Vorgehen gegen Serbien gewarnt, das den Unmut der öffentlichen Meinung in Rußland erregen werde. Aber auch in der Meerengenfrage nahm er eine andere Haltung ein wie Lamsdorff. Im März 1907 gelangte die Meldung nach Berlin, daß Rußland den Hauptteil seiner Kriegsflotte in das Schwarze Meer verlegen wolle [5]). Als Folge davon erwartete man russische Schritte, welche die Öffnung der Meerengen oder vielleicht sogar die Teilung ihres Besitzes zwischen Rußland und England zum Ziele hätten. Der Kaiser befürchtete, daß Verhandlungen in diesem Sinne bereits zwischen Petersburg und London schwebten und meinte, das würde ein harter Schlag für Österreichs und Deutschlands Stellung im Orient sein.

[5]) Der Kaiser an Bülow, 16. März 1907 (auf Grund von Meldungen Hintzes). v

Bei seiner Zusammenkunft mit dem Zaren in Swinemünde im August 1907 versuchte der Kaiser diesen beim Zusammengehen mit Österreich festzuhalten [6]). Er gab ihm die Versicherung, daß Deutschland jede Aktion in der Türkei unterstützen werde, über die Rußland und Österreich einig seien. Im September hatten Iswolski und Aehrenthal eine Aussprache miteinander; sie einigten sich darüber, dem Sultan dringend zur Annahme des von ihnen befürworteten maßvolleren Reformprogramms für Mazedonien zu raten. Zugleich aber sagte Iswolski vertraulich, er gedenke mit der Zeit die Meerengenfrage im russischen Sinne zu lösen, wisse aber noch nicht, ob England dafür zu haben sein werde. Rußland habe Port Arthur verloren, der Schwerpunkt seiner Macht liege nun im Schwarzen Meere, von wo aus man den Zugang zum Mittelmeer gewinnen müsse. Eine englisch-französische Herrschaft dürfe sich dort nicht entwickeln. Aehrenthal wich einer bestimmten Stellungnahme aus, indem er erklärte, wenn es dazu komme, werde Österreich seine Haltung näher präzisieren, die nur von seinen eigenen Interessen bestimmt werde. Er bat Iswolski, ihn jedenfalls rechtzeitig zu benachrichtigen, bevor er bestimmte Schritte tue, und versprach, ebenso zu verfahren, wenn Österreich zur Annexion Bosniens schreiten sollte [7]). Er teilte die Grundzüge dieser Unterhaltung Bülow mit, und erhielt die Versicherung, daß Deutschland sich in dieser Frage in erster Linie durch die Rücksicht auf österreichische Interessen leiten lassen werde. Die russischen

Pläne dürften nur verwirklicht werden, wenn Rußland sich vorher mit Österreich verständige und auch Deutschland eine Gegenleistung für sein Desinteressement gewähre. Vor allen Dingen, meinte der Kanzler, müsse man darauf achten, daß Rußland sich nicht unter Umgehung des Dreibundes mit den Westmächten verständige. Die Russen dürften ihren Hausschlüssel nicht von diesen allein dargebracht erhalten [8]).

[6]) Aufzeichnung über die Kaiserbegegnung, 7. August. Schön an das Auswärtige Amt, 10. August.

[7]) Aehrenthal an Bülow, 3. November 1907.

[8]) Bülow an Aehrenthal, 8. Dezember 1907.

Im besonderen Auftrag Bülows suchte Freiherr v. Marschall, als er von der zweiten Friedenskonferenz auf seinen Posten zurückkehrte, im Dezember 1907 Aehrenthal in Wien auf, um mit ihm die gesamte Lage zu besprechen. Marschall glaubte nicht, daß der Sultan die letzten Forderungen der Mächte in bezug auf Mazedonien, namentlich die geplanten Justizreformen, annehmen werde; wolle man ihn zwingen, so müsse man schließlich Saloniki besetzen, und das werde das Signal zu einem allgemeinen Balkankrieg werden. Aehrenthal war hingegen der Ansicht, man solle im Fall der Ablehnung des Sultans die Balkanstaaten ihre Kämpfe untereinander selbst ausfechten lassen. Marschall hielt auch das für sehr gefährlich. Er riet dazu, jedenfalls Fühlung mit Rußland zu halten, damit man über dessen Pläne orientiert bleibe, sich aber in keiner Weise einschüchtern oder von Deutschland abdrängen zu lassen. Das versprach Aehrenthal und sagte zum Schluß, nach den vielen wirtschaftlichen Erfolgen anderer Mächte im Orient wolle er auch für Österreich etwas herauszuschlagen suchen und von der Türkei die Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn von Bosnien aus durch den Sandschak nach Mitrowitza erbitten. Er hoffe dabei auf Deutschlands Unterstützung [9]).

[9]) Aufzeichnung Marschalls, it Dezember 1907.

Die Äußerungen Aehrenthals zu Iswolski und Marschall lassen bereits deutlich erkennen, wohin die österreichische Politik jetzt zu steuern begann; sie faßte die Annexion Bosniens und die Ausdehnung des wirtschaftlichen Einflusses Österreichs nach Mazedonien unter Umgehung des serbischen Gebiets ins Auge. Es liegt auf der Hand, daß diese Maßregeln den Hoffnungen der Serben auf ein selbständiges südslavisches Reich einen festen Riegel vorschieben sollten. Die Sandschakbahn unter

österreichischem Einfluß bedeutete die endgültige Absperrung Serbiens von Montenegro, Albanien und dem Adriatischen Meer.

Herr von Marschall beleuchtete, nach Konstantinopel zurückgekehrt, die dadurch gegebene Lage in einer ausführlichen Denkschrift [10]). Er war überzeugt, daß eine Durchführung der russischen Meerengenpläne zu einer Katastrophe auf dem Balkan führen werde. Sobald russische Kriegsschiffe in die Meerengen kämen, sei Rußlund der Herr von Konstantinopel, die übrigen Mächte brauchten dort dann keine Botschaften mehr, sondern kämen mit Konsuln aus. Die Bulgaren würden dann sofort zuschlagen, die europäische Türkei völlig aufgelöst werden. Zwar sei zu hoffen, daß England in seinem eigenen Interesse das nicht zugeben werde, man könne daher noch abwarten; aber man müsse auf alles gefaßt sein. Das Gelingen der russischen Pläne werde auch die Zukunft der Bagdadbahn gefährden. Das Wort Bismarcks, daß die orientalischen Fragen für uns nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert seien, könne heute keine Geltung mehr beanspruchen. Unsere wirtschaftlichen Interessen im Orient seien so groß, daß sie auch politische Bedeutung gewonnen hätten. Wir müßten sie, gestützt auf unser Recht und unsere Stärke, energisch verteidigen und dürften uns vom Orient nicht ausschalten lassen. Auch Österreich könne man es nicht verdenken, wenn es jetzt zum Handeln schreite, um später, wenn die allgemeine Liquidation komme, mitreden zu können. Wir müßten ihm dabei den Rücken stärken. Er schloß mit den Worten: „Die bekannte Rede S. M. des Kaisers in Damaskus klingt heute noch in der muselmännischen Welt wieder. Das ist ein Kapital, das wir behaupten müssen. Denn der Tag wird vielleicht kommen, wo wir es nutzbar verwenden können/' Der Kaiser hat „sehr gut“ darunter geschrieben, ein Zeichen, daß Marschall den richtigen Ton angeschlagen hatte.

[10]) Denkschrift Marschalls, 2. Dezember 1907.

Marschall zog damit nur die Konsequenzen aus einer Lage, die er allmählich im Orient selbst hatte schaffen helfen. Die Erhaltung der Türkei und das Bündnis mit dem Islam sollten nicht mehr lediglich im Hintergrund wirksame, sondern bewußt ergriffene Motive für unsere Gesamtpolitik werden. Daher sah er in Rußland den natürlichen Gegner, in Österreich den natürlichen Verbündeten, solange es nicht selbst auf Kosten der Türkei gewinnen wolle. Er war zuerst gegen eine Unterstützung der österreichischen Eisenbahnpläne gewesen, weil sie.den Status quo zu bedrohen schienen, glaubte sie aber jetzt angesichts der

Gefahr einer russisch-englischen Einigung über die Balkanfragen befürworten zu müssen. Ihm erschien jetzt eine Diversion in den Orientfragen nicht als unerwünscht, da sich die Mächte in der mazedonischen Reformfrage völlig festgefahren hatten [11]).

[11]) Marschall, 30. Dezember 1907.

Der Entschluß Österreichs zum Bau der Sandschakbahn war bereits zu Anfang des Jahres 1907 gefaßt und nach Berlin mitgeteilt worden; hier hatte man keine Einwendungen erhoben. Der deutsche Botschafter, Graf Wedel, hatte sogar gesagt, er betrachte den Bau gerade dieser Bahn als eine Lebensfrage für die Monarchie [12]); Im Mai hatte Bülow Deutschlands Unterstützung unter der Voraussetzung versprochen, daß die freiwillige Zustimmung des Sultans gewonnen werde [13]). Aber erst jetzt, Ende Dezember, beantragte Aehrenthal beim Sultan die Konzession für ein inzwischen gebildetes Syndikat und versicherte zugleich, daß die Bahn lediglich wirtschaftlichen Zwecken dienen solle. Der Sultan behielt sich zunächst wohlwollende Erwägung vor. Den Zeitpunkt hielt Aehrenthal jetzt für gekommen, weil Rußland noch schwach und offenbar mit England über die Balkanfragen noch nicht einig war, und weil gleichzeitig in Berlin eine günstige Stimmung zum Eintreten für die österreichischen Orientinteressen vorhanden war. Sie konnte vielleicht schnell wieder vorübergehen und mußte ausgenutzt werden.

[12]) Graf Wedel, 15. März 1907.

[13]) Aufzeichnung Tschirschkys über eine Besprechung zwischen Bülow und Aehrenthal, 7. Mai 1907.

Am 27. Januar 1908 erklärte er in den Delegationen, daß die Regierung den Entschluß zum Bau der Sandschakbahn gefaßt habe, wozu ihr nach der Berliner Kongreßakte das Recht zustehe. Sämtliche Großmächte waren vorher davon unterrichtet worden. Wenige Tage darauf (31. Januar) erfolgte die offizielle Genehmigung des Sultans, zu der er sich nur zögernd und wohl wesentlich mitbestimmt durch Deutschlands Befürwortung entschlossen hatte. Allerdings blieben die Vorarbeiten einer türkischen Kommission vorbehalten.

Damit war der Plan in die Öffentlichkeit getreten. Italien beschwerte sich sofort, daß es, entgegen den bestehenden Abmachungen, nicht rechtzeitig vorher informiert worden sei. Besonders verstimmt war man aber in Petersburg. Iswolski sagte,

Österreichs Verhalten erschwere das Festhalten am Mürzsteger Programm, es sei ein Alarmruf. Er vermutete, daß Deutschland den Plan nicht nur unterstützt, sondern sogar angeregt habe, was man von Berlin aus aufs Bestimmteste in Abrede stellte [14]). Aehrenthal setzte besondere Hoffnungen auf Frankreich; er glaubte es in den Orientfragen zu gemeinsamer Arbeit gegen das Vordringen des russischen und englischen Einflusses gewinnen zu können. Um so stärker war er enttäuscht, als gerade die französische Presse sein Projekt äußerst ungünstig aufnahm.

[14]) Erlasse an Graf Wedel und Graf Pourtales, 11. und 13. Februar 1908.

Auch die panslavistische Presse erhob alsbald ein lautes Zetergeschrei über Österreichs Plan, sein Reich bis Saloniki auszudehnen. Iswolski wurde immer schärfer in seinen Äußerungen. Er bestritt zwar nicht Österreichs Recht, auf Grund des Berliner Vertrages mit Genehmigung des Sultans einen solchen Verkehrsweg zu bauen; aber er machte es Aehrenthal zum Vorwurf, daß dieser ihn bei ihrer Unterredung im vergangenen Herbst gar nicht informiert habe; er habe sich nicht als Gentleman benommen. Er selbst könne unter diesen Umständen das bisherige Zusammengehen mit Österreich in den Balkanfragen nicht fortsetzen. Wenn sich allmählich eine andere Gruppierung der Mächte bilde, so trage nicht er die Schuld, sondern das rücksichtslose und egoistische Verfahren Aehrenthals. Eine penetration pacifique des Balkans von Österreich her könne Rußland nicht dulden. Bekanntlich suchte er dann durch den Plan einer Bahn von der Donau bis zur Adria ein gewisses Gegengewicht gegen die Sandschakbahn zu schaffen [15]). Von Wien aus erklärte man, gegen den Bau anderer für die Erschließung der Balkanländer nützlicher Eisenbahnen keine Einwendungen erheben zu wollen, und auch die deutsche Regierung trat beim Sultan für die Genehmigung des russischen Planes ein. Auch hatte Iswolski anfangs gefürchtet, daß Österreich dem Sultan als Gegenleistung sein Veto gegen die geplanten mazedonischen Reformen versprochen habe, und beruhigte sich etwas, als er erfuhr, daß dies nicht der Fall sei.

[15]) Graf Pourtales, ii April. Aufzeichnung von Jenisch über eine Unterredung mit dem Großherzog von Hessen, 29. Mai.

So schien dieser Zwischenfall ohne ernstliche und dauernde Trübung des Verhältnisses zwischen Rußland und den Mittelmächten vorüberzugehen. In Wahrheit war jedoch eine

starke Verstimmung in Petersburg zurückgeblieben. Iswolski erwog ernstlich eine festere Ausgestaltung der im vorigen Jahre angeknüpften Beziehungen zu England. König Eduard ging darauf um so bereitwilliger ein, als, wie wir wissen, seine Bemühungen um seine Flotten Verständigung mit Deutschland schon damals wenig Aussicht auf Erfolg boten. Zwischen Rußland und England aber standen die bisher unausgeglichenen Interessengegensätze im nahen Orient. Ihrer Besprechung diente der Besuch König Eduards beim Zaren in Reval (9. und 10. Juni 1908) [16]). Noch sind wir über die Einzelheiten der hier gepflogenen Verhandlungen nicht genügend unterrichtet. Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß diese Zusammenkunft zu den wichtigsten Ereignissen dieser Jahre gehört. Erst hier wurden die Grundlagen zu einer wirklichen politischen „Entente“ zwischen Rußland und England gelegt, erst hier die Abkehr der russischen Politik von der Freundschaft mit Deutschland entschieden.

[16]) Siebert, S. 777. Graf Pourtales, 14. Juni.

Sicher ist zunächst, daß England seine mazedonischen Reformforderungen hier ermäßigte, um ein Zusammengehen mit Rußland in dieser Frage zu ermöglichen. Auch über die in Persien auftauchenden Schwierigkeiten gelangte man zu einer Verständigung. Vermutlich ist auch gemein samen Vorgehen in der Frage der Bagdadbahn vereinbart worden. Dagegen scheint die Meerengenfrage nicht berührt worden zu sein.

Sehr ausführlich wurde zwischen Hardinge, der den König begleitete, und Iswolski die politische Gesamtlage besprochen. Hardinge sagte, und zwar ausdrücklich im Namen des gesamten Kabinetts, obwohl England die besten Beziehungen zu Deutschland wünsche, sei es doch bei weiterer Steigerung der deutschen Seerüstungen nicht ausgeschlossen, daß in 7 bis 8 Jahren eine sehr gespannte Lage entstehe. Dann werde Rußland eine schiedsrichterliche Stellung zufallen, und es sei Englands dringender Wunsch, daß das Zarenreich dann im Interesse des Friedens und des Gleichgewichts möglichst stark gerüstet dastehen möge. Nach Berlin drang ferner das Gerücht, König Eduard habe dem Zaren gesagt, nach seiner Überzeugung sei das Projekt der Sandschakbahn vom Kaiser den Österreichern eingeblasen, um ihn zu ärgern und vor Europa lächerlich zu machen. Der Zar wurde deshalb zur Rede gestellt und erklärte, ihm sei nichts Derartiges gesagt worden, er würde es auch nicht geglaubt haben [17]).

[17]) Erlaß an Graf Pourtales, 15. Juli. Graf Pourtales, 21. Juli.

Aber auch wenn derartige direkte Aufhetzungen nicht vorgekommen sein mögen, soviel ist gewiß, daß die englisch-russische Freundschaft in Reval nicht nur enger geworden war, sondern auch ihre Spitze immer entschiedener gegen Deutschland gerichtet hatte. Iswolski deutete mehrfach an, daß Deutschland, wenn es die Russen vom Abschwenken zu England zurückhalten wolle, sich nicht ganz mit Österreich identifizieren und in Konstantinopel nicht gegen den Zaren arbeiten dürfe. Unser Botschfater Graf Pourtales hielt dies für eine falsche Darstellung des Sachverhalts. „Nicht bei Deutschland, wie Herr Iswolski jetzt immer betont, sondern vielmehr bei dem, was England Rußland zu bieten gewillt ist, dürfte die Entscheidung über die in den nächsten Jahren von der russischen Politik einzuschlagende Richtung liegen [18])." Begreiflicherweise blickte man in Berlin mit großer Sorge nach Reval hinüber. Fürst Bülow hat kurz nach dieser Zusammenkunft seine Auffassung von der Lage in mehreren Denkschriften für den Kaiser zusammengefaßt [19]). England, Rußland und Frankreich, meinte er, wollen augenblicklich keinen Krieg. „Ich glaube aber auch, daß es im Interesse aller dieser Mächte liegt, uns nervös und unruhig erscheinen zu lassen. Es hat das auch für unsere Feinde den Vorteil, daß jede wirkliche oder scheinbare Drohung von unserer Seite die Franzosen veranlaßt, ihre Ostgrenze noch mehr zu befestigen, die Engländer noch mehr Dreadnoughts zu bauen, die Russen noch mehr Truppen an ihre Westgrenze zu legen." Der Reichskanzler bedauerte daher, daß Indiskretionen über eine Rede des Kaisers in Döberitz vor den Offizieren in die Öffentlichkeit gelangt waren, wonach er von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Krieges gesprochen haben sollte. „Wir müssen in möglichster Stille an der Kriegstüchtigkeit und Schlagfertigkeit der Armee arbeiten, nach außen hin aber alles vermeiden, was auf unsere Arbeit und auf uns unnötigerweise die Aufmerksamkeit lenkt und uns neuen Verdächtigungen und Umtrieben aussetzt."

[18]) Graf Pourtales, 9. und 26. Juli.

[19]) Bülow an den Kaiser, 17. und 23. Juli.

Für die Balkanfragen insbesondere empfahl er, dahin zu wirken, daß jede Umwälzung und allgemeine Konflagration vermieden werde. „Wenn es erlaubt ist", schrieb er, „unsere Haltung gegenüber der gegenwärtigen Phase der Orientpolitik in

eine Formel zu kleiden, so würde sie lauten: Für unsere Haltung in allen Balkanfragen sind in erster Linie die Bedürfnisse, Interessen und Wünsche Österreich-Ungarns maßgebend.“ Dieser Grundsatz wurde vom Kaiser gebilligt, der nur bezüglich Bulgariens einen Vorbehalt machte, und vom Kanzler in einem Rundschreiben den Botschaftern mitgeteilt [20]). Bülow gab auch ihnen gegenüber der Befürchtung Ausdruck, daß die bis jetzt defensiven Abmachungen der Ententemächte sich aus Furcht vor Deutschlands politischer und wirtschaftlicher Macht zu konkreten Bündnissen verdichten und dann, wenn man sich stark genug fühle, auch benutzt werden könnten, um uns anzugreifen. Namentlich rechne man auf den Zerfall Österreich-Ungarns. Auch hier lautete der Schluß: „Treues Zusammenstehen mit Österreich-Ungarn soll und muß auch in Zukunft der oberste Grundsatz der deutschen auswärtigen Politik bleiben.“ Das bedeutete im Grunde den Verzicht auf eine eigene Balkanpolitik überhaupt. Merkwürdigerweise äußerte auch Marschall sehr erfreut seine volle Zustimmung und warnte sogar vor jedem Vermittlungsversuch zwischen Österreich und der Entente, da ein solcher Mißtrauen in Wien erregen und das Bündnis lockern könne. Dann würde, meinte er, die Einkreisung zur Wahrheit werden, aber nicht durch König Eduards, sondern durch unsere Schuld [21]). Offenbar glaubte er fest, daß Österreichs Balkanpolitik die türkischen Interessen nicht beeinträchtigen werde.

[20]) Rundschreiben, 25. Juli.

[21]) Bemerkungen Marschalls zu dem Bericht Metternichs vom 20. Juni (Anfang Juli).

Dies alles war um so erstaunlicher, als man über die wirklichen Zukunftspläne des Barons Aehrenthal auf dem Balkan keinerlei zuverlässige Informationen besaß. Herr v. Tschirschky brachte von einer Unterredung mit dem österreichischen Minister nur den unbestimmten Eindruck mit, als wolle Österreich neuen Balkanverwicklungen zunächst ruhig zusehen, um erst später einzugreifen, und womöglich ohne eigenen Einsatz etwas zu gewinnen, wie dies 1878 gelungen sei. Wo es diesen Gewinn ohne Gefahr suchen könne, und ob eine solche Politik in der jetzigen Lage aussichtsvoll sei, erschien dem deutschen Vertreter recht zweifelhaft [22]).

[22]) Bericht Tschirschkys über eine Unterredung mit Aehrenthal, 29. Juni.

Unmittelbar darauf fanden jene überraschenden, umwälzenden Ereignisse statt, die alsbald den nahen Orient in den Mittelpunkt der Gesamtpolitik rücken sollten.

Ende Juli brach, allen Mächten völlig unerwartet, die jungtürkische Revolution aus, die den Sultan nötigte, die alte 1876 nur kurze Zeit in Kraft gewesene Verfassung zu proklamieren und Kiamil Pascha an die Spitze des neuen Ministeriums zu stellen. Zweifellos ist sie durch die immer deutlicher hervortretenden Bestrebungen der Ententemächte, Mazedonien ganz vom türkischen Reiche zu lösen, mit veranlaßt worden.

Zunächst mußte es zweifelhaft erscheinen, ob dieser Umsturz, der sich, vom Heer und seinen Führern getragen, ziemlich schnell und ohne ernstere Kämpfe vollzogen hatte, das türkische Reich stärken oder schwächen werde; ebensowenig wußte man, welche politische Richtung die neue Regierung einschlagen werde. Der deutsche Einfluß in Konstantinopel halte auf der Persönlichkeit des Sultans Abdul Hamid beruht; würde er erhalten bleiben können, wenn die wirkliche Staatsleitung an ein konstitutionelles Ministerium überging?

Aber es gab zunächst näherliegende Fragen. Die mazedonischen Reformvorschläge der Mächte wurden zwar vorläufig zurückgestellt, bis man die Tragweite der neuen Ereignisse übersehen könne. Aber was sollte aus dem Vasallenstaat Bulgarien und der in österreichische Verwaltung übergegangenen Provinz Bosnien werden, wenn die türkische Verfassung ins Leben trat? Waren sie noch als Bestandteile des ottomanischen Reiches anzusehen? Sollten sie Abgeordnete zum Parlament in Konstantinopel wählen, und sollten die dort beschlossenen Gesetze und Steuern für diese Länder Geltung haben oder nicht? Der Fürst von Bulgarien und der Kaiser von Österreich mußten sich diese Fragen stellen und sie zu lösen suchen, bevor etwa die neue türkische Regierung über ihre Köpfe hinweg Verfügungen traf, die zu ernsten Konflikten führen konnten.

Aehrenthal hatte die Annexion Bosniens längst erwogen. Auch nach dem Ausbruch der türkischen Revolution schwankte er noch, ob jetzt der rechte Zeitpunkt zur Lösung der heiklen Frage gekommen sei 23). Dem Staatssekretär v. Schön sagte er Anfang September bei einem Besuch in Berchtesgaden, daß die Annexion Bosniens „mit der Zeit“ nötig werden würde; den richtigen

Zeitpunkt zu finden werde nicht leicht sein; er wolle Rußland dafür die Öffnung der Meerengen zugestehen, allerdings sich nur vorsichtig und dilatorisch ausdrücken. Zugleich erklärte er sich bereit, auf das Besatzungsrecht im Sandschak zu verzichten und sprach ausdrücklich aus, daß er den Gedanken an einen Vormarsch nach Saloniki endgültig aufgegeben habe. Dagegen bezeichnete er als ein weiteres Ziel die „Aushebung des serbischen revolutionären Nestes“. Serbien könne an Bulgarien vergeben werden. Staatssekretär v. Schön hörte dies alles mit an, versprach für alles Unterstützung und machte nur zwei Bedenken geltend: wie Italien dies alles aufnehmen werde, und ob ein stark vergrößertes Bulgarien nicht auch gefährlich werden könne. Aehrenthal meinte, Italien könne keine Ansprüche erheben, da ja Österreich keine Gebietserweiterung erstrebe, und von Bulgarien hoffe er, daß es ein ruhiges Staatswesen und ein Wall gegen die russische Überflutung sein werde [24]).

[23]) Graf Brockdorff-Rantzau, 29. August und 1. September.

[24]) Aufzeichnung Schöns über seine Unterredung mit Aehrenthal, 5. September.

Kurze Zeit darauf mußte er aber den Entschluß zur sofortigen Annexion gefaßt haben. Bevor er zum Handeln schritt, mußte er aber wissen, wie Rußland sich dazu verhalten werde. Schon im Juli hatte er in Petersburg sondiert und Ende August dort erklären lassen, es könnten Umstände eintreten, die Österreich zur Annexion zwängen, er hoffe dann auf freundschaftliche Unterstützung Rußlands und sei bereit, in diesem Fall die österreichischen Besatzungen aus dem Sandschak Novibazar zu rückzuziehen und in der Meerengenfrage den russischen Wünschen entgegenzukommen [25]). Iswolksi hielt diese Mitteilung für so wichtig, daß er eine persönliche Aussprache anregte, die am 16. September in dem mährischen Schlosse Buchlau stattfand, das dein österreichischen Botschafter in Petersburg, Grafen Berchtold, gehörte. Durch die kurz darauf von Aehrenthal an Bülow, von Iswolski an Herrn v. Schön und den italienischen Minister Tittoni gemachten Mitteilungen [26]) steht über den Verlauf dieser vielumstrittenen Besprechung folgendes fest: Aehrenthal versprach nochmals, falls Rußland der Annexion zustimme, den Sandschak Nowibazar zu räumen und jede Ausdehnung der österreichischen Machtsphäre in der Richtung auf Saloniki aufzugeben. Daß Iswolksi die Annexion geradezu angeboten habe, falls Österreich sich in der Meerengenfrage entgegenkommend zeige, wie Aehrenthal später behauptete, ist angesichts der

obenerwähnten österreichischen Note kaum anzunehmen. Jedenfalls erhob Iswolski keine prinzipielle Einwendung. Dagegen versprach Aehrenthal dem russischen Wunsche nach freier Durchfahrt für die Kriegsschiffe der Uferstaaten des Schwarzen Meeres durch die Meerengen, wenn sie einzeln und in Abständen passierten, keine Schwierigkeiten zu bereiten. Vorausgesetzt sei dabei, daß die Unabhängigkeit des Sultans und die Sicherheit seiner Hauptstadt gewährleistet bleibe. Iswolski meinte ferner, es würden durch ein solches Abkommen jedenfalls erhebliche Änderungen der Berliner Kongreßakte von 1878 nötig werden, die durch eine Konferenz der beteiligten Mächte sanktioniert werden müßten. Aehrenthal scheint dagegen nichts eingewandt zu haben. Sodann wurde noch die Aufhebung des Artikels 29 der Kongreßakte, der Einschränkungen der Souveränität Montenegros enthielt, vereinbart, offenbar auf russischen Wunsch. Auch die Wahrscheinlichkeit einer bulgarischen Unabhängigkeitserklärung ist zur Sprache gekommen; beide Minister vereinbarten in diesem Falle eine wohlwollende Haltung zu beobachten und auch die vollständige Angliederung Kretas an Griechenland zuzulassen. Im übrigen sollte die Integrität der Türkei gewahrt bleiben. Iswolski übernahm es, die getroffenen Verabredungen schriftlich zu redigieren und sie (wohl in Gestalt einer Antwort auf die österreichische Note vom 27. August) nach Wien zu übersenden. Nicht ganz klar ist, ob Aehrenthal den Zeitpunkt für die geplante Annexion damals schon genauer angegeben hat. Er selbst behauptet damals schon gesagt zu haben, „die Aktion werde wohl noch vor dem Zusammentritt der Delegationen gemacht werden müssen [27]).“ Das wird wohl richtig sein. Iswolskis spätere Behauptung, die Frage sei nur akademisch erörtert worden, und er habe erwartet, daß Aehrenthal jedenfalls die versprochene schriftliche Fixierung der Vereinbarungen abwarten werde, bevor er entscheidende Schritte tue, ist sicher unrichtig. Denn schon Ende September hat Iswolski selbst in Berchtesgaden Herrn von Schön gesagt, er glaube, daß Aehrenthal die Angelegenheit bereits auf der nächsten Tagung der Delegationen vorbringen werde, deren Zusammentritt für den 8. Oktober geplant war.

[25]) Österreichische Note an Rußland, 27. August, mitgeteilt nach Berlin, 15. Oktober.

[26]) Aehrenthal an Bülow, 26. September und 15. Oktober. Aufzeichnung Schöns über seine Unterredung mit Iswolsky, 26. September. Bericht Tschirschkys, 28. September, 2. und 3. Oktober. Aufzeichnung über eine Unterredung Tittonis mit Iswolski (in Berlin mitgeteilt 5. Oktober).

[27]) Tschirschky, 2. November.

Man kann es demnach verstehen, daß Aehrenthal glaubte, von russischer Seite freie Hand zu haben. Er bereitete nun die geplante Aktion im einzelnen vor. Erst als alles festgestellt war, weihte er den deutschen Bundesgenossen ein. Am 26. September teilte er dem Fürsten Bülow in einem langen Privatbriefe mit, daß er mit Rußland einig geworden sei und von seinem Kaiser die Ermächtigung zur Annexion Bosniens und zur Räumung Nowibazars erhalten habe. Die letztere motivierte er damit, daß eine Verstärkung der dortigen Garnisonen, die zur Behauptung dieser Landschaft nötig sein werde, viel kosten und die Nachbarn beunruhigen würde. Der wahre Grund war wohl der, daß man Italien nicht das Recht zu Kompensationsforderungen auf Grund des Dreibundvertrages geben wollte. Kaiser Franz Josef, hieß es weiter, werde dem Kaiser Wilhelm noch persönlich schreiben; dieser Brief werde am 5. oder 6. Oktober — dem geplanten Annexionstermin — überreicht werden. Auch Italien sei informiert Allerdings hatte Aehrenthal Tittoni im allgemeinen unterrichtet und ihn auf seinen Wunsch ermächtigt, bei seiner bevorstehenden Zusammenkunft mit Iswolski über die Sache zu sprechen. Der italienische Minister hatte auch bereits eine Vereinbarung über gemeinsames Vorgehen Österrecihs, Italiens und Rußlands in allen Balkanfragen angeregt, erwartete aber offenbar nicht, daß schon in nächster Zeit etwas geschehen werde.

An demselben Tage, an dem Aehrenthals Brief an den Reichskanzler abging, besuchte Iswolski den Staatssekretär von Schön in Berchtesgaden. Er informierte ihn im allgemeinen zutreffend über die Besprechungen in Buchlau, ließ aber die Besorgnis durchblicken, ob nicht schwerere Komplikationen, als Aehrenthal erwarte, aus seinem Vorgehen entstehen könnten. Wenn es zum Krieg zwischen der Türkei und Bulgarien komme, seien die Folgen nicht abzusehen; auch werde Serbien vielleicht eine territoriale Vergrößerung beanspruchen. Ein neuer europäischer Kongreß werde nötig sein. Er selbst, sagte er, würde nicht den Mut gehabt haben, alle diese Fragen in Bewegung zu bringen. Wenn aber Österreich die Initiative ergreife, so werde Rußland „für eine gründliche Lösung aller auftauchenden Balkanprobleme“ unter friedlichem Ausgleich der Differenzen eintreten. Schön nahm alles zur Kenntnis, deutete aber an, daß auch Deutschland Gegendienste für seine Zustimmung zu einer Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne erwarte.

Am 29. und 30. September war Iswolski in Desio bei dem italienischen Minister Tittoni. Dieser scheint doch erst hier ein volles Bild der unmittelbar bevorstehenden Schritte erhalten zu haben. Es bunruhigte ihn, daß Italien so gut wie ausgeschaltet war; er bat in Wien dringend um Aufschub der Annexion, erhielt aber eine abschlägige Antwort. Vergeblich versuchte er auch auf dem Umwege über Berlin auf Aehrenthal einzuwirken. Sein dringender Wunsch blieb die Herstellung einer Entente zu dreien mit Rußland. Er entwarf, offenbar im Einverständnis mit Iswolski, ein Programm dazu, das außer der Anerkennung der bosnischen Annexion und der Regelung der Meerengenfrage im Sinne Rußlands besonders die volle Souveränität Montenegros unter der Verpflichtung, Antivari nicht zum Kriegshafen auszubauen, vorsah. Seine Pläne wurden aber durch die Ereignisse überholt [28]).

[28]) Tschirschky, 6. Oktober.

Noch bevor es zur Annexion kam, war am 23. September Fürst Ferdinand von Bulgarien beim Kaiser Franz Josef in Budapest erschienen. Er wollte sich vergewissern, was Österreich zu tun gedenke. Er nahm die Gewißheit mit, daß die Annexion Bosniens bevorstehe und ließ seinerseits keinen Zweifel darüber, daß er die volle Unabhängigkeit seines Landes von der Pforte proklamieren werde. Aehrenthal hatte nichts dagegen, ebensowenig gegen die Annahme des Königstitels. Ob auch der alte Kaiser eingeweiht wurde, ist zweifelhaft. Über den Termin der beabsichtigten Schritte ist keine Verständigung getroffen worden. Es scheint, daß Aehrenthal voranzugehen wünschte und annahm, der Fürst werde dann in einiger Zeit nachfolgen. Aber Ferdinand wollte den Anschein vermeiden, als sei er erst durch Österreichs Vorgehen zu seiner nationalen Tat ermutigt worden. Unmittelbar nach seiner Rückkehr wurde die rechtswidrige Beschlagnahme des durch bulgarisches Gebiet laufenden Teiles der orientalischen Eisenbahn vorgenommen. Dann folgte am 5. Oktober die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und seine Proklamation zum Königreich.

An demselben Tage vollzog Österreich die Annexion Bosniens, während noch zwei Tage früher der 7. als Termin ins Auge gefaßt war. Offenbar hat man sich im letzten Augenblick zu dieser Beschleunigung entschlossen, um nicht als von Bulgarien getrieben zu erscheinen.. Die Gleichzeitigkeit beider Ereignisse war jedoch geeignet, den Eindruck eines zwischen Wien und Sofia bis ins einzelne abgekarteten Spiels hervorzurufen. Aehrenthal selbst gestand später zu, es sei ein „Regiefehler“ gewesen [29]).

[29]) Jenisch an Bülow, 7. November (Unterredung in Eckartsau).

In Serbien begann sofort die Presse gegen den Bruch des Berliner Vertrages und die Bedrohung der Zukunft des serbisches Volkes zu toben, die Regierung beantragte Kriegskredite, die Skuptschina stellte ihr die ganze Kraft des Volkes zur Wahrung seiner Rechte zur Verfügung. Kronprinz Georg hielt kriegsdrohende Reden und reiste eiligst nach Petersburg, um persönlich die Hilfe des Zaren anzurufen; er wurde am 30. Oktober freundlich empfangen. Ebenso 14 Tage später der Ministerpräsident Pasitsch. Man richtete einen Protest an die Großmächte und begann alsbald territoriale Entschädigungen für Serbien und Montenegro, etwa in Gestalt einer. Teilung Nowibazars zwischen ihnen zu fordern. Die panslavistische Presse Rußlands stieß in dasselbe Horn; aber auch in England sprach sich die öffentliche Meinung übereinstimmend gegen Österreichs Vertragsbruch und für die nationalen Ansprüche Serbiens aus.

In sehr peinlicher Lage befand sich Herr Iswolski. Er war inzwischen nach Paris gefahren und beabsichtigte von dort nach London zu gehen, um Frankreichs und Englands Zustimmung zur Freigabe der Meerengen zu gewinnen. In Paris erhielt er von Aehrenthal am 2. Oktober die briefliche Nachricht, daß die Annexion in den nächsten Tagen vorgenommen werden solle. Er tat nichts, um sie etwa noch hinauszuschieben und redete damals sogar dem serbischen Vertreter begütigend zu: Serbien verliere ja nichts, da Bosnien tatsächlich längst im Besitz der Donaumonarchie sei, ja, es gewinne, da Österreich sich aus Novibazar zurückziehe und damit tatsächlich auch die Sandschakbahn preisgebe. Dies habe er als Gegenleistung gefordert, als er die Annexion im Prinzip gebilligt habe. (Das war absolut unwahr, sollte aber den Serben zeigen, wie Rußland für sie sorge.) Serbien könne nicht allein gegen Österreich Krieg führen, Rußland könne es gegenwärtig auch nicht, was er natürlich nicht öffentlich sagen dürfe. Er riet zur Verständigung mit Bulgarien und zu ruhigem Abwarten, bis die europäische Konferenz zusammentrete, auf der alle nötigen Veränderungen des Berliner Vertrags beschlossen werden müßten [30]).

[30]) Bericht des serbischen Gesandten in Paris vom 5. Oktober. Boghitschewitsch, Kriegsursachen, S. 151.

Damals wollte er offenbar noch im wesentlichen an den Vereinbarungen von Buchlau festhalten und bekannte sich auch

zu ihnen. Nun fand er aber in Paris und namentlich in London wenig Entgegenkommen für seine Wünsche in der Meerengenfrage. England betrieb gerade damals bei der Pforte eine Verstärkung der Befestigungen des Bosporus und setzte sie auch durch. Man sagte hier dem russischen Minister, man habe zwar Verständnis und Wohlwollen für seine Ziele, halte aber den Zeitpunkt nicht für opportun, um die Frage zur Diskussion zu stellen. Es war eine deutliche Ablehnung in höflicher Form. Iswolski durfte also wenig Hoffnung hegen auf einer Konferenz seine Ziele zu erreichen; die Gefahr zog herauf, daß Österreich seinen damals in Aussicht genommenen Vorteil bekommen, Rußland aber leer ausgehen werde. Dann war er der Geprellte, und man würde ihm in Petersburg dies Ergebnis zum Vorwurf machen.

Je klarer ihm diese Lage wurde, desto erregter wurde seine Sprache gegenüber den Serben. In London leugnete er dem serbischen Gesandten gegenüber bereits, daß er je der Annexion zugestimmt habe, riet aber noch zu Mäßigung und zum Verzicht auf Kompensationen [31]). Von London ging er nach Berlin, wo er die Überzeugung gewann, daß Deutschland fest zu Österreich halten und den Bündnisvertrag in seiner ganzen „Brutalität“ wirksam werden lassen werde [32]). Er suchte hier eine Erklärung zu erlangen, daß man sich der Öffnung der Meerengen nicht widersetzen werde, wenn die Türkei sie bewillige, sogar einen Vertragsentwurf legte er vor [33]), erhielt aber keine endgültige Zusage, da man hier ja beabsichtigte, noch irgend eine Gegenleistung von Rußland herauszuschlagen. Hier sprach er mit dem serbischen Minister des Äußern, der dorthin geeilt war, und jetzt sagte er klar, daß Rußland die Annexion nicht anerkennen werde. Österreichs unkluge Politik werde sich bald blutig rächen. Er gehe darauf aus, Rußland unter Liquidierung aller Fragen außerhalb Europas wieder seinen europäischen Zielen zuzuführen. Jetzt sei aber ein Zusammenstoß zu vermeiden, da man diplomatisch und militärisch nicht vorbereitet sei [34]). Auch der Zar versicherte im November Pasitsch, daß er die Annexion nicht anerkennen werde [35]).

[31]) Bericht des serbischen Gesandten in London, 13. Oktober. Boghitschewitsch, S. 157.

[32]) Iswolski an Nelidow, 5. November. Siebert, S. 71 f., vgl. S. 779.

[33]) Russisches Memorandum, übergeben 26. Oktober.

[34]) Milowanowitsch, 24. Oktober. Boghitschewitsch, S. 161.

[35]) Telegramm an Pasitsch, 12. November, a. a. 0. S. 149.

Es ist unverkennbar, daß die russische Abneigung gegen die Annexion genau in dem Maße wuchs, wie die Aussicht auf die Öffnung der Meerengen schwand. Die panslavistische Presse erhob natürlich laut ihre Stimme gegen den neuen Gewaltstreich Österreichs. Aber auch die öffentliche Meinung Englands und Italiens verurteilte größtenteils das Vorgehen der Donaumonarchie als einen Vertragsbruch.

Wie aber verhielt sich die deutsche Politik gegenüber diesen folgenschweren Ereignissen?

Die ersten Andeutungen Aehrenthals über seine Pläne ließ man ziemlich unbeachtet. Als dann Ende September die bestimmteren Mitteilungen kamen, war der Kaiser in Rominten, Bülow in Norderney, Schön in Berchtesgaden. Das erschwerte an sich eine schnelle Entschließung. Aehrenthals Brief und Tschirschkys ergänzende Berichte aus Wien wanderten erst nach Norderney und von da mit erheblicher Verzögerung nach Rominten, so daß der Kaiser erst am Tage der Annexion von der österreichischen Absicht etwas erfuhr. Er war entrüstet, daß man ihn solange in Unkenntnis gelassen habe. Aber auch in sachlicher Beziehung machte sich eine scharfe Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem Reichskanzler geltend. Der Kaiser mißbilligte Österreichs Vorgehen scharf. Es sei ein Raubanfall gegen die Türkei; man liefere dadurch England billigen Stoff zu Verdächtigungen gegen die Mittelmächte. „Österreich wird die bulgarische Unabhängigkeitserklärung nicht von seinen Rockschößen abschütteln können.“ „Wien wird der Doppelzüngigkeit geziehen werden, nicht mit Unrecht! Es hat uns unerhört düpiert.“ Er fürchtete, das Signal zur vollen Aufteilung der europäischen Türkei sei nun gegeben. „Ich bin persönlich auf das Tiefste in meinen Gefühlen als Bundesgenosse verletzt.“ Es sei Zeit genug gewesen, ihn vorher zu orientieren. „Das ist ein netter Dank für die Hilfe in der Sandschakfrage, wo wir die ganze Wut Iswolskis Monate lang auszuhalten hatten und für die Huldigung in Wien.“ Unsere ganze Stellung in Konstantinopel, die wir durch 20jährige Freundespolitik errungen hätten, sei durch Österreichs Vorgehen gefährdet, ebenso das Verhältnis zu Griechenland; die Bulgaren seien doch nur Rußlands Avantgarde. „Wenn der Sultan in der Not den Krieg erklärt und in Stambul die grüne Fahne des Heiligen Krieges aufrollt, werde ich es ihm nicht verdenken [36]).“ Er wurde in diesen Anschauungen unterstützt

durch Herrn v. Marschall, der ganz entsetzt über Aehrenthals Politik war und es für sehr gefährlich hielt, Bulgarien gegen Serbien auszuspielen. „Mit einer solchen Politik, meinte er, würde Österreich in einen schweren Gegensatz zu Rußland treiben.“ Wenn wir nicht gegen die Annexion Stellung nähmen, würde jeder glauben, sie sei mit unserer Zustimmung erfolgt. Sie bedeute einen offenen Bruch des Berliner Vertrages und rolle die ganze Orientfrage auf. Auch der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung müßten wir die Anerkennung versagen. Offenbar habe Österreich auch seine Meerengenpolitik völlig geändert, ohne uns zu benachrichtigen; diese Erkenntnis werde hoffentlich heilsame Wirkung haben. Der Kaiser bemerkte dazu: „Das wird Bülow nicht passen! Es ist einfach eine Felonie. Der Dank vom Hause Habsburg [37]).“

[36]) Bülow an den Kaiser, 5. Oktober, mit ausführlichen Randbemerkungen des Kaisers.

[37]) Marschall, 3., 4. und 9. Oktober. Bemerkungen des Kaisers zu dem letzteren Bericht.

Der Reichskanzler dachte völlig anders. Getreu seiner These, daß wir im Orient Österreichs Politik bedingungslos zu unterstützen hätten, befahl er dem Auswärtigen Amt eine Antwort an Aehrenthal zu entwerfen, deren Grundton sein müsse: „La loyauté sans phrase.“ „Je schwieriger die Lage ist, in welche der k. k. Minister sich begibt, und je unsicherer die Haltung Rußlands und Italiens zu sein scheint, um so mehr muß Aehrenthal (und die hinter ihm stehende Dynastie) den Eindruck erhalten, daß wir treu bleiben [38]).“ Marschall wurde zu äußerster Zurückhaltung mit seiner persönlichen Ansicht angewiesen. Er gehe viel zu weit, wenn er das Bündnis mit Österreich opfern oder aufs Spiel setzen wolle [39]). In demselben Sinne schrieb Bülow dem Kaiser. Bosnien sei in gewisser Weise als Ersatz für die verlorenen italienischen Provinzen und die frühere Stellung der Habsburger in Deutschland zu betrachten. Eine ablehnende, auch nur zögernde Haltung in dieser Frage werde uns Österreich nie verzeihen. Aehrenthal glaube offenbar an ein baldiges Ende der Türkei und wolle Bulgarien stärken, um die Bildung eines großserbischen Reiches zu hindern. Dafür sprächen manche Gründe; Rußland scheine einverstanden zu sein. Daß Österreich uns vorher nichts gesagt habe, könne uns zwar mit Recht verstimmen, biete aber auch den Vorteil, daß wir nun aller Welt wahrheitsgemäß sagen könnten, wir hätten von der Sache nichts gewußt. Übrigens würden Vorstellungen in Wien ganz vergeblich gewesen sein, da

man dort die Balkanfragen besser glaube beurteilen zu können. Wir hätten dort stets geraten, man möge sich auf die Türkei stützen, aber keinen Anklang damit gefunden.

[38]) Bülow an das Auswärtige Amt, 3. Oktober.

[39]) Bülow an das Auswärtige Amt, 5. Oktober.

Der Kaiser gab zu, daß man die Annexion jetzt anerkennen müsse. „Ich bedauere nur, durch die fürchterliche Dummheit Aehrenthals in dies Dilemma gebracht worden zu sein, die Türken, unsere Freunde, nicht beschützen und ihnen nicht beistehen zu können, da mein Verbündeter sie beleidigt hat.“ Jetzt werde England den Schutz der Verträge auf seine Fahne schreiben, Eduard VII. einen großen Triumph über uns feiern. In der Türkei werde man bald die deutschen Offiziere verjagen und durch Franzosen ersetzen [40]). Seine Mißstimmung blieb, auch nachdem der österreichische Botschafter ihm darzulegen versucht hatte, daß seine Regierung doch eigentlich schon Anfang September ausreichend informiert worden sei. Wenn auch viele rein gefühlsmäßige Motive bei der Haltung des Kaisers mitsprachen, so hatte er doch die richtige politische Empfindung, daß wir bei vorbehaltloser Unterstützung der österreichischen Schritte einen recht bedenklichen Präzedenzfall schüfen.

[40]) Bülow ah den Kaiser, 5. Oktober, an Jenisch (Gesandten im kaiserlichen Gefolge), 7. Oktober. Bemerkungen des Kaisers zu beiden Briefen.

Bei Bülow war davon nichts zu spüren. In seiner weltmännisch leichten Art zuckte er die Achseln über die Balkanfragen, die uns im Grunde „Hekuba“ seien, wenn nur die Bagdadbahn nicht gestört werde. Die übrigen Mächte würden die Dinge nicht tragisch nehmen, jedenfalls keinen Kanonenschuß deshalb abfeuern. Der Türkei könne man für ihre nachträgliche Zustimmung irgendwelche Kompensationen bieten. Jedenfalls hätten wir keinen Anlaß, die Entschlüsse unseres Bundesgenossen zu kritisieren [41]). Er ließ in Wien erklären: „Auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen eintreten sollten, werde unser Verbündeter auf uns rechnen können [42]).“ Er tat dies in der Hoffnung, daß es dazu nicht kommen werde. In demselben Sinne sprach er Ende Oktober zu Iswolski. Er ließ dem Russen keinen Zweifel über die unbedingte Unterstützung der österreichischen Politik durch Deutschland. Er berichtete dies selbst an Aehrenthal und fügte hinzu, über die serbische Frage könne er nicht urteilen.

„Ich werde daher die Entscheidung, zu der Sie schließlich gelangen werden, als die durch die Verhältnisse gebotene ansehen [43]).“ Es war ein uneingeschränkter Blankowechsel für die Zukunft.

[41]) Bülow an das Auswärtige Amt, 7. Oktober.

[42]) Aufzeichnung über Bülows Unterredung mit Graf Szögenyi, 13. Oktober.

[43]) Bülow an Aehrenthal, 30. Oktober.

Auch abgesehen von Marschall fehlte es nicht an warnenden Stimmen. Graf Monts in Rom verurteilte die Politik Aehrenthals aufs schärfste und meinte, es würde die Arbeit vieler Jahre dazu gehören, um die begangenen Fehler wieder gutzumachen. „Mit einem losen Gefüge, wie es die österreichisch-ungarische Monarchie darstellt, wäre es unverantwortlich für ein Nichts eine so gefährliche Politik einzuleiten.“ Bülow antwortete ihm: „Ein Rückzug Österreichs von der Politik, in der wir es bisher unterstützt haben, wäre unser Rückzug, seine Demütigung unsere Demütigung.“ Wir würden dann nur isoliert der feindlichen Gruppe gegenüberstehen. Man müsse Österreich den Rücken stärken, und dürfe es nicht einschüchtern. Auch Jagow, Kiderlen, Holstein und Moltke seien dieser Ansicht [44]).

[44]) Graf Monts, 9. Dezember; Bülows Antwort, 14. Dezember.

[45]) Hintze, 2. November.

Begreiflicherweise benutzte Iswolski die gerade damals erfolgende Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ mit ihrer Enthüllung über Rußlands Schritt während des Burenkrieges, um dem Zaren zu sagen, er sei vom Kaiser geradeso belogen und verraten worden, wie er selbst von AehrenthaL Nikolaus war in der Tat tief verstimmt; daher seine Worte zu Pasitsch. Damals tauchte in Petersburg das Schlagwort auf von der Kameradschaft der beiden geschlagenen Armeen gegen die beiden Reiche, die jedes zwei fremde Provinzen geraubt hätten [45]).

Anfang November besuchte der Kaiser den österreichischen Herrscher und den Erzherzog Franz Ferdinand in Eckartsau und wurde von ihnen und Aehrenthal nochmals genau über die Vorgeschichte der Annexion orientiert. Der Thronfolger sagte, wenn Iswolski weiter so lüge, werde man sein schriftliches

Einverständnis aus den in Wien befindlichen Akten publizieren. Um Rußland die Lage zu erleichtern, war man in Wien bereit im Notfälle auf eine Konferenz der Signatarmächte des Berliner Vertrags einzugehen unter der Bedingung, daß vor ihrem Zusammentritt über alle Punkte zwischen den Mächten Einigkeit erzielt sein müsse, dort also nur eine offizielle Sanktionierung der bereits vor her festgelegten Vereinbarungen stattfinde [46]).

[46]) Der Kaiser an Bülow, 5. November.

In Petersburg wurde man allmählich scheinbar etwas ruhiger. Der Zar äußerte zu dem deutschen Militär-Attache v. Hintze, die Annexion habe ja einmal kommen müssen, aber der Zeitpunkt sei schlecht gewählt gewesen. Er wünsche zwar eine klare und öffentliche Regelung der Meerengenfrage, aber Serbien und Montenegro seien ihm ziemlich gleichgültig, und er sei der Herr in Rußland [47]). Darüber täuschte er sich freilich schon damals, und es klang bereits viel weniger zuversichtlich, wenn er am 28. Dezember dem Kaiser schrieb: „Wenn Österreich eins dieser. kleinen Länder angriffe, kannst Du Dir die schreckliche Schwierigkeit meiner Lage vorstellen, da ich zu wählen haben werde zwischen der Stimme meines Gewissens und der erhitzten Leidenschaft meines Volkes [48])."

[47]) Hintze, 12. Dezember.

[48]) Der Zar an den Kaiser, 28. Dezember.

Iswolski sträubte sich länger als sein Herr. Es kam mehrfach zu lebhaften Aussprachen zwischen ihm und dem deutschen Botschafter. Graf Pourtales sagte, „Rußland habe in Reval offenbar seinen Anschluß an die Entente vollzogen, daher bleibe Deutschland nichts anderes übrig als sich noch enger an Österreich anzuschließen, und für die Interessen desselben noch mehr einzutreten, als es durch den Buchstaben des Bundes Vertrages an sich genötigt gewesen wäre." Iswolski erwiderte darauf, er finde bestätigt, was er in Berlin schon deutlich gefühlt habe und werde dem Zaren genau berichten. Als er etwas später wieder mit einem engeren Anschluß Rußlands an England drohte, sagte Graf Pourtales, wenn eine französisch-englisch-russische Ringbildung wirklich bevorstehe, so werde in Deutschland die öffentliche Meinung zum Angriff drängen, um den Ring zu sprengen, bevor er fertig sei. Wenn Rußland den Krieg vermeiden wolle, müsse es auf ein Kompromiß eingehen, zumal da Österreich durch die Räumung des Sandschak gezeigt habe, daß es nicht

weiter vordringen wolle. Rußland müsse vor der Konferenz zugestehen, daß dort die Annexion anerkannt werden solle. Iswolski ließ jedoch durchblicken, daß er vielmehr eine autonome Stellung Bosniens erstrebe. Er verlangte anfangs, auf der Konferenz müsse völlig freie Diskussion über die Annexionsfrage stattfinden, gab aber schließlich zu, daß die Konferenz erst nach erfolgter Verständigung unter den Mächten berufen werden und nur zur feierlichen Festlegung des erzielten Resultates dienen solle [49]).

[49]) Graf Pourtales, 1. und 20. November, 8., 9., 11. und 13. Dezember.

Die Einbeziehung der Meerengenfrage in die Konferenzverhandlungen ließ man bald von russischer Seite fallen. Am 19. Dezember äußerte der Zar zu Hintze, man dürfe die Konferenz nicht damit belasten, aber in sehr naher Zeit werde er die Frage stellen. Stolypin, der einflußreichste unter den russischen Ministern, hatte dem Zaren und Iswolski klargemacht, wie er selbst sagte, daß die Frage jetzt aufzuwerfen sinnlos sei, weil Rußland gar keine nennenswerte Flotte im Schwarzen Meer besitze [50]). Dahinter stand natürlich die Gefahr einer Entfremdung von den Westmächten, wenn man jetzt gegen deren Willen diese Frage in den Vordergrund schob, über deren Lösung man mit ihnen noch nicht einig war. Und doch brauchte man ihre Unterstützung gerade jetzt dringend gegen Österreich und Deutschland.

Unter diesen Umständen hatte es wenig praktische Bedeutung, daß der Kaiser auf Bülows Rat dem Zaren sagen ließ, er werde in der Meerengenfrage keine Schwierigkeiten machen, diese lägen vielmehr in London, und er werde gern mit Rußland in Gedankenaustausch darüber treten, wie sie am besten überwunden werden könnten. Bülow war anfangs sogar dafür gewesen, ausdrücklich zu sagen, daß die im geheimen Protokoll des Rückversicherungs Vertrages von 1887 bezüglich der Meerengen gegebenen Zusicherungen trotz des Erlöschens dieses Vertrages maßgebend für Deutschlands Haltung bleiben würden [51]).

[50]) Hintze, 19. Dezember. Bülow an den Kaiser, 25. Dezember.

[51]) Bülow an den Kaiser, 4. und 25. Dezember, mit Bemerkungen des Kaisers. Aufzeichnung Bülows, 15. Dezember.

Im Januar 1909 bereitete sich allmählich eine Einigung zwischen Österreich und der Türkei vor. Auch hier war man anfangs entrüstet gewesen, hatte mit Protesten, Truppenverstärkungen und dem Boykott österreichischer Waren geantwortet. Allmählich aber erkannte man, daß keine Großmacht sich ernstlich die Finger verbrennen wolle und nahm am 12. Januar 1909 im Prinzip den Vorschlag an, gegen eine Geldentschädigung für den angeblichen staatlichen Grundbesitz in Bosnien und der Herzegowina und einige wirtschaftspolitische Zugeständnisse den neu geschaffenen Zustand anzuerkennen. Der formelle Abschluß der Verhandlungen fand erst am 26. Februar statt.

Sobald die Möglichkeit dieser Verständigung in Sicht kam, wurde in Serbien das Kriegsgeschrei wieder lebhafter. Man hatte sich bisher mit der Hoffnung getröstet, der Widerspruch der Türkei werde Österreich doch zwingen, vor dem Richterstuhl der Mächte zu erscheinen und Serbien mindestens Kompensationen zu bewilligen. Nun schwand auch diese Aussicht. Man verbreitete das Gerücht, Bulgarien habe einen geheimen Schutzvertrag mit Österreich geschlossen, das nach Alleinherrschaft auf dem Balkan strebe und einen Angriff auf Serbien beabsichtige.

Frankreich wünschte, um einen Krieg zu verhindern, gemeinsam mit Deutschland und Italien zu vermitteln. Bülow antwortete jedoch, der Moment scheine ihm noch nicht gekommen. „Wenn wir ruhig zuwarten, meinte er, muß Frankreich von sich aus handeln, und damit wird der Einkreisungsring, der längst brüchig geworden ist, dauernd gesprengt sein [52]).“

[52]) Bülow an Tschirschky, 6. Februar 1909.

In der Tat wünschte niemand den Krieg. England regte einen gemeinsamen Ratschlag der Mächte in Belgrad zu Verzicht und Abrüstung an; Bülow meinte jedoch, nur eine russische Erklärung, daß Serbien auf eigene Gefahr handeln werde, könne helfen [53]). In Österreich hatte der Generalstabschef, General Conrad, von Anfang an die Meinung vertreten, daß die herausfordernde Haltung Serbiens benutzt werden müsse, um dem unversöhnlichen Nachbarstaate den Krieg zu erklären und ihn so gründlich niederzuwerfen, daß er sich für längere Zeit nicht mehr rühren könne. Er wies auf die augenblickliche Unfähigkeit Rußlands, seinem Schützling zu helfen, hin und betonte immer wieder, daß die Abrechnung doch einmal kommen müsse, und daß

sie später voraussichtlich untersehr viel ungünstigeren Umständen werde erfolgen müssen. Der Chef des deutschen Generalstabes stimmte ihm vollkommen bei. Auch Aehrenthal war anfangs dafür gewesen, durch einen schnellen Angriff auf Serbien die Krise zu lösen. Noch Mitte Dezember hatte er dem deutschen Reichskanzler ernste Schritte in Aussicht gestellt, wenn Serbien im Laufe der nächsten zwei Monate nicht völlig nachgebe. Freilich fügte er hinzu, auch dann werde man den Besitzstand des Nachbarstaates nicht antasten. „Ich will hoffen," schrieb er, „daß in Verbindung mit dieser Erklärung eine rasche militärische Aktion die Gefahren, von denen ich gesprochen habe, bannen wird [54])." Aber bald darauf änderte der Minister seine Ansicht, weil ein Krieg, da Österreich keine Gebietserweiterung erstrebe, kein Objekt haben werde, das im Verhältnis zu den Kosten und der Gefahr stehe. Die Schwächung Serbiens werde, genügend vorbereitet, in Zukunft durch eine Vergrößerung Bulgariens auf seine Kosten unschwer zu erreichen sein. Er entschloß sich also, wenn es irgend möglich sei, einer friedlichen Lösung den Vorzug zu geben. Jedoch hielt er es auch jetzt noch für nötig, wenn bis zum März keine Klärung eingetreten sei, von Serbien die ausdrückliche Anerkennung der Annexion und eine Erklärung zu verlangen, „daß es keine aggressiven Absichten hege und daher seine unmotivierten und das Land zugrunderichtenden Rüstungen einstellen werde." Dafür sei Österreich bereit, Erneuerung des Handelsvertrags und Verbesserung der Eisenbahnanschlüsse zuzugestehen. Werde dies abgelehnt, müsse ein Ultimatum folgen. Er sprach die Erwartung aus, daß Deutschland dann seinen ganzen Einfluß in Petersburg anwenden werde, um ein Eingreifen Rußlands zu verhindern [55]).

[53]) Diktat Bülows über seine Unterredung mit Hardinge, 10. Februar 1908.

[54]) Hierzu die ausführlichen Mitteilungen von Conrad v. Hötzendorf in seinen Lebenserinnerungen, Bd. 1, S. 3g ff., wo auch Moltkes Brief an ihn vom 10. April 1909 abgedruckt ist. (S. 165.) Aehrenthal an Bülow, 12. Dezember 1908.

[55]) Aehrenthal an Bülow, 20. Februar 1909.

In Petersburg wollte man nur sehr ungern auf Serbien drücken, da man davon eine starke Enttäuschung und Verminderung des eigenen Einflusses befürchten mußte. Aber England und Frankreich erklärten deutlich, daß die öffentliche Meinung ihrer Länder für eine Unterstützung Rußlands in dieser Frage nicht zu haben sein werde. Man entschloß sich daher zu einer

verhängnisvollen Halbheit. Man bequemte sich zur Teilnahme an einem gemeinsamen Schritt der Großmächte in Belgrad; der serbischen Regierung wurde von allen der Rat gegeben, auf territoriale Kompensationen und die Forderung der bosnischen Autonomie zu verzichten, da die Mächte diese Wünsche nicht unterstützen könnten. (2. März.) Gesondert riet Rußland noch zur Einstellung der militärischen Maßnahmen; dann würden die Mächte sich zugunsten der serbischen Interessen verwenden zu können; ihrer Entscheidung müsse die bosnische Frage überlassen bleiben. Gleichzeitig aber gab man die Versicherung, daß die Annexion von den Mächten nicht formell genehmigt werden würde. Serbien gab nach längerem Sträuben am io. März die Erklärung ab, daß es auf jede kriegerische Maßregel verzichte und die bosnische Frage der Entscheidung der Mächte überlasse, ohne Vorteile für sich zu beanspruchen [56]).

[56]) Vgl. v. Siebert, S. 76 f.

Während diese Verhandlungen schwebten, beklagte sich Rußland bitter in Paris über mangelnde französische Unterstützung, beriet mit Serbien über einen gemeinsamen Feldzugsplan, falls es doch zum Kriege kommen sollte und suchte Rumänien für diesen Fall zur Neutralität zu bestimmen. Auf der anderen Seite wollte sich Österreich mit der serbischen Note nicht zufrieden geben, da sie keine ausdrückliche Anerkennung der Annexion enthielt.

Nach dem 10. März drängten die Ereignisse einer schnellen Entscheidung zu. In Petersburg fand am 13. eine Beratung von Ministern und Generälen unter dem Vorsitz des Zaren statt, um die Frage zu entscheiden, ob und in welchem Falle Rußland die Waffen ergreifen solle. Es scheint, daß Iswolski unter Umständen dafür gewesen ist. Es wurde jedoch beschlossen, selbst im Fall eines Krieges zwischen Österreich und Serbien nicht einzugreifen. Iswolski selbst teilte dies Berchtold und Pourtalés mit, dem letzteren in der bezeichnenden Form, Rußland rüste nicht, es „wolle und könne jetzt keinen Krieg führen“. Die Regierung sei stark genug, diesen Entschluß auch anders gesinnten Elementen gegenüber durchzuführen [57]). Der Grund lag offenbar in dem Mangel einer genügenden Rüstung.

[57]) Graf Pourtales, 17. und 18. März.

Konnte diese Mitteilung beruhigend wirken, so mußte es doch wieder Besorgnis erwecken, daß Rußland darauf bestand, die

Signatarmächte sollten über die Zulässigkeit der Annexion entscheiden, und damit den serbischen Standpunkt zu dem seinen machte. Eine besondere Verschärfung erfuhr die Lage durch den Plan der Wiener Regierung, in ihren Händen befindliche Dokumente über Iswolskis früher gegebene Zusagen dem Zaren und dem Ministerpräsidenten Stolypin offiziell vorlegen zu lassen und sie eventuell sogar zu veröffentlichen. Iswolski wünschte das zu vermeiden, obwohl diese Dokumente nur einen Indizienbeweis gegen seine Wahrheitsliebe gestatteten, da er selbst nichts Schriftliches aus der Hand gegeben hatte. Er bat um die Vermittlung der Berliner Regierung.

Diesen Anlaß benutzte Bülow, um dem russischen Botschafter zu sagen, daß er überhaupt zu einer Vermittlung bereit sei, die Iswolski einen ehrenvollen Rückzug aus seiner schwierigen Lage ermögliche. Er wolle in Wien sondieren, ob und unter welchen Voraussetzungen Österreich darauf eingehen werde, die formelle Anerkennung der Signatarmächte für die Annexion nachzusuchen, wenn Rußland Serbien ernstlich zur Ruhe verweise. Geschehe das nicht, so müßten wir unserem Bundesgenossen überlassen, in der ihm geeignet erscheinenden Weise vorzugehen [58]).

[58]) Aufzeichnung Bülows über eine Unterredung mit Graf Osten-Sacken, 13. März.

Iswolski nahm die Anregung mißtrauisch auf. Er solle also, meinte er, den Österreichern gestatten, nach Belieben mit Serbien zu verfahren und auf die Erörterung der streitigen Fragen vor einer Konferenz verzichten. Graf Pourtales sagte ihm, die Konferenz könne ja als formeller Abschluß der Angelegenheit nach erfolgter Einigung der Mächte und mit Beschränkung auf die vorher vollständig vereinbarten Punkte immer noch stattfinden, wenn Rußland es wünsche [59]). Iswolski versuchte immer wieder, die Konferenz als Hauptsache hinzustellen und ihr Programm möglichst inhaltreich zu gestalten; er gab schließlich am 20. März die sehr verklausulierte Erklärung ab, obwohl er überzeugt sei, daß Österreich den Krieg gegen Serbien endgültig beschlossen habe, werde er es für seine Pflicht halten, wenn man von Wien aus die formelle Sanktion der Mächte nachsuche, „diese Demarche mit dem aufrichtigen Wunsche entgegenzunehmen, in ihr die Elemente einer Lösung zu finden, welche für alle Signatarmächte des Berliner Vertrages annehmbar sein würde.“ Jedoch dürfe damit die Möglichkeit einer Konferenz nicht ausgeschlossen werden [60]). Offenbar wollte Iswolski Österreich zu einer

unvorsichtigen Unterwerfung unter den Spruch der Mächte verlocken, der ja auch gegen die Annexion ausfallen konnte.

[59]) Graf Pourtalés, 15. und 16. März. Aufzeichnung Schöns über eine Unterredung mit dem russischen Geschäftsträger, 16. März.

[60]) Graf Pourtales, 20. März.

In Wien herrschten ebenfalls starke Meinungsverschiedenheiten. Die an der serbischen Grenze liegenden Armeekorps waren bereits erheblich verstärkt, und der Generalstab trat nochmals energisch dafür ein, daß die Gelegenheit zur Züchtigung des streitsüchtigen Nachbarstaates benutzt werden müsse. Nur die Niederwerfung der serbischen Streitkräfte und die vollständige Vernichtung des serbischen Kriegsmaterials könne auf Jahrzehnte hinaus Ruhe schaffen. Auch der Thronfolger hielt den Krieg für unvermeidlich, falls Rußland nicht die Garantie dafür übernehme, daß Serbien endgültig Ruhe halten werde. Freilich sei auch im Falle eines Sieges in Serbien wenig oder nichts zu holen; andererseits müsse man Klarheit haben und könne sich mit unzulänglichen Zusagen nicht begnügen. Kommen müsse die Auseinandersetzung doch einmal, „und in einigen Jahren kann die Lage leicht zu unseren Ungünsten verändert sein“ [61]). Aber Aehrenthal blieb, obwohl er anfangs, wie wir wissen, diese Meinung geteilt hatte, jetzt dabei, daß ein Krieg gegen Serbien keinen Sinn habe. Was könne denn nach einem Siege geschehen, um dort dauernde Ruhe zu sichern? Man habe dem Zaren ja schon die bündige Versicherung gegeben, daß man die Unabhängigkeit und Integrität Serbiens keinenfalls antasten wolle. Den Gedanken einer Aufteilung des Landes zwischen Österreich, Rumänien und Bulgarien, den er im Januar unserem Botschafter gegenüber hingeworfen hatte, habe er auf gegeben; eine Eingliederung Serbiens in die Monarchie sei vorläufig wegen der eigenen inneren Zwistigkeiten unmöglich. Daß er sie für später als die gegebene Lösung ansehe, deutete er verständlich genug an. Also könne man vorläufig nur eine Kriegsentschädigung von 500 Millionen fordern und Belgrad als Pfandobjekt bis zur vollen Zahlung, die in möglichst kleinen und langfristigen Raten zu erfolgen habe, besetzen. So könne man Serbien „möglichst lange unter österreichischem Druck halten“. Wer dort regiere, sei ihm gleichgültig, sogar eine serbische Republik fand er diskutabel [62]).

[61]) Graf Brockdorff-Rantzau, 4. März. Militärattache v. Kageneck, 18. März.

[62]) Tschirschky, 19. März.

Da aber auch hierin keine endgültige Lösung der serbischen Frage erblickt werden konnte, schien ein solcher Augenblickserfolg den Krieg nicht zu lohnen. Man war in Wien tatsächlich ratlos und schwankte fortwährend zwischen den verschiedenen Möglichkeiten, die alle gleich unbefriedigend erschienen, hin und her. Sollte man sich mit Zusagen begnügen, an deren Bruch bei erster Gelegenheit nicht zu zweifeln war? Sollte man lieber losschlagen, um Serbien wenigstens für eine gewisse Zeit unschädlich zu machen? Aehrenthals Meinung drang schließlich durch. Man entschied sich für Bewahrung des Friedens, falls Serbien die Annexion ausdrücklich anerkenne und Wohlverhalten verspreche, und falls Rußland ebenfalls bedingungslos zustimme. Während man mit England und Frankreich über eine neue Formel für die serbische Erklärung verhandelte, teilte man nach Berlin mit, daß man bereit sei, die formelle Sanktion der Mächte nachzusuchen, falls diese einschließlich Rußlands sich vorher verpflichteten, ihre formelle Zustimmung zu geben [63]).

[63]) Tschirschky, 17. und 21. März.

Daraufhin wies der Reichskanzler den Grafen Pourtales an, in Petersburg vertraulich folgende Mitteilung zu machen: Deutschland sei bereit, der österreichischen Regierung vorzuschlagen, daß sie die Mächte um ihre formelle Zustimmung ersuchen möge, jedoch müsse man vorher bestimmt wissen, „daß Rußland auf die österreichische Note zustimmend antworten und sein formelles Einverständnis zur Aufhebung des Artikels 25 ohne jeden Vorbehalt erklären wird“. Der Botschafter sollte dabei in bestimmter Form sagen, „daß wir eine präzise Antwort — Ja oder Nein — erwarteten. Jede ausweichende verklausulierte, unklare Antwort würden wir als Ablehnung betrachten müssen. Wir würden uns dann zurückzieheh und den Dingen ihren Lauf lassen; die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse würde dann ausschließlich Herrn Iswolski zufallen“. Da die Lage der Dinge zwischen Österreich und Serbien zur Entscheidung dränge, sei eine umgehende, klare Antwort erforderlich. Ob eine Konferenz stattfinden solle, könne später festgestellt werden. „Ihre Hineinziehung in die vorliegende konkrete Frage müßten wir als Versuch der Verschleppung und damit als Ablehnung unseres Vorschlags ansehen [64]).“

[64]) Erlaß an Graf Pourtales, 21. März (von Kiderlen entworfen).

Iswolski nahm diese Mitteilung, die Graf Pourtales in eine möglichst freundschaftliche Form kleidete, am 22. März entgegen und erwiderte, er werde die Befehle seines Kaisers einholen. Noch an dem gleichen Tage telegraphierte der Zar dem Kaiser, er sei herzlich erfreut, daß Deutschland diese Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs geschaffen habe und werde Iswolski zur Annahme anweisen; er bitte aber dringend, daß der Kaiser dann ein kriegerisches Vorgehen gegen Serbien unter allen Umständen verhindern möge [65]). Am 23. März gab Iswolski dem deutschen Botschafter die formelle Erklärung, daß Rußland, wenn Österreich frage, „nicht ermangeln werde, in seiner Antwort ohne Vorbehalt seine formelle Zustimmung zu diesem Verlangen zu erklären“. Er hoffe, daß Deutschland nach diesem Beweise seines Entgegenkommens in Wien darauf hinwirken werde, daß die englischen Vermittlungsvorschläge für die Fassung der von Serbien nach Wien zu richtenden Note angenommen würden [66]). Iswolski tat dies zähneknirschend. Wie er nach London und Paris mitteilte, betrachtete er die deutsche Mitteilung als eine zwischen Wien und Berlin verabredete, keinen Widerspruch zulassende Aktion; die Alternative sei gewesen: Annahme des Vorschlags oder Invasion Serbiens. Da man Serbien nicht anders habe schützen können, habe man nachgeben müssen [67]). Dieser Ausgang war für Rußland deshalb besonders peinlich, weil der Zar selbst und Iswolski — was man freilich in Berlin nicht wissen konnte —, den Serben versprochen hatten, die Annexion nicht anzuerkennen. Man erblickte in der deutschen Forderung ein Ultimatum, dem sich Rußland fügen mußte, weil es zum Kampf nicht gerüstet war. Der englische Botschafter Nicolson, der sich schon in Algesiras als Feind Deutschlands gezeigt hatte, tat sein möglichstes, um diese Empfindungen zu verschärfen.

[65]) Graf Pourtales, 22. März. Telegramm des Zaren, 22. März.

[66]) Graf Pourtales, 23. März.

[67]) Graf Pourtales, 23. März (zweites Telegramm), 28. März. Iswolski an die russischen Botschafter in Paris und London, 23. März. Siebert 104, vgl. 109.

War es für Deutschland notwendig, in dieser Weise einzugreifen, und das Odium, Rußland gedemütigt zu haben, auf sich zu nehmen? Konnten wir nicht ruhig warten, welche Entschlüsse Rußland fassen würde? Es hätte im entscheidenden Moment immer nachgeben müssen, da es ja nicht kämpfen wollte

und konnte; aber warum mußte gerade Deutschland, das doch nur indirekt interessiert war, diesen Moment herbeiführen? Es war das erste Mal, daß wir uns von Österreich zur Wahrung seiner Interessen in die vorderste Linie schieben ließen, statt als Rückendeckung im Hintergründe zu bleiben. Es war die erste Betätigung des im vorigen Jahre festgelegten Grundsatzes, daß Österreichs Orientinteressen auch die unseren seien. Indem wir Rußland den Anlaß boten, unser Vorgehen als drohende Einmischung in eine uns fernliegende Sache bei den Westmächten zu denunzieren, befestigten wir die Vorstellung von Deutschlands Herrschsucht und Bevormundungslust, die namentlich in Frankreich schon lebhaft genug war. Wir glaubten dabei, den Russen einen an ständigen Ausweg aus einer Sackgasse, in die sie durch eigene Schuld geraten waren, zu eröffnen und eine Pflicht unseren Verbündeten und dem europäischen Frieden gegenüber zu erfüllen, und womöglich noch Rußlands Dankbarkeit zu verdienen. In der Tat wäre es für Rußland peinlicher gewesen, wenn es zur Besetzung Serbiens durch österreichische Truppen gekommen wäre. Insofern fühlte man in Petersburg wirklich eine gewisse Erleichterung, und namentlich der Zar selbst hat den Dank, den er dem Kaiser in seinem Telegramm ausdrückte, gewiß ernst gemeint. Aber bei Iswolski überwog der Zorn über die erlittene Schlappe alle anderen Erwägungen, wie seine Mitteilungen nach London und Paris deutlich zeigen.

Bevor man in Wien den Erfolg des deutschen Schrittes beim Zaren kannte, erhielt die Kriegspartei dort noch einmal die Oberhand. Ein Ministerrat beschloß am 29. März gewaltsames Vorgehen gegen Serbien und die dazu nötigen Mobilisationsmaßregeln. General Conrad glaubte sich bereits am Ziel. Unmittelbar darauf müssen die entscheidenden Nachrichten aus Berlin eingegangen sein. Am 31. März erfolgte die bekannte serbische Loyalitätserklärung, die neben ausdrücklichem Verzicht auf jeden weiteren Protest gegen die Annexion Abrüstung und künftiges Wohlverhalten versprach. Prinz Georg mußte auf die Thronfolge verzichten; weil er geglaubt hatte, die russische Hilfe sicher versprechen zu können, war er unheilbar kompromittiert. Aehrenthal erklärte die Krise damit für beendet, da ein voller Erfolg erreicht sei [68]). Der ebenso heftige Streit zwischen Bulgarien und der Pforte wurde durch Rußlands Vermittlung ausgeglichen und endigte bekanntlich mit der Anerkennung Ferdinands als unabhängigen Zaren von Bulgarien. Rußland hatte sich dabei Bulgarien durch namhafte finanzielle Unterstützung verpflichtet und es wieder in seinen Bannkreis gezogen.

[68]) Conrad, Aus meiner Dienstzeit 1, 162 f.

Die Tragweite dieser Ereignisse war sehr groß. Die Überlegenheit des deutsch-österreichischen Blocks in kontinentalen Fragen hatte sich sehr deutlich gezeigt. Rußland sah sich mehr als je auf die Anlehnung an die Westmächte hingewiesen und betrachtete seitdem die Festigung der Entente als eine Lebensfrage. Wenn Iswolski vielleicht vorher noch geschwankt hatte, ob Rußland nicht bei einem gütlichen Einvernehmen mit den Mittelmächten besser seine Rechnung finden werde, weil sie in der Meerengenfrage eher bereit schienen, erhebliche Zugeständnisse zu machen als die Westmächte — von jetzt an war er im Herzen der Entente völlig verschrieben, und alle freundlichen Äußerungen zu den deutschen Vertretern über die Notwendigkeit, die alten guten Beziehungen wieder herzustellen, waren in seinem Munde nur unwahre Phrasen. Auch der russische Botschafter in Paris drängte zur festeren Ausgestaltung der Entente; nur das Vorhandensein starker Gegenkräfte könne ohne Krieg weitere Übergriffe des Dreibundes verhindern. Wenn Rußlands militärische Kraft wiederhergestellt sei, werde man mit Hilfe der Westmächte Österreich zwingen können, seinen Balkanplänen zu entsagen und dem unterworfenen Serbien die Handlungsfreiheit zurückzugeben [69]).

[69]) Bericht vom i. April. Siebert 109 f.

Worte, wie sie der Zar in der schärfsten Zeit der Krise aussprach, er habe die Empfindung, „daß der Zusammenstoß mit dem Germanentum in der Zukunft unausweichlich sei, und daß man sich für denselben vorbereiten müsse“ [70]), wären noch vor einem Jahre aus seinem Munde kaum denkbar gewesen. Die panslavistische Partei begann den schwachen Herrscher, der sich persönlich tief gedemütigt fühlte, weil er sein gegebenes Wort hatte brechen müssen, jetzt immer mehr in ihren Bannkreis zu ziehen. Freilich war man auch verstimmt über die mangelhafte Unterstützung, die man bei England und Frankreich gefunden hatte; aber der Hauptzorn richtete sich doch gegen Deutschland. Unser Militärbevollmächtigter in Petersburg, Kapitän von Hintze, sprach schon damals wiederholt die Überzeugung aus, Rußland werde losschlagen, sobald es wieder genügend gerüstet sei, und alle scheinbaren Freundlichkeiten seien nur bestimmt, uns zu täuschen und solange hinzuhalten, bis der richtige Zeitpunkt gekommen sei, was in drei bis fünf Jahren der Fall sein werde [71]).

[70]) Koschutitsch, 6. März. Boghitschewitsch 150.

[71]) Hintze, 24. Februar, 27. März, 3. April.

Aber was hatte Österreich eigentlich bei der ganzen Sache gewonnen? Es hatte auf seine Rechte in Novibazar verzichtet, eine erhebliche Summe an die Türkei bezahlt, Serbien schwer gereizt und zu einer demütigenden und doch keinerlei Sicherheit für die Zukunft bietenden Erklärung gezwungen, hatte überall die Befürchtung erweckt, daß es unbestimmte Eroberungspläne verfolge, und hatte Bosnien, das es unbestritten besaß, in eine juristisch etwas klarere Position gebracht. Ganz klar war sie keineswegs, da Bosnien als Provinz keiner der beiden Reichshälften eingegliedert werden konnte und in seiner neuen Stellung für die dualistische Grundlage der Monarchie eine schwerere Gefahr bildete, als früher, wo es ein der Monarchie nur lose angegliedertes, ihr von Europa anvertrautes Verwaltungsgebiet gewesen war. Dazu kam, daß in der Vollziehung der Annexion ohne vorherige Befragung der Signatarmächte unzweifelhaftem Bruch des internationalen Rechtszustandes lag, der ja durch die nachträgliche Anerkennung notdürftig geheilt war, aber immerhin auf die Loyalität der Monarchie ein zweifelhaftes Licht warf. Und wir hatten ihr den Rücken gedeckt, ohne zu fragen, ob sie auch im Recht sei. Man hatte uns von Wien aus wohl kurz vor der Tat unterrichtet aber nicht rechtzeitig um unsere Meinung befragt, sondern unsere Hilfe als selbstverständliche Pflicht in Anspruch genommen und erhalten. Gewiß mußte etwas geschehen, um die Einbeziehung Bosniens in den Geltungsbereich der neuen türkischen Verfassung zu verhindern, aber ein vorsichtiger und weitblickender österreichischer Staatsmann hätte dazu wohl einen weniger gefährlichen Weg gefunden. Für Aehrenthal war ja nicht einmal dieser Gesichtspunkt ausschlaggebend; er wollte in erster Linie einen Augenblickserfolg zur Stärkung seiner Stellung im Innern. „Hoffentlich gelingt die Aktion!“ sagte er zu Beginn der Krise zu Herrn v. Tschirschky. „Wenn nicht, so bin ich natürlich erledigt. Aber dann gehen wir wenigstens mit Ehren unter, andernfalls wären wir elend von Stufe zu Stufe hinabgesunken [72]).“ Als dann die von ihm.erstrebte Lösung erreicht war, fühlte er sich von ihr selbst nicht befriedigt und gestand dem deutschen Botschafter, er habe eigentlich doch gehofft, England oder Serbien würden die Vermittlungsaktion zum Scheitern bringen. „Was nütze es, wenn die bestehenden Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Serbien durch im Grunde doch wertlose Erklärungen serbischerseits notdürftig überbrückt würden; definitive Ruhe an

seiner südöstlichen Grenze werde Österreich damit doch nicht erreichen, und in einigen Jahren würde man dann doch einrücken müssen [73]).“ Es war die schärfste Kritik seiner eigenen Politik.

[72]) Tschirschky, 7. Dezember 1908.

[73]) Tschirschky, 26. März 1909.

Besonders lehrreich aber ist diese erste serbische Krise deshalb, weil sie alle charakteristischen Züge zeigt, die sich in der zweiten, die zum Weltkrieg führte, wiederholen sollten. Österreich entwirft seinen Plan, ohne Deutschland zu fragen, teilt ihn erst kurz vor der Ausführung mit, verlangt unbedingte Unterstützung und erhält sie. Rußland tritt sofort für Serbien ein und sucht die Frage als eine europäische darzustellen, während Deutschland und Österreich den Konflikt zu „lokalisieren“ streben. Deutschland wirkt zwar bis zu einem gewissen Grade vermittelnd auch in Wien, läßt aber in Petersburg keinen Zweifel, daß es Österreich im Notfall mit aller Macht unterstützen wird. Es geht bewußt von dem Gesichtspunkte aus, daß es den letzten Bundesgenossen nicht verlieren darf. Wenn Österreich zurückweichen muß, schreibt Bülow am 14. Dezember 1908, würden wir allein der gleichen Gruppe gegenüberstehen und dem gleichen Schicksal verfallen. Ja, man hält es für einen Vorteil, daß Österreich zuerst losschlagen muß, und wir daher nicht alleinstehen, wie das bei anderen Kriegsmöglichkeiten trotz der Bundesgenossenschaft denkbar wäre. Für den Fall, daß es zum Kampfe kommt, wird bereits damit gerechnet, da Frankreich nicht neutral bleiben wird, den westlichen Nachbarn zunächst niederzuwerfen. „Unsere Armee“, schreibt der Kaiser am 21. Februar 1909, „kann sich auf keinen Fall auf eine Situation einlassen, bei der sie in Rußland zur Hälfte engagiert, zur Hälfte als Deckung gegen ein unsicheres Frankreich steht [74]).“ Wir rechnen auf Englands Neutralität, wenigstens, bis die Gegner sich gegenseitig geschwächt haben und Großbritannien das entscheidende Wort sprechen kann. '

[74]) Bemerkungen des Kaisers zu einem Bericht Tschirschkys vom 21. Februar 1909.

Der grundlegende Unterschied war nur, daß Rußland 1909 zum Kriege gar nicht, Frankreich höchst unvollkommen gerüstet war, England aber vor schweren inneren Kämpfen stand und bei der noch sehr losen Konstruktion der Entente viel stärkere Bewegungsfreiheit hatte als fünf Jahre später.

13. Stille nach dem Sturm

Nach den starken Erregungen des Winters von 1908 auf 1909 trat in den internationalen Beziehungen eine Zeit der Entspannung und scheinbaren Ruhe ein. In Wahrheit diente sie zur Beilegung schwerer innerer Krisen — des englischen Verfassungskampfes, der deutschen Finanzrefom, der Liquidation der russischen Revolution — und zur fieberhaften Verstärkung der Rüstung bei denjenigen Staaten, die in der bosnisch-serbischen Krise hatten nachgeben müssen, weil sie nicht bereit waren, es auf einen Waffengang ankommen zu lassen.

Schon während der kritischen Tage selbst war ein Ereignis eingetreten, das allgemein als Zeichen der Entspannung betrachtet wurde, der Abschluß eines deutsch-französischen Vertrages über Marokko am 9. Februar 1909.

Die Algesiras-Konferenz hatte aus den uns bekannten Gründen keine völlig klaren Zustände in Marokko schaffen können. Schon im Herbst 1906 waren dort angeblich neue Unruhen ausgebrochen; wahrscheinlich gingen sie nicht über das Maß dessen hinaus, was in diesen mit europäischen Ordnungsbegriffen nicht zu messenden Zuständen gewöhnlich war; sie wurden aber von den Franzosen absichtlich übertrieben, um ihnen einen Grund für weitere Einmischung zu gewähren. Spanien und Frankreich hatten damals Kriegsschiffe nach Tanger entsandt, Deutschland hatte vor einer Landung von Truppen ohne vorherige Verständigung mit den Konferenzmächten gewarnt und selbst die Entsendung von Schiffen erwogen. Auf die persönliche Entscheidung des Kaisers war sie unterblieben [1]). Frankreich zeigte die Miene gekränkter Unschuld, weil von allen Mächten nur Deutschland es verdächtige, als wolle es gegen die Algesiras-Akte handeln [2]). Auf deutsche Anregung schickte der Sultan Truppen nach Tanger, denen es gelang, die Ruhe herzustellen; Ende Januar 1907 fuhren die Spanier und Franzosen wieder ab, und eine ernstere Verwicklung war vermieden.

[1]) Bülow an den Kaiser, 1. Dezember 1906, mit dessen Bemerkungen. Jenisch an Bülow, 2. Dezember.

[2]) Fürst Radolin, 13. Januar 1907.

Schon während dieser Vorgänge hatte der deutsche Gesandte in Tanger, Dr. Rosen, angeregt, das letzte noch in unseren

Händen befindliehe Kompensationsobjekt in Marokko, unseren Einfluß auf den Sultan, zur Erlangung eines Äquivalentes von Frankreich zu benutzen, solange es noch Zeit sei. Ihm war erwidert worden, daran dürfe man vorläufig noch nicht denken, „da wir so schnell den Boden, auf dem unsere gesamte Haltung in der Marokkofrage sich aufgebaut hat, nicht verlassen können“ [3]).

[3]) Rosen, 21. Dezember 1906. Tschirschky an Rosen, 1. Janurar 1907.

Bald darauf erhob sich in Marokko selbst des Sultans Bruder Muley Hafid gegen diesen und fand starken Anklang im Lande. Frankreich bot dem Sultan Hilfe an, natürlich gegen erhebliche Zugeständnisse; Deutschland riet ihm zu höflicher Ablehnung, was in Paris zu spitzen Bemerkungen über eine solche „Politik der Nadelstiche“ Veranlassung gab [4]).

[4]) Rosen, 1. März 1907. Fürst Radolin, 8. März.

Ende März 1907 wurde der französische Arzt Mauchamp in Marrakesch ermordet. Frankreich benutzte diesen Zwischenfall, um nicht nur Sühne und Entschädigung, sondern sofortige Erledigung aller bisher aufgelaufenen Beschwerden und Beschleunigung der Reformen zu verlangen. Als Pfand besetzte es die Grenzstadt Udjidja. Deutschland riet dem Sultan zum Nachgeben unter dem Vorbehalt, daß er die Ansicht der Konferenzmächte darüber erbitten werde, wieweit die Annahme dieser Forderungen mit seiner Unabhängigkeit vereinbar sei [5]). In Frankreich spürte man deutlich wieder den deutschen Rückhalt hinter dem Sultan und sondierte wieder, ob nicht jetzt ein allgemeines Kolonialabkommen möglich sei, bei dem Deutschland irgendwo anders Entschädigung für vollen Verzicht auf Marokko erhalte. Rosen riet dringend zum Eingehen darauf, da unser Einfluß auf den Sultan allmählich schwinden würde, wenn wir ihn weder tatkräftig schützen noch ihm finanzielle Hilfe gewähren wollten; sei es damit ganz vorbei, so werde uns Frankreich nichts mehr zahlen. Aber der Kaiser, damals noch nicht über die früheren Angebote Frankreichs orientiert, verlangte eine zu hohe Gegenleistung: ein festes Bündnis mit Deutschland, das natürlich den Verzicht auf die Revanche-Idee in sich geschlossen hätte [6]). In Paris dachte man nicht im geringsten an so etwas; vielmehr benutzte Cambon alsbald eine Gelegenheit, um nebenbei zu erwähnen, die Annexion Elsaß-Lothringens sei ein Fehler Bismarcks gewesen. Der Kaiser hing damals noch an dem Traum von Björkö. Bülow bestärkte ihn darin. „Wir müssen durchaus den Eindruck vermeiden, als verkauften wir Marokko für kleine

Vorteile, gleichsam für ein Trinkgeld.“ Deutschland stehe viel zu mächtig da, um dessen zu bedürfen, man dürfe unsere Stellung in der islamitischen Welt, die ein Machtfaktor sei, nicht preisgeben [7]). Wir kennen diese Töne schon. Sie stammten aus Marschalls Notenheft und verfehlten ihren Eindruck auf den Kaiser nie. Zum ersten Male deutete hier der Kaiser den Franzosen gegenüber an, daß ihr Bündnis mit England ihnen teuer zu stehen kommen könne, da sie bei einem Kriege Englands zerbrochene Töpfe zu bezahlen haben würden. Es war die sogenannte „Geiseltheorie“, die noch auf Holstein zurückging. Wir sollten uns bei einem Kriege gegen die Westmächte für die vorauszusehende Niederlage zur See dadurch schadlos halten, daß wir sofort Frankreich mit vernichtender Übermacht niederwürfen und so lange besetzt hielten, bis England es durch Zugeständnisse auslöse. Der Kaiser wollte durch diesen Hinweis andeuten, daß ein Bündnis mit Deutschland für Frankreich viel sicherer sei als das mit England. Aber gerade dieser Gedankengang hat, sobald er nur berührt wurde, immer die heftigste Gereiztheit der Franzosen hervorgerufen.

[5]) Erlaß an Rosen, 18. April 1907.

[6]) Aufzeichnung Rosens über eine Unterredung mit J. Cambon, 6. Juni 1907. Rosen, 21. Juni. Der Kaiser an Bülow, 26. Juni.

[7]) Bülow an den Kaiser, 27. Juni 1907.

Neue Gewalttaten, die gegen Europäer in der Hafenstadt Casablanca begangen sein sollten, boten den Franzosen Anlaß, dort im August 1907 Truppen zu landen und bald darauf die vorläufige Errichtung einer französischen Polizeitruppe in mehreren Hafenplätzen zu beantragen. Dabei betonte Frankreich stets sein Festhalten an der Algesiras-Akte, und Deutschland sah mit sauersüßer Miene, aber untätig, seinem weiteren Vordringen zu. Wenn Bülow sich rein passiv verhielt, so bestimmte ihn dazu auch der Wunsch, unser sich langsam besserndes Verhältnis zu England nicht zu gefährden. Kurz nach dem Kaiserbesuch in Windsor gab er die Anweisung, die Marokkofrage so zu behandeln, „daß die Engländer nicht den Eindruck empfangen, als wollten wir im Vertrauen auf die Besserung unserer Beziehungen zu ihnen jetzt Frankreich wieder brüskieren“. Dem immer heftiger aufflammenden marokkanischen Thronstreit gegenüber bewahrte man in Berlin anfangs volle Zurückhaltung, zeigte sich aber nach und nach geneigt, mit Muley Hafid, der zusehends an Macht gewann, als dem künftigen tatsächlichen Herrscher des Landes zu

rechnen. Frankreich hielt an dem alten Sultan Abdul Aziz fest, der sich in die Küstenstadt Rabat hatte zurückziehen müssen und nur noch wenig tatsächliche Autorität besaß. Am 4. Januar 1908 verkündeten die Ulema feierlich die Absetzung des bisherigen Sultans. Die fortwährenden Kämpfe boten Frankreich den Anlaß zur Landung immer weiterer Truppen, die Anfang 1908 bereits bis 100 km weit ins Innere vorgeschoben waren und offenbar dazu bestimmt waren, Muley Hafid den Weg nach Fez zu verlegen.

In Berlin war man in äußerster Verlegenheit. Bülow wies den Staatssekretär v. Schön an, Herrn Cambon bei jeder Gelegenheit merken zu lassen, „daß wir etwaigen Übergriffen der Franzosen nicht mit Gleichgültigkeit zusehen könnten“, aber jede kriegerische Drohung zu vermeiden. Er wollte die Westmächte nicht noch mehr zueinander treiben. Er wünschte durchblicken zu lassen, „daß wir nach Ablauf der in der Algesiras-Akte vorgesehenen Frist von fünf Jahren mit uns reden lassen würden, falls Frankreich uns bis dahin nicht in Verlegenheit bringe.“ Cambon versicherte stets, in Paris wünsche man nichts sehnlicher, als die Truppen bald wieder zurückziehen zu können [8]).

[8]) Bülow an Schön, 24. April 1908. Aufzeichnung Schöns über eine Unterredung mit Cambon, 28. April.

Als im Mai 1908 Muley Hafid durch einen Spezialgesandten in Berlin darum bat, daß man ihn anerkennen und Frankreich zur Zurückziehung seiner Truppen bestimmen möge, setzte die deutsche Regierung sich in loyaler Weise mit Paris in Verbindung und antwortete auf Frankreichs Wunsch, die Anerkennung könne erst vollzogen werden, wenn sämtliche Konferenzmächte ihr Einverständnis erklärt hätten [9]). Auch als Muley Hafid im Juni die Hauptstadt Fez in seine Hand brachte, bewahrte Deutschland, da Frankreich die Zeit zu seiner Anerkennung noch nicht für gekommen erachtete, volle Zurückhaltung. Man tat dies, obwohl man glaubte, daß Frankreich nur deshalb an Abdul Aziz festhalte, um. das Land nicht zur Ruhe kommen zu lassen und den Vorwand zum militärischen Eingreifen nicht zu verlieren. Als Frankreich fortwährend zögerte, erklärte man ihm, daß man ein Mandat Frankreichs und Spaniens, im Namen der Mächte mit Muley Hafid zu verhandeln und die Bedingungen seiner Anerkennung festzusetzen, nicht als vorhanden ansehe [10]), und regte bei den übrigen Signatarmächten die förmliche Anerkennung Muley Hafids an (31. August). Gleichzeitig ließ man ihm durch Dr. Vassel raten, die volle Annahme aller Bedingungen der Algesiras-Akte zu

versprechen [11]). In Paris und London sah man hierin Versuche, Frankreich bei dem neuen Herrscher den Rang abzulaufen; allgemein wurde Muley als Schützling Deutschlands betrachtet und die Niederlage des alten Sultans als eine Niederlage Frankreichs [12]).

[9]) Aufzeichnung Langwerths v. Simmern über seine Unterredung mit dem marokkanischen Gesandten, 13 Mai 1908. Fürst Radolin, 16. und 21. Mai.
Erlaß an Rosen, 29. Mai.

[10]) Bülow an das Auswärtige Amt, 29. August 1908.

[11]) Rundschreiben, 31. August. Erlaß an Wangenheim, 2. September.

[12]) Wangenheim, 27. August.

Muley Hafid zeigte auf Deutschlands Rat den Mächten seine Thronbesteigung an, gab aber zu erkennen, daß er nicht blindlings die Erfüllung aller von seinem Bruder persönlich Frankreich gegenüber eingegangenen pekuniären Verpflichtungen übernehmen könne [13]). Während Frankreich den Mächten den Entwurf der für die Anerkennung zu stellenden Bedingungen vorlegte (14. September), Deutschland mehrere Bedenken gegen den Wortlaut erhob und man noch hin und her verhandelte, trat ein neuer peinlicher Zwischenfall ein. Der deutsche Konsul in Casablanca suchte einigen entflohenen Fremdenlegionären, die nicht einmal alle Deutsche waren, zur Flucht auf ein deutsches Schiff zu verhelfen, wurde daran aber von französischen Soldaten unter Anwendung von Gewalt verhindert. Die drei nichtdeutschen Deserteure wurden von den Franzosen verhaftet. Frankreich warf dem deutschen Konsul Überschreitung seiner Befugnisse. Deutschland den französischen Unterorganen Verletzung der völkerrechtlich garantierten Unantastbarkeit der Konsulatsbeamten vor. Die langwierigen Verhandlungen wurden von beiden Seiten in versöhnlichem Geiste geführt und endigten schließlich mit der Verweisung an ein Schiedsgericht; beide Mächte verpflichteten sich zur formellen Entschuldigung, falls der Spruch die Schuld ihrer Organe feststelle. Der Kaiser hatte mehrmals beschleunigend und stets in versöhnlichem Sinne eingegriffen. Er hatte offenbar, seit er im Sommer 1907 über das Verfahren seiner Regierung während der Krise von 1905 genauere Kenntnis erlangt hatte, das Gefühl, es sei Frankreich gegenüber etwas wieder gutzumachen, und wollte das ehrlich und ritterlich tun. Er ging aber noch weiter. Da die Berichte unserer Vertreter in Marokko zeigten, daß es unmöglich

sei, das französische Vordringen aufzuhalten, wenn wir nicht Gewalt anwenden wollten, erklärte er, unsere ganze bisherige Marokkopolitik habe sich als verfehlt herausgestellt, und befahl, „daß wir uns, soweit es noch geht, mit Anstand aus der Affäre ziehen und so schnell wie möglich zu einer Verständigung mit Frankreich, unbeanstandet des Zwischenfalls in Casablanca, kommen sollten“ [15]). Er wurde darin bestärkt durch den Ausbruch der bosnischen Krise. „Angesichts dieser Verhältnisse“, schrieb er an Bülow, „muß aber die elende Marokkoaffäre zum Abschluß gebracht werden, schnell und endgültig! — — Es ist nichts zu machen, französisch wird es doch! Also mit Anstand aus der Affäre heraus, damit wir endlich aus den Friktionen mit Frankreich herauskommen, jetzt, wo große Fragen auf dem Spiele stehen [16]).“

[13]) Wangenheim, 7. und 11. September.

[14]) Bülow an Jenisch, 10. November 1908.

[15]) Notiz von Jenisch zu einem Bericht des Konsuls Vassel vom 18. September.

[16]) Bemerkung der Kaisers zu einem Berichte Bülows an ihn vom 5. Oktober 1908.

Bülow war auch jetzt noch nicht geneigt, die Bahnen der alten Marokkopolitik völlig zu verlassen. Er antwortete, wenn wir eine Verständigung wünschten, dürften wir die Franzosen das nicht merken lassen, sonst würden wir nie ein Äquivalent von ihnen erhalten. Vielleicht könne man jetzt auf den Gedanken eines großen allgemeinen Kolonialabkommens zurückgreifen. „Ja, wenn das möglich wäre!“ bemerkte der Kaiser dazu. Ob der Reichskanzler es wohl selbst geglaubt hat? Oder wollte er nur die Verhandlungen dadurch hinziehen?

Der Kaiser ließ sich aber diesmal nicht von seinem Willen abbringen. Frankreich zog einen Teil seiner Truppen aus Marokko zurück und kam in der Fassung des Wortlautes der an Muley Hafid zu stellenden Bedingungen den deutschen Wünschen entgegen. Darauf mußte Ende Oktober Herr v. Schön Cambon darüber unterrichten, daß der Kaiser eine dauernde Verständigung über Marokko wünsche [17]).

[17]) Aufzeichnung Schöns über seine Unterredung mit Cambon, 28. Okt.

In Paris zögerte man, weil man hinter diesem unerwarteten Entgegenkommen geheime. Listen vermutete. Die fortwährende Verdächtigung der deutschen Politik von Petersburg aus wirkte wohl ebenso mit wie die Entrüstung über die Geiseltheorie, die den Franzosen immer wieder vorgehalten wurde [18]). Clemenceau sagte dem Fürsten Radolin, er wünsche keinen Revanchekrieg, „der unter allen Umständen für den Sieger wie für den Besiegten die Vernichtung des Wohlstandes und der zivilisatorischen Entwicklung, den Ruin von Millionen von Existenzen bedeuten würde“. Aber Frankreichs Ehrgefühl dulde keine Demütigung; angegriffen, werde man keine Opfer scheuen, obwohl beide Länder eigentlich berufen seien, sich zu verstehen [19]). Indessen wies man die angeregten Besprechungen doch nicht ganz von der Hand. Cambon führte sie in Berlin und war nicht wenig erstaunt, daß Deutschland so geringe Forderungen erhebe. Um so besorgter war Muley Hafid; im Januar 1909 stellte er an Deutschland eine Art Ultimatum: er wolle wissen, ob er in Zukunft auf tatkräftige Hilfe rechnen könne, sonst müsse er sich mit Frankreich arrangieren [20]).

[18]) v. d. Lancken, 6. Juli 1908 (über eine Unterredung mit Tardieu).

[19]) Fürst Radolin, 28. Dezember 1908 und 9. Januar 1909.

[20]) Rosen, 17. Januar 1909.

Auf beständiges direktes Drängen des Kaisers machte Deutschland jetzt den Franzosen den Vorschlag, ihre politische Vorzugsstellung in Marokko ausdrücklich anzuerkennen, falls sie nochmals die Integrität und Unabhängigkeit des scherifischen Reiches und die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen zu respektieren versprächen. Unsere diplomatischen Vertreter fanden unsere Forderungen zu gering. Fürst Radolin war dafür, wenigstens eine Beteiligung an der Finanzkontrolle und einen prozentualen Anteil an den Staatslieferungen zu verlangen [21]). Aber es war inzwischen in Berlin schon alles mit Cambon abgemacht, und am 7. Februar traf die Zustimmung der französischen Regierung dort ein; am 9. wurde der Vertrag unterzeichnet und sofort veröffentlicht.

[21]) Fürst Radolin, 5. Februar 1909.

Wie der deutsche Botschafter richtig beobachtet hatte, war man in Paris höchst erstaunt über das plötzliche und unerwartete deutsche Zugeständnis. Man fragte sich, was Bülow bezwecke; wolle er etwa England ein engeres Einvernehmen mit Frankreich

vorspiegeln, um Zugeständnisse in der Frage der Bagdadbahn zu erlangen? Wolle er Frankreich das Gefühl geben, es bedürfe der Entente nicht mehr? Auf die besorgten Anfragen der Russen antwortete der kluge Paul Cambon: Marokko sei ja nur eine kleine Nebenfrage; die Ursachen für die Unmöglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung lägen tiefer und seien durch Dokumente nicht zu beseitigen [22]).

[22]) Graf Benckendorff, 10. Februar. Siebert 408 f. (über eine Unterredung mit P. Cambon).

In Wahrheit hatten die Franzosen diesen leichten und unerwarteten Erfolg dem Kaiser zu verdanken, der die Liquidation der bisherigen Marokkopolitik erstrebte und jetzt, wo man mit Frankreich und England gemeinsam den Frieden im Orient zu erhalten bemüht war, den Zeitpunkt für besonders geeignet hielt. Er drängte zuletzt noch besonders auf schnellen Abschluß, da am 9. Februar König Eduard in Berlin erwartet wurde, und es nicht scheinen sollte, als habe dieser etwa einen Druck auf Deutschland ausgeübt [23]). Man glaubte später in Berlin, daß die französische Regierung im kritischen Moment in Petersburg zum Frieden geraten habe, und der Kaiser schrieb damals: „Man sieht daraus, wie klug es von uns war, uns mit Gallien über Marokko zu verständigen [24])."

[23]) Bemerkung des Kaisers zu Pourtales Bericht vom 24. Januar 1909. Bülow an den Kaiser, 7. Februar.

[21]) Bemerkung des Kaisers zu Bülows Bericht vom 22. Februar 1909.

In London und Wien äußerte man lebhafte Befriedigung über den Vertrag, der wenigstens an einer Stelle der Welt die Reibungsmöglichkeiten zu vermindern schien. König Eduard und seine Minister nahmen von ihrem Besuche in Berlin den Eindruck mit, daß Deutschland keinen Krieg wolle und bereit sei, „nach Maßgabe seiner Kräfte der Sache des Friedens zu dienen". Grey meinte gegenüber dem russischen Botschafter, das Gefühl der Isolierung werde nun hoffentlich in Deutschland schwinden. Der Krieg würde nur in zwei Fällen unvermeidlich gewesen sein: Wenn Deutschland wirklich isoliert wäre, oder wenn es die Hegemonie in Europa erlangt hätte [25]).

[25]) Siebert, S. 718—727.

In der Tat suchte man den Vertrag in Berlin aufs loyalste auszuführen, wies die lokalen Vertreter zu friedlicher Zusammenarbeit mit den Franzosen an, verbot dem Konsul in Fez, Muley Hafid weiter den Rücken zu stärken, bereitete einem erneuten militärischen Eingreifen Frankreichs im Sommer 1909 keine Schwierigkeiten, unterstützte die Franzosen gegen spanische Entschädigungsforderungen, ja man lehnte Muley Hafids Angebot einer Kohlenstation im Dezember ab und teilte dies nach Paris mit. Minister Pichon erkannte mehrmals öffentlich das loyale Verhalten Deutschlands an, das auf die gegenseitigen Beziehungen erfreulich ein wirke [26]). Im Anfang des Jahres 1910 kam es noch einmal zu kleinen Reibungen, die aber unschwer ausgeglichen wurden.

[26]) Erlaß an Rosen, 17. Mai. Fürst Radolin, 23. November. Rosen, 12. Dezember. Aufzeichnung Schöns, 14. Dezember. Fürst Radolin, 15. und 27. Dezember 1909.

* * *

Gleichzeitig suchte Bülow auch mit England wieder nähere Fühlung zu gewinnen. Man hatte während des Winters gemeinsam und eifrig an der Erhaltung des Friedens gearbeitet, die Balkankrise überwinden helfen. Sollte da nicht auch in anderen Fragen ein ehrliches Zusammenwirken möglich sein? Da Metternich immer wieder betonte, die Flotten frage sei das einzige Hindernis, so beschloß Bülow, darauf noch einmal zurückzukommen.

Im April traf er mit dem nach Korfu reisenden Kaiser in Venedig zusammen. Hier gab Wilhelm II. nochmals seine prinzipielle Zustimmung, daß ein Flottenabkommen geschlossen werden dürfe. Die deutsche Flotte, sagte er, habe stets nur zur Verteidigung dienen sollen; einen Zusammenstoß mit England werde er für ein Unglück halten, und ein Wettrüsten wolle er nicht. Wenn freilich die Regierung und Presse Englands mit Drohungen arbeiteten, werde ein Nachgeben unmöglich sein. Sonst aber könne abgemacht werden, daß das bisherige Stärkeverhältnis erhalten bleiben solle. Gemäß dem Anträge des Kanzlers knüpfte der Kaiser daran die weitere Bedingung, daß England sich gleich zeitig zu einem allgemeinen politischen Abkommen bereitfinden lasse [27]).

[27]) Schön an Bülow, 5. April. Aufzeichnung v. Flotows über eine Unterredung mit dem Kaiser, 17. AprIL Bülow an Metternich, 20. April.

Gleich nach seiner Rückkehr ließ Bülow eine ganze Reihe von Entwürfen für Verträge mit England ausarbeiten, in deren Rahmen sich ein Flottenabkommen etwa einfügen ließe. In erster Linie stand ein allgemeines Verteidigungsbündnis. Beide Mächte sollten verpflichtet sein, sich gegenseitig mit gesamter Macht gegen jeden unprovozierten Angriff beizustehen. Falls eine von ihnen durch anderweitige Bündnisverträge sich zu kriegerischem Vorgehen gezwungen sehen sollte, hätte die andere wohlwollende Neutralität zu bewahren. Für den Fall, daß ein solches Bündnis nicht erreichbar sei, wollte man sich mit einem Neutralitätsabkommen begnügen; auch dafür wurde ein Entwurf aufgestellt. Gelinge auch das nicht, so war noch eine dritte Möglichkeit vorgesehen, nämlich der Abschluß einer „Entente“; hierbei sollten beide Mächte einander nur im allgemeinen Freundschaft versprechen und sich zusagen, daß sie bei einer Bedrohung ihres Besitzstandes in Beratung treten würden über die zur Sicherung desselben erforderlichen Maßregeln. Neben dem politischen Vertrag in einer dieser drei Formen waren ein Handelsabkommen, ein Kolonialabkommen und ein Flottenabkommen, endlich Spezialverträge über die Bagdadbahn, die noch offenen Streitfragen über das ägyptische Fremdenrecht und eventuell über das Seebeuterecht in Aussicht genommen. In ihrer Gesamtheit bedeuteten diese Vorschläge einen wohlvorbereiteten Plan zu dauernder Begleichung aller Differenzen als Grundlage gemeinsamer politischer Gesamthaltung beider Staaten [28]). Es war ungefähr das, was England 1898 und 1901 gewünscht hatte; damals hatte man sich in Berlin zur Aufstellung genauerer Vorschläge nicht verstehen können, bevor nicht England prinzipiell die Einbeziehung Österreich-Ungarns zugestanden habe. Davon war jetzt keine Rede mehr. Neu war nur das Flottenabkommen. Vielleicht wären die Engländer wenigstens auf die mildeste Formulierung der politischen Entente eingegangen, wenn wir im August 1908 solche Vorschläge gemacht hätten, anstatt jede Erörterung zurückzuweisen. Würden sie auch jetzt, nach der Abweisung durch den Kaiser in Homburg, nach der Einbringung des englischen Budgets, noch dazu bereit sein?

[28]) Undatierte Entwürfe zu allen diesen Verträgen (Anfang Mai 1909).

Da Metternich auf Urlaub war, wurde Legationsrat v. Stumm, dem diese Entwürfe bekannt waren, mit einer vorläufigen

allgemeinen Sondierung des Terrains in London beauftragt. Er suchte Hardinge und Grey auf und sprach ausführlich mit beiden. Er fand bei dem ersteren eine freundlichere Stimmung als bei dem letzteren. Er streckte seine Fühler sehr vorsichtig aus, indem er von dem in England gegen uns herrschenden Mißtrauen anfing, um, wenn die englischen Minister dann, wie sich ja erwarten ließ, das Wettrüsten als Ursache bezeichneten, seinerseits durchblicken zu lassen, daß in Deutschland jetzt die Stimmung für ein Flottenabkommen günstiger sei als im Vorjahre. Im Laufe der Unterhaltung ließ er dann weiter einfließen, daß eine Flottenverständigung nur dann Wert habe, wenn eine allgemeine politische Annäherung erfolge. Hier aber fand er nicht das erwartete freundliche Echo. Grey insbesondere meinte, Europa sei nun einmal in zwei Lager geteilt, und es werde schwer sein, alle Mächte in einem Lager zu vereinigen. Zurzeit werde sich wohl wenig weiter tun lassen, als daß man sich über alle auftauchenden Fragen möglichst offen ausspreche.

Unter diesen Umständen fand es Herr v. Stumm nicht angezeigt, über die Einzelheiten des geplanten Abkommens etwas verlauten zu lassen. Sein Gesamteindruck war, daß England sich nur schwer entschließen werde, durch Anbahnung engerer Beziehungen zu uns sein Verhältnis zu Frankreich und Rußland zu gefährden. Weitergehendes Entgegenkommen sei jedenfalls nur dann zu erwarten, wenn wir in der Flottenfrage so erhebliche Konzessionen machten, daß in der öffentlichen Meinung Englands wirkliche Beruhigung ein trete [29]).

[29]) Bericht v. Stumms über seine Londoner Reise, 7. Mai 1909.

Bülow hatte also zu erwägen, ob er so erhebliche Angebote werde machen können. Er wußte, daß es dabei wesentlich auf Tirpitz ankommen werde. Schon Anfang April hatte er den Admiral nochmals gebeten, den äußersten Punkt zu bezeichnen, bis zu dem er glaube gehen zu können. Er hatte zugleich darauf hingewiesen, daß die bisherigen Vorschläge geeignet seien, in England falsche Vorstellungen über unsere Absichten zu erwecken, daher die Kriegsgefahr zu erhöhen und eine Verständigung auf absehbare Zeit unmöglich zu machen. „Ich müßte in diesem Falle E. E. allein die Verantwortung vor S. M., dem Lande und der Geschichte überlassen, wenn die Folgen unerwünschte und ernste sein sollten [30])!“ Da dieser Appell nicht die gewünschte Wirkung gehabt hatte, lud der Reichskanzler am 3. Juni Herrn v. Tirpitz, den Admiral v. Müller, den Chef des Generalstabs, v. Moltke, den Staatssekretär v. Schön, den aus

London herbeizitierten Botschafter Grafen Metternich und den Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg zu einer Besprechung der Frage ein. Tirpitz ging zwar auf eine Diskussion ein, war aber entschlossen, kein Abkommen zuzulassen, das ihn gezwungen hätte, an dem einmal aufgestellten Rüstungsplan etwas zu ändern. Er meinte, man möge doch die Engländer ihre Angebote machen lassen. Jede erhebliche Verlangsamung des Bautempos werde das ganze Flottengesetz entwerten. Der Chef des Generalstabes kam dem Kanzler zu Hilfe. Herr v. Moltke trat dringend für eine Verständigung mit England ein, da für uns keine Chance zu erfolgreicher Kriegführung gegen das Inselreich vorhanden sei. Allerdings, meinte er, sei nicht zu verkennen, daß es auch zum Kriege führen könne, wenn eine Flottenverständigung versucht werde, aber scheitere. Das einzige, was Tirpitz zugestehen wollte, war eine Festlegung künftiger Neubauten im Verhältnis 3: 4. Aber auch das dürfe nicht von uns angeboten werden. Eine genauere Formulierung, um die Bülow ihn ersuchte, lehnte er ab; dazu sei es noch nicht Zeit; sie sei aber vorzubereiten für den Fall, daß England den ersten Schritt tue.

[30]) Bülow an Tirpitz, 13. April 1909 (bei Tirpitz nicht mit ab gedruckt, festgestellt nach eingehender Beratung mit Schön).

Graf Metternich faßte seinen Eindruck über das Verhalten des Admirals dahin zusammen, daß sein Zugeständnis des Verhältnisses von 3: 4 nur mit einer revervatio mentalis gemacht sei, da es mit der von ihm fortwährend betonten Aufrechterhaltung des gesetzlich festgelegten Bauprogrammes nicht vereinbar sei. Es sei tief zu bedauern, daß Tirpitz über seine Erweiterungspläne nicht volle Klarheit gegeben habe, bevor er selbst zu der Erklärung in London ermächtigt worden sei, daß man über den früher gesteckten Rahmen nicht hinauszugehen gedenke. Dadurch sei unsere Glaubwürdigkeit erschüttert worden. Er sprach den Wunsch aus, nicht mit irgendwelchen weiteren Mitteilungen beauftragt zu werden, die in England Hoffnungen erwecken könnten, die sich später nicht erfüllten [31]).

[31]) Protokoll Schöns über die Sitzung vom 3. Juni. Protokoll des Admirals v. Müller bei Tirpitz 157 f. (in Einzelheiten abweichend). Bemerkungen Metternichs dazu, 4. Juni und 29. Juni.

Die Besprechung war ergebnislos verlaufen. Metternich wurde trotzdem einige Wochen später angewiesen, bei vorkommender Gelegenheit anzudeuten, daß wir nicht abgeneigt seien, auf billiger Grundlage über ein Flottenabkommen zu verhandeln,

wenn jede Drohung von der anderen Seite vermieden werde. In ähnlichem Sinne sprach Herr v. Schön mit dem englischen Botschafter32). Tirpitz aber ersuchte den Staatssekretär dringend, keinerlei Mitteilung nach England zu richten, daß eine weitere Beschleunigung unseres Flottenbaues nicht geplant sei, weil das erfahrungsgemäß nichts nütze und uns nur als Angst ausgelegt werden würde [33]).

[32]) Bülow an Metternich, 23. Juni. Aufzeichnung Schöns, 23. Juni.

[33]) Tirpitz an Schön, 24. Juni.

Wenn auch die geplante Verständigung nicht gelang, so war doch eine Abschwächung des Gegensatzes zwischen Deutschland und England unverkennbar; auch gab man diese Gedanken in Deutschland noch keineswegs auf.

Überhaupt hatte man in Berlin nach dem Siege in der bosnischen Frage und der Marokkoverständigung das Gefühl, daß die Gesamtlage sich für Deutschland erheblich gebessert habe, und daß für absehbare Zeit nichts Ernstes zu fürchten sei. Rußland zeigte deutliche Neigung zur Annäherung, mochte sie auch nur dem Wunsche entspringen, Österreich mit deutscher Hilfe von weiterem Vorgehen am Balkan zurückzuhalten, solange es selbst nicht gerüstet sei. Iswolski entwarf damals sogar einen Vertrag, wonach Deutschland sieh verpflichten sollte, den casus foederis nicht als gegeben zu betrachten, wenn Österreich über seinen augenblicklichen Besitzstand hinausgreife und dadurch in Konflikt mit Rußland gerate; dafür wollte er Neutralität im Falle eines englischen Angriffs auf Deutschland zusagen. Der Entwurf gelangte nicht zur offiziellen Verhandlung, da sondierende Besprechungen mit dem deutschen Botschafter ergaben, daß er keine Aussicht auf Annahme habe, namentlich deshalb, weil Deutschland Serbien als in der österreichischen Einflußsphäre gelegen ansah [34]). Aber als Symptom des russischen Friedensund Annäherungsbedürfnisses konnten diese Versuche zweifellos gelten. Gelegentlich einer Zusammenkunft der Herrscher in den finnischen Schären (Anfang Juni) versprach der Zar, auf seinen bevorstehenden Reisen nach Frankreich und England nichts zu sagen oder zu tun, was eine Spitze gegen Deutschland haben könne, während Herr v. Schön Iswolski versicherte, wir würden die Österreicher nicht zu weiteren Unternehmungen am Balkan ermutigen [35]).

[34]) Russischer Entwurf vom 17. Mai 1909 in den Dokumenten aus den Russischen Geheimarchiven, S. 21. Pourtales, 22. Mai, über eine

Unterredung mit Tscharykow. Bülow an Graf Pourtales, 25. Mai. Pourtales, 2., 3. und 11. Juni. Tschirschky, 18. Juni.

[35]) Rundschreiben, 18. Juni. Schön an das Auswärtige Amt, 19. Juni. Pourtales, 26. Juni.

Man glaubte daher die Entente als stark erschüttert betrachten zu können und hoffte auf ein besseres Verhältnis zu England. Der Druck der Einkreisung schien zu schwinden, und Bülow atmete erleichtert auf. Wir hätten seit 20 Jahren in der Welt nicht so geachtet und gefürchtet dagestanden wie jetzt, sagte er in der schon erwähnten Besprechung vom 3. Juni.

Gerade diese Entspannung der äußeren Lage hat es dem Kaiser wohl als unbedenklich erscheinen lassen, einen Wechsel in der Person des Reichskanzlers eintreten zu lassen. Er war sicherlich seit der „Daily-Telegraph“-Affäre entschlossen, sich vom Fürsten Bülow zu trennen, sobald es gehe. Als nun der Kanzler in den Kämpfen um die Finanzreform die Mehrheit im Parlament verlor, auf die er sich bisher hatte stützen können, und um seine Entlassung bat, wurde sie angenommen (14. Juli 1909).

Fürst Bülow hatte über ein Jahrzehnt die deutsche Politik geleitet und das Reich in die verhängnisvolle Isolierung hineingesteuert, die das Ergebnis der beiden Ententen war. Er war immer in erster Linie der feingebildete Weltmann, der auch die großen Dinge gern etwas cavalierement behandelte; ihm fehlte der tiefe Ernst und das vollständige und leidenschaftliche Auf gehen in den Interessen des Landes und Volkes, ohne die kein großer Staatsmann denkbar ist. Gewandt in der Verhandlung mit fremden Diplomaten und heimischen Parteiführern, geschickt in der Behandlung des Kaisers, dessen Eitelkeit er schmeichelte, während er ihm zuweilen wichtige Dinge verbarg, wenn er unerwünschte Entscheidungen fürchtete, hatte er sich lange an der Spitze zu behaupten verstanden. Aber ihm fehlte doch der Blick für die großen Zusammenhänge, in die unser Schicksal nun einmal verflochten war, für die großen Linien des Weltgeschehens. Er hatte unter dem Einfluß Holsteins das englische Bündnis zu schließen versäumt und die Verständigung mit Frankreich von der Hand gewiesen, er hatte durch die zweideutige und eigensinnige Marokkopolitik die Westmächte näher zueinander getrieben; er hatte die utopische Kontinentalpolitik des Kaisers mitgemacht, sich schließlich für den verhängnisvollen Grundsatz der unbedingten Vertretung von Österreichs Orientpolitik gewinnen lassen, und als ihm Bedenken

gegen die von Tirpitz inspirierte Flottenpolitik des Kaisers aufstiegen, diese nicht mit voller Energie geltend gemacht. Die Politik der versäumten Gelegenheiten, für die er vor der Welt die Verantwortung trägt, hatte Deutschland in eine Lage gebracht, deren Schwierigkeit er schon gelegentlich empfand, aber noch nicht in vollem Maße erkannte. Scheinbar hinterließ er das Reich in gesicherter Stellung, in Wahrheit in einer höchst gefahrvollen Lage, deren Überwindung die größte Vorsicht, Geschicklichkeit und Tatkraft erfordert hätte.

Sein Nachfolger wurde Herr v. Bethmann Hollweg, der ganz in der inneren Verwaltung groß geworden und zuletzt Staatssekretär des Inneren gewesen war. Er war ein Mann von natürlicher Klugheit, ehrlichem Willen und großer Pflichttreue, aber auch von einem schwerblütigen, oft pedantischen Ernst. Dazu fehlte es ihm an diplomatischer Erfahrung und, was schlimmer war, auch an wirklich staatsmännischer Begabung, an der Sicherheit des Willens und der Kraft des Entschlusses, die einer im Laufe der Jahre sehr selbstbewußt und anspruchsvoll gewordenen öffentlichen Meinung und einem vom höchsten Selbstgefühl erfüllten, aber innerlich doch recht haltlosen Herrscher gegenüber vor allen Dingen nötig gewesen wäre.

[36]) Aufzeichnung Bethmanns über seinen Vortrag beim Kaiser, 13. August 1909.

In seinen Erinnerungen schildert Herr v. Bethmann die Lage, in der er die Leitung übernahm. Deutschland sah sich einem geschlossenen Konzern der drei Ententemächte gegenüber, die auch Italien zu gewinnen strebten. England hielt an der Entente fest, obwohl es den deutschfeindlichen Charakter der französischen und russischen Politik kennen mußte, vielleicht in der Hoffnung, diese Tendenzen nach den Bedürfnissen der eigenen Politik lenken und im Zaume halten zu können. Ich lasse dahingestellt, wieviel davon ihm erst durch den späteren Verlauf der Dinge so klar geworden ist, wieviel er schon damals erkannte. Jedenfalls faßte er die Lage skeptischer auf als sein Vorgänger und sah es als seine nächsten Aufgaben an, die Annäherung an England mit größtem Ernst zu betreiben und die gefahrdrohende Abhängigkeit Deutschlands von Österreichs unberechenbarer und im Grunde zielloser Orientpolitik zu lösen.

Auf dem schon früher benutzten inoffiziellen Wege über Ballin und Sir Ernest Cassel wurden neue Verhandlungen mit London eingeleitet, die eine Verständigung als möglich erscheinen ließen.

Von englischer Seite wurde eine vertrauliche Besprechung von Marinesachverständigen aus beiden Lagern angeregt, die vielleicht zu einem praktischen Ergebnis hätten führen können [37]). Aber Bethmann Hollweg zog es vor, die Sache sofort in amtliche Behandlung zu nehmen. Am 13. August beantragte er beim Kaiser die Aufnahme des offiziellen Meinungsaustausches. Auf den Abschluß besonderer Verträge über die Kolonien und die Bagdadbahn wollte er zunächst verzichten, auch Bündnis und Neutralitätsabkommen fallen lassen, nur eine Flottenverständigung sollte angeboten werden unter der Bedingung, daß England seine Gesamtpolitik in deutschfreundlicher Richtung orientiere und uns die Sicherheit gewähre, daß seine Verträge mit anderen Staaten keine geheime Spitze gegen Deutschland hätten. Es war ihm gelungen [38]), das Einverständnis des Admirals v. Tirpitz zu einem Vorschläge zu gewinnen, wonach die deutschen Neubauten für 1910 von vier auf drei, für 1911 von vier auf zwei Großkampfschiffe herabgesetzt werden sollten, wenn England sich verpflichte, 1910 nur vier, 1911 nur drei zu bauen, und wenn von 1912 an Deutschland zwei, England drei dieser Fahrzeuge jährlich herstelle. Deutschland würde dann von 1910 bis 1914 elf Großkampf schiffe anstatt vierzehn bauen, England aber sechzehn, was ein Verhältnis von 1:1,45 ergebe. Bald darauf schlug Tirpitz noch eine andere Formulierung vor, wonach von 1910 bis 1913 England je drei Schiffe jährlich bauen sollte (einschließlich der Schiffe seiner Kolonien), Deutschland aber zwei, was ein Verhältnis der Neubauten von 3:2 bedeutet hätte. Von 1914 an sollte dann für Deutschland wieder das Bautempo [39]) von drei Schiffen jährlich eintreten. Der Kaiser ging im Gegensatz zu seiner früheren Haltung eifrig und optimistisch auf diesen Vorschlag ein. England, meinte er, müsse ihn annehmen, und eine große moralische Stärkung unserer Stellung im europäischen Konzert werde daraus hervorgehen.

[37]) S. Huldermann, Ballin, S. 216 f.

[38]) In einer Unterredung vom 11. August, s. Tirpitz 165.

[39]) Tirpitz an Bethmann, 1. Sept. (Tirpitz 165 f). Später (4. November) veränderte Tirpitz seinen Vorschlag noch einmal, indem er anregte, 1910 solle England vier, Deutschland drei Schiffe bauen, von 1911 bis 1914 England je drei, Deutschland je zwei jährlich, so daß die Zuwachsrate von 1910 bis 1914 für England 16, für Deutschland 11 Schiffe betragen würde (a. a. 0. 169).

Der englische Botschafter wurde entsprechend informiert und zugleich gebeten, auf strenge Geheimhaltung der Verhandlungen bis zu ihrem Abschluß hinzuwirken. Grey nahm die Anregung freundlich auf und meinte, eine politische Formel, die mit den bestehenden Verträgen vereinbar sei, werde sich wohl finden lassen [40]).

[40]) Aufzeichnung Bethmanns über seine Unterredung mit Goschen, 15. August. Metternich, 1. September. Mitteilung Goschens, 2. September.

Indessen zeigte sich bald, daß die Bereitwilligkeit auf Seiten unseres Admiralstabes nicht so groß war, wie Herr v. Bethmann angenommen hatte. Schon daß Herr v. Tirpitz die Einrechnung der von den britischen Dominions zu bauenden Schiffe in die englische Gesamtzahl forderte, mußte die Schwierigkeiten erhöhen. Indessen hätte er auf diese Forderung nach seiner eigenen Angabe schließlich verzichtet [41]). Der Hauptpunkt blieb aber stets das unverbrüchliche Festhalten an den Bestimmungen des Flottengesetzes von 1907. Wie damit eine Verminderung unserer Neubauten, auf die es England ankam, vereinbar sein sollte, blieb stets unklar. Die eigentlichen Absichten und Gedanken des Admirals sind auch aus seinen neuesten Veröffentlichungen noch nicht mit voller Klarheit erkennbar. Wahrscheinlich ging er doch nur deshalb auf die Wünsche des Reichskanzlers ein, um nicht von vornherein das Odium auf sich zu laden, als hindere er die politische Verständigung mit England. Höchst sonderbar war es auch, daß er nach eigenem Geständnis Bedenken trug, dem Auswärtigen Amt offen zu sagen, wie weit er in seinen Zugeständnissen schließlich gehen wolle, da er gefürchtet habe, man werde dies sofort den Engländern mitteilen, anstatt erst weniger anzubieten und sich erst während der Verhandlungen bis zu dem in Aussicht genommenen Punkte treiben zu lassen [42]). Sein besonderer Zorn galt dem Grafen Metternich, den er als prinzipiellen Gegner einer starken deutschen Flotte betrachtete, und dessen Entfernung aus London er schon damals anregte.

[41]) Tirpitz an Bethmann, 3. September. Bethmann an Tirpitz, 16. September. Vgl. Tirpitz S. 169 Anm. 1.

[42]) Tirpitz 119 Anm. 1.

In den Besprechungen mit den englischen Staatsmännern kam man über allgemeine Wendungen nicht recht hinaus, da Bethmann bestimmte Vorschläge weder für die

Flottenbeschränkung noch für das politische Abkommen machen wollte, bevor nicht wenigstens Englands prinzipielle Bereitwilligkeit festgestellt sei, gegen Zugeständnisse im Flottenbau überhaupt ein greifbare Verpflichtungen enthaltendes politisches Abkommen zu schließen. Für das letztere erwog man in Berlin immer neue komplizierte Formulierungen, die alle für uns denkbaren Fälle decken sollten. Dabei war sich Bethmann durchaus klar darüber, daß keine noch so raffiniert erdachte Vertragsbestimmung im Ernstfall Sicherheit gewähre, sondern daß es lediglich auf die Gesamtstimmung beider Völker gegeneinander ankomme. Aber auch er hätte offenbar sein Gewissen nicht beruhigt gefühlt, wenn er sich nicht wenigstens auf dem Papier alle denkbaren Garantien verschafft hätte. Auch glaubte er, ohne solche Festlegungen das Flottenabkommen der öffentlichen Meinung nicht mundgerecht machen zu können.

Die Engländer ihrerseits zeigten sich stets erfreut über Deutschlands Bereitwilligkeit zu einer Einschränkung des Flottenbaues, baten aber um nähere Angaben, ohne die sie sich kein Urteil bilden und keine politische Verständigung zusagen könnten. Ihr Interesse nahm stets erheblich ab, wenn sie hörten, der bereits gesetzlich bis 1917 festgelegte Bauplan könne gar nicht oder nur unbedeutend geändert werden. Auch zeigten sie sehr geringe Neigung zu einem politischen Vertrag, der über ganz allgemeine Versicherungen, daß man den anderen Teil nicht ohne Ursache angreifen oder einen solchen Angriff befördern wolle, irgendwie hinausging. Sie sagten immer, die älteren Bündnispflichten dürften nicht verletzt werden; man könne Deutschland nicht mehr versprechen als Frankreich und Rußland, mit denen man Verträge nur über frühere Streitpunkte, aber nicht über die allgemeine politische Haltung habe. Auch die öffentliche Meinung würde eine politische Verständigung ohne Flottenabkommen nicht gutgeheißen haben. Es scheint zweifellos, daß Grey einem bindenden Vertrag mit Deutschland überhaupt widerstrebte und ihn, wenn es dazu kommen sollte, möglichst inhaltlos zu gestalten entschlossen war. Mehrfach stockten die Verhandlungen, wenn die schweren Verfassungskämpfe das Interesse der englischen Minister völlig absorbierten. Immer wurden sie auf Deutschlands Wunsch wieder aufgenommen, und niemals führten sie zum Ziel [43]). Der einzige greifbare Vorschlag ging von England aus; er bezweckte die bereits früher erwogenen regelmäßigen gegenseitigen Mitteilungen der Marine-Attaches über den Stand der Neubauten und die gegenseitige Besichtigung der Werften wirklich einzuführen, um so das Mißtrauen der Engländer zu beseitigen, als baue Deutschland in Wirklichkeit

noch mehr Schiffe, als es offiziell zugebe. Bei uns ging man nur zögernd und ungern auf Besprechungen über diesen Punkt ein.

[43]) Aufzeichnung Bethmanns über seine Unterredung mit Goschen, 14. Oktober 1909. Gedr. bei Jäckh, Kiderlen-Wächter 2, 59. Bethmann an Metternich, 27. Oktober. Metternich an Bethmann, 28. Oktober. Entwurf eines Neutralitätsabkommens und deutsche Note, 28. Oktober. Unterredung Bethmanns und Schöns mit Goschen, 4. November (a. a. 0. 2, 69). Bethmann an Metternich, 10. und 15. November. Metternich, 30. Dezember. Englisches Memorandum, 15. Januar 1910. Bethmann an Metternich, 1. Februar. Metternich, 3., 4., 10. Februar. Kühlmann, 31. März.

Was Österreich betraf, so gab Herr v. Bethmann wohl die Parole aus, wir dürften uns nicht wieder ungefragt in die Mitverantwortung für weittragende Aktionen der Hofburg verwickeln lassen; ob er imstande sein werde, dies wirklich zu verhindern, mußte erst die Erfahrung zeigen.

Die Lage im Orient wurde dadurch immer gefährlicher, daß Rußland offen danach strebte, die Balkanstaaten zu einem festen Block unter seiner Führung zusammenzuschließen, um sie gegen weitere finstere Pläne Aehrenthals zu schützen. Das größte Hindernis bildeten die miteinander unvereinbaren Ansprüche Serbiens und Bulgariens auf den größten Teil von Mazedonien. Rußland befolgte zu ihrer Ausgleichung die für den künftigen Frieden äußerst gefahrdrohende Methode, die Serben auf den künftigen Zerfall der Donaumonarchie zu vertrösten. Dann werde ihnen Bosnien und die Herzegowina, Dalmatien und vielleicht noch mehr zufallen, und sie könnten dafür den Bulgaren in Mazedonien den Löwenanteil überlassen. In der Tat war dies die einzige Möglichkeit, die Interessen Serbiens und Bulgariens auszugleichen, und sie ging, wie man sieht, auf Kosten des Donaustaates. Bulgarien verhielt sich zunächst sehr spröde. König Ferdinand glaubte offenbar nicht an einen nahe bevorstehenden Zerfall der Habsburgischen Monarchie und wußte, daß er Serbien zum Feinde haben werde, solange es nicht auf Österreichs Kosten befriedigt werden konnte. Im August 1909 drang das Gerücht nach Petersburg, daß Bulgarien einen engeren Anschluß an Österreich erstrebe, und veranlaßte den Zaren, eine scharfe Warnung nach Sofia zu richten [44]). In Wahrheit dachte König Ferdinand auch hieran nicht, sondern wollte sich völlig freie Hand vorbehalten. Indessen war man in Petersburg nicht gewillt, ihm das zu gestatten. Da Rußland durch sein Eintreten für Bulgarien während der Krise von 1908 einen starken Einfluß im Lande erlangt hatte, und da der stets geldbedürftige Koburger auch

persönlich auf gelegentliche Vorschüsse aus der großen Kasse des Zaren angewiesen war, so mußte er sich im Dezember 1909 zum Abschluß einer Militärkonvention mit Rußland verstehen, die strenges Geheimnis bleiben sollte. Er mußte sich verpflichten, bei jedem Zusammenstoß Rußlands mit Deutschland, Österreich, Rumänien oder der Türkei, ganz gleich, auf wessen Seite die Initiative gelegen habe, auf Verlangen des Zaren seine gesamte Armee zu mobilisieren und sie nach einem vorher festzustellenden. Plane unter russischem Oberbefehl mitwirken lassen. Dagegen versprach Rußland nur zu helfen, wenn Bulgarien ohne eine Provokation seinerseits angegriffen werde. Im fünften Artikel war ausdrücklich gesagt, die Verwirklichung der Ideale der slavischen Völker auf der Balkanhalbinsel sei nur nach einem günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich möglich [45]).

[44]) Siebert, S. 142.

[45]) Boghitschewitsch, S. 115 f. Dokumente aus den Russischen Geheimarchiven 27 f.

Mit größter Sorge beobachtete man diese Annäherung zwischen Petersburg und Sofia in Bukarest, weil man dort bei einer Aufteilung des türkischen Gebiets vollständig leer auszugehen fürchtete. König Karl war schon seit längerer Zeit entschlossen, für den Fall einer erheblichen Vergrößerung Bulgariens eine Kompensation auf dessen Kosten zu beanspruchen, die womöglich bis zu der Linie Silistria—Warna gehen sollte- Nur darüber war er im Zweifel, ob er diesen Anspruch beim Beginn eines Krieges sofort anmelden oder erst dessen Verlauf abwarten solle. Deutschland und Österreich, die mit Rumänien verbündet waren, aber im entscheidenden Augenblick auch Bulgarien auf ihre Seite zu ziehen hofften, sahen diese Pläne König Karls sehr ungern und rieten ihm, im Fall eines Balkankrieges gar nicht einzugreifen, sondern seine Kompensationswünsche später einem Kongreß der europäischen Mächte vorzutragen. Da man sich in Rumänien sagen mußte, daß man dann wohl gar nichts oder wenig bekommen werde, war man mit dieser Haltung der Verbündeten sehr unzufrieden, um so mehr, da von österreichischer Seite die Ratschläge in einem recht schroffen Tone erteilt wurden. Von Petersburg aus versäumte man nicht, auch den Rumänen den Köder einer künftigen Vergrößerung auf Kosten Österreich-Ungarns hinzuhalten, und fand für diese Lockungen allmählich bei einem großen Teil der rumänischen Politiker einen günstigen Boden. Der deutsche

Kaiser, dem die Gewinnung Bulgariens immer als recht unsicher erschien, riet schon im November 1909, die Österreicher darauf hinzuweisen, sie möchten sich durch feste Abmachungen mit der Türkei und Rumänien ein starkes Gegengewicht gegen den im Entstehen begriffenen russischen Balkanbund schaffen [46]).

[46]) Kiderlen, 28. August, 24. und 30. Oktober 1909. Tschirschky, 6. September. Romberg, 28. Oktober. Immediatbericht Bethmanns, 8. November, mit Bemerkung des Kaisers.

Aber auch die Interessen Italiens mußten auf der Balkanhalbinsel berücksichtigt werden. Die russische Politik machte den Versuch, Italien ganz zu sich und den Balkanstaaten herüberzuziehen, um Österreich hier völlig zu isolieren. Diesem Zwecke diente der Besuch des Zaren bei König Viktor Emanuel in Racconigi (28. bis 25. Oktober 1909) [47]). Schon die Art der Inszenierung war charakteristisch; der Zar machte einen weiten Umweg, um kein österreichisches Gebiet berühren zu müssen. In Berlin und Wien betrachtete man die Reise nicht ohne Besorgnis. Bethmann und Aehrenthal waren übereingekommen, die italienische Regierung durch ein festes Abkommen mit Österreich vor der geplanten Zusammenkunft zu binden. Der Wortlaut war bereits Mitte Oktober festgestellt. Zunächst war vorgesehen, daß Italien vorher befragt und durch Kompensationen entschädigt werden solle, falls Österreich sich durch die Ereignisse zur vorübergehenden oder dauernden Okkupation des Sandschak Novibazar gezwungen sehen sollte. Ferner aber sollten sich beide Mächte verpflichten, mit keiner dritten eine Abmachung über Balkanfragen zu treffen, ohne daß die andere auf dem Fuße völliger Gleichheit daran teilnehme. Endlich sollte jeder Teil dem anderen Mitteilung machen, wenn von dritter Seite Vorschläge an ihn gelangten, die gegen das Prinzip der Nichteinmischung verstießen oder eine Änderung des bestehenden Zustandes am Balkan, an den Küsten und Inseln des türkischen Reiches, am Adriatischen und Ägäischen Meere bezweckten. Diese Abrede sollte in Kraft bleiben, solange der Dreibund bestehe. Durch das Verlangen nach der Änderung weniger Worte verzögerte Österreich indessen die Ratifikation so lange, daß sie nicht mehr vor der Zusammenkunft von Racconigi erfolgen konnte [48]).

[47]) Vgl. darüber die Aktenstücke bei Siebert 143 f., 121, 459, 702. Ferner Tschirschky, 30. Oktober. Immediatbericht Bethmanns, 8. November. Aufzeichnung Bethmanns über seine Unterredung mit dem italienischen Botschafter, 14. Dezember.

[48]) Tschirschky, 18. und 30. Oktober.

Hier verabredeten nun die Herrscher von Rußland und Italien folgendes: Auf dem Balkan solle der Status quo möglichst erhalten werden; erweise sich dies als unmöglich^ so würden beide Mächte die Entwicklung der Balkanstaaten auf Grund des Prinzips der Nationalität unter Ausschluß jeder fremden Herrschaft befördern. Der Sinn dieser Verständigung war, daß bei etwaiger Aufteilung der Türkei nur die Balkanstaaten Anteile erhalten sollten, nicht aber Österreich oder Italien selbst. Das teilte man von Petersburg aus den Höfen von London und Paris sowie den Balkanstaaten selbst mit. Auch der italienische Botschafter in Berlin bestätigte diese Auslegung ausdrücklich. Außerdem wurde noch versprochen, daß keine der beiden Mächte ohne Beteiligung der anderen neue vertragsmäßige Verpflichtungen in bezug auf osteuropäische Fragen übernehmen werde. Endlich sagte Italien eine wohlwollende Haltung gegenüber den russischen Bestrebungen in der Meerengenfrage, Rußland gegenüber Italiens Absichten auf Tripolis und die Cyrenaika zu [49]).

[49]) Vgl. den Wortlaut des Vertrages, wie er später von Rußland an Frankreich mitgeteilt wurde, bei F. Stieve, Schriftwechsel Iswolskis 2, 363.

Unzweifelhaft vertrugen sich diese Abmachungen nicht alle mit dem Geist des nahe vor dem Abschluß stehenden Vertrages mit Österreich, in dem Italien unter Umständen den Übergang des Sandschak an den Kaiserstaat zugestand, während er nach dem Sinn der Abmachungen von Racconigi unzulässig war. Aehrenthal erwiderte, als man ihm von Rom die Abrede mitteilte, er betrachte diese Besprechungen nur als Austausch von Gesichtspunkten ohne bindende Kraft, da für den Fall, daß der bestehende Zustand auf der Balkanhalbinsel sich nicht aufrechterhalten lasse, feste Abmachungen, abgesehen von der Zukunft Albaniens, bisher überhaupt nicht getroffen seien. Er wollte sich dadurch, wie er dem deutschen Botschafter sagte, freie Hand wahren; er wolle den Faden zu Italien nicht abreißen lassen, habe aber das Gefühl, daß man auf der anderen Seite nicht aufrichtig sei [50]}. Trotzdem wurde der früher bereits vereinbarte österreichisch-italienische Vertrag am 30. November endgültig unterzeichnet [51]). Von Rußland wurden England und Frankreich eingeladen, sich den in Racconigi getroffenen Vereinbarungen anzuschließen und taten dies auch; eine russische Anregung, auch Deutschland und Österreich dazu aufzufordern, wies Hardinge als „unzeitgemäß und gefährlich“ ab. Dagegen ließ der russische Botschafter in Berlin keinen Zweifel, daß Rußland die europäische Türkei als

eine „unerträgliche Anomalie“ betrachte, und den Zusammenschluß der Balkanstaaten unter seiner Führung wünsche [52]).

[50]) Tschirschky, 30. Oktober.

[51]) Gedruckt bei Pribram 1, 99.

[52]) Immediatbericht Bethmanns, 8. November.

So schuf die Zusammenkunft von Racconigi ein gewisses Einvernehmen über die Zukunft der europäischen Türkei zwischen den Ententemächten und Italien. Das war höchst bedeutsam, weil hierin die erste Einigung der Ententemächte selbst über Fragen des nahen Orients lag, und war zugleich ein weiterer Schritt Italiens vom Dreibund zur Entente hinüber. Freilich hätten die Abmachungen von Racconigi, streng ausgelegt, auch verhindern müssen, daß Rußland seine Hand auf Konstantinopel lege.

* * *

Der Winter verlief im allgemeinen ruhig. Zu Anfang des Jahres 1910 wurden auf Österreichs Anregung die normalen diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Petersburg wieder aufgenommen, die seit der bosnischen Krise gestockt hatten, obwohl sie nicht offiziell abgebrochen waren. Aehrenthal wünschte gleichzeitig eine Erneuerung der alten Abmachungen von 1897 bis 1908. Der russische Botschafter in Paris, Nelidow, riet, darauf einzugehen, damit die Balkanstaaten Zeit für die Festigung ihrer gegenseitigen Beziehungen erhielten, und damit Rußland selbst in den Stand gesetzt werde, „in aller Sicherheit seine militärischen Kräfte auszubilden und sich für Ereignisse vorzubereiten, die nicht vermieden werden können“. Iswolski war ohne Zweifel derselben Meinung. Als die Serben große Angst wegen dieser Annäherung zeigten, deren Opfer sie zu werden fürchteten, tröstete er sie mit der Versicherung, es werde nichts zu ihrem Nachteil vereinbart werden. Ein völliges Zurückgehen auf die früheren Abmachungen lehnte er ab, schlug aber in Wien vor, man möge sich auf folgende drei Grundsätze einigen: 1. Erhaltung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan, solange es möglich sei. 2. Gleichberechtigung aller unter türkischer Herrschaft stehenden Völkerschaften. 3. Unabhängigkeit, Konsolidierung und friedliche Entwicklung der kleineren

Balkanstaaten. Es war also sorgfältig vermieden, die Haltung Rußlands für den Fall irgendwie festzulegen, daß die Erhaltung des bestehenden Zustandes sich als unmöglich erweisen sollte. Aehrenthal ging darauf ein, sprach aber den Wunsch aus, daß bei einem kriegerischen Zusammenstoß zwischen den Balkanstaaten ein Gedankenaustausch stattfinden möge, bevor eine der beiden Mächte irgendwelche Schritte tue. Er wollte dies Abkommen nicht, wie es Iswolski beabsichtigte, allen Großmächten mitgeteilt wissen. In der Tat wurde schließlich nur öffentlich bekanntgegeben, daß eine befriedigende Verständigung über die Balkanfrage zwischen beiden Großmächten erzielt sei. Iswolski aber gab seinerseits die vereinbarten Grundsätze den Großmächten bekannt [53]). In eine schriftliche Festlegung hatte Aehrenthal, wie er dem deutschen Reichskanzler sagte, deshalb nicht einwilligen wollen, weil er für die Zukunft freie Hand behalten wollte. Er hatte das Gefühl, daß Iswolski ihn habe hintergehen wollen; seine wahre Absicht sei, Österreich von Deutschland abzuziehen, um es vollständig zu isolieren [54]). In Berlin war man der Meinung, daß Österreich einer künftigen Aufteilung der Türkei unter die Balkanstaaten in keiner Form zustimmen dürfe, da eine solche Lösung des Problems nur auf seine eigenen Kosten möglich sein werde. Man glaubte hier, daß Österreich, wenn es zu dieser Aufteilung komme, trotz aller Ableugnungen einen Anteil beanspruchen und sein Gebiet nach dem Sandschak hin auszudehnen suchen werde. Man riet dem Verbündeten immer wieder, wenngleich vergeblich, engere Fühlung mit Italien in dieser Fragen zu nehmen und suchte auf Aehrenthal, als dieser im Oktober 1910 nach Berlin kam, in diesem Sinne einzuwirken [55]).

[53]) Siebert, S. 116—133.

[54]) Brockdorff-Rantzau, 15. März.

[55]) Aufzeichnung Schöns, 18. Februar 1910. Rundschreiben des Aus wärtigen Amtes, 27. Februar.

Den durch das Buch des Generals Kuropatkin „Rußland für die Russen“ angeregten Gedanken, daß Rußland und Österreich sich für alle Fälle über eine künftige Aufteilung der Türkei verständigen möchten, wies man in Wien und Berlin durchaus zurück, schon darum, weil man hoffte, daß die Türkei sich noch lange als lebensfähig erweisen und daher diese Frage nicht akut werden würde [56]). Bei dieser Gelegenheit äußerte der deutsche Botschafter in Wien, Herr von Tschirschky, zum ersten Male wieder Gedanken über Deutschlands Orientpolitik, die von den

zuletzt von Bülow festgelegten Gesichtspunkten wesentlich abwichen. Er schrieb: „Deutschland ist keine Balkanmacht. Wir haben im vergangenen Jahr aus Gründen höherer Politik das Schwergewicht unseres politischen Einflusses für Österreichs Balkaninteressen in die Wagschale geworfen. Wir werden aber meines Erachtens gut tun, einer Wiederholung dieses Vorganges möglichst vorzubeugen. Wir müssen uns für die Zukunft freie Hand bewahren und uns so wenig wie möglich in Balkanfragen hineinziehen lassen, schon deshalb, um im psychologischen Moment unsere Stellungnahme frei wählen bzw. so teuer wie möglich verwerten zu können [57]).“

[56]) Hintze, 24. März, Graf Pourtales, 2. April. Denkschrift v. Stumms, 16. April.

[57]) Tschirschky, 1. Mai.

Das Ziel Deutschlands und Österreichs blieb immer die Erhaltung und Stärkung der Türkei, während Rußland mißtrauisch jeden Versuch zur Vergrößerung der türkischen Flotte im Schwarzen Meer oder zur finanziellen Kräftigung der Türkei verfolgte. So suchte man die Franzosen davon abzuhalten, der Türkei eine Anleihe zu gewähren, weil diese sie dazu benutzen werde, ihre kaukasische Grenze stärker zu befestigen, wodurch Rußland gezwungen werden könnte, Truppen von der deutschen Grenze an den Kaukasus zu verlegen. Man suchte dann die Gewährung der Anleihe an die Bedingung zu knüpfen, daß die Türkei in Zukunft keine militärischen Instrukteure und keine Munition mehr aus Deutschland beziehen dürfe und der Bagdadbahngesellschaft keine weiteren Konzessionen mehr erteile. Das türkische Ministerium erklärte solche Bedingungen für unvereinbar mit der Unabhängigkeit der Türkei und führte sie mit Recht auf russische Einwirkungen zurück. Der Türkei wurde die notwendige Anleihe im November 1910 durch ein Konsortium deutscher und österreichischer Banken gewährt [58]).

[58]) Siebert 298—802.

Alles dies zeigt zur Genüge, daß die russische Politik darauf ausging, jede weitere Ausdehnung des österreichischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel zu verhindern, jede Stärkung der Türkei zu verhüten und ihre allmähliche Aufteilung unter die Balkanstaaten vorzubereiten; sie verhieß denjenigen unter ihnen, die dabei nicht ganz auf ihre Rechnung kommen würden, Entschädigung auf Kosten Österreich-Ungarns.

* *
*

Während sich die Lage im Orient immer mehr verschärfte und die deutsch-englische Annäherung nicht recht vorwärts kam, starb König Eduard VII. (7. Mai 1910). Es war früher gelegentlich die Hoffnung aufgetaucht, mit ihm werde ein Element der Unruhe aus der europäischen Politik verschwinden. Unzweifelhaft hatte er, namentlich in den letzten Jahren, überall Mißtrauen gegen Deutschland verbreitet, wohin er kam, hatte den Zaren zur Verstärkung seines Heeres ermahnt, dam König von Italien dringend seine prekäre Lage für den Fall eines deutschenglischen Krieges vor Augen gestellt, hatte auch mehrfach versucht, den alten Kaiser Franz Joseph von Deutschland abzuziehen, freilich ohne Erfolg. In Wahrheit hat sein Tod keinen erheblichen Einfluß auf den weiteren Gang der Dinge gehabt. Sein Sohn und Nachfolger, Georg V., erklärte sofort dem russischen Botschafter, er werde alles daran setzen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern noch enger zu gestalten [59]). Die alten Leiter der englischen Politik blieben im Amte; das Trio Grey-Asquith-Haldane blieb maßgebend für die auswärtige, Lloyd George vornehmlich für die innere Politik. Daß der Kaiser sofort zum Leichen begängnis seines Oheims herbeieilte, wurde in England freundlich aufgenommen, und er selbst glaubte aus der Haltung der Bevölkerung zu entnehmen, daß er an Popularität gewonnen habe. Wie immer, wenn er in London war, fühlte er sich tief beeinflußt von der Anziehungskraft dieses Landes, das er im Innern stets als eine Art von zweiter Heimat empfand, und von dem Wunsche beseelt, auch ein engeres politisches Verhältnis zu ihm herzustellen [60]). Aber die Bedingungen waren nicht günstiger für ein solches Unternehmen geworden.

[59]) Siebert 781.

[60]) Telegramm des Kaisers an Bethmann aus London, 22. und 23. Mai. Metternich an Bethmann, 24. Mai.

Auch in Deutschland trat um diese Zeit eine wichtige Änderung in einer der leitenden Stellen ein. Im Juni 1910 schied Freiherr v. Schön als deutscher Staatssekretär des Auswärtigen aus und ging als Botschafter nach Paris. Er war ein fleißiger und korrekter Beamter ohne ausgeprägte persönliche Eigenart und hatte weder unter Bülow noch unter Bethmann Hollweg einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Sein Nachfolger wurde Herr v. Kiderlen-

Wächter, der einer württembergischen Beamtenfamilie entstammte und seine diplomatische Schule noch unter Bismarck und Holstein durchgemacht hatte. Er war bereits 58 Jahre alt und gelangte erst jetzt in eine leitende Stellung, obwohl er früher als eine der fähigsten jüngeren Kräfte des Auswärtigen Amtes gegolten hatte. Der Grund für seine lange Zurücksetzung lag in seinem Verhältnis zum Kaiser. In früheren Jahren hatte er zu dessen intimstem Umgangskreise gehört und ihn alljährlich auf seinen Nordlandreisen begleitet. Dann war er aber im Herbst 1897 plötzlich in Ungnade gefallen, da man etwas ungeschminkte Äußerungen des witzigen und maliziösen Kiderlen über die kaiserliche Tafelrunde dem Monarchen hinterbracht hatte Er wurde als Gesandter nach Bukarest geschickt und blieb hier ein Jahrzehnt lang im Winkel sitzen. Nach langen Jahren hatte ihn Bülow auf Holsteins dringenden Rat auf einige Monate (November 1908 bis Mai 1909) als stellvertretenden Staatssekretär herangezogen. Er hatte damals beim Abschluß des Marokko-Abkommens von 1909 mitgewirkt und die entscheidende Anweisung nach Petersburg im März dieses Jahres redigiert, die den Rückzug Rußlands zur Folge hatte. Aber es war Bülow offenbar nicht gelungen, den Kaiser zu seiner definitiven Ernennung zu bestimmen. Jetzt griff Bethmann Hollweg, der sich eines diplomatisch geschulten und tüchtigen Mitarbeiters dringend bedürftig fühlte, auf ihn zurück und rang dem widerstrebenden Kaiser die Genehmigung dazu ab.

Herr v. Kiderlen-Wächter gehört zu den umstrittensten Erscheinungen unter den deutschen Staatsmännern der letzten Jahrzehnte. Noch heute gilt er vielen als der einzige wirklich begabte Politiker, den wir besaßen, als der letzte, in dem noch ein Funke bismarckschen Geistes lebendig war. Die Tatsachen rechtfertigen dieses Urteil nicht. Zweifellos besaß er einen scharfen Verstand und überragte die meisten seiner Kollegen an Willenskraft und Arbeitsfähigkeit. Aber er hatte einen Zug von rücksichtsloser Brutalität und Draufgängertum in seinem Wesen, der in dieser gefahrvollen Lage, wo es auf Vorsicht und Geschicklichkeit in erster Linie ankam, verhängnisvoll werden konnte. Schon in seiner Behandlung Rußlands im März 1909 hatte sich das gezeigt [61]).

[61]) Vgl. über ihn die Biographie seines Landsmannes E. Jäckh (Kiderlen-Wächter, der Mensch und Staatsmann, Stuttgart 1924). Das dort gebotene Material ist zum Teil recht wertvoll, der Text des Verfassers eine kritiklose Heroisierung Kiderlens.

Bald darauf, Ende September, trat in. Petersburg Herr Iswolski von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zurück. Schon seit dem unglücklichen Ausgang der bosnischen Krise galt seine Stellung als erschüttert. Er war von Anfang an für den Anschluß an England gewesen, und seit 1908 bildete seine persönliche Feindschaft gegenüber Aehrenthal ein geradezu friedensgefährliches Element in der europäischen Politik. Jetzt ging er als Botschafter nach Paris und wurde durch seinen bisherigen Gehilfen Sassonow ersetzt, der als deutschfreundlicher galt. Als Schwiegersohn Stolypins gehörte er der reaktionären Partei an, die an sich weniger als die Liberalen den Westmächten zuneigte [62]). Immerhin war es recht zweifelhaft, ob er in der auswärtigen Politik die Bahnen seines Vorgängers wirklich verlassen werde. Auch behielt Iswolski dadurch, daß er gerade nach Paris kam, einen weitreichenden und verhängnisvollen Einfluß auf die russische Gesamtpolitik.

[62]) Jenisch an Bethmann, 13. Oktober.

Während scheinbar Ruhe in der Welt herrschte, ging die diplomatische Wühlarbeit hinter den Kulissen unausgesetzt weiter. Zu ernsten Konsequenzen schien eine Zeitlang die persische Frage zu führen. Die Russen hatten es für nötig gehalten, im Frühjahr 1909 Täbris zu besetzen und ihre Truppenabteilungen sogar in der Richtung auf Teheran vorzuschieben. Sie strebten mit allen Mitteln danach, die persische Regierung völlig unter ihren Einfluß zu bringen. In London betrachtete man das Vorgehen der Verbündeten mit lebhafter Besorgnis. Man fürchtete, daß eine von Rußland beherrschte persische Regierung auch in der neutralen Zone Mittelpersiens und in dem englischen Interessengebiet in Südpersien ihren Einfluß im russischen Sinne geltend machen werde. Da man entschlossen war, das unter keinen Umständen zu dulden, so würde man dann zu einer vollständigen Aufteilung Persiens gezwungen worden sein, die man mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des eigenen Landes und der übrigen Welt zu vermeiden wünschte. Aus diesem Grunde warnte man die Russen immer wieder vor eigenmächtigem Vorgehen und ließ gelegentlich durchblicken, daß die Existenz der Entente, die ja wesentlich mit auf den über Persien getroffenen Abmachungen beruhte, ernstlich gefährdet werden könne, wenn man sich in der persischen Frage veruneinige. Der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, riet immer wieder mit besorgter Miene zu äußerster Vorsicht, da der Gewinn einiger Vorteile in Persien gegenüber dem ungeheuren Wert der Entente mit

England nicht in Betracht kommen könne. Grey habe ihm gesagt, daß er selbst zwar eine anders orientierte Politik nicht mitmachen werde, aber vielleicht gestürzt werden könne und nicht wisse, was sein Nachfolger tun werde.

Die Schwierigkeiten wurden schließlich durch weitgehende Nachgiebigkeit Englands überwunden; aber durch den Sturz des alten bereits ganz von Rußland gewonnenen Schahs und die Einrichtung einer konstitutionellen Regierung in Teheran bereiteten sich neue Gefahren vor. Denn das Parlament wurde hier ebenso wie in der Türkei zum Sprachrohr der Volksgefühle, die jeder fremden Einmischung in die Verhältnisse des eigenen Landes absolut feindlich waren. Persien war zweifellos der schwächste Ring in der Kette der Entente. Sobald aber Deutschland versuchte, zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen mit dem Schah direkt in Verbindung zu treten, waren die beiden Teilnehmer des Vertrages von 1907 sofort darüber einig, daß das Eindringen eines Dritten, und namentlich Deutschlands, unter keinen Umständen geduldet werden dürfe. Man sprach davon, daß Deutschland es hier offenbar ebenso machen wolle, wie in Marokko gegenüber Frankreich. In der Tat lagen ja die Dinge in beiden Fällen nicht unähnlich, nur daß Deutschland, durch die schlechten Erfahrungen von Algesiras gewarnt, und zudem in einer viel schlechteren Gesamtlage befindlich als damals, niemals im Ernst daran gedacht hat, es hier zu einem Konflikt mit Rußland und England kommen zu lassen.

In naher Beziehung zu der persischen Frage stand die Angelegenheit des weiteren Ausbaues der Bagdadbahn. Sie hatte infolge der von den Mächten der Entente bereiteten Schwierigkeiten fast vier Jahre lang gestockt. Am 2. Juni 1908 war der Weiterbau bis nach Teil Helif von der Türkei genehmigt worden; im folgenden Jahre wurde er in Angriff genommen. Im November 1909 gestattete der Sultan den Anschluß der vom Cilicischen Golf ins Innere führenden, gleichfalls von der Bagdadbahn-Gesellschaft erbauten Linie an diese Bahn. Die Engländer, denen es wesentlich um die Beherrschung der mesopotamischen Endstrecke zu tun war, hatten sich ja bereits die tatsächliche Herrschaft über das Gebiet des Sultans von Kuweit gesichert und ließen sich für eine englische Gesellschaft das Monopol für die Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris übertragen. Mehrfach versuchte der Direktor der Deutschen Bank, Herr von Gwinner, durch Vermittlung von Sir Ernest Cassel direkt mit englischen Kapitalistenkreisen Fühlung zu gewinnen, um womöglich durch deren Beteiligung an dem Bau der

Endstrecke die Schwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen. Man war bereit, dem englischen Kapital bis zu 60 % der Aktien für diese Endstrecke zu überlassen, falls dafür die Sicherheit gewährt würde, daß England den Ausbau der Linie bis nach Bagdad durch deutsches Kapital nicht länger hindere. Die englischen Finanzleute waren nicht abgeneigt, auf eine solche Vereinbarung einzugehen. Aber die Zustimmung der Regierung war nicht zu erlangen und alle diese Bemühungen scheiterten, weil die Ententemächte unter sich abgemacht hatten, daß keine von ihnen ohne vorherige Benachrichtigung der anderen eine Verständigung über die Bagdadbahn treffen werde. Das war ja schon bei den Besprechungen in Windsor 1907 deutlich zutage getreten. Allerdings war die Verlockung für die Engländer so groß, daß sie den Russen deutlich sagten, sie würden schließlich doch abschließen, da der Bau der Bahn eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei und sich dauernd nicht aufhalten lasse. Auch Rußland sah das vollkommen ein, wünschte aber Kompensationen für seine Einwilligung zu erhalten. Um Deutschland noch weiter hinzuhalten und womöglich zu höheren Angeboten zu treiben, griff man dazu, der jungtürkischen Regierung in Konstantinopel die Sache so darzustellen, als bedeute der Abschluß eines solchen Abkommens die Aufteilung der Türkei in wirtschaftliche Interessensphären, die dann leicht die Vorstufe zur völligen territorialen Aufteilung werden könne. So schleppte sich die Angelegenheit immer weiter hin. Frankreich erstrebte 1910 die Konzession für eine Bahn von Syrien her nach Bagdad, die der deutschen Strecke Konkurrenz machen sollte, während sich England, obwohl es die Verträge der Türkei mit der deutschen Gesellschaft kannte, um eine Konzession für die Strecke von Bagdad zum Persischen Golf für eine englische Gruppe bemühte. In dieselbe Zeit fielen auch die schon erwähnten Bemühungen Frankreichs, die von der Türkei erbetene Anleihe an politische Bedingungen zu knüpfen, die den Abbruch dieser Verhandlungen und die Aufnahme der Anleihe bei einem deutsch-österreichischen Konsortium zur Folge hatten.

[63]) Vgl. hierüber Siebert 171 ff.

Die deutsch-russischen Beziehungen waren überhaupt trotz der häufigen Monarchenbegegnungen und der offiziellen Versicherungen des Gegenteils nicht besser geworden. Herr v. Hintze hielt in seinen Berichten konsequent an der Meinung fest, daß Rußland uns angreifen werde, sobald es gerüstet sei, und der Kaiser schloß sich ganz dieser Auffassung an. Graf Pourtales neigte mehr zu der Ansicht, daß zu so gefährlichen und

weitaussehenden Plänen kein russischer Staatsmann den Mut und die Fähigkeit besitze, und daß die Gefahr mehr in unberechenbaren Gefühlsmomenten liege, die in kritischen Augenblicken wirksam werden könnten, als in wohldurchdachten feindlichen Plänen [64]). Auch Bethmann meinte, man dürfe sich „über die Zugehörigkeit Rußlands zur Triple-Entente mit ihrer antideutschen Spitze nicht hinweg täuschen lassen“. Trotzdem wünschte er die guten Beziehungen zu Rußland äußerlich aufrechtzuerhalten, da Österreich die Leitung des Dreibundes an sich reißen werde, sobald es glaube, daß wir mit Rußland dauernd zerfallen seien. Auch werde England entgegenkommender sein, wenn es an gute Beziehungen zwischen uns und Rußland glaube [65]).

[64]) Pourtales, 12., 22., 23., 26. August. Hintze, 19. August. Der Kaiser an Bethmann, 26. August.

[65]) Immediatbericht Bethmanns, 2. Januar und 15. September 1910.

Auch Sassonow legte zunächst Wert darauf, immer wieder zu betonen, daß er gute Freundschaft mit Deutschland und eine vertrauliche Aussprache der beiden Monarchen wünsche. Der Kaiser versprach sich nicht viel davon, wollte aber doch den russischen Wunsch nicht ganz zurückweisen. Der Zar wurde also nach Potsdam eingeladen und weilte hier beim Kaiser am 4. und 5. November 1910 [66]). Sassonow und Bethmann besprachen hier die Lage am Balkan; der letztere gab die Versicherung, falls Österreich Expansionspläne verfolgen sollte, was nach seiner Überzeugung nicht der Fall sei, „so wären wir weder verpflichtet noch gewillt, für sie einzutreten.“ Sassonow dankte für diese Erklärung, die für die russische Politik von höchster Bedeutung sei. Er versprach seinerseits, „daß Rußland bei allen Bestrebungen, sich mit England zu verständigen, sich niemals mit ihm in gegen Deutschland gerichtete feindselige Kombinationen einlassen werde“. Im nahen Orient wollte Sassonow für die Erhaltung der Türkei eintreten, da deren Zerstückelung den Frieden bedrohe. Bethmann erkannte die politische Sonderstellung Rußlands in Nordpersien an unter Zusicherung voller Gleichberechtigung für den deutschen Handel, und verzichtete dort auf den Erwerb von Eisenbahnkonzessionen; dafür versprach Sassonow, den Ausbau der Bagdadbahn nicht weiter zu hindern; der Bau der Anschlußbahn nach Teheran auf persischem Gebiete wurde Rußland vorbehalten; falls ihm die Ausführung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht möglich sei, sollte auch dieser Bau Deutschland übertragen werden. Dies

Zugeständnis machte Rußland offenbar, weil man nach den Nachrichten aus London fürchtete, daß ein deutsch-englisches Abkommen über die Bagdadbahn schließlich doch trotz russischen Widerspruchs Zustandekommen werde.

[66]) Memorandum für diese Besprechung, 30. Oktober. Aufzeichnung 6. und 14. November.

Bei dem Gegenbesuch des Kaisers beim Zaren in Wolfsgarten (11. November) suchte der letztere die Vorstellung zu erwecken, als sei sein Hauptinteresse noch immer auf den fernen Osten gerichtet. Er sprach vom Ausbau der sibirischen und der Amur-Bahn zu zweigleisigen Strecken und von der Notwendigkeit eines neuen Kampfes mit Japan. Der Kaiser scheint daran geglaubt zu haben und gewann den Eindruck, daß Iswolski hauptsächlich deshalb entlassen worden sei, weil er dieser Politik widerstrebt habe [67]).

[67]) Aufzeichnung Bethmanns, 18. November.

War es aber dem Zaren und Sassonow mit diesen Versicherungen wirklich ernst? Dem ersteren vielleicht; ob auch dem letzteren, erscheint doch recht zweifelhaft. In London ließ er ausdrücklich mitteilen, daß die Verständigung über die Bahnlinien nur wirksam werden würde, wenn Deutschland auch Englands und Frankreichs Zustimmung gewinne, wovon er in Potsdam nichts gesagt hatte [68]). Er regte zwar in Berlin eine schriftliche Fixierung der getroffenen Vereinbarungen an, namentlich um eine offizielle Bestätigung von Bethmanns Erklärung über die österreichische Politik zu bekommen, wich aber sofort aus, als Deutschland verlangte, daß man auch die russische Versicherung in bezug auf England aufgenommen werden müsse. Er meinte, Rußland übernehme dadurch eine Verpflichtung von viel größerer Tragweite als Deutschland, und suchte seine Worte abzuschwächen. Kiderlen wies den Grafen Pourtales an, auf keine derartige Abschwächung einzugehen. „Die Erklärung“, schrieb er, „muß so ausfallen, daß sie am Tage, wo sie zur englischen Kenntnis kommt, für die Russen kompromittierend wirkt.“ Gerade weil man in Petersburg diese deutsche Hinterabsicht empfand, wollte man sich nicht festlegen. Sassonow meinte, bei näherer Überlegung habe auch die deutsche Zusicherung wenig Bedeutung, da Österreich selbst schon häufiger erklärt habe, daß es keine Expansionspolitik treiben wolle und auch gar nicht stark genug dazu sei. Übrigens bedürfe es gar keiner schriftlichen Festlegungen, da das mündlich gegebene Wort beider Herrscher

mehr wert sei als ein Notenaustausch. Kiderlen schrieb dem Botschafter, die Herausholung des Zarenwortes sei kein schlechter Coup Sassonows. „Auf den Reichskanzler hat das großen Eindruck gemacht; auf mich weniger.“ Immerhin müsse man sich scheinbar damit zufrieden geben [69]). So blieben diese allgemeinen Zusagen aus der schriftlichen Fixierung der Abreden über Nordpersien und die Bagdadbahn fort, die nach langen Einzelverhandlungen im Sinne der Potsdamer Besprechungen erfolgte und erst im August 1911 unterzeichnet wurde.

[68]) Siebert, 366 f.

[69]) Pourtales, 10. November. Erlaß an Pourtales, 15. November. Pourtales an Kiderlen, 2. Dezember. Kiderlen an Pourtales, 4- Dezember. Pourtales, 12. und 14- Dezember. Erlaß an Pourtaläs, 19. Dezember. Kiderlen an Pourtales, 20. Dezember.

Bethmann suchte einen gewissen Ersatz für die fehlende schriftliche Formulierung der allgemeinen Verpflichtung zu schaffen, indem er nach vorher eingeholter Zustimmung Sassonows im Reichstag am 10. Dezember 1910 sagte, es sei in Potsdam festgestellt worden, „daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte“. Der Kaiser nahm daran Anstoß, da so weitgehende, den Dreibund vielleicht gefährdende Erklärungen seiner Erinnerung nach nicht gegeben seien, ließ sich aber wieder beruhigen. Er benutzte jedoch die Gelegenheit, um dem Reichskanzler einzuschärfen, daß er selbst die auswärtige Politik leite, und befahl: „In Zukunft ist mir vorher Meldung zu machen über Inhalt einer beabsichtigten Erklärung und über die unternommenen Schritte bei fremden Regierungen [70]).“ Er gedachte den neuen Kanzler von Anfang an in strengerer Abhängigkeit zu halten als seinen Vorgänger.

[70]) Immediatbericht Bethmanns, 11. Dezember, mit Randbemerkungen des Kaisers.

Wir können noch nicht sicher entscheiden, ob diese Annäherung von russischer Seite einen letzten ernsten Versuch zur Anknüpfung der alten Beziehungen mit Deutschland bedeutete, oder nur ein taktisches, hinhaltendes Manöver war. Möglich ist immerhin, daß Stolypin, der für die Durchführung seiner großen Agrarreform noch lange Frieden brauchte, ernstlich für die Herstellung guter Beziehungen zu Deutschland eintrat. Nach außen hin wirkten diese Zusammenkünfte jedenfalls als ein weiteres Zeichen der Entspannung der Lage. Von London und

Paris her machte man den russischen Freunden sogar Vorwürfe, daß sie den Deutschen zu weit entgegengekommen seien.

Um noch weiter in dieser Richtung zu wirken, brachte Herr V. Bethmann im Herbst 1910 noch einmal die Verhandlungen mit England über ein Flottenabkommen und ein politisches Agreement in Gang. Hier war nach den Neuwahlen im Sommer Admiral Fisher, der zäheste Anhänger eines Präventkrieges gegen Deutschland, von der Stellung des ersten Seelords zurückgetreten und durch den ruhigeren Admiral Wilson ersetzt worden. England hatte am 11. August im Anschluß an die vor mehreren Monaten unterbrochenen Verhandlungen in Berlin ein Memorandum übergeben, das eine Änderung des Tempos im deutschen Flottenbau ohne Änderung des gesetzlich festgelegten Planes nicht für sehr erheblich erklärte. Ein Agreement sei sehr schwierig, wünschenswert erscheine aber eine deutsche Erklärung, daß man keine neuen Vermehrungen fordern wolle, und daneben die Einrichtung des Nachrichtenaustausches durch die Attaches, weil man dadurch die öffentliche Meinung Englands zu beeinflussen hoffen könne. Der Kaiser meinte dazu, mindestens müsse sich dann England ebenfalls auf ein bestimmtes Bauprogramm festlegen. Auch müßten wir die Aufnahme in Englands Ententen mit Frankreich und Rußland fordern, deren Inhalt uns vorher mitzuteilen sei. (Es gab aber gar keine förmlichen Verträge dieser Art.) Endlich müßten Vereinbarungen über eine parallele Politik in der Welt, z. B. bezüglich der Frage der offenen Tür, getroffen werden. Verlange England die Garantie seines indischen Besitzes, so müßten wir die Garantie Elsaß-Lothringens und die Verpflichtung zur Rückendeckung für uns fordern. Bezüglich des ersteren Punktes präzisierte Tirpitz die deutsche Forderung dahin, daß England sich verpflichten müsse, von 1912 bis 1917 nicht mehr als drei Schiffe jährlich zu bauen, wenn Deutschland nur zwei baue. Überschreite es diese Zahl, so sei auch Deutschland wieder frei [71]).

[71]) Bemerkungen des Kaisers und des Admirals Tirpitz zu dem englischen Memorandum vom 14. August 1910. Noch skeptischer der Kaiser an Bethmann, 30. September.

Bethmann gestand in seiner Antwort vom 13. Oktober die gegenseitige Kontrolle durch die Attachés zu, erklärte aber im Einverständnis mit dem Kaiser ein politisches Abkommen nochmals für die Voraussetzung jeder Flottenverständigung. Er beklagte sich sehr über Englands unfreundliche Haltung in Marokko, Persien, der Frage der Bagdadbahn, der türkischen

Schuld; sogar die englischen Vertreter im Auslande hielten sich von den deutschen geflissentlich fern. Nur wegen dieser feindlichen Stellung der englischen Regierung zu uns sei die öffentliche Meinung Englands gegen unsere Flottenpläne so mißtrauisch geworden. Ferner bezweifle man drüben die Richtigkeit unserer tatsächlichen Angaben. Er habe die Beseitigung der gegenseitigen Mißstimmung stets als seine erste Aufgabe betrachtet und hoffe, daß es nun endlich zu einer befriedigenden Aussprache kommen werde. Dies Dokument enthielt für jemanden, der eine günstige Stimmung zum Verhandeln erwecken will, reichlich viel Vorwürfe und Klagen.

Die englische Antwort erklärte alle Vorwürfe für unbegründet, zum Teil beleidigend; in manchen Fällen habe Deutschland ein Zusammenarbeiten direkt abgeschlagen, wie in der mazedonischen und kretischen Frage. England wolle gern weiter verhandeln, aber nur, wenn solche Vorwürfe nicht wieder erhoben würden. Bethmann antwortete, so habe er es nicht gemeint, man habe ihn mißverstanden. Darauf versicherte Grey dem Grafen Metternich, sein dringender Wunsch gehe dahin, die beiden Gruppen einander zu nähern und eine Formel zu finden, die sie nicht mehr als getrennte Lager erscheinen lasse, und damit den Frieden sichere. Der Botschafter hatte den Eindruck, daß von englischer Seite noch nie so deutlich der Wunsch nach einer wirklichen Annäherung hervorgetreten sei und führte dies auf das Zugeständnis des Nachrichtenaustausches zurück [72]).

[72]) Deutsches Memorandum, 13. Oktober. Metternich, 27. Oktober. Englisches Memorandum, 1. Dezember; deutsche Erwiderung, 10. Dezember. Metternich, 17. Dezember 1910.

Trotzdem stockten die Verhandlungen bis zum Frühjahr 1911. Erst am 25. März überreichte Goschen in Berlin ein neues Memorandum, das aber nur die von früher her bekannten allgemeinen Redewendungen, keine konkreten Vorschläge enthielt. Bethmann war sehr unzufrieden, ließ aber, damit der Meinungsaustausch nicht ganz einschlafe, mit einem in ähnlichem Stile gehaltenen Schriftstück antworten [73]).

[73]) Englisches Memorandum, 25. März 1911. Deutsche Antwort, 4. April.

Der Kern der Situation war, daß Deutschland in der Flottenfrage nichts Erhebliches bieten wollte, England ein politisches Abkommen bestimmteren Inhalts nicht wünschte, jeder Teil aber dem anderen die Schuld für das Scheitern der

Verhandlungen zuzuschieben bemüht war. Dem russischen Botschafter sagte Grey, er halte nur eine solche Formel für möglich, der auch Rußland und Frankreich beitreten könnten; das würde dann eine Art von allgemeinem Abkommen werden, an der Gesamtlage aber nichts ändern.

Auch die Frage des Ausbaues der Bagdadbahn spielte immer wieder in diese Auseinandersetzung hinein. Die Stellung der deutschen Gesellschaft war durch die Gewährung der großen deutsch-österreichischen Anleihe an die Türkei wesentlich verstärkt worden. Im März 1911 erhielt sie die Erlaubnis zum sofortigen Ausbau der Bahn bis Bagdad und zur Anlegung eines Hafens in Alexandrette. Die führenden französischen Finanzkreise begannen nun mit ihr über eine allgemeine Vereinbarung zu verhandeln, die nicht aussichtslos erschien. Und auch die englische Regierung zeigte sich nicht abgeneigt, auf einen neuen Vorschlag der Bagdadbahngesellschaft einzugehen, wonach diese auf ihre Konzession für die Strecke Bagdad—Persischer Golf zugunsten einer neu zu bildenden türkischen Gesellschaft verzichten wollte, an deren Finanzierung sie nicht stärker beteiligt sein werde als die Finanzgruppe irgendeiner anderen Großmacht.

Auch in den nächsten Wochen kam man nicht weiter. Am 9. Mai teilte Deutschland mit, daß der Zeitpunkt für eine Verminderung der deutschen Schiffsbauten verpaßt sei. Von 1912 an baue Deutschland planmäßig zwei Schiffe jährlich; weiter könne es nicht heruntergehen. Bezüglich des Agreements schlug man eine Fassung vor, die jeden Angriff der einen Macht gegen die andere ausschließen und für alle neu auftauchenden Fragen freundschaftliche Besprechung zur Pflicht machen sollte. Von einer Bindung im Flottenbau über 1917 hinaus sollte überhaupt nicht die Rede sein, da Tirpitz bestimmt erklärte, man müsse dann wieder zum Bau von drei Schiffen jährlich übergehen. Der Kaiser war allmählich wieder ganz in die Gedankengänge der Admiralität hinübergeglitten. Englands ganzes Bestreben sei, meinte er, uns auf das Zweiertempo dauernd festzulegen; dabei sei es klar, daß jede Vermehrung unserer Flotte englische Annäherungsversuche hervorrufe. „Letztere wirkt mithin direkt als Zwang zur Verständigung mit uns.“ Man müsse ruhig weiterbauen, eventuell schon vor 1917 wieder zum Dreiertempo zurückkehren. Bethmann gab etwas resigniert zu, daß nur der Ausbau unserer Flotte England werde zur Vernunft bringen können; jetzt bleibe nichts übrig, als abzuwarten, ob England selbst positive Vorschläge mache [74]).

[74]) Deutsches Memorandum, 9. Mai. Tirpitz an den Reichskanzler, 4. Mai. Telegramm des Kaisers an Bethmann, 14. Mai. Bethmann an den Kaiser, 15. Mai.

Dies geschah jedoch nicht; die englische Antwortnote vom 1. Juni enthielt nur Anregungen für die genauere Ausgestaltung des Nachrichtenaustausches. Und nur hierüber wurde zunächst weiter verhandelt. Alle diese Verhandlungen waren noch in der Schwebe, als der plötzliche Ausbruch einer neuen Marokkokrise dieser Zeit der politischen Windstille und der gegenseitigen mißtrauischen Beobachtung ein jähes Ende machte.

[75]) Englisches Memorandum vom 1.Juni (überreicht 9. Juni). Deutsche Antwort, 27. Juni. Die nächste offizielle englische Äußerung erfolgte erst am 29. Januar 1912.

14. Agadir und Tripolis

Auch nach dem Vertrage von 1909 war es in Marokko nie ganz ruhig geworden. Die Hindernisse, die Frankreich den wirtschaftlichen Unternehmungen der Brüder Mannesmann in den Weg legte, die weitgehenden finanziellen Verpflichtungen, die es 1910 dem Sultan Muley Hafid aufnötigte, die Besetzung der wichtigsten Verwaltungsposten mit Franzosen riefen in Deutschland Empfindlichkeit und Bedenken hervor.

Im März 1911 kam in Frankreich ein neues Ministerium ans Ruder, dessen Seele der alte Deutschenfeind Delcassé als Marineminister war. Jetzt begann das Streben nach völliger und schneller Unterwerfung Marokkos immer deutlicher hervorzutreten. Daß man wiederholt versprochen hatte, die Unabhängigkeit des Sultans zu respektieren, schien man in Paris ganz vergessen zu haben. Auch zeigte man nicht die geringste Neigung, den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko selbst und in Mittelafrika Rechnung zu tragen, wie man, solange die Verhandlungen über den Vertrag von 1909 schwebten, und auch noch einige Zeit nachher hatte hoffen lassen. Unruhen an der Küste und in Fez, bei denen die Sicherheit der Europäer bedroht sein sollte, ließen im April zunächst den Plan auftauchen, einen zweiten Hafenplatz außer Casablanca, Rabat, zu besetzen. Ob wirklich ernstliche Unruhen im Lande stattgefunden haben, muß bezweifelt werden. Wie schon früher, wurden die Zwischenfälle, die ein Eingreifen rechtfertigen sollten, meist von den Franzosen selbst hervorgerufen und dann von ihrer Presse bis zur nötigen Größe aufgebauscht. Bald darauf kam man in Paris zu der Überzeugung, daß auch Fez selbst wenigstens vorübergehend besetzt werden müsse. Durch Cambon wurde die deutsche Regierung davon informiert; sie erhielt zugleich die Versicherung, daß Frankreich die Algesiras-Akte respektieren und nach Herstellung der Ruhe die bestezten Gebiete wieder räumen werde. Bethmann und Kiderlen warnten eindringlich, da es schwerer sein werde, Fez wieder zu verlassen als dorthin zu gehen, sprachen aber weder eine Zustimmung aus, noch meldeten sie einen förmlichen Widerspruch an [1]). Als die Nachricht kam, daß der Sultan von den Aufständischen genötigt worden sei, im französischen Konsulat zu Fez Zuflucht zu suchen, meinte der Kaiser, der sich damals in Korfu auf hielt, man müsse jetzt eine Expedition der Franzosen dorthin zulassen, die übrigens viel Geld kosten und eine erhebliche Truppenzahl dort festlegen werde.

Sollte die Algesiras-Akte verletzt werden, so könne man ruhig einer anderen Signatarmacht überlassen, zuerst zu protestieren. Jedenfalls erwarte er von seiner Regierung, daß sie einem etwaigen Verlangen nach der Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Marokko entgegentrete. Bethmann sagte dies auch zu [2]).

[1]) J. Cambon an Kiderlen, 6. April 1911. Kiderlen an Cambon, 7. April. Schön, 19. und 20. April. Bethmann an Schön," 19. April.

[2]) Der Kaiser an Bethmann, 22. April. Bethmann an den Kaiser, 22. und 25. April.

Als die französische Expedition aufbrach, erklärte Kiderlen Herrn Cambon, wenn die Franzosen dauernd in Fez blieben, würde der Sultan nicht mehr als unabhängiger Herrscher zu betrachten sein, und damit eine wesentliche Voraussetzung der Algesiras-Akte fortfallen. Deutschland behalte sich für diesen Fall völlig freie Hand vor [3]). Dasselbe wurde auch in einem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 30. April öffentlich ausgesprochen.

[3]) Aufzeichnung Kiderlens, 28. April.

Kiderlens Aktionsprogramm wurde am 3. Mai folgendermaßen festgestellt: Wenn die Franzosen Fez besetzt haben, fragen wir sie, wie lange sie dort zu bleiben beabsichtigen. Halten sie den von ihnen angegebenen Termin nicht inne, so erklären wir die Algesiras-Akte für zerrissen und fordern Kompensationen. Da bloße Proteste wirkungslos sind, schicken wir ein Kriegsschiff nach Agadir, da wir so gut wie die Franzosen Schutzmaßregeln für Leben und Eigentum unserer Staatsangehörigen zu treffen berechtigt sind. Agadir soll der beste Hafen Südmarokkos sein. Wir behalten ihn als Faustpfand, bis Frankreich aus seinem Kolonialbesitz genügende Kompensationen anbietet. Auf diese Art, meinte er, könnten wir der Marokkosache eine Wendung geben, „die die früheren Mißerfolge vergessen machen könnte". Auch werde durch einen sichtbaren Erfolg die Stimmung für die bevorstehenden Reichstagswahlen verbessert werden [4]).

[4]) Aufzeichnung Kiderlens, 3. Mai.

Welchen Eindruck dies Verfahren auf die Franzosen und die übrige Welt machen werde, das scheint Kiderlen wenig bekümmert zu haben. Er hielt es nicht einmal für nötig, unseren Botschafter in Paris um seine Meinung zu fragen, oder die beste Taktik mit ihm zu überlegen. Was sollte eigentlich geschehen,

wenn Frankreich trotz dieses Vorgehens keine oder ungenügende Kompensationen anbot, was doch immerhin möglich war? Wollte er dann Agadir auf unbeschränkte Zeit besetzt halten? Wir werden sehen, daß er sich diese naheliegende Frage erst nach der Tat gestellt hat. An einen Krieg um Marokkos willen hat er zunächst nicht gedacht. Er scheint mit naiver Sicherheit vorausgesetzt zu haben, daß eine drohende Handbewegung die französischen Kompensationsangebote schon herauslocken werde. Private, durch einen Bankier vermittelte Nachrichten aus Paris besagten, daß Frankreich uns an kolonialen Gebieten geben werde, was wir nur haben wollten, wenn wir ihm nur endlich in Marokko völlig freie Hand ließen [5]). Auch Caillaux machte dem deutschen Botschafter ähnliche unverbindliche Andeutungen. Darauf scheint Kiderlen sich verlassen zu haben.

[5]) Schön, 7. Mai.

Der Reichskanzler wurde für diesen Plan gewonnen. Er verteidigt ihn noch in seinen Erinnerungen als einziges Mittel, Frankreich zum Sprechen zu bringen. Er und Kiderlen fuhren sofort nach Karlsruhe, wo der Kaiser am 4. Mai eingetroffen war, um ihm Vortrag zu halten. Noch vor wenigen Tagen hatte der Kaiser sich von Korfu aus gegen jedes Eingreifen in Marokko ausgesprochen [6]). Hatte er doch geglaubt, mit dem von ihm durchgesetzten Vertrage von 1909 sei diese Sache für uns endgültig erledigt. Hier wurde er umgestimmt, wahrscheinlich, indem der Reichskanzler und der Staatssekretär ihm vorstellten, daß eine so günstige Gelegenheit zur kostenlosen Abrundung unseres afrikanischen Kolonialreiches nicht versäumt werden dürfe. Wenn der Kaiser hier aber auch prinzipiell den Versuch zur Erlangung von Kompensationen guthieß, so gab er doch noch nicht endgültig die Vollmacht zur Entsendung eines Kriegsschiffes [7]). Er glaubte offenbar, daß alles schon wohl vorbereitet sei und in Frieden und Freundschaft abgemacht werden könne. Er reiste in den nächsten Wochen nach London zur Enthüllung eines Denkmals der Königin Viktoria und sagte hier dem König Georg, der ihn etwas besorgt fragte, er denke nicht daran, gegen Frankreich Marokkos wegen Krieg zu führen, er wolle nur für die „offene Tür“ eintreten und vielleicht Kompensationen fordern [8]).

[6]) Jenisch an das Auswärtige Amt, 30. April. Vgl. ferner über den ganzen Verlauf des Immediatbericht des Reichskanzlers vom 10 und 20. Juli mit den kaiserlichen Randbemerkungen.

[7]) Die briefliche Äußerung Kiderlens aus Karlsruhe vom n. Mai (bei Jäckh 2, 122), „Der Kaiser hat mein Marokko-Programm (auch mit

Schiffen für Agadir) gebilligt“, stimmt nicht recht mit der Tatsache, daß er Ende Juni nochmals zum Kaiser fahren mußte, um die Bewilligung von Schiffen zu erhalten.

[8]) Aufzeichnung Bethmanns, 23. Mai.

Frankreich erklärte nochmals feierlich, die Besetzung solle nicht länger als nötig dauern und nur zur Sicherung der Souveränität des Sultans dienen. Sollte man durch die Gewalt der Tatsachen weitergeführt werden, als man beabsichtige, sagt Minister Cruppi, so werde man eine Verständigung mit Deutschland suchen und finden (30. Mai). Auf inoffiziellen Wege ließ man Herrn v. Schön andeuten, daß man zur Überlassung der französischen Kongokolonie an Deutschland gegen Abtretung des viel kleineren Togo bereit sein werde [9]).

[9]) Aufzeichnung Zimmermanns, 15. Mai. Schön, 7. und 30. Mai.

Am 21. Mai besetzten die Franzosen Fez ohne Kampf. Am 10. Juni erklärte Cruppi Herrn v. Schön, die Stadt würde, da die Ordnung hergestellt sei, alsbald wieder geräumt werden, aber französische Instrukteure sollten zur Ausbildung der Armee des Sultans dort bleiben, und eine Etappenkette bis zum Meere werde die Verbindung mit der Hauptstadt dauernd sichern [10]). Mitte Juni ließ Cambon dem Reichskanzler gegenüber zuerst eine offizielle Andeutung über den Kongo fallen [11]). Jetzt hielt Kiderlen die Zeit zur Klärung der Situation und eventuell zum Handeln für gekommen. Er traf zunächst am 19. Juni mit Cambon in Kissingen zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Beide wurden hier im Prinzip darüber einig, daß die Kompensation für Deutschland am Kongo zu suchen sein werde. Kiderlen sagte: „Es muß aber ein tüchtiger Happen sein.“ Cambon nickte verständnisvoll, was ihn natürlich zu nichts verpflichtete, und reiste sofort nach Paris, um von seiner Regierung die nötigen Vollmachten zu erbitten. Bis dahin verlief alles in größter Ruhe. Deutschland lieh den erregten Spaniern, die sofort Truppen in ihre Einflußsphäre schickten, um nicht ganz von Frankreich beiseite gedrängt zu werden, keine Unterstützung.

[10]) Schön, 10. Juni.

[11]) Schön, 15. Juni. Bethmann an Schön, 16. Juni.

Wenn die deutschen Vertreter in Paris sich mit des Kanzlers Billigung allen französischen Andeutungen gegenüber schweigend verhielten, wenn auch dieser selbst an Cambon keine bestimmten

Forderungen stellte, so geschah dies deshalb, weil man die Franzosen das erste Angebot machen lassen wollte. Für den Fall, daß dies nicht geschehen sollte, hielt man an dem früheren Aktionsplan fest. Schon vor Kiderlens Gesprächen mit Cambon entwickelte der Unterstaatssekretär Zimmermann von neuem den Gedanken des Faustpfandes. Auf keinen Fall dürfe die Sache so enden, daß Frankreich uns nur wirtschaftliche Kompensationen oder kleine Grenzberichtigungen anbiete, und, wenn wir dies ablehnten, achselzuckend die Verhandlungen fallen lasse. Das werde eine ungeheure Niederlage der deutschen Politik bedeuten. Ganz plötzlich müßten vier deutsche Kriegsschiffe in Agadir und Mogador erscheinen und gleichzeitig müsse erklärt werden, daß die Algesiras-Akte erledigt sei; sie habe auf der schon vor fünf Jahren unrichtigen Fiktion beruht, die jetzt definitiv zerstört sei, als sei Marokko ein einheitlicher Staat und der Sultan dessen unabhängiger Beherrscher. Alle Signatarmächte hätten daher ihre volle Handlungsfreiheit zurückerlangt, und Deutschland müsse sich weitere Maßnahmen vorbehalten. Nur auf diese Art werde Frankreich zu ernsthaften und ausreichenden Kompensationsvorschlägen zu bringen sein. Unsere Entschlossenheit, meinte er, werde beruhigend wirken, und auch die französischen Chauvinisten würden ruhig bleiben, wenn unsere Presse Verständnis für die französischen Maßregeln zeige [13]).

[12]) Jenisch an den Reichskanzler, 13. August 1911.

[13]) Denkschrift Zimmermanns, 12. Juni.

Offenbar hatte Kiderlen vor entscheidenden Schritten noch abwarten wollen, ob Cambon bestimmte Anerbietungen aus Paris mitbringen werde. Als der Botschafter aber nach seiner Rückkehr mehrere Tage lang nichts von sich hören ließ, glaubte er, Frankreich wolle die Sache hinzögern, bis es Marokko vollständig in der Tasche habe, und entschloß sich, seinen ursprünglichen Plan jetzt auszuführen. Am 26. Juni fuhr er zum Kaiser nach Kiel, trug ihm den Stand der Dinge nochmals vor und erhielt jetzt die Genehmigung zu der beabsichtigten Demonstration. Durch die lakonische Depesche „Schiffe bewilligt“ teilte er Zimmermann den Erfolg seiner Reise mit [14]).

[14]) Kiderlen an Zimmermann, 26. Juni.

Freilich war zunächst nur ein kleiner Kreuzer so nahe an der nordafrikanischen Küste, daß er sofort dorthin fahren konnte; zur

allgemeinen Überraschung erschien am 1. Juli der „Panther“ vor Agadir. Gleichzeitig wurde den Großmächten in einer Note der deutsche Standpunkt erläutert. Die Entsendung des Schiffes wurde mit der Bedrohung deutschen Lebens und Eigentums durch die marokkanischen Unruhen begründet. Sobald die Ordnung hergestellt sei, werde es zurückgezogen werden. Man sei zu Verhandlungen mit den Signatarmächten über eine befriedigende Lösung der Marokkofrage bereit und werde jeden geeigneten Vorschlag wohlwollend erwägen, halte jedoch die Rückkehr zu den früheren Zuständen für unmöglich, da die Annahme, daß Marokko ein unabhängiger Staat sei, den Tatsachen nicht mehr entspreche [15]).

[15]) Anweisung und Aide-Memoire für Paris und Madrid, 30. Juni. Ähnliche Anweisung an Metternich, 30. Juni.

Erst mehrere Tage später, am 9. Juli, fand sich Cambon wieder bei Kiderlen ein. Er sprach aber zunächst nur von Zugeständnissen in der Frage der Bagdadbahn und der türkischen Finanzen, und erst, als der Staatssekretär schließlich sagte, daß wir koloniale Abtretungen verlangten, deren Gewährung ja dadurch erleichtert werden könne, daß man ihnen die Form eines Tausches gäbe, erwähnte Cambon vorsichtig den Kongo, aber wiederum ohne bestimmte Angebote zu machen. Er wünschte offenbar, daß Deutschland zunächst eine bestimmte Forderung stellen solle. Darauf ließ sich Kiderlen nicht ein; vielmehr bat er den Botschafter nochmals dringend, sich genauere Instruktionen von seiner Regierung geben zu lassen. Ganz unzweideutig brachte er auch bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, daß Deutschland keine dauernde Besitzergreifung in Marokko beabsichtige [16]).

[16]) Aufzeichnung Kiderlens, 9. Juli; jetzt gedruckt bei Jäckh 2, 123. Immediatbericht Bethmanns, 10. Juli, mit Randbemerkungen des Kaisers.

Ein Bericht über dies Gespräch wurde dem Kaiser vorgelegt, dem man offenbar früher gesagt hatte, es sei schon alles so gut wie abgemacht und die Entsendung des Schiffes solle nur noch einen letzten Druck ausüben. Er war höchst erstaunt und schrieb unter das Schriftstück: „Was zum Teufel soll denn nun noch gemacht werden? Das ist ja die reine Farce I Man verhandelt und verhandelt und keines kommt heraus. Wenn wir so unsere kostbare Zeit verlieren, dann stärken die Briten und Russen den erschreckten Galliern den Rücken und diktieren ihnen, was sie uns höchstens gnädig gewähren sollen. Diese Art von Diplomatie

ist für mein Hirn zu fein und zu hoch.“ Er wünschte, daß die Franzosen nun endlich veranlaßt würden, mit ihrem Angebot herauszukommen.

In Paris äußerte man sich zwar anfangs etwas pikiert, da die Entsendung des Kriegsschiffes der Unbefangenheit der Aussprache Eintrag tun und die öffentliche Meinung erregen werde, erklärte sich aber nach Empfang des Berichts von Cambon zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit; auf Abtretungen in Marokko selbst würde man sowohl der eigenen wie der englischen Interessen wegen nicht haben eingehen können [17]).

[17]) Schön, 2. und 12. Juli.

Am 15. Juli erschien Cambon wieder bei Kiderlen, vermied es aber wieder, selbst ein Angebot auszusprechen. Dem Staatssekretär riß nun die Geduld, und er erklärte, wenn er auch offiziell noch keine bestimmte Forderung zu stellen habe, so könne er doch als seine Privatmeinung mitteilen, daß wir den ganzen Französischen Kongo beanspruchen würden. Cambon wollte auf den Rücken fallen und erklärte, schon eine teilweise Abtretung dieser Kolonie werde auf die größten Schwierigkeiten stoßen, da Deutschland als Gegengabe ja nur unbestimmte Ansprüche zu bieten habe, die es zudem noch mit andern Mächten teile. Der Kaiser, dem dieser Bericht auf seine Nordlandreise nachgeschickt wurde, war wieder höchst unzufrieden und meinte, man habe kostbare Zeit damit vergeudet, die Franzosen zum Aussprechen des ersten Angebots zu bringen; man hätte schon vor zwei Monaten sagen sollen, was man haben wolle. Er untersagte ausdrücklich irgendwelche einer Drohung gleichkommende Schritte in seiner Abwesenheit zu unternehmen. Er fand sich durch den Verlauf der Dinge in seiner alten Abneigung bestärkt, Marokko zum Zankapfel werden zu lassen, und fürchtete, daß aus dieser verhältnismäßig gleichgültigen Frage ein allgemeiner Krieg hervorgehen könne. Der ihn begleitende Gesandte von Treutler fand es nötig, Kiderlen darauf aufmerksam zu machen, „daß es, wie ja E. E. wissen, sehr schwer sein wird, S. M. für Schritte zu gewinnen, von denen Allerhöchstderselbe annimmt, daß sie den Krieg herbeiführen würden“ [18]).

[18]) Immediatbericht vom 15. Juli (teilweise bei Jäckh 2, 126). Treutler an das Auswärtige Amt, [17]. Juli (zwei Telegramme). Das eine gedr. Jäckh 2, 127, vgl. 128 Anm.

Auch Kiderlen meinte, die Verhandlungen würden sehr langwierig werden und legte sich nun endlich die Frage vor, was denn eigentlich werden solle, wenn Frankreich auch jetzt keine genügenden Kompensationsangebote mache. Er setzte dem Reichskanzler auseinander, daß es dann schwierig sein werde, Forderungen aufzustellen, die uns nicht mit andern Mächten in Konflikt zu bringen drohten. Unsere Festsetzung in Marokko werde England nicht zugeben. „Auch weiß ich nicht, wo wir die Mittel zu einem solchen Vorgehen nehmen sollten." Daher müsse man durchaus versuchen, durch weiteres Verhandeln ohne fremde Einmischung bei Frankreich etwas zu erreichen [19]). Gleichzeitig teilte er in einem Privatbriefe dem Reichskanzler mit, daß nach seiner Meinung nichts zu erreichen sei, wenn man in Paris nicht fühlen lasse, daß man beim Scheitern der Verhandlungen zum Kriege entschlossen sei. „Einen befriedigenden Abschluß", schrieb er wörtlich, „erreichen wir aber nur, wenn wir bereit sind, die letzten Konsequenzen zu ziehen, d. h. wenn die anderen fühlen und wissen, daß wir es sind. Wer im voraus erklärt, daß er nicht fechten will, kann in der Politik nichts erreichen." Als ein solcher befriedigender Abschluß erschien ihm aber nur die Erwerbung der ganzen französischen Kongokolonie. „Wir müssen den ganzen französischen Kongo haben — es ist die letzte Gelegenheit, ohne zu fechten — etwas Brauchbares in Afrika zu erhalten." Die Annahme einer geringeren Entschädigung werde uns unfehlbar als Schwäche ausgelegt werden [20]).

[19]) Kiderlen an Bethmann, 17. Juli. Gedr. Jäckh 2, 128.

[20]) Kiderlen an den Reichskanzler, 17. Juli abends. Jäckh 2, 128.

Hält man alle diese Äußerungen zusammen, so sieht man, daß Kiderlen wohl hoffte, den ganzen Kongo ohne Kampf erhalten zu können, aber nur, wenn Frankreich wisse, daß es sonst werde kämpfen müssen. Zweifellos war er also jetzt selbst bereit, es auf einen Krieg ankommen zu lassen, wenn Frankreich das verlangte Zugeständnis nicht mache. Er unterstrich diese Ausführungen noch dadurch, daß er für den Fall der Ablehnung dieser Politik durch Kaiser oder Kanzler seine Entlassung verlangte.

Dieser angeblich große Staatsmann scheute also nicht davor zurück, Deutschland in einen Kampf um Sein oder Nichtsein hineinzuführen, um den Französischen Kongo zu erwerben. Konnte er wirklich glauben, Bethmann und den Kaiser für eine solche Politik zu gewinnen? Oder fühlte er schon, daß er sich in eine Sackgasse verrannt habe, und wollte jetzt die Verantwortung

von den Schultern werfen, wenn man die entgegenstehende Wand nicht gewaltsam einrenne?

Der Reichskanzler war in der größten Verlegenheit. Er antwortete dem Staatssekretär, daß auch er seinen Abschied fordern werde, wenn Kiderlen wegen der Marokkofrage gehe. Aber zunächst müsse er mit ihm sprechen. Dem Kaiser teilte er nur kurz mit, daß man sich bisher im Rahmen des von ihm gebilligten Programms gehalten habe und dies auch weiter tun werde [21]). Kiderlen forderte jedoch in einem zweiten Schreiben unter Hervorhebung der gleichen Gesichtspunkte, der Reichskanzler solle feststellen, ob er noch das kaiserliche Vertrauen besitze oder ihn von seinen Geschäften entbinden [22]). Bethmann tat aber keins von beiden. Eine mündliche Aussprache scheint doch dazu geführt zu haben, daß Kiderlen darauf verzichtete, Kaiser und Kanzler auf seine Richtlinien festzulegen. Denn es geschah doch wohl mit seinem Wissen und seiner stillschweigenden Zulassung, daß Bethmann am folgenden Tage dem Kaiser versicherte, er werde es niemals wagen, ohne seine Ermächtigung den von ihm gesteckten Rahmen zu überschreiten, und sich zugleich dahin aussprach, wenn von Frankreich keine Kompensation zu erlangen sei, werde uns nur der sehr ungünstige Rückzug auf die Forderung voller Durchführung der Algesiras-Akte möglich bleiben [23]). Indem Kiderlen das zugab, verzichtete er auf die eventuelle Durchsetzung der Erwerbung des Kongo mit Waffengewalt, während er doch kurz vorher die Entschlossenheit dazu als notwendig für des Gelingen der von ihm eingeleiteten Politik und als Bedingung seines Verbleibens im Amte bezeichnet hatte. Von seinen Rücktrittsabsichten hat der Kaiser offenbar niemals etwas erfahren [24]).

[21]) Bethmann an den Kaiser, 18. Juli. Bethmann an Kiderlen, 18. Juli. Jäckh 2, 131.

[22]) Kiderlen an den Reichskanzler, 19. Juli. Jäckh 2, 182.

[23]) Bethmann an den Kaiser, 20. Juli.

[24]) Es sei noch erwähnt, daß Kiderlen Anfang August den Vertretern der Marine gegenüber erklärte, man könne Marokkos wegen unmöglich Krieg führen, und zugleich ausführte, wenn man auf Durchführung der Algesiras-Akte bestehe, werde Frankreich dies offiziell zugestehen und uns mit der Ausführung endlos hinhalten, daher sei auch eine kleine Kompensation vorzuziehen, s. d. Brief des Kapitäns Seebohm an Tirpitz v. 8. August (Tirpitz, Dokumente S. 201).

In diesen Äußerungen der beiden für die Leitung unserer Politik verantwortlichen Persönlichkeiten liegt die schärfste Kritik des bisher befolgten Verfahrens. Man hatte sich in der Hoffnung auf leichtes Gelingen in ein Abenteuer gestürzt, ohne sich zu überlegen, wie man wieder herauskommen solle, wenn die Dinge anders liefen, wie man es erwartet hatte.

Der französische Minister wies die Abtretung des ganzen Kongo sofort als völlig unmöglich zurück, gab aber Vollmacht zu weiteren Verhandlungen [25]).

[25]) Schön, 18. Juli.

Auch in London hatte man sich natürlich die Frage vorgelegt, was Deutschland eigentlich beabsichtige. Nach den Versicherungen Metternichs hatte man anfangs angenommen, daß es sich um koloniale Kompensationen von nicht sehr beträchtlichem Umfang handeln werde. Die Entschließung darüber wollte man Frankreich allein überlassen und sah die eigenen Interessen dabei zunächst nicht gefährdet, wenn man auch gleich anfangs betonte, zu einer endgültigen Regelung der Marokkofrage müsse England mit herangezogen werden [26]). Die englische Presse nahm von Anfang an scharf gegen Deutschland Stellung, ohne daß die Regierung etwas dagegen tat. Als man nun aber erfuhr, daß Deutschland den ganzen Kongo oder doch wenigstens einen erheblichen Teil davon beanspruche, schien die Möglichkeit sehr nahe zu liegen, daß die Verhandlungen scheitern würden. Was würde dann werden? Nicolson sagte am 19. Juli dem russischen Botschafter, dann werde Deutschland wahrscheinlich in Agadir bleiben und vielleicht sei das auch von Anfang an der eigentliche Hintergedanke gewesen. Dann aber werde die Lage sehr gefährlich werden, weil dadurch Englands Interessen unmittelbar berührt würden [27]). Dieselbe Befürchtung äußerte Grey am 21. zu Metternich; man könne nicht wissen, ob Deutschland nicht Agadir schließlich behalten und sogar zu einem Kriegshafen ausbauen werde. Der Botschafter sagte ihm, das seien doch lediglich Vermutungen, England könne doch abwarten, ob seine Interessen wirklich verletzt würden, woran die deutsche Regierung seiner Ansicht nach nicht denke. Es sei doch nicht Deutschland, sondern Frankreich, das durch sein Verhalten den bestehenden Zustand in Marokko umgeworfen habe. England scheine aber hier mit zweierlei Maß zu messen. Grey erwiderte, er habe gar nichts gegen eine koloniale Vergrößerung Deutschlands in Mittelafrika. Da es aber nicht sicher sei, ob man sich hierüber mit Frankreich werde verständigen können, so sei es besser, man

spräche sich mit England über Agadir aus, bevor dort neue Tatsachen geschaffen würden. Der unzweifelhaft richtige Gesamteindruck Metternichs von dieser Unterredung war der, daß England an den Verhandlungen beteiligt sein wolle, um zu verhindern, daß Deutschland sich dauernd in Südmarokko festsetze, daß es aber gegen eine Vergrößerung an anderer Stelle nichts einzuwenden habe [28]).

[26]) Metternich, 1., 3., 4. Juli.

[27]) Siebert, 423 f.

[28]) Metternich, 21. Juli. 22 Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkrieg 337

An demselben Tage, wo diese Unterredung stattfand, hielt Lloyd George bei einem Festmahl eine Rede über die Weltlage, worin er sagte, Großbritannien könne es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß es in Fragen, die seine Lebensinteressen berührten, so behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen gar nicht mehr mitzähle. In einem solchen Falle würde ein Friede um jeden Preis eine Erniedrigung sein, die ein großes Land nicht ertragen könne. Offenbar hielt er es für nötig, eine Warnung an Deutschland zu richten. Man muß dabei beachten, daß Metternich kein Wort darüber gesagt hatte, was Deutschland tun würde, wenn die Verständigung mit Frankreich mißlinge. Er konnte das auch gar nicht, da er hierüber keine Informationen erhalten hatte, weil man es in Berlin selbst noch nicht wußte. Erst am Tage vorher war dort ja der Ausweg gefunden worden, sich auf die Algesiras-Akte zurückzuziehen. Wäre Metternich in der Lage gewesen, Grey die bestimmte Versicherung zu geben, daß wir Agadir unter keinen Umständen zu behalten versuchen würden, wie die Verhandlungen mit Frankreich auch immer ausgingen, so wäre die Rede von Lloyd George vielleicht nicht gehalten worden. Andererseits wäre eine solche Erklärung natürlich insofern bedenklich gewesen, als sie sofort nach Paris mitgeteilt worden wäre, und dort leicht den Eindruck hätte erwecken können, daß man nicht viel zu bieten brauche, da ja die Besetzung von Agadir überhaupt nicht ernst gemeint sei. Wenn man sich dies Dilemma vergegenwärtigt, so erkennt man von neuem, wie unüberlegt und leichtfertig Kiderlen-Wächter sich in das Unternehmen gestürzt hatte, und wie schwer die Faustpfandtheorie aufrechzuerhalten war.

Der Eindruck dieser Rede war ganz gewaltig. In Frankreich sah man sie als eine Erklärung an, daß man bei ernsten

Verwicklungen auf Englands Hilfe zählen könne, in Deutschland aber als eine englische Drohung, vor der man unter keinen Umständen zurückweichen dürfe. Kiderlen teilte jetzt sofort an Metternich mit, daß Deutschland an die Errichtung eines Kriegshafens nie gedacht habe und Frankreich nur veranlassen wolle, sich entweder mit ihm gütlich auseinanderzusetzen oder auf den Boden der Algesiras-Akte zurückzukehren. Derselben Algesiras-Akte, die man kurz vorher für gänzlich hinfällig erklärt hatte, weil sie von Anfang an auf falschen tatsächlichen Voraussetzungen beruht habe. Ferner entrüstete er sich darüber, daß Frankreich seinen Verbündeten Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen gemacht habe, obwohl strengstes Geheimnis vereinbart worden sei. Am folgenden Tage, als er die unangenehme Wirkung der Rede von Lloyd George auf die öffentliche Meinung Deutschlands schon klarer vor Augen sah, fügte er noch hinzu, es sei nicht einzusehen, warum England nicht eine direkte Aussprache mit uns gesucht habe, anstatt uns sofort öffentlich zu drohen. Wenn es die Lage verwirren und eine gewaltsame Entladung herbeiführen wolle, habe es kein besseres Mittel wählen können. Falls aber die Absicht einer Drohung geleugnet werde, sollte Metternich eine öffentliche unzweideutige Erklärung in diesem Sinne fordern [29]).

[29]) Kiderlen an Metternich, 23. und 24. Juli. (Letzteres Schreiben gedr. Jäckh 2, 135.)

Als Metternich jetzt in der Lage war, Grey offiziell mitzuteilen, daß wir unter keinen Umständen in Südmarokko bleiben wollten, erklärte dieser, daß er sich dadurch wesentlich erleichtert fühle und dem Parlament davon Mitteilung machen würde. Hiergegen erhob Kiderlen sofort Protest, da es dann so scheinen könne, als hätten wir diese Erklärung unter dem Druck der Rede von Lloyd George gegeben. Grey war bereit, auf die parlamentarische Verwertung zu verzichten, sagte aber, dann könne er auch nicht beruhigend wirken. Übrigens enthalte- die Rede durchaus keine Drohungen. Wenn Deutschland für sich allein den alten Zustand wiederherzustellen unternehme, könne die Sache noch ernster werden. Es liege ihm durchaus fern, die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu erschweren; aber England müsse sich gegen eine Verletzung seiner Interessen sichern. Metternich erwiderte ziemlich erregt, zu solchem Verdacht liege kein Anlaß vor; je mehr man uns drohende Warnungen erteile, desto fester würden wir auftreten. Er sagt in seinem Bericht, die Unterredung sei äußerst lebhaft, aber in den Grenzen der diplomatischen Etikette verlaufen. Dies läßt den Schluß zu, daß Grey nicht ganz

unrecht hatte, wenn er sie dem russischen Botschafter gegenüber als „stürmisch“ bezeichnete. Metternich führte die Haltung der Engländer teils auf französische Bitten und die Sorge um das Fortbestehen der Entente zurück, teils auf die Vorstellung, daß wirklich britische Interessen in Gefahr seien. Dennoch glaubte er, daß England nicht einen feindlichen Zusammenstoß, sondern eine friedliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wünsche.

Kiderlen beauftragte den Botschafter zu sagen, man erwarte von Greys Loyalität, daß er, wenn er sich überzeugt habe, britische Interessen seien in Wirklichkeit nicht bedroht, dies auch öffentlich ausspreche, und ebenso öffentlich sage, daß er eine Verständigung wünsche. Dazu trage es jedenfalls nicht bei, wenn er die deutschen Forderungen von vornherein als übertrieben darstelle [30]).

[30]) Metternich, 24., 25. und 27. Juli. (Das Schreiben vom 25. bei Jäckh 2, 136.) Kiderlen an Metternich, 25. und 26. Juli. Vgl. Siebert 430.

Es entsprach nicht ganz der Wahrheit, wenn Kiderlen dem Kaiser die Sache so darstellte, als habe Lloyd George seine Rede gehalten, obwohl sich Grey über unseren Verzicht auf marokkanische Gebiete sehr befriedigt ausgesprochen habe. In Wahrheit war ja diese Erklärung von Metternich erst zwei Tage später abgegeben worden. Auch dem Kaiser gegenüber erklärte Kiderlen jetzt, wenn eine Einigung nicht zustande komme, müsse man auf der strikten Einhaltung der Algesiras-Akte beharren. Dieser Standpunkt sei rechtlich unangreifbar [31]). Das letztere mochte richtig sein, ob es aber politisch klug und überhaupt durchführbar war, ist eine ganz andere Frage.

[31]) Kiderlen an Treutler, 26. Juli.

Zwischen Berlin und Paris begann nun ein unendliches, zum Teil kleinliches Feilschen um einzelne Gebietstücke, wobei gelegentlich von französischer Seite auch die Überlassung des Vorkaufsrechtes auf den belgischen Kongo angeboten wurde. Auch warf Caillaux wieder den alten Gedanken in die Debatte, ob man nicht eine Liquidation aller kolonialen Streitfragen vornehmen könne, einschließlich Bagdadbahn, türkische Schuld, Zulassung deutscher Werte an der Pariser Börse, neue Abgrenzung der ozeanischen Besitzungen, weil im Rahmen eines weiteren Abkommens Zugeständnisse an einzelnen Punkten leichter sein würden. Kiderlen hielt es jedoch nicht für

wünschenswert, darauf einzugehen; offenbar befürchtete er davon eine noch längere Verzögerung des Abschlusses, auf den der Kaiser immer wieder drängte [32]). Gelegentlich drohte Frankreich, auch ein französisches und ein englisches Kriegsschiff würden nach Agadir entsandt werden, worauf Kiderlen sich mit Zustimmung des Kaisers weigerte, die Verhandlungen weiter zu führen, bevor diese Drohung zurückgenommen sei. Der Kaiser war darüber so empört, daß er, ganz im Gegensatz zu seiner früheren Haltung, erwog, ob man nicht noch andere Punkte besetzen solle, wenn Frankreich nicht bald ein annehmbares Angebot mache. Der Zwischenfall wurde dadurch erledigt, daß Caillaux erklärte, er habe nur gesagt, Hitzköpfe könnten auf die Möglichkeit der Entsendung von Kriegsschiffen kommen, nicht aber, daß die Regierung sie beabsichtige [33]). Die Verhandlungen wurden stark erschwert durch die Haltung der französischen Presse, die die Sache so darstellte, als ziehe sich Deutschland allmählich vollständig vor der Entschlossenheit Frankreichs zurück. Die französische Armee sei schlagfertig, und Deutschland werde einem energischen Gegner gegenüber vor den äußersten Konsequenzen immer zurückweichen [34]).

[32]) Schön, 27. Juli, 25. August, 5. September. Kiderlen an Treutler, 28. Juli.

[33]) Schön, 4. und 8. August. Jenisch an Kiderlen, 6. August. Kiderlen an Schön, 8. August.

[34]) Schön, 10. August.

Mitte September war man endlich im wesentlichen über die Gebietsabgrenzung einig. Es blieben noch einige Differenzen über die künftige Stellung der Deutschen in Marokko. Die von Deutschland geforderte Beteiligung an den marokkanischen Eisenbahnbauten lehnten die Franzosen ab. Anfang Oktober waren auch diese Punkte erledigt. Im letzten Augenblick versuchte Caillaux noch einmal einen Streifen am Ubangi, der die Verbindung zwischen den französischen Kolonien herstellen sollte, gegen das Vorkaufsrecht auf den belgischen Kongo herauszuhandeln, da es dann leichter sein werde, den Vertrag im Parlament durchzubringen. Als dies von deutscher Seite abgelehnt wurde, erklärte Caillaux, Frankreich werde sein Wort halten, aber die erhoffte günstige Wirkung auf die allgemeinen Beziehungen beider Länder würde nicht eintreten, wenn Deutschland sich so wenig entgegenkommend zeige, vielmehr werde ein Stachel Zurückbleiben. Zu allerletzt machte Kiderlen noch ein kleines Zugeständnis in der Grenzfrage, wofür der

französische Minister seinen wärmsten Dank aussprach [35]). Am 23. Oktober wurde in einem Notenwechsel festgestellt, daß beide Regierungen den Wunsch hätten, die gegenseitigen Beziehungen freundlicher zu gestalten. Am 2. November konnte das Kongoabkommen in seiner endgültigen Gestalt dem Kaiser vorgelegt werden; gleich darauf wurde es unterzeichnet und publiziert (4. November). Auf Wunsch Caillaux' wurde auch Ende November, noch vor der französischen Kammer Verhandlung, der deutsche Kreuzer von Agadir zurückgerufen. Der Minister versprach, sich dafür erkenntlich zu zeigen [36]).

[35]) v. d. Lancken, 3. Oktober. Kiderlen an Schön, 21. Oktober. Schön, 21. Oktober.

[36]) J. Cambon an Kiderlen, 14. November. Schön, 26. und 28. November.

Deutschland hatte eine Erweiterung seiner Kolonie Kamerun auf Kosten des französischen Kongo als Entgelt für den völligen Verzicht auf weitere Einmischung in Marokko erhalten. Über den Wert dieser Erwerbung gingen die Meinungen sehr weit auseinander. Bekanntlich mißbilligte der Kolonialsekretär von Lindequist den ganzen Vertrag und forderte schon während der Verhandlungen seinen Abschied, weil man seine Einwände unberücksichtigt ließ [37]). Er wurde ihm aber erst nach Abschluß des Vertrages bewilligt. Man wird sagen dürfen, daß es Kiderlen im wesentlichen auf einen äußerlichen Prestige-Erfolg angekommen ist, der sich im Erwerb einer Anzahl von Quadratmeilen Urwald und einer unbestimmten Menge von Negerbevölkerung ausdrückte. Wenn gelegentlich ein größeres afrikanisches Kolonialprogramm bei ihm durchzuleuchten scheint, so dürfte sich der Gedanke daran bei ihm erst eingestellt haben, als es den Wert und Sinn der in Aussicht genommenen Erwerbungen zu bestimmen galt. Für die Ausgestaltung des deutschen Kolonialreiches in Afrika war diese Erwerbung jedenfalls nicht von erheblicher Bedeutung.

[37]) Er wurde bei der Aussprache von Kiderlen in einem Tone behandelt, „wie man ihn sonst nur bei der Rekrutenausbildung zu hören pflegt", s. Lindequist an Kiderlen, 7. August, bei Jäckh 2, 138.

Für diesen recht zweifelhaften Gewinn hatte man schwere Nachteile allgemeiner Art eingetauscht. Die Vorstellung, daß Deutschland überall seinen Willen mit gepanzerter Faust durchsetzen wolle und selbst die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwöre, um einen Fetzen afrikanischen Landes zu

gewinnen, wurde von der Ententepresse immer weiter verbreitet. In Frankreich war man erbittert über den von Deutschland ausgeübten Zwang; man wußte aber in der Öffentlichkeit, wie schon erwähnt, die Sache sehr geschickt so darzustellen, als habe Deutschland in seiner Unverschämtheit anfangs den ganzen Kongo gefordert und sei dann vor Frankreichs entschlossener Haltung so weit zurückgewichen, daß es sich mit einem verhältnismäßig unbedeutenden Landstreifen begnügt habe. Kiderlens unvorsichtige Anfangsforderung bot die Möglichkeit, diese Behauptung aufzustellen. England war von neuem, während man eben noch über eine Art Freundschaftsabkommen mit ihm verhandelt hatte, zu einer unfreundlichen Stellungnahme veranlaßt worden; Marokko war der einzige Punkt, wo es zur Unterstützung Frankreichs durch Vertrag verpflichtet war. Man hatte in London erleichtert aufgeatmet, als der Vertrag von 1909 diese Frage dauernd zu regeln schien, und war sehr peinlich überrascht, daß Deutschland dort noch immer Ansprüche geltend machte. Der Zug nach Agadir hatte England dazu gebracht, diese Verpflichtung von neuem anzuerkennen und zu unterstreichen; die Entente war dadurch neu gefestigt worden. Endlich hatte die Entsendung des „Panther“ in Deutschland selbst viel weitergehende Erwartungen erweckt; vielen schien keine andere Deutung möglich, als daß man Südmarokko behalten wolle; als die Regierung nun darauf gegen ein Stück Kongo verzichtete, erschien dies als Rückzug vor Frankreich und England; die Regierung wurde der Schwäche angeklagt und erntete so auch im eigenen Lande nicht den erhofften Erfolg.

Im ganzen war es eine schlecht überlegte, von reinem Prestigebedürfnis und dem Wunsch, die Niederlage von Algesiras auszuwetzen, getragene Aktion. Auch die alte Tradition der Holsteinschen Zeit wird bei Kiderlen mitgewirkt haben. Die Gefahr der Gesamtlage, in der wir uns befanden, wurde zweifellos dadurch verschärft; wo äußerste Vorsicht geboten war, wurde ein leichtsinniger Husarenstreich unternommen, der uns weit mehr an Renommee kostete, als er einbrachte. Gewißhatte Frankreichs rücksichtsloses Vorgehen etwas Provozierendes; aber es wäre sicherlich klüger gewesen, sich nicht provozieren zu lassen, wie dem Kaiser anfangs sein richtiges Gefühl sagte. Ihm wurde die Einwilligung durch die angebliche Aussicht auf leichte und große koloniale Erwerbungen mit voller Zustimmung Frankreichs abgerungen. Für den ruhigen und durchaus nicht abenteuerlich veranlagten Reichskanzler scheint die Hervorkehrung des Rechtsstandpunktes maßgebend gewesen zu sein, da er für derartige formale Betrachtungen immer besonders zugänglich

war. Die treibende Kraft war unzweifelhaft Kiderlen-Wächter, der, wie er auch den Druck auf Rußland im März 1909 durchgesetzt hatte, jetzt von Frankreich durch eine mehr oder minder verhüllte Kriegsdrohung stärkere Zugeständnisse herausholen wollte. Er hielt es für die richtige und allein Erfolg versprechende Art, Politik zu treiben, wenn man während des Verhandelns stets den Revolver in der Hand hielt oder seinen Lauf wenigstens deutlich aus der Rocktasche hervorsehen ließ. Und als der Diplomat von Fach wußte er den Kanzler, der sich in auswärtigen Fragen nie recht sicher fühlte, anfangs mitzureißen, mußte allerdings im entscheidenden Augenblick den Rückzug antreten, als er sah, daß weder Bethmann noch der Kaiser für diese eine nahe Kriegsgefahr herauf beschwörende Politik zu haben waren.

Noch ein kurzes Wort muß über den Einfluß dieser Vorgänge auf unser Verhältnis zu England gesagt werden. Im November machte der englische Hauptmann Faber jene sensationellen Enthüllungen, die den Beweis zu liefern schienen, daß England im Sommer dicht vor einem Kriege mit Deutschland gestanden habe. Sieht man seine Ausführungen näher an, so findet man jedoch, daß er zunächst beweisen wollte, die englische Flotte sei im Sommer nicht kriegsbereit gewesen, und nur nebenbei zu wissen behauptete, daß für den Fall eines deutsch-französischen Krieges tatkräftige Unterstützung Frankreichs vom Kabinett beschlossen gewesen sei, wobei Meinungsverschiedenheit über die Frage geherrscht habe, ob diese Unterstützung nur durch die Flotte oder auch durch Landung eines Expeditionsheeres in Belgien zu leisten sei. Dies alles mag richtig sein; daß die englische Regierung den Franzosen im Notfall zu helfen entschlossen war, unterliegt keinem Zweifel und wurde auch von Metternich in seinen Berichten stets betont. Daß aber im Sommer 1911 tatsächlich kriegerische Vorbereitungen von England getroffen seien, dafür liegt bisher kein Beweis vor. Auch ist Grey, wie aus seinen Besprechungen mit dem russischen Botschafter klar hervorgeht, seit Ende Juli stets der Ansicht gewesen, die Verhandlungen würden schließlich doch friedlich verlaufen. Daß England damals den Krieg gegen Deutschland gewünscht oder die Franzosen zu einem solchen aufgeputscht habe, ist durchaus unwahrscheinlich. Allerdings war Grey der Ansicht, daß Großbritannien, falls es zum Kriege zwischen Deutschland und Frankreich komme, den Franzosen werde helfen müssen. Er hat dies am 16. August dem russischen Botschafter ausdrücklich gesagt. Er hat aber auch hinzugefügt, er glaube nicht, daß der Kaiser je den Krieg gewollt habe oder ihn jetzt wolle [38]). Ein solches Zugeständnis gerade aus diesem Munde ist das beste

Zeugnis für den friedlichen Charakter der deutschen Politik. Was Grey mit dieser ganzen Mitteilung bezweckte, läßt sich bisher nicht mit Bestimmtheit sagen. Indem er darauf hinwies, daß dann auch Rußland, dessen mangelhafte Kriegsbereitschaft er kannte, mit hinein gezogen werden würde, wollte er doch wohl darauf hinwirken, daß der Zar seinen Einfluß in Paris im Sinne des Friedens einsetzen möge.

[38]) Siebert 435.

Immerhin war unser Verhältnis zu den Westmächten jetzt viel gespannter geworden als früher, während Rußland, ganz mit seinem wirtschaftlichen und militärischen Wiederaufbau beschäftigt, sich zurückhielt. In Deutschland aber erscholl um so lauter der Ruf nach, einer neuen Flottenverstärkung, damit wir gegen einen englischen Überfall auf jeden Fall gesichert seien.

Auch die unmittelbaren Folgen waren für Deutschland wenig erfreulich. In Frankreich wurde im Januar 1912 das Ministerium Caillaux gestürzt. Man warf ihm allzu große Nachgiebigkeit gegen Deutschland vor. An die Spitze der neuen Regierung trat der Lothringer Raymond Poincare, ein heftiger Vorkämpfer der Revanche-Idee, als Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen. Von diesem Augenblick an nahm nach Bethmanns Zeugnis auch Jules Cambon in Berlin eine veränderte Haltung an und sprach nicht mehr von dem Wunsche nach Annäherung und Verständigung. Überhaupt war man in Frankreich in Siegerstimmung. Der vorherrschende Eindruck blieb, daß Deutschland trotz seiner großen Worte und drohenden Gebärden im entscheidenden Augenblick vor der ruhigen Entschlossenheit Frankreichs und des verbündeten England zurückgewichen sei. Ein für den Weltfrieden höchst gefährliches Überlegenheitsgefühl gewann in Paris die Oberhand.

Ebenso groß und verhängnisvoll war der Einfluß der Marokkokrise auf die allgemeine internationale Lage. Die definitive Besetzung Marokkos durch Frankreich trieb Italien zur Okkupation von Tripolis, die dann wiederum das Signal zum Angriff der Balkanstaaten gegen die europäische Türkei und schließlich zum Weltkriege geworden ist.

* *
*

Längst hatte sich Italien durch Abmachungen mit allen Großmächten deren Zustimmung zur Besetzung von Tripolis gesichert. Den Zeitpunkt hatte es bisher immer hinausgeschoben, da es wußte, daß den beiden Dreibundgenossen ein aktives Vorgehen gegen die Türkei sehr unangenehm sein werde. Außerdem war es nicht leicht, einen einigermaßen plausiblen Vorwand zum Angriff auf die Türkei zu finden.

Das Vorgehen Frankreichs in Marokko löste in Rom den entscheidenden Entschluß aus. Frankreichs Desinteressement in Tripolis und das Italiens in Marokko standen ja in Wechselbeziehung. Ließ man jetzt die Franzosen ruhig Marokko nehmen, ohne die eigenen Wünsche zu verwirklichen, so konnten die gegebenen Versprechungen in Paris leicht in Vergessenheit geraten [40]). Man hatte dann die Gegenleistung im voraus gewährt, ohne selbst etwas bekommen zu haben.

[39]) Vgl. zum folgenden Siebert, S. 492 ff. und Pribram 1, 275 f.

[40]) Ausdrücklich betonte Tittoni dies Motiv gegenüber Iswolski, s. dessen Berichte vom 27. September. Livre noir 1, 138. Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, herausg. von F. Stieve 1, 151 f.

Dazu kam noch eine andere Erwägung. Seit Racconigi wußten die Italiener, daß Rußland eine Aufteilung der europäischen Türkei unter die Balkanstaaten plane, und daß es dabei vielleicht zu Zusammenstößen mit Österreich kommen könne. Sie wollten für diesen Fall, wie sie den russischen Vertretern ganz klar sagten, die Hände freihaben und daher die Tripolisfrage erledigen, bevor es am Balkan losgehe. Natürlich stand dahinter die Befürchtung;, daß Österreich sonst, wenn es selbst etwa Gebietserweiterungen erlange, für die italienischen Kompensationen, die vertragsmäßig ausbedungen waren, auf Tripolis verweisen könne; das war nicht mehr möglich, wenn man, Tripolis schon vorher genommen hatte. Endlich war die Türkei durch die Bekämpfung aufständischer Bewegungen in Arabien und Albanien damals so stark in Anspruch genommen, daß der Zeitpunkt besonders günstig erschien.

Ende August 1911 ließ Italien den Mächten mitteilen, daß es die Ruhe in Tripolis herzustellen gedenke, die übrigens nicht erheblicher gestört war wie stets in diesen entlegenen Teilen des türkischen Reiches. Deutschland und Österreich waren vorher unterrichtet worden und konnten keinen ernsten Widerspruch erheben, da sie vertragsmäßig zur Ünterstützung der

italienischen Wünsche in diesem Punkte verpflichtet waren. Aehrenthal war sogar erfreut, Italiens Interesse und Kräfte auf längere Zeit vom Balkan abgelenkt zu sehen. Allerdings gab es in Wien eine starke Partei, deren Führer General Conrad v. Hötzendorf war, die dem Vorgehen Italiens scharfen Widerspruch entgegensetzen, und, wenn es sich trotzdem in das Unternehmen. verwickle, diesen Zeitpunkt zu einer gründlichen Abrechnung mit den letzten Endes doch unversöhntlichen Italienern benutzen wollte. Schon in der Zeit der Zusammenkunft von Racconigi hatte General Conrad vergeblich einen Präventivkrieg gegen den zweideutigen Verbündeten empfohlen. Der Erzherzog-Thronfolger nahm auch diesmal eine unsichere Haltung ein. Schon früher hatte er in Berlin mitteilen lassen, „daß ich mich in keiner Weise mit Aehrenthal indentifiziere. Ich dulde ihn, aber wir stimmen in gar vielen Fragen nicht überein [41]).“ Er widerstrebte der Erneuerung des Dreibundes und strebte immer noch einer Wiederherstellung des alten Dreikaiserverhältnisses zu, die ja anfangs auch auf Aehrenthals Programm gestanden hatte, aber von ihm längst als aussichtslos auf gegeben war [42]). Aber auch zu einer kriegerischen Lösung war er nicht geneigt. Der alte Kaiser entschied sich schließlich definitiv für eine friedliche Politik und die sofortige Aufnahme der Verhandlungen über Erneuerung des 1914 erlöschenden Dreibundes. Allerdings verzögerten sich diese durch Italiens Schuld bis über den Ausbruch des tripolitanischen Krieges hinaus. Immerhin behielt Aehrenthals italienfreundliche Politik in Wien die Oberhand auch nach dem Beginn des Kampfes. General Conrad wurde mit seinem Anträge, Italien anzugreifen, solange es in Tripolis fest engagiert sei, oder wenigstens seine Verlegenheiten zu entschiedenem Vorgehen auf dem Balkan zu benutzen, vom Kaiser Franz Joseph abgewiesen. „Solange Italien uns nicht angreift, wird dieser Krieg nicht geführt,“ sagte ihm der Kaiser. Conrad erhielt auf Aehrenthals Verlangen seine Entlassung (2. Dezember 1911).

[41]) Tschirschky, 27. Januar 1910. Vgl. Gen. Conrad, Aus meiner Dienstzeit, Bd. 2, 171 ff., mit vielen Aktenstücken.

[42]) Bericht des Militärattaches in Wien, 24. November 1911.

In Deutschland fürchtete man, daß eine türkische Niederlage auf den Balkan zurückwirken, das Losbrechen Bulgariens, Serbiens und Griechenlands gegen die Türkei, vielleicht eine neue Revolution in Konstantinopel, oder eine Okkupation Arabiens durch die Engländer zur Folge haben könne. Der Kaiser verlangte, daß man sofort nach Beilegung der Marokkofrage mit Frankreich

gemeinsame Maßregeln zur Erstickung eines Balkanbrandes vereinbare. Er glaubte, da die französischen Milliardeninteressen in Nordafrika und dem nahen Orient bedroht seien, werde man in Paris dazu geneigt sein [43]). In seiner Verstimmung über die Haltung Englands während der Agadirkrise kam er noch einmal auf den alten Gedanken eines Kontinentalbundes zurück. Einem Franzosen gegenüber äußerte er: „Wir sind die beiden einzigen militärischen Völker. Wir beide zusammen könnten in der Welt machen, was wir wollten.“ Dem französischen Militärattache sagte er, der Kontinent müsse sich gegen England zusammenschließen [44]). Auch dem Auswärtigen Amt legte er eine Verständigung mit Frankreich nahe, während er von einem Zusammengehen mit England nichts wissen wollte [45]). Trotzdem wurde auch in London sondiert; Metternich meldete aber, daß man dort die Aufteilung der Türkei und das Vordringen Rußlands nach Konstantinopel für unabwendbar halte [46]).

[43]) Der Kaiser an Kiderlen, 28. September 1911. Jenisch an Kiderlen, 29. September. Kiderlen an den Kaiser, 29. und 30. September.

[44]) Rapport, S. 359 f. 40) Jenisch an das Auswärtige Amt, 1. Oktober.

[46]) Metternich, 17. Oktober.

Man konnte sich nicht stärker über die in Frankreich herrschende Stimmung täuschen, als es der Kaiser tat. Paul Cambon sagte damals in London, selbst wenn es jetzt zu einer Verständigung mit Deutschland komme, würde der Krieg nur um drei bis vier Jahre hinausgeschoben werden. Das liege auch im Interesse Frankreichs und Rußlands, da sie dann besser gerüstet sein würden. Aber die Abrechnung sei unvermeidlich, da man sonst beständig neuen Überrumpelungsversuchen Deutschlands ausgesetzt sein werde [47]).

[47]) Der serb. Geschäftsträger, 8. September. Boghitschewitsch 141.

Indessen gingen die Ereignisse ihren Gang. Die Türkei bot durch deutsche Vermittlung weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse in Tripolis an, wenn Italien auf Gewaltmaßnahmen verzichte. In Rom erklärte man, es sei zu spät, die öffentliche Meinung verlange energisches Handeln. Am 28. September erfolgte Italiens Ultimatum an die Türkei, am folgenden Tage die Ablehnung und die Kriegserklärung. Am 5. Oktober wurde die Stadt Tripolis besetzt, in den folgenden Wochen die wichtigsten Küstenplätze.

Gleich nach Beginn des Krieges bot die italienische Regierung durch Vermittlung Deutschlands dem Sultan an, sie wolle seine formelle Oberhoheit anerkennen, wenn er ihr die Verwaltung von Tripolis überlasse, etwa in der Art, wie dies bei Bosnien gegenüber Österreich geschehen sei. Die Pforte wollte jedoch höchstens in eine provisorische Besetzung oder einen Pachtvertrag willigen, was den Italienern nicht genügte [48]). Sobald aber die Stadt Tripolis besetzt war, verfiel Italien in einen Siegesrausch; es erschien jetzt der Regierung nicht mehr möglich, auch nur eine formelle Oberhoheit des Sultans bestehen zu lassen [49]). Da die Türken durchaus in keine volle Abtretung willigen wollten, auch wenn die geistlichen Rechte des Sultans als Kalifen ausdrücklich garantiert würden, blieben alle Vermittlungsversuche nutzlos. Die Hilferufe der mitten im Frieden ohne jeden plausiblen Grund überfallenen Türkei verhallten bei den Großmächten ungehört. Rußland hätte gern mit England und Frankreich zusammen vermittelt, stieß aber bei den Westmächten auf Ablehnung. Die Türken kamen zeitweise auf den verzweifelten Gedanken, sich England ganz in die Arme zu werfen, das ihnen am ungünstigsten gesinnt war, und die gute Gelegenheit benutzte, um sich der Bucht von Solem im ägyptisch-tripolitanischen Grenzgebiet zu bemächtigen. Sie erhielten in London nur die kühle Antwort, daß man über gar nichts reden könne, solange die Türkei nicht ihre Beziehungen zu Deutschland gelöst habe und in der Frage der Bagdadbahn den englischen Wünschen entgegenkomme [50]).

[48]) Marschall, 25. September. Kiderlen an Jagow, 27. September. Jagow an das Auswärtige Amt, 2., 3. und 9. Oktober.

[49]) Jagow, 9. Oktober. Marschall, 15. Oktober.

[50]) Marschall, 31. Oktober.

Rußland hielt diesen Augenblick für günstig, um die 1908 vertagte Meerengenfrage wieder aufzuwerfen [51]). Es ließ im Oktober dem Sultan vertraulich ein Abkommen anbieten, wonach er den russischen Kriegsschiffen freie Durchfahrt durch die Meerengen gestatten sollte, wohingegen Rußland versprechen wollte, die Balkanstaaten von jedem Angriff auf die Türkei abzuhalten und sogar dem Sultan den Besitz von Konstantinopel und dem umliegenden Gebiet dauernd zu garantieren. Man fand nur in Paris mit diesen Plänen laue Zustimmung, in London stieß man auf starke Bedenken; Grey hielt den Zeitpunkt für ungeeignet und meinte, auch sachlich müsse das russische Verlangen erst genau auf seine Vereinbarkeit mit den bestehenden Verträgen hin

geprüft werden. Eine Garantie türkischen Gebietes hielt er-für sehr bedenklich; Italien werde sie als Feindseligkeit auf fassen. Graf Benckendorff regte den Abschluß eines neuen Übereinkommens mit England über alle Fragen des nahen Orients an, zweifelte aber, ob man in London darauf eingehen werde. Auch in Berlin wurde sondiert. Kiderlen erklärte, keine Bedenken zu haben und übernahm es, die Meinung des Wiener Kabinetts zu ermitteln. Dagegen war Herr v. Marschall ganz empört über diesen Versuch, „die Grundlage des im nahen Orient geltenden Staatsrechts“ zu zerstören. Dadurch werde Österreichs Interesse schwer bedroht, aber auch alles, was Deutschland seit zwanzig Jahren geschaffen habe. Wenn England das billige, „sei kein Zweifel mehr möglich, daß die Triple-Entente eine aggressive Allianz ist mit dem Ziel, der allein maßgebende Machtfaktor in Europa und den europäischen Interessengebieten zu werden“ [52]). Auch in Wien äußerte man sich sehr zurückhaltend. Man befürchtete eine Verstärkung der maritimen Machtstellung der Entente im Mittelmeer und wollte dafür wenigstens greifbare Gegenleistungen haben. Aehrenthal meinte, das sei doch früher auch Bülows Standpunkt gewesen; er wisse allerdings nicht genau, was Deutschland von den Russen in Potsdam bekommen habe [53]).

[51]) S. Siebert 674 f. Livre noir 1, 140 ff. Stieve a. a. 0. 1, 155.

[52]) Marschall, 2. Dezember.

[53]) Tschirschky, 20. November.

Die Türkei suchte diesen Anlaß zu benutzen, um ein dauerndes Bündnis mit der Entente zu schließen unter der Bedingung, daß sie gegen Italiens Ansprüche geschützt werde, stieß aber bei den Westmächten auf kühle Ablehnung. Hier war man vielmehr bestrebt, Italien immer näher an die Entente heranzuziehen und begrüßte es besonders, daß die Italiener zu der Expedition die an der französischen, nicht die an der österreichischen Grenze stehenden Truppen benutzten. Auch Rußland hoffte, daß später Österreich genötigt sein werde, Truppen von der galizischen an die italienische Grenze zu verlegen.

Nachdem die türkische Regierung jede Abweichung vom Berliner Vertrag abgelehnt hatte, zog man es von russischer Seite vor, die ganze Aktion für einen persönlichen Schritt des Botschafters Tscharykow in Konstantinopel zu erklären, zu dem er nicht ermächtigt gewesen sei [54]).

[54]) Der serbische Gesandte Popowitsch, 4- Dezember. Boghitschewitsch 167.

[55]) Oberndorf, 28. September. Jagow, 3. Oktober. Marschall, 17. Februar 1912. Kiderlen an Marschall, 18. Februar.

Der Krieg selbst dauerte bekanntlich länger als man in Rom erwartet hatte. Das Vordringen in das Innere des Landes bot große Schwierigkeiten und ging nur langsam vor sich. Da die Türkei sich auch weiterhin unbedingt weigerte, auf die Abtretung von Tripolis einzugehen, während Italien am 5. November die Annexion des Landes proklamiert hatte, entstand für letzteres die schwierige Frage, auf welche Art man die Türken zum Nachgeben zwingen könne. Kleine Operationen im Roten Meer führten naturgemäß nicht zum Ziele. Im Frühling 1912 besetzten die Italiener Samos, Rhodos und eine Anzahl anderer türkischer Inseln im Ägäischen Meer, und zweimal machten sie den vergeblichen Versuch, die Einfahrt in die Dardanellen zu erzwingen.

Die Ausdehnung des Krieges auf das Ägäische Meer rief sofort große Schwierigkeiten hervor. Nach Artikel 7 des Dreibundvertrages hatte Österreich für jede auch nur zeitweilige Besetzung von Inseln oder Küstenpunkten durch Italien eine Kompensation zu beanspruchen. Schon im Winter hatte Aehrenthal gegen eine eventuelle Ausdehnung des Krieges in das Ägäische und Adriatische Meer Protest eingelegt. Von Berlin aus hatte man jedoch den Österreichern entschieden abgeraten, den italienischen Absichten Schwierigkeiten in den Weg zu legen, damit nicht die Regierung, wenn sie nichts erreiche, dem Volke gegenüber die Schuld dafür auf Wien abladen könne. In der Tat begnügte sich Österreich, seine Ansprüche zwar anzumelden, aber deren Geltendmachung zu verschieben, bis der Krieg beendigt sei [55]).

Am 17. Februar 1912 starb Graf Aehrenthal. Wir wissen, daß er das Vertrauen des Thronfolgers schon seit längerer Zeit nicht mehr besaß. Auch in Berlin traute man ihm in den letzten Jahren nicht mehr recht und glaubte sogar zeitweise, er strebe nach einer engeren Verbindung mit Rußland, um das deutsche Bündnis nicht mehr unbedingt nötig zu haben. Man sah darin eine Hinterhältigkeit seiner Politik; unser Botschafter meinte einmal, dem ehrgeizigen Manne sei wohl zuzutrauen, daß er „ohne uns, wenn auch nicht gegen uns“, seine Pläne verfolgen wolle [56]).

[56]) Tschirschky, 28. Januar 1910.

Sein Nachfolger wurde Graf Berchtold, der, ebenso wie er, früher Botschafter in Petersburg gewesen war. Er war mit dem ganzen Selbstgefühl des altösterreichischen Aristokraten ausgestattet, aber im Grunde ängstlich und sehr leicht erregbar; in kritischen Lagen verlor er häufig seine Selbstbeherrschung. Er schien einer Annäherung an Rußland noch stärker als sein Vorgänger zuzuneigen und sah den eigentlichen Feind der Monarchie — abgesehen natürlich von Serbien — in Italien. Unser Botschafter glaubte, daß er den Russen in der Meerengenfrage Konzessionen zu machen geneigt sei, wenn diese für den Fall eines Konfliktes mit Serbien Neutralität versprechen würden. Er hielt solche Bestrebungen des Ministers mit Recht für aussichtslos, da Rußland sich eine Niederwerfung Serbiens vielleicht als fait accompli gegen Kompensationen gefallen lassen, aber sicher nie im voraus gestatten werde [57]).

[57]) Tschirschky, 24. Februar 1912.

Auch in den immer noch schwebenden Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes zeigte Graf Berchtold eine stärkere Zurückhaltung als sein Vorgänger. Er wollte keine erhebliche Änderung des Textes, auch nicht die Einbeziehung des Sonderabkommens über Albanien in den Hauptvertrag, zulassen. Er gab sogar zu erkennen, daß er einzelne der bisherigen Bestimmungen als unvorteilhaft für Österreich, den ganzen Dreibund als „fragwürdig“ betrachte.

Kaiser Wilhelm, der im März 1912 auf der Durchreise nach Italien in Wien weilte, suchte ihm vergeblich klarzumachen, daß König Viktor Emanuel eigentlich gegen seinen Willen durch die Volksstimmung in den Krieg gegen die Türkei hineingerissen worden sei, und daß einige kleine Zwischenfälle im Seekrieg, die zu Reibungen mit Frankreich geführt hatten, ihn künftig zu engerem Anschluß an den Dreibund treiben würden. Außerdem werde der Kampf um Tripolis Italien vom Balkan und der Adria ablenken. Berchtold blieb diesen Ausführungen gegenüber skeptisch. Auf Kiderlens Drängen, man möge den Italienern freie Hand gegen die Dardanellen und die kleinasiatischen Inseln lassen, damit sie in schnelle Erneuerung des Dreibundes willigten, verhielt Graf Berchtold sich ablehnend. Er ließ die italienische Regierung nochmals energisch auf ihre Verpfichtungen gegen Österreich und auf die möglichen schweren Folgen einer

Ausdehnung des Kampfes auf die Küsten des Ägäischen Meeres hinweisen. Vergebens machte Kiderlen auf die Wichtigkeit der Haltung Italiens im Falle eines Krieges mit Rußland und Frankreich aufmerksam. Berchtold fürchtete ein sofortiges Losbrechen Bulgariens und Aufrollung aller Balkanfragen, sobald die Italiener eine Insel in der Nähe der Dardanellen besetzten.

Deutschland konnte gegenüber dem italienisch-türkischen Kriege nur eine Politik des Abwartens und der Ausgleichung befolgen. Den Gegensatz zwischen Italien und Österreich nicht hervorbrechen zu lassen, in der Türkei keine feindselige Stimmung gegen Deutschland und Österreich als die Verbündeten Italiens auf kommen zu lassen, das waren die sehr schwierigen Aufgaben, die, soweit es möglich war, befriedigend gelöst wurden.

Für die allgemeine politische Lage war die wesentlichste und schwerste Folge des Krieges, daß die Balkanstaaten durch die schwierige Lage der Türkei zum Losschlagen gegen sie ermutigt wurden, um bei dieser Gelegenheit ihre alten Ziele zu erreichen. Freilich bedurfte es dazu einer vorherigen Verständigung unter ihnen selbst, die nicht leicht war. Dadurch verzögerte sich ihr Angriff bis in den Herbst 1912.

Während der schwülen und gefahrdrohenden Lage im Frühling und Sommer wurde nun noch einmal ein Versuch gemacht, zwischen Deutschland und England nähere Fühlung herzustellen, der, wenn er ganz gelungen wäre, den Dingen vielleicht noch eine andere Wendung hätte geben können.

15. Die deutsche Flottennovelle und die Mission Haldanes

Die Stimmung in England nach dem Abschluß der Marokkokrise war nicht einheitlich. Während in Deutschlands Vorgehen in Marokko ein weiterer Ansporn lag, die Entente als notwendig anzuerkennen, und Deutschland als den ewigen Friedensstörer zu betrachten, machte sich doch auch eine ganz andere Strömung geltend. Vielfach sagte man, man habe nun schon zweimal, im Frühling 1909 und im Sommer 1911 vor der Möglichkeit eines schweren Krieges gestanden, der, wenn er ausgebrochen wäre, nicht für irgendein englisches Interesse, sondern für die Stellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel oder die Stellung Frankreichs in Marokko geführt worden wäre. Man fragte sich, ob eine Politik, die zu solchen Konsequenzen führe, richtig sei. Aus einer derartigen kritischen Stimmung gegenüber der Entente konnte eine Neigung zur Annäherung an Deutschland hervorgehen.

Dazu kam das rücksichtslose Vorgehen Rußlands in Persien seit dem Oktober 1911 [1]). Hier erneuerte sich die Gefahr eines russischen Vormarsches nach Teheran. Rußland hatte seine anfangs an Persien gestellten Forderungen, als durch Englands Vermittlung deren Erfüllung bedingungslos zugesagt worden war, sofort durch neue schärfere ersetzt, um seinen Vormarsch fortsetzen zu können. Die russischen Methoden in Persien waren überhaupt recht zweifelhafter Natur und widersprachen durchaus den Voraussetzungen des Vertrages von 1907. Sie wurden recht deutlich illustriert durch die Veröffentlichungen Morgan Shusters, jenes tatkräftigen und umsichtigen Amerikaners, der seine Kräfte uneigennützig in den Dienst der Reorganisation der persischen Finanz Verwaltung gestellt hatte, und von den Russen mit List und Gewalt hinausgedrängt wurde, sobald sich zeigte, daß seine Bestrebungen Erfolg haben würden. Seine Enthüllungen versetzten die öffentliche Meinung Englands in lebhafte Erregung und die Kritik an dem Vertrag mit dem Barbarenstaat Rußland, der bei der englischen Bevölkerung nie recht populär gewesen war, begann sich in unangenehmer Weise zu verschärfen. Der russische Botschafter Graf Benckendorff warnte seine Regierung immer wieder, nicht zu unvorsichtig vorzugehen, da man schließlich nicht wissen könne, ob Grey dieser Stimmung nicht werde weichen müssen. Dieser habe zwar erklärt, daß er persönlich keine andere Politik machen werde, wie die bisher

befolgte, weil er sie für die allein richtige halte. Aber wenn er gestürzt werde, so könne niemand wissen, welche Richtung die englische Politik nehmen werde.

[1]) Vgl. hierzu Siebert, S. 211 f., und „Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens“ (Berlin 1917).

In Deutschland war man gegen England wegen der Rede von Lloyd George und der Enthüllungen des Kapitäns Faber außerordentlich gereizt. Wenn der Kaiser dem englischen Botschafter Goschen sagte, immer mehr greife die Überzeugung Platz, daß England jede Gelegenheit benutze, um der friedlichen Ausbreitung Deutschlands in der Welt Schwierigkeiten zu bereiten, oder wenn er betonte, daß man die Hartnäckigkeit Frankreichs in den Marokko Verhandlungen bei uns wesentlich auf die hetzende Tätigkeit Englands zurückführe, so sprach er damit nur aus, was die Mehrheit glaubte [2]). Auch Metternich sagte den englischen Staatsmännern und dem König selbst, man sei bei uns überzeugt, daß wir bei jeder europäischen Komplikation England auf der gegnerischen Seite finden würden; unsere öffentliche Meinung sehe jetzt in England den hauptsächlichsten Gegner [3]). Zu einem englischen Zeitungsartikel bemerkte der Kaiser im November: „Britischer Hochmut und Neid gegen uns sind die Triebfedern der englischen Politik, die in mehr oder minder versteckter Weise gegen uns arbeitet.“

[2]) Der Kaiser an Bethmann, 12. August. Jenisch an Bethmann, 13. August 1911.

[3]) Metternich, 19. August.

Die endgültige Beilegung des Marokkostreits schuf nach Metternichs Ansicht die Möglichkeit einer Annäherung, weil dadurch der einzige Anlaß verschwunden sei, der England zu einem Krieg gegen Deutschland hätte nötigen können. Man rede zwar auch jetzt davon, daß ein solcher im nächsten Frühjahr kommen werde; aber die leitenden Kreise seien von einer solchen Auffassung weit entfernt. Im November 1911 meldete er, der Wunsch zur Versöhnung mit Deutschland sei weit verbreitet; Grey habe ihm selbst gesagt, er hoffe jetzt auf ein besseres Verhältnis. Nach der Meinung des Botschafters standen wir jetzt noch einmal am Scheidewege; es sei noch nicht zu spät, die Richtung zur Aussöhnung einzuschlagen. In einem Privatbrief an den Reichskanzler sprach er aber zugleich aus, was ihm trotzdem Sorge machte. Es war die Agitation für eine neue Vermehrung der Flotte, die inzwischen mit voller Macht eingesetzt hatte [4]).

[4]) Metternich, 27. September, 1., 18., 19. November (mit Ausnahme des letzten gedr. bei Tirpitz, Dokumente 228, 235, 262). Dort (S. 251) auch Metternichs Bericht vom 28. November.

Zweifellos hatte Herr v. Tirpitz schon seit längerer Zeit den Gedanken gefaßt, vor Ablauf der Geltungsdauer des alten Flottengesetzes (1917) eine Novelle einzubringen. Es war ihm sehr unangenehm gewesen, daß mit Genehmigung des Kaisers bei einer früheren Gelegenheit Metternich ermächtigt worden war, den Engländern zu sagen, eine solche Absicht bestehe nicht. Während der Beratungen im Jahre 1910 über eine Verständigung mit England hatte er bereits deutlich durchblicken lassen, daß er eine Novelle für 1912 plane, weil ihm das Tempo des Baues der Schlachtschiffe, von denen nach dem alten Plan nur noch zwei jährlich gebaut wurden, zu langsam war. Er hatte aber bisher die Zustimmung des Kaisers noch nicht erlangt, und es konnte fraglich erscheinen, ob dieser sie geben werde, solange eine Annäherung an England möglich schien. Als nun aber England im Sommer 1911 so energisch für Frankreich ein trat, als das Gerücht sich verbreitete, die englische Flotte habe kriegsbereit dagelegen, um auf den ersten Wink gegen uns losgelassen zu werden, da benutzte der Admiral die hierdurch erzeugte Stimmung des Kaisers und der öffentlichen Meinung, um zu betonen, das alles erlaube sich England nur, weil unsere Flotte nicht stark genug sei [5]). Unter dem Eindruck dieser Anschauungen bemerkte der Kaiser am 21. August zu einem Zeitungsbericht: „Ein besserer Ton gegen Deutschland läßt sich nur durch eine noch stärkere Flotte erreichen, vor der positive Angst die Briten zur Verständigung bringt . . . daher müssen wir die Kreuzer der Hansaklasse durch eine Novelle jetzt zum Ersatz bringen. Für jedes Jahr einen!“ Das Verhältnis der deutschen Schlachtflotte zur englischen müsse 2: 3 sein. Damals war also die Zustimmung des Kaisers zur Einbringung einer Novelle prinzipiell bereits gewonnen. Durch die Enthüllungen Fabers und die anschließenden englischen Presseäußerungen wurde er ebenso in dieser Meinung bestärkt, wie durch die Berichte des Marineattaches in London, die im schreiendsten Gegensatz zu denen des Botschafters standen. Hier erklangen wieder die alten uns längst bekannten Töne: England wolle uns überfallen, uns ein neues Kopenhagen bereiten, während es uns scheinbar ein freundliches Gesicht zeige; es wolle nur die Einbringung einer Novelle hintertreiben, um selbst nicht mehr bauen zu müssen; wenn wir uns aber nicht einschüchtern ließen, so werde es sich mit allem, was wir täten, abfinden. Namentlich bezeichnete der

Attaché den neuen Staatssekretär der Marine, Sir Winston Churchill, als eine Gefahr für Deutschland [6]).

[5]) Vgl. auch Tirpitz, Dokumente 200 ff.

[6]) Berichte des Marineattaches vom 28. Oktober, 10. und 18. November, s. Tirpitz a. a. 0. 229—253, mit Randbemerkungen des Kaisers. Dazu Metternich, 1. November. — Sir E. Cassel urteilte in seinem Briefe an Ballin vom 9. Januar 1912 (Huldermann 246) ganz entgegengesetzt über Churchill.

Der Plan der Admiralität ging im wesentlichen auf eine große Organisationsänderung durch Einführung eines dritten Geschwaders. Ferner sollten sechs weitere Schlachtschiffe außer den bereits bewilligten im Verlauf der nächsten Jahre gebaut und die Mannschaften erheblich vermehrt werden. Als Tirpitz dem Reichskanzler zuerst seine Absichten darlegte, stieß er sofort auf Widerspruch; er schlug schließlich vor, so lange zu warten, bis die Marokkokrise völlig beendet sein würde [7]). Bevor der Admiral dem Kaiser selbst Vortrag hielt, suchte er den Kanzler noch einmal auf und setzte ihm auseinander, wenn das so lange verhandelte Abkommen mit England nicht zustande komme, müßten wir die Flotte verstärken. Bethmann erhob keinen Widerspruch, offenbar in der Hoffnung, daß er das Abkommen doch noch werde zustandebringen können, und am 26. September berichtete Tirpitz in Rominten dem Kaiser. Er schlug vor, im Februar 1912 England öffentlich ein Flottenabkommen auf der Grundlage 2 : 3 anzubieten und im folgenden Winter eine Novelle einzubringen, die das deutsche Programm für den Ausbau der Flotte innerhalb dieses Rahmens enthalte. Lehne England ab, so nehme es das Odium auf sich, eine Verständigung auf annehmbarer Grundlage zurückgewiesen zu haben [8]). Der Kaiser ging sofort auf diese Gedanken ein und schlug dem Reichskanzler brieflich das Angebot an England und die Verschiebung einer an sich notwendigen Novelle auf den nächsten Herbst vor [9]). Der Kanzler hatte gegen beides, Vorschlag an England und Novelle, Bedenken und erbat sich von den leitenden Marinestellen nähere Auskünfte. Es wird ihn schon verstimmt haben, daß Tirpitz durch seine Ratschläge an den Kaiser auch die auswärtige Politik in gewisser Weise zu dirigieren versuchte. Noch befremdender aber mußte es ihm erscheinen, daß der Chef des Admiralstabes, Großadmiral von Heeringen, in seiner Antwort offen erklärte, der alte Risikogedanke, der den bisherigen Flottengesetzen zugrundegelegen habe, könne auf die Dauer unmöglich genügen. „Unsere Flotte bedarf zur Erhaltung des inneren moralischen Elements wie zum äußeren Erfolg unbedingt einer militärisch

brauchbaren Chance gegen England [10]).“ Es ließ sich nicht absehen, zu welchen Folgerungen man von hier aus noch gelangen werde. Ferner verlangte Tirpitz jetzt, im Gegensatz zu der noch in Rominten vertretenen Auffassung, die sofortige Ankündigung der Novelle.

[7]) Am 1. September, s. Tirpitz 207—209.

[8]) S. Tirpitz 213 f.

[9]) Der Kaiser an Bethmann, 26. September u .2. Oktober. Tirpitz 216 f.

[10]) Adm. v. Heeringen an den Reichskanzler, 7. Oktober, bei Tirpitz 220 f.

Diese Ansicht trug er auch am 14. Oktober dem Kaiser in Hubertusstock vor. Dieser ging anfangs darauf ein, sagte sogar, er werde den Kanzler fortschicken, wenn dieser die Novelle nicht sofort einbringe, ließ sich aber durch Bethmann am folgenden Tage noch einmal zu der Entscheidung bestimmen, daß die Frage im Herbst noch nicht berührt werden solle, sondern, wenn notwendig und möglich, erst im Frühjahr [11]).

[11]) Vgl. hierzu die Darstellung von Tirpitz, Dokumente 220—269.

Aber Tirpitz drängte weiter auf sofortige Einstellung der Mehrforderungen in den Etat und drohte mit einem Abschiedsgesuch, wenn dies nicht geschehe. Der Kaiser befahl darauf Mitte November die Einarbeitung der Novelle in den Etat. Bethmann gab nach; er hatte den Eindruck, daß der Kaiser einen Regierungswechsel vornehmen werde, wenn er bei seinem Widerstand beharre [12]). Darauf wollte er es nicht ankommen lassen. Er versuchte noch, durch Hinweis auf die Schwierigkeiten der finanziellen Deckung, die besonders Staatssekretär Wermuth betonte, verzögernd zu wirken. Er fand dabei auch die Unterstützung Kiderlens. Dieser betonte namentlich die Rückwirkung auf unser Verhältnis zu England und verlangte, daß so wichtige Entschlüsse erst nach genauer Anhörung der verantwortlichen Leiter der Politik gefaßt werden dürften. „Der Moment ist allerdings sehr ernst und schicksalschwer für unsere ganze Zukunft und wird eine wohlerwogene Entscheidung unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte erheischen“ [13]). Um diese im günstigen Sinne zu beeinflussen, wandte sich der Kanzler an Metternich mit der Frage, ob von der englischen Regierung nicht irgendein greifbares Zeichen des Entgegenkommens zu haben sei, das über bloße freundliche Redewendungen hinausgehe, und

geeignet sei, auf den Kaiser Eindruck zu machen. Als einen Schritt dieser Art würde er es ansehen, wenn man von englischer Seite auf den früheren Gedanken einer allgemeinen politischen Verständigung etwa in Form eines Neutralitätsabkommens jetzt zurückkäme. Er beauftragte den Botschafter, vorsichtig bei Grey zu sondieren, ob das nicht zu erreichen sein werde [14]).

[12]) Bethmann an Metternich, 22. November.

[13]) Kiderlen an Jenisch, 26. November. Im ersten Konzept vom 25. November sollte der Kaiser direkt gebeten werden, „nicht einseitige Ressortinter essen, sondern alle seine berufenen Vertreter zu hören. Denn jetzt stehen wir am Scheidewege, der zu ernst ist, um darüber fern von der Residenz ohne An hörung der von S. M. selbst gewählten Ratgeber zu entscheiden“. Diese Sätze blieben bei der Absendung fort.

[14]) 22. November, s. oben.

Metternich hatte große Bedenken den Engländern offen zu sagen, daß wir unsere Flotte wiederum verstärken wollten, falls England nicht ein Neutralitätsabkommen anbiete. Er meinte, das werde vielleicht eine noch stärkere Anlehnung an Frankreich zur Folge haben. Verstärkten wir aber unsere Flotte zunächst auf dem Papier, so werde seiner Überzeugung nach sehr viel Vorsicht dazu gehören, um den Bau ungestört durchzuführen [15]). Die früheren Berichte Metternichs wurden dem Kaiser vorgelegt, machten aber keinen Eindruck auf ihn. Er sagte, es sei genau dasselbe, wie 1904 und 1908. „Wäre ich ihm damals gefolgt, hätten wir jetzt überhaupt gar keine Flotte! Seine Deduktion gestattet auf unsere Marinepolitik die Ingerenz eines fremden Volkes, wie ich sie mir als oberstem Kriegsherrn und Kaiser nun und nimmer gefallen lassen kann, noch werde! Und die für unser Volk eine Demütigung bedeutet! Es bleibt bei der Novelle!“

[15]) Metternich, 24. November.

Am 27. November hielt Grey im Unterhause eine Rede, in der er einen nach deutscher Auffassung nicht einwandfreien Rückblick auf Englands Haltung während der Marokkokrise gab. Diese Rede verbitterte die Stimmung des Kaisers noch mehr, obwohl sie auch den Wunsch nach freundlichen Beziehungen zu Deutschland für die Zukunft zum Ausdruck brachte. Der Kaiser telegraphierte darüber an den Reichskanzler, nach seinem Eindruck habe Greys Rede gar keine Änderung herbeigeführt, da nirgends eine Andeutung oder ein Vorschlag gemacht sei, wie er die Beziehungen zu bessern gedenke. „Er hat die hochgespannten

Erwartungen Europas enttäuscht. Folge: Stärkung zur See und zu Land unumgänglich nötig [17]).“ Bethmann erklärte sich damit einverstanden, falls mit der Stärkung der Flotte eine solche des Heeres Hand in Hand gehe. Auch der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes seien derselben Ansicht. Er bat, darüber näheren Vortrag halten zu dürfen [18]). Er suchte offenbar durch starke Betonung der Notwendigkeit einer Verstärkung des Landheeres die Flottenforderungen möglichst zurückzudrängen. Im Januar 1912 schlug er noch einmal vor, die Neuforderungen nicht in einer besonderen Flottennovelle zu machen, sondern die nötigen Bewilligungen jährlich zu beantragen. Als dies abgelehnt wurde, drang er wenigstens auf Verlangsamung des Bautempos für die drei neuen Schiffe, auf die sich Tirpitz schließlich hatten herunterhandeln lassen, suchte seine Zustimmung hinauszuschieben und ließ auch in der Thronrede, mit der am 7. Februar der Reichstag eröffnet wurde, nur eine ganz allgemeine Erwähnung künftiger Wehrvorlagen zu. Er hoffte hoch immer, daß von England ein Angebot kommen werde, erheblich genug, um den Kaiser umzustimmen.

[16]) Der Kaiser an Bethmann, 27. November.

[17]) Bethmann an den Kaiser, 28. November. Der Kaiser an Bethmann, 30. November.

[18]) Bethmann an den Kaiser, 30. November.

Metternich gewann aber aus seinen Unterredungen mit Grey die Überzeugung, daß England eine politische Vereinbarung, die einen Verzicht auf die Entente in sich schließe, nicht zugestehen werde. („Dann ist auch gar nichts zu machen,“ bemerkte der Kaiser dazu.) Dagegen habe Grey angedeutet, daß er bereit sei, uns für den Ausbau eines zukünftigen mittelafrikanischen Kolonialreichs seine Unterstützung zu gewähren. Damit wolle er uns besänftigen, meinte der Botschafter, das könne uns aber nicht die Gewißheit geben, daß wir die englische Politik in Europa nicht mehr gegen uns haben würden. Sein Eindruck sei, daß England sich trotzdem nicht leicht entschließen werde, wieder gegen uns Stellung zu nehmen, und daß man diese Stimmung vielleicht ausnutzen könne. Verstärkten wir aber jetzt unsere Flotte von neuem und zwängen England zu demselben Vorgehen und neuen Ausgaben, so werde die Aussöhnung als unmöglich erscheinen, und die Entente sich vielleicht zu einem wirklichen Bündnis verdichten. Der Kaiser bemerkte dazu: „Dem armen Mann ist nicht zu helfen! Er bleibt dabei, zu Hause uns nicht rüsten, dann bleibt Englands Laune gut! Mehr nicht [19])!“

[19]) Metternich, 28. November, mit kaiserlichen Randbemerkungen.

In einem Privatbriefe an Bethmann sprach sich Metternich noch deutlicher aus. Er stellte die Frage, ob der Bau eines Schlachtschiffes mehr im Jahre die Aussicht auf ein besseres Verhältnis zu England und ein günstiges Kolonialabkommen aufwiegen könne? Diese Aussicht werde vielleicht nicht wiederkehren. Wir könnten augenblicklich vielleicht gütlich erreichen, was sonst nur nach schwerem Kampfe mit ungewissem Ausgang zu haben sein werde. Wenn wir unsere Flotte verstärken wollten, meinte er, sollten wir lieber Unterseeboote und kleine Kreuzer bauen. Verstärkten wir unsere Schlachtflotte in gesteigertem Tempo, so werde sich in England der Eindruck befestigen, daß wir uns zum Entscheidungskampfe rüsteten. „Sie werden hier noch stärker rüsten, und der Kampf wird unvermeidlich [20])“.

[20]) Metternich an Bethmann, 29. November.

Der Kanzler fand jedoch die Andeutungen Greys zu unbestimmt. Er wies Metternich an, bestimmtere Angebote herauszuholen. Es sei zwar unsicher, ob die Aussicht auf größeren kolonialen Erwerb mit Englands Unterstützung den Kaiser zum Verzicht auf die Flottenverstärkung bestimmen werde, aber man könne es immerhin versuchen [21]).

[21]) Bethmann an Metternich, 6. Dezember.

Aber auch die nächsten Unterredungen Metternichs mit Grey und Haldane führten nicht zu festen Vorschlägen. Sie versicherten immer nur im allgemeinen, daß sie bessere Beziehungen wünschten. Haldane warf dabei einmal den Gedanken hin, daß vielleicht eine persönliche Aussprache zwischen Grey und Bethmann von Nutzen sein werde. Der Kanzler drängte nochmals auf genauere Sondierung; der Anschein des Drängens und Bittens oder des Versuches zur Sprengung der Entente müsse vermieden werden und jede Hindeutung auf das neue Flottengesetz, an dem der Kaiser noch festhalte, müsse unterbleiben. Vielleicht könnten die Engländer uns sagen, welche Wünsche sie uns gegenüber hätten, wir würden dann die unsrigen mitteilen, und so könne ein Abkommen auf breiterer Basis vorbereitet werden. Wir seien nicht ländergierig, wollten nicht diesen oder jenen Brocken, sondern die Sicherheit, von England in unserer kolonialen Ausdehnung nicht gehindert zu werden. Auch die Frage der Bagdadbahn

müsse endlich geklärt werden. Vor allen Dingen müßten wir klarsehen, bevor der Reichstag zusammentrete. Metternich meinte, das alles biete wenig Aussicht, wenn er nicht unsere kolonialen Wünsche genau definieren könne. Wenn die Novelle wirklich kommen solle, sei es seines Erachtens besser, die ganze Sache bis nach ihrem Bekanntwerden zu verschieben, weil sonst die Verhandlung dadurch gestört und das Verhältnis wieder verschlechtert werden würde. Bethmann überließ ihm ganz, die Art seines Vorgehens zu bestimmen, nur dürfe er bei kolonialen Vorschlägen keinen amtlichen Auftrag erkennen lassen [22]).

[22]) Militärattache Ostertag, 12. Dezember. Bethmann an Metternich, 16. und 19. Dezember. Metternich, 18. Dezember.

Man wollte also auf keiner Seite mit der Sprache, d. h. mit bestimmten Vorschlägen heraus.

Am 30. Dezember sprach Metternich wieder mit Grey über die einzelnen kolonialen Differenzen. Die Bagdadbahn, Süd- und Mittelafrika wurden berührt, bestimmte Vorschläge aber von keiner Seite gemacht. Der Kaiser behielt den Eindruck, es sei nichts Greifbares zu erreichen, solange Grey im Amt sei. Also müßten Schiffe gebaut werden; damit werde allein für England ein „moralisches Compelle“ geschaffen, sich mit uns zu verständigen. Er selbst war vollkommen davon überzeugt, daß wir eines Tages durch einen plötzlichen Überfall der englischen Flotte ohne vorausgegangene Kriegserklärung überrascht werden würden. Auch die Aussicht auf Erweiterung unseres Kolonialreiches lockte ihn nicht. Er wolle keine Kolonien von Englands Gnade; er habe genug, oder könne sie kaufen oder nehmen ohne England. Es verschenke nur die Besitzungen anderer und wolle uns in Verwicklungen bringen, um dann Asien ohne uns mit der Entente aufteilen zu können. Wir würden dann unserem Handel die Tür erst gewaltsam wieder öffnen müssen. Alle großen Fragen dürften aber nur mit uns gelöst werden. Das vom Reichskanzler aufgestellte, von ihm gebilligte Programm der deutschen Politik sei: kein Detailabkommen vor dem Abschluß eines political working agreement mit Anerkennung unserer Gleichberechtigung und Festlegung der beiderseitigen Politik in parallelen Bahnen. Auch sei ein vergrößertes Kolonialreich ohne vergrößerte Flotte nicht zu behaupten; eine doppelt so große Flotte würde dann nötig sein. Sein Refrain blieb immer: „Die Wehrvorlage bleibt bestehen ohne Rücksicht auf solche Träumereien [23]).“

[23]) Metternich, 30. Dezember. Kühlmann, 4., 8., 17. Januar 1912, mit kaiserlichen Randbemerkungen. (Der Bericht vom 8. Januar bei Tirpitz 269).

Das einzige, was herauskam, war die Überreichung eines neuen englischen Memorandums in Berlin, das, ohne bestimmte Vorschläge zu machen, die Wiederaufnahme der seit dem Juni 1911 ins Stocken gekommenen Verhandlungen über den Nachrichtenaustausch in Sachen der Schiffsbauten anregte [24]). Gleichzeitig gelangte aber auf dem uns schon von früher her bekannten inoffiziellen Wege über Sir Ernest Cassel und Ballin eine weitergehende englische Anregung nach Berlin. Es wurde dort ein von Grey, Lloyd George und Churchill gebilligter Vorschlag vorgelegt, auf Grund dessen eine persönliche Besprechung zwischen Mitgliedern des englischen Kabinetts und dem Reichskanzler stattfinden sollte. Er enthielt folgende Punkte: 1. Die englische Überlegenheit zur See muß erhalten bleiben; das deutsche Flottenprogramm darf nicht vermehrt, sondern muß womöglich vermindert werden. 2. England wird Deutschlands koloniale Ausdehnung möglichst unterstützen. 3. England ist bereit, Vorschläge über ein Abkommen entgegenzunehmen, das seine Beteiligung an gegen Deutschland gerichteten aggressiven Plänen oder Kombinationen ausschließt.

[24]) Englisches Memorandum, a8. Januar 1912.

Auf demselben Wege wurde sofort geantwortet: Man begrüße die Annäherung und sei mit dem Verhandlungsprogramm einverstanden in der Voraussetzung, daß der für 1912 geplante Voranschlag als in das bestehende deutsche Flottenprogramm eingeschlossen zu gelten habe. Das Beste werde sein, wenn Sir Edward Grey den Kaiser persönlich aufsuchen wolle, was dieser sehr gern sehen würde [25]).

[25]) Sir E. Cassels Schreiben, in Berlin vorgelegt und beantwortet 29. Januar. Metternichs Gutachten, 31. Januar. Vgl. Huldermann, Ballin S. 248 f.

Metternich wurde informiert und äußerte sofort Bedenken. England wolle offenbar durch Punkt 1 eine Flottennovelle ausschließen, Deutschland aber wolle sie festhalten; ohne Verzicht auf die Novelle werde nichts zu erreichen sein. Das Angebot in Punkt 3 sei wertlos, solange das Wort „aggressiv“ darinstehe, weil man hier die Zwecke der Entente, 'auch das Verhalten Englands 1909 und 1911 nicht als aggressiv betrachte. Man müsse etwa sagen: ein Abkommen, das Englands Beteiligung

an gegen Deutschland gerichteten Plänen, Kombinationen und Kriegen ausschließe.

Es sollte sich sehr bald zeigen, daß Metternich die Situation durchaus richtig beurteilt hatte.

Durch Cassel wurde auf die deutsche Antwort hin zwar nicht das Erscheinen Greys, aber des Kriegsministers Haldane in Aussicht gestellt, aber zugleich betont, das deutsche Flottenprogramm müsse so beschaffen sein, daß es England nicht zu neuen Ausgaben nötige. Seien diese erst bewilligt, dann werde nichts mehr bei den Verhandlungen herauskommen. Im Privatgespräch sagte Sir Ernest Cassel einem Vertrauensmann Ballins, ein politisches Abkommen könne Deutschland alles gewähren, was Frankreich und Rußland hätten, aber nicht mehr. Vor allen Dingen solle Haldane feststellen, ob in Berlin wirklich Geneigtheit zu einer freundschaftlichen Verhandlung bestehe [26]). Nach dem Vorangegangenen konnte das nur bedeuten, ob man dort zum Verzicht auf die Novelle bereit sein werde. Bethmann ließ erwidern, falls England ein politisches Abkommen im Sinne der von Metternich empfohlenen Korrektur des Punktes 3 anzunehmen bereit sei, so werde eine Verständigung über die Rüstungsausgaben wohl möglich sein.

[26]) Aufzeichnung Huldermanns (5. und 6. Februar) a. a. 0. S. 202.

Wollte er also auf die Flottennovelle verzichten? Hatte er dazu des Kaisers Genehmigung? Ein Telegramm des Kanzlers an Metternich vom gleichen Tage gibt uns darauf die Antwort. Er hielt es für sehr unwahrscheinlich, daß Grey auf unsere politische Forderung eingehen werde und wollte dagegen gesichert sein, daß England in der Öffentlichkeit die Schuld am Scheitern der Verhandlungen unserer Unnachgiebigkeit in der Flottenfrage zuschiebe. Der Kaiser war unterrichtet, Herr v. Tirpitz nicht. „S. M.“, telegraphierte der Kanzler, „wünscht einstweilen nicht, daß die Marineverwaltung von den Verhandlungen irgendwie Kenntnis erhält.“ Vermutlich hat Bethmann dies verlangt.

Metternich warnte nochmals: Im englischen Ministerium sei nur dann Stimmung für Verständigung, wenn wir auf die Novelle verzichteten und womöglich die Ausgaben herabsetzten. Das würden wir aber nicht tun; also bewege man sich in einem circulus vitiosus und es sei keine Aussicht auf Gelingen [27]).

[27]) Cassel, 4. Februar. Antwort Bethmanns, 4. Februar (gedr, Tirpitz 280). Bethmann an Metternich, 4- und 8. Februar. Metternich, 5. Februar.

Haldane kam nach Berlin; Cassel begleitete ihn, um ihn hinter den Kulissen zu beraten; Ballin wir ebenfalls anwesend. Was hatte er für Aufträge? War er nur als Kundschafter ausgeschickt, um herauszubekommen, was Deutschland eigentlich vorhabe, oder war er zu ernsten und festen Angeboten bevollmächtigt? Darüber können nur die englischen Archive vollen Aufschluß geben. Dem russischen Botschafter sagte Grey auf dessen Anfrage, Haldane solle in Berlin sagen, was man in England über die Rüstungsfrage denke und die ihm gegebene Antwort nach London ad referendum mitnehmen. Wenn der Kanzler andere Fragen aufwerfe, solle er ihn anhören und darüber berichten. Daraus ist zunächst nur zu schließen, daß Grey den Russen die Mission in diesem sehr harmlosen Licht darzustellen wünschte, nicht aber, daß es sich wirklich so verhielt. Das spätere englische Memorandum an Deutschland vom 25. März konstatierte aber ebenfalls, daß Haldane in Kenntnis der Absichten des Kabinetts zu offener Aussprache und Erörterung, aber ohne Befugnis zum Abschluß bindender Vereinbarungen gekommen sei und dies auch sofort gesagt habe. Dazu stimmt auch eine dem Kaiser übermittelte Aufzeichnung Sir Ernest Cassels, in der es heißt: „Es ist im Ministerrat vereinbart, daß Haldanes Besuch nur zur Orientierung dienen soll, und daß, wenn er den Weg zur Einigung sehe, Grey und Winston Churchill nach Berlin kommen sollen [28]).“

[28]) Wortlaut dieser Aufzeichnung vom 7. Februar bei Tirpitz 281 f.

Haldane konferierte am 8. Februar mit Bethmann, am 9. mit dem Kaiser und Tirpitz, ohne des Kanzlers Gegenwart, am 10. nochmals mit Bethmann [29]). Eine sehr merkwürdige Rollenverteilung; nachdem erst politisches Agreement und Flottenabkommen von uns als einander bedingend in die engste Verbindung gebracht waren, wurde nun über den politischen und militärischen Teil der Verständigung mit verschiedenen Persönlichkeiten verhandelt, die unter sich uneinig waren und sich nicht vorher genügend über gemeinsames Vorgehen verständigt hatten. Ebenso sonderbar war es, daß der Staatssekretär v. Kiderlen, der doch der eigentliche Leiter unserer auswärtigen Politik war und sich gerade in Stuttgart auf Urlaub befand, überhaupt nicht benachrichtigt wurde [30]).

[29]) Zum folgenden: Siebert 788 f. Ferner Bethmann an Metternich, 8. Februar. Ballin an den Kaiser, 8. Februar. Der Kaiser an Bethmann, 9..

Februar. Bethmanns Vertragsentwurf vom 10. Februar. Aufzeichnung Bethmanns 12. Februar. Weiteres in den verschiedenen Memoirenwerken von Bethmann, Tirpitz, Haldane, Ballin. Eine eingehende kritische Durcharbeitung des ganzen Materials ist natürlich noch erforderlich.

[30]) Jäckh 2, 155. Daß der Kaiser selbst die Verhandlungen über den marinetechnischen Teil führte, geschah auf Wunsch des Reichskanzlers. Vgl. den Brief des Kaisers an Kiderlen vom 24. Februar, a. a. 0. 2, 156. Die Besprechungen zwischen Tirpitz und Bethmann sowie zwischen dem Kaiser und Bethmann, die dem Empfang Haldanes vorangingen (s. Tirpitz 282—284) hatten doch nur scheinbar eine Einigung herbeigeführt. Wenn Tirpitz (S. 286) sagt, er sei bei genügendem Entgegenkommen Englands auch zur Zurücknahme der ganzen Novelle bereit gewesen, und der Kaiser habe dies gewußt, so muß gesagt werden, daß diese Behauptung in den gleich zeitigen Aufzeichnungen keine Unterstützung findet, und daß sie mit der ganzen Haltung des Admirals und des Kaisers während dieser Verhandlungen kaum vereinbar ist.

Die erste Unterredung diente nur einer allgemeinen Orientierung. Die zweite drehte sich wesentlich um die Kolonial- und Marinefragen und führte zu dem Ergebnis, daß der Kaiser sich bereit erklärte, falls das politische Agreement zustandekomme und sobald es veröffentlicht sei, auf die Einstellung eines neuen Schiffes für 1912 zu verzichten und die drei geplanten Neubauten erst für 1913, 1916 und 1919 anzufordern. Tirpitz war mit diesem Zugeständnis — das sehr gering war — einverstanden. In seinen Memoiren sagt er, er würde auf die ganze Novelle verzichtet haben, falls England wirklich ein bindendes politisches Abkommen angeboten hätte, habe dies aber nicht durchblicken lassen, da ja hierzu später immer noch Zeit gewesen sein würde. Er verkennt dabei jedoch, daß sehr häufig ein rechtzeitiges Angebot den Gang der Verhandlung entscheidend beeinflussen kann. Wenn er in dieser Besprechung den Eindruck hatte, daß Haldane am liebsten nicht nur die Novelle ganz beseitigt, sondern auch das im alten Flottengesetz bereits festgelegte Programm vermindert gesehen hätte, so wird er darin gewiß recht haben.

Die Frage war nur, wieweit dann auch England sich festgelegt haben würde, und hierüber konnte man keine Klarheit gewinnen, da man die Möglichkeit eines Verzichts auf die Novelle oder sogar einen Teil des früheren Gesetzes ja sofort von der Hand wies.

In der letzten Unterredung versuchte Bethmann, der übrigens erst jetzt von der definitiven Gestaltung der Forderungen des Marineamts Kenntnis erhielt, mit Haldane zu einer klaren

Formulierung des politischen Abkommens zu gelangen. Während der Kanzler das Versprechen wohlwollender Neutralität und möglichster Lokalisierung des Konfliktes für den Fall in Aussicht nahm, daß eine der Mächte in einen Krieg mit einer oder mehreren anderen verwickelt werden sollte, erklärte Haldane das für zu weitgehend. Er wollte höchstens versprechen, daß keine der vertragschließenden Mächte einen unprovozierten Angriff auf die andere machen und keiner Kombination beitreten werde, die einen Angriff gegen die andere beabsichtige, oder sich an Plänen und Unternehmungen beteiligen werde, die darauf abzielten. Das genügte jedoch dem Kanzler nicht. Auch Haldane gab zu, daß diese Bindung zu schwach sei. Man behielt sich schließlich vor, nach einer neuen Formel zu suchen. Haldane regte sodann noch an, ob man nicht auf den Bau eines neuen Kriegsschiffes auch für 1913 verzichten könne, so daß erst 1916 eine Vermehrung über das alte Bauprogramm hinaus erfolge; er meinte, bis dahin würden sich dann vielleicht die allgemeinen Beziehungen so gebessert haben, daß überhaupt davon abgesehen werden könne. Er bezweifelte, ob das von Tirpitz bisher gezeigte Entgegenkommen (Verschiebung von 1912 aus 1913) dem Kabinett genügen werde. Der Kanzler war nicht in der Lage, ihm hierauf etwas Bestimmtes zu antworten; er wich mit der Bemerkung aus, das sei eine rein technische Frage. Auch ließ Haldane die Bemerkung fallen, wenn Deutschland sein Programm tatsächlich erweitere, werde England genötigt sein, die doppelte Anzahl der neu von uns eingesetzten Schiffe zu bauen.

Bezüglich der Kolonien erklärte Haldane, daß England nichts dagegen habe, wenn wir von Portugal den größten Teil von Angola erwürben und auch eventuell einen Teil des belgischen Kongo. Er stellte ferner die Abtretung von Zanzibar und Pemba an Deutschland als möglich hin, falls eine England befriedigende Vereinbarung über die Endstrecke der Bagdadbahn zustandekomme. Die von Bethmann in letzterer Hinsicht formulierten genaueren Vorschläge schrieb er sich auf, um sie dem Kabinett vorzulegen, ohne sich selbst über ihre Annehmbarkeit zu äußern. Dagegen sollte der portugiesische Anteil von Timor an England fallen.

Aus dem Verlauf dieser Besprechungen sieht man deutlich, daß Metternich ganz richtig gesehen hatte, als er schrieb, wenn nicht auf die Novelle ganz verzichtet werde, würde nichts Zustandekommen. Haldane nahm sich ein Exemplar der Novelle mit nach Hause, ferner das bescheidene Zugeständnis, ihre Ausführung um ein Jahr verschieben zu wollen, und die Entwürfe

für ein politisches und koloniales Abkommen, über deren Formulierung in den wichtigsten Punkten man bisher nicht einig geworden war. Wir wissen, wie schon bemerkt, nicht was er an positiven Zugeständnissen etwa hätte bieten können, wenn wir auf die Novelle verzichtet oder sogar eine Änderung des alten Gesetzes zugegeben hätten. Sicher nichts, was den Bestand der Entente hätte gefährden können [31]).

[31]) Nach seiner Rückkehr aus Stuttgart suchte Kiderlen den Admiral nochmals zum Verzicht auf die ganze Novelle zu bestimmen, weil nur dann ein wirklich wertvolles politisches Abkommen mit England zu haben sein werde. Tirpitz bestritt dies, da Haldane selbst sich mit der Verlangsamung des Bautempos zufrieden erklärt habe, und der Kaiser stimmte ihm darin bei., (Aufzeichnung von Tirpitz über seine Unterredung mit Kiderlen, 22. Februar. Tirpitz 290 f; der Kaiser an Kiderlen 24. Februar a. a. 0. 292 und Jäckh 2, 155; Kiderlen an den Kaiser, 24. Februar, Jäckh 2, 167.)

Während in Berlin verhandelt wurde, hatte Churchill am 9. Februar in Glasgow jene taktlose Rede gehalten, die in der Behauptung gipfelte, für England sei eine starke Flotte eine Lebensnotwendigkeit, für Deutschland mehr ein überflüssiger Luxus. Die Atmosphäre konnte durch diese Worte eines der einflußreichsten Kabinettsmitglieder natürlich nicht verbessert werden. Metternich blieb weiterhin skeptisch, auch nachdem er Haldane selbst gesprochen hatte. Aber er machte doch einige Verbesserungsvorschläge zu den Entwürfen, regte namentlich die Einbeziehung der Azoren und der capverdischen Inseln in den Verteilungsplan an; die eine dieser Gruppen für Deutschland, die andere für England. Er empfahl nochmals, auf Neubauten wenigstens drei Jahre lang zu verzichten, um das Kolonialabkommen unter Dach zu bringen. Haldane habe ihm gesagt, wenn die Verhandlungen günstig weiterliefen, werde er selbst oder Grey zum Abschluß wieder nach Berlin kommen [32]). Wahrscheinlich hatte Haldane die Vorstellung, man werde schließlich in Berlin noch auf die ganze Novelle verzichten, wenn das Kolonialabkommen befriedigend ausfalle.

[32]) Metternich, 15. Februar.

Acht Tage später teilte Haldane dem Botschafter mit, die ganze Frage sei jetzt im Kabinett besprochen worden. Dabei seien einige kleine Schwierigkeiten in bezug auf die kolonialen Fragen hervorgetreten; z. B. habe man nicht beachtet, daß Holland ein Vorkaufsrecht auf Timor besitze. Besonders aber habe eine genaue Nachprüfung der Flottennovelle durch die Admiralität

ergeben, daß darin nicht nur die in Berlin besprochenen neuen Schlachtschiffe vorgesehen seien, sondern zugleich eine viel größere Bereitschaft der Gesamtflotte und eine derartige Erhöhung des Mannschaftsbestandes, daß der Schluß berechtigt sei, es seien noch andere Neuformationen geplant. Auch übersteige die Zahl der außerdem geforderten kleineren Fahrzeuge das Maß dessen, was man in England erwartet habe. Jedenfalls werde England ebenfalls seinen Bauplan erheblich vermehren und neue große Ausgaben in sein Budget einstellen müssen. Sei dies aber der Fall, so würden so weitgehende Vereinbarungen mit Deutschland in anderen Fragen, wie sie in Aussicht genommen seien, schwer durchzubringen sein. Man diskutierte dann noch die politische Formel, wobei Haldane die Bemerkung machte, es komme mehr auf die Herstellung des Vertrauens als auf die einzelnen Worte an.

Grey fügte noch weitere Bedenken hinzu, nachdem er mit dem Staatssekretär der Kolonien gesprochen hatte. Er meinte, ob man Zanzibar und Pemba abtreten könne, werde nicht nur davon abhängen, ob über die Bagdadbahn eine Verständigung erzielt werde, sondern auch davon, ob man sich über die Flottenausgaben einigen könne. Er halte es daher für besser, sich zunächst nur über den letzteren Punkt und das allgemeine Neutralitätsabkommen zu unterhalten und die kolonialen Einzelheiten auf später zu verschieben [33]).

[33]) Metternich, 22., 24. Februar und 1. März. Gedr. bei Tirpitz 296, 302, 308. Vgl. Greys Memorandum vom 24. Februar a. a. 0. 304.

Der Kaiser und der Reichskanzler sahen darin ein Abgehen Englands von der in Berlin vereinbarten Basis, eine Desavouierung Haldanes. Dieser habe weder an der Mannschaftsvermehrung durch die Novelle noch an dem gleichzeitigen Abschluß eines bindenden Kolonialabkommens Anstoß genommen. Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß sie den sehr vorsichtigen Äußerungen des Kriegsministers eine zu große Tragweite beigelegt haben. Auch hatte Haldane die Novelle in Berlin ja zum ersten Male zu Gesicht bekommen und nur schnell durchlesen können. Die englischen Minister wurden noch vorsichtiger, als ihre Sachverständigen ihnen sagten, die Novelle habe eine erheblich größere Tragweite, als man nach den früheren allgemeinen Angaben habe annehmen können. Übrigens stellte Tirpitz in Abrede, daß die Mannschaftsvermehrung für irgendwelche anderen Zwecke bestimmt sei, wie sie aus der Novelle selbst klar hervorgingen [34]).

[34]) Randbemerkungen des Kaisers zu Metternichs Berichten. Aufzeichnung Bethmanns, 28. Februar. Der Kaiser an Bethmann., 26. Februar. Tirpitz 301.

In einem deutschen Memorandum vom 5. März wurde betont, daß durch die letzten Mitteilungen die Verhandlungsgrundlage verschoben werde, während Deutschland entschlossen sei, an der mit Haldane vereinbarten Basis festzuhalten. Man sei sogar bereit, das dritte der angeforderten neuen Schiffe, das nach der Novelle 1919 gebaut werden sollte, zunächst überhaupt nicht auf ein bestimmtes Jahr festzulegen [35]).

[35]) Das Memorandum ist gedruckt bei Tirpitz 315 f. Seiner Absendung ging ein neuer Briefwechsel zwischen Bethmann und dem Kaiser vor aus (27. u. 28. Februar, Tirpitz 306—308), worin der letztere unbedingtes Festhalten an der Novelle und der mit Haldane vereinbarten Verhandlungsgrundlage befahl, aber die Offenlassung des Bautermins für das letzte Schiff zugestand.

Während der Kanzler erst die Meldung von der erfolgten Übergabe dieses Memorandums abwarten wollte, bevor er die Wehrvorlage — einschließlich der Marineforderungen — öffentlich bekannt gebe, riß dem Kaiser die Geduld; er befahl nicht nur die Bekanntgabe am nächsten Tage, sondern erklärte auch, daß er, falls diese nicht erfolge, durch den Kriegsminister und den Staatssekretär des Reichsmarineamtes direkt die Veröffentlichung bewirken werde. Gleichzeitig sandte er direkt telegraphische Anweisungen an Metternich nach London. Er drohte darin mit der Mobilmachung, wenn England etwa seine Schiffe aus dem Mittelmeer in die Nordsee ziehe. Der Kanzler antwortete darauf, wie er nicht anders konnte, mit seinem Abschiedsgesuch (8. März). Er erklärte darin, daß er die Verantwortung für Maßregeln dieser Art, die einen Krieg herbeiführen könnten, nicht zu tragen vermöge. „Wird uns ein Krieg aufgenötigt," schrieb er, „so werden wir ihn schlagen und mit Gottes Hilfe nicht dabei untergehen. Unsererseits aber einen Krieg heraufbeschwören, ohne daß unsere Ehre oder unsere Lebensinteressen tangiert sind, würde ich für eine Versündigung an dem Geschicke Deutschlands halten, selbst wenn wir nach menschlicher Voraussicht den völligen Sieg erhoffen könnten." Da ja auch der Kaiser einen Krieg nicht hervorrufen wollte, sondern jene Drohung offenbar nur in einem Augenblick zorniger Erregung hingeworfen hatte, wird er sich wohl zu dem Versprechen einer unbedingt friedlichen und namentlich zur Verständigung mit England geneigten Haltung verstanden und dadurch den Kanzler beruhigt haben. Er stellte

sogar in Aussicht, daß er auch eine Verschiebung des Bautermins der beiden ersten Schiffe erwägen werde und bewog dadurch Bethmann, im Amt zu bleiben. Gegen das letztere Zugeständnis erhob aber Tirpitz dringenden Einspruch und drohte ebenfalls mit seinem Abgang. Der Kaiser nahm darauf diese Zusage zurück und Bethmann ließ es sich gefallen [36]).

[36]) Vgl. den Text dieser Aktenstücke bei Tirpitz 817 f. und Jäckh 2, 158 f.

Inzwischen gingen die Besprechungen in London weiter. Haldane sagte, über die Mannschaftsvermehrung habe er sich in Berlin nicht geäußert, weil er davon nichts gewußt habe. Grey leugnete jedoch Änderung der englischen Absichten; die technischen Erörterungen könnten das Regierungsprogramm nicht verschieben, welches auf ein Abkommen mit Deutschland gerichtet sei. Sollte dies schließlich aber auch nicht Zustandekommen, so werde Haldanes Aufenthalt in Berlin und die vertrauensvolle Aussprache, die stattgefunden habe, doch eine dauernde Besserung der Beziehungen zur Folge haben [37]).

[37]) Metternich, 6. und 7. März.

Nach Empfang dieser Mitteilung entwarf der Reichskanzler ein Programm für sein ferneres Verhalten. Er meinte, auch er sei bereit, das Vertrauen fortdauern zu lassen, selbst wenn kein Vertrag zustandekomme, falls England das Vertrauen erwidere. Er könne nicht begreifen, warum sich England so gegen das politische Abkommen sträube. „Ich bin bereit, die Haidanesche Formel zu akzeptieren, wenn zusätzlich vereinbart wird, daß im Falle drohender Verwicklung mit andern Staaten ein rechtzeitiges Insbenehmensetzen mit dem Partner Platz greift.“ Lehne England jede Formel ab, so werde die Meinung bestärkt, es habe die Verhandlungen nur begonnen, um die Flottennovelle zu hintertreiben [38]).

[38]) Aufzeichnung Bethmanns, 8. März.

Am 8. März wurden in Deutschland die ersten Notizen über den Inhalt der Flottenvorlage in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht. Man sah darin in London das Zeichen, daß nichts Wesentliches mehr an dem Gesetz zu ändern sein werde, und wurde nun immer schwieriger, sowohl in den kolonialen wie in den allgemeinen Fragen. Der Staatssekretär für die Kolonien erklärte, Haldane habe nicht die Vollmacht gehabt, in dieser Beziehung bestimmte Zusagen zu geben [39]). Grey machte am 14-

März seinen letzten Vorschlag für das Agreement: „England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen noch sich einem solchen anschließen noch eine aggressive Politik gegen dasselbe befolgen. Ein Angriff auf Deutschland ist nicht Gegenstand und bildet keinen Teil irgendeines Vertrags, einer Verständigung oder Kombination, der England zur Zeit angehört, und es wird keiner Abmachung beitreten, die ein solches Ziel hat.“ Den von Metternich vorgeschlagenen Zusatz: „England wird daher selbstverständlich wenigstens wohlwollende Neutralität bewahren, wenn Deutschland ein Krieg aufgezwungen werden sollte“, wurde vom Kabinett ebenso abgelehnt, wie der vom Reichskanzler früher gewünschte Zusatz zu Haldanes Formel. Da Deutschland seine Seemacht wieder verstärke, sagte Grey, könne England seine alten Freundschaften nicht gefährden. „Ein direktes Neutralitätsabkommen würde unbedingt die französische Empfindlichkeit reizen.“ Er sei fest überzeugt, daß keine Schwierigkeiten entstehen würden, solange Bethmann Reichskanzler sei. Er müsse aber damit rechnen, daß auch eine andere Persönlichkeit an die Spitze kommen könne. Er dürfe daher die französische Freundschaft nicht aufs Spiel setzen, um nicht eines Tages zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Für die Herstellung vertrauensvoller Beziehungen genüge die von ihm vorgeschlagene Formel. Auch gehe die Absicht, bei einem unprovozierten Angriff neutral zu bleiben, deutlich genug daraus hervor. „Seine Politik, Europa nicht mehr in zwei Lager zu teilen, werde mit der Zeit ihre Früchte tragen.“ Über koloniale Fragen sei er weiter zu verhandeln bereit.

[39]) Metternich, n. März.

Gleichzeitig sagte Churchill dem Botschafter direkt, da die deutsche Novelle England zu starken Mehrausgaben zwinge, werde es schwierig sein, etwas zustande zu bringen. Zu Ballin äußerte er, das fortwährende Wettrüsten müsse innerhalb der nächsten zwei Jahre zum Krieg führen [40]). Am folgenden Tage, dem 18. März, hielt er im Unterhause seine große Rede, in der er erklärte, daß England dauernd eine Überlegenheit von 60 % an Schlachtschiffen haben müsse, daß er es aber für das Beste und für durchaus durchführbar halte, wenn sowohl England wie Deutschland zunächst einmal für ein Jahr auf jeden Neubau verzichteten. Dadurch werde das Verhältnis unverändert bleiben, beide Teile würden große Ersparnisse machen, nämlich Deutschland die Kosten für drei, England für fünf Schiffe. Das sei für Deutschland günstig; denn wenn es wirklich zum Kriege komme, könne es nicht hoffen, daß drei seiner Schiffe fünf

englische aufwiegen würden. Durch eine solche Vereinbarung werde die Freiheit beider Mächte in keiner Weise beeinträchtigt und die Rivalität zur See für einige Zeit beseitigt worden. Offiziell wurde dieser Vorschlag jedoch nicht gemacht.

[40]) 'Metternich, 14. und 17. März. "Bethmann an den Kaiser, 17. März.

Kurz vor Eintreffen dieser Nachrichten hatte der Reichskanzler den Kaiser gebeten, mit der offiziellen Veröffentlichung der Novelle warten zu dürfen, bis feststehe, wie Englands Antwort in der Frage des politischen Abkommens ausfallen werde, um dessen Abschluß nicht unnötig zu gefährden [41]). Wahrscheinlich war er entschlossen, bei Annahme seines Textes durch die Engländer eine Herabsetzung der Flottenforderungen zu verlangen und aus deren Bewilligung eine Kabinettsfrage zu machen. Um so mehr mußte er sich enttäuscht fühlen durch Metternichs Berichte vom 17. März. Er legte sie dem Kaiser vor, und dessen Zorn flammte besonders hoch empor, als er las, daß man in England in Bethmanns Persönlichkeit die einzige sichere Friedensbürgschaft erblicke. „Ich habe noch nie in meinem Leben gehört, daß man ein Abkommen nur mit einem und auf einen bestimmten Staatsmann hin, unabhängig vom jeweiligen Souverän, abschließt. Aus obigem geht hervor, daß Grey keine Ahnung hat, wer hier eigentlich der Herr ist, und daß ich herrsche. Er schreibt mir bereits vor, wer mein Minister sein solle, falls ich mit England ein Agreement schließe.“

[41]) Bethmann an den Kaiser, 15. März. Vgl. Aufzeichnung Jagows vom 10. Dezember 1916.

Er entwarf sofort persönlich eine Instruktion für Metternich mit dem Tadel, daß er Greys Vorschlag überhaupt weitergegeben habe. Die englische Regierung habe die durch Haldane vorgeschlagene Verhandlungsbasis damit verlassen und das Agreement zum Scheitern gebracht. Daher sei nun auf neuer Basis zu verhandeln. Als solche sei ein Schutz- und Trutzbündnis mit Einschluß Frankreichs ins Auge zu fassen. Dem Reichskanzler teilte er mit, daß seine Absicht sei, England ins Unrecht zu setzen, wenn es diesen Vorschlag ablehne. Der Kanzler konnte die Absendung dieser Anweisung nicht hindern, schickte aber daneben eine Erläuterung nach London, die wesentlich anders lautete. Nur eine einem Schutzbündnis nahekommende Abmachung werde es ihm ermöglichen, dem Kaiser den Verzicht auf wesentliche Stücke der Novelle anzuraten. In des Kaisers friedlichen Absichten liege die beste Garantie für Deutschlands

künftige Politik. Er müsse aber wissen, welche Abstriche England befriedigen würden [42]). Da er aber aus einem inzwischen eingehenden weiteren Bericht des Botschafters ersah, daß nach dessen Ansicht ohne Verzicht auf die ganze Novelle nichts zu erreichen sein werde, befahl er ihm, die ganze Sache vorläufig fallen zu lassen (18. März). Er schrieb damals an Ballin, er habe sich überzeugt, daß die Aufgabe „innerlich unlöslich“ sei.

[42]) Vom Kaiser entworfenes Telegramm an Metternich, 18. März. Erlaß an Metternich, 18. und 19. März. Vgl. auch die Briefe des Kaisers und Bethmanns an Ballin vom 18. März bei Huldermann 266 und den Entwurf zu einem Briefe des Kaisers an König Georg vom 18. März, bei Tirpitz 331.

Metternich hatte am 20. eine Unterredung mit Grey. Dieser sagte, er sehe nicht ein, warum Deutschland stärkere Garantien brauche als Frankreich und Rußland, mit denen man viel schärfere Gegensätze gehabt habe. Bisher sei nur Japan mehr zugestanden als diesen. Ob er die Sache so auffassen solle, daß Deutschland beim Nichtzustandekommen eines Agreement auf gute Beziehungen keinen Wert mehr lege? Er sei bereit, über koloniale Fragen weiter zu verhandeln, und wenn die Aufregung über die Flottenfrage sich gelegt habe, auch über ein Agreement.

Darauf erhielt Metternich den Befehl zu sagen: Selbstverständlich sollten gute Beziehungen — Gegenseitigkeit vorausgesetzt — auch ohne Agreement fortdauern. Belm Abschluß eines Neutralitätsabkommens hätte man aber außerdem eine Herabsetzung der Flottennovelle erwägen können. England aber wolle nur unsere Rüstungen beschränken, nicht sich selbst binden, und behalte sich nach Churchills Äußerungen neue Verstärkungen vor, wenn irgendwelche andern Mächte stärker rüsteten [43]).

[43]) Metternich, 20. März. Bethmann an Metternich, 21. März.

Metternich versuchte noch einmal die deutsche Formel bei Grey durchzusetzen. Dieser behielt sich Bericht an das Kabinett vor. Der Botschafter meinte, wenn dieses überhaupt auf unsere Fassung eingehe, werde es jedenfalls darauf bestehen, daß jede Erweiterung des bisherigen Flottenbauplans für beide Teile während der Dauer des Abkommens ausgeschlossen, die deutsche Novelle also völlig aufgegeben werde. Bethmann antwortete ihm, es komme weniger auf den Wortlaut als auf den Inhalt des Abkommens an; je weiter England darin entgegenkomme, desto

mehr Aussicht sei auf eine Einschränkung des deutschen Flottenprogramms.

Am 29. März konnte Grey dem Grafen Metternich mitteilen, daß das Kabinett über die früher von England vorgeschlagene Formel nicht hinauszugehen beschlossen habe. Der Botschafter gab darauf die Erklärung ab, „daß die Kaiserliche Regierung in der englischen Formel für das Abkommen nicht die Voraussetzungen erblicke, die zu dem von Sir Edward Grey gewünschten günstigen Ergebnis führen würden [44])“. Um den Faden nicht ganz abreißen zu lassen, erörterte man jedoch die Möglichkeit eines periodischen Nachrichtenaustausches über den Stand der Schiffsbauten weiter, und fuhr auch in der Besprechung der kolonialen Fragen — afrikanische Kolonien, Bagdadbahn, Persien — fort, in der Hoffnung, durch Verständigung über Einzelpunkte einer späteren umfassenderen Vereinbarung doch noch den Boden zu bereiten [45]). Aber die Verhandlungen über Neutralitätsabkommen und Flottenbeschränkung sah man jetzt deutscherseits als gescheitert an. Am 15. April wurde die Flottennovelle zugleich mit einer Vorlage über Vermehrung des Landheeres dem Reichstag vorgelegt und am 14. Mai angenommen.

[44]) Metternich, 29. März.

[45]) Deutsche Note an England, 5. April.

Der Kaiser zog aus diesem Verlauf der Dinge den Schluß, daß es besser gewesen wäre, auf die Sache gar nicht einzugehen. Er habe gleich das richtige Gefühl gehabt, die Novelle sofort zu veröffentlichen; seine Diplomaten hätten ihn, von England getäuscht und geblendet von dem Trugbild eines afrikanischen Kolonialreiches, Hindernisse in den Weg gelegt. Sie würden daraus hoffentlich die Lehre ziehen, seinen Wünschen in Zukunft mehr Beachtung zu schenken, namentlich wenn es sich um England handle, das er richtiger zu behandeln verstehe als sie. Er habe sofort durchschaut, daß Haldane uns nur durch Vorspiegelungen zum Verzicht auf die Novelle habe verleiten wollen, um die Stellung des englischen Ministeriums im Innern zu stärken, und habe ihm die Suppe versalzen [46]). Diese Ausführungen klingen bis ins einzelne an die von Tirpitz in seinen Erinnerungen gebrauchten Redewendungen an und zeigen damit deutlich die Quelle, aus der sie stammen. Sachlich zutreffend waren sie nicht, da der Kaiser ursprünglich unzweifelhaft an die Ehrlichkeit der Absichten Haldanes geglaubt hat. Von Tirpitz

wurde der Kaiser auch in der Auffassung bestärkt, daß die Engländer ihm die Auswahl seiner Minister hätten vorschreiben wollen, und daß der Botschafter seine Pflicht verletzt habe, indem er diese Zumutung nicht scharf zurückgewiesen habe. Seit lange war der Admiral bemüht, die Berichterstattung und Wirksamkeit Metternichs mit Hilfe entgegengesetzter Berichte des Marine-Attaches, die er direkt an den Kaiser leitete, zu diskreditieren. Jetzt wurde die Entfernung Metternichs beschlossen und bald darauf durchgeführt.

[46]) Bemerkung des Kaisers zum englischen Memorandum vom 31. März.

Überblickt man den Verlauf der Dinge, so kann man kaum daran zweifeln, daß England greifbare Zugeständnisse in Kolonialfragen nur zu machen bereit gewesen wäre, wenn eine Verständigung über den Flottenbau erzielt worden wäre, die ihm Neuausgaben ersparte, d. h. also bei vollem Verzicht auf die Novelle. Haldane hat dies in Berlin zwar nicht ausdrücklich gesagt, aber doch deutlich durchblicken lassen; der Kaiser und der Reichskanzler haben es nicht verstanden, obwohl Graf Metternich ihnen von Anfang an den richtigen Kommentar zu dem englischen Vorgehen geliefert hatte. Ein Neutralitätsabkommen gemäß der unbestimmteren Formulierung Greys wäre wohl auch ohne einen Verzicht auf die Novelle möglich gewesen. Es wurde jedoch von unserer Seite kein Wert darauf gelegt, weil es nicht genügende Sicherheiten bieten könne. Hätten aber die von Bethmann vorgeschlagenen Formulierungen diese Sicherheit in höherem Grade geboten? Die Frage, ob ein Krieg uns aufgezwungen worden sei, oder ob wir unprovoziert in ihn verwickelt worden seien, war so kompliziert, daß eine völlig eindeutige Beantwortung von Seiten aller Beteiligten beim Eintritt eines Konfliktes nicht zu erwarten war. Es blieb also England stets vollständig unbenommen, das Vorhandensein dieser Voraussetzungen zu bestreiten und damit seiner Neutralitätsverpflichtung zu entgehen. Wohl aber läßt sich die Frage aufwerfen, ob nicht der Abschluß und die Veröffentlichung eines Abkommens auch in noch so dehnbarer Form eine große Wirkung auf die öffentliche Meinung beider Völker geübt und zur Anknüpfung eines engeren Verhältnisses beigetragen haben würde. Auch die Beschränkung auf den Ausgleich einzelner Interessengegensätze, die Bethmann nachträglich als richtigen Weg anerkannt hat, wäre in Frage gekommen. Wenn man sieht, mit welcher Ängstlichkeit und Sorge die Vertreter Rußlands und Frankreichs in London diese Verhandlungen verfolgten, so wird

man doch annehmen müssen, daß ihnen auch ein noch so lose gefaßtes Abkommen sehr unangenehm gewesen wäre. Übrigens hat Grey am 15. März die von ihm vorgeschlagene Formel den Russen, und also wohl auch den Franzosen, mitgeteilt, damit ihr Mißtrauen nicht noch bedenklichere Dinge hinter den Verhandlungen suche. Poincare hat, wie er wenigstens Iswolski versicherte, darauf erklärt, „daß die englische Unterschrift unter einen derartigen Vertrag mit Deutschland den derzeitigen englisch-französischen Beziehungen sofort ein Ende bereiten würde“ [47]).

[47]) Bericht Iswolskis, 5. Dezember 1912. Livre Noir 1, 302 f. Stieve, Schriftwechsel Iswolskis 2, 374.

Das Scheitern dieser Verhandlungen ist, soviel man bisher urteilen kann, insofern von Bedeutung gewesen, als man in England nun definitiv zu der Überzeugung kam, daß es nicht möglich sei, eine vertragsmäßige Einschränkung der deutschen Flottenrüstung zu erreichen. Man hatte 1908 denselben Versuch gemacht und war auf dieselben Schwierigkeiten gestoßen. Man mußte damit rechnen, daß in absehbarer Zeit wieder neue Verstärkungen von Deutschland vorgenommen werden würden und daß man dann immer wieder in dieselbe Lage kommen werde, entweder dem eigenen Volke höchst unerwünschte Steuerlasten aufbürden oder in eine Verhandlung mit Deutschland eintreten zu müssen, bei der koloniale Konzessionen und politische Verpflichtungen allgemeiner Art in einem Umfange, der bedenklich erschien, als Gegenleistung verlangt werden würden. Ja diesmal waren sie nicht einmal als Gegenleistung für den Verzicht auf die ganze Novelle, sondern lediglich für eine Verlangsamung des Tempos verlangt worden. Ein Zeichen dieser Stimmung war die Zunahme von Äußerungen in der Öffentlichkeit, die eine gewaltsame Vernichtung der deutschen Flotte als wünschenswert bezeichneten, sei es, daß sie dafür eintraten, einen Krieg zu diesem Zwecke zu beginnen, oder ihn wenigstens als nicht unerwünscht zu akzeptieren, wenn ein Konflikt Deutschlands mit einer der England befreundeten Mächte den Anlaß dazu biete.

Während dieser Verhandlungen hatte sich, wie wir gesehen haben, zugleich ein erbitterter Kampf zwischen den leitenden Stellen des Deutschen Reiches abgespielt, der zugleich die wachsende Eifersucht der Ressorts und den Mangel einer wirklich einheitlichen Leitung der deutschen Politik aufs schärfste beleuchtet. In dem erbitterten Ringen zwischen Tirpitz auf der einen, dem Kanzler und seinen Mitarbeitern auf der anderen Seite

war der Admiral zuletzt Sieger geblieben. Der Kaiser hatte, von beiden Seiten mit Abschiedsgesuchen bedroht, unsicher geschwankt, war aber schließlich, als es den Diplomaten nicht gelang, das politische Übereinkommen mit England zustandezubringen, in der Überzeugung bestärkt worden, die ihm an sich natürlich war, daß die Militärs auch politisch den besseren Blick hätten, und die Zivilisten, einschließlich des Reichskanzlers, eigentlich zu nichts Rechtem zu gebrauchen seien.

Unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen trat Graf Metternich in den Ruhestand (9. Mai). Er galt dem Kaiser, und besonders Herrn von Tirpitz, längst als zu englandfreundlich und war selbst mit der Politik seiner Regierung, die er für verfehlt hielt, seit lange unzufrieden. In England bedauerte man seinen Abgang sehr. Grey ließ ihm die ganz außergewöhnliche Ehre zu teil werden, daß er ihm im Unterhause bedauernde Abschiedsworte widmete. Sein Nachfolger wurde der bereits 70jährige Freiherr von Marschall, der als der bedeutendste unter den deutschen Diplomaten galt. Er wurde so zum dritten Male dazu ausersehen, eine bedeutende Rolle in der deutschen Politik zu spielen. Als Staatssekretär hatte er von 1890—97 die Annäherung an' England und die darauf folgende feindliche Verstimmung mit erlebt, und hatte in den letzten dieser Jahre eine England nicht gerade freundliche Richtung vertreten. Dann hatte er als Botschafter in Konstantinopel von 1897—1912 die ganze türkenfreundliche Politik Deutschlands eifrig gefördert, die Vollendung der Bagdadbahn zu einer seiner Hauptaufgaben gemacht und und war lebhaft für eine aktivere deutsche Orientpolitik eingetreten, die England und Rußland keineswegs angenehm war. Der ganze verhängnisvolle Gedanke eines stillen Bundes zwischen Deutschland und der islamitischen Welt, der auch in die Behandlung der Marokkofrage unheilvoll hineingewirkt hatte, ging auf ihn zurück. Was man sich davon versprach, diesen Mann in diesem Augenblick nach London zu schicken, läßt sich schwer sagen. Vielleicht glaubte man durch die Berichte eines Diplomaten, der jedenfalls nicht als ein besonderer Freund Englands gelten konnte, zuverlässiger als durch Metternich darüber aufgeklärt zu werden, ob Annäherungsversuche in Zukunft überhaupt noch einen Sinn haben könnten. Herr v. Marschall kam indessen nicht mehr dazu, seine Fähigkeiten auf diesem neuen Schauplatz zu bewähren. Er starb bereits im August 1912 und wurde durch den Fürsten Lichnowsky ersetzt, den man in der ausgesprochenen Absicht wählte, möglichst gute Beziehungen zum englischen Hofe und zur englischen Aristokratie anzuknüpfen. Denn damals war bereits

der erste Balkankrieg ausgebrochen, und ein Zusammen arbeiten mit England war dringend geboten, wenn man verhindern wollte, daß ein Weltkrieg daraus entstehe.

16. Die Balkankriege

Den Bemühungen Rußlands gelang es nach langen vergeblichen Versuchen, den von ihm längst erstrebten Bund der Balkanstaaten unter seinem Protektorat zustandezubringen.

Am 13. März 1912 schlossen Serbien und Bulgarien ein geheimes Bündnis zu gegenseitiger Verteidigung gegen jeden Angriff und zur Verhinderung jeder auch nur zeitweiligen Besetzung türkischen Gebietes durch eine Großmacht. In einem Nebenvertrage wurde festgesetzt, daß Rußland sofort zu benachrichtigen sei, falls beide Staaten zu der Überzeugung gelangten, daß ein kriegerisches Vorgehen nötig sei. Seien sie verschiedener Ansicht darüber, so sollte der Zar entscheiden. Gehe ein Staat allein vor, so sollte der andere neutral bleiben, sich aber zur Hilfe bereit halten, falls eine dritte Macht eingreife. Alle etwa gemeinsam eroberten Gebiete sollten gemeinsam verwaltet und erst nach dem Friedensschluß verteilt werden. Nur eine ungefähre Grenzlinie wurde vereinbart, die endgültige Entscheidung jeder Meinungsverschiedenheit über die endgültige Abgrenzung wurde wiederum dem Zaren vorbehalten, der außerdem um Genehmigung des ganzen Vertrages gebeten werden sollte. Diese erfolgte; schon am 30. März teilte die russische Regierung an Frankreich den wesentlichen Inhalt dieser Abmachungen mit. Im August wurden sie durch eine Militärkonvention ergänzt [1]).

[1]) S. die Texte Boghitschewitsch 129 f. Ferner Siebert 520 f. Sassonow an Iswolski, 30. März. Stieve 2, 76.

Die Angliederung Griechenlands an den Balkanbund erfolgte erst am 29. Mai durch den Abschluß eines Vertrages mit Bulgarien zur beiderseitigen Verteidigung und zur Unterstützung ihrer unter türkischer Herrschaft stehenden Volksgenossen. Auch er wurde durch eine Militärkonvention ergänzt. Darüber, daß nach wie vor unter den nunmehr verbündeten Staaten starkes Mißtrauen herrschte, täuschte man sich in Petersburg nicht.

Als Nikita von Montenegro schon zu Anfang 1912 gegen die Türken losbrechen wollte, wurde er zum Zaren zitiert und erhielt den kategorischen Befehl, sich ruhig zu verhalten. Als aber im April in Albanien und Mazedonien neue Unruhen ausbrachen, wurden diese trotzdem von Montenegro aus geschürt. Die Türkei vermochte, durch innere Kämpfe geschwächt, der Unruhen nicht

Herr zu werden und mußte im August den Albanern das Recht des Waffentragens und einen gewissen Grad von Autonomie zugestehen. Diese waren damit aber nicht zufrieden, sondern stellten neue, größere Forderungen auf. Montenegro griff trotz aller Abmahnungen der Mächte aktiv in diese Kämpfe ein, die Türkei mobilisierte, die drei verbündeten Balkanstaaten ebenfalls, und überall wuchs das Gefühl, daß ein großer Balkankrieg nicht mehr zu vermeiden sein werde.

Im ganzen Sommer 1912 stand die europäische Diplomatie unter dem Zeichen der Furcht vor den unberechenbaren Folgen eines Balkanbrandes. Während die übrigen Großmächte einen solchen verhüten wollten, erweckte die Haltung Rußlands trotz aller Versicherungen, daß man die Balkanstaaten vom Losschlagen zurückzuhalten suche, den dringenden Verdacht, daß man hier den Ausbruch des Krieges wünsche [2]). Freilich gab es auch für die russischen Staatsmänner einige Bedenken: über die künftige Verteilung des türkischen Gebietes in Europa bestand noch keine volle Übereinstimmung unter den Ententemächten; England und Frankreich wünschten überhaupt in die Balkanhändel nicht hineingezogen zu werden; außerdem war Rußland selbst nicht völlig kriegsbereit, während man doch nicht wissen konnte, welche Ausdehnung der Kampf annehmen werde. Wie stark man in Petersburg mit einer allgemeinen Verwickelung als Folge der Balkanwirren rechnete, erhellt aus dem gleichzeitig mit dem Abschluß des Balkanbundes vom Zaren erlassenen Armeebefehl, wonach die Anordnung der Mobilmachung in den europäischen Bezirken zugleich als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland gelten sollte [3]).

[2]) Vgl. hierüber jetzt F. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 86 f.

[3]) S. den Wortlaut des Armeebefehls vom 12. März bei Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 37. Vgl. den neuen entsprechenden Befehl, der am 30. September, unmittelbar vor Ausbruch des ersten Balkankrieges, erging und nach General Dobrorolskis Zeugnis in der Erwartung gegeben wurde, daß aus diesem Balkankriege ein allgemeiner Krieg entstehen werde, a. a. O. S. 188.

Bei weitem die größte Schwierigkeit machte das künftige Schicksal Konstantinopels und der Meerengen. Es war der russischen Regierung nicht unbekannt, daß Bulgarien nach dem Besitz von Konstantinopel strebte. Man war in Petersburg nicht geneigt, die für Rußland so wichtigen Meerengen in die Hand

eines der kleineren Balkanstaaten kommen zu lassen. Da es aber andererseits sehr zweifelhaft schien, ob eine Besitzergreifung Konstantinopels durch Rußland selbst von den andern Mächten, insbesondere auch von den Verbündeten Frankreich und England, ohne weiteres zugelassen werden würde, und ob der Besitz eines so weit über das Meer hinaus vorgeschobenen Postens nicht eher eine strategische Schwächung als eine Stärkung bedeuten würde, so wünschte man, daß ein Rest türkischer Herrschaft in Europa bestehen bleibe. Sowohl den Bulgaren wie den Griechen wurde aufs klarste gesagt, daß das Tal der Maritza nach russischer Ansicht die neue Grenze der Türkei werden und auch Adrianopel ihr verbleiben solle. Man war aber durchaus nicht sicher, ob Bulgarien nicht im Falle eines siegreichen Krieges trotzdem Konstantinopel in seine Gewalt zu bringen und zu behaupten versuchen werde. Die Reise des Königs Ferdinand nach Wien und Berlin im Juni wurde mit dem größten Argwohn betrachtet, weil man befürchtete, daß er sich die Zustimmung der Mittelmächte zu weiter gehenden Plänen zu sichern versuchen werde.

Das Unangenehmste war für Rußland, daß man nicht völlig ins Klare darüber kommen konnte, wie sich England und Frankreich zu einer Aufrollung der Meerengenfrage stellen würden. Man wußte, daß Greys Wunsch, falls der bisherige Zustand sich nicht aufrechterhalten lasse, eine vollständige Neutralisierung der Meerengen sei, während Rußland immer danach strebte, eine Regelung herbeizuführen, die das Schwarze Meer fremden Kriegsschiffen verschloß, und nur seinen eigenen die Aus- und Einfahrt freiließ. In Frankreich war zwar mit Poincare ein Mann an die Spitze der Auswärtigen Angelegenheiten gekommen, der das Bündnis mit Rußland so eng wie möglich zu gestalten suchte, weil die Revanche der Grundgedanke seiner ganzen Politik war, und nur mit russischer Hilfe verwirklicht werden konnte. Durch den Abschluß einer Marinekonvention neben der schon lange bestehenden Militärkonvention (16. Juli) waren die Beziehungen beider Länder noch engere geworden. Aber gerade in der Meerengenfrage hatte auch Poincare allerlei Bedenken; außerdem war sehr viel französisches Kapital in der Türkei investiert, was auf die Haltung der französischen Regierung auch nicht ohne Einfluß bleiben konnte.

Aber es kam noch ein weiteres Bedenken hinzu. Aus dem Balkankriege konnte sehr leicht der russisch-österreichische und schließlich der allgemeine Weltkrieg hervorgehen. In diesem Falle war man in Peterburg der Hilfe Frankreichs vollkommen sicher, sobald Deutschland in den Krieg eingriff. Poincare hat dies den

Russen während des Sommers 1912 mehrmals auf das Bündigste versichert, ja sogar hinzugefügt, die militärischen Autoritäten Frankreichs beurteilten die Aussichten eines solchen Krieges günstig. Freilich sagte er auch, falls Rußland in Kämpfe auf dem Balkan mit Österreich-Ungarn verwickelt werden sollte, ohne daß Deutschland eingreife, werde es die öffentliche Meinung Frankreichs niemals billigen, daß man sich aktiv an einem solchen Kampfe beteilige. Aber es ließ sich erwarten, daß Deutschland hineingezogen werden würde, wenn es zum Kampf komme, und daher hatte es mit dieser Bedingung nicht allzuviel auf sich.

Anders aber stand es mit England. Würde England zur Hilfeleistung bereit sein, wenn es zu einem Kriege über Balkanfragen komme? Das war die bange Frage, die sich Poincare und Sassonow vorlegten, als der französische Minister im August in Petersburg war. Man beschloß, bei Grey zu sondieren, konnte von ihm aber keine bestimmte Antwort erhalten. Er sagte stets, Englands Haltung werde von den Verhältnissen abhängen, und die Frage von Krieg und Frieden werde durch die öffentliche Meinung entschieden werden [4]). Man mußte sich darauf gefaßt machen, daß die öffentliche Meinung Englands, die durchaus für den Frieden war, sehr energisch gegen Rußland Partei nehmen würde, wenn es den Anlaß zur Friedensstörung gebe, und daß es dann nicht möglich sein würde, im Parlament den Beschluß einer aktiven Hilfsleistung durchzubringen, zu der ja keinerlei vertragsmäßige Verpflichtung bestand. Wie lebhaft Grey einen allgemeinen Zusammenstoß zu vermeiden wünschte, geht schon daraus hervor, daß er dem fortwährenden Drängen Rußlands auf eine Vermittlung der Entente zwischen Italien und der Türkei stets den Wunsch entgegensetzte, es möchten auch Deutschland und Österreich an diesen Verhandlungen beteiligt werden. Auch später suchte er immer ein gemeinsames Vorgehen der fünf Mächte herbeizuführen und sagte, es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß sich in diesen gefährlichen Fragen Dreibund und Entente als zwei geschlossene Einheiten gegenüberträten, weil dadurch die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes außerordentlich gesteigert werde. Poincare regte unter diesen Umständen schon im Juni eine Konferenz der Großmächte an, auf der außer der tripolitanischen auch die Meerengenfrage besprochen werden sollte. Nach seiner Ansicht sollten die Regierungen der Entente vorher erklären, daß sie selbst einen territorialen Erwerb auf der Balkanhalbinsel nicht anstrebten und die gleiche Erklärung auch von den übrigen Großmächten verlangen. Hierzu wollte sich jedoch Sassonow nicht verstehen, weil das so aufgefaßt werden könnte, als ob

Rußland in Zukunft auf seine Jahrhunderte alte Politik auf dem Balkan verzichte [5]). Die Formel wurde dann derartig verwässert, daß sie gar nichts mehr besagte, und der ganze Gedanke scheiterte vorläufig daran, daß Italien und die Türkei von einer Erledigung ihres Streites durch eine Konferenz nichts wissen wollten.

[4]) Bericht Sasonows, August 1912. Siebert 793. Berichte Iswolskis, 12. September und 5. Dezember 1912. Livre Noir 1, 323 f. und 362 f. Stieve 249 und 374.

[5]) Tel. Sasonows an Iswolski, 18. Juni. Livre Noir 1, 273. Stieve 2, 153.

Auch in Berlin erkannte man natürlich die Gefahren, die hinter den Balkanfragen lauerten. Man beschloß, zunächst mit Rußland Fühlung zu suchen. Am 4. und 5. Juli kamen der Kaiser und der Zar, begleitet von ihren leitenden Staatsmännern, in Baltischport zusammen [6]). Die Begegnung verlief äußerlich herzlicher als alle früheren. Der Reichskanzler begab sich von da nach Petersburg, wo er sich drei Tage aufhielt und mit Sassonow, Kokowzew und den übrigen Ministern die schwebenden Fragen durchsprach. Sassonow erklärte ausdrücklich, man wolle die augenblicklichen Schwierigkeiten der Türkei nicht ausnutzen; Rußlands Mission gegenüber den christlichen Balkanstaaten sei abgeschlossen. Wenn Rußland und Deutschland gut miteinander ständen, könne nichts in der Welt passieren. Er halte es für gut, wenn die Monarchen regelmäßig etwa alle zwei Jahre zusammenkämen; davon würde die ganze Welt profitieren. Bethmann versicherte ihm hingegen, Deutschland denke nicht daran, Rußland aus der Entente loszulösen; es halte aber trotz des Bestehens von Dreibund und Entente freundliche Beziehungen sowohl zu Rußland als zu England für möglich und wünschenswert. Es sei nicht gut, wenn Europa sich in zwei feindliche Lager spalte. Schließlich kam man auf Österreich zu sprechen. Der Reichskanzler versicherte, in Wien wolle man nur den augenblicklichen Besitzstand auf dem Balkan erhalten und verfolge keine aggressiven Pläne. Als Sassonow meinte, Deutschland werde Österreich hoffentlich nicht zu solchen ermutigen, erwiderte Bethmann, das habe man von Berlin aus nie getan. Sassonow sagte darauf, solange Kaiser Franz Joseph lebe, habe er auch keine Sorge. Über den Thronfolger sei er nicht so sicher, hoffe aber, daß auch er keine waghalsige Politik treiben werde. Bethmann bestärkte ihn in dieser Ansicht. Der Zar persönlich äußerte sich ziemlich scharf über Frankreich.

[6]) Aufzeichnung Bethmanns, 4. und 5. Juli Bethmann an das Auswärtige Amt, 9. Juli. Pourtales, 19. Juli.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Sassonows Haltung auf dieser Zusammenkunft nicht ehrlich war. Er verschwieg den angeblichen Freunden die Existenz des Balkanbundes. Er verschwieg ihnen auch, daß kurz vorher, am 16. Juli, eine Marinekonvention zwischen Rußland und Frankreich geschlossen war, die einen regelmäßigen Nachrichtenaustausch zwischen beiden Marinestäben vorsah. Als später davon etwas in die Öffentlichkeit drang und die Mittelmächte Anfragen stellten, antwortete man in Paris ausweichend, während Sassonow die Abmachungen als völlig harmlos hinzustellen suchte [7]). Der russische Minister hatte schon vor der Zusammenkunft Frankreich und England versichert, daß dort nichts geschehen werde, was der Entente Abbruch tun könnte. Er wollte wohl nur herausbekommen, ob Deutschland etwas von Österreichs Absichten wisse und wie es sich zu ihnen stellen werde.

[7]) Pourtales, 7., 8., 9. August.

Bald darauf erschien Poincare in Petersburg. Man besprach hier die Möglichkeit, Italien noch näher an die Entente heranzuziehen und verabredete, die Balkanstaaten von einem Angriff zurückzuhalten. Jedoch war Poincare, wie er nach Paris berichtete, überzeugt, daß diese Bemühungen vergeblich sein würden. Er bezeichnete den serbisch-bulgarischen Vertrag, dessen vollen Wortlaut er erst jetzt erfahren zu haben scheint, ohne Umschweif als ein „Kriegsinstrument“. Es ist aber höchst bezeichnend, daß er trotzdem auf keine Veränderung drang. Wahrscheinlich hat Poincare hier bereits das Versprechen gegeben, durch Einführung der dreijährigen Dienstzeit die Stärke des französischen Heeres bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit des Volkes zu vermehren. Jedenfalls drang er auf schnelleren Ausbau der Eisenbahnlinien nach der russischen Westgrenze und gab den Russen die Versicherung, daß ein mündliches Abkommen England verpflichte, den Franzosen bei einem deutschen Angriff auch zu Lande mit 100 000 Mann zu Hilfe zu kommen. Sie sollten nach Belgien entsandt werden, „um den vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee in Frankreich über Belgien abzuwehren“. Gleichzeitig regte er den Abschluß einer russisch-englischen Marinekonvention an. Außerdem vereinbarte man die. Abberufung des allzu friedlich gesinnten französischen Botschafters Georges Louis aus Petersburg, die Iswolski schon lange betrieben hatte [8]).

[8]) Vermutlich war diese Möglichkeit in den Besprechungen der Generalstäbe erörtert worden. Bericht Sassonows an den Zaren, 17. August 1912. Stieve 2, 219 f. Iswolski, 12. Sept. Livre Noir 1, 32 4. Stieve 2, 249.

Wenige Wochen später schlug Österreich vor, daß die Großmächte gemeinsam die Balkanfragen erörtern, der Türkei Ausdehnung der in Albanien gewährten Reformen auf alle christlichen Balkanvölker raten, zugleich aber die kleineren Staaten vor einem Angriff warnen sollten (13. August). Um die Fühlung mit Deutschland aufrechtzuerhalten, traf Graf Berchtold am 7. und 8. September mit Bethmann Hollweg in Buchlau zusammen [9]). Im Einverständnis mit dem Staatssekretär v. Kiderlen beschloß der Reichskanzler, seinem österreichischen Kollegen keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Deutschland nicht ohne weiteres „den Satelliten Österreichs im Orient“ machen wolle. Man müsse verlangen, über jeden geplanten Schritt vorher orientiert zu werden; geschehe das nicht, so habe man freie Hand, sich in Einzelfragen von dem Bundesgenossen zu trennen, so bedauerlich das auch sein würde. Wir würden nicht immer, wie in früheren Fällen, über unsere Bundespflichten hinaus Österreichs Pläne unterstützen. Namentlich müßten wir wissen, ob man in Wien mit Rumänien Abmachungen getroffen habe, die über die bestehenden Verträge hinausgehende Verpflichtungen enthielten. Diese eindringlichen Warnungen, die Kiderlen später nochmals wiederholen ließ, sind auf die Haltung Österreichs während der Balkankriege nicht ohne Einfluß geblieben.

[9]) Bethmann an Kiderlen, 29. August. Kiderlen an Bethmann, 2. September. Erlaß an den Geschäftsträger in Wien, 25. September.

Als das Drängen der Balkanstaaten zum Kriege immer stärker wurde, unternahm Sassonow Ende September noch einmal eine große Informationsreise nach London, Paris und Berlin, um die schweren Zukunftsfragen zu besprechen. Er versuchte nochmals von Grey die bestimmte Zusage englischer Hilfe bei einem großen Zukunftskrieg zu erlangen. Grey wich einer klaren Antwort und über seine früheren Andeutungen hinausgehenden Zusagen aus, versicherte jedoch, wenn es zu einem gemeinsamen Krieg kommen sollte, werde die englische Flotte bestrebt sein, Deutschland die fühlbarsten Schläge zu versetzen. In die Ostsee werde man allerdings nicht fahren können, weil den englischen Schiffen zu leicht der Rückzug abgeschnitten werden könne.

Inzwischen hatte Frankreich vorgeschlagen, sämtliche Großmächte sollten Rußland und Österreich beauftragen, in ihrem Namen die Balkanstaaten vor feindseligen Schritten zu warnen und gleichzeitig in Konstantinopel die Notwendigkeit von Reformen betonen. Sassonow hielt es für gut, darauf einzugehen, da man dadurch Gelegenheit erhalten werde, Österreich an einseitigem Vorgehen zu hindern. Im übrigen fand er in England und Frankreich geringe Neigung, gegen die Türkei irgend etwas zu unternehmen aus Rücksicht auf die Stimmung der vielen Mohammedaner in den eigenen Gebieten. Namentlich auf englische Unterstützung, meinte er, sei nicht zu rechnen, wenn weitere Ereignisse einen energischen Druck auf die Pforte nötig machen sollten. Nebenbei benutzte er seinen Aufenthalt in London noch, um mit England Maßregeln zur Fernhaltung des deutschen Einflusses aus der neutralen Zone Persiens zu vereinbaren. Auch in Paris gewann er den Eindruck, daß man vor allen Dingen eine friedliche Lösung wünsche.

In Berlin sagte er Kiderlen, die Hauptgefahr erblicke er darin, wenn Österreich gegen Serbien losschlage, sobald dieses in Novibazar einrücke; dann werde Rußland nicht ruhig zusehen können. Österreich müsse bestimmt werden, vorläufig Ruhe zu halten, da ja über das künftige Schicksal des Sandschaks erst später zu entscheiden sein würde. Da alle Mächte den Status quo erhalten wollten, so würde Österreich später sogar als Mandatar der Mächte die Serben wieder hinauswerfen können, wenn sie nicht freiwillig gehen wollten. Die Besorgnisse des Staatssekretärs über eine von Rußland angeordnete Probemobilmachung an der Ostgrenze suchte er durch den Hinweis zu beschwichtigen, daß dies eine regelmäßig wiederkehrende Maßregel zur Erprobung der Kriegsbereitschaft des Heeres ohne offensive Absichten sei. Man nahm seine Zusicherungen mit Mißtrauen auf. Er selbst hatte den Eindruck, daß Deutschland nicht gern einen Druck auf Österreich ausüben wolle, um seinen Einfluß in Wien nicht einer zu starken Belastungsprobe zu unterwerfen, und daß Graf Berchtold die Furcht Deutschlands vor völliger Isolierung benutze, um eine selbständige Politik zu treiben. In der Tat trug Kiderlen Bedenken, in Wien ungefragt Ratschläge zu erteilen. „Wir würden dann höchstens für versäumte Gelegenheiten verantwortlich gemacht werden [10].)“

[10]) Aufzeichnung Kiderlens, 9. Oktober.

Die Ententemächte waren zunächst darüber einig geworden, daß selbst im Falle eines Krieges der augenblickliche Besitzstand möglichst erhalten werden solle. Da auch die Dreibundmächte hiermit einverstanden waren, schien sich bei Innehaltung dieser Basis jeder internationale Konflikt vermeiden zu lassen. Rußland und Österreich erhielten auf Poincares Anregung den Auftrag, im Namen der Mächte den Balkanstaaten zu erklären, daß die Mächte auch nach einem Kriege keine Veränderung im Besitzstand der europäischen Türkei zulassen würden. Der Kaiser stand diesem Programm von Anfang an mit Recht sehr skeptisch gegenüber. Er glaubte nicht, daß von der europäischen Türkei noch viel zu retten sei; er verbot sogar dem deutschen Botschafter, irgendwelche Ratschläge in Konstantinopel zu erteilen. Er hielt es sowohl für ungerecht wie für unklug, den Balkanstaaten, falls sie siegten, in den Arm zu fallen. „Die Bulgaren“, meinte er, „sind das Volk der Zukunft, und sind in ihrer Entwicklung ebensowenig aufzuhalten wie einst Preußen.“ Man dürfe dem natürlichen Drang der Balkanvölker nach nationaler Ausgestaltung ihrer Staaten nicht in den Weg treten, sondern könne nur den Kampfplatz zu begrenzen suchen. Es sei besser, wenn dieser Kampf jetzt ausgefochten werde, wo Rußland noch nicht kriegsbereit sei, als wenn es später geschehe. Nur ungern willigte er in den französischen Vorschlag zu einer vermittelnden Tätigkeit von Österreich und Rußland im Namen aller Großmächte. Er meinte, das sei „eine ganz hoffnungslose Geschichte, die ein testimonium paupertatis für Europa ist“. Dieser Versuch blieb denn auch völlig ergebnislos. Der Kaiser hielt es für die wichtigste Aufgabe, mit England in Fühlung zu bleiben, und merkwürdigerweise auch mit Tokio [11]). Hoffte er wirklich, daß Japan die Russen im Rücken bedrohen werde, wenn es wegen der Balkanfragen zu einem allgemeinen Kriege komme? Kiderlen riet, den Verlauf der kriegerischen Ereignisse abzuwarten, ohne nach irgendeiner Seite hin feste Verpflichtungen im voraus zu übernehmen. Zum praktischen Zusammenarbeiten mit England war er bereit und meinte, dies sei wichtiger als papierene Abreden.

[11]) Jenisch an das Auswärtige Amt, 2. und 5. Oktober. Kiderlen an Bethmann, 4. Oktober. Bemerkungen des Kaisers zu Tschirschkys Bericht vom 6. Oktober. Jenisch an Kiderlen, ir. Oktober. Kiderlen an Jenisch, 12. Oktober. Aufzeichnung des Kaisers Mitte Oktober bei Jäckh 2, 189.

In Wien hatte Graf Berchtold noch Ende September erklärt, es sei ein Lebensinteresse der Monarchie, die Besetzung des

Sandschaks durch die Serben und deren Durchbruch zur Adria zu verhindern [12]). Angesichts der zurückhaltenden Mahnungen Deutschlands und der Haltung Rußlands entschloß man sich aber nach einigem Schwanken, wenn es zum Kriege komme, zunächst ruhig Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben, selbst wenn die Serben den Sandschak besetzen sollten. Nur wenn sie ihn definitiv ihrem Staate einverleiben wollten, behielt man sich weitere Maßregeln vor [13]). Für alle Fälle verstärkte man aber auch hier seine Streitkräfte an der Südgrenze.

[12]) Stolberg, 27. September.

[13]) Aufzeichnung Kiderlens über eine Mitteilung des österreichischen Botschafters, 10. Oktober.

Nach Petersburg zurückgekehrt, versicherte Sassonow dem deutschen Botschafter, er werde sein Programm der Nichteinmischung den Panslavisten gegenüber festhalten; wenn aber Österreich in den Sandschak einrücke oder wenn es in der Türkei zu großen Christenmassakres komme, werde das unmöglich sein [14]).

[14]) Pourtalès, 12. und 15. Oktober.

Unmittelbar darauf meldeten die russischen Gesandten bei den Balkanstaaten, daß der Ausbruch des Krieges nicht mehr aufzuhalten sei. Nachdem die Türkei zuerst einzelne Truppenteile gegen Montenegro mobilisiert hatte, erklärte König Nikita am 8. Oktober — kurz vor Überreichung der warnenden Note der Großmächte — dem Sultan den Krieg. Nun begannen auch Bulgarien und Serbien zu rüsten. Trotz neuer offizieller Warnungen Rußlands brach am 17. Oktober der allgemeine Balkankrieg aus. Unter dem Druck des bevorstehenden schweren Kampfes entschloß sich die Türkei, in direkte Friedensverhandlungen mit Italien einzutreten und im Frieden von Ouchy am 15. Oktober Tripolis bedingungslos gegen eine Geldentschädigung an Italien abzutreten.

Schneller als es irgend jemand erwartetet hatte^ fiel die Entscheidung durch die Waffen. Während die Serben Uesküb, den westlichen Teil Mazedoniens, den Sandschak Novibazar und einige albanische Grenzbezirke, die Griechen aber das südliche Mazedonien besetzten, drangen die Bulgaren stürmisch in der Richtung auf Konstantinopel vor. Bereits Ende Oktober standen sie vor den Toren Adrianopels und erfochten bei Lüle Burgas einen großen Sieg über die türkische Armee. Die Türken mußten

sich hinter die sogenannte Tschataldschalinie, die Konstantinopel deckte, zurückziehen. Mitte November besetzten die Griechen Saloniki.

Unter den Mächten begann nun sofort ein neuer lebhafter Meinungsaustausch über die Frage, wie man sich zu diesen Ereignissen verhalten solle. Man blieb auch jetzt noch eine Zeitlang dabei, die Aufrechterhaltung des Status quo und weitgehende Reformen in der Türkei anzustreben. In England stellte sich jedoch die öffentliche Meinung so energisch auf die Seite der christlichen Völker, daß Grey bald die Überzeugung gewann, die Integrität des türkischen Reiches werde sich nicht erhalten lassen. Auch in Petersburg erklärte man, sobald von anderer Seite eine Vergrößerung der Balkanstaaten vorgeschlagen werde, würde es für Rußland psychologisch unmöglich sein, zu widersprechen. Jedoch bestehe man darauf, daß Konstantinopel und Adrianopel türkisch bleiben sollten und daß keine der Großmächte ihr Gebiet auf der Balkanhalbinsel vergrößern dürfe. Auch dürfe Österreich keine Kompensationen anderer Art erhalten, etwa indem es Serbien als Bedingung für die Zustimmung zu einer Gebietserweiterung den Abschluß eines Bündnisses oder Handelsvertrages auferlege. Man dürfe nicht merken lassen, meinte Benckendorff, daß man überhaupt eine wirtschaftliche Verständigung Österreichs mit den Balkanstaaten zu hintertreiben wünsche, weil dies Englands Mißtrauen erregen würde. Völker und Regierungen der Westmächte würden es billigen, wenn durch wirtschaftliche Abmachungen, welche die Souveränität der Balkanstaaten nicht beeinträchtigten, der europäische Friede erhalten werden könne. Aber daß eine solche Verständigung nicht im voraus als Bedingung auferlegt werden dürfe, könne man verlangen. Den Bulgaren riet man, ihre Forderungen nicht zu hoch zu schrauben, da sie sonst auf Rußlands Widerstand stoßen und alles bisher Erreichte gefährden würden.

Die Ententemächte kamen schließlich überein, daß man auf Erhaltung der türkischen Herrschaft in Konstantinopel und Umgegend bestehen, jedoch die Aufteilung Mazedoniens unter die Balkanmächte zulassen wolle. Selbst Adrianopel wollte Rußland schließlich, wiewohl ungern, den Bulgaren überlassen. Volle Einigung wurde freilich über die Zukunft der Meerengen nicht erreicht. Grey war geneigt, ‘den alten englischen Wunsch nach ihrer vollständigen Neutralisierung jetzt zur Geltung zu bringen und diese Regelung sogar auf Saloniki auszudehnen. Poincare sah dies mit großer Besorgnis, da er das Widerstreben Rußlands

dagegen kannte und eine Lockerung der Entente davon befürchtete [15]).

[15]) Iswolski, 6. November. Livre Noir i, 33g. Stieve 2, 333.

In Wien konnte man sich ebenfalls nicht verhehlen, daß der alte Zustand nicht wieder herzustellen sei. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen im Ministerrat. Graf Berchtold wollte auch jetzt noch jede Vergrößerung Serbiens mit Gewalt verhindern. Der Ministerpräsident Graf Stürckh brachte ihn nur mit großer Mühe zum Nachgeben. Es wurde zuletzt beschlossen, sich mit den vollendeten Tatsachen abzufinden. Man erwog auch, ob es nicht möglich sein werde, sich mit dem vergrößerten Serbien auf Grund eines Zoll- und Handelsbündnisses gütlich zu einigen. Am i. November ließ Berchtold in Berlin mitteilen, unter welchen Bedingungen er den Gebietszuwachs der Balkanstaaten anerkennen wolle. Serbien müsse Garantien geben, daß es keine der Monarchie feindliche Politik treiben, nie in die Reihe ihrer Gegner treten werde. Es müsse ferner auf das Vordringen zur Adria verzichten und in die Begründung eines selbständigen albanischen Staates willigen. Bulgarien müsse den berechtigten Wünschen Rumäniens Rechnung tragen. Endlich müßten Österreichs wirtschaftliche Interessen, etwa durch die Erklärung Salonikis zum Freihafen, gewahrt werden [16]).

[16]) Tschirschky, 26. Oktober und 9. November. Aufzeichnung Kiderlens über eine Mitteilung Szögenyis, 1. November.

Kiderlen fand dies Programm „sehr verständig“, da es indirekt den Verzicht auf den Sandschak enthielt. Der Kaiser war skeptischer. Er hielt nicht viel von der Lebensfähigkeit eines albanischen „Räjuberstaates“ und meinte, die Anforderungen an Serbien würden wohl nur im Rahmen eines Bündnisses zu erfüllen sein. Dabei werde aber die Zugehörigkeit Serbiens zum Balkanbund erschwerend wirken. Er hielt es für besser, auf Entstehung und Festigung der „Vereinigten Staaten“ des Balkan und deren Bündnis mit der Türkei nach erfolgtem Friedensschluß hinzuwirken. Diese würden von selbst in Gegensatz zu Rußland geraten und auf Österreich angewiesen sein [17]).

[17]) Kiderlen an Bethmann, 1. November. Immediatbericht, 3. November, mit Randbemerkungen des Kaisers.

Anfang November rief die geschlagene Türkei die Vermittlung der Mächte an. Der Kaiser war durchaus gegen eine Beteiligung Deutschlands an einem solchen Schritte. Er schrieb dem

Auswärtigen Amt: „Ich verbiete jede Aktion mitzumachen, die irgendwie seitens des Vierbundes als Absicht, ihm in den Arm zu fallen, ausgelegt werden könnte, selbst auf die Gefahr hin, mehrere Mächte des Konzerts zu verschnupfen [18]).“ Da aber die übrigen Mächte zum Vermitteln geneigter waren, konnte Deutschland sich doch nicht ganz ausschließen.

Darüber waren freilich alle einig, daß vor dem Zusammentritt einer Konferenz, wie sie von französischer Seite von neuem angeregt wurde, die Mächte über ihre Forderungen Übereinstimmung erzielt haben müßten. Grey schlug vor, er wolle Rußlands Minimalprogramm ermitteln, Deutschland möge in Wien dasselbe tun.

[18]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 4. November.

Es zeigte sich alsbald, daß nach Österreichs Verzicht auf den Sandschak nur ein ernster Streitpunkt übrig blieb, ob nämlich Serbien einen Streifen nordalbanischen Landes und einen Hafen an der Adria bekommen solle. Es war dabei an San Giovanni di Medua gedacht. Im österreichischen Ministerium gab es eine Partei, die Serbien gegen weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse einen Adriahafen überlassen wollte, weil auf andere Art ein dauernder Friede an der Südgrenze nicht zu haben sei. Graf Berchtold aber, diesmal mit den Italienern einig, erklärte das unter keinen Umständen zugeben zu können; jede Nachgiebigkeit werde in Serbien nur als Schwäche gedeutet werden; Österreich werde in Abhängigkeit von den Serben und ihren südslavischen Stammesgenossen geraten [19]). Diesmal blieb er Sieger. Österreich erklärte den Mächten, daß es unter keinen Umständen die Abtretung eines Adriahafens an Serbien zugeben werde (24. November). Dagegen bestand Rußland auf dieser Forderung im Interesse Serbiens. Auch kümmerten sich die Serben gar nicht um Österreichs Einspruch, sondern drangen in Albanien ein und besetzten sogar Durazzo. Kiderlen meinte, man könne vielleicht Rußland die Unterstützung des Dreibundes gegen die Einverleibung Konstantinopels in das bulgarische Gebiet anbieten, und dafür vom Zaren verlangen, daß er auf weitere Unterstützung des serbischen Anspruchs verzichte. Aber Nikolaus sprach sich dem Prinzen Heinrich gegenüber dahin aus, daß es ihm gleichgültig sei, ob die Bulgaren Konstantinopel bekämen, er selbst werde es nicht einmal geschenkt nehmen [20]). Offenbar sollte damit nur der Wert einer solchen Unterstützung als Kompensationsobjekt herabgesetzt werden.

[19]) Tschirschky, 9., 13., 18. November.

[20]) Kiderlen an Tschirschky, 5. November. Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 6. und 7. November.

Der Kaiser war auch in dieser Frage anderer Ansicht wie seine Ratgeber. Er sah nicht ein, warum Österreich den Serben nicht ihren Adriahafen lassen wolle, und erklärte, daß er dieser Frage wegen noch weniger als um des Sandschaks willen ein Krieg gegen Rußland und Frankreich auf sich nehmen werde. Der Dreibund decke nur den wirklichen Besitzstand der Verbündeten, nicht andere Ansprüche. „Das würde ich weder vor meinem Volke noch vor meinem Gewissen verantworten können [21]).“ Der Reichskanzler eilte sofort nach Letzlingen, wo der Kaiser sich, zur Jagd aufhielt. Er wird ihm vorgestellt haben, daß eine so entschiedene Stellungnahme gegen Österreich das Bündnis gefährden könne. Der Kaiser blieb dabei, daß ein Zweifrontenkrieg, an dem wahrscheinlich auch England auf der gegnerischen Seite teilnehmen werde, ein Unternehmen sei, „bei dem alles aufs Spiel gesetzt werden muß, eventuell Deutschland untergehen kann“. In einen solchen Krieg könne man Albaniens und Durazzos wegen nicht ein treten; das Bündnis besage nicht, „daß das deutsche Heer und Volk den Launen der auswärtigen Politik eines anderen Staates direkt dienstbar gemacht und quasi dafür zur Verfügung gehalten werden muß“. Er gab aber zu, daß man Österreich auch nicht im Stiche lassen dürfe. Es müsse bewogen werden, Vermittlungsvorschläge anzuhören und zu machen; wenn diese von den Mächten gebilligt, von Rußland aber abgelehnt würden, so setze der Zar sich ins Unrecht und erwecke den Verdacht, als wolle er den Krieg und als benutze er die albanische Frage nur als Vorwand. Dann sei Rußland der provozierende Teil, und wir hätten eine gute Parole für die Mobilmachung. Er gab also soweit nach, daß er im Notfall doch für Österreich eintreten und dies nur zu einer klügeren Taktik bestimmen wollte. Bethmann war damit zufrieden. „Richtige Basis heute wieder gefunden,“ telegraphierte er an Kiderlen [22]). Dieser ließ nach Wien mitteilen, wir hätten nicht darüber zu entscheiden, was Österreichs Interesse in Albanien erfordere; wir hätten seine Forderungen diplomatisch unterstützt und würden „bei weiteren Ereignissen keinen Augenblick vor Erfüllung unserer Bundespflichten zurückweichen“. Wir wünschten nur, daß Österreich so verfahre, daß es deutlich als der provozierte Teil vor der Welt dastehe. Auch dem serbischen Geschäftsträger ließ er keinen Zweifel über Deutschlands Haltung [23]).

[21]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 7. November.

[22]) Bethmann an Kiderlen, 9. November. Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 11. und 15. November.

[23]) Kiderlen an Tschirschky, 19. November.

In der zweiten Novemberhälfte schien man dicht vor einem allgemeinen Kriege zu stehen. Die russische Mobilmachung nahm immer größere Dimensionen an, Österreich verstärkte infolgedessen seine Truppen in Galizien. Der alte Kaiser sagte, dieser Entschluß sei ihm schwerer geworden als die Mobilmachung 1866. Kriegsminister v. Auffenberg meinte, man müsse die Südslaven zur Ruhe bringen, sonst gehe die Monarchie in Stücke. Wenn Rußland sich die galizischen Verstärkungen unter Protest gefallen lasse, so werde dies ein Zeichen sein, daß man ungehindert gegen Serbien vorgehen könne [24]).

[24]) Tschirschky, 17. und 21. November.

Aus Petersburg meldete Graf Pourtales, daß die Großfürstenpartei den friedlich gesinnten Zaren in eine direkt kriegerische Stimmung zu bringen gewußt habe, vermutlich unter Mitwirkung des merkwürdigen Propheten Rasputin. Sassonow weiche vor den Panslavisten zurück und rede von Krieg. Die Lage fange an gefährlich zu werden [25]). Aus Bukarest hörte man, daß der russische Gesandte in Belgrad, der ganz panslavistisch gesinnte Hartwig, dem rumänischen Vertreter gegenüber Serbiens Verzicht auf einen Adriahafen für ganz unmöglich erklärt habe. Serbien müsse die slavische Vormacht auf dem Balkan werden, müsse sich Bosnien, die Herzegowina und die südslavischen Teile Ungarns angliedern; Rumänien, meinte er, werde seinen Interessen dienen, wenn es ebenfalls zugreife und Siebenbürgen nehme. Italien spiele ein doppeltes Spiel, und Deutschland werde sich schließlich, wenn es Ernst werde, doch desinteressieren. Vergeblich bemühte sich Sassonow, darüber zur Rede gestellt, diese Äußerungen seines Vertreters als teils entstellt, teils völlig harmlos erscheinen zu lassen [26]).

[25]) Pourtales, 20. November.

[26]) Griesinger (Belgrad), 12. November.

Am 22. November traf Erzherzog Franz Ferdinand, angeblich zu einem bloßen Jagdbesuch, beim Kaiser in Springe ein. Er suchte ihm die Notwendigkeit kräftigen Vorgehens gegen Serbien

zu beweisen, erhielt aber von dem Herrscher selbst und dem Generalstabschef v. Moltke nur die Mahnung zu möglichster Zurückhaltung. Am folgenden Tage kam der österreichische Generalstabschef nach Berlin, um mit General v. Moltke, wenn der Krieg trotz aller friedlichen Bemühungen doch ausbrechen sollte, die für diesen Fall zu treffenden Maßregeln zu beraten. Der Kaiser meinte, es sei jetzt ein Augenblick höchsten Ernstes; auch er wollte jetzt nicht mehr die Verantwortung auf sich nehmen, Österreich am Losschlagen zu hindern, da dessen Unterbleiben schwere Folgen für die innere Politik des Donaustaates haben könne. Er befahl den Botschaftern in Paris und London, festzustellen, welche Haltung die dortigen Regierungen im Kriegsfall einnehmen würden und fortlaufend an ihn persönlich zu berichten [27]). Gleichzeitig eilte als Vertrauensmann des Kaisers Franz Joseph General v. Hötzendorf nach Bukarest zu König Karl, versprach Unterstützung für Rumäniens Wunsch nach einer Gebietsvergrößerung in der Dobrudscha und erhielt das Versprechen bundestreuer Haltung. Ein gemeinsamer Aufmarschplan gegen Rußland und Serbien wurde schriftlich vereinbart [28]). Der Zar schickte sofort einen Großfürsten nach Bukarest, um eine Gegenwirkung auszuüben.

[27]) Der Kaiser an Kiderlen, 22. November. Bericht Gen. Conrads an Kaiser Franz Josef, 2. Dezember. Aus meiner Dienstzeit 2, 354 f.

[28]) Waldhausen (Bukarest), 24. November und 3. Dezember.

Inzwischen begann sich der Balkanbund zu lockern. Die Bulgaren zeigten sich nicht geneigt, für Serbiens Adriahafen zu kämpfen und dadurch ihren großen Gewinn aufs Spiel zu setzen. Sie waren wütend, daß die Griechen ihnen in Saloniki zuvorgekommen waren und wollten diese wichtige Stadt ihnen durchaus nicht überlassen. Der Zar klagte über das traurige Schauspiel dieses Streites unter den Bundesgenossen. „Die Internationalisierung werde wohl eines Tages das Schicksal Konstantinopels sein. Er wenigstens würde das für die beste Lösung halten. Daran, daß Rußland diese Stadt bekomme, liege ihm nichts [29]).“ Man wollte sogar wissen, daß König Ferdinand der Türkei ein Bündnis angeboten habe; der Kaiser fand das gar nicht unwahrscheinlich und meinte, Österreich müsse der Dritte im Bunde werden; dann würden Serbien und Griechenland bald durch die Gewalt der Umstände zum Anschluß getrieben werden. Er befahl, in Konstantinopel auf die Annahme eines eventuellen bulgarischen Angebots zu dringen [30]). Aber ein solches erfolgte gar nicht. Auch der Reichskanzler betonte in seiner

Reichstagsrede vom 2. Dezember sehr entschieden, daß Deutschland an Österreichs Seite treten werde, wenn unser Bundesgenosse bei Geltendmachung seiner Interessen von dritter Seite angegriffen und damit in seiner Existenz bedroht werde.

[29]) Pourtales, 27. November.

[30]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 1. Dezember. Jenisch an das Auswärtige Amt, 2. Dezember.

Man war in Berlin der Ansicht, daß Österreich das Mögliche an Nachgiebigkeit durch seinen Verzicht auf den Sandschak geleistet habe. Man glaubte, es nicht zu weiteren Zugeständnissen drängen zu dürfen, sondern für seine übrigen Forderungen auf jede Gefahr hin ein treten zu müssen, um keinen Zweifel an dem Wert des Bündnisses aufkommen zu lassen. Allerdings hätte man gern gewußt, ob Österreich selbst entschlossen sei, es zur Durchsetzung seiner am 4. Dezember nochmals in der früheren Ausdehnung festgelegten Forderungen auf einen Krieg ankommen zu lassen. Unser Botschafter hatte den Eindruck, man sage nichts über seine Absichten, weil man sich selbst noch nicht darüber klar sei. Seufzend bemerkte Kiderlen: „Dazu wäre es aber Zeit.“ Berchtold, meinte Tschirschky, wolle nur mit Ehren und einem diplomatischen Erfolg aus der Sache heraus. Er müsse einen solchen haben, um die Südslaven innerhalb des eigenen Staates ruhig zu halten; denn die süd- slavische Frage enthülle sich mehr und mehr als eins der wichtigsten Zukunftsprobleme der Monarchie. Aber welche wirtschaftlichen und politischen Garantien man von Serbien fordern solle, wisse er nicht. Eine Neutralisierung Serbiens nach belgischem Muster, an sich die beste Lösung, werde nicht zu erreichen sein. Das beste Unterpfand, den Sandschak, habe Aehrenthal leider aus der Hand gegeben. Die Loyalitätserklärung von 1909 sei das Papier nicht wert, worauf sie geschrieben sei. Ein Handelsvertrag werde nicht ausreichen, um die serbische Stimmung zu ändern, und doch dürfe Serbien nicht die Möglichkeit behalten, die Lunte an das südslavische Pulverfaß zu legen, sobald es ihm beliebe. Auch die übrigen Wiener Diplomaten und Generäle wußten keinen praktischen Ausweg. Ratlos stand man einem unlösbaren Problem gegenüber [31]).

[31]) Kiderlen an Tschirschky, 3. Dezember, österreichische Minimalforderungen, 4. Dezember. Tschirschky, 6. Dezember.

Und für diese ziellose österreichische Politik sollte Deutschland unter Umständen mit Einsatz seiner Existenz kämpfen! Gegen

Mitte Dezember befahl der Kaiser, die öffentliche Meinung über die Bedeutung dieser Fragen — die er selbst noch vor wenigen Wochen ganz anders beurteilt hatte — aufzuklären. Sonst werde, wenn es zum Kriege komme, niemand wissen, „für welche Interessen Deutschland in diesem Kriege zu kämpfen habe [32])“.

[32]) v. Müller an Bethmann, 12. Dezember.

In Wien schien einen Augenblick die kriegerische Stimmung obzusiegen. Am 7. Dezember wurde plötzlich Conrad v. Hötzendorf, das alte Haupt der Kriegspartei, auf Veranlassung des Thronfolgers wieder zum Chef des Generalstabes ernannt. Er äußerte offen seine Ansicht dahin, daß jetzt die letzte Gelegenheit sei, die vor drei Jahren versäumte Abrechnung mit Serbien vorzunehmen. Rußland sei nicht zum Kampfe gerüstet. Verlaufe aber die Sache wieder im Sande, so sei Österreich durch die Kosten der dauernden Kriegsbereitschaft finanziell erschöpft, das Prestige des Dreibundes geschwächt, und der Streit werde ausgetragen werden, wenn es der Entente passe. Er hielt den Zusammenschluß des Südslaventums für unabwendbar und meinte, es komme nun darauf an, ob er sich innerhalb des Machtgebietes der Monarchie oder auf deren Kosten vollziehen solle. Sein Ziel war also die Einbeziehung Serbiens in den Donaustaat. Aber hatte er auch den Erzherzog für diese Gedanken gewonnen? Von dem deutschen Militärattache befragt, ob der Thronfolger zum Kriege entschlossen sei, zuckte General Conrad die Achseln. Er wußte nicht einmal das, und war doch von ihm eigens wieder herbeigerufen worden. Dem deutschen Militärattache sagte der Erzherzog persönlich, ein Krieg gegen Rußland sei „überhaupt ein Unding“, da kein Grund dazu vor läge und kein Siegespreis bestehe, der eines solchen Einsatzes wert sei. Auch gegen Serbien gewaltsam vorzugehen, sehe er keinen Grund, und sei stets Gegner einer Politik gewesen, die zu solchen Konflikten führen könne. Die innerpolitischen Probleme seien nach seiner Ansicht für die Monarchie dringender als die außenpolitischen [33]).

[33]) Militärattache v. Kageneck, 17. Dezember 1912 und 26. Februar 1913. — Vgl. Conrad, Aus meiner Dienstzeit 2, 876 f. und 412 f. Ferner F. Kern, Die südslavische Frage und die Wiener Kriegspartei 1913/14 in Schmöllers Jahrbuch 48, 243 f.

Aber es kam nicht zu einem kriegerischen Zusammenstoß, da Rußland sich entschloß, die serbische Forderung nicht bis zum Äußersten zu unterstützen, sondern sich mit einer Eisenbahn von

Serbien nach einem für neutral zu erklärenden albanischen Hafenplatz zu begnügen, was Österreich zuzugestehen bereit war.

Aus den bisher bekannt gewordenen russischen Aktenstücken ersieht man mit Erstaunen, daß Rußland diesen Entschluß bereits im November gefaßt hat. Schon am 13. November warnte man von russischer Seite Serbien vor hartnäckigem Festhalten an seiner Forderung und vertröstete es auf spätere Konflikte unter den Großmächten, die ihm die Erfüllung seiner Wünsche bringen würden. Man wollte in Petersburg nur noch für möglichste Beschneidung des albanischen Staates eintreten. Der russische Generalstabschef erklärte dem französischen Botschafter, er glaube an den rein defensiven Charakter der österreichischen Rüstungen; aber selbst im Falle eines österreichischen Überfalls auf Serbien werde Rußland nicht Krieg führen. Der Grund dafür lag in der Haltung Englands. Während Poincare die Russen jetzt seines aktiven Beistandes versicherte, nicht nur, wenn Deutschland am Kampfe teilnehme, sondern schon für den Fall, daß Österreich irgendwelche territorialen Vergrößerungen erlange, ja sogar schließlich aufs bündigste erklärte, wenn Rußland in den Krieg gehe, werde Frankreich sich anschließen [34]), mahnte Grey beständig zur Zurückhaltung. Er erkannte Österreichs Mäßigung und die Berechtigung seiner wirtschaftlichen Wünsche an. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß die öffentliche Meinung Englands nur schwer für die Teilnahme an einem Kriege aus Anlaß von Balkanfragen zu gewinnen sein würde, und sicherlich nur dann, wenn Österreich deutlich als der angreifende Teil erscheine, und wenn Frankreich in den Krieg hineingezogen werde. Die erste Bedingung sah man in London nicht als erfüllt an.

[34]) Berichte Iswolskis, 7., 17., 18. November und 14. Dezember. Livre Noir 340 f. und 368 f. Stieve 2, 335, 346, 347 und 388.

Dieser Entschluß Rußlands erregte bei Poincare, wie Iswolski meldete, „die größte Bestürzung“. Er wies darauf hin, daß die militärischen Vorbereitungen Österreichs sehr weit gediehen seien; jeden Augenblick

könne er losschlagen. Man habe in Paris als sicher angenommen, dann werde Rußland eingreifen, Deutschland werde automatisch in den Kampf hineingezogen werden, und dann werde auch für Frankreich der Bündnisfall gegeben sein. Man habe diese Möglichkeit „mit Bewußtsein und kaltem Blut“ ins Auge gefaßt und alles zum sofortigen Losschlagen vorbereitet. Und nun sehe man sich plötzlich einem Zögern Rußlands

gegenüber! Man verkenne in Petersburg die gefährlichen Absichten Österreichs oder müsse irgendwelche verborgenen Gründe für seine unbegreifliche Haltung haben. Deutlicher konnte Poincare nicht sagen, daß er trotz aller friedlichen Redensarten schon damals den Krieg herbeizuführen wünschte. Er beruhigte sich erst, als Iswolski ihm versicherte, man wolle nur den Anschein vermeiden, als rufe man um serbischer Forderungen willen einen Weltkrieg hervor. Komme es dazu, so müsse als Grund offen das Bestreben Österreichs und Deutschlands hervortreten, „ihre Hegemonie auf dem Balkan und folglich auch in ganz Europa aufzurichten“. Nur dann werde England mitgehen [35]). Mit vollem Recht konnte also der russische Botschafter Graf Benckendorff seinen Eindruck dahin zusammenfassen, daß man in Paris den Krieg gern sehen werde, während die englische Regierung offenbar bemüht sei, ihn, wenn irgend möglich, zu vermeiden.

[35]) Bericht Iswolskis vom 18. Dezember. Stieve 2, 896 f.

Der Umstand, daß Rußland immer stärker rüstete und den Dreibundmächten gegenüber auf der Forderung des serbischen Adriahafens beharrte, während es längst entschlossen war, sie fallen zu lassen, legt die Vermutung nahe, daß man durch diese Haltung Österreich zu unvorsichtigen Schritten zu reizen hoffte, die dann als Provokation gedeutet werden und vielleicht doch noch zur Erlangung der englischen Hilfe benutzt werden konnten. Die Mahnung Deutschlands, man möge in Wien stets daran denken, daß man nicht als der provozierende Teil erscheinen dürfe, war also berechtigt.

Der Schlüssel der Situation lag jedenfalls in London. Hätte Grey den Verbündeten mit Sicherheit Englands Hilfe in Aussicht stellen können oder wollen, so wäre der Weltkrieg wahrscheinlich damals schon ausgebrochen. Grey gab diese Zusage nicht, sondern bemühte sich gemeinsam mit Deutschland, einen Zusammenstoß zu verhindern. Ja, er tat während dieser kritischen Wochen einen ganz auffallenden Schritt zur Annäherung an Deutschland überhaupt.

* *
*

Botschaftsrat v. Kühlmann, der nach Marschalls Tode bis zur Ankunft Lichnowskys (Mitte November) Deutschland in London vertrat, erhielt am i5. Oktober von Grey eine Mitteilung, die ihn zu

den größten Hoffnungen entflammte36). Der Minister ließ ihm durch seinen Privatsekretär sagen, er sei des langen Haders herzlich müde, wolle die Hand zu einer herzlichen und dauernden Versöhnung reichen und biete uns den Ölzweig des Friedens. In der Orientfrage seien die beiderseitigen Interessen völlig identisch und auf Lokalisierung des Konflikts gerichtet. „Sei durch diese Kooperation in schwieriger Zeit die Intimität der deutschen und englischen Diplomatie hergestellt, so könnten wir uns über alle politischen Wünsche und Interessen verständigen. Er sei zum allergrößten Entgegenkommen bereit und halte ein Zusammengehen in China, Persien, der Türkei und Afrika für aussichtsreich. Der Minister lege Wert darauf zu betonen, daß er dies für einen wichtigen und entscheidenden Schritt halte und wünsche, daß es auch bei uns als solcher aufgefaßt werde.“ Kühlmann war überzeugt, daß man in England die Flottenfrage jetzt nicht mehr als Hindernis für eine Annäherung betrachte. Es sei wieder ein psychologischer Moment erster Ordnung da; jedenfalls müsse man Grey ausführlich antworten, da er sonst tödlich verletzt sein werde, um so mehr, weil ihm die Initiative seiner Natur nach sehr schwer gefallen sei.

[36]) Kühlmann, 15. Oktober.

Kiderlen vermochte diesen Optimismus nicht voll zu teilen. Zunächst, meinte er, habe man es nur mit persönlichen Ansichten Greys, nicht mit Beschlüssen des englischen Ministeriums zu tun. Auch scheine er nur unsere Absichten kennenlernen zu wollen, ohne von seinen eigenen Genaueres zu verraten. Er ermächtigte den Botschaftsrat zu ausführlicher Aussprache über die Balkanfragen, ließ auch erklären, daß Deutschland an der Zukunft Konstantinopels nur ein sekundäres Interesse habe, und daß Deutschland hier gern mit England Hand in Hand gehen wolle. Daran knüpfte er aber das Verlangen, daß alle weiteren Verhandlungen streng geheim bleiben, daraus hervorgehende Vereinbarungen aber sofort veröffentlicht und den übrigen Mächten gegenüber gemeinsam vertreten werden müßten. Ferner sei erforderlich, daß man sich schon jetzt darüber einige, sich auch auf anderen Gebieten nicht feindselig gegenüberzutreten, soweit nicht etwa Lebensinteressen in Frage kämen. Wir dürften uns nicht lediglich zur Erreichung momentaner englischer Zwecke ausnutzen lassen, um dann wieder anderen Beziehungen geopfert zu werden [37]).

[37]) Kiderlen an Kühlmann, 20. Oktober.

Darin lag doch die Forderung, daß England das Zusammengehen mit uns im Orient durch eine allgemeine politische Entente und die tatsächliche Opferung seiner bisherigen politischen Beziehungen erkaufen sollte. War anzunehmen, daß Grey darauf eingehen werde, da er doch wußte, daß unser eigenes Interesse uns in diesem Falle zum Zusammengehen mit England nötigte? War es klug, jetzt schon derartig weitgehende Bindungen zu verlangen, anstatt abzuwarten, wie weit ein momentanes Zusammenarbeiten mit der Zeit führen werde? Im Grunde widersprach diese Haltung dem von Kiderlen selbst kurz vorher skizzierten Programm. Auch der Kaiser war mißtrauisch. Im Grunde, meinte er, strebe England doch nur nach Herstellung des Gleichgewichts, wolle zwischen beiden Gruppen schaukeln und sich daher nicht an uns binden [38]).

[38]) Bemerkung des Kaisers zu Lichnowskys Bericht vom 19. November.

Kühlmann teilte Grey mit, was ihm befohlen war, und erhielt eine freundliche Antwort, dahin gehend, daß der Minister erfreut sei und um häufige Fortsetzung der Konversationen bitte. Auch sagte er Geheimhaltung der Besprechungen und gemeinsame Vertretung nach erzielter Einigung zu. Was die Orientfrage anging, so erklärte Grey jede Rückgabe bereits befreiter christlicher Gebiete an die Türkei für unmöglich; aktiv werde England nur eingreifen, wenn es sich um die Zukunft Konstantinopels handle. Sonst werde er jede Lösung annehmen, über die Rußland und Österreich einig würden, und freue sich, daß er auf diesem Boden mit Deutschland zusammenarbeiten könne [39]).

[39]) Kühlmann, 25. und 28. Oktober.

War diese Annäherung Greys nur ein taktischer Schachzug, oder war sie ein Zeichen, daß man in England ernstlich an eine neue Einstellung der Gesamtpolitik denke, mit dem Endziel, die alte Stellung über den Parteien zurückzugewinnen? Wir wissen es nicht. Sicher aber ist, daß der Versuch, England sofort fester an Deutschland zu binden, es aus der Entente zu lösen, eine Art von englisch-deutschem Duumvirat an die Stelle der bisherigen Kombinationen zu setzen, auf ihn, seiner ganzen politischen Vergangenheit und Wesensart nach abschreckend wirken mußte, selbst wenn seine Annäherung ernstgemeint war.

Erfuhr man in Paris etwas von diesen, wenn auch noch so schüchternen Versuchen des Verbündeten, sich dem Führer der Gegengruppe zu nähern? Paul Gambons Beobachtungstalent und Scharfsinn werden sie wohl kaum entgangen sein; vielleicht ist Poincares unbedingte Hilfszusage und seine hetzerische Sprache gegenüber Iswolski auf die Besorgnis vor einer deutsch-englischen Annäherung zurückzuführen; vielleicht wollte er Rußland zum Losschlagen drängen, bevor diese Annäherung festere Formen angenommen habe. Jedenfalls sah er, daß England und Deutschland auf die Lokalisierung des Balkankonfliktes hinarbeiteten, sah auch, daß England jeder einseitigen Vermittlung der Entente ein gemeinsames Handeln aller Großmächte zu substituieren suchte und den Zusammenstoß vermeiden wollte. Wenn Graf Benckendorff seit Ende Oktober eine leise Spannung zwischen London und Paris zu bemerken glaubte, so wird er nicht Unrecht gehabt haben. Wegen des Verhältnisses zu Spanien in Marokko und der französischen Begünstigung des Waffenschmuggels in Maskat war es nach Kühlmanns Beobachtungen zu Reibungen zwischen den Verbündeten gekommen. Daß Grey gelegentlich durchblicken ließ, er werde Konstantinopel lieber in der Hand der Bulgaren oder als neutralisierte Freie Stadt konstituiert sehen, als es in den Besitz Rußlands kommenlassen, wird die Franzosen ebenfalls stutzig gemacht haben; denn Rußland drohte offen mit sofortigem Erscheinen seiner gesamten Flotte vor Konstantinopel, sobald die Bulgaren dort einziehen würden. Auch äußerte Grey Bedenken, ob man die Inseln im Norden des Ägäischen Meeres, die Griechenland besetzt hatte, mit Rücksicht auf ihre strategische Wichtigkeit für die Beherrschung der Meerengen dauernd an Griechenland überlassen könne.

Als die Kriegsgefahr im November ernster zu werden schien, suchte Poincare auch Italien zu einer Erklärung zu drängen, daß es entsprechend den Abmachungen von 1902 nicht gegen Frankreich kämpfen werde. Es scheint, daß er diese gespannte Lage auch benutzt hat, um, getrieben von der Sorge vor einer deutsch-englischen Annäherung, durch Cambon an Grey eine neue direkte Anfrage über Englands voraussichtliche Haltung stellen zu lassen. Das Ergebnis dieser Bemühungen liegt in dem bekannten Briefwechsel zwischen Grey und Cambon vom 22. und 23. November vor, über dessen Vorgeschichte wir noch im Dunklen sind. Hier sicherten beide Regierungen sich zu, daß sie — unbeschadet ihrer vollen Bewegungsfreiheit — sofort miteinander in Verbindung treten wollten, wenn eine der beiden Mächte einen unprovozierten Angriff einer anderen oder ein

sonstiges den allgemeinen Frieden bedrohendes Ereignis erwarte. Es sollte alsdann beraten werden, ob ein gemeinsames Vorgehen zur Verhinderung des Angriffs oder Erhaltung des Friedens angezeigt erscheine und welche Maßregeln zu diesem Zweck ergriffen werden sollten. Im Grunde bestimmte dieser Briefwechsel nichts, was bei dem bestehenden freundschaftlichen Verhältnis beider Mächte nicht auch ohne besondere Verabredung geschehen sein würde. Er enthielt keine Verpflichtung zu unbedingter Hilfsleistung, nur zur Beratung, deren Ergebnis auch negativ ausfallen konnte. Er band zudem nicht die Staaten, sondern nur die augenblicklich leitenden Staatsmänner persönlich. Immerhin stellte er ein neues moralisches Band her, hinderte er jede der beiden Regierungen, in solchen Lagen einseitige und schnelle Entschlüsse zu fassen, gab er die Möglichkeit, ja das Recht, in solchen Lagen zu fragen, wie die andere Macht sich zu verhalten gedenke.

Wie konnte Grey in diesen Austausch von Erklärungen willigen, da er doch Frankreichs deutschfeindliche Haltung kannte und zu ermutigen fürchten mußte, während er noch eben mit Deutschland über ein Zusammenarbeiten in allen großen Weltfragen verhandelt hätte? Waren seine Mitteilungen an Kühlmann nur Ausdruck einer vorübergehenden Verstimmung gegen die bisherigen Verbündeten gewesen? Erkannte er die Tragweite des Briefwechsels nicht? Die letztere Möglichkeit muß bei einem so erfahrenen und vorsichtigen Diplomaten wie Grey als ausgeschlossen betrachtet werden. Hatte er doch einen ganz ähnlichen Vorschlag Deutschlands im Frühling zurückgewiesen, weil er ihm eine zu weitgehende Bindung zu enthalten schien. Oder wollte er vielleicht dem Drängen der Franzosen auf eine noch weitergehende Verpflichtung ausweichen, indem er eine Art Abschlagszahlung gewährte? Wollte er vielleicht die engere Verbindung benutzen, um zurückhaltend auf die französische Kriegslust zu wirken? Oder wirkte am Ende auch die Art mit, wie Deutschland seine Annäherung aufgenommen hatte? Wir wissen nicht, ob schon im Oktober, als Grey mit Kühlmann sprach, eine französische Anregung zu jenem späteren Meinungsaustausch vor lag. Sollte dies der Fall gewesen sein, so könnte Greys Sondierung den Zweck gehabt haben, noch einmal Deutschlands Stimmung zu erkunden, bevor man sich Frankreich gegenüber fester binde, und die weitgehenden Wünsche Deutschlands, das gleich die ganze Hand anstatt des kleinen Fingers haben wollte, könnten den Entschluß der englischen Regierung mitbestimmt haben.

Jedenfalls war die Entente durch diese Vorgänge gefestigt. Grey wurde Deutschland gegenüber zurückhaltender, obwohl er in den Orientfragen nach wie vor ein Zusammenarbeiten anstrebte. Als der neue deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky in London ankam, sagte ihm Grey, England und Deutschland als die beiden im Orient am wenigsten direkt interessierten Mächte müßten dafür sorgen, daß es nicht zu einem Zusammenstoß komme, in den andere Mächte verwickelt werden würden. „Es sei heute ganz unberechenbar, wer alsdann an dem Kampfe beteiligt werden könnte [40])." Wie Nicolson dem russischen Botschafter sagte, sollte das eine Warnung sein, daß Deutschland nicht unbedingt auf Englands Nichtbeteiligung rechnen möge. Trotzdem hielt sich Fürst Lichnowsky auf Grund der allgemeinen Haltung Greys für berechtigt, bei einem Festmahl in London am 30. November zu sagen, Deutschland und England träten gemeinsam für den Frieden Europas ein, und ihre Beziehungen seien nie offener und freundschaftlicher gewesen als gerade jetzt.

[40]) Lichnowsky, 27. November.

Aber ein Gespräch, das der Botschafter bald darauf mit Haldane hatte, mußte doch zu denken geben. Dieser sagte ihm ganz rücksichtslos, daß England auf Seiten Frankreichs und Rußlands ein greifen werde, wenn es zum Kriege kommen sollte. Und er fügte auch den tieferen Grund hinzu: England müsse das Gleichgewicht zwischen den beiden kontinentalen Gruppen zu erhalten suchen. Es würde unter keinen Umständen die Niederwerfung Frankreichs dulden können, die vorauszusehen sei. „England könne und wolle sich nicht nachher einer einheitlichen kontinentalen Gruppe unter Führung einer einzigen Macht gegenübersehen." Das Gleichgewicht der Gruppen bilde ein Axiom für Englands Außenpolitik. Man wünsche das beste Verhältnis zu Deutschland, nicht den Krieg. Komme es aber zu einem solchen, so könne er für gar nichts einstehen [41]).

[41]) Lichnowsky, 3. Dezember, mit Bemerkungen des Kaisers. Gedr. Tirpitz, Dokumente, 361 f. Dort auch ein Brief des Prinzen Heinrich an den Kaiser vom 19. Dezember (363 f.), dem König Georg in etwas verhüllterer Form die gleichen Gedanken angedeutet hatte.

Das war deutlich und klar gesprochen. Der Kaiser sah seine schon vor Wochen geäußerte Ansicht bestätigt und erblickte außerdem in Haldanes Worten eine versteckte Drohung. Er meinte: „Der Endkampf der Slaven und Germanen findet die Angelsachsen auf der Seite der Slaven und Gallier!" Er sah den Grund im Neide Englands auf uns und in der Furcht, wir könnten

zu groß werden. Er hatte recht, wenn er sagte, die Lage sei nun geklärt, wir wüßten, was wir zu erwarten hätten. Als Schutzmaßregeln faßte er wieder ein Militärabkommen mit Bulgarien, der Türkei und Rumänien, eventuell mit Japan ins Auge. „Jede Macht, die zu haben ist, ist gut genug, uns zu helfen. Es geht um Sein oder Nichtsein Deutschlands [42]).“ Freilich war es schwerer, als er annahm, neue Verbündete zu gewinnen.

[42]) Der Kaiser an Kiderlen, 8. Dezember,

Auch Lichnowsky sprach seine Meinung dahin aus, daß England den Frieden wünsche, aber im Falle eines deutsch-französischen Krieges sofort seine Flotte mobilisieren und spätestens nach einem ersten deutschen Siege uns angreifen, jedenfalls eine militärische Niederwerfung Frankreichs nicht ruhig mit ansehen werde. Gerieten wir mit Rußland allein in Krieg — ein irrealer Fall —, so werde das nicht unbedingt die gleiche Folge haben [43]).

[43]) Lichnowsky, 4« und 9. Dezember.

* *
*

Da Österreich sich nicht zu kriegerischen Maßregeln drängen ließ, Rußland im stillen schon entschlossen war, auf den serbischen Adriahafen zu verzichten, England und Deutschland den Frieden erhalten sehen wollten, so hielt Kiderlen Ende November den Zeitpunkt für gekommen, der Spannung durch einen vertraulichen Meinungsaustausch unter den Großmächten ein Ende zu machen, und gab eine entsprechende Anregung. Poincare nahm diese zum Anlaß, um seinen früheren Plan einer Botschafterkonferenz in Paris wieder aufzunehmen, da ein telegraphischer Meinungsaustausch zu zeitraubend und zu unsicher sei. Die Dreibundmächte stimmten dem Vorschläge im Prinzip zu, verlangten aber, daß die Konferenz nur unverbindliche Besprechungen abhalten und in London tagen solle, da sie Poincare und Iswolski mißtrauten, auch wohl von Greys persönlicher Leitung einen mäßigenden Einfluß erhofften. Die Ententemächte gaben in diesem Punkte schließlich nach, obwohl ungern, da sie Poincares persönliche Eitelkeit kannten und wußten, daß er gern die Rolle des Vorsitzenden gespielt haben würde. Vielleicht hätte man ihm das Vergnügen lassen sollen.

Da die Mittel der Türkei zum Widerstande erschöpft waren und ihr von keiner Seite Hilfe kam, entschloß sie sich, am 3. Dezember mit den Balkanstaaten (außer Griechenland) einen Waffenstillstand auf Grund der Kriegslage zu schließen. Am 16. Dezember traten die Gesandten der kriegführenden Staaten in London zu Friedensverhandlungen zusammen. Am 17. wurde dort die Botschafterkonferenz der Großmächte eröffnet. Die Friedensverhandlungen scheiterten Anfang Januar daran, daß die Türkei die Übergabe der bisher von ihren Feinden noch nicht eroberten Festungen Skutari, Jannina und Adrianopel verweigerte. Die Autonomie Albaniens wurde im Prinzip zugestanden. Als die Großmächte auf Rußlands Drängen der Türkei auch zur Abtretung Adrianopels rieten (17. Januar 1913), gab zwar die türkische Regierung nach, wurde aber durch eine von Enver Bey geleitete Revolution gestürzt. (23. Januar.) Da die neue Regierung nur den westlich der Maritza gelegen Teil Adrianopels abtreten wollte, wurde der Stillstand gekündigt und der Krieg begann am 3. Februar von neuem.

Im März fielen Jannina und Adrianopel. Gleichzeitig drohten neue Verwicklungen durch Rumäniens Kompensationsansprüche. Nachdem Rußland das Verlangen Bulgariens, daß der Zar allein diesen Streit entscheiden möge, zurückgewiesen und die Sache der Botschafterkonferenz übergeben hatte, trat diese Frage zurück gegenüber der nordalbanischen. Montenegro belagerte Skutari und zwang es trotz des Verbotes der Großmächte am 23. April zur Kapitulation. Eine Flotte der Mächte war schon vorher auf Greys Vorschlag an der albanischen Küste stationiert worden und hatte diese blockiert. Aber Fürst Nikita weigerte sich trotzdem, Skutari zu räumen und verstand sich erst zur Herausgabe an die Großmächte, als Österreich sich entschlossen zeigte, ihn sonst mit Gewalt hinauszutreiben, und als die Mächte ihm eine Geldentschädigung in Aussicht stellten. (14* Mai.) Serbien räumte zwar Durazzo, verlangte jetzt aber eine Vorschiebung seiner Grenze in Mazedonien, weil es in Albanien nichts bekommen sollte und weil es Adrianopel hatte erobern helfen; das bewog Bulgarien, am 16. April einen besonderen Stillstand mit der Türkei zu schließen. Nach langen Mühen kam unter dem Druck der Mächte am 30. Mai der Präliminarfriede von London zustande; die Türkei trat alles Gebiet westlich der Linie Enos—Midia ab, ebenso Kreta. Über die Inseln des Ägäischen Meeres und die Abgrenzung Albaniens sollten die Mächte entscheiden, über die Verteilung der übrigen Eroberungen sollten die Balkanstaaten sich einigen.

Während dieser Vorgänge hatte man in Wien und Berlin besorgt die Frage erwogen, ob nicht auch die Integrität der asiatischen Türkei angetastet werden würde. Sollten derartige Pläne von anderer Seite verfolgt werden, so war Deutschland entschlossen, seinen Anteil zu fordern. Bethmann war sehr besorgt, ob das nicht zu schweren Konflikten führen werde, ob wir angesichts der Gesamtlage überhaupt die nötigen Machtmittel zur Besetzung und Behauptung klein asiatischer Gebiete verfügbar haben würden. Er wünschte daher diese Fragen solange hinauszuschieben, wie es irgend gehe. Auch fürchtete man die Aufrollung der Meerengenfrage und eine Stärkung der russischen Stellung und damit der Entente im Mittelmeer [44]).

[44]) Aufzeichnung Zimmermanns, 16. Januar 1913. Bethmann an Lichnowsky, 27. Januar.

Im allgemeinen bewährte sich auch während der schwierigen Verhandlungen der Botschafterkonferenz das Zusammenarbeiten Deutschlands und Englands im Sinne der Erhaltung des Weltfriedens. Indem Deutschland auf Österreich, England auf Rußland einen zurückhaltenden Einfluß ausübte, wurde es möglich, über die kritischen Punkte der Verhandlungen ohne ernsten Zusammenstoß wegzukommen. Auch in der schwierigen Frage der Begrenzung des neuen albanischen Staates gelangte man zu einem Kompromiß. Österreich war schon zu Beginn der Beratungen entschlossen, auf eine Korrektur der von ihm vorgeschlagenen Nordostgrenze Albaniens einzugehen, falls nur Skutari dem neuen Staate verbleibe; Rußland hatte sich ebenfalls mit dem Gedanken abgefunden, daß Skutari für Montenegro nicht zu retten sei. Nur, weil keine der beiden Mächte offen ihr Zugeständnis machen wollte, bevor sie nicht der Gegenleistung sicher sei, verzögerten sich die Verhandlungen darüber monatelang. Dabei vermied man in Berlin alles, was Österreich hätte verletzen oder in Wien Zweifel an unserer Bundestreue hätte hervorrufen können.

Die gemeinsame Arbeit schuf zwischen Deutschland und England eine immer freundlichere Stimmung. Der Reichskanzler hoffte auf eine immer weitergehende Annäherung, mahnte jedoch Lichnowsky, der nach seiner Ansicht zu stürmisch in dieser Richtung vorwärts drängte, zu ruhiger Vorsicht. Er wußte, daß England auf die Entente nicht verzichten wolle und an der Gleichgewichtspolitik festhalte. Deshalb, meinte er, müsse auch Deutschland den Dreibund fest zusammenhalten, sonst entstehe die Gefahr, daß England, „mit dem unsere Beziehungen noch

nicht so fest zusammengewachsen sind, uns unter französisch-russischem Druck sitzen läßt. Das aber wäre für unsere Zukunft das Unerträglichste“. Auch die kleinasiatische Frage, die sicher kommen werde, könnten wir nur mit England gemeinsam lösen, „genau ebenso wie wir bei allen unseren kolonialen Zukunftsfragen auf ein Zusammenarbeiten mit England angewiesen sind [45])“.

[45]) Bethmann an Lichnowsky, 30. Januar.

Während des ganzen Winters von 1912 auf 1913 war ein großer Teil der russischen und österreichischen Armee mobilisiert geblieben, namentlich auch die in Galizien stehenden Teile der letzteren. Solange dies der Fall war, konnte die Gefahr eines Zusammenstoßes beider Großmächte nicht als beseitigt gelten. Keine von ihnen wollte aber den ersten Schritt zur Abrüstung tun. In Berlin wünschte man dringend eine Verständigung über diesen Punkt, konnte sich auch nicht recht erklären, warum Österreich eigentlich, nachdem Rußland auf das Verlangen eines serbischen Adriahafens verzichtet hatte, mit großen, für seine schwachen Finanzen fast unerträglichen Kosten diese Rüstung aufrechterhielt. Es scheint, daß General Conrad noch immer an dem Gedanken einer militärischen Niederwerfung Serbiens festhielt, ohne die er die dauernde Ruhe an der Südgrenze nicht für gesichert ansah, und eine Aufteilung Serbiens zwischen Rumänien, Bulgarien und Österreich sowie volle Annexion Montenegros erstrebte. Erzherzog Franz Ferdinand sprach sich jedoch sehr deutlich dahin aus, daß er einen solchen Krieg, selbst wenn keine Einmischung Rußlands zu befürchten sei, nicht wolle, zumal dabei nichts Erhebliches zu gewinnen sei. Auch in den wieder ausbrechenden Krieg der Balkanstaaten wollte er sich nicht einmischen. Graf Berchtold schloß sich seiner Ansicht an und fand in Berlin lebhafte Zustimmung. Aber „Zum Zusehen braucht man keine mobile Armee“, meinte Staatssekretär von Jagow. General v. Moltke war darüber völlig mit ihm einverstanden und riet, in diesem Sinne in Wien zu wirken. Er schrieb selbst an seinen Kollegen Conrad, er würde ein kriegerisches Vorgehen gegen Serbien wegen des Sandschaks oder des Adriahafens verstanden haben; da beide Fragen beseitigt seien, würde er es nicht mehr begreifen. Auch würde für einen Krieg aus solchem Anlaß in Deutschland die Zustimmung des Volkes fehlen, ohne die große Kriege nicht mehr zu führen seien. Bethmann stellte dem Grafen Berchtold eindringlich vor, daß Rußland ohne einen ungeheueren Verlust an Prestige Serbien nicht werde im Stich lassen können. Er betonte, wie unsicher bei

einem Kriege gegen die Entente Italiens Haltung sein werde; er sei daher gezwungen, ihn zu bitten, „mich über die Wege gütigst unterrichten zu wollen, die die Politik der k. und k. Regierung im weiteren Verlauf der Krise zu gehen beabsichtigt“. Endlich wies er auf die deutliche Annäherung Englands hin, die, wenn sie zu einer Neuorientierung der britischen Politik führe, die Chancen für einen, künftigen Krieg, falls dieser notwendig werden sollte, wesentlich verbessern werde. Ein gewaltsames Vorgehen Österreichs werde diese Entwicklung unterbrechen und daher nach seiner Meinung „ein Fehler von unabsehbarer Tragweite“ sein. Auch der Kaiser selbst regte brieflich beim Erzherzog Franz Ferdinand die Abrüstung an, sobald man eines entsprechenden Verhaltens Rußlands sicher sei. Auf Umwegen gab man in Wien zu verstehen, daß bei einem Kriege gegen Serbien der Bündnisfall nicht ohne weiteres als gegeben betrachtet werden könne [46]).

[46]) Herzog Albrecht von Württemberg über ein Gespräch mit dem Erz herzog, 2. Februar. Moltke an Jagow, 6. Februar. Bethmann an Berchtold, 10. Februar. Moltke an Conrad v. Hötzendorf, 10. Februar. Der Kaiser an Erzherzog Franz Ferdinand, 26. Februar (vgl. Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldf rage; 53).

Der alte Kaiser Franz Joseph hatte schon vor dem Eintreffen dieser letzten dringenden Mahnungen am 2. Februar den Prinzen Hohenlohe mit einem eigenhändigen Briefe an den Zaren gesandt, worin er diesem beruhigende Zusicherungen über seine Absichten gab. Aber es dauerte noch mehrere Wochen, bis man endlich zu einer Vereinbarung über die Abrüstung gelangte. Erst am 11. März konnte das Abkommen publiziert werden und die Ausführung beginnen.

Österreich hatte zwar durch die Absperrung Serbiens von der Adria einen Erfolg errungen, aber sein eigentliches Ziel, die weitere Stärkung Serbiens zu verhindern, nicht erreichen können. Es mußte jetzt sehr ernstlich überlegen, wie es sich in Zukunft zu den vergrößerten Balkanstaaten stellen wolle. Das Bündnis mit Rumänien war im Februar und März 1913 seitens aller Dreibundmächte bis 1920 erneuert worden [47]) und mußte die Grundlage der künftigen Balkanpolitik bleiben. In Berlin riet man dazu, ein gutes Verhältnis zu Serbien anzustreben, indem man enge handelspolitische Verbindungen knüpfe. Der Kaiser selbst meinte schon im März: Die Politik Wiens Serbien gegenüber war verfehlt! Man suche den Fehler zu redressieren und gewähre Serbien Rückhalt, den es Bulgarien gegenüber braucht und wünscht.“ Österreich müsse versuchen, Rumänien, Serbien und

Griechenland, die unter sich keine widerstreitenden Interessen hätten, aber alle in heftigem Interessenkonflikt mit Bulgarien ständen, an sich heranzuziehen und schließlich noch die Türkei mit ihnen zusammenzuführen. Das bedeute eine Teilung der slavischen Welle, während man sonst alle Slaven Rußland in die Arme treibe [48]).

[47]) Text bei Pribram 1, 107.

[48]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 5. März. S. Bemerkungen zum Bericht von Pourtales, 5. März.

Graf Berchtold erklärte das jedoch für unmöglich. Dynastie und Volk in Serbien seien in die groß serbischen Pläne verrannt, deren Verwirklichung kein österreichischer Staatsmann zulassen könne. Sein Wunsch war enges Einvernehmen mit Bulgarien. Dies sollte Silistria an Rumänien geben und dafür das von den Griechen besetzte und beanspruchte Saloniki als Ersatz bekommen. Er hielt auch eine Verständigung mit Griechenland, das nach Südalbanien strebe, nicht für möglich. Nur durch Heranziehung Rumäniens und Bulgariens an den Dreibund sei das Schreckgespenst des Balkanbundes zu verscheuchen. Vergebens wies Tschirschky darauf hin, daß schon die Rücksicht auf das starke rumänische und südslavische Element in der Donaumonarchie selbst ein Zusammengehen gerade mit diesen Staaten wünschenswert mache, weil es eine Art Sicherung gegen separatistische Bestrebungen sei, und daß man ja ganz allmählich und unauffällig vorgehen könne [49]).

[49]) Tschirschky, 5., 13. und 20. März. Erlaß Berchtolds, 2. Mai.

Der österreichische Plan mußte an dem starken rumänisch-bulgarischen Gegensatz ein schweres Hindernis finden. Zwar kam durch Vermittlung der Mächte Ende Mai ein Vertrag zwischen beiden Staaten zustande, der Silistria an Rumänien überließ; aber dort war man mit dem Maße des Erreichten nicht zufrieden, und in Bulgarien hatte man nur zähneknirschend in diese Abtretung gewilligt. Der Berliner Plan schien an sich viel gesünder und aussichtsreicher; er beruhte im letzten Grunde auf dem Gedanken, daß Österreich den verlorenen Einfluß in Serbien durch friedliche und freundliche Mittel zurückgewinnen müsse. Er hätte aber eine vollständige Umlegung der Wiener Politik bedeutet; und es war immerhin recht fraglich, ob Serbien ehrlich darauf eingehen werde. Man stand immer wieder vor dem gleichen unlösbaren Problem. Berchtold arbeitete weiter daran, Bulgarien allmählich von Rußland zu lösen, es dem Dreibund zu

nähern und eine Verständigung mit Rumänien über die Kompensationsfrage herbeizuführen. Das Hauptziel, meinte er, müsse für später sein, mit Hilfe Bulgariens und der Türkei das Vordringen Rußlands nach Kleinasien und den Meerengen zu verhindern. Er verlangte ziemlich kategorisch Deutschlands Unterstützung für diese Politik da Österreich an den Balkanfragen weit stärker interessiert sei, so glaube es darauf rechnen zu dürfen. Jede Disharmonie könne nur die Gegner des Dreibundes stärken.

In Petersburg verfolgte man Österreichs Bemühungen um die bulgarische Freundschaft wachsam und mißtrauisch. Man ermahnte die Bulgaren zu Zugeständnissen an Rumänien, nachdem Drohungen in Bukarest wirkungslos geblieben waren; und es geschah wohl wesentlich unter russischem Druck, daß Bulgarien die Entscheidung der Mächte über Silistria annahm. Gleichzeitig tröstete man von russischer Seite die Serben über ihren momentanen Verzicht damit, daß Albanien nur ein provisorisches Staatsgebilde sei, dem man keine lange Lebensdauer in Aussicht stellen könne, daß außerdem die Donaumonarchie bald zerfallen und Serbien dann volle Befriedigung seiner Wünsche erhalten werde. „Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiete des heutigen Österreich-Ungarn und nicht dort, wohin es jetzt strebt, und wo auf seinen Wegen die Bulgaren stehen“ schrieb Sassonow am 6. Mai an den Gesandten Hartwig in Belgrad [50]).

[50]) Abgedruckt im deutschen Weißbuch (Deutschland schuldig?), S. 98 f.

Serbien war jedoch zunächst nicht geneigt, sich auf so ferne Zukunftsaussichten vertrösten zu lassen. Es war der Meinung, daß es für den im Südwesten entgangenen Gewinn durch eine Vergrößerung seines mazedonischen Beuteanteils auf Kosten Bulgariens entschädigt werden müsse. Es glaubte im Kriege mehr geleistet zu haben, als es nach dem Bündnisverträge nötig gehabt hätte, während Bulgarien weniger getan habe und mehr bekommen solle, als ihm ursprünglich zugedacht sei, namentlich Adrianopel. Griechenland hatte ähnliche Wünsche, da es in Südalbanien ebenfalls auf einen Teil des erhofften Gebietszuwachses verzichten sollte. Griechen und Serben verständigten sich also dahin, den bisherigen Verbündeten zum freiwilligen Verzicht auf einen erheblichen Teil Mazedoniens aufzufordern. Am 25. Mai verlangte zunächst Serbien in Sofia eine Revision der Vertragsbestimmungen. Bulgarien weigerte sich.

Eine Konferenz der Ministerpräsidenten der verbündeten Balkanstaaten wurde zwar vereinbart, brachte aber keine Einigung. Der Zar mahnte vergeblich zum Frieden und lud schließlich am 17. Juni die Ministerpräsidenten vor sein Forum nach Petersburg. War er doch im serbisch-bulgarischen Vertrag ausdrücklich als Schiedsrichter anerkannt. Aber Bulgarien, das genügenden Grund hatte, an eine seinen Ansprüchen ungünstige Entscheidung des Zaren zu glauben, machte Ausflüchte; Griechenland, das durch keinen Vertrag gebunden war, weigerte sich überhaupt, den Zaren allein als Richter anzuerkennen. Nachdem es schon vorher zu kleineren Reibereien zwischen den verbündeten Truppen gekommen war, leitete ein bulgarischer Überfall auf die serbischen Linien am 29. Juni den Ausbruch des zweiten Balkankrieges ein.

Sofort griff diesmal auch Rumänien ein, nachdem Österreich vergeblich versucht hatte, die Bulgaren zur freiwilligen Abtretung des ganzen von den Rumänen beanspruchten Gebietes zu bestimmen. Auch die Türken benutzten die Gelegenheit, um den Kampf um Adrianopel nochmals aufzunehmen; sie eroberten in der Tat diese Stadt zurück.

Bulgarien war diesen vier Feinden nicht gewachsen. Es rief die Hilfe des Zaren, den Beistand Österreichs an; es erbot sich in der letzten Verzweiflung sogar, dem Dreibund beizutreten. Aber niemand wollte helfen. Man verwies den König Ferdinand auf direkte Verhandlungen mit seinen Feinden. Er wandte sich schließlich direkt an König Karl; nach einigen Mühen wurde der Kampf eingestellt und die Verhandlung über den Frieden Ende Juli in Bukarest begonnen.

Die Großmächte legten sich nun die Frage vor, ob sie das Ergebnis dieser direkten Verhandlungen unter den Balkanstaaten von vornherein als bindend anerkennen oder sich das Recht der Überprüfung des Ergebnisses vorbehalten sollten. Österreich, das Bulgarien möglichst wenig geschwächt zu sehen wünschte, war entschieden für einen solchen Vorbehalt; ebenso England und Rußland. Deutschland widerstrebte von Anfang an aus Gründen, die wir gleich kennen lernen werden. Schließlich behielt man sich den Entschluß über Anerkennung oder Nichtanerkennung vor, bis die Abmachungen vorliegen würden.

In Bukarest zeigte sich sofort, daß Serbien und Griechenland darauf bestehen würden, fast ganz Mazedonien zu behalten und daß dagegen nichts zu machen sei. Ein heftiger Streit entstand

aber, als Griechenland auch den thrazischen Hafen Kawalla beanspruchte, während Bulgarien am Ägäischen Meer nur den weniger günstig gelegenen Hafen Dedeagatsch behalten sollte. Es fand Unterstützung bei Frankreich, während Rußland und Österreich, die sonst immer Gegner waren, für Bulgarien eintraten. England vermied eine entschiedene Stellungnahme, da es seine Verbündeten geteilter Meinung sah. Italien schwankte ebenfalls. Deutschland hingegen nahm in dieser Frage sehr entschieden Partei, und zwar für Griechenland.

Am 18. März war König Georg von Griechenland in Saloniki ermordet worden. Sein Sohn und Nachfolger Konstantin war der Schwager des deutschen Kaisers. Die Königin erbat gleich bei Beginn der Friedensverhandlungen telegraphisch die Unterstützung ihres Bruders für die Wünsche Griechenlands und erhielt umgehend seine Zusage [51]).

[51]) Die Königin an den Kaiser, 31. Juli. Antwort des Kaisers, i. August.

Waren es aber nur Familieninteressen, die diese Haltung des Kaisers bestimmten? Er selbst hat dies entschieden bestritten. Er sah in Griechenland einen künftigen wertvollen Bundesgenossen und konnte darauf hinweisen, daß König Konstantin bereits seinen Beitritt zum Dreibunde angeboten habe. Staatssekretär v. Jagow teilte diese Auffassung. Infolgedessen wirkte Deutschland nicht nur in Wien, Rom, London und Petersburg für die Zuteilung Kawalias an Griechenland, sondern der Kaiser bat auch direkt den rumänischen König, seinen Einfluß während der Friedensverhandlungen in diesem Sinne geltend zu machen. König Karl erwiderte, ihm persönlich sei es gleich, wer Kawalla bekomme; bisher sei er mehr für Bulgarien gewesen; da aber Deutschland so energisch für den griechischen Wunsch eintrete, wolle er seine Haltung demgemäß ändern [52]). Da auch Rußland, wohl aus Rücksicht auf Frankreichs Stellungnahme, seinen Widerspruch aufgab, hatte auch England keinen Grund mehr, dieser Lösung zu widersprechen. Österreich war völlig isoliert. Im Friedensvertrage, der am io. August unterzeichnet wurde, erhielt denn auch Griechenland Kawalla. An Rumänien mußte Bulgarien einen breiten Streifen im Süden der Dobrudscha, an die beiden anderen Staaten den größten Teil Mazedoniens überlassen. Es unterzeichnete den Vertrag nur unter Protest, dem Zwange gehorchend und in der Hoffnung, daß die Mächte ihn überprüfen und noch zu seinen Gunsten abändern würden.

[52]) Tschirschky, 25. Juli. Pourtales, 27. Juli. Jagow an Waldhausen, 1. August, an Tschirschky, 1. und 2. August. Waldhausen, 3. August. Jagow an Jenisch, 3. August. Jenisch an Jagow, 3. August.

Das formelle Recht zu solcher Prüfung hatten die Mächte sich ja vorbehalten; aber eine Änderung hätten sie nur verlangen und durchsetzen können, wenn sie unter sich völlig einig gewesen wären. Davon war aber keine Rede. Der deutsche Kaiser war von Anfang an gegen jede nachträgliche Korrektur der Bukarester Beschlüsse gewesen. Er war mit der Art, wie Österreich Rumänien behandelt hatte, wenig zufrieden und fürchtete davon eine Erschütterung des Verhältnisses der dortigen Regierung zum Dreibunde, zumal da Rußland und Frankreich dort immer stärkeren Anhang gewannen. Er fühlte sich verpflichtet, die Fehler des Bundesgenossen wieder gutzumachen und König Karl jedes denkbare Entgegenkommen zu zeigen. Er fürchtete neue Verstimmungen, wenn die Mächte den unter der Leitung des Königs vereinbarten Vertrag nachträglich änderten. Er riet auch in Wien dringend zum Nachgeben.

Was sollte Österreich tun? Graf Berchtold hatte schon Anfang Juli an bewaffnetes Einschreiten gegen die Serben gedacht, wenn diese Monastir eroberten und behalten wollten, und hatte nur ungern den energischen Gegenvorstellungen aus Berlin Gehör gegeben [53]). Auch jetzt scheint er unter dem Einfluß des rastlos zu einer aktiven Politik hindrängenden Generals Conrad noch einmal an einen Krieg gegen Serbien gedacht zu haben, da die Serben zögerten, ihre Truppen aus Albanien zurückzuziehen [54]). Aber Italien warnte dringend davor und auch in Berlin ließ sich eine Billigung dieses Schrittes nicht erwarten. Bei einer Verhandlung der Mächte über die Revision des Friedensverträges würde Österreich zweifellos in der Minderheit geblieben sein. Also blieb nichts übrig, als sich grollend zu fügen [55]). Man hatte aber in Wien das Gefühl, diesmal von Deutschland im Stiche gelassen zu sein.

[53]) Tschirschky, 3. Juli. Zimmermann an Treutler, 4- Juli. Bethmann an Tschirschky, 6. Juli. Vgl. über Berchtolds und Conrads damalige Haltung F. Kern in den ,,Europ. Gesprächen“ 2, 3 ff.

[54]) Flotow, 28. Juli, nach Mitteilung San Giulianos.

[55]) Tschirschky, 6. August.

Die Türkei war an den Bukarester Verhandlungen nicht beteiligt gewesen und befand sich noch im Kriege mit Bulgarien. Sie forderte Adrianopel zurück. Vergebens drohten ihr die Mächte

der Entente Blockade und Warenboykott an, wenn sie es nicht bei der in London festgesetzten Grenzlinie Enos—Midia bewenden lasse. Deutschland beteiligte sich an diesen Schritten nicht. Der Kaiser hielt sie für wirkungslos und hoffte im stillen, falls es doch zum Einschreiten komme, werde die Verschiedenheit der Interessen Englands, Rußlands und Frankreichs in der Dardanellenfrage grell zutage treten und am Ende die Entente sprengen [56]). Vielleicht fürchteten das auch die Mächte des Dreiverbandes selbst. Jedenfalls gaben sie schließlich ihre Zustimmung zu einem Friedensschluß, der Bulgarien nicht nur die Abtretung von Adrianopel, sondern auch die von Kirkkilisse auferlegte (29. September).

[56]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 16. August.

Der Friede auf der Balkanhalbinsel war endlich hergestellt, die Landkarte völlig verändert, die Türkei bis auf einen kleinen Rest ihres alten Gebietes aus Europa verdrängt, Serbien und Griechenland mächtig vergrößert, Bulgarien durch den Kampf aufs äußerste geschwächt. Rumänien, ebenfalls vergrößert, schien die stärkste Balkanmacht werden zu sollen.

Der österreichischen Politik konnte dieser Ausgang nicht angenehm sein. Noch beim Ausbruch des zweiten Balkankrieges hatte Graf Berchtold erklärt, die weitere Vergrößerung Serbiens und dessen direkte Grenznachbarschaft mit Griechenland könne Österreich nicht dulden [57]). Jetzt hatte man beides doch zugeben müssen, da man weder bei Deutschland noch bei Italien Neigung fand, ein militärisches Vorgehen gegen Serbien als eine Verteidigungsmaßregel gelten zu lassen und beim Eingreifen anderer Mächte eine Verpflichtung zu aktiver Hilfsleistung anzuerkennen. Ferner hatte Österreich sich Rumänien entfremdet, um Bulgarien auf seine Seite zu ziehen. Zwar wünschte man auch in Wien, Rumänien möglichst beim Dreibund festzuhalten, zweifelte aber, ob dies nach König Karls Tode möglich sein werde. Den deutschen Mahnungen zur Verständigung mit Serbien und Griechenland lieh man nur widerwillig sein Ohr. Man liebäugelte beständig weiter mit Bulgarien, obwohl Jagow warnend sagte, Versprechungen eines Ertrinkenden hätten wenig Wert und mit Bulgarien und Rumänien zugleich werde man auf die Dauer nicht zusammengehen können. Ja, es sei die Quadratur des Zirkels, seufzte Sektionsschef Graf Forgach [58]).

[57]) Tschirschky, 3. Juni, gedr. bei Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, 61.

[58]) Aufzeichnung Jagows, 26. September.

Man stand den Balkan fragen und dem ganzen südslavischen Problem nach wie vor ratlos und planlos gegenüber, immer nur von der Furcht beseelt, daß weitere Mißerfolge nach außen das innere Gefüge der Monarchie völlig zersprengen könnten.

Auch für Deutschland war diese offenbare Schwäche und Planlosigkeit des Verbündeten sehr unangenehm. Sie konnte verhängnisvoll werden, da Österreich die deutsche Regierung nie rechtzeitig über seine Absichten unterrichtete — oft, weil es selbst nicht wußte, was es wollte — und trotzdem stets bedingungslose Unterstützung verlangte, weil es in den Balkanfragen die näher interessierte Macht sei. Schon im Februar 1913 schrieb Generalstabschef v. Moltke dem Staatssekretär: „Für uns ist es fraglos äußerst unbequem, durch unsere Verträge und durch die Notwendigkeit, Österreich zu erhalten, in eine gewisse Abhängigkeit von Wien gekommen zu sein. Eine Hauptaufgabe Eurer Exzellenz dürfte sein, nach Möglichkeit österreichische Torheiten zu verhüten, keine angenehme und leichte Aufgabe [59]).“ Er sowohl wie der Kaiser und der Reichskanzler sahen den „Kampf zwischen Slaventum und Germanentum“ immer näherrücken und bemühten sich, wenn sie ihn auch gewiß nicht wünschten und den Angriff jedenfalls den Slaven überlassen wollten, die allgemeine Lage so zu beeinflussen, daß die Chancen für uns günstig ständen, wenn er einmal ausbreche. Konnte ein halbslavischer Staat in einem solchen Kampfe wirklich ein unbedingt zuverlässiger Verbündeter sein?

[59]) Moltke an Jagow, 6. Februar 1913.

Der Kaiser erklärte es für die nächsten Aufgaben, Rumänien festzuhalten, Griechenland zu gewinnen, Österreichs Verstimmung zu beseitigen und womöglich dahin zu wirken, daß an Stelle des Grafen Berchtold eine andere Persönlichkeit in Wien an die Spitze komme [60]). Das letztere gelang freilich nicht. Es gab auch offenbar in der Donaumonarchie keinen Staatsmann, der einen festen und durchführbaren Plan für die künftige auswärtige Politik gehabt hätte.

[60]) Der Kaiser an das Auswärtige Amt, 16. August.

Unter diesen Umständen konnte Deutschland kein anderes Ziel haben, als einen Zusammenstoß der beiden großen Mächtegruppen nach Möglichkeit zu verhindern. Das war während der Balkankrisen im Zusammenarbeiten mit England gelungen. Sollte sich nicht durch vor sichtige Verstärkung des angebahnten Vertrauensverhältnisses die atemraubende Spannung, unter deren Druck unser Erdteil seit sechs Jahren stand, überhaupt vermindern lassen? Noch einmal glomm die Hoffnung auf, das früher Versäumte nachholen zu können. War sie wirklich begründet?

17. Letzte Atempause

Die Balkankrise war ohne allgemeinen Krieg vorübergegangen. Noch einmal atmete man überall, wo man den Frieden wünschte, auf. Deutschland und England hatten sich einander genähert, der Gegensatz zwischen Dreibund und Entente hatte scheinbar an Schärfe verloren. Der Dreibund war nach langen Verhandlungen im Dezember 1912 ohne wesentliche Veränderungen erneuert worden und sollte bis 1926 fortbestehen. Der Abschluß dieses Vertrages war eine der letzten Amtshandlungen Kiderlen-Wächters gewesen. Am 30. Dezember 1912 war er von einem plötzlichen Tode ereilt und durch Herrn v. Jagow ersetzt worden. Verschiedene Schiedsabkommen schienen den plötzlichen Ausbruch eines Krieges zu erschweren. Im fernen Orient und in Afrika war alles ruhig. Aber in Frankreich war Poincare im Februar 1913 Präsident der Republik geworden; er hatte sofort den Deutschenhasser Delcassé als Botschafter nach Petersburg gesandt, weil er „gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses“ gelte und auch mit den militärischen Wünschen des französischen Generalstabes völlig vertraut sei [1]). Im Juli hatte er dann die Einführung der dreijährigen Dienstzeit durchgesetzt und benutzte in den folgenden Monaten das Geldbedürfnis Rußlands, um die Gewährung weiterer Anleihen von deren Verwendung zur Verstärkung des Heeres und zum Ausbau der strategischen Bahnen abhängig zu machen. Auch die Balkanstaaten suchte er in unbedingte finanzielle Abhängigkeit von Frankreich zu bringen. In Rußland erhob der Panslavismus immer lauter seine Stimme. Und im nahen Orient sah es trotz der Friedensschlüsse recht bedenklich aus.

[1]) Iswolskis Berichte vom 17. Februar und 13. März 1913. Stieve 3, 67 und 88.

Denn diese stellten nur eine Augenblickslösung der schwierigen Balkanfragen dar. Die politischen Grenzen, die sie zogen, entsprachen nicht den ethnographischen Verhältnissen und befriedigten niemand. Serbien war von den Russen auf Bosnien und Kroatien vertröstet worden und versuchte krampfhaft, wenngleich vergeblich, eine engere Verbindung mit Montenegro herzustellen. Bulgarien konnte nicht darauf hoffen, die national zu ihm gehörigen mazedonischen Gebiete zu erhalten, wenn nicht Serbien anderswo entschädigt wurde und hatte einen Teil seines alten Zukunft der asiatischen Türkei Landes an Rumänien abtreten müssen. Griechenland richtete seine Blicke von Saloniki

schon nach Konstantinopel, von den Inseln nach der kleinasiatischen Küste. Der neugeschaffene albanische Staat war von inneren Kämpfen zerrissen, von der Eifersucht der Nachbarn im Süden und Norden bedrängt und hatte sich bald offener Angriffe von serbischer Seite zu erwehren. Diese nahmen im Herbst völlig den Charakter eines Feldzuges an und veranlaßte Österreich, am 18. Oktober die Räumung der besetzten albanischen Gebiete binnen acht Tagen zu fordern. Deutschland war nicht vorher gefragt, sagte aber unbedingte Unterstützung auch bei kriegerischem Vorgehen zu, und ließ auch Rußland darüber nicht im Zweifel [2]). Die Türkei hatte sich noch keineswegs mit dem Verlust ihrer europäischen Gebiete abgefunden.

[2]) Denkschrift für die bevorstehende Unterredung des Reichskanzlers mit Sasonow, 20. Oktober 1913. Aufzeichnung über dieselbe, 22. Oktober.

Auch Rußland konnte nicht ganz zufrieden sein. Zwar hatte es seinen Schützlingen das Gefühl gegeben, nur mit des Zaren Hilfe sei für sie etwas zu gewinnen, und nur die dereinstige Aufteilung Österreich-Ungarns werde eine Lösung ermöglichen, die alle Teile zufriedenstelle; aber diese Schützlinge selbst haßten sich untereinander; und schon regten sich Stimmen, die da meinten, mit der Befreiung der Balkanstaaten sei Rußlands Mission erfüllt; es müsse nun ihnen selbst die Bestimmung ihrer Geschicke überlassen. Bulgarien und Griechenland hatten bereits beim Dreibund eine Stütze gegen Rußland gesucht. Daß man in Petersburg den Kampf gegen die Mittelmächte trotz der französischen Zusicherung unbedingter Bundeshilfe noch scheute, hatte die Haltung der russischen Staatsmänner während der Balkanwirren deutlich gezeigt. Offenbar hat man im Sommer 1913 zeitweise daran gedacht, die Türkei von Armenien her aufzurollen und sich den Meerengen von der kleinasiatischen Seite her zu nähern, was voraussichtlich ohne Konflikt mit Österreich und Deutschland möglich gewesen wäre. In Paris zitterte man bei dem Gedanken, daß Rußland vielleicht seine Ziele im nahen Orient auf diese Weise ohne Krieg erreichen, und damit die letzte Möglichkeit zur Eroberung von Elsaß-Lothringen für Frankreich verlorengehen könne. Poincare ließ die Russen seine Mißstimmung deutlich empfinden und bewog sie dadurch, diesen Weg zu verlassen [3]).

[3]) Auf diese Zusammenhänge hat F. Stieve, Iswolski und der Welt krieg, 159 f., mit Recht aufmerksam gemacht.

Zunächst erschien es als die wichtigste Frage, ob die Türkei in ihrer neuen Begrenzung wirklich lebensfähig sein, oder ob der Aufteilungsprozeß auch ihre asiatischen Besitzungen ergreifen werde. Heer, Beamtentum, Finanzen waren in voller Auflösung begriffen. Arabien stand nur in loser Abhängigkeit vom Sultan, seine Bewohner standen den Türken innerlich fremd gegenüber. Die Westküste Kleinasiens war teiweise von Griechen bewohnt, das südliche Mesopotamien wurde von fast unabhängigen Scheichs regiert; die armenischen Bevölkerungsteile strebten mit aller Kraft aus dem verhaßten Verbände des ottomanischen Reiches heraus; Syrien war ebenfalls der Bevölkerung und Gesinnung nach ein Land von besonderer Eigenart, das stark unter französischem Einfluß stand und wenig Anhänglichkeit an die Sultansherrschaft besaß. Brach irgendwo eine separatistische Bewegung los, so waren die Folgen unberechenbar.

In Berlin fürchtete man, daß diese Zersetzungsbewegung nicht aufzuhalten sein werde, so wenig man sie wünschte. Was würde die Folge für Deutschland und seine kleinasiatischen Interessen, insbesondere die Bagdadbahn sein, wenn sich die Mächte der Entente etwa auf der Basis einigten: Ägypten und Mesopotamien für England, Syrien für Frankreich, die Nordküste Kleinasiens und Konstantinopel für Rußland, die ägäische Küste für Griechenland? Dann blieb vielleicht noch irgendwo im Innern Kleinasiens ein schwacher und bedeutungsloser Überrest des Türkenreiches bestehen, vielleicht nicht einmal das. Deutschland aber würde völlig ausgeschaltet sein, wie in Marokko, wie in Persien, trotz aller hier geleisteten Kulturarbeit. Konnte man es dazu kommen lassen?

Schon im Frühling 1913 war die Meinung verbreitet, der Sultan werde, um seinen asiatischen Besitz zu behaupten, den Schutz Englands auf Grund des Zypernvertrages von 1878 anrufen. England werde ihn gewähren, Geld und Beamte hinschicken und sich überall materielle Interessen schaffen, so daß schließlich die asiatische Türkei in ein ähnliches Verhältnis zu England geraten werde wie Ägypten seit 1881. Andere Meldungen besagten, daß Rußland sich vom Kaukasus und Nordpersien her zum Eingreifen rüste. Schon damals mahnte der Kaiser: „Vorbereitungen für die Aufteilung der Türkei, die anscheinend näher bevorsteht, als man glaubt! . . . Auf gepaßt! daß die Aufteilung nicht ohne uns gemacht wird!“ Er dachte damals an Mesopotamien und die westlich anschließenden Gebiete bis Alexandrette und Mersina. Er faßte im Mai die Bildung einer ständigen Mittelmeerdivision der deutschen Flotte ins Auge, die an der kleinasiatisch-syrischen

Küste stationiert bleiben sollte. Drei große Kriegsschiffe erschienen zunächst in Mersina, was den Eindruck hervorrief, Deutschland wolle betonen, daß es zum Schutz seiner Interessen in Kleinasien entschlossen sei [4]).

[4]) Aufzeichnung Zimmermanns, 16. Januar 1913. Bethmann an Lichnowsky, 27. Januar. Miquel, 6. April. Bemerkungen des Kaisers zu einem Bericht des Generalkonsuls in Tiflis vom 30. April. Immediatbericht v. Tirpitz', 15. Mai, mit Bemerkungen des Kaisers. Wangenheim, 16. und 21. Mai.

Aber man ging noch weiter. Um sich für alle Fälle den Beistand der Dreibundgenossen zu sichern, erörterte man mit ihnen die Möglichkeit einer künftigen Aufteilung Vorderasiens. Für Deutschland wurde dabei das Zentralgebiet Kleinasiens, ferner Aleppo und das nördliche Mesopotamien mit den Häfen Alexandrette, Mersina und Adana in Aussicht genommen. Österreich zeigte Neigung, die pamphilische Küste zu beansprachen; Graf Berchtold hatte aber die schwersten Bedenken, weil Rußland durch die Verfügung über die Nordküste Kleinasiens die Meerengen beherrschen und im Mittelmeer eine entscheidende Stellung gewinnen würde. Italien hatte selbst Absichten auf Adalia und wünschte sich schon jetzt die Küste und Konzessionen für Eisenbahnbauten von hier aus ins Hinterland zu sichern. Angeblich hatte auch die Entente in Rom schon Teilungsvorschläge gemacht. Den Italienern und Österreichern wurden unsere Ansprüche auf Grund einer Karte genau dargelegt und eine Verständigung über die pamphilische Küste wurde erwogen [5]).

[5]) Tschirschky an Jagow, 18. Mai. Erlaß nach Rom, 22. Mai. Flotow, 1. Juni. Aufzeichnung Jagows, 6. Juli. Jagow an Tschirschky, 6. Juli. Tschirschky, 9. Juli. Obgleich strengstes Geheimnis ausbedungen war, erfuhr man in Paris sofort von diesen Verhandlungen, offenbar durch Italien. S. Rapport 875.

Unser Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Wangenheim, warnte: England werde uns kaum einen Hafen im östlichen Mittelmeer zugestehen; unsere wirtschaftlichen und kulturellen Interessen seien weit verstreut über das ganze Gebiet; es werde einer intensiven Vorarbeit bedürfen, bevor man zu Besitzergreifungen schreiten könne. Besser sei es, wenn mehrere Mächte gemeinsam der Türkei aushülfen, ihr Geld gäben, Militärs und Beamte hinschickten, die nicht ausschließlich von einer Seite gestellt werden dürften. Lasse man in den einzelnen Teilen des Reiches Instruktoren und Beamte einer einzelnen Nationalität zu,

so bereite man die Aufteilung vor. Aber auch ein Zusammenarbeiten aller Mächte bei dieser Reformarbeit würde wenig ersprießlich sein; gute Aussichten biete nur ein solches von England und Deutschland. Auch England könne keine Teilung wünschen, die den Russen Konstantinopel und den Deutschen Mersina gäbe. Die leitenden türkischen Staatsmänner wünschten diesen Ausweg; England und Deutschland zusammen könnten alleserreichen, was sie wollten. Ihre gemeinsame Arbeit an dieser Stelle könne aber auch ihr allgemeines Verhältnis zueinander bessern [6]).

[6]) Wangenheim, 21. Mai.

Bald darauf erfuhr man, die Türkei habe die Reform ihres gesamten Zivildienstes in Englands Hand gelegt. Siebzehn höhere englische Beamte hätten ursprünglich dorthin abgehen sollen, Grey habe aber schließlich nur fünf zugesagt und die kleinasiatischen Gebiete von ihrer Wirksamkeit ausgeschlossen, aus Rücksicht auf Rußlands und Frankreichs Empfindlichkeit. Lichnowsky wurde beauftragt, unserer Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, daß England sich von einem Eingriff in Gebiete ferngehalten habe, wo wir auf Grund unserer bisherigen Leistungen Anspruch auf die leitende Rolle bei den Reformen erheben müßten; er sollte eine loyale Zusammenarbeit zur Erhaltung der asiatischen Türkei anregen. Er erklärte in London ausdrücklich: Sollte es zur Abgrenzung von Interessensphären kommen, so müßten auch wir unseren Anteil in Anspruchnehmen. Grey erwiderte, daß auch er die Türkei zu erhalten und zu kräftigen wünsche, und meinte, alle Mächte müßten dabei mitwirken [7]).

[7]) Jagow an Lichnowsky, 27. Mai. Lichnowsky, 30. Mai.

Von russischer Seite wurde ein anderes Projekt vorgelegt, das die sechs östlichen Vilajets zu einem engeren Verbände unter einem Generalgouverneur zusammenfassen sollte. Wahrscheinlich wollte man selbst eine Art Protektorat ausüben. Graf Pourtales meinte allerdings, so sicher es sei, daß Rußland die ganze Nordküste Kleinasiens als sein zukünftiges Eigentum betrachte, so sei doch zu erwarten, daß man zunächst abwarten und die Dinge reifen lassen werde, da man wisse, daß England einer Teilung abgeneigt sei [8]).

[8]) Wangenheim, 23. Juni, 8. Juli. Pourtales, 26. Juni und 3. Juli.

Jagow war sich darüber klar, daß Deutschland schwerlich imstande sein werde, in Vorderasien „große Gebiete einfach zu annektieren und sie mit preußischen Landräten und anderen Administrativ-Organen zu überschwemmen“. Man müsse eine gewisse Dezentralisation anstreben, in den einzelnen Provinzen Generalgouverneure oder Vizekönige, die allmählich in ein Protektorats Verhältnis nach ägyptischem Vorbild gebracht werden könnten. Man müsse den Zerfall der Türkei möglichst aufhalten. Jedes Jahr sei ein Gewinn. „Aber wie lange lassen bei der Schwäche und Torheit der Zentralregierung die Ereignisse sich aufhalten?“ Er habe immer geglaubt, daß die Verflechtung der Türkei in europäische Händel eine Ursache ihrer Schwäche sei. Daher halte er es auch für falsch, daß sie durchaus Adrianopel behalten wolle. Er habe nie einsehen können, daß eine Stärkung der Türkei in Europa im Interesse des Dreibundes liegen solle. Jetzt habe die Türkei keine aktive Kraft mehr. Grüne Fahne, Panslavismus, alles, was Marschall immer gepredigt, habe sich als bedeutungslos erwiesen. Die Türkei habe für uns nur insofern Interesse, als sie so lange fortbestehen müsse, „bis wir uns in unseren dortigen Arbeitszonen weiter konsolidieren und für die Annexion fertig werden. Diesen Moment möchte ich so weit wie möglich hinausschieben“ [9]). Für die Reformen in Armenien arbeiteten der russische und der deutsche Rotschafter in Konstantinopel einen Plan aus, den Bethmann und Sassonow bei ihrer Zusammenkunft guthießen. Das Abkommen wurde am 5. November perfekt.

[9]) Jagow an Wangenheim, 28. Juli.

Zweifellos wünschte Deutschland die Aufteilung der asiatischen Türkei weder für den Augenblick noch für eine absehbare Zukunft. Man hegte keine Eroberungsabsichten, wollte sich aber auch nicht ganz beiseite drängen lassen, falls andere die Aufteilung herbeiführten. Die Anmeldung der deutschen Ansprüche für diesen Fall hat bei den Ententemächten, namentlich bei England, offenbar den Wunsch gestärkt, die Türkei möglichst lange zu erhalten.

In unmittelbarer Verbindung mit der kleinasiatischen stand die Meerengenfrage. Man wußte in Berlin natürlich sehr genau, daß Rußland nach wie vor auf die tatsächliche Beherrschung der Meerengen und Schließung des Schwarzen Meeres hinarbeite und die Türkei nur solange erhalten und unterstützen werde, als sie sich dem russischen Einfluß unterwerfe. Es war daher nicht unbedenklich, daß Deutschland auf die Bitte des Sultans nicht nur

militärische Instrukteure zur Ausbildung der türkischen Armee entsandte — wie die Flotte durch englische Marineoffiziere reorganisiert werden sollte —, sondern auch zugab, daß ein deutscher General, Liman v. Sanders, an die Spitze des türkischen Armeekorps in Konstantinopel gestellt wurde. Auch die drei Konstantinopel benachbarten Divisionen und eine ganze Anzahl von Regimentern in allen Reichsteilen sollten deutschen Führern unterstellt, die wichtigsten Abteilungen im Generalstab und die Militärschulen mit deutschen Leitern besetzt werden. General Liman erhielt sehr weitgehende Vollmachten und entsprechende Strafgewalt (15. November) [10]).

[10]) Vgl. hierzu Siebert 639 f. Deutsches Weißbuch 159 f.

Den Russen erschien dies im hohen Grade gefährlich. Eine wirklich starke und gute türkische Armee wünschten sie überhaupt nicht, ein deutsches Kommando am Bosporus noch viel weniger. Der russische Botschafter, meinten sie, könne sich nicht in einer Stadt mit deutscher Garnison befinden. Am 18. November setzte der russische Staatssekretär Kokowzow dem Kaiser und dem Reichskanzler in Berlin die Bedenken seiner Regierung auseinander und bat darum, daß nur Instrukteure ohne Kommandogewalt entsandt und womöglich in Kleinasien stationiert werden möchten. Der Kaiser erklärte jedoch, zur Umerziehung der Armee sei die Kommandogewalt unentbehrlich [11]).

[11]) Aufzeichnung Bethmanns, 18. und 19, November. Lucius, 22. und 28. November.

Darauf wandte sich Rußland nach Paris und London und fragte, ob man nicht gemeinsam einen Druck auf den Sultan üben, eventuell Kompensationen fordern solle (26. November). In Paris ging man mit Eifer darauf ein, während Grey freundschaftliche Vorstellungen in Berlin für besser hielt. Als Kühlmann Grey darauf hinwies, daß doch auch ein englischer Admiral die türkische Flotte kommandiere (9. Dezember), wurde dieser etwas stutzig und versprach, sich über dessen Befugnisse zu orientieren. Er mußte feststellen, daß der Admiral ebenfalls eine tatsächliche Kommandogewalt von großem Umfang ausübe. War er schon vorher nicht geneigt gewesen, dem russischen Drängen auf eine Art von Ultimatum in Konstantinopel nachzugeben, so bestand er jetzt darauf, daß nur eine ziemlich harmlose Anfrage von den Botschaftern der Ententemächte mündlich und einzeln an die türkische Regierung gestellt werde, des Inhalts: man nehme an,

daß die Türkei dem deutschen General keine Vollmachten erteilt habe, die die Unabhängigkeit der türkischen Regierung oder die Freiheit der Meerengen beeinträchtigen könnten, und wünsche seinen Anstellungsvertrag zu kennen.

Diese Anfrage wurde am 13. Dezember in Konstantinopel gestellt und dahin beantwortet, daß dem General zwar das Kommando des ersten türkischen Korps zustehe, aber keine Grewalt über die Befestigungen der Meerengen und keine Befugnis zur Sicherung der Ordnung in der Hauptstadt Auch wenn es zur Verhängung des Belagerungszustandes kommen sollte, werde er dort nicht ohne weiteres den Befehl haben (15. Dezember).

Die Russen waren über die Verwässerung des von ihnen geplanten Ultimatums durch Grey sehr ärgerlich. Sassonow erklärte, wenn man gezwungen sei, seine Haltung auch diesmal wie schon in mehreren anderen Fragen zu ändern, so sei dies nur „dem Mangel an Zutrauen zu der Wirksamkeit der englischen Unterstützung zuzuschreiben. Dieser Mangel an Solidarität zwischen den Ententemächten errege in Petersburg ernste Besorgnisse, denn er bilde einen organischen Fehler der Triple-Entente, welcher uns dem festen Block des Dreibundes gegenüber stets in Nachteil versetzen wird“. Er sprach sich auch dem englischen Botschafter gegenüber ähnlich aus, worüber Grey „sehr schmerzlich berührt“ war.

Der russische Botschafter in Konstantinopel, nach dessen Ansicht man stets zu einem bewaffneten Konflikt mit der Türkei gerüstet sein mußte, riet, die Armenier heimlich mit Waffen zu versehen und die Truppen an der Kaukasusgrenze zu verstärken. Von Paris aus hetzte man; der Außenminister erklärte seine volle Solidarität mit Rußland und drängte zu energischen Schritten. Ja, inoffiziell suchte man Rußland zu veranlassen, einfach ein Kriegsschiff bei Konstantinopel zu stationieren, und es erst wieder zurückzuziehen, wenn Liman verschwunden sei. Die Türken würden nicht wagen, es zu beschießen. Man wünschte, Deutschland ein türkisches Agadir zu bereiten. Die öffentliche Meinung Frankreichs, meinte Iswolski, werde durchaus damit einverstanden sein. Auch suchte man Rußland zu drohenden Schritten in Berlin zu drängen, und Poincare selbst erklärte aufs bestimmteste, daß bei daraus entstehenden ernsten Verwicklungen Frankreich sich trotz seiner Friedensliebe den Verpflichtungen nicht entziehen werde, die ihm das Bündnis auf er lege. Infolgedessen schlug Sassonow Anfang Januar 1914 die

Besetzung einiger türkischer Häfen vor, sobald man auch des englischen Rückhalts sicher sei [12]).

[12]) Berichte Iswolskis vom 5. und 15. Januar 1914. Stieve 4, 17 und 25. Protokoll der russischen Sonderkonferenz vom 13. Januar 1914 (31. Dezember 1913). Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, 234 f. Denkschrift Sasonows vom 6. Januar. Deutsches Weißbuch 160 f.

In Berlin wünschte man jeden Konflikt zu vermeiden. Obwohl die Presse der Entente eine friedliche Lösung dadurch erschwerte, daß sie die Schritte ihrer Regierungen beim Sultan als Drohungen gegen Deutschland hinstellte, genehmigte der Kaiser schließlich, daß Liman auf das Kommando des ersten Korps verzichten, aber General-Inspekteur der Armee und Direktor der Kriegsschulen bleiben solle. Der Sultan war damit einverstanden. Sassonow hatte zwar auch jetzt noch Bedenken, aber der Zar selbst erklärte sich, befriedigt, und so ging diesmal noch die Gefahr vorüber.

Charakteristisch für diesen Zwischenfall ist das Hetzen der Franzosen und die Zurückhaltung Englands, während Rußland bei jedem Schritt nach London schielt, und sehr unzufrieden ist, daß es hier nicht rückhaltlose Unterstützung findet, Offenbar würden sich Rußland und Frankreich nicht gescheut haben, es wegen dieser ah sich wenig bedeutsamen Sache zum Kriege kommen zu lassen, wenn sie die Sicherheit gehabt hätten, daß England mittun wurde.

Schon im Dezember, als diese Frage zuerst auftauchte, hatte Sassonow dem Zaren eine Denkschrift über die künftige Behandlung der Meerengenfrage vorgelegt. Es wurde darin ausgeführt, daß Rußlands historische Aufgabe die Beherrschung der Meerengen sei, entweder durch Besitzergreifung oder Anlage in seiner Hand befindlicher befestigter Punkte oder auf irgendeine andere Art. Auf keinen Fall könne es sich mit bloßer Neutralisierung oder freier Durchfahrt für Schiffe aller Nationen zufriedengeben, weil dann übermächtige feindliche Flotten in das Schwarze Meer eindringen könnten. Voraussichtlich werde die Meerengenfrage während eines europäischen Krieges gelöst werden müssen. Möglichkeit und Erfolg einer militärischen Aktion werde jedenfalls wesentlich von der internationalen Konjunktur abhängen. „Einen günstigen politischen Boden dafür vorzubereiten, bildet gegenwärtig die Aufgabe der zielbewußten Arbeit des Ministeriums des Auswärtigen“ Aber auch die

militärischen und technischen Voraussetzungen müßten genau geprüft werden.

Der Zar billigte dies alles, die Sachverständigen machten ihre Gutachten und am 21. Februar 1914 fand unter Sassonows Vorsitz eine große Beratung der leitenden politischen und militärischen Persönlichkeiten statt. Hier wurde über die Bereitstellung von Transportschiffen für den Truppentransport, über den Ausbau der kaukasischen Eisenbahnen (um auch, von hier aus die Türkei angreifen zu können) und über Zahl und Ausrüstung der für die Expedition bestimmten südrussischen Truppenteile Beschluß gefaßt, immer in der ausdrücklichen Voraussetzung, daß dies alles schon in einem sehr nahen Zeitpunkt Wirklichkeit werden könne. Als Sassonow auch hier wieder darauf hinwies, daß die Sache wahrscheinlich während eines großen europäischen Krieges zur Ausführung kommen werde, machte aber der Chef des Generalstabes Bedenken geltend. Falls auch Rußland an einem solchen Kriege beteiligt sei, sagte er, werde voraussichtlich seine gesamte Kraft an der Westgrenze des Reiches nötig sein, wo doch die Hauptentscheidung fallen müsse, und daher werde für einen aussichtsreichen Angriff auf Konstantinopel nicht die erforderliche Truppenzahl verfügbar bleiben. Die Einfügung einer besonderen von Anfang an für diese Expedition bereitzustellenden Heeresgruppe in den Mobilmachüngsplan bezeichnete er als unmöglich [13]). Eine weitere große Schwierigkeit bildete der Mangel an geeigneten Transportschiffen im Schwarzen Meer. Man stellte schließlich ein Programm von sechs Punkten auf; die hier in Aussicht genommenen Maßregeln bedurften aber alle eines längeren Zeitraumes zu ihrer Verwirklichung [14]).

[13]) Nach dem Zeugnis des Generals Dobrorolski (Die Mobilmachung der russ. Armee 15) war das ganze für eine solche Expedition früher vorbereitete Kriegsmaterial 1904 und 1905 in die Mandschurei geschafft und später nicht ersetzt worden.

[14]) S. die Denkschrift vom 8. Dezember und das Protokoll, Dokumente aus den Russischen Geheimarchiven, 308 f., und Stieve, Schriftwechsel Iswolskis 3, 374 f- und Iswolski und der Welt krieg, 247 f.

Betrachtet man diese Vorgänge unbefangen, so muß man, glaube ich, zu der Überzeugung gelangen, daß den leitenden Stellen Rußlands durch diese Beratungen die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens klar zum Bewußtsein gekommen waren, und daß sich ihnen die Notwendigkeit längerer Vorbereitungsarbeiten deutlich gezeigt hatte. Man konnte nicht

wünschen, daß ein großer Krieg ausbreche, bevor diese vollendet waren.

Man hätte eigentlich erwarten sollen, daß Sassonow, wenn er die Herrschaft über die Meerengen als ein Hauptziel der russischen Politik betrachtete, die voraussichtliche Haltung Deutschlands und Österreichs in dieser Frage einwandfrei festzustellen versuchen würde. Als er Anfang November 1913 den Reichskanzler in Berlin auf suchte, hat er aber wohl von Serbien und Albanien, von den Griechen, der asiatischen Türkei und Armenien mit ihm gesprochen, aber kein Wort von den Meerengenplänen Rußlands. Wahrscheinlich sah er in der Sendung Limans ein Zeichen dafür, daß Deutschland die Meerengen den Russen nicht überlassen wolle.

Allerdings wurde später im März 1914 auf einem Umwege eine Sondierung eingeleitet. Der russische Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Giers, der vielen als Sassonows künftiger Nachfolger galt und an den Petersburger Beratungen vom Februar teilgenommen hatte, benutzte die Gelegenheit eines Gespräches mit dem deutschen Botschafter v. Wangenheim, um diesem zu sagen: nach seiner Meinung komme jetzt eine Zeit, wo Deutschland und Rußland wieder zusammenarbeiten könnten und müßten. Beide hätten kein Interesse daran, daß Kleinasien aufgeteilt werde; Rußland würde dann Konstantinopel nehmen müssen, was zu Schwierigkeiten mit England führen werde; es würde Deutschland zum unmittelbaren Grenznachbar in Kleinasien erhalten, was ebenfalls Anlaß zu Reibungen geben könne. Rußland beherrsche die Meerengen am sichersten und unauffälligsten durch eine unter seinem Einfluß stehende türkische Regierung. Daher könnten beide Mächte sehr gut in Konstantinopel gemeinsam arbeiten. Ob die Franzosen Elsaß-Lothringen bekämen, sei für Rußland höchst gleichgültig. Der einzige wesentliche Differenzpunkt sei die deutsche Unterstützung der österreichischen Balkanpolitik. Die Führung des Dreibundes liege jetzt in Wien. Österreich habe die Fernhaltung der Serben von der Adria durchgesetzt, die albanische Mißgeburt ins Leben gerufen, seine Intriguen am Balkan bedrohten dauernd den Weltfrieden. „Wenn es jemals zu einem ernsten Konflikt zwischen Deutschland und Rußland kommen sollte, so würde Österreich die Ursache sein.“ „Ihm schwebe als Ideal ein deutsch-russisches Abkommen vor, in welchem beide Teile sich verpflichteten, unbeschadet ihres Verbleibens in den bestehenden Allianzen, im Falle eines Konfliktes eines der Länder mit einem Bundesgenossen des

andern ihre Vermittlung zur Beilegung des Streitfalles eintreten zu lassen.“ Er wünschte ferner, daß Deutschland den Russen die freie Durchfahrt durch die Meerengen garantiere, durch seine Garantie zugleich der Türkei Sicherheit gegen Mißbrauch dieses Rechtes gebe und ihre territoriale Integrität gewährleiste. Dagegen würde Rußland der wirtschaftlichen Betätigung Deutschlands in Kleinasien keine Hindernisse bereiten.

Wangenheim sah diese Werbungen zunächst als ein Mittel an, um durch Deutschlands Vermittlung größeren Einfluß auf die gegen Rußland etwas mißtrauische türkische Regierung zu gewinnen. Im übrigen, meinte er, lebe Giers in Illusionen; man werde abwarten müssen, was er tun werde, wenn er Minister sei. Die unkontrollierbaren Gärungen im russischen Volke seien stärker als die leitenden Personen. Auf diese Anregung erfolgte von deutscher Seite keine Antwort [15]).

[15]) Wangenheim, 26. März 1914; vgl. Wangenheim, 10. März 1916.

Deutschland wünschte damals noch immer eine Verständigung Österreichs mit Serbien, Griechenland, der Türkei und Rumänien. Wangenheim machte immer wieder darauf aufmerksam, daß Griechenland mit der Türkei schwer zu engerer Verbindung zu bringen sein werde, weil der Streit um die nördlichen Inseln des Ägäischen Meeres unausgetragen sei, und weil Griechenland im Grunde doch nach dem Besitz Konstantinopels trachte. Auch mit Bulgarien, meinte er, werde sich Griechenland schwer zusammenfinden, weil ersteres den Verlust Kawailas nicht verschmerzt habe. Die Türken und Österreicher drängten auf Heranziehung Bulgariens, weil es der einzige Staat sei, der den Türken zu Lande gefährlich werden könne, und weil es ganz unter russischen Einfluß kommen werde, wenn es beim Dreibund kein Entgegenkommen finde. Auch Rumänien wünschten sie festzuhalten, während andererseits die magyarische Unduldsamkeit gegen die in Ungarn wohnenden Rumänen in Bukarest die Abneigung gegen den Donaustaat und die Hinneigung zu Rußland verstärke. Solange der Kaiser an Griechenland festhalte, schien dem Botschafter keine vernünftige Lösung denkbar; resigniert meinte er: „Aus den trüben Wassern der Orientpolitik können wir uns nichts herausfischen, ohne uns die Finger naß zu machen. Das wird die Zukunft lehren [16]).“

[16]) Wangenheim an Jagow, 7. Mai. Denkschrift vom 9. Mai.

Wenn man trotz dieser Schwierigkeiten die russische Anregung zu einer Verständigung unbeachtet ließ, so lag das wohl daran, daß man sich inzwischen England bedeutend genähert hatte und im Orient nichts tun wollte, was in London hätte verletzen können.

Schon seit der Reise Haldanes nach Deutschland im Februar 1912 schwebten Verhandlungen über ein Kolonialabkommen. Obwohl vieles von dem, was man damals ins Auge gefaßt hatte, infolge des Widerspruchs des britischen Kolonialamts aufgegeben werden mußte, blieben doch einige Punkte fortdauernd Gegenstand weiterer Besprechungen, an denen von deutscher Seite neben den Botschaftern Wolff-Metternich, Marschall und Lichnowsky wesentlich der Botschaftsrat von Kühlmann beteiligt war.

Zunächst stand dabei im Vordergründe die Zukunft der portugiesischen Kolonien in Afrika. Die darüber 1898 geschlossene Vereinbarung bestand zwar noch; aber die damals vollzogene Abgrenzung der Interessensphären befriedigte auf beiden Seiten nicht mehr ganz. Außerdem war man sich in Berlin darüber klar geworden, daß der Vertrag in absehbarer Zeit keine praktische Wirkung haben werde, wenn man den darin allein vorgesehenen Fall der freiwilligen Verpfändung dieser Kolonien durch Portugal abwarten wolle. Der deutsche Gesandte in Lissabon, Rosen, machte energisch darauf aufmerksam, daß man Portugals finanzielle Notlage nicht überschätzen dürfe, und daß dort noch andere Einnahme quellen vorhanden seien, die zur Sicherung von Anleihen dienen könnten als die Erträge dieser Kolonien [17]).

[17]) Rosen, 20. Januar 1913.

Anfang 1913 war man darüber einig geworden, die Grenzen in Mozambique etwas zu Gunsten Englands, in Angola zu Gunsten Deutschlands zu verschieben, und den Fall für das Eintreten der Besitzergreifung anders zu formulieren. Insbesondere war England bereit, seinen 1899 erneuerten Schutzvertrag mit Portugal für die afrikanischen Besitzungen in dem Augenblick als erloschen zu betrachten, wenn diese sich etwa selbst vom Mutterlande loslösen sollten. Deutschland begehrte außerdem, daß England versprechen solle, Portugal keine Hilfe zu leisten, wenn etwa Mißwirtschaft in dessen Kolonien andere Mächte zum Eingreifen zwinge. Grey erklärte sich nach einigem Zögern bereit, in einem besonderen Zusatzverträge auch die letztere Erklärung zwar nicht ausdrücklich, aber doch implicite zu geben. Ferner

einigte man sich dahin, jeder Einmischung einer dritten Macht vereint entgegenzutreten, „sei es, daß diese Einmischung erfolgt auf dem Wege einer Anleihe an Portugal gegen Verpfändung der Einkünfte dieser Provinzen“, oder durch indirekten Erwerb eines Teils dieser Gebiete oder auf andere Weise. Deutschland erklärte sich für uninteressiert an dem Schicksal der Insel Timor, England an dem der Inseln San Thome und Principe. Ferner sollte in dem Vertrage noch gesagt werden, daß, sobald ein Stück einer der beiden großen Kolonien in den Besitz Englands oder Deutschlands gelange, der andere Teil das Recht haben solle, den ihm vorbehaltenen Anteil dieser Kolonie zu besetzen. Grey machte dabei allerdings den Vorbehalt, daß der neue Vertrag vom Parlament genehmigt werden und veröffentlicht werden müsse; auch wollte er den sogenannten Windsorvertrag von 1899 und das ältere deutsch-englische Abkommen von 1898 gleichzeitig der Öffentlichkeit übergeben. Hiergegen hatte die deutsche Regierung Bedenken. Man vereinbarte schließlich, daß der Vertrag vorläufig nur paraphiert, d. h. von den Unterhändlern mit den Anfangsbuchstaben ihres Namens gezeichnet werden, die Vorlage an das Parlament und die Veröffentlichung aber erst später nach erfolgter Einigung über den Zeitpunkt stattfinden solle. Nach längerem Verhandeln über den Wortlaut fand die endgültige Paraphierung am 20. Oktober 1913 statt [18]).

[18]) S. besonders Lichnowsky, 17. Januar, 20. März, 13. Mai, 2. Juli, 17. Juli, 28. Juli 1913. Jagow an Solf, 12. Februar, an Lichnowsky, 30. Juni, 21. Juli, an Treutler, 4- August.

Im folgenden Frühjahr versuchte die deutsche Regierung den formellen Abschluß des Vertrages durchzusetzen, ohne daß die von England geplanten Veröffentlichungen jetzt stattfänden. Grey verweigerte das, da er versprochen habe, keine Geheimverträge zu schließen und erklärte, bis zur Genehmigung durch das Parlament sei das frühere Abkommen als gültig anzusehen. Lichnowsky, unterstützt von Rosen, drang auf Genehmigung der englischen Bedingungen, also Abschluß und Veröffentlichung aller drei Verträge. Aber erst gelegentlich einer persönlichen Anwesenheit in Berlin Anfang Juli 1914 erlangte er die Genehmigung des Reichskanzlers dazu unter dem Vorbehalt, daß die Veröffentlichung erst im Spätherbst erfolgen solle. Jagow war auch jetzt noch dagegen und äußerte offen seinen Unmut, daß Lichnowsky den Engländern zu weit entgegengekommen sei [19]).

[19]) Lichnowsky, 29. Januar, 7. Februar, 1., 7., 26. März, 1. April, 23. Mai, 4. Juni, 14- Juli 1914. Gutachten Rosens, 30. Mai. Jagow an Lichnowsky, 29.' Mai, 25. und 27. Juli.

Gleichzeitig wurde über einen zweiten wichtigen Interessenausgleich verhandelt, über die Frage der Vollendung der Bagdadbahn. Nachdem auch mit Frankreich ein vorläufiges Abkommen darüber erzielt war (Februar 1914), wurde im Mai nach langen und schwierigen Einzelverhandlungen zwischen Deutschland und England folgendes vereinbart [20]): Die deutsche Bagdadbahn-Gesellschaft verzichtet auf das ihr zustehende Recht zum Bau der Endstrecke von Basra bis zum Persischen Golf. Diese darf überhaupt nur nach Verständigung zwischen der deutschen, englischen und türkischen Regierung gebaut werden. Die Häfen von Bagdad und Basra baut eine türkische Gesellschaft, an deren Aktienkapital England bis zu 40 % beteiligt sein darf. Deutschland wird weder einen Hafen noch eine Bahnstation am Golf ohne vorheringe Verständigung mit England erwerben oder deren Bau finanziell unterstützen. England verpflichtet sich, 'keine Konkurrenzstrecken gegen die Bagdadbahn zu bauen oder zu finanzieren. Deutschland erkennt die Rechte der von der Türkei im März 1913 konzessionierten englischen Gesellschaft für die Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris an. Die Bagdadbahngesellschaft darf 40% des anfänglich der Türkei reservierten Aktienkapitals (20% des Gesamtkapitals dieser Gesellschaft) erwerben. Sobald die Bahn bis Basra vollendet ist, erlöschen die der Bagdadbahngesellschaft von der Türkei gewährleisteten finanziellen Unterstützungen. Beide Mächte werden gemeinsam für dauernde gesicherte Schiffsverbindungen von Basra bis zum Golf Sorge tragen. Falls die Endstrecke gebaut wird, soll für durchgehenden Verkehr gesorgt werden, jede verschiedenartige Behandlung von Personen und Gütern auf den Bahn- und Schiffslinien ausgeschlossen sein.

[20]) Endgültiger Vertragsentwurf vom 11. Mai. Der am 15. Juni paraphierte Vertrag jetzt gedr. in den „Europäischen Gesprächen“ 1, 41 f.

Dieser Vertrag wurde, nachdem noch einige den Sinn nicht berührende Änderungen des Wortlauts vorgenommen waren, am 15. Juni 1914 in London paraphiert, darauf sofort dem Kaiser vorgelegt und von. ihm genehmigt. Die endgültige Unterzeichnung wurde von deutscher Seite verzögert, weil man vorher mit der Türkei über die finanzielle Sicherstellung des Weiterbaues bis Basra einig zu werden wünschte. Da diese Verhandlungen jedoch auf Schwierigkeiten stießen, beantragte Bethmann am 22. Juli, als die große Weltkrise in unmittelbare Sehweite kam, die Vollmacht zum sofortigen definitiven Abschluß.

Sie wurde am 27. Juli erteilt, am 30. Juli an Lichnowsky abgesandt. Als sie in London ankam, war dort die Kriegserklärung schon so gut wie beschlossen, und der Ausbruch des Kampfes setzte auch diesen Ausgleichsbemühungen ein Ziel.

Diese Verhandlungen verfolgten im Sinne des Reichskanzlers und Lichnowskys nicht nur den Zweck, einige alte Differenzpunkte zu beseitigen, sie sollten vielmehr in Südafrika und Vorderasien eine deutsch-englische Interessengemeinschaft in wichtigen Fragen, eventuell den Boden für gemeinsames Vorgehen zur Verteidigung dieser Interessen gegen dritte schaffen. So hatte auch die französisch-englische und die russisch-englische Entente begonnen. Man hoffte wohl, daß später noch ein Abkommen über die Balkan- und Meerengenfrage folgen werde. Immer wieder betonte Lichnowsky, man müsse in ihrem Abschluß ein Zeichen erblicken, daß die englischen Staatsmänner einer kolonialen Entwicklung Deutschlands nicht im Wege stehen wollten, soweit sie nicht etwa englische Lebensinteressen gefährde.

In Paris und Petersburg sah man diese Annäherung mit höchst besorgten Blicken sich vollziehen. Man wurde zwar von London aus über deren allgemeine Grundzüge unterrichtet und erhielt die beruhigende Versicherung, daß die Beziehungen zu den Verbündeten dadurch nicht berührt würden; aber man war keineswegs erfreut über diese Wendung. Die krampfhaften Versuche Rußlands, im Frühling 1914 die Entente mit England zu einem förmlichen Bündnis auszugestalten, entsprangen zweifellos dem Wunsche, England fester als bisher zu binden und ihm das Kokettieren mit Deutschland zu erschweren. Gelegentlich des Besuches, den König Georg, von Grey begleitet, Ende April 1914 in Paris abstattete, brachte den französischen Minister Doumergue auf Rußlands Wunsch die Frage zur Sprache. Er war erstaunt, Grey zu Verhandlungen über eine Marinekonvention mit Rußland, die er zunächst anregte, persönlich geneigt zu finden; auch von dem Briefwechsel zwischen Grey und Cambon aus dem November 1912 wurden die Russen jetzt in Kenntnis gesetzt.

Die Verhandlungen über die Marinekonvention begannen, nachdem das englische Ministerium Greys Zusage gebilligt hatte, und zwar wurden sie in möglichst unauffälliger Weise durch die Marine-Attaches geführt [21]). Von englischer Seite legte man jedoch keine besondere Eile an den Tag; Frankreich und Rußland waren durchaus die drängenden Teile. Es war noch keine volle Einigung erzielt, insbesondere die russische Forderung der rechtzeitigen Entsendung englischer Transportschiffe in die

Ostsee von England noch nicht angenommen worden, als Gerüchte über diese Verhandlungen in die Öffentlichkeit drangen. Die deutsche Presse geriet darüber in große Erregung, und Grey hatte im Parlament sogar auf eine direkte Frage, ob über eine Marinekonvention mit Rußland verhandelt werde, zu antworten (Juni 1914). Er wich einer direkten Erklärung aus, indem er sagte, es gebe keine unveröffentlichten Verträge, die Englands Entschlußfreiheit beim Ausbruch eines Krieges beeinträchtigen könnten und es würde über solche auch nicht verhandelt. Dem Fürsten Lichnowsky sagte er, über die Meerengenfrage sei seit fünf Jahren mit Rußland nicht gesprochen worden, auch bestehe kein Bündnis, wohl aber sehr enge politische Fühlungnahme, die aber keine Spitze gegen Deutschland habe [22]). Der russische Botschafter fürchtete Anfang Juli, daß diese Vorgänge eine Stockung der Verhandlungen zur Folge haben würden, da es Grey schwer fallen würde, gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln. In der Tat ist die Konvention vor dem Ausbruch des Weltkrieges nicht zum Abschluß gekommen. Es scheint, daß die englische Regierung nur zögernd und lau auf diese Besprechungen einging, um die bisherigen Verbündeten nicht zu verstimmen, während sie gleichzeitig versuchen wollte, wie weit die Annäherung an Deutschland führen werde.

[21]) Vgl. dazu Siebert, S. 806 f. Vgl. dazu die Zusammenstellung bei Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, 198 f.

[22]) Lichnowsky, 24. Juni 1914.

Es versteht sich, daß diese Haltung der englischen Politik nicht dem Wohlwollen für Deutschland entstammte. Von solchen sentimentalen Motiven waren Grey und seine Kollegen ebensoweit entfernt wie früher Salisbury und Chamberlain. Sie entsprang wohl letzten Endes zwei Gründen: man wollte einem Kriege zwischen den beiden Mächtegruppen vorbeugen, den in England die Geschäftswelt und der bei weitem größte Teil des Volkes nicht wünschte; und man hielt an dem der englischen Politik natürlichen Streben fest, die schiedsrichterliche Stellung zwischen diesen Gruppen wiederzugewinnen. Ich habe von der Bedeutung und Wirksamkeit des letzteren Motives schon früher ausführlicher gesprochen.

Selbstverständlich konnte und wollte man die Beziehungen zu Rußland und namentlich zu Frankreich nicht aufheben oder auch nur lockern, solange man fürchtete, daß Deutschland, der Neutralität Englands sicher, die erste Gelegenheit zur gewaltsamen Abrechnung mit dem Zweibund ergreifen und diesen

vermöge seiner überlegenen militärischen und wirtschaftlichen Kraft zu Boden schlagen werde. Daß diese Befürchtung sachlich unbegründet war, daß man in Deutschland keinen Krieg wünschte, auch wenn man auf Englands Neutralität hätte zählen können, vielmehr auf einen Angriff von der anderen Seite gefaßt sein zu müssen glaubte, beweist die Haltung unserer Politik in den vorangegangenen Jahren und jede Äußerung unserer verantwortlichen Staatsmänner. Aber daß man in England diese Befürchtung hegte, daß man dort den Einfluß der Militärs und der mehr lärmenden als wirklich kriegsbegierigen alldeutschen Kreise weit überschätzte, daß man in unberechtigter Übertragung eigener Erfahrungen auf andere Verhältnisse glaubte, Deutschland veranlasse durch die Steigerung seiner Rüstungen zu Lande das allgemeine Wettrüsten, wie es die große britische Flotten Vermehrung tatsächlich durch die Verstärkung der eigenen Seerüstung veranlaßt hatte, — dies alles ist ebenfalls Tatsache, und wenn man diese Motive nicht in Rechnung stellt, kann man die englische Politik nicht richtig beurteilen.

Noch während des ganzen Jahres 1913 und des Frühlings 1914 wurden von englischer Seite wiederholt indirekte Versuche gemacht, zu einem Flottenabkommen zu gelangen. Die Rede von Tirpitz im Reichstag Anfang Februar 1913, worin er ein Verhältnis der Großkampf schiffe von 10:16 als für Deutschland annehmbar bezeichnete, schien eine geeignete Grundlage zu bieten. Dagegen lehnte Deutschland den von Churchill mit Feuereifer vertretenen Gedanken eines Feierjahres im Flottenbau als unpraktisch ab (10. Februar 1914); er würde auf beiden Seiten eine völlige Lahmlegung der Werften und große Arbeiterschwierigkeiten zur Folge gehabt haben. Da Vorschläge über eine Festlegung der Verhältniszahl im obigen Sinne, die man den Engländern nahelegte, unterblieben, so gerieten diese Verhandlungen ins Stocken [23]).

[23]) Material zu einer genaueren Beleuchtung dieser ergebnislosen Ver suche, die hier unnötig erscheint, bietet Tirpitz, Dokumente, S. 367 ff.

England glaubte sich also Deutschland nur vorsichtig und zögernd nähern zu können, ohne die Fühlung mit den bisherigen Freunden zu verlieren. Lichnowsky hat immer wieder noch im Sommer 1914 betont, daß England bei einem Kriege zwischen uns und Frankreich jedenfalls auf der französischen Seite stehen werde. Man hat ihm in Berlin nicht ganz geglaubt. „Ich möchte glauben," schrieb Jagow am 26. Februar 1914 an den Botschafter, „Sie sehen manchmal etwas zu schwarz, auch wenn Sie der

Ansicht Ausdruck verleihen, im Kriegsfälle werde England auf alle Fälle an der Seite Frankreichs gegen uns zu finden sein. Wir haben doch schließlich nicht umsonst unsere Flotte gebaut, und man wird sich meiner Überzeugung nach im gegebenen Falle in England doch sehr ernstlich die Frage vorlegen, ob es denn ganz so einfach und ungefährlich ist, den Schutzengel Frankreichs zu spielen“.

Die Vorstellung, daß man doch wohl bei einem großen Kriege auf Englands Neutralität hoffen könne, umsomehr, da man sich jetzt über so wichtige koloniale Fragen zu einigen im Begriffe war, und die Hoffnung, sich auch über den nahen Orient noch mit England verständigen zu können, haben vielleicht dazu beigetragen, daß man jene letzte Anregung Rußlands wegen der Meerengenfrage unbeachtet ließ. Deutschlands Zurückhaltung gegenüber der durch Giers erfolgten Sondierung hat sicherlich in Petersburg denjenigen Elementen Wasser auf ihre Mühlen geführt, die das Deutsche Reich schon lange als den eigentlichen Gegner Rußlands im Orient betrachteten und der Meinung waren, daß der Weg nach Konstantinopel über Berlin führe.

**
*

Im Sommer 1914 schien eine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden nicht zu drohen, obwohl natürlich die allgemeine Unsicherheit der letzten Jahre fortbestand. Bedenklich war vor allen Dingen die fieberhafte Rüstungssteigerung. Seit 1909 hatte Rußland mit höchstem Eifer nicht nur an der Wiederherstellung, sondern an der denkbar höchsten Steigerung seiner militärischen Leistungsfähigkeit gearbeitet. Das Heer und die Flotte wurden vermehrt, die Festungen und Eisenbahnen namentlich an der Westgrenze auf Frankreichs fortwährendes Drängen ausgebaut, immer größere Teile des Landheeres dauernd an die deutsche und österreichische Grenze verlegt. Frankreich hatte 1909 46 neue Artillerieregimenter geschaffen, 1912 seine Kavallerie entsprechend verstärkt, seine Flotte und seine Luftschiffe dauernd vermehrt und bildete sich in den Kolonien eine schwarze Armee heran, deren Größe niemand genau kannte. Es führte endlich 1913 die dreijährige Dienstzeit ein und verstärkte dadurch sein Landheer gewaltig. Unter diesen Umständen konnte auch Deutschland nicht Zurückbleiben. Es mußte einem Zweifrontenkrieg auch ohne fremde Hilfe gewachsen sein; es handelte sich dabei um seine Existenz. Die Gesetze von 1911 und 1912 steigerten die Zahl der jährlich einzustellenden Rekruten und sorgten für die Ausgestaltung der technischen Waffen. Aber

selbst nach voller Durchführung der hier festgelegten Grundsätze würde Deutschland in der Kopfzahl seines Heeres hinter den Nachbarmächten weit zurückgeblieben sein. Verfügte doch im Sommer 1914 Rußland allein, gleichviel ob man die Kriegs- oder Friedensstärke der Armee zugrundelegt, über ein an Zahl stärkeres Heer als Deutschland und Österreich zusammen [24]).

[24]) Vgl. die Zusammenstellung bei Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 81 f.

In Frankreich behauptete die herrschende Partei unausgesetzt, daß Deutschland nach einer dauernden Hegemonie in Europa, nach immer weiterer Zurückdrängung und Schwächung der Republik strebe, ja daß es nur auf den Moment warte, wo es ungestraft über sie herfallen könne. Dies sei bereits 1905 und 1911 beabsichtigt gewesen, aber an Englands drohender Haltung gescheitert. Daß dies, objektiv betrachtet, falsch war, ändert nichts an der Tatsache, daß man es in Frankreich teils glaubte, teils zu glauben vorgab und damit in der friedliebenden Bevölkerung eine erbitterte Stimmung erzeugte, die im geeigneten Augenblick leicht zu voller Kriegsbegeisterung entflammt werden konnte. Als Poincare im November 1912 dem deutschen Botschafter sagte, es sei ein entsetzlicher Gedanke, Deutschland und Frankreich wegen der Orientfragen, die ihre Lebensinteressen nicht berührten, in Krieg geraten zu sehen, war Herr v. Schön geneigt, an den Ernst dieser Worte zu glauben, fügte aber seinem Bericht die Warnung hinzu, wenn es doch zum Kriege komme, werde Frankreich doch sicher im Vertrauen auf seine neu gekräftigte Armee „den großen Einsatz in der Hoffnung auf siegreiche Lösung der seit 40 Jahren zwischen Frankreich und uns liegenden Frage wagen [25]).“

[25]) Schön. 10. November 1912.

Zwar gab es auch hier noch immer eine starke Richtung, die dahin drängte, mit Deutschland in Frieden zu leben und die Vergangenheit ruhen zu lassen. Ihre Hauptvorkämpfer waren die Sozialisten, an ihrer Spitze Jaures; aber auch Führer der bürgerlichen Linken wie Caillaux und Combes gehörten ihr an. Sie war im Sommer 1914 so stark, daß sie einen Wechsel des Ministeriums erzwang; einen Augenblick schien es damals, als werde die Mehrheit der Kammer jedem neuen Minister des Auswärtigen ihr Vertrauen verweigern, der sich nicht zur Aufhebung der dreijährigen Dienstzeit verpflichte. Maurice Palelogue, seit Anfang des Jahres Botschafter in Petersburg, hat

uns in seinen „Erinnerungen“ erzählt, mit welcher Anstrengung er, damals gerade in Paris anwesend, dagegen gearbeitet hat, wie er allen sagte, ein solcher Entschluß werde das Ende des russischen Bündnisses bedeuten und Frankreich zur politischen Ohnmacht verdammen. Er vertrat die Meinung, daß ein Krieg in naher Zukunft unvermeidlich sei, verschweigt aber die Gründe, die er dafür ins Treffen geführt hat. Wahrscheinlich entnahm er sie seiner Kenntnis von der kriegerischen Stimmung der Panslavisten und der Großfürstenpartei in Petersburg, sowie Poincares und seines Kreises in Paris.

In Rußland behaupteten zwar die leitenden Männer stets, an Deutschlands friedliche Absichten zu glauben; aber im Herbst 1913 sagte Sassonow unserem Geschäftsträger, man fürchte sich immer vor einer „Politik der Überraschungen“ von österreichischer Seite und halte Deutschland nicht für stark genug, den Verbündeten zurückzuhalten. „Österreich stelle seine Verbündeten stets vor ein fait accompli; dieselben seien dann gezwungen, de faire l’honneur a leur signature [26]).“

[26]) Lucius, 28. Oktober 1913.

In Berlin war man sehr skeptisch in bezug auf Rußlands eigentliche Absichten. Schon 1909 hatte, wie wir uns erinnern, Kapitän v. Hintze seine Überzeugung dahin ausgesprochen, daß Rußland gegen uns losschlagen werde, sobald es gerüstet sei, und uns nur bis dahin hinhalten wolle. Der Kaiser hatte sich dieser Ansicht angeschlossen, während unser Botschafter, Graf Pourtales, ihre Richtigkeit bestritt. Aber während der Balkankrise 1912/13 war die panslavistische Strömung in Rußland so stark angeschwollen, daß auch Pourtales meinte, wenn Österreich in Serbien einmarschiere, werde der Zar wohl losschlagen müssen. „Die Frage, ob ein solcher Krieg wirklich dem russischen Interesse dienen würde, wird in diesem Falle ebensowenig erwogen werden, wie die Rücksicht auf die Gefahren, denen Rußland bei einem Kriege im Innern des Reiches zweifellos entgegengehen würde [27]).“ Im Frühling 1914 bezweifelte er zwar, daß Rußland planmäßig auf einen Krieg hinarbeite, da die Persönlichkeiten zur Leitung einer großen, einheitlichen Aktion fehlten; aber er gestand zu, daß der schwache Zar jeden Augenblick von den Panslavisten mitgerissen werden könne. Auch ein damals in einem russischen offiziösen Blatte erscheinender Artikel — Rußland sei kriegsbereit, Frankreich möge es auch sein —, machte ihn in dieser Ansicht nicht irre. Aber der Kaiser war anderer Meinung. Er fand, daß Pourtales Bericht sich selbst

widerspreche. „Ich als Militär“, schrieb er, „trage nach allen meinen Nachrichten nicht den geringsten Zweifel, daß Rußland den Krieg systematisch gegen uns vorbereitet, und danach führe ich meine Politik.“ Zu einer Bemerkung des Botschafters, daß niemand drei bis vier Jahre in die Zukunft schauen könne, setzte er die charakteristische Note: „Die Gabe kommt vor! Bei Souveränen öfter, bei Staatsmännern selten, bei Diplomaten fast nie [28])!“ Er glaubte sie offenbar zu besitzen; hätte er doch nur ein wenig davon gehabt! Der Reichskanzler war zwar ebenfalls besorgt über den Ton der russischen Presse und meinte: „daß Rußland noch am ehesten von allen europäischen Großmächten geneigt sein wird, das Risiko eines kriegerischen Abenteuers zu tragen.“ Aber an unmittelbare Kriegsabsichten glaubte er noch im Juni 1914 nicht, wenn er auch überzeugt war, daß ein beliebiger, vielleicht ganz untergeordneter’ Interessengegensatz zwischen Rußland und Österreich-Ungarn die Kriegsfackel entzünden könne [29]). Den Gedanken an einen Präventivkrieg lehnte er auch jetzt in einer Unterredung mit dem bayrischen Gesandten aufs entschiedenste ab [30]). Der österreichische Thronfolger zweifelte ebenfalls nicht an Rußlands bösen Absichten, meinte aber, es sei nicht zu fürchten; „die inneren Schwierigkeiten seien zu groß, um diesem Lande eine aggressive Politik zu gestatten [31]).“

[27]) Pourtales, 6. Februar 1913.

[28]) Pourtales an Jagow, 6., 11., 16. März 1914« Bemerkungen des Kaisers zum Bericht vom 11. März.

[29]) Bethmann an Lichnowsky, 16. Juni.

[30]) 4. Juni. Bayer. Dokumente zum Kriegsausbruch, Nr. 2. Er sagte: „Der Kaiser hat keinen Präventivkrieg geführt und wird keinen führen.“

[31]) Aufzeichnung Treutlers über die Zusammenkunft in Konopischt, 15. Juni.

Die Wahrheit dürfte, soweit man auf Grund des heute vorliegenden Materials urteilen kann, die sein, daß die regierenden Kreise Rußlands nicht auf jeden Fall Krieg führen wollten und daher keinen bestimmten Zeitpunkt dafür ins Auge gefaßt hatten, daß sie aber den Krieg innerhalb einer nicht allzu langen Zeitspanne für unvermeidlich hielten. Maßgebend für diese Überzeugung war nicht so sehr der Deutschenhaß weiter Volkskreise, auch nicht der Glaube, daß Deutschland den Russen den Weg nach Konstantinopel versperren wolle — was ja übrigens durchaus nicht der Fall war —, sondern die Erwartung, daß der

österreichische Nationalitätenstaat beim Tode des alten Kaisers Franz Josef auseinanderfallen werde. Diese Meinung teilte man, wie wir wissen, seit langem in London, wahrscheinlich auch in Paris und Rom; ja sogar in Deutschland war sie weit verbreitet. Man glaubte also, der Tod dieses bereits 84 jährigen Herrschers werde das Signal zur Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse des Donaubeckens und der nordwestlichen Teile der Balkanhalbinsel werden. Auf diesen Fall bezogen sich, wie ich glaube, die den Serben so oft gegebenen Versprechungen, daß sie auf Kosten der habsburgischen Monarchie „viel Land“ erhalten sollten. Auf diesen Zeitpunkt wird man auch die Rumänen hingewiesen haben, die Rußland bereits im Frühjahr 1914 trotz des Widerstrebens König Karls zum großen Teil gewonnen hatte. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Rußlands Zukunftsprogramm die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie in sich enthielt; wohl aber kann man verschiedener Meinung darüber sein, ob Rußland deren gewaltsame Zerstörung durch einen absichtlich herbeigeführten großen Krieg erstrebte, oder ihren Zerfall beim Regierungswechsel erwartete, und ihn, sobald jener Zeitpunkt gekommen sei, zu befördern und auszunutzen, nicht aber künstlich zu beschleunigen gewillt war. Ich glaube das letztere. Daher waren auch die friedlichen Versicherungen Deutschland gegenüber wahrscheinlich nicht ganz unehrlich. Man hielt die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß man sich mit Berlin beim Auseinanderfall des Donaustaates gütlich werde verständigen können, sobald das deutsch-österreichische Bündnis durch die Macht der Tatsachen beseitigt sei. Verhielt sich dies so, dann kam es für Deutschland darauf an, vorzeitige Zusammenstöße zu vermeiden, bis sich gezeigt haben würde, wie sich Österreichs Schicksal nach dem Tode des alten Kaisers gestalten werde.

Jedenfalls betrachtete man in Berlin Rußlands Absichten mit tiefem Mißtrauen, das beim Kaiser selbst noch größer war als bei seinen Diplomaten. Man wußte genau, daß jeder unvorhergesehene Zwischenfall am Balkan die 1909 und 1912/13 glücklich beschworene Kriegsgefahr erneuern könne. Auch zweifelte man nicht daran, daß Frankreich den Russen in jedem Falle helfen werde. Eine gewisse Beruhigung fand man in der Überzeugung, daß Rußlands eigene Kriegsvorbereitungen noch nicht abgeschlossen seien.

Dagegen setzte der Reichskanzler große Hoffnungen auf die neu befestigten Beziehungen zu England. Ob es wegen der Balkanfragen zu einem allgemeinen Kriege kommen werde,

meinte er, hänge von Deutschland und England ab. „Treten wir beide alsdann geschlossen als Garanten des europäischen Friedens auf, woran uns, sofern wir von vornherein dieses Ziel nach einem gemeinsamen Plane verfolgen, weder die Dreibunds- noch die Ententeverpflichtungen hindern, so wird sich der Krieg vermeiden lassen.“ England dürfe dann aber nicht den russischen Chauvinismus durch Abschluß einer Marinekonvention oder auf andere Art begünstigen [32]). Fürst Lichnowsky, der dies Grey alles vorsichtig beibringen sollte, berichtete am 24. Juli 1914, daß dieser ebenfalls eine enge Fühlung wünsche und versichere, daß weder Rußland noch Frankreich die geringste Lust zum Kriege hätten. Nicht unbedenklich war es aber doch, daß Grey auch diesmal betonte, Englands Verhältnis zu Rußland und Frankreich sei ein sehr intimes und Sassonow wünsche „gewissermaßen als Gegengewicht gegen den festgefügten Block des Dreibundes den Dreiverband etwas kräftiger in die Erscheinung treten zu lassen“. Daß Lichnowsky immer wieder betonte, wenn es zum Kriege mit Frankreich komme, werde England aktiv auf dessen Seite treten, wissen wir bereits.

[32]) Bethmann an Lichnowsky, 16. Juni.

[33]) Pribram 1, 299.

Also unsicher war der Boden auch hier; man wußte es in Berlin oder hätte es doch wissen können. Wie aber stand es mit dem „festgefügten Block“ des Dreibundes?

Daß auf Italien im Falle eines Weltkrieges nicht sicher zu rechnen sei, wußte man ja längst in Berlin wie in Wien. Es war ein höchst bedenkliches Zeichen, daß Italien Ende 1912 mitteilte, es könne die frühere Verabredung nicht einhalten, wonach es im Falle eines deutsch-französischen Krieges Truppen über den Brenner zur Verstärkung der deutschen Front in Elsaß-Lothringen zu entsenden versprochen hatte [33]). General Conrad v. Hötzendorf fand dadurch sein altes Mißtrauen glänzend bestätigt und ließ sich auch durch die weitere Erklärung, daß man die ganze italienische Armee an der Mittelmeerküste gegen Frankreich einsetzen werde, nicht beruhigen. Überhaupt blickte man in Wien mit äußerster Abneigung auf Italien, von dem man immer fürchtete, daß es Österreich bei einem Balkankonflikt in den Rücken fallen werde. Hatte doch der Zufall verraten, daß während der bosnischen Krise von 1909 heimliche Mobilmachungsbefehle für die italienischen Nordprovinzen ergangen waren, die sich nach Lage der Dinge nur gegen Österreich richten konnten. In Berlin

sah man Italien mehr als schwankend und unzuverlässig, in Wien aber als heimlichen Feind an, was für das Verhalten der Hofburg in den kritischen Tagen des Juli 1924 nicht ohne Bedeutung gewesen ist.

Wie aber stand es nun um das deutsch-österreichische Bündnis selbst? Daß Österreich es brauchte, weil es sonst der Gnade Rußlands völlig preisgegeben war, liegt auf der Hand. Deutschland hätte es im Notfall entbehren, ja vielleicht durch einen Verzicht darauf seine Lage verbessern, sein Verhältnis zu Rußland auf eine ganz neue Basis stellen können. Fürst Lichnowsky, der Österreich gut genug kannte, war derjenige unter den deutschen Diplomaten, der diesem Bündnis mit der größten Skepsis gegenüberstand und dies gelegentlich auch ziemlich deutlich sagte. Aber selbst unser langjähriger Botschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, hat am 22. Mai 1914 an Herrn v. Jagow geschrieben, oft frage er sich, „ob es wirklich noch lohnt, uns so fest an dieses in allen Fugen krachende Staatengebilde anzuschließen und die mühsame Arbeit weiterzuleisten, es mit fortzuschleppen. Aber ich sehe noch keine andere politische Konstellationen, die uns einen Ersatz bieten könnte. Denn ohne diese Allianz müßte unsere Politik notgedrungen auf eine Aufteilung der Monarchie hinzielen.“ Ob England diese zulasse und ob sie für uns vorteilhaft sein werde, stehe dahin. „Die Frucht muß, wie mir scheint, noch reifer werden.“ Er wußte nicht, ob der Thronfolger einen bestimmten Reformplan habe, und, wenn dies der Fall sei, ob seine Maßregeln helfen würden. Sei dies aber nicht der Fall, so werde die Dezentralisation sehr schnell geben und wir müßten unsere Politik danach einrichten.

Zu einer vollständigen Umlegung des Steuers hatte aber in Berlin niemand den Mut und die Kraft. Immerhin sollte man denken, daß in diesem Bündnis mit einem Staate, an dessen dauernder Lebensfähigkeit die begründetsten Zweifel bestehen mußten, Deutschland der stärkere und daher unbedingt führende Teil hätte sein müssen. Wir wissen bereits, daß dies nicht der Fall war. Österreich handelte in allen Balkanfragen seit 1908 unbedingt selbständig, ohne uns vorher zu fragen, ja oft ohne uns nur zu unterrichten, und verlangte dann unbedingte Deckung seiner Maßregeln gegen die ganze übrige Welt, so bedenklich sie auch sein mochten. Wir hatten diese Deckung mehrmals auf die Gefahr eines Krieges hin gewährt, um den letzten sicheren Bundesgenossen nicht zu verlieren. Wie die Geschwindigkeit einer Flotte von der Leistungsfähigkeit ihres schwächsten Schiffes

abhängt, und darum das schwächste, nicht das stärkste Schiff alle einzelnen Maßregeln bestimmt, solange man es mitnehmen will, so bestimmt auch der schwächere Bundesgenosse die Gesamtpolitik einer Koalition, solange der stärkere sich von ihm nicht trennen will. Wir haben schon General v. Moltke über diese Abhängigkeit von Österreich klagen hören; aber ganz klar scheint man sich über die Gefahr, die in der Bindung an Österreichs im Grunde ziellose und rein negative Balkanpolitik lag, in der Wilhelmstraße doch nicht gewesen zu sein. Bei den Zusammenkünften des Deutschen Kaisers mit dem Kaiser Franz Joseph in Wien (23. März) und mit dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand in Konopischt (11. bis 14. Juni) wurde nur scheinbar ein volles Einvernehmen über die künftige Balkanpolitik beider Mächte erzielt. Der österreichische Kaiser und der Thronfolger sprachen hier zwar ihre Zustimmung zu dem deutschen Grundgedanken aus, daß vor allen Dingen Rumänien beim Dreibund festgehalten werden müsse; aber die offizielle Politik der österreichischen Regierung blieb auf die Heranziehung Bulgariens gerichtet, trotz der persönlichen Abneigung des Thronfolgers gegen den Zaren Ferdinand [34]).

[34]) Bericht Tschirschkys 23. März, Treutlers 14- Juni, gedr. bei Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 189—194.

Die inneren Zustände der Donaumonarchie wurden dabei immer bedenklicher. Das Streben der Slaven nach größerer Autonomie wurde von dem Thronfolger selbst mit äußerster Besorgnis und Feindseligkeit betrachtet. In Ungarn wurden die Südslaven und Rumänen von der herrschenden magyarischen Adelspartei aufs rücksichtsloseste behandelt und zugleich strebten die Magyaren nach einem immer größeren Einfluß innerhalb des Gesamtstaates. Sie besaßen an dem Grafen Tisza einen hochbegabten, willensstarken und rücksichtslosen Führer, der auch dem deutschen Kaiser bei ihrem persönlichen Zusammentreffen in Wien außerordentlich imponierte, aber von dem Thronfolger mit unverhohlener Abneigung betrachtet wurde. Er äußerte zu Kaiser Wilhelm, Tisza sei bereits Diktator in Ungarn und wolle es auch in Wien sein. „Schon jetzt zitterte Wien, wenn Tisza sich auf die Reise mache, und alles läge auf dem Bauche, wenn er in Wien aussteige.“ Franz Ferdinand soll ja den Plan verfolgt haben, den seit 1867 bestehenden Dualismus, der auf dem Gedanken der deutsch-magyarischen Vorherrschaft im Donaustaat beruhte, zu beseitigen und das Reich in einen Bund gleichberechtigter Nationalitäten unter habsburgischem Zepter mit friedlicher Eingliederung ganz Serbiens und Rumäniens zu

verwandeln. Es scheint mir fraglich, ob er so bestimmte Pläne wirklich hatte, zumal da er dann auch die Gleichberechtigung der Polen und Tschechen hätte zugestehen müssen, wozu er offenbar wenig geneigt war; es scheint mir noch fraglicher, ob solche Pläne überhaupt, und namentlich, ob sie ohne einen großen Krieg mit Rußland ausführbar gewesen wären. Aber sicherlich würde der Thronfolger, wenn er zur Regierung gekommen wäre, den Kampf gegen die Sonderstellung des Magyarentums mit Energie aufgenommen haben und dabei mit Tisza aufs schärfste zusammengestoßen sein [35]). Sobald der alte Kaiser starb, waren also die schwersten inneren Kämpfe im Donaustaat zu erwarten, deren Ausgang und Folgen niemand voraussehen konnte, die ihn aber jedenfalls vollständig in Anspruch genommen und in seiner Betätigung nach außen hin auf längere Zeit gehemmt und geschwächt haben würden. Konnte Deutschland hoffen, dann tatkräftige Unterstützung zu finden, wenn es seiner eigenen Interessen wegen in einen schweren Kampf verwickelt würde? Mußte es nicht vielmehr fürchten, in Konflikte hineingerissen zu werden, die aus den inneren Wirren des Nachbarstaates und ihrer Verquickung mit den großen südosteuropäischen Fragen hervorgehen würden?

[35]) W. Schüßler hat in seinem Buche „Österreich und das deutsche Schicksal“ (1925) ein lebendiges Bild des Gegensatzes zwischen dem Thronfolger und Tisza gegeben, scheint mir aber die Pläne des Erzherzogs viel zu bestimmt zu zeichnen und ihre Ausführbarkeit zu überschätzen.

Und das Schlimmste war, daß man dieses schwachen und gefährlichen Bundesgenossen nicht einmal ganz sicher war. Schon bald nach seinem Amtsantritt hat Bethmann dem Kaiser gesagt, wenn es zum Kriege komme, müsse man wünschen, daß der erste Angriff auf Österreich gehe, „das dann unserer Hilfe bedarf, und nicht auf uns, so daß es dann von Österreichs Entschluß abhängt, ob es die Bündnistreue wahren will [36]).“ Offenbar hatte er nicht das Vertrauen, daß dies in jedem Falle geschehen werde.

[36]) Bethmann an den Kaiser, 15. September 1910.

So war also Deutschlands Lage: Der einzig leidlich sichere Bundesgenosse, Österreich, durch die inneren Schwierigkeiten gelähmt und wegen seiner unberechenbaren Balkanpolitik gefährlich. Der zweite Bundesgenosse, Italien, mindestens unzuverlässig, der dritte, Rumänien, auf dem kaum noch verdeckten Abmarsch zum Feinde. Neue Bundesgenossen waren

nicht in Sicht. Ein Angriff von russischer Seite war zwar nicht unmittelbar zu fürchten, aber jeden Augenblick infolge eines vielleicht unbedeutenden Zwischenfalles möglich; dann war Frankreichs Bundeshilfe für die Russen sicher, und, sobald die Republik in den Kampf hineingezogen war, auch die Englands. Von England ließ sich nicht mehr erwarten, als daß es mäßigend wirken und vielleicht mit Deutschland zusammen den Ausbruch eines Krieges möglichst zu verhüten suchen werden; aber es hat uns niemals hoffen lassen, daß es auf unsere Seite treten oder auch nur neutral bleiben werde, wenn es trotz solcher Bemühungen doch zum Kampfe komme. Es konnte dies auch gar nicht versprechen, weil es durchaus gegen sein Interesse gewesen wäre. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach würde Deutschland mit Österreich zusammen Frankreich und Rußland besiegt haben; dann wäre die Entente zerstört, die Vormachtstellung Deutschlands auf dem Kontinent auf lange hinaus gesichert gewesen, was England beides niemals zuzugeben gewillt war. Es wollte die Entente, dies kostbare Instrument, um Deutschland zu verhindern, daß es allzu mächtig werde, nicht zerbrechen lassen. Und so lag es auf Seiten der Entente nicht anders wie beim Dreibund: die schwächeren Schiffe bestimmten den Kurs, nicht das stärkste. England war die stärkste Macht der Entente. Ohne seine Hilfe konnte sie nicht siegen. Aber trotzdem mußte England dem Willen der schwächeren Genossen folgen, sobald diese sonst von der Entente abzufallen drohten, weil sie für sie wertlos sei, wenn London im entscheidenden Augenblick immer zurückhalte. Solche Stimmen hatten sich in Rußland schon mehrfach vernehmen lassen. Wenn Rußland oder Frankreich es verlangte, mußte England kämpfen, oder die Entente war dahin und alle Ergebnisse der mühsamen Gleichgewichtspolitik des letzten Jahrzehntes waren verloren. Ob Grey und seine Kollegen sich dieser Lage wohl mit voller Deutlichkeit bewußt gewesen sind? Ob sie gerade deshalb die Annäherung an Deutschland versuchten, um diese Abhängigkeit allmählich zu lockern? Oder ob sie geglaubt haben, die schwächeren Bundesgenossen im entscheidenden Augenblick immer nach ihrem Willen lenken zu können? Wer möchte sich getrauen, diese schwere Frage heute schon zu beantworten?

Soviel ist gewiß, daß Deutschland in dieser höchst bedenklichen Lage allen Grund hatte, jeden Zusammenprall zu verhindern, und daß es eine geradezu unbegreifliche Torheit gewesen wäre, einen Krieg absichtlich heraufzubeschwören. Der Reichskanzler hoffte, daß die endgültige Unterzeichnung und Veröffentlichung der Verträge über Afrika und die Bagdadbahn

den Ausgangspunkt für eine dauernde Zusammenarbeit mit England bilden werde. Man durfte erwarten, daß die Erbitterung des Volkes über die dreijährige Dienstzeit in Frankreich in einiger Zeit zu deren Abschaffung und damit vielleicht zu einer Verminderung der Rüstungen überhaupt führen werde. In Rußland konnten leicht innere Bewegungen von unabsehbarer Tragweite ausbrechen, da der ganze Boden des Zarenreiches schon unterwühlt war, und dessen Aktionsfähigkeit auf längere Zeit lahmlegen. Kaiser Franz Joseph konnte jeden Tag sterben, und man konnte nicht wissen, was dann aus Österreich-Ungarn werden und ob nicht bald eine völlig veränderte Lage im Südosten uns ganz andere Chancen bieten würde. Gefahrvoller und drückender, als sie war, konnte unsere Lage kaum werden, wohl aber besser. So konnte die deutsche Politik nichts anderes tun, als lavieren und abwarten. Man hat dabei nicht immer vorsichtig genug operiert. Die Sendung des Generals v. Liman nach Konstantinopel bot wenig Aussicht auf wirklichen Gewinn, da auf die stark geschwächte Türkei doch keine großen Hoffnungen zu setzen waren. Sie reizte aber die Russen und erweckte in ihnen die falsche Vorstellung, als wollten wir die Meerenge gegen sie verteidigen, was doch niemals die Absicht der deutschen Politik war. Deren Streben ging vielmehr lediglich dahin, überall auszugleichen und zu beruhigen. Als der Kaiser im Frühjahr 1914 gebeten wurde, ob er nicht auf die scheinbar kriegslustigen Griechen beruhigend wirken könne, schrieb er dazu: „Habe ich auch!

Das ist ja meine einzige Beschäftigung, wo ich auch hinkomme [37])." Der Reichskanzler und unsere gesamte Diplomatie unterstützte ihn in diesen Bemühungen, und wenn sich im Sommer 1914 eine Unruhe bei ihnen zeigte, so entsprang sie lediglich der Befürchtung, daß irgendein unvorhergesehenes Ereignis ihre Mühen vereiteln und den Frieden stören könne.

[37]) Bemerkung zu einem Bericht Waldhausens vom 30. März 1914.

18. Der Ausbruch des Weltkrieges [1])

Am 28. Juni 1914 wurde Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo ermordet.

Wenige Wochen vorher war Kaiser Wilhelm bei ihm in Konopischt gewesen. Man hatte die Lage im nahen Orient ausführlich besprochen, und immer wieder war das unlösbare Problem erörtert worden, wie man Bulgarien an den Dreibund heranziehen könne, ohne Rumänien ganz zu verlieren. Von österreichischer Seite wurden diese Fragen in einer ausführlichen Denkschrift zusammengefaßt, die uns noch einmal die für die Hofburg leitenden Gesichtspunkte am Vorabend der Katastrophe deutlich zeigt. Rußland, so hieß es darin, wolle den Balkanbund mit gegen Österreich gerichteter Spitze wiederherstellen, Serbien auf Kosten der Donaumonarchie vergrößern und es dafür zur Abtretung mazedonischer Gebiete an Bulgarien veranlassen. Die Türkei ängstige man mit der Vorstellung, daß Deutschland eine Aufteilung Kleinasiens erstrebe, die Rumänen locke man mit der Hoffnung auf die Befreiung ihrer in Ungarn lebenden Volksgenossen. Österreich könne diesen Versuchen nicht länger tatenlos zusehen. Es müsse wissen, was es von Rumänien zu erwarten habe, glaube aber nicht, daß das Bündnis jemals wieder die alte Festigkeit erlangen werde. Durch, die zweifelhafte Haltung Rumäniens werde auch, die militärische Lage beim Ausbruch eines Krieges zuungunsten des Dreibundes verschoben. Jedenfalls könne es nur nützlich sein, wenn man Bulgarien gewönne, schon um den Rumänen zu zeigen, daß man nicht auf sie allein angewiesen sei; sodann müsse man ein Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei anstreben. Deutschland möge diese Politik unterstützen und sich dessen bewußt werden, daß die feindlichen Machinationen sich nicht nur gegen Österreich, sondern nicht zuletzt auch gegen das Deutsche Reich richteten. Rußlands Feindseligkeit gegen den Donaustaat, der keine Weltpolitik treibe, entspringe letzten Endes dem Wunsche, Deutschlands Widerstand gegen die eigenen Ziele, namentlich die Herrschaft über die Meerengen, unmöglich zu machen.

[1]) Die folgende Darstellung beruht auf dem allgemein zugänglichen Material, das in großer Vollständigkeit, soweit es damals veröffentlicht war, von E. Sauerbeck (Der Kriegsausbruch 1919) gesammelt und beleuchtet worden ist. Die einzelnen zitierten Aktenstücke sind mit Hilfe der trefflichen chronologischen Zusammenstellung von B. W. v. Bülow

(Die ersten Stundenschläge des Weltkriegs 1922) leicht aufzufinden. Vgl. ferner Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage (1923). M. Morhardt, ,,Les preuves. Le crime de droit commun. Le crime diplomatique“. Deutsche Ausgabe unter dem Titel „Die wahren Schuldigen“ hrsg. von E. Brandenburg (1925). Vollständig sind bisher nur die deutschen und österreichischen Akten veröffentlicht (Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, hrsg. von Graf M. Montgelas und W. Schücking, 4 Bände 1919, und Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänz, und Nachträge zum Österreich. Rotbuch. 3 Teile 1919). Die amtlichen Publikationen der anderen Länder weisen große Lücken und Verstümmelungen auf. Zu den russischen Akten ist jetzt zu vergleichen: Die Fälschungen des russischen Orangebuches; der wahre Telegrammwechsel Paris—Petersburg beim Kriegsausbruch, hrsg. von Frhr. G. v. Romberg, 1922.

Diese Ausführungen bewegten sich im allgemeinen in den uns bekannten Bahnen. Am merkwürdigsten war der Versuch, die Sache so darzustellen, als sei Deutschland der eigentliche Gegner Rußlands, und als habe Österreich nur darunter zu leiden, daß es unser Bundesgenosse sei, während es doch in Wahrheit umgekehrt lag. Der Gedanke an einen Präventivkrieg wurde nirgends auch nur angedeutet; vielmehr war der leitende Grundgedanke, die Lage des Dreibundes für den Fall eines von Rußland angezettelten Krieges zu verbessern.

Noch bevor diese Denkschrift abgeschickt war, fand das Attentat von Serajewo statt. Wir wissen heute, daß die Mörder aus Belgrad kamen und mit den großserbischen Agitatoren in Verbindung standen, daß serbische Beamte ihnen Waffen verschafft haben, die aus den staatlichen Fabriken stammten, daß sie ihnen Geld und Pässe verschafft haben, um nach Serajewo zu gelangen. Es ist so gut wie gewiß, daß der Oberst Dragutin Dimitriewitsch, der Chef des Nachrichtenbureaus im serbischen Generalstab, der Regisseur des Belgrader Königsmordes von 1908, um das Vorhaben der Mörder gewußt und ihre Unterweisung im Gebrauch der Waffen angeordnet hat [2]). So klar konnte man damals auch in Wien den Zusammenhang noch nicht überblicken, aber auf Grund ihrer allgemeinen Kenntnis der Verhältnisse waren die Leiter der österreichischen Politik sofort davon überzeugt, daß die großserbische Propaganda und ihre Begünstigung durch die serbische Regierung an der Freveltat schuld sei. Man fügte der Denkschrift noch einige Sätze hinzu, die besagten, die Unversöhnlichkeit Serbiens sei jetzt von neuem bewiesen. „Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte

verdichten wollen.“ In einem besonderen Begleitbrief gab Kaiser Franz Joseph nochmals seinem Bedauern über die Haltung Rumäniens Ausdruck. Man müsse dort zur Einsicht gebracht werden, daß die Freunde Serbiens nicht zugleich Österreichs Freunde sein könnten. Ferner hieß es: „Das Bestreben meiner Regierung muß in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein.“ Auch die Bildung eines neuen Balkanbundes zwischen Bulgarien, der Türkei, Rumänien und Griechenland unter dem Patronat des Dreibundes als Damm gegen die slavische Hochflut sei nur möglich, wenn Serbien „als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird“. Graf Hoyos, der Überbringer des Handschreibens, sprach direkt davon, daß eine Aufteilung Serbiens nötig sei. In ähnlichem Sinne hatte sich schon vorher Graf Berchtold unserem Botschafter gegenüber geäußert. Auch sonst hörte dieser sagen, es müsse gründlich mit Serbien abgerechnet werden. Tschirschky warnte dringend vor übereilten Schritten.

[2]) Vgl. hierüber Morhardt, Deutsche Ausg. S. 127 f.

Aus allen diesen Mitteilungen ging klar hervor, daß man in Wien sehr weitgehende Absichten verfolgte, und auch vor einer Veränderung des territorialen Besitzstandes auf der Balkanhalbinsel nicht zurückschreckte. Man sagte zwar nachträglich, Graf Hoyos habe nur seine Privatmeinung geäußert; aber auch der kaiserliche Brief sprach doch ausdrücklich von einer Verkleinerung Serbiens.

Der Kaiser war über die Mordtat außerordentlich erregt. Er fand Österreichs Wunsch nach einer schnellen und gründlichen Abrechnung mit Serbien begreiflich und meinte, wenn man dazu entschlossen sei, dürfe man nicht zu lange warten. Rußland werde wohl eine feindselige Haltung zeigen, sei aber nicht kriegsbereit, und werde es sich gewiß überlegen, bevor es an die Waffen appelliere. Der Reichskanzler stimmte dem Kaiser darin bei, daß man Österreich freie Hand lassen müsse; er billigte, obwohl auch jetzt nicht ohne Bedenken, die angeregten Verhandlungen mit Bulgarien und versprach, in Bukarest auf eine Klärung hinzuwirken. Zu den serbischen Fragen könne man keine Stellung nehmen, da sich das unserer Kompetenz entziehe. Wir würden aber im Einklang mit unseren Bündnispflichten an Österreichs Seite stehen. Ein schnelles militärisches Vorgehen Österreichs erwartete man nicht [3]). Auf den Rat des Reichskanzlers entschloß sich der Kaiser, trotz der zu erwartenden Ereignisse die geplante Nordlandreise anzutreten, um nicht durch deren Absage die

Unruhe zu vermehren. Vor seiner Abreise gab er noch einigen höheren Militärs persönlich Informationen über die Lage, kriegerische Vorbereitungen wurden jedoch nicht getroffen. Der angebliche „Kronrat“ in Potsdam hat niemals stattgefunden.

[3]) Vgl. den Brief des Kriegsministers an Moltke vom 5. Juli bei Graf M. Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, S. 196.

Am 7. Juli beriet man in Wien über die zu ergreifenden Schritte. Graf Berchtold war für den sofortigen Einmarsch in Serbien, auch wenn daraus der Krieg mit Rußland hervorgehen sollte. Auf den Wunsch des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza beschloß der Minister rat, vorher ein Ultimatum zu stellen, das aber, entgegen dem Votum Tiszas, unerfüllbare Forderungen enthalten sollte, da ein diplomatischen Erfolg nicht genüge. Es sollte also nur dazu dienen, das kriegerische Vorgehen vorzubereiten und zu rechtfertigen. Kaiser Franz Joseph genehmigte diesen Plan. Jedoch verschob man die Überreichung des Ultimatums, bis Präsident Poincare, der gerade auf der Reise nach Petersburg begriffen war, die russische Hauptstadt wieder verlassen habe. Man wollte dadurch vermeiden, daß dort gleich zwischen Frankreich und Rußland Vereinbarungen für den Fall einer serbischen Verwicklung getroffen würden. Natürlich konnte man aber die beiden Oberhäupter der befreundeten Staaten doch nicht daran verhindern, bei ihrem Zusammensein auch diese Frage zu besprechen; denn daß Österreich irgend etwas gegen Serbien unternehmen werde, wußte und erwartete alle Welt. Sie vereinbarten hier auch in der Tat festes Zusammenhalten gegen jeden Versuch, die Unabhängigkeit Serbiens anzutasten; ohne Zweifel hat Poincare hier bereits dem Zaren klarzumachen versucht, daß aus dem österreichisch-serbischen Konflikt der Kampf der Entente gegen die Mittelmächte hervorgehen werde und daß man ihn dieses Mal aufnehmen müsse. Er stellte die unbedingte Rundeshilfe Frankreichs in Aussicht, obwohl eine Verpflichtung der Republik zur Hilfsleistung vertragsmäßig nur für den Fall bestand, daß Rußland selbst angegriffen werde [4]).

[4]) Hierfür sind besonders die Erinnerungen von Maurice Paleolo- gue, 3 Bde. 1924, äußerst lehrreich.

In Berlin fand man das Zögern Österreichs bedauerlich. Zu der Formulierung der an Serbien zu richtenden Forderungen wollte man keine Stellung nehmen, fühlte sich aber doch dadurch beunruhigt, daß man gar nichts Näheres über die letzten Ziele der geplanten Aktion erführe Erst am 17. Juli entschloß sich Herr v.

Jagow, in Wien anzufragen, welches die Ideen der österreichischen Regierung über die künftige territoriale Gestaltung Serbiens seien. „Es wäre uns nur von Wert, einigermaßen darüber orientiert zu sein, wohin der Weg etwa führen soll.“ Gleichzeitig versuchte man, mit Recht besorgt über die Haltung, die Italien einnehmen werde, die österreichischen Staatsmänner zu rechtzeitiger Fühlungnahme mit dem dritten Verbündeten zu bestimmen, ja ihnen sogar den Verzicht auf das Trentino nahezulegen. Graf Berchtold lehnte in sehr bestreitbarer Auslegung des Dreibundvertrages jede Verhandlung mit Italien hochmütig ab; man wolle selbst keine Landerwerbungen auf dem Balkan machen, und Italien habe daher auch keinerlei Kompensationen zu beanspruchen.

In Wien fand am 19. Juli der letzte entscheidende Ministerrat statt. Graf Tisza gab insoweit nach, als er die Stellung eines kurzfristigen Ultimatums mit unerfüllbaren Forderungen nicht mehr beanstandete; jedoch trat er auch jetzt entschieden dafür ein, daß keine Eroberungspläne verfolgt werden sollten, söchstens eine Grenzberichtigung erstrebt werden dürfe. Die Magyaren, sagte er, hätten nicht den Wunsch, noch mehr serbische Elemente in die Monarchie hineinzubekommen. Graf Berchtold bestand jedoch darauf, daß Serbien auf jeden Fall verkleinert werden müsse. Ein möglichst großes Stück müsse Bulgarien erhalten, aber auch Griechenland, Albanien, und eventuell Rumänien könnten mit einem Anteil bedacht werden. Auch werde unter Umständen für Österreich selbst ein Stück serbischen Gebiets erwünscht sein;. Die Mehrheit schloß sich ihm an. Graf Stürgkh erwog auch eine Vertreibung der Dynastie Karageorgewitsch und den Abschluß einer Militärkonvention, die Serbien in ein politisches Abhängigkeitsverhältnis zu Österreich bringen sollte. Eine vorübergehende Besetzung auch derjenigen Gebiete, die Serbien später verbleiben sollten, wurde ausdrücklich ins Auge gefaßt. Nach außen hin sollte von diesen; Absichten nichts verlauten, sondern nur erklärt werden, daß Österreich keinen Eroberungskrieg führe. Auch Deutschland erhielt über die gefaßten Beschlüsse keine genaue Auskunft.

Erst am 22. Juli, 24 Stunden bevor das Ultimatum in Belgrad überreicht wurde, erhielt Deutschland Kunde von dessen Wortlaut. Man nahm in Berlin sofort an dem Tone des Ganzen sowie auch an einzelnen Forderungen Anstoß, hatte aber keine Möglichkeit mehr, auf Änderungen hinzuwirken, da sich das Aktenstück bereits in, der Hand des österreichischen Gesandten in Belgrad befand, der es am folgenden Tage übergeben sollte.

Die Haltung Deutschlands in den Wochen vor dem Ultimatum läßt sich dahin zusammenfassen, daß man; es für eine selbstverständliche Pflicht hielt, Österreich bei seinem gegen Serbien gerichteten Vorgehen zu unterstützen, ganz ohne Rücksicht darauf, was Österreich in Belgrad etwa verlangen werde. Man war sich wohl bewußt, daß jeder Versuch der Anwendung von Gewalt oder der dauernden Beeinträchtigung der serbischen Unabhängigkeit Rußlands erbitterten Widerstand heraufbeschwören werde, und daß dann, wenn es zu einem Kriege zwischen Österreich und Rußland komme, Deutschland und Frankreich auf jeden Fall, England vielleicht hineingezogen werden würden. Man hielt jedoch Rußland nicht für kriegsbereit, glaubte ferner nicht, daß der Zar als Vertreter des dynastischen Prinzips den Anstiftern des Herrschermordes ernstlich die Stange halten werde, und rechnete endlich wohl auf Englands zurückhaltenden Einfluß in Petersburg, der sich ja in den früheren Balkankrisen als wirksam erwiesen hatte. Aber wie hoch man diese Momente auch anschlagen mochte, die Gefahr eines Weltkrieges war ohne Zweifel in dem Augenblick gegeben, wo Serbien in einer Weise angefaßt wurde, die Rußland im Interesse der Erhaltung seines Prestiges zum Eingreifen drängte und geeignet war, in den Augen der übrigen Mächte, namentlich Englands, Österreich als den angreifenden Teil erscheinen zu lassen.

Man war also entschlossen, Österreich auf jede Gefahr hin zu unterstützen. Das Motiv dafür lag nicht nur in dem Gefühl der Bundestreue und der Solidarität aller Monarchien, obwohl beide Gesichtspunkte beim Kaiser stark mitsprachen, sondern vor allen Dingen in der Erwägung, daß Österreich die Beseitigung der groß serbischen Gefahr für eine Lebensfrage halte, und es uns niemals verzeihen werde, wenn wir es in dieser Sache im Stich ließen, es zum Zurückweichen oder auch nur zu einer nach seiner Meinung verderblichen Mäßigung zwängen. Es war die Gefahr, den letzten Bundesgenossen auch noch zu verlieren, die ja schon seit der Bildung der Entente auf unseren Staatsmännern lastete und eine weitgehende Veränderung in unserm Verhältnis zu Österreich zur Folge gehabt hatte. Dazu kam das Gefühl, daß die große Abrechnung, auf die Rußlands ganze Politik sichtbar eingestellt war, und die Frankreich herbeiwünschte, doch unvermeidlich sei, und daß es äußerst zweifelhaft erscheinen müsse, ob Österreich auf jede Gefahr hin zu uns halten werde, wenn der Kampf über eine die österreichischen Interessen nicht direkt berührende Frage ausbreche. Man wünschte, daß Österreich schnell und

energisch zugreifen möge, damit eine vollendete Tatsache geschaffen werde, bevon andere Mächte sich ein mischen könnten. Über den Inhalt des österreichischen Ultimatums war man in den Hauptpunkten unterrichtet, jedoch nicht über die Form und die Einzelheiten, auf die doch sehr viel ankam, und ebensowenig über die Eroberungs- und Teilungspläne, die man in Wien verfolgte. Man war weit entfernt von dem Gedanken eines gewollten Präventivkrieges; will man die in Berlin vorherrschende Stimmung bezeichnen, so war es eher eine Art Ergebung in ein Schicksal, an dessen Abwendung man verzweifelte. Wenn der Kampf doch nicht zu vermeiden sei, glaubte man es darauf ankommen lassen zu sollen, ob die Feinde ihn schon jetzt beginnen wollten, bevor ihre eigenen Vorbereitungen ganz beendigt seien.

Wäre es aber nicht die selbstverständliche Pflicht unserer Politik gewesen, wenn sie dem Verbündeten in einer Lage, die zum Weltkrieg führen konnte, unbedingte Hilfe versprach, wenigstens zu fordern, daß jeder Schritt, der getan werde, vorher genau mit Deutschland vereinbart werden müsse? Wenn wir die Folgen mit auf uns nehmen sollten, wenn wir die ganze Blüte unserer Wirtschaft, das Leben vieler Tausende aufs Spiel setzen sollten für die Erhaltung der Protektorstellung Österreichs auf der westlichen Balkanhalbinsel, so konnten wir wenigstens verlangen, daß kein Schritt ohne unsere Zustimmung geschehe. Nur dann konnten wir wirksam darauf dringen, daß jede Maßregel unterblieb, die Österreich als den Angreifer erscheinen lasse. So aber mußten wir für die gesamte, uns in ihren Endzielen unbekannte Politik Österreichs die volle Verantwortung auf uns nehmen, weil wir ja von vornherein alles gebilligt hatten, was man in Wien tun würde.

Allerdings hatte man in Berlin noch einen besonderen Grund, nicht stärker auf Mitteilungen über die Einzelheiten der geplanten Aktion und den Wortlaut des vorbereiteten Ultimatums zu dringen. Man glaubte, dann den übrigen Mächten sagen zu können, die Sache betreffe ausschließlich Österreich und Serbien, und Deutschland sei an ihr nicht beteiligt. Dadurch, hoffte man auch. Rußland von der Einmischung zurückhalten, den Konflikt „lokalisieren“ zu können. Ob dieser Standpunkt aber haltbar sein würde, ob diese Behauptung bei den andern Glauben finden würde, mußte von vornherein als recht zweifelhaft erscheinen.

Das österreichische Ultimatum verlangte folgendes: Zunächst die Veröffentlichung einer im Wortlaut vorgeschriebenen

Erklärung im serbischen Regierungsblatt, wonach die Regierung alle Bestrebungen verurteilte, die auf Loslösung österreichisch-ungarischer Gebiete von der Monarchie hinzielten, und mit äußerster Strenge gegen jeden vorgehen werde, der sich derartiger Handlungen schuldig mache. Ferner die Unterdrückung jeder gegen Österreich gerichteten Publikation, die Auflösung des Vereins „Noradna Odbrana“, die Entfernung jeder gegen Österreich gerichteten Propaganda aus Schule und Lehrmitteln, sowie die Entlassung derjenigen Offiziere und Beamten, die Österreich bezeichnen würde. Ferner die Erlaubnis, daß österreichische Organe bei der Bekämpfung der Propaganda mitwirkten, Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die auf serbischem Boden befindlichen Teilnehmer der Verschwörung vom 28. Juni unter Teilnahme österreichischer Spezialdelegierter und Anordnung bestimmter zur Aufklärung des Verbrechens nötiger Maßregeln, endlich Auskunft über feindselige Äußerungen hochstehender serbischer Beamten. Unter diesen Forderungen war namentlich die Mitwirkung österreichischer Organe bei der Unterdrückung bestimmter Bestrebungen auf serbischem Gebiet ein zweifelloser Eingriff in die serbische Souveränität. Abgesehen davon waren der kategorische Ton der Note und die kurze Frist von 48 Stunden, die für die Beantwortung gestellt wurde, besondere Verschärfungen des ganzen Schrittes. Wir wissen, daß das nicht etwa Zufall war, sondern daß man in Wien absichtlich das Ultimatum so gestalten wollte, daß Serbien es nicht annehmen könne, weil man zur Anwendung kriegerischer Maßnahmen von vornherein entschlossen war.

Obwohl man in Berlin diese Note nicht ohne Unbehagen las, entschloß man sich doch, Österreich auch weiterhin bedingungslos zu unterstützen und nach Lokalisierung des Konflikts zu streben. Dieser Standpunkt mochte juristisch einwandfrei sein, politisch beruhte er jedenfalls auf einer vollständigen Verkennung der Tatsachen. Rußland war entschlossen, eine Demütigung Serbiens unter keinen Umständen zuzulassen. Untätigkeit in diesem Falle würde das schon durch die Vorgänge der letzten Jahre erschütterte Vertrauen der Balkanslaven auf die Hilfe des Zaren vernichtet und Serbien vielleicht geneigt gemacht haben, ein besseres Verhältnis zur Donaumonarchie durch Entgegenkommen zu erkaufen. Rußland war viel stärker zum Kriege gerüstet als in den früheren Jahren, und der Hilfe Frankreichs sicher. Mochte auch der Zar persönlich dem Kriege abgeneigt sein, so war doch eine mächtige Partei am Hofe, die in der panslavistischen Presse die lebhafteste

Unterstützung fand, entschlossen, die nächste Gelegenheit zur Abrechnung mit Österreich und Deutschland zu benutzen. Sassonow stand stark unter ihrem Einfluß. Es war also mindestens sehr zweifelhaft, ob Rußland sich auf diese Lokalisierung einlassen werde. Es wäre ja dadurch verhindert worden, Serbien, wenn es angegriffen werden sollte, wirksam zu unterstützen. Mag es auch begreiflich erscheinen, daß man in Berlin dies Mittel zunächst versuchte, so ist es doch ganz unverständlich, daß man auch dann eigensinnig an dieser Idee festhielt, als sich herausstellte, daß Rußland sich auf diese Art nicht von den Verhandlungen ausschließen lassen werde. Man ließ so die kostbare Zeit ungenutzt verstreichen.

Von den übrigen Mächten regte England eine Verlängerung der kurzen Frist für die Antwort und die Vermittlung der vier unbeteiligten Großmächte zwischen Österreich und Rußland an; es stellte sich also sofort auf den Standpunkt, daß Rußland als beteiligt zu betrachten sei. Frankreich wünschte jede Antastung der serbischen Souveränität vermieden zu sehen und mahnte Deutschland, auf Wien mildernd einzuwirken. In Petersburg glaubte man, Österreich suche nur einen Vorwand zum Kriege gegen Serbien, in welchem Falle Rußland nicht indifferent bleiben könne. Man beschloß, die Mobilmachung eintreten zu lassen, sobald Österreich Serbien angreife. Um aber für die eigenen Entschlüsse die nötige Sicherheit zu haben, suchte man von London eine bestimmte Erklärung zu erhalten, daß England beim Ausbruch eines großen Krieges auf der Seite Rußlands stehen werde. Grey weigerte sich aber, eine solche zu geben.

Deutschland übermittelte den englischen Wunsch einer Fristverlängerung nach Wien, erklärte aber, daß von einer Vermittlung der unbeteiligten Mächte zwischen Österreich und Serbien seiner Ansicht nach nicht die Rede sein könne, weil damit der österreichisch-serbische Streit sozusagen vor das Tribunal Europas gezogen würde; anders werde die Sache liegen, wenn Rußland sich einmischen sollte; dann würde eine solche Vermittlungsaktion möglich sein.

Österreich lehnte die Fristverlängerung ab, gab aber auf Deutschlands Rat nach Petersburg die Erklärung ab, daß es keine Gebietserweiterungen auf Kosten Serbiens erstrebe, und daß auch nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen keine militärischen Maßnahmen gegen Serbien Platz greifen sollten, falls man sich dort noch nachträglich zur Annahme der gestellten Forderungen entschließe.

Serbien selbst rief Rußlands und der Mächte Hilfe an; es sei zu Konzessionen bereit, aber könne sich die Richtung seiner Politik, den Verzicht auf bestimmte Ideale nicht vorschreiben lassen. Es werde indessen alles annehmen, wozu der Zar ihm raten würde.

Mit allgemeiner Spannung erwartete man den Abend des 25. Juli, an dem die serbische Antwort erfolgen sollte. Wenige Minuten vor dem Ablauf der Frist erschien Ministerpräsident Paschitsch in der österreichischen Gesandtschaft und übergab eine Note, worin er bestritt, daß von Seiten der Regierung irgendwelche illoyale Handlungen vorgekommen seien. Für die Äußerungen von Privatleuten sei sie nicht verantwortlich. Sie sei bereit, gegen alle Personen einzuschreiten, die einer Mitschuld an dem Attentat von Serajewo überwiesen werden könnten, und hätte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen eingeladen zu werden. Die geforderte Erklärung im Regierungsblatt wollte sie mit einigen Veränderungen veröffentlichen. Sie wollte ferner die Verfassung und das Preßgesetz der Skuptschina zur Veränderung vorlegen, damit derartige Äußerungen, wie sie Österreich beanstandete, bestraft oder unterdrückt werden könnten. Sie wollte die Narodna Odbrana auflösen, die Propaganda, falls eine solche nachgewiesen werde, aus den Schulen entfernen und die beschuldigten Beamten und Offiziere entlassen, sobald durch eine gerichtliche Untersuchung festgesetllt sei, daß sie solche Handlungen begangen hätten, wie sie ihnen zur Last gelegt würden. Bezüglich der Mitwirkung österreichischer Organe bat sie um eine nähere Erläuterung, was damit gemeint sei, und erklärte sich bereit, sie zuzulassen, soweit dies den Grundsätzen des Völkerrechts entspreche. Die Teilnahme von Spezialdelegierten an der Untersuchung gegen die der Teilnahme an dem Attentat verdächtigen Personen könne sie nicht bewilligen, da das eine Verletzung der Verfassung sein würde. Jedoch könne in einzelnen Fällen Mitteilung von dem Ergebnis der Untersuchung gemacht werden. Die übrigen kleineren Forderungen wurden zugestanden. Zum Schluß war gesagt, daß Serbien bereit sei, falls Österreich diese Antwort nicht für genügend erachten sollte, die Entscheidung des internationalen Gerichtshofes im Haag oder der Mächte anzunehmen.

Diese Antwort war sehr geschickt abgefaßt. Obwohl sie im Grunde nicht viel zugestand, war sie in der Form sehr entgegenkommend; sie schien die meisten Forderungen anzunehmen, suchte jedoch durch kleine, aber in ihrer Tragweite

schwer zu übersehende Abschwächungen und Vorbehalte in vielen Punkten ein späteres Entschlüpfen zu ermöglichen. Nur in einem einzigen Falle (der Mitwirkung von Delegierten bei den Untersuchungen) wurde eine direkte Ablehnung ausgesprochen. Der österreichische Gesandte erklärte die Note, unmittelbar nachdem er sie durchgelesen hatte, seiner Instruktion gemäß für ungenügend und brach die diplomatischen Beziehungen ab; 30 Minuten darauf verließ er mit dem Gesandtschaftspersonal Belgrad. Er hatte Befehl, sofern nicht eine völlig bedingungslose Unterwerfung erfolge, was nicht anzunehmen war, sofort abzureisen.

Schon am Nachmittag hatte die serbische Regierung die Mobilmachung ängeordnet; am Abend verfügte auch Österreich die Mobilisierung der acht südlichen Armeekorps.

Auf die Nachricht von diesen Vorgängen erneuerte Grey am 26. Juli seinen Vorschlag auf Vermittlung der vier Mächte unter der Voraussetzung, daß Österreich vorläufig von militärischen Operationen absehe. Er hielt für das beste Mittel dazu eine Botschafterkonferenz in London und bat die deutsche Regierung, auf Österreich dahin zu wirken, daß man dort die serbische Antwort wenigstens als Grundlage weiterer Besprechungen annehme. Der englische König erklärte dem Bruder des Kaisers, der gerade in London weilte, er werde alles tun, damit England nicht in den Krieg hineingezogen werde.

Deutschland betonte nochmals, daß nach seiner Meinung nur eine Vermittlung zwischen Österreich und Rußland, nicht aber zwischen Österreich und Serbien möglich sei. Eine Botschafterkonferenz hielt man nicht für den richtigen Weg zur Vermittlung. Man teilte inzwischen den englischen Vorschlag nach Wien mit, allerdings ohne ihn seinerseits ausdrücklich zu befürworten. Frankreich nahm den englischen Vorschlag an; Rußland ebenfalls, für den Fall, daß direkte Verhandlungen nicht zum Ziele führen sollten. Es versicherte aber Serbien für den Notfall seiner Hilfe. Die englische Regierung behielt sich zunächst beiden Parteien gegenüber für den Fall eines allgemeinen Konfliktes völlige Handlungsfreiheit vor. Auf Frankreichs Anregung richtete sie noch an Deutschland die Bitte, selbst eine angemessene Formulierung für den Vermittlungsvorschlag anzugeben.

Wie schon erwähnt, wollte Rußland zunächst den Versuch machen, sich direkt mit Österreich zu verständigen. Es schlug am

26. Juli die Milderung einzelner Punkte des Ultimatums vor. Es setzte dabei voraus, daß Österreich Serbien nicht angreife. Sonst könne keine Versicherung Österreichs als ausreichend betrachtet werden.

Österreich glaubte jedoch immer noch durch das Versprechen, keine territorialen Abtretungen fordern zu wollen, Rußlands Einmischung verhindern zu können. Es war zu kriegerischen Maßregeln entschlossen und blieb dabei, daß alle Zugeständnisse Serbiens nur Schein seien.

Inzwischen tauchte noch ein neuer italienischer Vermittlungsvorschlag auf. Österreich sollte den vier Mächten über diejenigen Punkte seines Ultimatums, die Serbien nicht ohne weiteres angenommen hatte, genauere Erklärungen geben, durch die verbürgt werde, daß eine Antastung der serbischen Souveränität nicht beabsichtigt sei. Die Mächte würden nach Empfang dieser Erläuterungen Serbien zur bedingungslosen Annahme des Ultimatums raten. Dadurch werde Österreichs Forderung formell erfüllt, gleichzeitig aber auch Serbien seine Lage erleichtert, weil es nun dem vereinigten Wunsche der Mächte nachkomme und dafür deren Bürgschaft empfange, daß seine Souveränität nicht verletzt werden solle. Dieser Vorschlag scheint merkwürdigerweise auf keiner Seite ernste Beachtung gefunden zu haben [5]).

[5]) Die Schicksale dieser Anregung behandelt ausführlich Morhardt a. a. 0. 262 f. Er sucht nachzuweisen, daß Grey die italienische Anregung absichtlich nur an Rußland und erst zu spät an Deutschland mitgeteilt habe, und glaubt dies darauf zurückführen zu sollen, daß Grey den Krieg gewollt habe, und daher diesen Versuch, ihn zu verhindern, habe vereiteln wollen. Beweise lassen sich dafür aus dem bisher vorliegenden Material aber nicht erbringen. Auch muß beachtet werden, daß der Kaiser diese Anregung — offenbar in völlig falscher Einschätzung ihrer Tragweite — sehr ungünstig aufnahm, und Österreich in fast unglaublicher Verblendung sogar erklärte, es könne sich jetzt, nach Ausbruch des Krieges, mit der vollständigen Annahme der in der Note gestellten Forderungen nicht mehr begnügen, sondern müsse andere Bedingungen stellen. (Der Botschafter in Wien an das Ausw. Amt in Berlin 30. Juli, Deutsche Dokumente, Bd. 2, Nr. 432.)

Jetzt trafen auch die ersten Nachrichten von weiteren kriegerischen Maßnahmen ein. Die deutschen Konsuln in Odessa und Kiew meldeten bereits am 26. Juli den Beginn der Mobilisation im südlichen Rußland. Zwar bestritt der russische Kriegsminister, von dem deutschen Militär-Attache zur Rede

gestellt, daß irgendeine Mobilisationsmaßregel getroffen sei, da man erst mobilisieren wolle, wenn Österreich Serbien tatsächlich angreife, und auch dann nicht gegen Deutschland, sondern nur gegen Österreich; aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Angabe nur darauf berechnet war, den deutschen Vertreter irrezuführen. Zwar war noch kein direkter Mobilmachungsbefehl ergangen, wohl aber am 25. Juli die Vormobilmachungsperiode verkündet worden; unter dieser harmlos scheinenden Verhüllung wurden bereits weitgehende Kriegsmaß nahmen eingeleitet. Daß Rußland aber schon vor dem 26. Juli Maßregeln getroffen habe, die als Teile der Mobilmachung aufzufassen seien, ist zwar immer wieder behauptet, aber bisher niemals mit voller Klarheit nachgewiesen worden.

Am 27. Juli brach Frankreich seine Manöver plötzlich ab, und England, dessen Flottenmanöver eben beendigt waren, beschloß, seine Flotte nicht zu demobilisieren, sondern in Kriegsstärke zusammenzubehalten.

Am 28. Juli, 11 Uhr vormittags, erfolgte auf telegraphischem Wege die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, wodurch eine neue Verschärfung der Situation herbeigeführt wurde. Gleichzeitig lehnte Österreich es ab, auf Grund der von Serbien erteilten Antwort mit den vier Mächten oder mit Rußland zu verhandeln. Es werde in eine direkte Verhandlung mit Rußland überhaupt nur dann ein treten, wenn dieses sich verpflichte, sein kriegerisches Vorgehen gegen Serbien nicht zu verhindern.

Bis zum 27. Juli war die öffentliche Meinung des Auslandes nicht ungünstig für Österreich gestimmt gewesen. So hatte Grey ebenso wie die englische Presse anerkannt, daß Österreich eine Genugtuung erhalten müsse und Serbien eine Züchtigung verdiene. Selbst in Paris hatte man das nicht zu bestreiten gewagt. Auch das scharfe Ultimatum hatte man noch nicht allzu tragisch genommen, weil man es als eine erste Forderung ansah, bestimmt, Unterhandlungen einzuleiten, die dann zu einer Verständigung führen könnten. Erst am 27. Juli wurde die serbische Antwort in ihrem vollen Wortlaut bekannt, und sofort setzte überall ein Umschlag der Stimmung ein. Man fand es unbegreiflich, daß Österreich nach einer so entgegenkommenden Erklärung Serbiens die Unterhandlungen abgebrochen und mobilisiert habe. Auch in den leitenden Kreisen Berlins teilte man diese Empfindung. Hier traf die serbische Antwort am 27. Juli nachmittags ein. Sie wurde am nächsten Morgen dem Kaiser vorgelegt, der eben von seiner Nordlandreise zurückgekehrt war.

Er war erstaunt über das Entgegenkommen Serbiens und bemerkte dazu: „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden! Das ist mehr, als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!“

Unter diesem Eindruck der serbischen Antwort und des völlig entsprechenden Echos, das aus der Presse aller Länder und aus den Kabinetten der fremden Mächte nach Berlin drang, wurde man hier sehr bedenklich. Man befürchtete, daß jetzt Österreich als der ohne Grund angreifende Teil erscheinen, und daß daher, falls es zum allgemeinen Kriege kommen sollte, das Odium auf Österreich und seine Verbündeten fallen werde. Man war sich klar darüber, daß dies sowohl um der Stimmung im eigenen Lande willen, als auch aus Rücksicht auf die unbeteiligten Staaten und Völker durchaus vermieden werden müsse. Auch hatte man in den letzten Tagen bereits deutlich merken können, daß die Bundesgenossen Italien und Rumänien sehr wenig geneigt waren, den Bündnisfall als gegeben anzuerkennen, zumal ja Österreich nach wie vor hartnäckig jedes Angebot einer Kompensation an Italien verweigerte.

Dazu kam noch ein weiterer recht bedenklicher Umstand. General Conrad ließ mitteilen, daß er einen Angriff mit ungenügenden Kräften für unrichtig halte und daß der allgemeine Vormarsch voraussichtlich erst am 12. August werde beginnen können. Damit schwand die Möglichkeit, durch schnelle militärische Niederwerfung Serbiens eine vollendete Tatsache zu schaffen, bevor andere eingreifen könnten. Es ist erstaunlich, daß Österreich, dessen Ziel ja diese Niederwerfung von Anfang an war, nicht nur die Unterhandlungen abbrach und mobilisierte, sondern auch formell den Krieg erklärte, ohne zu sofortigem Losschlagen gerüstet zu sein. Dadurch ergab sich die höchst ungünstige Situation, daß man den Gegnern noch über 14 Tage Zeit lassen mußte, um diplomatisch einzugreifen oder ihre Rüstungen zu vollenden.

Aus der völligen Umgestaltung der Gesamtlage, die durch diese Ereignisse und Nachrichten seit dem 27. Juli bewirkt wurde, ergab sich die veränderte Haltung der deutschen Politik seit diesem Zeitpunkt. Obwohl der Kaiser Österreich gern die militärische Genugtuung einer Besetzung Belgrads gegönnt hätte, nachdem die Mobilisation einmal erfolgt war, mußte er doch einsehen, daß jetzt ein zurückhaltender Einfluß in Wien dringend

notwendig sei. Der Reichskanzler war der Ansicht, daß Österreich der ganzen Welt jetzt erst recht beweisen müsse, daß es nur notgedrungen zur Wahrung seiner Lebensinteressen das Schwert ziehe, nicht aber um andere anzugreifen oder Eroberungen zu machen. Man beschloß daher, energischer als bisher auf Österreich zu drücken, daß es mehr Entgegenkommen zeige.

Am 28. Juli sandte Bethmann nach Wien den Rat, nochmals zu erklären, daß Österreich keine territorialen Erwerbungen machen und nur vorübergehend serbisches Gebiet besetzen wolle, bis die Erfüllung seiner Forderungen gesichert sei. Wenn Rußland damit nicht zufrieden sei, werde sich die öffentliche Meinung Österreich wieder zuwenden. Allerdings erhielt Herr v. Tschirschky die schwere Aufgabe, diese Anregung so zu geben, daß der Eindruck vermieden werde, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Auch war von einem Entgegenkommen in der Sache selbst in diesem Ratschlage keine Rede, wodurch der ganze Schritt den Charakter einer schwächlichen Halbheit erhielt.

Am 29. Juli erneuerte England sein Vermittlungsangebot auf russischen Wunsch. Die Feindseligkeiten müßten vorläufig eingestellt werden. Höchstens könne Österreich etwa Belgrad und einige andere Plätze besetzen; dann müsse es aber stillstehen und seine Bedingungen bekannt geben. Grey fügte hinzu, England könne nur abseits stehen, solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke. Sollten Deutschland und Frankreich hineingezogen werden, so würde dies nicht mehr zulässig sein, und die englische Regierung würde sich unter Umständen zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen. Dem italienischen Botschafter sagte er noch, falls die Vermittlung angenommen werde, könne man Österreich ohne Krieg jede mögliche Genugtuung verschaffen, da die Serben auf alle Fälle mit Rücksicht und unter Zustimmung Rußlands gezwungen werden würden, sich den österreichischen Wünschen unterzuordnen.

In der Tat bot dieser Vorschlag wohl die letzte Möglichkeit, den Frieden zu erhalten. Der Kaiser war jedoch über Englands Haltung entrüstet, weil er ohne stichhaltigen Grund angenommen hatte, daß England Rußland und Frankreich auf jeden Fall von der Einmischung zurückhalten werde. Der Reichskanzler wurde durch diese Mitteilung höchst bedenklich gestimmt; er machte jetzt den Versuch, durch das Versprechen, daß der europäische Besitzstand Frankreichs, Belgiens und Hollands in jedem Fall unangetastet bleiben solle, England zur Zusicherung unbedingter Neutralität zu bestimmen. Dies wurde am folgenden Tage von Grey abgelehnt

mit der Erklärung, daß es eine Schande für England sein würde, auf Kosten Frankreichs einen solchen Handel mit Deutschland zu machen. Dagegen sei er bereit, falls Deutschland jetzt zur Erhaltung des Friedens mitwirke, später an der Herstellung eines allgemeinen Einvernehmens mitzuarbeiten, das Deutschland und seine Verbündeten gegen eine aggressive oder feindliche Politik der Ententemächte sichere.

Inzwischen hatte sich Österreich auf Grund der Berliner Mahnungen bereit erklärt, in einen direkten Meinungsaustausch mit Rußland einzutreten und eventuell die Vermittlung der vier Mächte anzunehmen, unter der Voraussetzung, daß der Fortgang seiner (noch gar nicht begonnenen) militärischen Operationen dadurch nicht gestört und daß die russische Mobilmachung eingestellt werde. Diese Bedingungen waren an sich schon wenig geeignet, das Zustandekommen der Verhandlungen zu erleichtern. Wieweit Österreich, wenn es dazu gekommen wäre, in der Sache nachgegeben haben würde, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen. Jedes Zugeständnis an Rußland hätte die ursprüngliche Absicht, jetzt endgültig mit Serbien abzurechnen, unmöglich machen und daher das ganze bisherige Programm der Wiener Regierung umwerfen müssen. Vielleicht hätte man schließlich unter deutschem Druck sich doch dazu verstanden, um den Weltkrieg zu vermeiden. Aber die Neigung dazu war vorläufig noch gering. Durch die Kriegserklärung hatte man die Lage eben noch verschärft, offenbar in der Absicht, weitere Vermittlungsaktionen zu erschweren. Auch andere Anzeichen deuteten darauf hin, daß die Stimmung in Wien keineswegs versöhnlich sei. So erörterten die Mitglieder der österreichischen Botschaft in London ganz offen den Plan einer Teilung Serbiens, während die offizielle Wiener Politik ihre Uneigennützigkeit betonte. Bethmann hatte nicht Unrecht, wenn er dies Verhalten „zweideutig“ nannte.

Die Gefahr eines Weltkrieges und der Teilnahme Englands auf der feindlichen Seite war jetzt so nahe gerückt, daß der Reichskanzler sich entschloß, unter Zurückstellung aller früheren Bedenken, einen höchst energischen Druck in Wien auszuüben. Österreich sollte bewogen werden, Italien Kompensationen anzubieten und die Vermittlung der vier Mächte anzunehmen oder direkt mit Petersburg zu verhandeln. „Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen . . . Bitte, sich gegen Graf

Berchtold sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst auszusprechen.“

Diese Mahnung ging in der Nacht vom 29. zum 30. Juli ab. So berechtigt sie war, sie erfolgte zu spät. Hätte man gleich anfangs in Wien so gesprochen, wäre vielleicht mehr zu erreichen gewesen. Und auch jetzt vermied man, das entscheidende Wort auszusprechen, daß man nämlich den Bündnisfall nicht für gegeben erachte, wenn Österreich durch Zurückweisung der Vermittlung als der angreifende Teil erscheine.

Graf Berchtold entschloß sich nun, wiewohl ungern und zögernd, eine direkte Besprechung der serbischen Note zwischen seiner und der russischen Regierung zuzugeben. Allerdings sollte dabei der österreichische Vertreter sich auf Erläuterungen beschränken und keine Änderungen zugestehen. Vielmehr erklärte der Minister, durch die Kriegserklärung sei der ganze Notenwechsel überholt, und man werde für den Friedensschluß ganz neue Bedingungen aufstellen müssen.

Immerhin war auf diese Art wenigstens eine direkte Konversation zwischen Wien und Petersburg eingeleitet worden. Auch nahm der österreichische Ministerrat am 31. Juli den von Deutschland befürworteten englischen Vermittlungsvorschlag unter der Voraussetzung an, daß Rußland seine Kriegsvorbereitungen einstelle und Österreichs Vorgehen gegen Serbien nicht hindere. Jedoch beschloß man gleichzeitig, in den bevorstehenden Verhandlungen von den Forderungen des 23. Juli nichts abzulassen. Es muß daher fraglich erscheinen, ob ein positives Ergebnis dabei hätte erzielt werden können. Die Probe ist nicht gemacht worden; denn jede weitere Diskussion der verschiedenen Vermittlungsformeln, die wir hier nicht genauer zu besprechen brauchen, wurde abgeschnitten durch den Entschluß des Zaren, jetzt seine gesamte Armee zu mobilisieren.

Daß dieser Schritt entscheidend gewesen ist, daß er den Krieg erst unvermeidlich gemacht hat, liegt klar zutage. Schon der französisch-russischen Militärkonvention lag die Auffassung zugrunde, daß die Mobilmachung den Krieg automatisch zur Folge habe. Ein im Jahre 1912 erlassener russischer geheimer Armeebefehl, den man in Berlin kannte, hatte ausdrücklich konstatiert, daß der Befehl zur Mobilmachung gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu betrachten sei. Allerdings war diese Anordnung wieder aufgehoben worden; aber auch ohne einen solchen ausdrücklichen Befehl lag es in der

Natur der Sache, daß die Gesamtmobilmachung den Krieg unvermeidlich nach sich ziehen mußte, da sie zu Gegenmaßregeln zwang, und moderne Millionenheere nicht längere Zeit bewaffnet an den Grenzen stehen bleiben konnten, ohne in Kampf zu geraten, und ohne die gesamten bis ins Einzelne sorgfältig durchdachten Aufmarschpläne umzuwerfen.

Bei der großen Bedeutung dieses Ereignisses fragt man natürlich, wie es dazu gekommen ist. Wenn sich darauf auch noch nicht ganz sicher antworten läßt, so dürften doch die wichtigsten Daten feststehen [6]). Nachdem bereits am 25. Juli die „Vormobilisierung“ angeordnet war, wurde in den folgenden Tagen hauptsächlich der Plan einer Teilmobilisierung der südlichen Bezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan gegen Österreich-Ungarn erwogen, zunächst nur für den Fall, daß es Serbien angreife. Immer wieder wurde versichert, daß man an Maßregeln gegen Deutschland nicht denke. Während aber der Zar und Sassonow diesen Plan offenbar ernstlich ins Auge faßten, war der Generalstab von Anfang an dagegen. Nach seiner Ansicht hätte seine Ausführung die spätere Gesamtmobilisierung aufs äußerste erschwert, da für einen allmählichen Übergang von einer Teilmobilisierung zu jener der gesamten Armee überhaupt kein Plan ausgearbeitet war. Da man hier nicht glaubte, daß der allgemeine Krieg vermieden werden könne, und es aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht wünschte, so verlangte man dringend die sofortige Gesamtmobilisierung.

[6]) Besonders wichtig ist das Buch des Generals Dobrorolski, Die Mobilmachung der Russischen Armee 1914 (Berlin 1922). Vgl. ferner „Der Beginn des Krieges 1914. Tages-Auf Zeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums“. Übersetzt aus dem Krasny-Archiv Heft 4 und eingeleitet von A. v. Wegerer (1924).

Trotzdem hielten der Zar und Sassonow mehrere Tage lang an ihrem ursprünglichen Gedanken fest. Der Minister schien nach dem Urteil der deutschen Vertreter nach anfänglichem heftigen Aufbrausen doch zunächst eine friedliche Lösung für möglich zu halten. Seit dem 26. Juli glaubten sie eine Änderung seiner Haltung wahrzunehmen. Aber erst die Nachricht von der österreichischen Kriegserklärung an Serbien (28. Juli) scheint ihn völlig umgestimmt zu haben. Auch er trat jetzt für die Gesamtmobilmachung ein, die den Krieg zur kaum vermeidlichen Folge haben mußte, während die anfangs geplante Teilmobilisierung, da sie Deutschland nicht bedrohte, keine Gegenmaßregeln von deutscher Seite nötig gemacht und eine

weitere vermittelnde Tätigkeit der Berliner Regierung ermöglicht haben würde. Auf Sassonows und des Generalstabs Drängen unterzeichnete der Zar, sicherlich widerstrebend, in der Nacht vom 28. zum 29. Juli den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung, der nach Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten am 29. abends an die Truppenteile versandt werden sollte.

Da trat noch einmal eine Wendung ein. Gleich nach seiner Rückkehr richtete Kaiser Wilhelm ein Telegramm an den Zaren, in dem er ihn an die Solidarität der monarchischen Interessen gegenüber den Fürstenmördern mahnte und zugleich mitteilte, daß er alles aufbieten werde, um Österreich zu einer freundschaftlichen Verständigung mit Rußland zu bewegen. Die von Wien her bereits abgegebene Erklärung, daß man dort keine Eroberungen auf Kosten Serbiens erstrebe, biete dafür eine geeignete Grundlage. Wenn aber Rußland rüste und Österreich bedrohe, werde seine Vermittlung unmöglich werden. Dieser Schritt des Kaisers blieb nicht ohne Eindruck auf den Zaren und veranlaßte ihn zu dem Befehl, daß die bereits unterzeichnete Ordre nicht abgeschickt, sondern nur die Teilmobilisierung angeordnet werden solle. Man wagte keinen offenen Ungehorsam; das Telegramm, das um 9 Uhr abends fortgehen sollte, wurde im letzten Augenblick angehalten, und einige Stunden später nur der Befehl zur Teilmobilisierung abgesandt.

Am nächsten Vormittag (30. Juli) eilte Sassonow zum Zaren und rang ihm, namentlich durch den Hinweis, daß man in Frankreich sonst am Wert des Bündnisses irre werden müsse, von neuem die Zustimmung zur Gesamtmobilisierung ab. Er teilte dies gegen Mittag telephonisch dem Chef des Generalstabs, General Januschkewitsch, mit und legte- ihm gleichzeitig nahe, nach Expedition des Befehls aus seinem Bureau zu verschwinden, offenbar, damit ein etwaiger neuer Gegenbefehl des Zaren ihn nicht erreichen könne. Um 6 Uhr abends wurde die Ordre zur allgemeinen Mobilmachung telegraphisch abgesandt; am 31. früh war sie in Petersburg öffentlich angeschlagen.

Dieser Verlauf der Dinge zeigt deutlich, daß der Generalstab, zweifellos im Einverständnis mit der Großfürstenclique, von Anfang an auf die Gesamtmobilmachung, d. h. auf den Krieg hinarbeitete, daß er aber erst allmählich Sassonow und ganz zuletzt den friedliebenden Zaren dafür gewinnen konnte. Für deren Entschlüsse können weder österreichische noch deutsche Mobilisierungsmaßregeln entscheidend gewesen sein. Österreich hatte nur acht Korps, gegen Serbien, aber nichts gegen Rußland

mobilisiert; Deutschland hatte noch gar keine militärischen Vorbereitungen getroffen. Das berüchtigte Extrablatt des „Lokalanzeigers“, das fälschlich die deutsche Mobilmachung meldete und sofort dementiert wurde, erschien erst am 30. Juli, 1 Uhr mittags, in derselben Stunde, wo nach dem Zeugnis des Generals Dobrorolski Sassonow dem Generalstabschef telephonisch mitteilte, daß der Zar soeben die Gesamtmobilmachung genehmigt habe.

Entscheidend war offenbar die Stellungnahme Sassonows. Hätte er seine anfängliche Haltung bewahrt, so würde der Zar dem Generalstab gegenüber wohl fest geblieben sein. Für den Minister wird wohl die Wirkung der österreichischen Kriegserklärung an Serbien auf die öffentliche Meinung Rußlands ausschlaggebend gewesen sein; er fürchtete, der Schwäche und der Preisgabe des slavischen Bruderstaates beschuldigt zu werden, wenn er nicht sofort energische Gegenmaßregeln treffe. Unser Rotschafter glaubte, seine Schwenkung möglicherweise auch darauf zurückführen zu können, daß er um den 26. Juli die bisher fehlende Sicherheit einer tatkräftigen Hilfe Englands erlangt habe. Wir haben aber bisher keine Beweise dafür, daß von englischer Seite damals ein bindendes Wort gesprochen sei.

Es wird Grey von deutscher Seite häufig der Vorwurf gemacht, er habe seinen großen Einfluß in Petersburg nicht benutzt, um die Mobilmachung zu verhindern und Rußland zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, und es wird daraus geschlossen, daß er im Grunde seines Herzens doch den Krieg gewünscht habe; denn er habe ihn verhindern können, wenn er gewollt habe, habe es aber nicht getan. Ich kann Sir Edward Grey nicht ins Herz sehen und weiß nicht, welches seine letzten und innersten Gedanken waren. Aber auch ich habe das Gefühl, daß er mehr hätte tun können, als er, soviel wir bisher wissen, getan hat. Daß er niemals gewillt war, den Frieden um jeden Preis zu erhalten, glaube ich annehmen zu dürfen; eine entscheidende Demütigung Rußlands, die zugleich eine Niederlage der Entente gewesen wäre, wollte er sicherlich nicht zugeben. Seine Friedensliebe fand ihre Grenze an dem Interesse Englands, das darin gipfelte, das Machtverhältnis zwischen Entente und Dreibund nicht merklich zugunsten des letzteren verschieben zu lassen. Es fragt sich aber, ob er überhaupt von der Absicht Rußlands, zur Gesamtmobilmachung vor Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten zu schreiten, so rechtzeitig etwas erfahren hat, daß er ernste, abmahnende Schritte hätte tun können. Es fragt sich auch, ob solche Schritte eine Wirkung gehabt haben würden, ob nicht Grey in Konsequenz

seiner bisherigen Politik gezwungen war, zu fechten, sobald Rußland es ernstlich wollte und verlangte. Grey durfte, wenn er sein System erhalten wollte, in Rußland nicht das Gefühl allzu stark werden lassen, das sich dort schon mehrfach gezeigt hatte, als lasse England den Verbündeten im entscheidenden Moment im Stich, selbst dann, wenn es sich nach Ansicht der Russen um ihre Lebensinteressen handelte. Dadurch würde die Entente bedenklich gelockert worden sein. Und wenn Rußland trotz englischer Abmahnung doch zum Schwerte griff, was blieb England anders übrig, als auf seine Seite zu treten, wenn es nicht die Entente ganz zersprengen wollte?

Freilich war Grey nicht England, und es blieb zuletzt immer fraglich, ob er das Parlament und die öffentliche Meinung seines Landes für den Krieg werde gewinnen können. Hier lag die wahre Schwierigkeit der Situation für ihn und für Rußland, und wir werden gleich sehen, wie man ihrer Herr zu werden suchte.

Wir wissen also nicht bestimmt, ob Rußland in den kritischen Tagen ein direktes Hilfsversprechen Greys erhielt, oder ob man sich nur in Petersburg auf die Macht der Konstellation verließ, deren Druck England schließlich zum Mitgehen zwingen werde, vielleicht ermutigt durch die zuversichtlichen Mitteilungen der Pariser Freunde. Für den Entschluß zur Mobilmachung scheint jedenfalls — abgesehen von der Befürchtung einer schnellen Überrumpelung Serbiens durch die Österreicher — ein anderes Moment ausschlaggebend gewesen zu sein. Österreich hatte durch seine Unnachgiebigkeit, wie wir wissen, einen Umschwung der öffentlichen Meinung zu seinen Ungunsten bewirkt. Diese günstige Lage galt es auszunutzen, da man genau wußte, daß Grey nur dann die Möglichkeit haben werde, das Parlament von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen, wenn die Anschauung allgemein war, daß Österreich der provozierende Teil und Rußland in der Notwehr sei. Begann jetzt Österreich, wie es schien, unter deutschem Druck einzulenken, so war es sehr leicht möglich, daß die Stimmung sich änderte, und Rußland, wenn es auch ermäßigte Forderungen an Serbien nicht zulassen wollte, als der hartnäckige, die Friedensmöglichkeiten von sich weisende Teil erschien. Man wußte ja nicht, wie weit Österreich gehen werde. Die Kriegspartei sah die Möglichkeit vor sich, daß man dann schließlich Serbien weitgehende Nachgiebigkeit werde empfehlen müssen, und daß die Krise doch mit einer empfindlichen Stärkung des österreichischen Ansehens bei den Balkanstaaten enden werde.

So scheint gerade das unerwartete Einlenken Österreichs die Kriegspartei in Petersburg zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte gedrängt zu haben, um die sofortige Gesamtmobilmachung durchzusetzen und dadurch die Verhandlungen zu zerreißen, bevor sie begonnen hatten. Sassonow wurde wohl durch die Furcht vor einer schließlichen diplomatischen Niederlage, die man ihm in die Schuhe schieben werde, gefügig gemacht; welche Argumente man zum Druck auf den friedliebenden, aber schwachen Zaren anwandte, läßt sich bisher nur vermuten. Wir hören, daß man ihn mit der Befürchtung geängstigt hat, längeres Zögern könne von Frankreich als Verletzung der Bundespflichten ausgelegt werden, die Pariser Regierung könne sich im Zweifel über Rußlands Bundestreue ein Neutralitätsversprechen von Deutschland abtrotzen lassen, und man werde dann ganz isoliert sein. Außerdem wird man ihm wohl gesagt haben, daß sich bei einem diplomatischen Mißerfolg die Wut des Volkes gegen die Dynastie und seine Person richten werde; breche dann eine Revolution aus, weil der Herrscher selbst gegen die nationalen Interessen gehandelt habe, so werde niemand für den Ausgang einstehen können. Daß der französische Botschafter die Kriegspartei mit aller Kraft unterstützte, versteht sich von selbst und ist auch von ihm offen zugegeben worden.

Nachdem die russische Mobilmachung am 30. Juli, 11 Uhr vormittags, bekanntgegeben war, verlief alles weitere mit fast automatischer Selbstverständlichkeit. Österreich und Deutschland mußten mit der Gesamtmobilisierung antworten. Es war schon eine Verschlechterung der eigenen militärischen Chancen, daß Deutschland zunächst nur den Zustand der Kriegsgefahr proklamierte und noch einmal mit Rußland über die Zurücknahme seiner Mobilmachung verhandelte. Man konnte kaum eine tatsächliche Wirkung davon erwarten. Der Reichskanzler ließ bekanntlich am 31. Juli eine auf Einstellung aller Kriegsmaßnahmen gegen Deutschland und Österreich gerichtete Forderung in Petersburg stellen, und nachdem innerhalb der gestellten Frist von zwölf Stunden keine entsprechende Zusage erfolgt war, die Kriegserklärung an Rußland überreichen (1. August, 7 Uhr abends).

Es war ein sehr auffälliger Schritt, der denn auch wiederholt scharfen Tadel erfahren hat. Anstatt dem wirklichen Angreifer Rußland auch die formelle Erklärung des Kriegszustandes zu überlassen, oder wenigstens erst abzuwarten, bis durch den Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Österreich der

Bündnisfall für uns gegeben sein würde, erklärte Deutschland selbst noch vor Österreich den Krieg an Rußland.

Welche Gründe waren dafür bestimmend? Seit man von der russischen Gesamtmobilmachung wußte, war man in Berlin überzeugt, daß der Krieg nicht mehr zu vermeiden sei, und von diesem Augenblick an mußten die rein militärischen Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Wesentliche Chancen für einen Sieg im Zweifrontenkriege lagen in der größeren Schnelligkeit und Präzision des deutschen Aufmarsches. Man war im deutschen Generalstab mit Recht davon überzeugt, daß Rußland schon nach Verkündung der Teilmobilmachung gegen Österreich am 29. Juli, ja eigentlich schon seit dem 25. Juli in der Stille seine gesamte Armee mobilisiere, und daß man die eigenen Chancen in unverantwortlicher Weise verringere, wenn man den Gegnern Zeit lasse, diesen Vorsprung noch zu vergrößern. Man hatte dem, wiewohl schweren Herzens, zusehen können, solange noch Aussicht bestand, daß der Krieg vermieden werden könne. Sobald es sicher schien, daß gekämpft werden müsse, wäre es unverantwortlicher Leichtsinn gewesen, die Russen ihren Aufmarsch in aller Ruhe vollenden zu lassen, während wir selbst nichts taten. Daher mußte die deutsche Mobilisierung folgen. Da aber der Aufmarschplan naturgemäß den kriegerischen Operationsplan für die ersten Kriegstage einschließt, so ist es unmöglich, den begonnenen Aufmarsch an der Grenze auf unbestimmte Zeit anzuhalten, ohne den gesamten Mobilmachungsplan mit seinen sorgfältigen Fahrplanberechnungen in vollständige Unordnung zu bringen. Selbst wenn dies aber technisch möglich gewesen wäre, so hätte ein solches Stillstehen an der Grenze nach erfolgter Mobilisierung wiederum den Russen Zeit gelassen, ihren weit schwierigeren Aufmarsch ungestört zu Ende zu bringen. Daher konnte man nach Beginn der Mobilisation nicht abwarten, ob und wann Rußland uns den Krieg erklären würde, sondern mußte in irgendeiner Form die formelle Kriegserklärung in kurzer Frist herbeiführen. Man sah in Berlin keine andere Möglichkeit, dies zu erreichen, als die Stellung eines kurzfristigen Ultimatums. Obwohl man sich nicht verhehlte, daß wir durch dies Vorgehen den Gegnern die Möglichkeit gaben, uns als die Angreifer hinzustellen, glaubte man dies Bedenken gegenüber der militärischen Notwendigkeit zurückstellen zu müssen. Auch verließ man sich in etwas naiver Weise darauf, daß doch schließlich jeder vernünftige Mensch einsehen werde, daß nicht derjenige der wahre Angreifer zu sein brauche, der die Kriegserklärung ausspreche. Ob es einen anderen Weg gegeben hätte, das Ziel zu erreichen, ob man es

nicht schließlich lieber darauf hätte ankommen lassen sollen, wie die Kriegshandlungen sich ohne voraus gegangene Kriegserklärung entwickeln würden, mag dahingestellt bleiben.

Die Kriegserklärung Österreichs erfolgte erst einige Tage später.

Noch schwieriger gestaltete sich das Verhältnis zu Frankreich seit dem 31. Juli. Bisher hatte man in Paris streng die Rolle des unparteiischen, lediglich um die Erhaltung des Friedens bemühten Zuschauers innegehalten. Die Regierung durfte der Welt, und namentlich der englischen Öffentlichkeit nicht zeigen, wie dringend sie den Krieg wünschte. Ja selbst der Friedensliebe weiter Kreise, vermutlich der großen Mehrheit des französischen Volkes gegenüber wäre es gefährlich gewesen, sich irgendwie unvorsichtig vorzuwagen. Man rechnete bestimmt damit, daß Deutschland schließlich durch die militärische Notwendigkeit schnellen Vorgehens in die Rolle des formellen Angreifers gedrängt werden würde. Noch am 30. Juli beschloß der Ministerrat, die Truppen bis auf 10 km von der deutschen Grenze zurückzuziehen, um jede Grenzüberschreitung von französischer Seite zu verhüten. Dadurch sollte namentlich den Engländern Frankreichs Besorgtheit für die Erhaltung des Friedens dargetan werden. Als Deutschland dann tatsächlich den Krieg an Rußland erklärt hatte, wurde diese Tatsache sofort mit höchstem Nachdruck als Beweis dafür verwertet, daß wir die Angreifer seien, während die französische Regierung ihrem Volke verschwieg, daß Rußland es gewesen war, das durch seine unmotivierte Gesamtmobilmachung die kritische Lage herbeigeführt hatte.

Die Schwierigkeit für unsere Diplomatie war folgende: Unser Kriegsplan, der ja bereits vom Grafen Schlieffen ausgearbeitet war, beruhte auf dem Grundgedanken, daß der Zweifrontenkrieg nur dadurch zu einem siegreichen Ende geführt werden könne, daß man zunächst denjenigen Gegner, der leichter vollständig niederzuwerfen sei, mit überlegener Macht angreife, den anderen aber vorläufig nur beschäftige, bis nach Besiegung des ersten alle Kraft gegen ihn geworfen werden könne. Als der leichter völlig kampfunfähig zu machende Gegner galt Frankreich, da die Weiträumigkeit Rußlands einen entscheidenden Sieg oder eine vollständige Besetzung des Landes auszuschließen schien. Demnach sollten nach Ausbruch des Kampfes die ersten und schwersten Schläge gegen Frankreich fallen.

Wie nun aber, wenn Frankreich in der Rolle des Zuschauers zu bleiben vorzog, bis Deutschland sich mit aller Kraft im Osten festgebissen habe? Wenn es seine friedlichen Absichten beteuerte, die formelle Anerkennung des Bündnisfalles verzögerte? Selbst wenn es sich dabei nur um ein paar Tage gehandelt hätte, wäre der ganze deutsche Kriegpsplan über den Haufen geworfen worden. Das durfte unter keinen Umständen sein, und daher bestand der Generalstab darauf, daß der Kriegszustand auch im Westen sofort herbeigeführt werden müsse. Denn daß Frankreich auf die Dauer neutral bleiben werde, wenn Deutschland und Österreich mit Rußland kämpften, glaubte natürlich niemand.

Man glaubte in Berlin besonders klug zu handeln, indem man am 31. Juli Herrn v. Schön beauftragte, dem französischen Minister die Frage vorzulegen, ob Frankreich neutral zu bleiben gedenke, falls es zum Kriege zwischen Deutschland und Rußland komme. Lautete die Antwort, man werde seiner Bündnispflicht gemäß Rußland helfen, so konnte sich Deutschland für berechtigt halten, in dem Augenblick, wo der Krieg im Osten ausbrach, auch den Kriegszustand gegenüber Frankreich als eingetreten zu betrachten. Sollte aber etwa gesagt werden, Frankreich gedenke neutral zu bleiben, so hatte der Botschafter die geheime Weisung, zur Sicherung dieser Neutralität die Einräumung der Festungen Toul und Verdun bis zur Beendigung des Kampfes im Osten zu fordern. Da diese Forderung natürlich abgelehnt worden wäre, hätte man alsdann wieder einen, wenn auch schon etwas bedenklichen Grund zur Kriegserklärung gehabt.

Aber die französischen Staatsmänner waren viel zu vorsichtig, sich eine solche Blöße zu geben. Der Minister Viviani antwortete dem Botschafter am 1. August mittags auf seine Frage nur mit den Worten: „Frankreich wird tun, was seine Interessen ihm gebieten werden.“ Der Botschafter berichtete diese Antwort nach Berlin, und hier zerbrach man sich nun den Kopf über die Art, wie man sich Frankreich gegenüber weiter verhalten solle. Die erste Regung ging dahin, den Franzosen zu erklären, daß man ihnen nicht die Wahl des Zeitpunktes für die Bedrohung unserer Westgrenze überlassen könne, und ihnen unter dieser Motivierung den Krieg zu erklären. Man sah aber doch wieder davon ab. Der Generalstab hoffte, eine formelle Kriegserklärung werde sich überhaupt erübrigen, da Frankreich wahrscheinlich, namentlich wenn unsere Forderungen an Belgien bekannt würden, durch die öffentliche Meinung gezwungen, kriegerische Unternehmungen anordnen oder zum Schutz der Neutralität in Belgien einrücken werde. Aber im Auswärtigen Amt glaubte man

doch auf den förmlichen Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht verzichten zu können, und motivierte die Kriegserklärung schließlich mit einer Reihe von Grenzverletzungen, die teils sehr unbedeutend, teils nicht einmal einwandfrei festgestellt waren. Sie wurde am 3. August abends in Paris übergeben mit einer durch mangelhafte telegraphische Übermittlung verstümmelten Begründung.

Damit hatte Deutschland auch an dieser Stelle das Odium des Angreifers auf sich genommen. Die französische Taktik hatte triumphiert; hatten doch die Franzosen die ihnen gemeldeten deutschen Grenzverletzungen nicht zur Kriegserklärung benutzt, sondern nur formellen Protest dagegen erhoben. So konnten sie ihre Langmut dem deutschen Verfahren als Beweis ihrer Friedensliebe gegenüberstellen. Wie wohl überlegt dies alles war, zeigt Poincares Antwort an Iswolski, als dieser die deutsche Kriegserklärung an Rußland mitteilte und Frankreichs Bundeshilfe verlangte. Der Präsident erwiderte ihm, Rußland möge nicht auf einer sofortigen französischen Kriegserklärung bestehen, da voraussichtlich Deutschland seinerseits den Krieg erklären und dadurch „die Begeisterung des französischen Volkes für den Krieg erheblich steigern werde“.

Gewiß war die Inszenierung dieser beiden Kriegserklärungen keine Meisterleistung der deutschen Diplomatie. Die tieferen Gründe für ihr Versagen in diesem entscheidenden Augenblick werden später noch zu erörtern sein. Aber man darf doch auch nicht vergessen, daß Deutschland angesichts der Mobilmachungen im Osten und Westen — denn auch Frankreich hatte am i. August mobilisiert — in eine Zwangslage versetzt war, die keine andere Möglichkeit zuließ, als entweder sofort und schnell einen klaren Zustand zu schaffen oder eine überaus gefährliche Verschlechterung der Situation herbeizuführen.

Noch war nicht entschieden, wie sich das Verhältnis zu England gestalten werde. Darüber, daß die englische Regierung, wenn es zum Kriege komme, auf die Seite unserer Feinde treten werde, konnte man in Berlin jetzt eigentlich nicht mehr im Zweifel sein. Die Versuche, durch Englands Vermittlung die Neutralität Frankreichs sicherzustellen, oder durch das Versprechen, von Frankreich in keinem Fall Gebietsabtretungen zu fordern, die Neutralität Großbritanniens zu gewinnen, waren gescheitert. An die Erhaltung des Friedens auf dem Kontinent war nicht mehr zu denken. Also blieb höchstens noch die Möglichkeit, daß die Politik

der englischen Regierung nicht die Billigung des Parlamentes finden werde.

Aber Grey hatte diese Möglichkeit längst aufs genaueste erwogen und seine Maßregeln getroffen. Da es zweifelhaft erschien, ob die Mehrheit das Eintreten für Serbien, Rußland und Frankreich billigen werde, wenn ein englisches Interesse nicht berührt war, galt es, dem englischen Volke deutlich zu zeigen, daß auch sein eigenes Interesse gefährdet und die Ehre Englands engagiert sei. Dazu bot die belgische Frage die bequemste Möglichkeit.

Es war längst ein offenes Geheimnis, daß der deutsche Generalstab für den Fall eines Krieges gegen Frankreich den Marsch durch Belgien ins Auge gefaßt habe. In der Tat bildete dieser einen wesentlichen Teil des Schlieffenschen Planes. Bei der starken Befestigung der verhältnismäßig kurzen deutsch-französischen Grenze schien darin die einzige Möglichkeit zu liegen, schnelle und entscheidende Schläge gegen Frankreich zu führen. Es ist unfruchtbar, nachträglich darüber zu grübeln, ob diese Voraussetzung richtig war, ob nicht vielleicht ein schneller energischer Angriff die französischen Festungen ebenso wie die belgischen hätte niederzwingen können, ob es nicht vielleicht klüger gewesen wäre, die größte Wucht der Offensive nach dem Osten zu verlegen und sich Frankreich gegenüber auf die Verteidigung zu beschränken, wie es im letzten Augenblick noch einmal flüchtig erwogen wurde. Der Plan war nun einmal als Grundlage der Operationen genehmigt und lag allen Dispositionen zugrunde.

Auch das deutsche Auswärtige Amt kann sich darüber schon längere Zeit vor dem Ausbruch des Krieges kaum im Zweifel befunden haben. Um so erstaunlicher ist es, daß man nicht längst genaue Vorbereitungen für die Einleitung und Rechtfertigung dieses ungewöhnlichen und alarmierenden Schrittes getan hatte. War man über die Vorgeschichte und Tragweite der belgischen Neutralität nicht genügend orientiert oder glaubte man Gründe zu haben, von dem, was man wußte, keinen Gebrauch zu machen? Wir können diese Frage bisher nicht beantworten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die alten Verträge von 1818, die 1831 während der Verhandlungen über die Neutralitätserklärung Belgiens erneuert waren, für gewisse Fälle ein Einmarschrecht Deutschlands im Osten und Englands im Westen stipulierten. Freilich war es nicht ganz klar, unter

welchen Voraussetzungen es ausgeübt werden durfte. Jedenfalls hatte man 1831 ein solches Recht für vereinbar mit der Neutralität gehalten. Ebenso steht es fest, daß die englische Regierung 1870 der Meinung gewesen war, daß die, von den Großmächten garantierte belgische Neutralität keine volle Sicherheit gegen den Durchmarsch fremder Truppen biete. Sonst wäre es überflüssig gewesen, damals besondere Verträge mit Deutschland und Frankreich abzuschließen, die das Betreten Belgiens für den bevorstehenden Kampf ausschlossen und England verpflichteten, demjenigen den Krieg zu erklären, der die belgische Grenze überschreiten würde. Bekanntlich hat Gladstone auch noch später im englischen Parlament ohne Widerspruch den Standpunkt vertreten, daß die alten Verträge nicht genügten, um Belgien vor dem Schicksal zu bewahren, in einem neuen Kampfe Kriegsschauplatz zu werden. Auch haben weder Frankreich noch England Bedenken getragen, in ihren älteren Kriegsplänen die Besetzung belgischen Gebietes ins Auge zu fassen. Ist doch den Belgiern früher schon gedroht worden, daß auch gegen ihren Willen ein englisches Heer an ihrer Küste ausgeschifft werden würde. Man hat diese älteren Pläne offenbar nur deshalb fallen lassen, um sich des zugkräftigen Arguments, daß Deutschland allein die belgische Neutralität verletzt habe, vor der Öffentlichkeit nicht zu berauben.

In Berlin hat man 1914 von allen diesen Argumenten keinen Gebrauch gemacht, sondern sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Durchmarsch durch Belgien an sich ein Vertragsbruch, ein rechtswidriges Beginnen sei, das nur durch das Recht der Notwehr entschuldigt werden könne. Offenbar widerstrebte es Herrn v. Bethmann in tiefster Seele, die dazu erforderlichen diplomatischen Vorbereitungen ins Werk zu setzen; aber er konnte sich dessen nicht weigern, da der Generalstab sich den Umsturz seines ganzen Kriegsplans in letzter Stunde nicht würde haben gefallen lassen.

Auch in London konnte man mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß die belgische Neutralität verletzt werden würde. Es erschien nicht ausgeschlossen, daß Deutschland nach dem Siege Belgien vollständig annektieren und sich an der flandrischen Küste festsetzen könne. Mit dieser Möglichkeit konnte man das englische Publikum jedenfalls ängstigen und es in eine der Regierung erwünschten Stimmung versetzen. Aber auch abgesehen davon glaubte Grey im Gegensatz zu der früheren Haltung Gladstones die belgische Neutralität so auslegen zu können, daß sie jedes Betreten belgischen Gebietes durch

kriegführende Mächte ausschließe. Die Garantie Englands wurde damit zu einer rechtlich wie moralisch bindenden Verpflichtung gestempelt, Belgien gegen eine solche Möglichkeit, wenn es nicht anders gehe, mit Waffengewalt zu schützen. Schon Ende Juli hatte Grey die belgische Angelegenheit in Berlin zur Sprache bringen lassen. Am 31. ließ er offiziell an Deutschland und Frankreich die Frage stellen, ob beide Mächte sich verpflichten wollten, die belgische Neutralität solange zu respektieren, wie sie von anderer Seite nicht verletzt werde? Frankreich antwortete zustimmend. Deutschland konnte dies nach Lage der Dinge nicht tun; Staatssekretär von Jagow wich daher einer bestimmten Erklärung aus. Am folgenden Tage sprach sich Grey Lichnowsky gegenüber dahin aus, daß er dies Verhalten bedaure, da Deutschlands Stellung zu dieser Frage den endgültigen Entschluß Englands sehr stark beeinflussen könne. Er weigerte sich aber auf des Botschafters Frage Englands Neutralität zu versprechen, falls Deutschland die Respektierung des belgisches Gebietes zusage.

Am 2. August ließ Deutschland in Brüssel die Erklärung abgeben, daß zur Abwehr eines nach sicheren Nachrichten bevorstehenden französischen Einmarsches von Süden her deutsche Truppen belgisches Gebiet betreten müßten. Es wurde hinzugefügt, daß hierin keine Feindseligkeit gegen Belgien liege, und, falls dieses weiter neutral bleibe, die Integrität des Königreichs und die sofortige Räumung unmittelbar nach dem Friedensschluß gewährleistet werde. Bekanntlich lehnte Belgien dies ab, und es erfolgte darauf die deutsche Erklärung, daß der Einmarsch trotz dem stattfinden werde (4. August). In London wurde noch ausdrücklich mitgeteilt, daß auch im Falle des Krieges mit Belgien die Integrität des belgischen Gebietes beim Friedensschluß gewährleistet bleiben solle.

In seiner Unterhausrede vom 3. August gab Grey die Erklärung ab, daß keine Verpflichtungen zum Eingreifen in einen europäischen Krieg für England beständen. Wohl aber erfordere Englands Ehre und Interesse, daß man einen Angriff der deutschen Flotte auf die französische Nordküste nicht zulasse, da Frankreich im Vertrauen auf sein gutes Verhältnis zu Großbritannien seine eigene Flotte im Mittelmeere konzentriert habe; ferner habe man die Pflicht zur Verteidigung der belgischen Neutralität, falls diese bedroht sein sollte. Er erinnerte dabei an die Vorgänge von 1870, ohne aber den. Kernpunkt zu erwähnen, daß nämlich damals der Abschluß besonderer Verträge mit Deutschland und Frankreich für nötig erachtet werden war. Über die Zusicherungen Deutschlands für die Zukunft ging er mit der

Bemerkung hinweg, daß Belgiens Unabhängigkeit jedenfalls verloren sein werde, wenn es zur Duldung des Durchmarsches gezwungen werde, und malte das Schreckbild einer völligen Einbeziehung Belgiens, Hollands und Dänemarks in die deutsche Machtsphäre an die Wand. Er verschwieg ferner, daß Deutschland angeboten hatte, die Integrität Frankreichs für alle Fälle zu gewährleisten und daß es England selbst gebeten hatte, die Bedingungen zu formulieren, unter denen es neutral bleiben wolle, ebenso daß er selbst sich geweigert hatte, seine Neutralität zu versprechen, falls Belgiens Grenze nicht überschritten werde.

Dies alles zeigt deutlich, daß Grey damals jedenfalls seinen Entschluß gefaßt hatte und die Stimmung des Parlaments in seinem Sinne beeinflussen wollte. Dies gelang ihm auch bei der Mehrheit. Die Stimmen, die sich für Bewahrung der Neutralität aussprachen, verhallten ohne erhebliches Echo. Allerdings fand Grey auch im Kabinett selbst Widerstand; drei Minister legten ihre Ämter nieder, weil sie mit seiner Politik nicht einverstanden waren. Aber nach dem Verlauf dieser Sitzung konnte Grey sicher sein, das Parlament hinter sich zu haben, wenn er wegen der Verletzung der belgischen Neutralität den Krieg an Deutschland erkläre.

Am 4- August wies er den Botschafter in Berlin an, seine Frage bezüglich Belgiens zu wiederholen, und falls er bis Mitternacht nicht über eine befriedigende Antwort berichten könne, seine Pässe zu fordern. Da eine solche nicht erfolgte, vielmehr deutsche Truppen inzwischen bereits in Belgien eingerückt waren, wurde am Abend die englische Kriegserklärung übergeben. Man weiß, mit wie schmerzlichen Gefühlen der Reichskanzler sie entgegennahm, wie er in ihr den Zusammenbruch seiner gesamten seit fünf Jahren verfolgten Politik erblickte. Aber es ist doch kaum anzunehmen, daß er in den letzten Tagen noch ernstlich auf eine andere Haltung Greys gehofft haben kann.

Sicherlich hat die belgische Frage in der Vorgeschichte der englischen Kriegserklärung insofern eine bedeutende Rolle gespielt, als sie auch den friedliebenden Teil des Volkes und des Parlaments — und das war auch hier bei weitem die Mehrzahl — in Kampfesstimmung versetzt hat. Aber niemand, der die vorausgegangenen Ereignisse kennt, wird glauben können, daß sie die Haltung der englischen Regierung maßgebend beeinflußt habe. Grey und die Mehrzahl seiner Kollegen würden auch auf die Seite Rußlands und Frankreichs getreten sein, wenn wir nicht durch Belgien marschiert wären. Fraglich ist nur, ob sie dann der

Zustimmung des Landes und der Volksvertretung ebenso sicher gewesen wären, wie es jetzt der Fall war.

* *
*

Blicken wir noch einmal zurück auf die kritischen Tage vom 23. Juli bis zum 4- August. Was sich hier vor uns abspielt, ist ein Drama in drei Akten. Der erste Akt bietet die österreichischen Forderungen an Serbien, die serbische Antwort, die Abreise des österreichischen Gesandten aus Belgrad, die Mobilmachung Serbiens und Teilmobilisierung Österreichs. Dazwischen die verschiedenen Vermittlungsvorschläge der übrigen Mächte, die ohne Ergebnis bleiben. Deutschland will die Lokalisierung des Konflikts erreichen, es glaubt nicht, daß Rußland Serbiens wegen die Verantwortung für einen Weltkrieg auf sich nehmen wird, zumal da die öffentliche Meinung der Welt Österreich nicht ungünstig gegenübersteht. Man wartet in Berlin auf ein schnelles Vorgehen Österreichs, das die Frage praktisch lösen soll, bevor Rußland eingreifen kann; man sucht zu verhindern, daß die Frage vor ein europäisches Forum kommt. Man sieht wohl, daß die Gefahr eines großen Krieges dahinter lauert; aber das war auch 1908 und 1912 der Fall gewesen, und schließlich hatten die Gegner doch nicht gewagt, an die Waffen zu appellieren. Man hofft auf einen friedlichen Ausgang, wenn Österreich schnell handle und Deutschland ihm fest den Rücken decke.

Mit dem Bekanntwerden der serbischen Antwort am 27. Juli und dem nun einsetzenden Umschlag der allgemeinen Stimmung gegen Österreich beginnt der zweite Akt. Rußland rüstet erst heimlich, ordnet dann die Mobilmachung seiner südlichen Korps an. England warnt, Österreich erklärt, vor Mitte August nicht handeln zu können, Italiens und Rumäniens Haltung ist unsicher. Jetzt wird man in Berlin bedenklich: man fürchtet, Österreich werde als Angreifer erscheinen, wenn es auf keine Verhändlungen eingehe; man überzeugt sich, daß Rußland wahrscheinlich doch eingreifen wird. Nun beginnt man auf Österreich zu drücken, daß es noch einmal mit Rußland verhandle, die englischen Vermittlungsvorschläge annehme, und sich in Serbien mit einem kleinen demonstrativen Erfolg begnüge. Österreich zeigt sich hartnäckig und gibt erst sehr scharfem Drucke nach. Es erklärt sich zur Diskussion der serbischen Antwort mit Rußland bereit. Eine letzte Hoffnung, die Krise friedlich zu lösen, leuchtet auf.

Die russische Gesamtmobilmachung vom 31. Juli leitet den letzten Akt ein. Jetzt erkennt man in Berlin, daß der Krieg unvermeidlich ist; jetzt gilt es bei der ungeheuren Größe der Gefahr nur noch, wenn doch gekämpft werden muß, die Chancen der besseren militärischen Vorbereitung und des schnelleren Aufmarsches nicht zu verlieren. Während man den aussichtslosen Versuch macht, England zur Neutralität zu bestimmen, mobilisiert man selbst, und erklärt schließlich an Rußland und Frankreich den Krieg, um den Zeitpunkt für den Beginn der nun unvermeidlichen Feindseligkeiten nicht den Gegnern zu überlassen. Man tut dies, obwohl man befürchten muß, nun der ganzen Welt als Angreifer denunziert zu werden. Man beginnt den Einmarsch in Belgien und erleichtert es dadurch dem englischen Kabinett, mit Zustimmung von Parlament und Volk Deutschland den Krieg zu erklären.

Der verhängnisvolle Irrtum der deutschen Politik bestand darin, daß sie glaubte, wie in den früheren Fällen auch diesmal Rußland durch scharfe Betonung der deutsch-österreichischen Solidarität vom Eingreifen zurückhalten zu können. Man lebte in dem Glauben an die Wirksamkeit der alten Rezepte, die dereinst geholfen hatten, aber gegen die inzwischen tiefer eingefressene Krankheit nicht mehr wirken konnten. Man hatte weder die inzwischen eingetretenen militärischen Machtverschiebungen noch das Erstarken der Kriegsparteien in Frankreich und Rußland mit voller Klarheit in die eigene politische Rechnung eingestellt. Man glaubte ferner, daß Österreich der mehr oder minder unparteiischen übrigen Welt als in notgedrungener Verteidigung seiner Lebensinteressen begriffen erscheinen und daher deren Sympathien genießen werde. Man hätte eigentlich die Art des österreichischen Verfahrens aus früheren Fällen genügend kennen müssen. Trotzdem versäumte man es aber, sich durch schärfere Bindung der Wiener Diplomatie an die deutsche Zustimmung bei ihren einzelnen Maßregeln die Möglichkeit zu schaffen, selbst dafür zu sorgen, daß nichts geschehe, was unseren Verbündeten als Angreifer erscheinen lassen und die allgemeine Stimmung gegen die Donaumonarchie einnehmen könne.

An den Vorgängen der letzten Tage befremdet es vor allen Dingen, daß unsere Diplomatie die nun notwendig werdenden Schritte nicht lange vorher in Ruhe überlegt und vorbereitet hat. Man sollte denken, daß das gegenüber Rußland, Frankreich, Belgien, England in solchem Falle einzuschlagende Verfahren in ruhigen Zeiten genau hätte festgelegt werden können, daß die

entsprechenden Anweisungen an unsere Gesandten, ja der Entwurf der vom Kanzler im Reichstag zu haltenden Rede längst hätten bereitliegen müssen, wie es bei den militärischen Anweisungen und Aufmarschplänen ja tatsächlich der Fall war. Wir wußten seit vielen Jahren — und hatten es England gegenüber schon selbst betont, —, daß der große Krieg, wenn er einmal komme, sich an dem österreichisch-russischen Gegensatz im Orient entzünden werde. War es da nicht naheliegend, sich die Frage zu stellen: Was tun wir, wenn Rußland rüstet, aber nicht sofort angreift? Oder wenn Frankreich zögert und uns dadurch die Ausführung unseres Feldzugsplans unmöglich zu machen droht? Wie begründen wir den — seit langem beabsichtigten — Durchmarsch durch Belgien? Wie bereiten wir die öffentliche Meinung auf unsern Schritt vor? Alles dies hätte unter Mitwirkung des Generalstabs genau festgelegt werden können und müssen. In den Stunden und Tagen fieberhafter Erregung während der Krise selbst fehlte es an Zeit und Ruhe, um dies alles gründlich und vorsichtig in die Wege zu leiten.

Diese schwere Unterlassungssünde empfängt eine noch schärfere Beleuchtung, wenn wir bedenken, daß auch die wirtschaftliche Mobilmachung nicht vorbereitet war. Deutschland war im August 1914 zwar militärisch soweit gerüstet, wie dies bei unserer gefährdeten Lage stets der Fall sein mußte; es hat aber, selbst als die Lage kritisch zu werden begann, nicht das geringste getan, was auf unmittelbare Anwendung seiner militärischen Machtmittel hinzielte, sogar manche recht naheliegende Vorsichtsmaßregeln lange unterlassen. Diplomatisch und wirtschaftlich war es auf einen Krieg überhaupt nicht vorbereitet.

Das alles läßt sich, wie mir scheint, nur auf eine Art erklären. Man hat tatsächlich in Berlin bis zum Beginn des letzten Aktes gar nicht im Ernst an die Möglichkeit eines allgemeinen Krieges geglaubt, So oft das Gespenst dieser Befürchtung auftauchte, immer wieder hatte man es mit der Hoffnung verscheucht, daß schließlich doch keine der in Frage kommenden Regierungen wagen werde, die Lunte an das Pulverfaß zu legen und um verhältnismäßig geringer Streitfragen willen das kulturelle Leben Europas und besonders des eigenen Landes voller Zerstörung auszusetzen. Man kannte die anderen nicht genug und lieh ihnen viel zu sehr die eigenen Gesinnungen, ein Fehler, der vielleicht im deutschen Charakter begründet liegt. Weil unsere Staatsmänner sich dessen bewußt waren, daß sie selbst zur Erreichung irgendeines momentanen Vorteils niemals die Verantwortung für einen großen Krieg übernehmen würden, glaubten sie, die gleiche

Gesinnung nicht nur bei den englischen, sondern auch bei den französischen und russischen Politikern voraussetzen zu dürfen. Sie taten dies, obwohl es an Warnungen von Seiten unserer diplomatischen Vertreter nicht gefehlt hatte.

So scheinen mir gerade die Fehler und Überstürztheiten der letzten Tage, und das Fehlen jedes vorbereiteten diplomatischen Feldzugsplanes deutlicher als alles andere zu beweisen, daß bei uns weder der Kaiser noch seine maßgebenden Ratgeber im vollen Ernst an die nahe Möglichkeit eines Weltkrieges geglaubt haben. Wer so unvorbereitet einer großen Katastrophe entgegengeht, kann sie kaum ernstlich befürchtet, ganz gewiß nicht gewollt und selbst absichtlich herbeigeführt haben.

19. Schlußbetrachtung

Wir haben einen weiten, windungsreichen Weg durchmessen. Blicken wir von dem erreichten Punkte noch einmal auf das Ganze zurück.

Überschauen wir die deutsche Politik seit Bismarcks Sturz im Großen, so lassen sich, glaube ich, zwei Perioden klar voneinander sondern. Die erste endigt mit dem Scheitern der deutsch-englischen und der deutsch russischen Bündnisverhandlungen, also etwa mit dem Jahre 1905, die zweite beginnt mit der Bildung der Entente, also 1907; dazwischen liegt eine kurze, aber wichtige Zahl der Neugruppierung.

Die erste dieser Perioden ist gegenüber der Bismarckschen Zeit gekennzeichnet durch das viel stärkere Hervortreten des Motivs der kolonialen Expansion, eine notwendige Folge der mächtigen weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die rein europäische Orientierung der deutschen Politik hört auf, die „weltpolitische“ Einstellung beginnt. Es ist selbst verständlich, daß unter den gänzlich veränderten Verhältnissen die rein kontinentale Einstellung der früheren Periode für unsere Politik nicht beibehalten werden konnte. Bismarck selbst würde sich dieser Erkenntnis gewiß nicht verschlossen haben, wie ja bereits seine Wendung zur Kolonialpolitik in den achtziger Jahren erkennen läßt. Aber ebensowenig ist daran zu zweifeln, daß für ihn die Sicherung unserer europäischen Stellung immer das oberste Ziel geblieben sein würde, und daß er der Gewinnung neuen Besitzes in fernen Erdteilen niemals einen entscheidenden Einfluß auf unsere Gesamtpolitik eingeräumt haben würde. Es galt, mit größter Vorsicht und Beharrlichkeit unsere weltpolitische Stellung auszubauen, ohne die Sicherheit des Reiches selbst zu gefährden. Das war um so schwieriger, als die Aufteilung der Erde seit den achtziger Jahren ein sehr schnelles Tempo angenommen hatte, als infolgedessen das Streben, von dem noch verfügbaren Rest möglichst viel zu erhalten, bei allen Kolonialmächten bis ins Krankhafte gesteigert war, und daher mit jeder eigenen Erwerbung neue Reibungs- und Konfliktsmöglichkeiten geschaffen wurden.

Bismarck hatte bereits erkannt, daß der Ausbau unseres Kolonial reiches ohne schwere Gefahren für uns selbst nur dann möglich sei, wenn wir in dauernder freundschaftlicher Fühlung

mit der größten See- und Kolonialmacht, mit England, blieben. Die Lage in Europa war bedenklich genug. Der alte Gegensatz zu Frankreich war durch die russisch-französische Annäherung stärker als je zu einer dauernden Gefahrenquelle geworden; der österreichisch-russische Gegensatz im nahen Orient konnte jeden Augenblick zum Zusammenstoß führen und mußte dann Deutschland und Frankreich, auf den Plan rufen. Solange ein solcher Konflikt auf Europa beschränkt blieb, konnten wir im Verein mit den übrigen Dreibundmächten seinem Austrag mit Zuversicht entgegensehen. Wenn aber ein dauernder weltpolitischer Gegensatz zu England hinzutrat und das Inselreich auf die Seite unserer Gegner trieb, wurde die Gefahr ins Unendliche vergrößert, zumal da dann auch Italiens Mitwirkung an unserer Seite höchst unwahrscheinlich wurde.

Im Geiste von Bismarcks Politik hätte es gelegen, den Ausbau unseres Kolonialreiches nach einem festen, begrenzten Plan und im Einverständnis mit England zu betreiben und jeden einzelnen Schritt dazu von der allgemeinen politischen Lage abhängig zu machen. Auch würde bei der Erweiterung unseres Macht- und Interessenkreises und der dadurch erhöhten Reibungsgefahr der rechtzeitige Ausbau eines neuen, nicht mehr rein europäischen Bündnissystems zur Sicherung gegen weltpolitische Gefahren ein Gebot der Vorsicht gewesen sein. Unseren Staatslenkern stand aber in der Zeit nach Bismarcks Entlassung kein bestimmter Plan, etwa der Gedanke eines geschlossenen Kolonialreiches in irgendeinem Teile der Welt vor Augen; sie hatten vielmehr nur das allgemeine Bestreben, bei der Teilung der Erdoberfläche unter die großen Mächte nicht zu kurz zu kommen, überall auch etwas zu erhalten, wo andere etwas gewönnen. Gerade dadurch wurden immer neue Reibungsflächen geschaffen, gerade dadurch wurde ein allgemeines Unbehagen erzeugt, ein Gefühl der Unsicherheit über Deutschlands letzte Absichten, die niemals greifbar erschienen und die man sich als uferlos und gefährlich vorstellte. Der Gedanke der Kompensationspolitik, dessen Hauptvertreter Herr von Holstein war, führte zu immer neuen mehr oder minder heftigen Auseinandersetzungen mit England, Frankreich und Rußland.

Die Gesamtlage war anfangs für Deutschland günstig. Der russisch-französische Zweibund und das britische Weltreich standen sich in allen Teilen der Welt feindlich gegenüber. Beide Gruppen umwarben uns, und wir konnten uns nicht nur als gegen augenblickliche Gefahren gesichert, sondern zeitweise fast als Schiedsrichter der Welt betrachten. An der Spitze des Dreibundes

stellten wir einen dritten ebenbürtigen Machtfaktor dar. Dies Gefühl steigerte unser Selbstbewußtsein und ließ uns manchmal im Ton unserer Sprache und der Art unseres Vorgehens die Grenzen der Vorsicht und des Taktes überschreiten; wir reizten dadurch häufig die Empfindlichkeit der anderen, ohne daß ein wichtiges Lebensinteresse oder ein großes, wertvolles Streitobjekt dies gerechtfertigt hätte. Für gute Dienste verlangten wir stets durch Gegenleistungen bezahlt zu werden, die gerade wegen ihrer verhältnismäßigen Geringfügigkeit die Verstimmung nicht lohnten, die sie erzeugten.

Eine Verbindung der beiden Mächtegruppen gegen uns hielten wir für unmöglich und glaubten die vorteilhafte Mittelstellung zwischen beiden behaupten und zur Erlangung kleiner Vorteile ausnutzen zu können. Das englische Bündnisangebot beantworteten wir mit der Aufstellung von Bedingungen, die dem Inselreich als unannehmbar erschienen. Wir glaubten, man werde wiederkommen, wenn man sich jenseits des Kanals überzeugt habe, daß die Opfer für eine Verständigung mit Frankreich und Rußland zu groß seien. Anstatt dessen vertrugen sich Frankreich und England auf unsere Kosten.

Auf der anderen Seite lockte der Gedanke des Kontinentalbundes gegen England. Als die britischen Staatsmänner sich Frankreich zu nähern begannen und Rußland im schweren Kampfe in Ostasien stand, suchten wir diese andere Möglichkeit durch den Björkö-Vertrag zu verwirklichen, in der Hoffnung, daß Frankreich sich freiwillig oder gezwungen diesem Bunde werde anschließen müssen. Aber Rußland wich alsbald nach dem Friedensschluß mit Japan der Erfüllung dieser unangenehmen Verpflichtung aus, um das vorteilhafte Verhältnis zu Frankreich nicht aufs Spiel zu setzen. Von den Westmächten wurde es nun allmählich in ihren Kreis gezogen.

Die Zeit der Pendelpolitik war damit endgültig vorüber. Wir hatten es versäumt, in der Zeit, wo man uns brauchte, das Bündnis mit England zu schließen, und zu spät erkannt, daß der Gedanke des Kontinentalbundes eine unrealisierbare Utopie war.

Nun geschah, was wir für unmöglich gehalten hatten: Rußland und England verständigten sich ebenfalls über ihre alten Streitfragen, und wir standen seit 1907 nicht mehr zwei einander feindlichen Gruppen, sondern dem immer fester werdenden Block der „Entente“ gegenüber. Damit begann die zweite Periode.

Wir standen jetzt unter dem Druck der Erkenntnis, daß wir in die Defensive gedrängt seien. Wir erfuhren es in Marokko und in den Balkanfragen. Wir hätten vielleicht die Entente noch zersprengen können, wenn wir auf die Flottenverständigung eingegangen wären, die England wünschte. Wir taten es nicht, weil wir der politischen Haltung Englands auch dann nicht sicher zu sein glaubten und uns ein wichtiges Verteidigungsmittel nicht schwächen lassen wollten. Wir hielten aber trotz der veränderten Weltlage an dem alten Kompensationsgedanken fest, der nun sehr viel schwerer als früher durchzuführen war. Wir suchten zuweilen das aufsteigende Gefühl der Gefahr unserer Lage durch große Worte und den Hinweis auf unsere starke Rüstung zu übertäuben, und erweckten dadurch wieder nur Verdacht und Mißtrauen.

Auch der Dreibund selbst begann sich langsam zu lockern. Italien hatte sich allmählich den Franzosen genähert und wollte unter keinen Umständen in Gegensatz zu England geraten. Auch Rumänien wurde immer unsicherer. Angesichts unserer wachsenden Isolierung blieb das Bündnis mit Österreich das letzte Bollwerk unserer Stellung. Je stärker man in Wien merkte, daß wir nichts mehr fürchteten, als auch den letzten Bundesgenossen zu verlieren, desto stärker suchte man diese günstige Lage für die eigenen Balkanpläne auszunutzen. Wir wagten nicht, Österreich die Rückendeckung zu versagen, selbst wenn es gehandelt hatte, ohne uns zu fragen, ja sogar wenn wir sein Verhalten mißbilligten. So deckten wir 1908 und 1909 das von uns nicht gebilligte Vorgehen in Bosnien und verschlechterten dadurch unser Verhältnis zu Rußland. Auch während der Balkankriege wirkten wir zwar in einzelnen Fällen zurückhaltend, vertraten aber doch in den wichtigsten Fragen den Standpunkt der Hofburg. Die Leitung des Dreibundes glitt mehr und mehr nach Wien, was um so verhängnisvoller war, als die österreichische Politik in den Balkanfragen unsicher und tastend war, sich ganz von der Furcht vor der zersetzenden Wirkung der großserbischen Agitation und dem Bedürfnis nach Augenblickserfolgen leiten ließ und in der Anbahnung eines Bündnisses mit Bulgarien unter Festhaltung Rumäniens ein unerreichbares Ziel verfolgte.

Die Mordtat von Serajewo löste in Wien den Plan zur endgültigen Abrechnung mit Serbien aus. Man meinte, nur durch die exemplarische Züchtigung des gefährlichen Nachbarn die bedrohte Existenz der Monarchie retten und der Welt den Beweis ihrer Daseinskraft geben zu können. Wir glaubten, Österreich nicht zurückhalten zu dürfen und hofften, mit den alten Mitteln

das Eingreifen Rußlands verhindern zu können. Wir unterschätzten die darin liegende Gefahr und standen daneben unter dem Druck der Vorstellung, wenn die große Auseinandersetzung doch einmal kommen müsse, sei es vielleicht besser, sie komme jetzt und aus diesem Anlasse. So gerieten wir in, eine Lage, aus der es nach unserem vergeblichen Versuche, Österreich im letzten Augenblick noch zum Einlenken zu bringen, keinen Ausweg mehr gab als den Krieg.

Man kann der deutschen Politik dieser Jahre viele und schwere Vorwürfe machen. Man kann sie der Kurzsichtigkeit, der Planlosigkeit, des Mangels an Vorsicht und psychologischem Verständnis für das Wesen der anderen zeihen, man kann ihr Schwanken und ihr plötzliches Zufahren, etwa in der Marokkofrage, tadeln; aber das wird niemand mit Grund behaupten können, daß sie in irgendeinem Zeitpunkt den Krieg gewollt oder auf ihn hingearbeitet habe. Wenn Deutschland den Krieg gewünscht hätte, so wäre kein günstigerer Zeitpunkt dafür zu finden gewesen als die Jahre während des russisch-japanischen Krieges und nach demselben. Damals war Rußland aktionsunfähig, Frankreich und England mangelhaft gerüstet, die Entente erst im Werden begriffen. Hätten wir einen Präventivkrieg führen wollen, so wären damals und noch bis 1909 alle Chancen auf unserer Seite gewesen. Der Generalstab hat pflichtgemäß darauf aufmerksam gemacht. Unsere Regierung hat diese Möglichkeit nie ernstlich erwogen und noch 1909, als man in Österreich den Einmarsch in Serbien in Betracht zog, immer im Sinne des Friedens gewirkt. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, damals scharf zuzugreifen, aber man wollte es nicht, weil man den Frieden nicht ohne Not brechen wollte. Unsere Politik war trotz aller großen Worte im Grunde eher zu ängstlich und zu friedliebend als zu kriegerisch. Wir wollten auch niemals auf Kosten anderer gewinnen, sondern immer nur neben ihnen und mit ihnen an der Aufteilung der Erde teilnehmen.

Kann man das gleiche von den anderen beteiligten Mächten sagen?

Am ehesten noch von England. Soweit wir es nach den bisher verfügbaren Quellen feststellen können, hat auch in England niemand eigentlich den Krieg gewollt. Die in Deutschland verbreitete Ansicht, als habe Großbritannien den Kampf geführt, um unsere immer gefährlicher werdende wirtschaftliche Konkurrenz gewaltsam niederzuschlagen, ist schwerlich begründet. Aber man fürchtete jenseits des Kanals unsere

wachsende politische und militärische Macht, fühlte durch das Anwachsen unserer Schlachtflotte die eigene Seeherrschaft und Sicherheit bedroht, und traute uns die Absicht zu, uns der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent zu bemächtigen. Um sich gegen solche Möglichkeiten zu sichern und uns nicht zu einer dauernden schiedsrichterlichen Stellung gelangen zu lassen, schuf man die Entente, nachdem das Bündnis mit Deutschland gescheitert war. Sie sollte nach der Absicht der englischen Staatsmänner ein Mittel zur Erhaltung des Gleichgewichts sein, sollte Deutschlands Macht und Ehrgeiz in Schranken halten, war aber aller Wahrscheinlichkeit nach anfangs nicht als ein Kriegsinstrument gedacht. Allerdings unterschätzte man in London wohl anfangs die Gefahr, die in der Zerteilung Europas in zwei feindliche Bündnisse lag. Als man sie erkannte, suchte man die Fühlung mit Deutschland wiederherzustellen, ohne indessen die Entente aufzugeben, eine Art Stellung über den Parteien zurückzugewinnen. Aber man hatte sich schon zu eng an die andere Gruppe gebunden und besaß nicht die Macht, die Politik der Verbündeten ganz in den erwünschten Bahnen zu halten. Da man der Überzeugung war, daß in einem Kampfe ohne Englands Beteiligung Deutschland siegen und Herr des Kontinents werden würde, mußte man, wenn der Krieg nicht zu verhindern war, an der Seite Frankreichs und Rußlands stehen, wenn man nicht gerade die Lage entstehen lassen wollte, zu deren Verhinderung die Entente geschlossen war. So war auch England schließlich von den Entschlüssen seiner Verbündeten abhängig geworden, ohne es zu wollen und ganz klar zu durchschauen. Daß Grey sich persönlich an die Ententepolitik gebunden fühlte, war natürlich von großer Bedeutung. Aber er hätte im entscheidenden Augenblick gestürzt werden können. Die Entschlüsse Englands hingen nicht allein an seiner Person; sie waren durch die Konsequenzen der bisherigen Politik und die Furcht vor einer deutschen Machtsteigerung diktiert. So weitblickend war auch die englische Politik nicht, daß sie die ferneren Zukunftsgefahren schon deutlich gesehen hätte. Die Niederwerfung Deutschlands und der Zusammenbruch Rußlands und Österreichs haben für die nächste Zeit eine Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent geschaffen, die für England noch unangenehmer und gefährlicher ist als alles, was ein Sieg Deutschlands hätte zur Folge haben können. Vielleicht gibt es heute schon manchen Engländer, der die Politik der Ära Grey im tiefsten Herzen bedauert.

Ganz anders stand es mit Frankreich und Rußland. Ich zweifle nicht daran, daß auch in diesen beiden Ländern die große Masse der Bevölkerung friedliebend war. In den regierenden Kreisen gab

es in Paris wie in Petersburg zwei Parteien; die eine wollte den Frieden, wenn er irgend mit Ehren zu erhalten sei, die andere den Krieg. In Frankreich konnte sie an den nie erloschenen Revanchegedanken anknüpfen; sie fand hier ihre schärfsten Vorkämpfer an Delcassé und Poincare. Sie erlangte seit den Zusammenstößen mit Deutschland in Marokko und seit der Begründung der Entente immer stärkeren Einfluß und schließlich., seit Poincare an der Spitze stand, die eigentliche Führung. In Rußland selbst war der Zar das Haupt der Friedenspartei; die Kriegspartei war lange ohne eigentlichen Führer. Weite militärische Kreise und alles, was dem Panslavismus zuneigte, stützte in Petersburg die Kriegspartei. Sie fand an Iswolski nach dessen persönlicher Niederlage in der bosnischen Krise einen eifrigen Förderer; als Botschafter in Paris geriet der eitle und rachsüchtige Mann ganz in den Bannkreis der Gruppe Delcassés und Poincares, und leistete ihr durch seinen Einfluß die wichtigsten Dienste. Seine Berichte aus Paris, die jetzt in deutscher Übersetzung vollständig veröffentlicht worden sind, zeigen jedem, der nicht durch Vorurteile verblendet ist, aufs deutlichste, wie vorsichtig und raffiniert zugleich Iswolski mit Poincare im Bunde den Krieg vorbereitete. Aufs geschickteste verstand er, widerstrebende Elemente, wie den französischen Vertreter in Petersburg, Georges Louis, zu beseitigen, die Presse zu bearbeiten und zu bestechen und die unersättliche Eitelkeit Poincares zu benutzen. Man kann höchstens darüber im Zweifel sein, wer von beiden mehr der geschobene, wer der schiebende Teil war. Ihr enges Zusammenwirken steht außer Frage. Iswolski kann nicht oft genug wiederholen, welches Glück es sei, daß gerade Poincaré an der Spitze Frankreichs stehe und nicht irgendein weniger zuverlässiger und gewandter Politiker.

Soweit man von einer Schuld einzelner Persönlichkeiten am Weltkriege reden kann, sind es diese Männer, die sie trifft. In langjähriger, zäher und zielbewußter Arbeit haben sie den Boden vorbereitet, stets vorsichtig darauf bedacht, nach außen hin ihre wahren Ziele nicht vorzeitig hervortreten zu lassen, sondern den Augenblick abzuwartern, wo die Rüstung vollendet sei, und wo eine der gegnerischen Mächte durch eine Unvorsichtigkeit die Möglichkeit gewähre, sie als den angreifenden Teil hinzustellen. Denn das war nötig, sowohl um die Meinung der Massen in den eigenen Ländern zu gewinnen, als mit Rücksicht auf England, dessen vorsichtige Regierung und dessen friedliebendes Volk. Die Ziele aber, die diese Gruppen verfolgten, waren ohne Krieg überhaupt nicht zu erreichen. Die Franzosen wollten den Deutschen Elsaß-Lothringen entreißen; die Russen wollten sich

den Weg zur Beherrschung des Balkans und der Meerengen öffnen, wollten die unter deutscher, österreichischer und türkischer Herrschaft stehenden Slaven aus den bisherigen Staatsverbänden lösen und ihrem Machtkreise eingliedern. Sie waren es, die erobern, die auf fremde Kosten gewinnen wollten, nicht Deutschland.

Die geschickte und skrupellose Minierarbeit dieser verhältnismäßig kleinen Gruppen hat den Weltkrieg vorbereitet. Ihre Führer sind vor den furchtbaren Konsequenzen eines solchen Völkerringens nicht zurückgeschreckt, weil sie ohne das ihre Ziele nicht erreichen konnten. Sie haben schon während der Balkankriege auf die Gelegenheit gewartet und sie im Juli 1914 freudig ergriffen. Ihr Werk war die russische Mobilmachung, die den Krieg zur unmittelbaren Folge hatte.

Wir besaßen leider keinen Staatsmann, der diesen schlauen und skrupellosen Diplomaten gewachsen war. Durch Österreichs Plumpheit und Deutschlands ängstliche Rücksichtnahme auf den letzten Verbündeten wurde ihnen der Anlaß geboten, den sie brauchten, und mit Meisterschaft benutzten.

Ich habe mich mit allen diesen Betrachtungen absichtlich auf das Gebiet der unmittelbaren Ursachenverknüpfung beschränkt. Indessen kann ich dieses Buch nicht schließen, ohne wenigstens kurz auf die tieferen Gründe der großen Weltkatastrophe hinzuweisen.

Die seit etwa 1880 einsetzende schnelle Aufteilung Afrikas und der Südsee unter die europäischen Großmächte hatte eine Atmosphäre starker politischer Spannung geschaffen. Diese erhitzte sich noch mehr, als seit 1895 der Aufteilungsprozeß auch Ostasien und das Gebiet der Türkei ergreifen zu wollen schien. Solange noch verfügbares Land vorhanden war, konnte eine Politik der Kompensationen als Ventil dienen und die Explosion verhüten. Je geringer der verfügbare Raum war, desto schwerer und geräuschvoller funktionierte dies Ventil. Das Eingreifen Amerikas in Ostasien und das Heranwachsen Japans zur Großmacht schloß den ganzen Osten Asiens für absehbare Zeit praktisch von der Aufteilung aus. Afrika war schon 1900 verteilt bis auf Marokko und Abessynien. Der ganze Konkurrenzkampf der Mächte konzentrierte sich nun auf Marokko und das Türkische Reich.

Hinter diesen weltpolitischen und kolonialen Gegensätzen standen starke wirtschaftliche Interessen der führenden Industrie- und Handelsvölker. Jedes von ihnen war bestrebt, sich möglichst große Absatzgebiete für seine Waren, möglichst ergiebige Bezugsquellen für wichtige Rohprodukte und Betätigungsfelder für sein Kapital durch politische Machtmittel zu sichern.

Neben diesen neuen weltpolitischen Streitfragen blieben aber die altüberlieferten Gegensätze zwischen den Mächten des Festlandes bestehen. Zu ihnen gehörte in erster Linie die alte deutsch-französische Rivalität, deren Symbol schließlich Elsaß-Lothringen geworden war, und das Ringen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn um den leitenden Einfluß auf dem Balkan.

Aber diesen europäischen Gegensätzen lag zuletzt noch eine tiefere Schwierigkeit zugrunde. Es war die im Laufe des letzten Jahrhunderts entstandene Unstimmigkeit zwischen den altüberlieferten oder durch Verträge festgestellten Staatsgrenzen und dem seit der französischen Revolution mit siegreicher Gewalt sich durchsetzenden Nationalitätsprinzip. Weder im Osten Europas noch auf dem Balkan, noch zwischen Frankreich und Deutschland entsprachen die Staatsgrenzen den Grenzen des Volkstums und der Sprache. Österreich-Ungarn und die Türkei waren Staatsgebilde, die aus einer vergangenen Entwicklungsepoche stammten. Sie waren ohne jede Rücksicht auf die Nationalität und den Willen der in ihnen zusammengeschlossenen Menschen geschaffen worden und erhielten sich nur mühsam durch die Schwerkraft des einmal Bestehenden. Auch Deutschland beherrschte im Nordosten weite Gebiete fremden Volkstums und hatte 1871 Teile des französischen Sprachgebietes in sein Reich hineingezogen, wenn es auch seinem Charakter und der weitaus größten Zahl seiner Bewohner nach ein nationales Staatswesen war.

Wenn das Nationalitätsprinzip die Grundlage des europäischen Staatslebens blieb — und es hatte an Macht und Bedeutung in den letzten Jahrzehnten nur immer zugenommen — mußten die anachronistischen Staatsgebilde älterer Herkunft zersetzt und schließlich zerteilt werden. Kein Mensch konnte sie von diesem Schicksal retten. Indem Deutschland unter Verkennung dieser Zusammenhänge seine Geschicke gerade mit denen Österreich-Ungarns verband und lange Zeit für die Erhaltung und Stärkung der Türkei eintrat, beging es den — vom entwicklungsgeschichtlichen Standpunkt ausgesehen — schwersten und verhängnisvollsten Fehler. Es kettete seine

strotzende und frische nationale Kraft an das Schicksal morscher, zum Untergange reifer Überbleibsel einer entschwundenen Zeit, und wurde dadurch in ihre Katastrophe mit hineingerissen. Allerdings gehörte die Erhaltung der Donaumonarchie als eines Dammes gegen die slavische Überflutung des ganzen europäischen Südostens unter russischer Führung mit zu den Traditionen aus Bismarcks Schule. Aber wie oft hatte gerade Bismarck davor gewarnt, uns für die Ausdehnung des österreichischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel ins Feuer jagen zu lassen; und gerade das haben wir getan. In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ hat Bismarck gesagt: „Der Dreibund ist eine strategische Stellung, welche angesichts der zur Zeit seines Abschlusses drohenden Gefahren ratsam und unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war; ... es wäre unweise, ihn als sichere Grundlage für alle Möglichkeiten betrachten zu wollen, durch die in Zukunft die Verhältnisse, Bedürfnisse und Stimmungen verändert werden können, unter denen er zustandegebracht wurde ... Er dispensiert nicht von dem: „Toujours en vedette!“ Und schon in der Denkschrift für den damaligen Prinzen Wilhelm vom 9. Mai 1888 führt er aus, wenn wir unsere Beziehungen zu Rußland abbrächen und Österreich unsere alleinige Stütze gegen Rußland und Frankreich bleibe, so werde die habsburgische Monarchie einen ähnlichen Einfluß auf das Deutsche Reich gewinnen, wie wir ihn 1866 beseitigt hätten. „Die Sicherheit unserer Beziehungen zum österreichischen Staate beruht zum größten Teil auf der Möglichkeit, daß wir, wenn Österreich uns unbillige Zumutungen macht, uns auch mit Rußland verständigen können/4 Indem unsere Staatsmänner die Notwendigkeit des Dreibundes und der Erhaltung der Donaumonarchie zu einem unantastbaren Dogma erstarren ließen, handelten sie durchaus dem Geiste Bismarcks und jeder gesunden Politik zuwider und beraubten sich der notwendigen Bewegungsfreiheit in der Ausgestaltung unseres Bündnissystems.

Unter den seit 1879 völlig veränderten Verhältnissen wäre es der zukunftsreichere und wahrscheinlich, wenn auch unter Schwierigkeiten, ebenfalls gangbare Weg gewesen, unter Abstoßung aller für die Behauptung einer geschlossenen und verteidigungsfähigen Grenze nicht unbedingt notwendigen Volksteile fremder Herkunft die deutschen Volksgenossen des Donaustaates an das Deutsche Reich heranzuziehen und ihm dadurch nicht nur eine ausgedehntere, sondern vor allen Dingen eine festere, weil auf der Einheit des Volkstums beruhende Grundlage zu geben.

Dies ist der Weg unserer Zukunft, den wir nun unter viel schwierigeren Umständen werden gehen müssen, als es vor einem Menschenalter möglich gewesen wäre. Aber wir hoffen, daß wir auf ihm schließlich doch das Ziel erreichen werden, das einem großen Volke von ausgeprägter Eigenart und unverbrauchter Kraft immer vor Augen stehen muß: Die zusammenwohnenden, von der gleichen Kultur beseelten Volksgenossen zu einer politischen Einheit zusammenzuschließen, die sich frei entwickeln kann, ohne die Nachbarvölker zu bedrohen, aber auch ohne von ihnen bevormundet oder ausgenutzt zu werden.

Register

Abdul Hamid II., Sultan der Türkei, 65, 145, 188, 268, 269, 271—274, 277, 279, 284, 321, 346,
405.
Ägypten, 6, 8, 32—34, 66, 72, 78, 81, 83, 105.
Aehrenthal, Graf v., 176, 235, 270—274, 277—286, 289, 291, 292, 294, 296, 313, 315—317,320, 344, 34 7, 385.
Aguinaldo, 109.
Alexander, König von Serbien, 173.
Alexander IIL, Zar, 28, 30, 42.
Alexejeff, russischer General, 140, 144.
Algesiras, Konferenz von, 202, 214, 219 f., 226 f., 269, 293, 298, 300 f., 332, 335 f., 351.
Alfons XIIL, König von Spanien, 147, 193, 203.
Andrassy, Graf, 10.
Aoki, Vic., 47- Arnim, H. v., 20.
Asquith, 169, 249, 261, 819.
Auffenberg, v., 383.

Bagdadbahn, 333, 339, 346, 357 f., 362 f., 405, 415, 426.
Balfour, 94, 95, 102, 111, 122, 144, 145, 170, 224, 282, 240, 251, 268.
Ballin, 249, 20o, 310, 358 f., 366 f.
Baltischport, Zusammenkunft, 375.
Beaconsfield, 94.
Beirut, Flottendemonstration, 65.
Belgische Frage, 450 f.
Benckendorf, Graf, 228, 320, 347, 352, 380, 387, 390.
Berchem, Graf, 23, 24.
Berchtold, Graf, 248, 279, 290, 348, f., 377 ff., 385, 395 f., 397, 401 f., 406, 429 f., 432, 441.
Bernstorff, Graf, 224, 242.
Bertie, 47.
Bethmann Hollweg , 807, 310, 311, 312, 313, 315, 817, 819, 822, 828, 824, 325, 326, 327,
329, 330, 331 f., 334, 335 f., 342, 343, 353 f., 359 f., 361, 362, 364, 369, 370, 371, 873, 375, 377, 383, 385, 394 f., 396, 408, 416, 421 f., 424 f., 431, 439 f., 441, 446, 450.
Birilew, Admiral, 207.
Bismarck, Fürst, 2, 3, 7—9, 11—25, 27, 28, 66, 141, 144, 151, 267, 272, 299, 319, 456 f., 463 f.

Bismarck, Graf Herbert, 8, 19, 23.
Björkö, Vertrag von, 204, 206, 207 f., 209, 213, 215, 227, 233, 264, 299.
Boisdeffre, 31.
Bosnien, 10, 85, 266, 271, 272, 278, 280, 281, 282, 284, 287, 288, 289, 290, 295, 296, 308, 313.
Bourgeois, 221.
Brandt, v., 53, 58.
Bülow, Fürst, Bernhard v., 18, 38, 87, 89, 92, 96, 97 bis 104, 107, 111, 116, 117, 118, 122, 123 f., 126, 127, 130, 133, 134, 135, 138, 189, 140, 141, 14 2, 143, 145, 148 f., 149, 152, 154, 167, 159, 161, 163, 164, 170, 171, 178, 174, 176, 177, 178, 179, 182, 186, 187, 191, 192, 193, 194, 196, 197, 198, 199, 200, 202, 204, 207, 208, 200, 210, 211, 213, 215, 222, 223, 220, 229, 230, 231, 244, 245, 200, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261—263, 265, 271, 273, 276, 277, 279, 280, 283, 284, 285, 286, 288, 289, 290, 292, 297, 299, 300, 302, 303, 305, 307, 309, 318, 319, 346.
Bukarest, Friede, 400.
Campbell-Bannerman, 220, 228, 241.
Caillaux, 331, 339 f., 343, 420, Cambon, 299, 300, 301, 303 304, 329, 330, 332 f., 343, 345, 390, 416.
Caprivi, 19, 22 f., 26, 36, 41, 45.
Cassel, Sir E., 249, 310, 321, 354 f., 360.
Chamberlain, Joseph, 65, 78, 94, 95, 97, 98, 99, 103, 106, 107, 108, 111, 112, 113, 117, 121 bis 124, 129, 130, 136—187, 151, 154, 167, 167, 168, 169, 200, 417.
Chambers, 113.
Churchill, Sir Winston, 353, 358, 360, 362, 366, 368, 418.
Clemenceau, Georges, 221, 303.
Combes, 420.
Conrad v. Hötzendorf, 288, 294, 342 f., 384, 386, 395, 401, 423, 439.
Courcel, 77.
Crispi, 38.
Cronje, 126.
Cruppi, 331.
Delcassé, 105, 106, 119, 161, 189, 194, 199, 200, 202, 212, 226, 329, 405, 461.
Devonshire, Hz. v., 143.
Dewey, 109.
Diederichs, v., 90, 109, 110.
Dilke, Charles, 108.
Dimitriewitsch,Oberst, 429,
Dobrorolski, russ. General, 444.
Doumergue, 416.

Dreibund, 14, 30—33, 40, 66 bis 74, 79~81, 86, 96, 99, 100, 232 — 235, 270, 280, 347, 423 f., 463 f.
Eckardstein, v., 113, 187, 189, 142, 143, 150, 151, 168, 169,
Eduard VII., König v. England, 29, 125, 128, 182, 136, 187, 140, 144, 149, 150, 152, 153, 161, 170, 175, 187, 198, 200, 219, 225, 228, 229, 231, 233, 236, 240, 244, 246, 248, 249, 254, 255, 260, 264, 270, 275, 277, 285, 304, 319.
Elsaß-Lothringen, 1, 4, 9, 96, 282, 234, 236, 299, 325, 341, 463.
Enver Bey, 898.
Eulenburg, Fürst Philipp, 22 f., 60, 71.
Faber, Hauptmann, 342, 352 f.
Faschoda, 35, io5, 106, 108, 197, 224.
Ferdinand, König v. Bulgarien, 84, 169, 174, 267, 281, 294, 313, 373 f., 385, 399, 425.
Fisher, Lord, 221, 244, 247, 248, 200, 320.
Forgach, Graf, 401.
Franz-Josef, Kaiser v. Öst.-Ung., 69, 71, 85, 119, 146, 178, 280, 281, 319, 344 f., 376, 383, 394, 396, 422, 425, 429 f.
Franz Ferdinand, Erzher zog, 69, 85, 119, 145, 178, 270, 286, 344, 348, 377, 384, 395 f., 421, 424, 425, 428.
Georg V., König v. England, 319, 331, 392, 416, 437.
Georg, König v. Griechenland, 399.
Georg, serb. Kronprinz, 281, 294.
Giesl, Frhr. v., 436 f., 489.
Giers, Frhr. v., 23, 25, 49, 412 f., 419.
Gladstone 34, 40, 451.
Goluchowski, 69, 70, 79, 80, 82, 85, 87, 173, 184, 270.
Goschen, 826, 352.
Grey, Sir Edward, 169, 220, 228, 244, 247, 201, 304, 306, 311, 312, 319, 320, 336 f., 342, 346, 352, 355, ff., 358 f., 360, 362 ff., 366 ff., 369 f., 374 f. 377, 380 ff., 387 ff., 390 ff., 393, 394, 407, 409, 414, 416 f., 423, 426, 435, 437, 440, 444 f., 450 f 452 f., 461 f.
Groß v. Schwarzhoff, Oberst 116.
Gutschmid, Frhr. v., 47 55 56, 59.
Gwinner, v., 321.
Haager Friedenskonferen zen, 115 f., 244 f.
Haldane, Lord, 221, 229, 244 319, 357, 359 ff., 363 ff., 368 f., 392, 413.
Hanotaux, 39.
Hardinge, 250, 262, 255, 275, 306, 316.
Hartwig, Baron v., 384, 898.
Hatzfeldt, Graf v., 34, 35, 37, 39, 40, 49—53, 61, 65—68, 73, 74, 78, 79- 86, 92—95, 97—99,

102, 108, 112, 113, 114, 117, 118, 122, 123, 124, 129, l30, 134, 187, 140, 141, 144, 145, 146, 147, 14 9, 154, 158.
Hay, amerik. Staatssekre tär, 187.
Hayaschi, Graf, 55, 56, 57, 61, 143.
Heeringen, v., Großadmir- ra 1,354.
Heinrich, Prinz, 392.
Helgoland, 20, 29, 240, 265.
Herbette, 74.
Hilmi - Pascha , 174.
Hintze, v., 286, 287, 295, 322, 420.
Hohenlohe, Fürst Clodwig v., 41, 42, 51, 52, 59, 75, 77, 78, 80, 88, 89, 96, 135.
Hohenlohe, Prinz v., 896.
Holstein, Baron v., 20 f., 28, 25, 26, 27, 58, 61, 62, 67, 72, 74, 75, 78, 82, 84, 101, io3, 104, 107, 110, 116, 187, 141 bis 145, 148, -14 9, 151, 154, 169, 161, 162, 164, 166, 170, 171,181, 183, 185, 189, 191, 194, 197, 205, 207 f., 209, 210, 222, 228, 286, 300, 309, 319, 457.
Hoyos, Graf, 429.
Humbert, König v. Italien, 165.
Jagow, Frhr. v., 286, 896, 899, 401, 404, 407, 415, 418, 424, 429, 450.
Jameson, 73, 74, 78, 81, 242.
Januschkewitsch , General, 443.
Jaures, 420.
Iswolski, 219, 228, 229, 282, 233, 245, 270—276, 278—282, 284—287, 290, 291, 293, 295,
308, 316, 317, 319, 323, 370, 373, 376, 377, 389, 390, 393, 449, 452.
Kamerun, 340.
K a p n i s t, 84- Karl, König von Rumänien, 314, 384, 399, 422.
Karolinen, 110.
Kayser, Direktor des Kolonialamtes, 75.
Ketteier, Frhr. v., 130.
Kiamil Pascha, 277.
Kiderlen-Wächter, Frhr. v., 26, 67, 68, 286, 319 f., 324, 329, 330, 331 f., 334 ff., 337 f., 340 f., 342, 347, 34 9, 355, 361, 362, 877 f., 381 f., 385, 389, 393, 404.
Kimberley, 39, 40, 49, 50, 51, 54, 55.
Kissingen, Besprechungen, 332.
Kitchener, Sir Herbert, 105, 267.
Knackfuß; 59.
Kokowzew, 876, 409.
Kongo, 331 ff., 340 ff., 862.
Konstantin, König v. Griechenland, 899.

Krüger, Präsident, 71, 76, 76, 80, 128.
Kühlmann, v., Botschafts rat, 388 ff., 409, 413.
Kuropatkin, 817.
Lamsdorff, Graf, 131, 161, 163, 175, 189, 191, 192, 212, 213, 219, 270.
Lansdowne, Lord, 135, 187, 140 f., 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 149, 150, 152, 169, 176, 188, 228.
Lascelles, Sir F., 102, 103, 104, 182, 144, 149, 150, 151, 154, 254.
Lee, 225.
Lenewitsch, 135.
Leopold IL, König von Belgien, 36.
Leyds, 77.
Lichnowski, Fürst, 371, 892, 395, 407, 415 f., 417, 418, 423, 452.
Lihungtschang, 48, 54, 90, 140.
Liman v. Sanders, General, 408, 410, 417.
Lindequist, v., 340.
Lloyd George, 249, 251, 202, 254, 256, 261, 203, 264, 319, 337 f., 352, 358.
Lobanow, Fürst, 48, 51, 52, 54, 59, 60, 83, 84.
Loubet, 168.
Louis, Georges, 877, 461.
Mac Kenna, 249.
Mac Kinley, 83, 109.
Malietoa, 111.
Malet, Sir Edward, 36, 71, 72.
Manuel, König v. Portugal, 138.
Mannesmann, 829.
Marianen, 110.
Marokko, 8, 9, 67, 129, 130, 145, 168, 178, 184, 185, 198 f., 197—205, 222, 225, 233, 234,
242, 264, 298, 299, 300, 302, 303, 304, 308, 809, 819, 325, 82 7, 82 9, 330, 331 f., 351, 355.
Marschall, Frhr. v., 19, 22, 26, 32, 34, 87, 38, 40, 50, 51, 54, 56, 59, 61, 62, 66, 70, 71,
72, 73—78, 81, 86, 87, 97, 246, 267, 268, 271, 272, 273, 277, 284, 286, 299, 347, 370 f., 408.
Marchand, 94, 105, 106.
Mauchamp, 299.
Meerengenfrage, 1, 12, 35, 42, 66, 69, 72, 82, 229, 230, 231, 236, 270, 271, 272, 275, 278,
279, 280, 282, 283, 284, 207, 288, 346, 874 f-, 429.
Mentz in gen, Frhr. v., 194.
Metternich s. Wolff-Metternich.
Michael, russ. Großfürst, 207.
Moltke, v., General, 226, 286, 307, 384, 395, 402, 424.

Mohrenheim, Baron v., 28.
Monts, Graf, 199, 227, 234,235, 286.
Morgan-Shuster, 351.
Müller, v., Admiral, 253, 807, 384, 895, 402, 424.
Münster, Fürst, 74, 115 f., 121, 151, 193.
Muley-Hafid, Sultan v. Marokko, 299, 300, 301, 302, 304, 329.
Murawieff, Graf, 84, 89, 90, 106, 119, 120, 125, 126, 127, 150.
Mutsu, Vicomte, 55.
Nelidow, Baron, 316.
Nicolson, Sir Arthur, 226, 293, 336, 3g3.
Nikita, König v. Montenegro, 373, 381, 3g5.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst, 213.
Nikolaus I., Zar, 65.
Nikolaus IL, Zar, 42, 43, 51, 58, 59, 61, 83, 84, 86, 87, 88, 90, 99, 100, 101, 103, 108, 115 f., 120, 125, 126, 181, 144, 149, 150, 151, 161, 163, 164, 168, 170, 174, 175, 180, 182, 183, 187, 189, 190, 191, 206, 207 f., 209, 210, 212, 2l3, 215, 218, 228, 229, 282, 233, 244, 245, 266, 271, 275, 276, 281, 283, 286, 287, 288, 290, 293, 294, 295, 308, 313, 319, 323, 343, 372, 375 f., 382 f., 384 f., 898, 896, 898 f., 405, 410 f., 421, 431, 433, 435, 442 f., 446, 461.
Novibazar, Sandschak, 10, 85, 272, 273, 274, 275, 278, 279, 280, 282, 284, 287, 295, 315, 316, 817.
Obrutschew, 92.
Osten-Sacken, Baron v., 118, 120, 163, 189.
Palelogue, Maurice 420.
Pasitsch, 281, 282, 286, 436.
Pauncefote, Lord, 116.
Persische Frage, 319 f., 351 f., 378.
Peter, König von Serbien, 173, 266.
Philippinen, 109, 110.
Pichon, 304.
Podbielsky, Graf, 113.
Poincare, Raymond, 343, 370, 375 ff., 378, 391, 387, 390, 393, 404, 409, 420, 431, 449, 461.
Portsmouth, Friede v., 210, 217, 218.
Potsdam, Zusammenkunft, 323 f.
Pourtales, Graf, 276, 287, 290, 291, 292, 293, 32 2, 324, 394, 407, 420 f.
Prinetti, 165, 166.
Radolin, Fürst, 117, 119, 200, 203, 205, 222, 303.
Racconigi, Zusammen kunft, 314 f., 342.
Raschdau, 26.
Rasputin, 394.
Revo11, 202.
Reuß, Prinz, 27.

Rhodes, Cecil, 39, 74, 76, 94.
Roberts, Lord, 128, 249, 267.
Roschdjeschdwensky , 188.
Rosebery, Lord, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 47, 50, 64, 65, 169.
Rosen, 203, 298, 299, 414 f.
Roosevelt, Theodor, 187, 192, 201, 205, 206, 210, 216, 22 0, 235, 245.
Rotenhahn, v., 89.
Rothschild, Baron Alfred, 112, 151.
Rouvier, 198, 199, 200, 201, 203, 221, 222, 223.
Rückversicherungsvertrag, 11, 22, 27, 28, 30.
Rudini, 32.
Salisbury, Lord, 8, 28, 32, 33, 65—68, 71, 72, 74—77, 79, 80, 82, 83, 85, 86, 92—94, 98, 99, 102, 104, 110, 112—117, 121, 124, 128, 131—135, 136—138, 141—147, 149—151, 154, 167, 417.
Samoa, 36, 35, 50, 68, 92, g3, 102, 110, 111, 112, 113, 117, 118, 129, 242.
Sassonow, 320, 322, 323, 324, 374, 375 f., 377, 379, 394, 398, 408 ff., 411 f., 420, 423, 435, 442 ff., 446.
Schischkin, 84- Schlieffen, Graf, 185, 209, 448, 450.
Schön, Frhr. v., 245, 258, 278, 279, 280, 283, 300, 303, 307, 308, 319, 331, 420, 448.
Schuwalow, Graf, 23—25.
Schweinitz, v., 24, 25.
Seebohm, Kapitän, 336.
Seymour, Lord, 130.
Soveral, Marquis, v., 246.
Skobelew, 28.
Stambulow, 267.
Stengel, Prof, v., 115.
Sto1ypin, 287, 290, 320, 325.
Stübel, 144.
Stumm, Frhr. v., 255, 267, 264, 306 f.
Stürgkh, Graf, 381, 432.
Swaine, 72, 80.
Tanger, 122, 202.
Tattenbach, Graf, 196, 202.
Tirpitz, Admiral v., 113, 124, 242, 244, 253, 267, 258, 269, 260, 262, 263, 264, 265, 305, 307, 308, 30g—311, 325, 32 7, 336, 352 ff., 360 f., 363, 364, 369—371, 418.
Tisza, Graf, 425, 431 f.,
Tittoni, 184, 185, 279, 280.
Togo, 331.
Treutler, Frhr. v., 334- Tripolis, 343 ff., 876, 380.
Tscharykow, 347-

Tschirschky, Frhr. v., 207, 208, 223, 277, 283, 296, 318, 385, 397, 424, 429, 440.
Tsuschima, Seeschlacht, 204 f.
Tweedmouth, Lord, 247, 248.
Vassel, Dr., 192, 301.
Victor Emanuel II., König von Italien, 165, 314, 349.
Victoria, Königin von England, 29, 68, 78, 103, 112, 136, 267.
Viviani, 449.
Waldersee, Graf, 131, 133, 134, 144.
Wangenheim, Frhr. v., 406, 413 f.
Wedel, Graf, 278.
Welsersheimb, Graf, 80.
Wermuth, Staatssekretär, 355.
Wilhelm II, 17, 18, 23, 29, 36, 38, 41, 42, 43, 51, 52, 53, 58, 59, 61, 62, 64, 67—72, 76, 78,
80—83, 86—90, 96, 99, 100, 101, 103, io4,1 06, 107, 108, 112, 113, 118, 121, 122, 125, 127, 128, 131, 136, 189, 140, 144, 150, 151, 152, 161, 163, 164, 169, 170, 171, 173, 174, 175, 177, 178, 179, 180, 182, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 196, 197, 201, 204, 205, 206, 207 f., 209, 210, 211, 212, 213, 215, 2l6, 2l8, 219, 223, 226, 227, 228, 229, 233, 235, 236, 288, 240, 242, 244, 247, 248, 249, 200—208, 263, 265, 267, 269, 271, 273, 275, 280, 283, 285, 286, 288, 293, 297—300, 302— 306, 309—3n, 314, 319, 322, 323—325, 327, 330, 331, 333 f., 335, 339 f., 341 f., 345, 349, 351 ff., 358 ff., 361, 363, 366 f., 368 f., 373, 375, 378 f., 381 f., 384 f., 386, 389, 392, 396, 399 ff., 402, 406, 409 f., 420 f., 422, 425, 427, 428, 431, 433, 439 f., 443, 463.
Wilson, Admiral, 325.
Witte, Graf, 106, 115, 202, 203, 211—213, 220.
Wolff-Metternich, Graf, 129, 139, 147—149, 152, 162, 171, 176, 220, 224, 228, 244, 245, 249—255, 267—269, 261, 262, 264, 305, 307, 308, 311, 326, 336 f., 342, 346, 352 f., 354 f., 357 f., 362, 364, 365, 369 f.
Worseley, Oberst, 267.
Württemberg, Hz. Albrecht v., 396.
Zanzibar, 362 f.
Zimmermann, Unterstaats-sekretär, 332 f.
Zorn, Prof, 115.

Transcript based on corrected Abbyy OCR of the book facsimile located here:

https://archive.org/details/von-bismarck-zum-weltkrieg-1925-ed